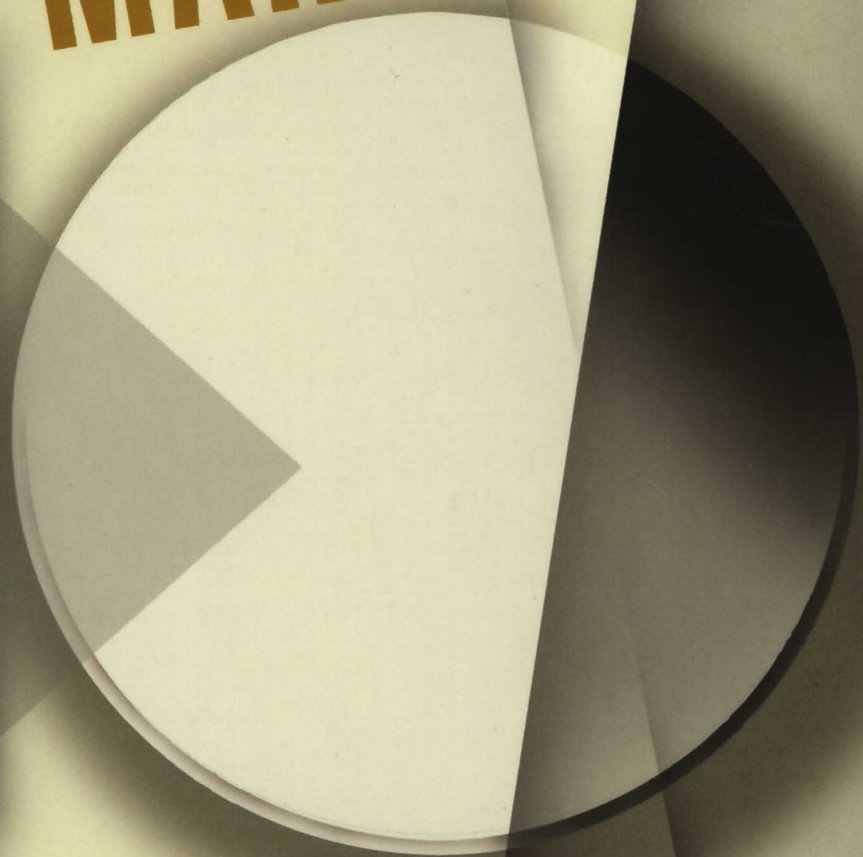


# VOM PLAN ZUM MARKT



Weltentwicklungsbericht 1996

**FILE COPY**

15892  
Aug. 1996

Weltentwicklungsbericht 1996

# **VOM PLAN ZUM MARKT**

The background of the cover features a large, abstract, and somewhat grainy graphic. It consists of several overlapping, curved, and angular shapes in shades of gray and white, creating a sense of movement and depth. The shapes appear to be layered, with some darker areas in the foreground and lighter, more ethereal shapes behind them. The overall effect is modern and artistic, complementing the bold typography of the title.

Die englische Originalfassung dieses Berichts publizierte die Weltbank unter dem Titel *World Development Report 1996* bei *Oxford University Press*

Copyright © 1996 Internationale Bank für Wiederaufbau und  
Entwicklung / WELTBANK  
1818 H Street, N.W., Washington, D.C. 20433, U.S.A.

Erste Auflage, August 1996

Alle Rechte vorbehalten. Diese Publikation darf ohne vorherige Genehmigung der Weltbank weder vollständig noch auszugsweise reproduziert, auf Datenträgern erfaßt oder in jeglicher Form oder Art übertragen werden, sei es elektronisch, mechanisch, durch Fotokopie, Tonbandaufzeichnung oder auf andere Weise.

Dieser Bericht ist eine Arbeit des Mitarbeiterstabes der Weltbank, und die hierin vertretenen Ansichten stimmen nicht notwendigerweise mit den Auffassungen des Exekutivdirektoriums oder der von ihm vertretenen Länder überein. Die Weltbank übernimmt keine Garantie für die Richtigkeit der in dieser Veröffentlichung enthaltenen Daten und lehnt jegliche Verantwortung für Konsequenzen irgendwelcher Art, die sich aus deren Verwendung ergeben, ab. Mit den Grenzen, Farben, Denominierungen und anderen Informationen, die in den Karten dieses Berichts verwendet werden, verbindet die Weltbank keinerlei Urteil über den rechtlichen Status irgendwelcher Gebiete und ebensowenig eine Bekräftigung oder Anerkennung irgendwelcher Grenzen.

ISBN 0-8213-3266-X

Für die Weltbank vertrieben von:

UNO-Verlag  
Poppelsdorfer Allee 55, D-53115 Bonn

Gerold & Co.  
Graben 31, A-1011 Wien

Librairie Payot  
6, rue Grenus, CH-1211 Genève 11

# Vorwort

**D**er *Weltentwicklungsbericht 1996*, der neunzehnte im Rahmen dieser jährlichen Berichterstattung, widmet sich dem Übergang von Ländern mit zentralgeplanten Volkswirtschaften zur marktwirtschaftlichen Orientierung – dies betrifft vor allem die Länder Mittel- und Osteuropas, die Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion, China und Vietnam.

Dieser Übergangsprozeß, der etwa ein Drittel der Weltbevölkerung berührt, war unausweichlich. Die Welt ist in schnellem Wandel begriffen: Riesige Steigerungen des Welt Handels und der privaten Investitionen haben in den letzten Jahren durch freie Märkte ein enormes Wachstumspotential für Arbeitsplätze, Einkommen und für den Lebensstandard geschaffen. Die staatlich dominierten Wirtschaftssysteme dieser Länder jedoch, durch bürokratische Kontrollen und Ineffizienz erdrückt, hinderten die Märkte weitgehend an ihrer Funktion und waren deshalb nicht in der Lage, nachhaltige Verbesserungen der Wohlfahrt der Menschen zu erzielen. Zwar garantierten diese Wirtschaftsordnungen Beschäftigung und soziale Dienstleistungen, doch geschah dies auf Kosten der Produktivität, des allgemeinen Lebensstandards und – besonders wichtig – der Umwelt, die in einigen Ländern durch verzerrte Preise, eine ineffiziente Inanspruchnahme der Naturschätze und durch veraltete Fabrikanlagen schwer geschädigt worden ist.

So notwendig der Übergang zum Markt auch gewesen ist, so fiel er doch nicht leicht. Einige Länder waren bei der Durchführung der Eckpunkte der Reform erheblich erfolgreicher als andere. Vor allem hatte der Transformationsprozeß einen tiefgreifenden Einfluß auf das Leben der Menschen, und er wird dies auch weiterhin haben. In einigen der Reformländer kam es zu einem kurzfristigen Rückgang des Lebensstandards; in anderen hat sich die Wohlfahrt der Menschen drastisch verbessert. Überall hat die Transformation die grundlegenden ökonomischen Spielregeln verändert und die Beziehungen der Menschen zu ihren politischen und sozialen Institutionen, von den ökonomischen ganz zu schweigen, unumkehrbar gewandelt.

In diesem Bericht werden die Erfahrungen der Transformationsländer dargelegt, er zeigt auf, welche Konzepte funktionieren und welche nicht, und er definiert die entscheidenden Elemente für den Erfolg. Der Bericht will nicht zu stark verallgemeinern. Er erkennt an, daß die untersuchten Länder ein weites Spektrum unterschiedlicher nationaler Geschichte, Kulturen und politischer Systeme repräsentieren; tatsächlich erläutert der Bericht die Beziehungen zwischen den außerökonomischen Faktoren und den ökonomischen Ergebnissen. Er behandelt jedoch eine Anzahl allgemeiner Punkte, die wertvolle Informationen für alle Reformländer und für diejenigen bieten, die sich mit diesen Problemen befassen. Er macht klar, daß es unbedingt notwendig ist, die Wirtschaft durch Öffnung der Handelsbeziehungen und der Marktchancen zu liberalisieren sowie durch eine Verringerung der Inflation und durch fiskalische Disziplin zu stabilisieren – und dann an dieser Politik konsequent und auf Dauer festzuhalten. Er erörtert die Notwendigkeit einer Unternehmensreform und einer Ausweitung des privaten Sektors, während die sozialen Sicheretzetze umgestaltet werden müssen, um die sozialen Einflüsse der Orientierung auf den Markt in den Griff zu bekommen. Er betont schließlich als entscheidenden Punkt, daß längerfristig eindeutige Eigentumsrechte und ein breitgestreutes privates Eigentum notwendig sind, damit die Märkte effizient und gerecht funktionieren können.

Ein wichtiger Beitrag des Berichts besteht darin, daß er die Institutionen diskutiert, die eine marktorientierte Volkswirtschaft braucht. Er legt dar, wie staatliche Behörden, das Rechtssystem, die finanziellen Institutionen sowie das Erziehungswesen und das Gesundheitssystem dazu beitragen können, den Erfolg der Marktwirtschaften zu verstärken. Das sind die Institutionen, welche die Regelungen schaffen und durchsetzen, damit die Transaktionen am Markt in einem Klima des Vertrauens vor sich gehen, die Möglichkeiten für Korruption und Verbrechen eingeschränkt und das Humankapital entwickelt werden. Der Bericht diskutiert auch die Notwendigkeit, daß die Reformländer Maßnah-



men durchführen, die sie stärker in die Weltwirtschaft integrieren. Die Integration in die Institutionen des internationalen Handelssystems ist ein wichtiger Schritt, der diesen Ländern hilft, die von ihnen eingeleiteten Reformen zu stärken und fortzusetzen.

Über diese grundlegenden technischen und institutionellen Elemente des Transformationsprozesses hinaus handelt dieser Bericht von *Menschen*. Es geht darum, wie die Menschen vor dem Verlust an Sicherheit und vor Einkommenseinbußen, die den Transformationsprozeß begleiten können, abgesichert werden, wie man ihnen helfen kann, mit der gestiegenen Mobilität umzugehen und das von Arbeitnehmern in einer Marktwirtschaft geforderte Know-how zu erwerben, wie ihre Kinder die Erziehung

und Gesundheitsfürsorge erhalten, die es ihnen ermöglicht, einen Beitrag zu dem Wohlstand zu leisten, auf den ihre Länder hoffen. Dies führt uns zurück zu dem Hauptgrund der Transformation und der Frage, warum dieser Bericht nötig ist. Es geht darum, wie man die ungeheuren Talente und Energien der Völker dieser Länder freisetzt und wie man ihnen helfen kann, die Visionen ihrer Länder von einer Zukunft der Chancen und des Wohlstands für alle Bürger zu verwirklichen. Letztendlich werden wir den Erfolg der Transformation nicht nur aufgrund statistischer Daten über Volkseinkommen, Investitionen oder Produktivität beurteilen, sondern auch anhand der Lebensqualität der Menschen, die in diesen Ländern leben.



James D. Wolfensohn  
Präsident  
der Weltbank

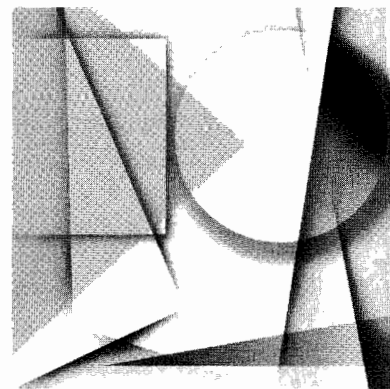
31. Mai 1996

Dieser Bericht wurde von einer Arbeitsgruppe unter der Leitung von Alan Gelb verfaßt, der als Hauptautoren Nicholas Barr, Stijn Claessens, Cheryl Williamson Gray, Peter Harrold, Françoise Le Gall (IWF), John Nellis, Zhen Kun Wang und Ulrich Zachau angehörten. Die Arbeitsgruppe wurde unterstützt von Annette Brown, Gregory Kisunko, Tatiana Proskuryakova, Sarbajit Sinha, Stoyan Tenev und Trüinu Tombak. Auch Gilles Alfandari und Laszlo Urban wirkten an dem Bericht mit. Chefredakteurin war Stephanie Flanders. Der Bericht stand unter der allgemeinen Leitung von Michael Bruno.

Viele andere Personen innerhalb und außerhalb der Weltbank gaben hilfreiche Hinweise und lieferten Beiträge (siehe Anmerkungen zu den verwendeten Quellen). Die Abteilung für Internationale Wirtschaft trug zu dem statistischen Anhang bei und war für die Kennzahlen der Weltentwicklung verantwortlich. Zum Produktionsstab des Berichts gehörten Amy Brooks, Kathryn Kline Dahl, Joyce Gates, Stephanie Gerard, Cathe Kocak, Jeffrey N. Lecksell, Brenda Mejia, Hugh Nees, Beatrice Sito und Michael Treadway. Die Gestaltung erfolgte durch die Zeitschriften-Gruppe. Rebecca Sugui leitete die Arbeitsgruppe, und Daniel Atchison, Elizabeth V. De Lima und Michael Geller waren als Redaktionsassistenten beschäftigt. Maria D. Ameal war als Verwaltungsangestellte tätig.

Die Vorbereitung des Berichts wurde durch Hintergrundpapiere und durch Beiträge von Teilnehmern bei den Beratungstreffen erheblich unterstützt. Die Namen dieser Teilnehmer sind in den Anmerkungen zu den verwendeten Quellen aufgeführt.

# Inhalt



	DEFINITIONEN UND ANMERKUNGEN ZU DEN DATEN .....	VIII
<i>Einführung</i>	Was bedeutet Transformation? .....	1
<b>TEIL EINS</b>	<b>DIE HERAUSFORDERUNG DER TRANSFORMATION .....</b>	<b>9</b>
<i>Kapitel 1</i>	Reformmuster, Fortschritte und Ergebnisse .....	11
<i>Kapitel 2</i>	Liberalisierung, Stabilisierung und Wachstum .....	27
<i>Kapitel 3</i>	Eigentumsrechte und Unternehmensreform .....	54
<i>Kapitel 4</i>	Die Menschen im Transformationsprozeß .....	81
<b>TEIL ZWEI</b>	<b>DIE HERAUSFORDERUNG DER KONSOLIDIERUNG .....</b>	<b>105</b>
<i>Kapitel 5</i>	Rechtsinstitutionen und das Rechtssystem .....	107
<i>Kapitel 6</i>	Aufbau eines Finanzsystems .....	121
<i>Kapitel 7</i>	Für einen besseren und schlankeren Staat .....	136
<i>Kapitel 8</i>	Investitionen in Menschen und Wachstum .....	151
<i>Kapitel 9</i>	Reformen und Weltwirtschaft .....	162
<b>TEIL DREI</b>	<b>SCHLUSSFOLGERUNGEN .....</b>	<b>173</b>
<i>Kapitel 10</i>	Schlußfolgerungen – und was noch zu tun bleibt .....	174
	ANMERKUNGEN ZU DEN VERWENDETEN QUELLEN .....	181
	ANHANG: AUSGEWÄHLTE KENNZAHLEN FÜR TRANSFORMATIONSLÄNDER .....	205
	<b>AUSGEWÄHLTE KENNZAHLEN DER WELTENTWICKLUNG .....</b>	<b>211</b>

## SONDERBEITRÄGE

1	Weiteres Zurückbleiben auf den Weltmärkten .....	3
2	Die ökologische Hinterlassenschaft der Planung .....	5
1.1	Ostdeutschland: Der sofortige Übergang .....	12
1.2	Ausgangsbedingungen und institutionelle Reformen .....	20
1.3	Datenprobleme in Transformationsländern .....	23
1.4	Vietnam: Mutige Reformen in einem ostasiatischen Umfeld .....	25
2.1	Die Preisgestaltung bei Energie und sonstigen lebensnotwendigen Haushaltsgütern – ein Fall für eine zeitlich abgestufte Liberalisierung? .....	29
2.2	Chinas zweigleisige Preisreformen .....	30
2.3	Anmerkungen aus dem Untergrund: Wachstum und Kosten der inoffiziellen Wirtschaft .....	32
2.4	Außenhandelspolitik und ökonomischer Erfolg: Estland und die Ukraine zeigen die enge Verbindung .....	37
2.5	Der Transformationsprozeß kann der Umwelt helfen – bei der richtigen Politik .....	41
2.6	Umverteilung durch Inflation: Die russische Erfahrung .....	46
2.7	Die beste Reaktion der Regierung auf Zahlungsrückstände der Unternehmen untereinander? Stärkung der finanziellen Disziplin .....	49
3.1	Innovative Konzepte für von Gläubigern geführte Umstrukturierungen in Ungarn und Polen .....	56
3.2	Umstrukturierung des Kohlenbergbaus in der Ukraine .....	59
3.3	Sicherung der Gewinne aus der Unternehmensreform in Neuseeland .....	61
3.4	Chinas städtische und dörfliche Betriebe .....	62
3.5	Sind Umweltverpflichtungen eine ernsthafte Belastung für die Privatisierung? .....	66
3.6	Was man bei der Privatisierung natürlicher Monopole tun und nicht tun sollte .....	70
3.7	Das Für und Wider der Rückerstattung .....	72
4.1	Warum Armut und Ungleichheit schwer zu messen sind .....	82
4.2	Frauen und Arbeit: Hat die Transformation geholfen? .....	89
4.3	Mechanismen, die es den Haushalten ermöglichen, mit den Problemen fertigzuwerden .....	90
4.4	Die Reform der Einkommenstransfers in Ungarn und Lettland .....	96
4.5	Innovative Auszahlung der Renten in Südafrika .....	99
4.6	Kann staatliches Eigentum dazu verwendet werden, um die Renten zu finanzieren? .....	101
5.1	Keine Kredite für bewegliches Eigentum? .....	110
5.2	Der Schutz der Investoren: Das Unternehmensrecht in der Anfangsphase .....	112
5.3	Kontrolle der Korruption durch sich überlappende rechtliche Zuständigkeiten: Beispiele aus den Vereinigten Staaten .....	118
6.1	Rußlands radikale Bankenreform .....	123
6.2	Polens Sanierungsansatz zur Bankenreform .....	125
6.3	Die Privatisierung von Banken ist von grundlegender Bedeutung, aber schwierig .....	127
6.4	Chinas neue spezialisierte staatliche Geschäftsbanken (policy banks) .....	129
7.1	Sprung in den Löwenkäfig: Besteuerung von Gazprom .....	146
8.1	Sind Reformen tödlich? .....	156
9.1	Unternehmerische Qualifikationen zu trainieren ist gut fürs Geschäft – für Ausbilder wie Auszubildende .....	170

## SCHAUBILDER

1	Investitionen und Rendite in der sowjetischen Industrie .....	3
1.1	Einstellung der Öffentlichkeit gegenüber den politischen und wirtschaftlichen Reformen in Mittel- und Osteuropa und in Rußland .....	14
1.2	Wirtschaftsliberalisierung nach Ländern .....	17
1.3	Produktion des privaten Sektors als Anteil am BIP .....	18
1.4	Privatisierung nach Vermögensart und Ländergruppe .....	20

1.5	Institutionelle und sozialpolitische Reformen nach Reformtyp und Ländergruppe .....	21
1.6	Arbeitsproduktivität in der Industrie in ausgewählten Reformländern .....	24
2.1	Rückgang und Erholung des BIP in ausgewählten Reformländern und in vergleichbaren historischen Perioden .....	31
2.2	Liberalisierung und BIP-Wachstum .....	33
2.3	Zeitverläufe des Produktionsrückgangs und der Erholung nach Ländergruppen .....	34
2.4	Liberalisierung und kumuliertes BIP .....	35
2.5	BIP-Wachstum und Inflation in China .....	42
2.6	Bankmäßige und nichtbankmäßige Finanzierung der Haushaltsdefizite .....	45
2.7	Zeitverläufe der Inflation nach Ländergruppen .....	48
2.8	Sparquoten und BIP-Wachstum in Perioden hohen Wachstums in ausgewählten Ländern .....	51
3.1	Wohnungseigentum in städtischen Regionen in sechs Reformländern .....	75
3.2	Kumulierte Zuflüsse von ausländischen Direktinvestitionen .....	78
4.1	Gini-Koeffizienten in acht Transformationsländern .....	83
4.2	Einkommensveränderungen nach Einkommensquintilen in vier Transformationsländern .....	85
4.3	Arbeitslosigkeit und Löhne in den MOE- und NIS-Ländern .....	92
4.4	Struktur der Beschäftigung in China .....	93
5.1	Wirtschaftswachstum pro Kopf und Glaubwürdigkeit der Regierung .....	116
6.1	Geldumlauf .....	124
6.2	Marktkapitalisierung und Umsätze auf Aktienmärkten in ausgewählten Ländern .....	133
7.1	Regierungsreformen und Liberalisierung nach Ländergruppen .....	138
7.2	BIP pro Kopf und Verhältnis von Staatsausgaben zum BIP in ausgewählten Reformländern .....	140
7.3	Staatsausgaben nach Kategorien in ausgewählten Reformländern .....	142
7.4	Staatseinnahmen aus verschiedenen Quellen in ausgewählten Reformländern .....	145
8.1	Die Prüfungsleistungen in den Fächern Naturwissenschaften und Mathematik von Kindern in ausgewählten Reformländern und etablierten Marktwirtschaften .....	153
9.1	Kapitalzuflüsse in Entwicklungs- und Reformländer nach Regionen .....	167
9.2	Offizielle Entwicklungsfinanzierung für Entwicklungs- und Reformländer .....	168
9.3	Offizieller Netto-Kapitalzufluß pro Kopf nach Ländergruppen .....	169

## TEXTTABELLEN

1	Die Ausgangszahlen .....	2
1.1	BIP-Wachstum, Inflation und soziale Indikatoren während des Transformationsprozesses .....	22
1.2	Rußland und China: Zwei sehr unterschiedliche Länder .....	25
2.1	Außenhandelspolitik und Exporterfolge in MOE- und NIS-Ländern .....	36
2.2	Liberalisierung und sektorale Umstrukturierung .....	39
2.3	Inflation und Geldmengenwachstum .....	44
3.1	Zielkonflikte bei Privatisierungsalternativen für Großunternehmen .....	64
3.2	Methoden der Privatisierung von mittelgroßen und großen Unternehmen in sieben Reformländern .....	65
4.1	Ungleichheit und Armut in ausgewählten Reformländern .....	84
4.2	Bevölkerungsstruktur und Beitragszahler je Rentner in ausgewählten Reformstaaten .....	97
8.1	Beispiele für notwendige Veränderungen im Bildungswesen .....	154

## ANHANG-TABELLEN

A.1	Grundlegende sozioökonomische Kennzahlen .....	206
A.2	Kennzahlen des Wirtschaftswachstums .....	207
A.3	Inflation .....	208
A.4	Ausgewählte demographische Kennzahlen .....	209

# Definitionen und Anmerkungen zu den Daten

## Ausgewählte Fachausdrücke aus diesem Bericht

**Unternehmensführung** beinhaltet die Überwachung und Kontrolle des Managements und des betrieblichen Erfolges eines Unternehmens; sie wird gewöhnlich durch die Eigentümer ausgeübt.

**Externalitäten (= externe Effekte)** sind aus wirtschaftlichen Aktivitäten oder Transaktionen entstehende Kosten oder Nutzen, die anderen als den daran beteiligten natürlichen oder juristischen Personen zufallen.

**Gini-Koeffizient** ist ein Standardmaß für die Ungleichheit der Einkommensverteilung, das die Abweichung einer aktuellen Verteilung vom Zustand der vollkommenen Gleichverteilung der Einkommen zeigt.

**Harte Budgetrestriktionen** bestehen dann, wenn die Leiter staatlicher Unternehmen wissen, daß die ihnen von der Zentralregierung gesetzten Budgets fest vorgegeben sind und die Verluste nicht aus allgemeinen Einnahmen oder durch die Zentralbank finanziert werden.

**Informalisierung** ist der Rückzug der wirtschaftlichen Aktivität aus demjenigen Bereich der Wirtschaft, der Gesetzen und Regelungen sowie der Besteuerung unterworfen ist und der sich in den offiziellen Wirtschaftsstatistiken widerspiegelt.

**Liberalisierung** bezieht sich, sofern nicht anders erwähnt, auf die wirtschaftliche Liberalisierung: Die Lockerung oder Beseitigung staatlicher Restriktionen für inländische Transaktionen, Preise und Märkte sowie für außenwirtschaftliche Transaktionen. Außerdem bezieht sie sich auf den freien Tausch heimischer Währung in ausländische und umgekehrt (*Konvertibilität*) sowie den freien Zugang von Unternehmen zu den heimischen Märkten.

**Marktversagen** liegt immer dann vor, wenn die Märkte systematisch mehr oder weniger an bestimmten Gütern oder Dienstleistungen produzieren, als für die Gesellschaft als Gesamtheit optimal ist.

**Moral hazard (= Risiko fahrlässigen Verhaltens)** ist eine Situation, wo das Vorhandensein einer Versicherung oder die Erwartung einer kompensatorischen Politik die Anreize für ein rationales Verhalten schwächen oder verzerren.

**Privatisierung** wird im engsten Sinn benutzt, also als Veräußerung von Beteiligungen an Unternehmen, Grund und Boden oder anderen Aktiva durch den Staat und nicht in weiterem Sinn als jede Handlung, die eine Umorientierung eines Unternehmens oder einer Volkswirtschaft in Richtung auf Privateigentum kennzeichnet oder die das Verhalten staatlicher Unternehmen tendenziell mehr dem von Privatbetrieben ähneln läßt.

**Rent seeking (= Streben nach Zusatzprofiten)** ist jede Beeinflussung des Rechtswesens oder der staatlichen Autorität zum Zwecke der Schaffung oder Aneignung einer ökonomischen Rente. Derartige Renten sind Einkünfte von Produktionsfaktoren über die Mindesthöhe hinaus, die zur Sicherung der gegenwärtigen Nutzung dieses Faktors erforderlich sind; sie können durch den Erwerb von Ansprüchen auf Ressourcen entstehen, bei denen das Eigentumsrecht unklar war oder nur unvollständig ausgeübt wurde, oder durch eine Änderung in der Regierungspolitik, die eine künstliche Knappheit hervorruft.

**Stabilisierung** bezieht sich auf die makroökonomische Stabilisierung, das heißt die Kontrolle und Reduzierung der Inflation sowie den Abbau gesamtwirtschaftlicher Ungleichgewichte, wie beispielsweise Staatsdefizite, oder außenwirtschaftlicher Ungleichgewichte, wie Leistungsbilanzdefizite.

**Städtische und dörfliche Betriebe** sind eine Form der Unternehmensorganisation, die nur in China anzutreffen ist. Sie sind dadurch gekennzeichnet, daß die lokalen Regierungsstellen die Gesamtheit oder den Großteil des Betriebes besitzen, aber dort ansässige Privatpersonen implizite Eigentumsrechte haben.



## Ländergruppen

Für operationale und analytische Zwecke verwendet die Weltbank das Bruttosozialprodukt (BSP) pro Kopf als Hauptkriterium für die Einstufung einzelner Länder. Jedes Land wird entweder als Land mit niedrigem Einkommen, Land mit mittlerem Einkommen (unterteilt in solche der unteren und der oberen Kategorie) oder als Land mit hohem Einkommen klassifiziert. Zusätzlich werden auch andere analytische Gruppen gebildet, basierend auf Regionen, Exporten und dem Stand der Auslandsschulden.

Die Zusammensetzung der Länder in jeder Einkommensgruppe kann von einer Ausgabe zur anderen variieren, da das BSP pro Kopf im Laufe der Zeit Veränderungen unterliegt. Sobald die Zusammensetzung für die jeweilige Ausgabe festgelegt ist, basieren alle historischen Angaben auf der gleichen Ländergruppe. Die im diesjährigen Bericht auf Basis der Klassifizierung nach Einkommen verwendeten Ländergruppen sind folgendermaßen definiert:

**Länder mit niedrigem Einkommen** sind jene, deren BSP pro Kopf im Jahr 1994 725 Dollar oder weniger betrug.

**Länder mit mittlerem Einkommen** sind jene, deren BSP pro Kopf im Jahr 1994 mehr als 725 Dollar, aber weniger als 8.956 Dollar betrug; des weiteren wird unterschieden zwischen der unteren und oberen Kategorie der Länder mit mittlerem Einkommen, wobei die Trennungslinie bei einem BSP pro Kopf von 2.895 Dollar im Jahr 1994 gezogen wurde.

**Länder mit hohem Einkommen** sind jene, deren BSP pro Kopf im Jahr 1994 8.956 Dollar oder mehr betrug.

Die **Welt** umfaßt alle Länder, einschließlich der Länder mit weniger als 1 Million Einwohner oder derjenigen, über die nur wenig Daten vorliegen. Diese werden in den Haupttabellen nicht einzeln ausgewiesen, sie sind aber in Tabelle 1a in den Technischen Erläuterungen zu den Ausgewählten Kennzahlen der Weltentwicklung aufgeführt.

Die Gruppierung der Länder nach Einkommen spiegelt nicht notwendigerweise den Entwicklungsstand wider. (In den Ausgewählten Kennzahlen der Weltentwicklung wurden die Länder mit hohem Einkommen, die von den Vereinten Nationen oder von ihren eigenen Behörden als Entwicklungsländer eingestuft wurden, mit dem Symbol † gekennzeichnet.) Die Verwendung des Ausdrucks „Länder“ in bezug auf Volkswirtschaften beinhaltet kein Urteil der Weltbank über den rechtlichen oder anderweitigen Gebietsstatus.

Die Tabelle *Klassifikation der Länder* am Schluß der Ausgewählten Kennzahlen der Weltentwicklung verzeichnet Länder, die nach Einkommen, Regionen oder analytischen Gruppen klassifiziert sind.

## Sonstige analytische Gruppen

Für analytische Zwecke in diesem Bericht umfaßt Mittel- und Osteuropa (MOE) folgende Länder: Albanien, Bulgarien, Kroatien, die ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien, Polen, Rumänien, die Slowakei, Slowenien, die Tschechische Republik und Ungarn. Bosnien-Herzegowina sowie die Republik Jugoslawien sind auch ein Teil dieser Gruppe, werden aber im Bericht nicht erörtert.

Die Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion (NIS-Länder) sind Armenien, Aserbaidschan, Estland, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, Lettland, Litauen, die Republik Moldau, Rußland, Tadschikistan, Turkmenistan, Ukraine, Usbekistan und Weißrußland.

Die Auswahl der in diesem Bericht analysierten Transformationsländer besteht aus den oben erwähnten zwei Gruppen sowie China, der Mongolei und Vietnam.

Der Text nimmt auch auf die folgenden Untergruppen Bezug: Die baltischen Länder sind Estland, Lettland und Litauen. Die Visegrad-Länder umfassen Polen, die Slowakei, die Tschechische Republik und Ungarn. Länder, deren Wirtschaft durch regionale Spannungen deutlich in Mitleidenschaft gezogen wurde, sind Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Kroatien, die ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien und Tadschikistan.

Die Mitgliedschaft im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), dem jetzt aufgelösten Handelssystem des ehemaligen kommunistischen Blocks, bestand im Jahr 1989 aus Bulgarien, Kuba, der Mongolei, Ostdeutschland, Polen, Rumänien, der Sowjetunion, der Tschechoslowakei, Ungarn und Vietnam.

Die Mitgliedsländer der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) sind nach dem gegenwärtigen Stand Australien, Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Island, Italien, Japan, Kanada, Luxemburg, Mexiko, die Niederlande, Neuseeland, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Schweiz, Spanien, die Tschechische Republik, die Türkei, Ungarn und die Vereinigten Staaten. Die Angaben für die OECD-Länder für ein bestimmtes Jahr beziehen sich auf die Länder, die in jenem Jahr Mitglieder sind.

## Angaben zu den Daten

**Dollar** sind US-Dollar zu jeweiligen Preisen, falls nicht anders angegeben.

**Zuwachsraten** für Wirtschaftsdaten, die in den Ausgewählten Kennzahlen der Weltentwicklung genannt sind, basieren auf realen Größen und wurden, falls nicht anders angegeben, anhand der Methode kleinster quadratischer Abweichungen errechnet. Hinsichtlich der Einzelheiten dieser Methode siehe die Technischen Erläuterungen zu den Ausgewählten Kennzahlen der Weltentwicklung.

**Das Zeichen** / in Daten, wie „1990/1991“, bedeutet, daß der Zeitraum weniger als zwei Jahre umfassen kann, jedoch zwei Kalenderjahre berührt und sich auf ein Erntejahr oder ein Berichtsjahr oder ein Fiskaljahr bezieht.

**Das Zeichen** . . in Tabellen bedeutet „nicht verfügbar“.

**Das Zeichen** – in Tabellen bedeutet „nicht zutreffend“. (In den Ausgewählten Kennzahlen der Weltentwicklung wird ein Leerzeichen für „nicht zutreffend“ verwendet.)

**Die Zahlen** 0 oder 0,0 in Tabellen und Schaubildern bedeuten „Null oder weniger als die Hälfte der jeweiligen Einheit“ und nicht genauer bekannt.

Der Stichtag für alle Angaben in den Ausgewählten Kennzahlen der Weltentwicklung ist der 30. April 1996.

Die Zahlen, die im vorliegenden Bericht für Vergangenheitswerte ausgewiesen werden, können von denen früherer Berichte abweichen, da sie laufend aktualisiert werden, sobald bessere Daten verfügbar sind, sowie aufgrund des Übergangs auf ein neues Basisjahr bei realen Preisangaben oder aufgrund von Veränderungen in der Länderzusammensetzung bei den Einkommens- und analytischen Gruppen.

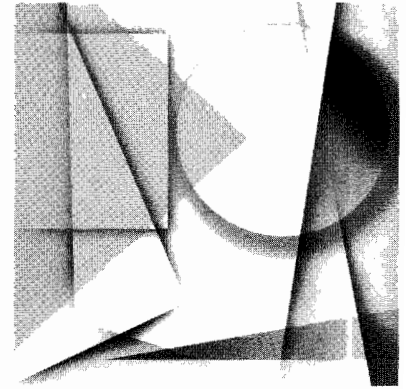
Sonstige wirtschaftliche und demographische Begriffe sind in den Technischen Erläuterungen zu den Ausgewählten Kennzahlen der Weltentwicklung definiert.

#### Abkürzungen und Kurzwörter

<b>ADI</b>	Ausländische Direktinvestition
<b>BIP</b>	Bruttoinlandsprodukt
<b>BSP</b>	Bruttosozialprodukt

<b>CAP</b>	Gemeinsame Agrarpolitik (Common Agricultural Policy) der Europäischen Union
<b>EBRD</b>	Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (European Bank of Reconstruction and Development)
<b>EU</b>	Europäische Union
<b>GATT</b>	Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen (General Agreement on Tariffs and Trade)
<b>IFC</b>	Internationale Finanzkorporation (International Finance Corporation)
<b>IWF</b>	Internationaler Währungsfonds
<b>KKP</b>	Kaufkraftparität
<b>MOE</b>	Mittel- und Osteuropa (siehe vorstehende „Analytische Gruppen“)
<b>MWSt</b>	Mehrwertsteuer
<b>NIS</b>	Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion (Newly Independent States, siehe vorstehende „Analytische Gruppen“)
<b>NSO</b>	Nichtstaatliche Organisation
<b>OECD</b>	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Organization for Economic Cooperation and Development, siehe vorstehende „Sonstige analytische Gruppen“)
<b>RGW</b>	Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (siehe vorstehende „Sonstige analytische Gruppen“)
<b>SDB</b>	Städtische und dörfliche Betriebe (siehe vorstehende „Ausgewählte Fachausdrücke zu diesem Bericht“)
<b>WTO</b>	Welthandelsorganisation (World Trade Organization)

# Was bedeutet Transformation?



Im Zeitraum von 1917 bis 1950 wandten sich Länder mit einem Drittel der Weltbevölkerung von der Marktwirtschaft ab und starteten das Experiment, ein völlig anderes Wirtschaftssystem aufzubauen. Zunächst wurden im ehemaligen russischen Kaiserreich und der Mongolei, dann, nach dem Zweiten Weltkrieg, in Mittel- und Osteuropa und den baltischen Staaten sowie später in China, Nordkorea und Vietnam (mit Ablegern und Nachahmern in anderen Regionen) beträchtliche Anstrengungen unternommen, um die Kontrolle über die Produktion zu zentralisieren und alle Ressourcen mittels staatlicher Planung zu lenken. Dieses gewaltige Experiment verwandelte die politische und ökonomische Landkarte der Welt – und es bestimmte den Gang der Entwicklung für einen großen Teil des zwanzigsten Jahrhunderts. Sein Scheitern hat jetzt einen ebenso radikalen Transformationsprozeß in Gang gebracht, da dieselben Länder den Kurs änderten und versuchen, die Märkte wieder aufzubauen und sich in die Weltwirtschaft zu integrieren.

Das *Kommunistische Manifest* mutet mit seiner Schilderung des turbulenten Auftretens des Kapitalismus im neunzehnten Jahrhundert an wie eine seltsam zutreffende Beschreibung des gegenwärtigen Transformationsszenarios:

Die fortwährende Umwälzung der Produktion, die ununterbrochene Erschütterung aller gesellschaftlichen Zustände, die ewige Unsicherheit und Bewegung ... Alle festen, eingerosteten Verhältnisse mit ihrem Gefolge von altehrwürdigen Vorstellungen und Anschauungen werden aufgelöst, alle neugebildeten veralten, ehe sie verknöchern können. Alles Ständische und Stehende verdampft ...

Das langfristige Ziel der Transformation entspricht dem wirtschaftlicher Reformen anderenorts: Es gilt, eine florierende Marktwirtschaft aufzubauen, die in der Lage ist, eine anhaltende Steigerung des Lebensstandards zu gewährlei-

sten. Was den Transformationsprozeß von Reformen in anderen Ländern unterscheidet, ist der damit einhergehende systematische Umbruch: Die Reform muß bis zu den fundamentalen „Spielregeln“ durchdringen, bis zu den Institutionen, durch die das Verhalten bestimmt und die gesellschaftlichen Organisationen gelenkt werden. Dadurch wird sie sowohl zu einem tiefgreifenden sozialen als auch ökonomischen Transformationsprozeß. Ähnliche Veränderungen waren in vielen anderen Ländern erforderlich, und die Erfahrung mit dem Transformationsprozeß ist deshalb auch für diese von Interesse. Die meisten derartigen Reformprogramme verblassen aber im Vergleich zum Ausmaß und zu der Intensität des Übergangs von der Plan- zur Marktwirtschaft.

Dieser Bericht untersucht nicht die verwirrende Vielfalt von Ereignissen und politischen Veränderungen in achtundzwanzig Ländern, sondern fragt vielmehr, was wir über die Wesensmerkmale erfolgreicher Transformationsprozesse gelernt haben und wie diese durchgeführt werden sollten. Der Transformationsprozeß ist noch voll im Gange; auf zahlreiche wichtige Fragen gibt es noch keine definitiven Antworten. Weil noch soviel zu tun bleibt, ist es um so wichtiger, die grundlegenden Lehren aus den bis jetzt durchgeführten Transformationen zu ziehen.

## Die Hinterlassenschaft der Planung

Karl Marx hatte behauptet, daß der Sozialismus den Kapitalismus als erstes in den am stärksten industrialisierten kapitalistischen Ländern ablösen würde. In der Tat war der Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts eine Periode beträchtlicher sozialer Gärung, insbesondere in Europa. Der revolutionäre Sozialismus setzte sich jedoch in den mehr agrarisch geprägten Ländern durch, wo die wirtschaftliche Entwicklung und der industrielle Fortschritt ebenso wichtige Probleme darstellten wie eine gerechte Verteilung. Die Errungenschaften des planwirtschaftlichen Systems waren beträchtlich. Sie umfaßten eine Steigerung der Produktion, die

**Tabelle 1** Die Ausgangszahlen  
(in Prozent, sofern nicht anders angegeben)

Kennzahl	Transformationsländer					Vergleichsländer			
	MOE	Rußland	Andere NIS-Länder und Mongolei	China <sup>a</sup>	Vietnam <sup>a</sup>	mit niedrigem Einkommen <sup>b</sup>	Indien	mit mittlerem Einkommen	OECD
<i>Bevölkerung und Einkommen</i>									
Bevölkerung, 1989 (Millionen)	122	149	139	1.102	64	1.002	850	1.105	773
BSP pro Kopf, 1990 <sup>c</sup> (in Dollar von 1990)									
Aus dem Weltbank-Atlas	2.268	4.110	2.141	404	188	320	380	2.220	20.170
Zu KKP	4.647	6.440	4.660	1.000	..	1.086	1.090	4.289	15.615
Wachstumsrate vor der Transformation <sup>d</sup>	1,5	1,9	2,3	4,9	..	3,4	5,8	2,9	3,0
<i>Wirtschaftsstruktur</i>									
Städtische Bevölkerung als Anteil an der Gesamtbevölkerung, 1991	61	74	58	18	19	28	27	62	77
Investitionsquote am BIP, 1989 <sup>e</sup>	34	34	31	35	16	21	24	25	22
Anteil der Industrieproduktion am BIP, 1989	51	50	40	48	23	28	29	36	31
Energieverbrauch (Kilogramm Erdöläquivalent pro Dollar des BIP) <sup>f</sup>	0,81	0,91	0,71	0,38	..	0,14	0,21	0,41	0,31
<i>Menschliche Ressourcen</i>									
Gini-Koeffizient, 1989 <sup>g</sup>	26	24	24	30	36	46	34	45	33
Lebenserwartung bei der Geburt, 1989 (in Jahren) <sup>g</sup>	71	69	70	70	66	56	60	68	77
Analphabetenquote, 1991	3	2	2	31	12	41	52	17	<5
<i>Monetäre und Wechselkurs-Kennzahlen</i>									
M2 in Prozent des BIP	53	100	75	25	19	33	46	41	78
Devisenaufgeld am Schwarzmarkt, 1989	331	1.828	1.822	..	464	87	12	101	0

.. Nicht verfügbar.

Anmerkung: Alle Angaben für Ländergruppen sind mit der Bevölkerungszahl gewichtete Durchschnitte.

a. Alle Angaben für China beziehen sich auf 1978, für Vietnam auf 1986, sofern nicht ausdrücklich anders angegeben (z. B. für das BIP-Wachstum, den Energieverbrauch, Gini-Koeffizienten und die Lebenserwartung).

b. Ohne China und Indien.

c. Die Angaben für die NIS-Länder und die Mongolei beziehen sich auf 1991.

d. Durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des realen BIP zu Marktpreisen; die Angaben für die MOE- und Vergleichsländer beziehen sich auf 1980 bis 1989, für die NIS-Länder und die Mongolei auf 1980 bis 1990, für China auf 1966 bis 1978.

e. Inländische Bruttoinvestitionen.

f. Zu KKP unter Verwendung von Dollar des Jahres 1992; die Angaben für die MOE-Länder beziehen sich auf 1990; für die NIS-Länder, die Mongolei und die Vergleichsländer auf 1992; für China auf 1980 (Schätzungen der Weltbank).

g. Die Angaben für China beziehen sich auf 1980, für Vietnam auf 1992.

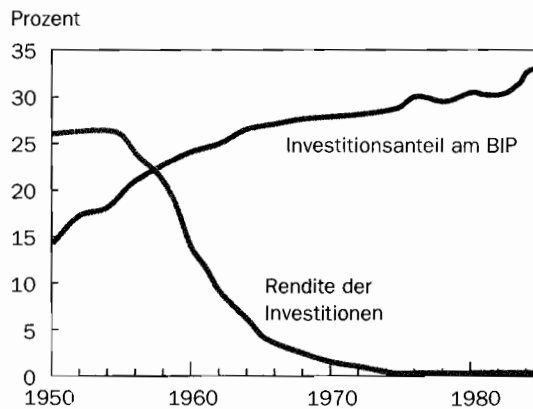
Quelle: IWF und Daten der Weltbank; Daten der International Currency Analysis, Inc.

Industrialisierung, ein grundlegendes Bildungsangebot, Gesundheitsfürsorge, Wohnraumbeschaffung und Arbeitsplätze für ganze Bevölkerungen sowie eine scheinbare Immunität gegenüber der Großen Depression der dreißiger Jahre. Die Einkommen waren relativ gleichmäßig verteilt, und ein ausgedehnter, wenngleich ineffizienter Wohlfahrtsstaat sicherte für jedermann die Versorgung mit den grundlegenden Gütern und Dienstleistungen (Tabelle 1). Das System war jedoch weitaus weniger stabil, als es den Anschein hatte; denn die immanente Unwirtschaftlichkeit der Pla-

nung trat überwältigend deutlich zutage. Die Planer konnten nicht genügend Informationen erhalten, um den Informationsgehalt der Preise in einer Marktwirtschaft zu ersetzen. Die Planung wurde weitgehend zu einem personenbezogenen Verhandlungsprozeß, bei dem Beziehungen (*blat* oder *guanxi*) ein wichtiges Element darstellten. Dies war schlecht für die Industrie und noch schlimmer für die Landwirtschaft. Außerdem erforderte die Unterdrückung der individuellen Anreizsysteme als Ersatz einen penetranten Kontrollapparat. Dieser dürfte anfangs ein ideologisches

**In den siebziger Jahren warfen die sowjetischen Investitionen wenig oder keinen Gewinn ab.**

**Schaubild 1** Investitionen und Rendite in der sowjetischen Industrie



Quelle: Easterly und Fischer 1995 b.

Engagement zur Grundlage gehabt haben und eine sich als Avantgarde verstehende Partei als Basis, aber häufig degenerierte er zu Personenkult und Machtmißbrauch durch die Eliten der No nenklatura.

Die tiefgreifende Ineffizienz der Planung trat im Laufe der Zeit zunehmend zutage. Die Schwerindustrien wie der Maschinenbau und das Hüttenwesen wurden besonders gefördert, während die Entwicklung der Konsumgüterindustrien hinterherhinkte. Nachdem in den fünfziger Jahren hohe jährliche Steigerungsraten erzielt worden waren (durchschnittlich 10 Prozent nach den amtlichen Schätzungen), ging das Wachstum der sowjetischen Wirtschaft zurück: Das Wachstum belief sich in den sechziger Jahren auf durchschnittlich 7 Prozent pro Jahr, auf 5 Prozent in den siebziger Jahren und gerade noch 2 Prozent in den achtziger Jahren, und im Jahre 1990 sank die Produktion. Diese Entwicklung ergab sich trotz hoher Investitionsquoten – die Verzinsung der Sachinvestitionen ging seit Mitte der fünfziger Jahre stetig und schnell zurück (Schaubild 1). Eine ähnliche Stagnation suchte Osteuropa heim. Als wichtiger Ölexporteur profitierte die Sowjetunion von den Ölpreisschüben der Jahre 1973 und 1979, aber schwere Mangelercheinungen und die sich verschlechternde Qualität ihrer Industrieerzeugnisse im Vergleich zu denen der marktwirtschaftlichen Länder waren deutliche Zeichen für die Stagnation (Sonderbeitrag 1).

Die sozialen Indikatoren verschlechterten sich gleichermaßen und unterstrichen damit den beunruhigenden Zustand des Systems. Nach dem Zweiten Weltkrieg verbesserten sich die Gesundheitsindikatoren in Rußland schnell und fingen an, sich den Niveaus in den industrialisierten Marktwirtschaften anzunähern. Mitte der sechziger Jahre begann jedoch eine Stagnation und später sogar eine rückläufige Entwicklung: Die Lebenserwartung fiel zwischen 1966 und 1980 um zwei Jahre. Dies stand in starkem Gegensatz zum Trend in anderen Industriestaaten, die in einer ähnlichen Periode eine Zunahme von etwa drei bis vier Jahren zu verzeichnen hatten.

Auch der Lebensstandard in der weniger durchgeplanten Wirtschaft Chinas war nicht immun gegen eine Stagnation. Die allgemeine Produktivität (gesamte Faktorproduktivität) ging von 1955 bis 1978 zurück, trotz (oder vielleicht wegen) sehr hoher Investitionen in der Schwerindustrie. Die Hungersnöte des Großen Sprungs nach vorn (von 1958 bis 1960) und die zehn verheerenden Jahre der Kulturrevolution saugten den chinesischen Staat durch die Politik aus und machten die kommunistische Partei reformbereit. In vielen Regionen wurde schon begonnen, mit lokalen Reformen zu experimentieren. Vor allem die Kleinbau-

### **Sonderbeitrag 1. Weiteres Zurückbleiben auf den Weltmärkten**

Seit Mitte der sechziger Jahre gab es untrügliche Zeichen dafür, daß Mittel- und Osteuropa (MOE) und die Sowjetunion im Bereich der Produktqualität hinter den neu industrialisierten Ländern (Schwellenländern) zurückfallen. Im Jahre 1985 erzielten die Maschinenbauexporte der MOE-Länder weniger als 30 Prozent des durchschnittlichen Stückpreises der Gesamtheit der Exporteure ähnlicher Produkte, und diese Exporte waren in ihrer Technologie oft zwanzig Jahre zurück. Am größten war die Qualitätslücke bei Konsumgütern, einschließlich elektronischer Erzeugnisse, was den geringen Einfluß der heimischen Käufer auf die Produktqualität widerspiegelte. Eine Untersuchung ergab, daß 1990 sowjetische Autos auf dem finnischen Markt kaum ein Drittel des Preises vergleichbarer westlicher Autos erzielten. Wie im Falle der hohen Energieintensität (Tabelle 1), spiegelte die sinkende Qualität die systemimmanenten Anreizsysteme wider sowie die Abschottung von den Weltmärkten und von ausländischen Direktinvestitionen. Selbst durch umfangreiche Importe westlicher Investitionsgüter konnten keine entscheidenden Verbesserungen erreicht werden.



ern fühlten, daß die kollektivistische Landwirtschaftspolitik für Produktivität und Lebensstandard schädlich war. Ihre Ansichten hatten Gewicht, weil die Partei eine starke ländliche Basis hatte, so daß wirtschaftliche Verbesserungen zu einem dringlicheren Ziel wurden. Wiederum anders war der Anstoß zur Reform in Vietnam, das versuchte, sich von vierzig Kriegsjahren zu erholen, sowie in der Mongolei. Im Gegensatz zu China hatten beide Länder enge Verbindungen zur Sowjetunion und hingen von sowjetischer Unterstützung ab. Beide mußten aus der Isolation herausfinden.

Als Reaktion haben die meisten dieser Länder die gesamte Planung oder den größten Teil des zentralen Planungswesens über Bord geworfen und einen Weg eingeschlagen – eine Transformation –, der zu dezentralisierten Marktmechanismen führt, unterstützt durch eine weite Verbreitung von Privateigentum. Nicht alle Länder verfolgen den gleichen Weg. Trotz gemeinsamer Charakteristika war der Großteil der zentralgeplanten Verwaltungswirtschaften weit davon entfernt, ein monolithischer Block zu sein. Er bestand aus Ländern mit unterschiedlichen historischen und kulturellen Erfahrungen und verschiedenartiger Ausstattung mit Ressourcen. Während die politische Reform hin zu einer Mehrparteien-Demokratie in den Ländern Mittel- und Osteuropas (MOE) und den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion (NIS) ein vorrangiges Ziel der Reformen in den Jahren nach 1989 war, machten weder China, das 1978 wirtschaftliche Reformen einleitete, noch Vietnam einen politischen Transformationsprozeß mit, der zu einer Trennung der Regierung von der sie beherrschenden kommunistischen Partei führte. Somit bestehen zwischen den Ländern hinsichtlich der Ausgangslage, der Strategien und Ergebnisse des Transformationsprozesses beträchtliche Unterschiede.

Die meisten Länder der Erde haben zu irgendeinem Zeitpunkt die Preiskontrollen aufgehoben, den Außenhandel liberalisiert oder die Staatsbetriebe privatisiert – mit unterschiedlichem Erfolg. Der Transformationsprozeß ist jedoch – wie oben erwähnt – etwas anderes. Er besteht nicht einfach aus der Anwendung oder Modifizierung einzelner politischer Maßnahmen oder Programme, sondern ist der Weg von einer Methode der ökonomischen Organisation zu einer völlig anderen. Die zugrundeliegenden Verhaltensweisen und Regeln innerhalb eines wirtschaftlichen Systems sind oft so dominierend und in Fleisch und Blut übergegangen, daß sie als selbstverständlich vorausgesetzt werden; tatsächlich werden sie um so weniger bewußt in Frage gestellt, je besser etabliert sie sind. Institutionen wie das Bildungssystem, die Jugend- und Arbeiterorganisationen, die Organisation und Kontrolle der Arbeit in Betrieben und auf Bauernhöfen sowie die Bereitstellung von Informationen für die Öffentlichkeit wurden sorgfältig gesteuert, damit sie dem Prozeß der bürokratischen Zuteilung und den umfassenderen sozialen und politischen Zielen der zentra-

len Planung dienen konnten. Paternalistisch und restriktiv in ihrer Haltung, stellten diese Institutionen Güter und Dienstleistungen zur Befriedigung der grundlegenden Bedürfnisse bereit, während sie gleichzeitig den individuellen Wahlmöglichkeiten strikte Grenzen setzten und die Bürger mit einer gegen die Marktwirtschaft gerichteten Propaganda indoktrinierten. Damit der Transformationsprozeß gelingen kann, muß er deshalb über die rein technische ökonomische Umgestaltung hinausgehen und die institutionelle Grundlage des Gesellschaftssystems umbauen sowie eine bürgerliche Gesellschaftsordnung entwickeln – eine enorme Aufgabe, die viele Jahre bis zu ihrer Vollendung brauchen wird.

Die ökonomische Herausforderung des Übergangsprozesses ist an sich schon beängstigend. Die Planwirtschaften waren autark: Einige waren miteinander durch die Handelsbeziehungen des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) verbunden, aber kein Land hatte mit der übrigen Welt intensive Außenhandelsbeziehungen. Jahrzehnte der bürokratischen Zuteilung schufen schwere Verzerrungen, wobei einige Sektoren (insbesondere die Schwerindustrie) beträchtlich aufgebläht und andere (die Leichtindustrie und der Dienstleistungssektor) stark unterdrückt wurden; vielleicht nicht weniger als ein Viertel der sowjetischen Wirtschaft diente allein dem militärischen Komplex. Die relativen Preise wichen deutlich von den Marktstrukturen ab, und dies bedeutete massive explizite oder implizite Subventionsströme zwischen den Sektoren. Energie, Wohnungsnutzung, öffentliches Verkehrswesen und die Hauptnahrungsmittel waren außerordentlich billig, während industrielle Verbrauchsgüter, sofern überhaupt verfügbar, oft minderwertig waren. Allgegenwärtige Knappheiten erlaubten es den Firmen, auf „Verkäufermärkten“ zu operieren und verringerten die Anreize zur Qualitätsverbesserung. Bei nahezu vollständigem Staatseigentum fehlten den Unternehmen die klar definierten Eigentumsrechte, die in marktwirtschaftlichen Ländern die Arbeitsleistung und das Gewinnstreben stimulieren. Die Unternehmen hatten kaum Grund, die Vorleistungen effizient zu nutzen, aber es gab starke Anreize dafür, Arbeitskräfte und Rohstoffe zu hoorten. Viele Betriebe hatten eine negative Wertschöpfung: zu Weltmarktpreisen hätten die Kosten ihrer Vorleistungen den Wert ihrer Produktion übertroffen. Die Kombination von dominierender Schwerindustrie, niedrigen Energiepreisen und verschwenderischem Umgang mit Vorleistungen hatte zur Folge, daß die Energieintensität auf ein Mehrfaches des Niveaus in den marktwirtschaftlichen Ländern stieg (Tabelle 1) und schlimme Folgen für die Umwelt hatte (Sonderbeitrag 2).

Die Transformation muß deshalb einen komplexen Prozeß des Erschaffens, Anpassens und Zerstörens auslösen. Das Schlängengliedchen weicht den Märkten. Die Marktwirtschaft macht einer Wirtschaft umfangreicher Wahl-

## Sonderbeitrag 2 Die ökologische Hinterlassenschaft der Planung

Dreißig Jahre lang oder mehr konzentrierten sich die Planwirtschaften auf die Steigerung der Produktion durch quantitative Produktionsziele, wobei die Kosten kaum berücksichtigt wurden und die Preise für natürliche Ressourcen und Kapital zu niedrig angesetzt waren. Die Expansion der traditionellen Schwerindustrie, die oft Kohle als Hauptenergiequelle benutzte, genoss hohe Priorität. Industrielle Entwicklungen in einem solchen Ausmaß waren für die Umwelt immer katastrophal, gleichgültig wo sie stattfanden. In den Planwirtschaften wurde die Umweltverschmutzung jedoch durch die zu niedrig angesetzten Preise für den Energie- und Rohstoffeinsatz, der deshalb überhöht war, intensiviert. Das System förderte eine Geisteshaltung, die neue Investitionen als die Lösung aller industriellen Probleme ansah. Die Philosophie einer Erhöhung der Effizienz und Produktqualität durch viele kleine Verbesserungen – das Herzstück eines guten Industriemanagements – war nahezu unbekannt. Besucher von Industrieanlagen in Reformländern sehen nach wie vor Möglichkeiten für sinnvolle Maßnahmen der Haushaltsführung, um Abwasser, Lecks und Abfälle zu verringern – dabei werden gute Resultate sowohl für die Industrie als auch für die Umwelt erzielt. Sogar dort, wo die Fabrikanlagen Umweltschutzeinrichtungen ähnlich denen in etablierten

Marktwirtschaften hatten, führten unzulängliche Instandhaltung und Betriebsabläufe dazu, daß sie selten mit mehr als einem Bruchteil ihrer möglichen Effizienz arbeiteten. Die Verbesserung der Umweltbedingungen scheint ein langwieriger Prozeß zu sein, der sowohl Veränderungen in der Unternehmenskultur als auch die Durchsetzung von Regulierungsvorschriften beinhaltet.

Die Umweltlasten einer planlosen Abfallbeseitigung sind zwar zumeist unbekannt, könnten aber groß sein. Manche Umweltschäden dürften irreversibel sein: Die Zerstörung des Aralsees ist eine Umweltkatastrophe, die aus dem oben erwähnten Wunsch nach einer Steigerung der Produktion, in diesem Fall der Baumwolle, resultierte. Die Verschmutzung des Schwarzen Meeres ist ein weiteres schwerwiegendes Problem. In den NIS-Staaten gibt die Verseuchung durch nukleare Abfälle Anlaß zu besonderer Besorgnis. Unsichere Atomreaktoren und die Überreste des zerstörten Reaktors von Tschernobyl sind zusätzliche Probleme. Die Diskussion über diese Fragen ist wegen unterschiedlicher Standpunkte über die Höhe der Risiken und die Kosten alternativer Maßnahmen ins Stocken geraten. Es sind begrenzte Schritte eingeleitet worden, um die Kontrollmaßnahmen und Sicherheitseinrichtungen, die Betriebsabläufe und Wartungsmaßnahmen zu verbessern – mehr aber nicht.

möglichkeiten Platz, bei der zurückgedrängte Sektoren und Aktivitäten schnell wachsen und aufgeblähte Sektoren schrumpfen oder angepaßt werden. Eigentumsrechte werden offiziell geschaffen und vergeben, und große Vermögenswerte sind nicht länger in Staatsbesitz und staatlich kontrolliert. Alte Institutionen und Organisationen entwickeln sich weiter oder werden ersetzt, was neue Fachkenntnisse und Verhaltensweisen erforderlich macht. Die Beziehungen zwischen Bürgern und Staat wandeln sich grundlegend, was größere Wahlchancen bedeutet, aber auch viel größere ökonomische Risiken mit sich bringt. Es ist richtig, daß Veränderungen ähnlicher Art in vielen Volkswirtschaften auf der Welt notwendig sein dürften. In den Reformländern sind die Größenordnungen jedoch ungleich bedeutsamer. Beispielsweise haben die Reformländer in fünf Jahren mehr als 30.000 große und mittlere Unternehmen privatisiert. In den elf Jahren von 1980 bis 1991 überführte die restliche Welt weniger als 7.000 Unternehmen in Privateigentum. Die Länder werden ihren Transformationsprozeß erst dann abgeschlossen haben, wenn ihre Probleme und weiteren Reformmaßnahmen sich denen der fest-etablierten Marktwirtschaften auf ähnlichen Einkommensniveaus annähern.

## Bestandsaufnahme

Dieser *Weltentwicklungsbericht* versucht, die Erfahrungen des Transformationsprozesses herauszufiltern, indem zwei miteinander verflochtene Problemkreise detailliert analysiert werden. Der erste Problemkreis, Gegenstand von Teil Eins, bezieht sich auf die anfänglichen Herausforderungen des Übergangs und wie diese von den einzelnen Ländern in Angriff genommen worden sind – und von anderen Ländern in Angriff genommen werden könnten.

- Spiegeln Unterschiede in den Reformpolitiken und -ergebnissen die Verschiedenheit von Reformstrategien wider oder reflektieren sie in erster Linie länderspezifische Faktoren, wie die Geschichte, den Entwicklungsstand oder – ebenso wichtig – den Einfluß der gleichzeitig stattfindenden Veränderungen?

Diese Frage behandelt das Thema der Transformation im weitesten Sinne. In Anbetracht der sehr unterschiedlichen Reformstrategien und -ergebnisse in den einzelnen Ländern ist die Frage nach den Ursachen dieser Unterschiede verständlich und wichtig. Die Kernaussage des Berichts

lautet, daß die entschlossene und dauerhafte Durchsetzung einer guten Politik große Erfolge bringt. Aber der Bericht zeigt auch, daß Geschichte und Geographie eine Rolle spielen: Was die politischen Führer erreichen können oder auch nur zu erreichen versuchen, wird wesentlich durch die überkommenen Wirtschaftsstrukturen bestimmt, durch die administrativen und institutionellen Möglichkeiten und durch die Wege, auf denen das politische System die öffentliche Meinung mobilisiert und kanalisiert. Dieses Zusammenspiel zwischen den Wahlmöglichkeiten und den Gegebenheiten beeinflusst nicht nur die Ergebnisse im Frühstadium des Übergangs, der in Kapitel 1 beschrieben wird, sondern auch die Einstellung zu anderen Dilemmas, die die Reformer auf Schritt und Tritt verfolgen.

- Sind entschiedene Liberalisierungs- und Stabilisierungsmaßnahmen vordringlich, oder können andere Reformen auch ohne diese Maßnahmen genauso gute Erfolge aufweisen?

Kapitel 2 erläutert die Spannbreite der makroökonomischen Reformen im Transformationsprozeß – freie Preisbildung und Außenhandelssysteme, solide Haushaltsbudgets und freier Marktzugang für neue Unternehmen – und erörtert das Zusammenspiel von Liberalisierung, Stabilisierung und Wachstum. Das Kapitel kommt zu der Schlußfolgerung, daß sowohl eine umfassende Liberalisierung als auch eine entschiedene Stabilisierung notwendig sind, um Produktivität und Wachstum zu erhöhen, und daß außerdem die Nachhaltigkeit dieser Politik sowohl einen schnellen Strukturwandel erfordert als auch institutionelle Reformen.

- Muß eine Marktwirtschaft sofort auf Privateigentum beruhen? Oder kann die Privatisierung in den ersten Jahren der Reform in den Hintergrund treten?

Damit die Märkte richtig funktionieren, sind klare Anreizmechanismen erforderlich, die sich aus genau definierten Eigentumsrechten herleiten. Kapitel 3 untersucht den Prozeß der Errichtung einer Volkswirtschaft, die vom privaten Sektor dominiert wird. Es wird die Bedeutung des Marktzugangs von neuen privaten Unternehmen erörtert und insbesondere die Privatisierung staatseigener Unternehmen, landwirtschaftlicher Betriebe, der Wohnungswirtschaft und des kommerziellen Immobilienbesitzes. Das Kapitel analysiert, warum recht unterschiedliche Konzepte hinsichtlich des Eigentumswechsels und der Entflechtung mit positiven wirtschaftlichen Resultaten verbunden sein können, und es skizziert die politischen Grundtatbestände, die gegeben sein sollten. Die gegenwärtigen Erfahrungen des Transformationsprozesses lauten, daß der Neuzugang von Unternehmen auf den Markt von entscheidender Bedeutung ist und daß die Privatisierung und der Weg dorthin

eine wichtige Rolle spielen. Die einzelnen Länder werden aber die Privatisierung zu unterschiedlichen Zeitpunkten einleiten. Darüber hinaus sollte die zunächst einmal durchgeführte Privatisierung als Anfang und nicht als Ende eines Prozesses gesehen werden, der die Struktur der Eigentumsrechte und der Anreizsysteme von Betrieben neu gestaltet.

- Muß es beim Transformationsprozeß eine Kluft zwischen Gewinnern und Verlierern geben? Wie können sozialpolitische Maßnahmen die Nöte des Übergangs lindern und gleichzeitig den Reformprozeß vorantreiben?

Der Transformationsprozeß schafft Gewinner – die Jungen, Dynamischen, Mobilen, die mit Beziehungen –, aber er bringt für deutlich wahrnehmbare und schwache Gruppen auch Lasten mit sich, und in vielen Ländern war er von einem Anstieg an meßbarer Armut begleitet. Kapitel 4 untersucht die sozialpolitischen Reformen und insbesondere die direkten Maßnahmen zur Linderung der Armut, die den Übergang zu marktbestimmten Löhnen, zu wachsender Arbeitsmobilität und zur Ausgliederung der sozialen Leistungen aus den Unternehmen begleiten sollten.

Der zweite im Bericht erörterte Fragenkreis reicht über diese frühen Reformen hinaus, um die längerfristige Perspektive der Konsolidierung der Reformen zu analysieren: Die Entwicklung der Institutionen und Politiken, die langfristig zur Entfaltung und Kräftigung des neuen Systems beitragen werden. Jedes Transformationsland befindet sich in einem unterschiedlichen Stadium des Reformprozesses, aber fast alle Länder haben mit der zentralen Planung entschlossen gebrochen. Eine eher noch größere Herausforderung liegt vor ihnen, nämlich die Basis für eine florierende Marktwirtschaft zu festigen. Es gibt für sie kein einzig gültiges Muster, an dem sie sich orientieren müßten; in der Tat liegt eine der Stärken der Marktwirtschaft in ihrer Vielfalt und Anpassungsfähigkeit an verschiedene Kulturen. Jedoch müssen die unerläßlichen Institutionen angepaßt oder geschaffen werden – wie das Rechtssystem, Finanzsystem und Regierungssystem. Auch die Basis des Humankapitals, das für das langfristige Wachstum so wesentlich ist, muß verstärkt werden, und die Länder müssen sich eine Position der vollständigen Eingliederung in die Weltwirtschaft erkämpfen. Diese Probleme werden in Teil Zwei des Berichts erörtert.

- Wie sollten die Reformländer die Rechtsstaatlichkeit entwickeln und kräftigen?

Kapitel 5 untersucht, warum der Staat hinreichend stark sein muß, um bei der Festlegung der neuen Spielregeln die Führerschaft zu übernehmen und die Instrumente für deren Durchsetzung zu schaffen. Die Rechtsstaatlichkeit kann jedoch nicht von oben verordnet werden, durch Dekret. Das

Verlangen danach muß auch von unten kommen und wird durch das Wachstum der Marktaktivitäten stimuliert. Das Zutrauen zu einem neuen System zu schaffen bedeutet auch, daß Politiker und Beamte sich selbst diesen Regeln und Einschränkungen unterwerfen.

- Wie können die Länder effiziente Finanzsysteme entwickeln?

Die Länder starteten ihren Transformationsprozeß mit unzulänglichen, passiven Bankensystemen, die kaum in der Lage waren, Kreditrisiken zu bewerten, und sie begannen ohne existierende Kapitalmärkte. Wie Kapitel 6 erläutert, kann die Reform des finanziellen Sektors nicht losgelöst von anderen Reformen durchgeführt werden, wie beispielsweise ohne eine makroökonomische Stabilisierung und eine Unternehmensreform. Die Probleme aber frühzeitig und entschieden in Angriff zu nehmen, kann die Wucht der Reform mildern und die Saat für ein effizienteres System legen.

- Wie muß der Staat sich selbst umstrukturieren, um den Bedürfnissen eines marktwirtschaftlichen Systems zu genügen?

Kapitel 7 erörtert die Probleme bei der Erreichung fundamentaler Veränderungen im Regierungssystem, und zwar sowohl hinsichtlich der Frage, wie das Ausgaben- und Einnahmengeschehen geregelt wird, als auch hinsichtlich der Verteilung der Verantwortlichkeiten zwischen der Zentralregierung und den örtlichen Behörden. Sowohl der Umfang als auch das Wesen der staatlichen Aktivität muß sich ändern, wobei der Staat immer öfter die Aktivitäten des privaten Sektors erleichtern statt verdrängen sollte.

- Wie können die Länder die Basis ihres Humankapitals erhalten und an die geänderten Umstände anpassen?

Die Länder beginnen den Transformationsprozeß mit einer relativ günstigen Ausstattung an Humankapital. Wie in Kapitel 8 diskutiert wird, muß das überkommene Gesundheits- und Erziehungswesen jedoch umfassend refor-

miert werden, um die Effektivität und Flexibilität zu erhöhen.

- Warum ist die internationale Integration so entscheidend für den Transformationsprozeß, und welche Folgerungen ergeben sich daraus für die Handelspartner und die Kapitalströme? Wie kann die Auslandshilfe die Reformländer am besten unterstützen?

Diese Punkte werden in Kapitel 9 erörtert. Die Integration in die Weltmärkte nützt sowohl den übrigen Ländern als auch den Reformländern selbst, zum Teil dadurch, daß ihre anderen Reformen gefestigt werden. Die zeitliche Abstimmung und die Zusammensetzung der Auslandshilfe für die Reformländer sollte den spezifischen Ländereigenheiten Rechnung tragen: Einige Länder sehen sich mit einem dringenderen langfristigen Entwicklungsbedarf konfrontiert als andere. Die Herausforderung für die Geberländer besteht darin, die Hilfe so zu gewähren, daß sie den Weg zur Marktwirtschaft ermutigt und erleichtert anstatt ihn zu ersetzen.

Kapitel 10 faßt die Hauptaussagen des Berichts zusammen.

Der Bericht konzentriert sich auf die MOE-Länder, die Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion (NIS), die Mongolei, China und Vietnam. Diese Länder verteilen sich innerhalb eines weiten Reformspektrums, aber nur ein oder zwei der am weitesten vorangeschrittenen Reformländer nähern sich dem Punkt, wo die Probleme der Transformation in die normalen Probleme etablierter Marktwirtschaften übergehen. Die untersuchten Länder sind bei weitem nicht die einzigen, die umfassende, nicht-marktwirtschaftlich organisierte Volkswirtschaften hatten. Eine vollständige Liste würde unter anderem Algerien, Kambodscha, die Demokratische Volksrepublik Korea, Kuba, Laos, Nicaragua und Tansania enthalten. Viele andere Länder haben marktwirtschaftlich organisierte Systeme oder ökonomische Mischsysteme, die auf schwachen Grundlagen ruhen, und sie hatten zu dem einen oder anderen Zeitpunkt Teile des planwirtschaftlichen Modells übernommen. Der Prozeß der Transformation ist daher für einen weiten Kreis von Ländern und Völkern von Interesse.





# TEIL EINS

## Die Herausforderung der Transformation

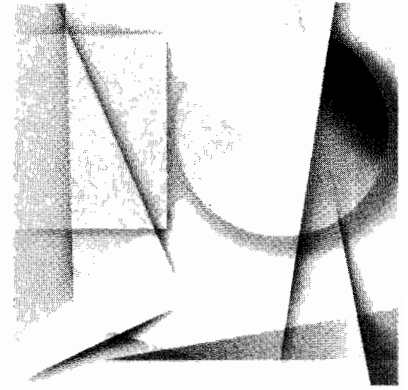
DIE AUSGANGSLAGE DER LÄNDER BEI BEGINN DES Transformationsprozesses war sehr unterschiedlich: Dieser Teil des Berichts betrachtet zuerst die Strukturen und den Fortschritt der Reform, die generellen Ergebnisse und den Einfluß von länderspezifischen Faktoren im Vergleich zu den gewählten Politikmaßnahmen (Kapitel 1). Die Kernreformen während des Übergangs beinhalten die Liberalisierung von Preisen und Märkten, den Eintritt neuer Betriebe und die Umsetzung von Programmen zur Wiedererlangung oder Erhaltung der Preisstabilität. Aber die Länder können ihre Geschichte und Geographie nicht ignorieren, und dieses Erbe, zusammen mit den politischen Entwicklungen, beeinflußt stark die relative Bedeutung von verschiedenen Marktreformen und die Art und Weise, wie die Politiker diese angehen.

Liberalisierung und Stabilisierung hängen eng zusammen (Kapitel 2). Die Schaffung freier Märkte ist die grundlegende Reform, aus der alle potentiellen Gewinne der Transformation entstehen. Die Signale der Marktpreise können jedoch in einem Umfeld schwerer makroökonomischer Ungleichgewichte und einer hohen Inflation nicht richtig funktionieren. Die Liberalisierung muß daher unbedingt durch die Stabilisierung ergänzt werden, damit die Produktivität und das Wachstum während des Transformationsprozesses – und darüber hinaus – gefördert werden.

Eine zweite Herausforderung besteht in der Schaffung von Eigentumsrechten und Anreizen sowie der weitgehenden Privatisierung der Wirtschaft (Kapitel 3). Auch hier sind die Ausgangsbedingungen von Bedeutung. In einigen Transformationsländern wird die Privatisierung dringender als in anderen notwendig sein. Es können aber konkurrierende Ziele und Schwierigkeiten bei der Schaffung eines effektiven und populären Programms entstehen.

Eine dritte Herausforderung – aus sozialen und politischen sowie wirtschaftlichen Gründen unerlässlich – besteht darin, die Armut zu lindern und die anderen negativen Auswirkungen der Transformation auf bestimmte Gruppen zu mildern (Kapitel 4). Viele profitieren von der Transformation, und die Armut kann ab dem ersten Tag der Transformation abnehmen, was wiederum von der Ausgangslage und dem Reformumfeld abhängt. Die gewaltigen Anpassungen, die mit einem Wechsel des Wirtschaftssystems verbunden sind, können für viele aber auch nachteilige Auswirkungen haben. Die Verluste, die sie erleiden, müssen durch effiziente Sozialpolitiken und Maßnahmen zur Förderung eines anhaltenden Wachstums ausgeglichen werden.

# Reformmuster, Fortschritte und Ergebnisse



**W**ie können Regierungen die Vielzahl von Reformen angehen, die im Transformationsprozeß notwendig sind? Um diese Frage klar zu formulieren, vereinfachen wir die Realität und gehen von zwei sehr unterschiedlichen, stilisierten Ansätzen aus. Der erste besteht darin, ein schnelles, umfassendes Programm zu starten, bei dem so viele Reformen wie möglich in der kürzeströglichen Zeit angepackt werden. Der zweite Ansatz besteht in einem Wandel mittels partieller und zeitlich abgestufter Reformen.

Jeder dieser beiden Wege bietet ein eigenes bestimmtes Muster von Risiken und Erträgen. Viele Länder begannen jedoch den Übergangsprozeß in einer Position, in der sie nicht zwischen den beiden Alternativen wählen konnten. Die Ausgangsbedingungen eines Landes, sowohl in wirtschaftlicher wie politischer Hinsicht, beeinflussen stark das Spektrum der Reformpolitiken und die damit erzielbaren Resultate. Die Erfahrungen der wenigen vergangenen Jahre der Reformpolitik zeigen jedoch klar, daß sich innerhalb dieses Rahmens – unabhängig vom Ausgangspunkt – entschlossene und konsistente Reformen auszahlen.

## Zwei Reformwege

Der umfassende Ansatz zielt darauf ab, die zentrale Planung auf einen Schlag durch die Grundlagen einer Marktwirtschaft zu ersetzen. Diese beinhalten eine rasche Liberalisierung der Preise und des Handels, begleitet von einem entschlossenen Stabilisierungsprogramm, um die Preisstabilität wiederherzustellen oder zu erhalten; ferner den schnellen Übergang zur Währungskonvertibilität für Leistungstransaktionen, die sofortige Öffnung der Märkte für den Eintritt neuer privater Betriebe und zumindest die Einleitung einer breiten Palette von anderen Veränderungen, wie

die Privatisierung von Staatsbetrieben, die Entmonopolisierung der Industrie sowie die Reform der Buchhaltungsgrundsätze, des Steuersystems, des Rechtswesens, des Finanzsektors und des öffentlichen Dienstes.

Die rasche Reform Polens im Jahre 1990 und viele der Programme, die anderswo in den mittel- und osteuropäischen Ländern sowie nach 1992 in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion eingeführt wurden, sind diesem umfassenden Modell nahegekommen. Die außergewöhnliche „sofortige“ Transformation Ostdeutschlands nach der Vereinigung mit Westdeutschland kommt ihm noch näher (Sonderbeitrag 1.1). Die Begründung für diesen Ansatz wird durch die Einschätzung des Präsidenten der Tschechischen Republik Václav Havel gut charakterisiert: „Es ist unmöglich, einen Abgrund in zwei Sprüngen zu überqueren.“ Die Reformer wollten die Dauer der unvermeidbaren Schmerzen des Übergangs minimieren und die Verbindungen zwischen dem Staat und dem produktiven Sektor durchschlagen, um sich vor einem Rückfall und der Stagnation zu schützen.

Folgt man dieser Begründung, so besteht der Sinn des umfassenden Ansatzes darin, daß er immer da angewendet werden sollte, wo ein rascher Wandel möglich ist. Die Erfahrungen in Polen und anderswo zeigen, daß einige Veränderungen in der Tat über Nacht geschehen können. Mit einem Federstrich können Märkte liberalisiert, Beschränkungen für Kleinbetriebe aufgehoben und die Devisenbewirtschaftung abgeschafft werden. Stabilisierungsmaßnahmen können ebenfalls schnell durchgeführt werden, selbst mit einer einfachen Auswahl von Politikinstrumenten. Die meisten anderen Reformen gehen jedoch von Natur aus langsam voran. Die formale Privatisierung kann in ein oder zwei Jahren erreicht werden, um aber die fundamentalen

### Sonderbeitrag 1.1

#### Ostdeutschland: Der sofortige Übergang

Zur Zeit der Vereinigung hatte Ostdeutschland ein Viertel der Bevölkerung Westdeutschlands, trug jedoch bloß ein Zehntel zu seinem Bruttoinlandsprodukt (BIP) bei. Die Vereinigung stellte einen markterprobten, institutionellen und rechtlichen Rahmen zur Verfügung und ein großes Kontingent von erfahrenen Praktikern. Außerdem wurden nach der Vereinigung unglaublich hohe Finanzmittel bereitgestellt – annähernd 700 Mrd Dollar –, um sowohl die Investitionen als auch die Sozialtransfers zu finanzieren. Die zum Ausgleich der niedrigen Produktivität notwendigen Lohndifferenzen zwischen dem Westen und dem Osten erwiesen sich jedoch alsbald als sozial und politisch untragbar. Lohnsprünge katapultierten die ostdeutschen Lohnstückkosten auf das höchste Niveau in der Welt. Das Resultat war Massenarbeitslosigkeit. Diese war politisch tragbar durch Sozialtransfers, die sicherstellten, daß der Lebensstandard der Arbeitslosen höher war als derjenige der Beschäftigten vor der Vereinigung. Ohne Frühverrentung und andere Programme hätte die Arbeitslosigkeit aber über 30 Prozent gelegen.

Die frühere Deutsche Demokratische Republik beginnt sich, ausgehend von dem Tiefpunkt nach der Anpassung, aufwärts zu entwickeln, und die Betriebe, die überlebt haben, stellen einen höchst wettbewerbsfähigen Kern dar. Aber nur wenige der Arbeitslosen werden wahrscheinlich eine Beschäftigung finden. Der Übergang hat eine ganze Generation ins wirtschaftliche Abseits gestoßen.

Entscheidungsstrukturen von großen Unternehmen zu verändern, benötigt man fast immer eine längere Zeit. Die Entwicklung von marktstützenden Institutionen wie von Rechts- und Finanzsystemen dauert schließlich Jahre, manchmal sogar Jahrzehnte, da sie fundamentale Veränderungen der Fähigkeiten, Organisationen und Einstellungen beinhaltet. Reformen werden nicht immer nur aufgrund ihrer Komplexität verzögert: Die Politik kann den Reformprozeß ebenso behindern, wie es oft bei der Reform von Sozialprogrammen geschieht.

Wenn unterschiedliche Reformen mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten voranschreiten, dann werden selbst die schnellsten Reformkräfte herausfinden, daß die Volkswirtschaft zunächst von Ineffizienz geschüttelt wird. Viele Betriebe arbeiten ohne einen effektiven Eigentümer; die Informations- und Rechtssysteme haben sich noch nicht an die Marktmechanismen angepaßt; private Firmen und klei-

ne Landwirtschaftsbetriebe haben Probleme, einen Bankkredit zu bekommen; für den Staat ist es schwierig, neu entstehende Sektoren zu besteuern, um die Einnahmeausfälle von den schrumpfenden Branchen auszugleichen.

Besteht die Lösung dann in einem langsamen Ansatz? Nicht unbedingt. Die Regierungen müssen die Durchführung einer „kritischen Masse“ von raschen Reformen forcieren, um Glaubwürdigkeit aufzubauen und das Verhalten der Menschen und Betriebe zu verändern, damit die Reformen fest verankert und neue angestoßen werden. Unter bestimmten Umständen müssen die Reformer außerdem rasch voranschreiten, um eine sich gerade bietende Chance für einen dramatischen Wandel auszunutzen.

Das zweite Modell einer stückweisen und zeitlich abgestuften Reform könnte mit örtlich begrenzten Experimenten beginnen, die ausgeweitet werden, wenn sich die angestrebten Erfolge einzustellen beginnen. Einige unterdrückte Sektoren – wie die Landwirtschaft – werden als erste liberalisiert. Nach diesen ersten Schritten werden die Marktmechanismen langsam, aber stetig auf andere Teile der Volkswirtschaft ausgedehnt, während gleichzeitig die grundlegenden institutionellen Bausteine eines Marktsystems aufgebaut werden.

Diese Strategie beruht darauf, daß die Möglichkeit besteht, große Produktivitätsgewinne aus den ersten Teilreformen zu erzielen. Diese erhöhen wiederum die Einkommen, womit ein Anreiz für weitere, weitaus schwierigere Reformen in einem sich selbst verstärkenden Prozeß geschaffen wird. Die schrittweise vorgehenden Reformländer müssen außerdem in der Lage sein, die Reformen über einen längeren Zeitraum durchzuhalten und die Nebeneffekte einer ausgewählten Liberalisierung der Wirtschaft zu kontrollieren. Da der Markt und der Plan für einen bestimmten Zeitraum nebeneinander bestehen bleiben, werden der einzelne und die Betriebe einen starken Anreiz verspüren, nach ökonomischen Renten zu streben, indem sie Güter oder finanzielle Ressourcen von einem kontrollierten Segment der Volkswirtschaft mit niedrigen Preisen zu einem liberalisierten Bereich mit hohen Preisen verlagern. Die Regierung muß dazu in der Lage sein, die Wirtschaft sowohl auf der Mikro- wie der Makroebene fest im Griff zu halten, indem sie diejenigen Aktivitäten überwacht, die immer noch dem Plan unterliegen, und harte Strafen für den Verstoß gegen die Regeln auferlegt.

Der zeitlich abgestufte Ansatz, den man mit dem Ausspruch von Deng Xiaoping zusammenfassen kann: „Beim Durchqueren des Flusses die Steine fühlen“, ist genau der Weg, den China verfolgt. Nach dem Tod von Mao Tsetung und der Verurteilung der Kulturrevolution öffneten die anfänglichen Reformen Chinas im Jahre 1978 die Tür für Joint-ventures, und man begann mit der Liberalisierung der Preise, zuerst in einigen Randbereichen und dann umfassender. Die meisten frühen Reformen konzentrierten sich auf

die Landwirtschaft. Das System der Verantwortung der Haushalte, das zuerst auf lokaler Ebene eingeführt wurde, um die landwirtschaftlichen Kollektive zu zerschlagen, wurde auf andere Regionen ausgedehnt. Der Staat erhöhte die Einkommen auf dem Lande, indem er die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise anhob. Dann lockerte er die Restriktionen für die „nichtstaatlichen“ Industriebetriebe (die lokalen Regierungsstellen und Kollektiven gehören) und erlaubte den Neueintritt in ein weites Spektrum von Geschäftstätigkeiten. Neue städtische und dörfliche Betriebe (SDB) auf dem Lande wurden erlaubt, und man ermutigte diese dazu, nach marktwirtschaftlichen Prinzipien zu operieren. Der Anteil der von privaten und nichtstaatlichen Betrieben erstellten Produktion nahm stark zu. Bis zum Jahre 1984 hatten sich die Reformen auf die Wirtschaft in den Städten ausgedehnt. Lokalen Regierungsstellen wurde eine größere Fiskalautonomie gewährt. Das Management der Staatsbetriebe wurde reformiert, als sich ihre Finanzierungsquelle vom Staatshaushalt zum Bankensystem verschob. Die Restriktionen für den Außenhandel und für Auslandsinvestitionen wurden zunehmend gelockert, und eine Vielzahl von institutionellen Reformen wurde in Gang gesetzt, einschließlich der Wiedererrichtung einer Zentralbank. Zwischenzeitlich wurde die Rolle des Planes zunehmend verringert. Die Reformen beschleunigten sich in den Jahren 1994 und 1995, vor allem im Hinblick auf die Steuern, das Gesellschaftsrecht und den Außenhandel.

#### *Wahlmöglichkeiten und Einschränkungen:*

##### *Unterschiedliche makroökonomische Ausgangspunkte . . .*

Die Tatsache, daß es zwei „Modellwege“ von der Planwirtschaft zum Markt gibt, bedeutet nicht, daß sich alle Länder in einer Position befinden, die ihnen die Wahl zwischen beiden Alternativen erlaubt. Wie oben erläutert, müssen sich die Regierungen ziemlich sicher sein, daß der Versuch einer abgestuften Reform anfänglich positive Effekte hervorbringen wird und daß sie die Wirtschaft in einem teilliberalisierten Zustand kontrollieren können. Die Politiker in den meisten MOE- und NIS-Ländern befanden sich nicht in der Lage, auch nur eines davon sicherzustellen.

Erstens waren frühere Versuche von Teilreformen in diesen Ländern (einschließlich der Sowjetunion) dabei gescheitert, die Effizienz zu erhöhen, vor allem weil sie zu begrenzt waren, um die Anreize zu beeinflussen. Vielleicht wären partielle Maßnahmen – wie sie in den sechziger Jahren vorgeschlagen wurden – erfolgreich gewesen, die die Autorität von den staatlichen Planern zu den Managern der Betriebe verlagert hätten, hätte man sie nur früh und entschlossen genug eingeführt, als die Produktivitätskrise gerade begann, sich zu entwickeln. Aber mehrere MOE-Staaten, die anhaltend einen „dritten Weg“ zwischen der Planwirtschaft und dem Kapitalismus suchten, fanden niemals einen, der zu

einem dauerhaften Wachstum führte. Es ist schwer zu glauben, daß die Sowjets erfolgreich gewesen wären, wo die Ungarn scheiterten.

Der zweite, wichtigere Grund dafür, warum ein gradueller Ansatz in den MOE-Staaten und in der Sowjetunion keine Alternative darstellte, bestand darin, daß die sowjetische Planwirtschaft in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre von innen langsam aufweichte. Im Jahre 1986 begann die Sowjetunion mit *Glasnost* (politische Lockerung) und *Perestroika* (wirtschaftliche Umstrukturierung). *Glasnost* erlaubte das Wiederaufleben demokratischer Bewegungen und des lange unterdrückten Nationalismus sowie das Aussprechen von Kritik an der Regierung. *Perestroika* selbst brachte nur wenige Reformen mit sich, was folgte, waren Maßnahmen zur Ankurbelung der Investitionen angesichts schrumpfender Ressourcen. Dies führte zu Inflation und einer zunehmenden Auslandsverschuldung anstelle einer höheren Produktivität. Ähnlich wie in Polen und in den meisten anderen MOE-Staaten in den letzten Jahren des alten Regimes stiegen die Löhne im Verhältnis zu den offiziellen Preisen stark an. Bei einer größeren Autonomie der Unternehmen und fortlaufenden Subventionen erreichte das Fiskaldefizit der Sowjetunion im Jahre 1988 11 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Da es nur wenige Güter zu kaufen gab, stiegen die Einlagen bei Banken stark an und schufen damit einen monetären Überhang.

Bis zum Jahre 1990 fielen die Lieferungen von Vorleistungsgütern deutlich unter das geplante Niveau, und die Schwarzmarktpreise und Wechselkurse erreichten ein Vielfaches der offiziellen Werte (Tabelle 1). Die Situation verschlechterte sich im Jahre 1991 dramatisch, als das Defizit auf geschätzte 28 Prozent des BIP answoll. Eine Währungsreform (verbunden mit dem Einfrieren und der Beschlagnahme von Finanzvermögen), die im Januar 1991 durchgeführt wurde, war der letzte verzweifelte Versuch zur Absorbierung des monetären Überhangs ohne eine Preisexplosion. Sie scheiterte kläglich. Das planwirtschaftliche Handelssystem löste sich auf. Danach brach die Sowjetunion zusammen. Das Handelsvolumen zwischen den RGW-Ländern und den Sowjetrepubliken fiel um 70 Prozent. Dieses chaotische Umfeld, eine auseinanderfallende Volkswirtschaft mit einer immer schwächer werdenden Regierung, bot keinen Raum für graduelle Reformen. Für diese Länder stellte der umfassende Ansatz die einzige Möglichkeit dar.

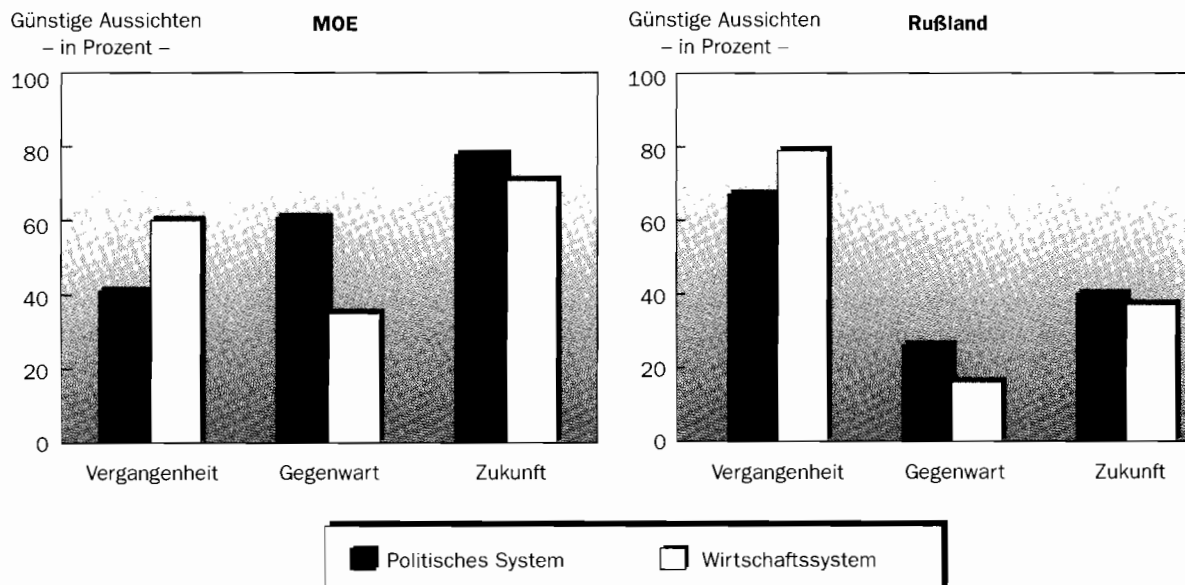
#### *. . . und die Rolle einer unterschiedlichen politischen Erblast*

Der Grad des makroökonomischen Ungleichgewichts ist nicht der einzige Faktor, der die Wahl des Reformweges eines Landes beeinflusst. Nicht-ökonomische Faktoren – Politik, Geschichte, Kultur und Geographie – können auch sehr wichtig sein.



### Die Russen schätzen die Zukunft düsterer ein.

**Schaubild 1.1** Einstellung der Öffentlichkeit gegenüber den politischen und wirtschaftlichen Reformen in Mittel- und Osteuropa und in Rußland



Anmerkung: Die Daten ergeben sich aus Meinungsbefragungen in sieben MOE-Ländern im Jahre 1993 und in Rußland im Jahre 1994. In ihnen wurden die Ansichten über das vergangene (sozialistische), das gegenwärtige und das erwartete zukünftige (in fünf Jahren) Regime erfragt.  
Quelle: Rose 1995 a, 1995 b.

Die Einstellung und Loyalität der Bürger gegenüber den Regimes vor der Transformation unterschieden sich stark; sie hingen davon ab, wie ihre Länder sozialistisch geworden waren. Bevor die Revolutionäre an die Macht kamen, ist Rußland ein Imperium gewesen, das von einem autokratischen Zar regiert wurde. Die Mongolei war eine Theokratie gewesen, Vietnam eine Kolonie, und China stand nach dem Ende der Ching-Dynastie im Jahre 1912 unter der Herrschaft von Kriegsherren. In diesen Ländern entstanden die von der Kommunistischen Partei beherrschten Regierungen vor allem durch interne politische Bewegungen sowie, in China und Vietnam, aufgrund von nationalistischen Anstrengungen zur Vertreibung der Kolonialmächte Japan und Frankreich.

In scharfem Gegensatz dazu wurden die sozialistischen Regierungen in den baltischen Staaten und in vielen MOE-Ländern von außerhalb unterstützt und von der politischen und militärischen Maschinerie der Sowjetunion teilweise durch Repression an der Macht gehalten. Viele Menschen hatten tiefe Ressentiments gegen die sowjetische Präsenz, und das Erbe der Demokratie und des Marktes blieben

stark. Die Geographie spielt ebenfalls eine wichtige Rolle: Diese Länder liegen nahe an Westeuropa, wurden durch die politischen Normen und die Kultur Europas beeinflusst, und sie möchten der Europäischen Union beitreten. Der „politische Durchbruch“ nach 1989 war daher in diesen Ländern besonders stark. Die politischen Reformen waren die Triebfeder für ihre wirtschaftlichen Reformen, sie schufen eine unverkennbare Verbindung, die nicht ohne weiteres auf Länder anwendbar sein dürfte, die sich in einer anderen Situation befinden. Die breitgefächerte Unterstützung für den politischen Umbruch in den meisten MOE-Ländern milderte im Jahre 1993 die Erkenntnis, daß die begleitenden wirtschaftlichen Reformen nachteilige Effekte haben würden (Schaubild 1.1). Im Gegensatz dazu äußerten sich die Russen in Befragungen ein Jahr später weitaus pessimistischer, sowohl gegenüber dem politischen als auch dem wirtschaftlichen Fortschritt in ihrem Land.

Radikale wirtschaftliche Reformen haben sich als einfacher erwiesen, wenn der politische Wandel schnell und fundamental gewesen ist, wie in vielen MOE-Ländern und den

baltischen Staaten. Bürger, die die neuen politischen Systeme in diesen Ländern unterstützten, setzten sich auch für marktwirtschaftlich orientierte Wirtschaftspolitiken ein. Traditionelle Bastionen der Macht in den früheren Systemen – die Staatsbetriebe und die sie leitenden Ministerien – wurden geschwächt, und zu Beginn wurden kaum Interessengruppen gebildet, um gegen die Reformen zu opponieren. So öffnete sich ein Fenster der Möglichkeiten – eine Periode einer „außergewöhnlichen Politik“ –, in der weitreichende Veränderungen bei geringem Widerstand eingeleitet werden konnten. Aber auch Einzelpersonen haben der Entwicklung den Stempel aufgedrückt. Die meisten entscheidenden Reformen haben die Vision eines Führers oder einer kleinen und engagierten Gruppe widergespiegelt. Ähnliche politische Durchbrüche geschahen in einigen Ländern weit weg von europäischen Einflüssen, wie in Kirgisistan und der Mongolei, wo außergewöhnliche politische Führer an die Macht kamen und entscheidende Reformen durchdrückten. Nicht in allen Ländern gab es jedoch einen derart starken politischen Umbruch, und einige neue Staaten hatten andere Prioritäten. Die ersten unabhängigen Regierungen der Ukraine konzentrierten sich beispielsweise vor allem darauf, die nationale Identität herzustellen, und die dortigen Reformen beschleunigten sich erst nach dem schweren und sich lang hinziehenden wirtschaftlichen Niedergang.

Sobald außergewöhnliche Politikmaßnahmen normal werden, wird der Reformpfad schwieriger. Politische Interessengruppen formieren sich, und Druck entsteht von denen, die die Kosten des Wandels tragen. Wenn sich die strukturellen und institutionellen Reformen entfalten, sind mehr Entscheidungsträger beteiligt, und man benötigt die Zusammenarbeit mit mehr Menschen. Die Anzahl der Betroffenen erhöht sich, und der Prozeß wird komplizierter. Die Reformer bringen jedoch auch Gewinner hervor und neue Interessengruppen mit streng marktorientierten Einstellungen. Die Öffentlichkeit muß fortwährend an die Gründe für den Wandel erinnert und über den bislang erzielten Fortschritt informiert werden. Mit der bemerkenswerten Ausnahme der Tschechischen Republik sind wenige Regierungen in dieser Hinsicht wirklich effektiv gewesen.

Untersuchungen haben gezeigt, daß die Zustimmung zur Marktwirtschaft in vielen Ländern nachläßt. Es ist jedoch nicht klar, inwieweit dies die Ansichten über die Reformen an sich widerspiegelt und wie stark es eine Reaktion auf das Leid ist, das das wirtschaftliche Durcheinander und die Anpassung mit sich bringen. Sowohl radikal als auch weniger radikal reformierende Regierungen sind aus ihrem Amt vertrieben worden. Die Rückkehr der früheren Sozialisten an die Macht hat manchmal das Reformtempo gebremst, bislang versucht jedoch noch keine Nachfolgeregierung, den marktorientierten Ansatz ihrer Vorgänger zu demonstrieren. Die jüngsten Umfragen in den MOE-Ländern Ende 1995 zeigten außerdem eine zunehmende öffent-

liche Unterstützung für das gegenwärtige – und sich ausdehnende – Marktsystem. In den weiter fortgeschrittenen Reformländern hat sich die politische Debatte in Richtung auf Sozialleistungsprogramme bewegt, ein bekanntes politisches Terrain in lange etablierten Marktwirtschaften. Zumindest in den MOE-Staaten wird die Politik langsam normal.

Dies bedeutet nicht, daß Wirtschaft und Politik sich immer harmonisch zueinander entwickeln. Wenn nur wenige von den wirtschaftlichen Reformen profitieren, wenn die Rückkehr zum Wachstum zu lange verschoben und die Korruption als systemimmanent angesehen wird, werden die Verlierer zu Recht reagieren. In vielen Transformationsländern haben beispielsweise die Manager von Staatsbetrieben die Privatisierung dazu genutzt, ihre Kontrollrechte in Eigentumsrechte umzuwandeln, so daß die Normalbürger draußen in der Kälte stengelassen wurden. Dies hat den öffentlichen Zynismus gegenüber den Reformen vertieft und die Legitimation des wirtschaftlichen Systems nach der Reform untergraben. Im Dezember 1991 deuteten Umfragen darauf hin, daß gerade über ein Viertel der Russen nicht mit der Aussage einverstanden waren, daß die Normalbürger von der Einführung des Privateigentums profitieren würden. Im März 1995 lehnten über zwei Drittel diese These ab. Für den langfristigen Erfolg des Übergangs wird es entscheidend darauf ankommen, daß ein sozialer Konsens erreicht werden kann – länderübergreifende Studien zeigen, daß Gesellschaften mit einer sehr ungleichen Einkommens- und Vermögensverteilung dazu tendieren, politisch und sozial weniger stabil zu sein und eine niedrigere Investitionsquote und Wachstumsrate zu haben.

### Fortschritte und Ergebnisse

Wie haben sich die unterschiedlichen Reformwege, die von der Geschichte, der Politik sowie der wirtschaftlichen und institutionellen Ausgangslage abhängig gewesen sind, in dem bis heute erzielten Fortschritt und den Ergebnissen widergespiegelt?

#### *Reformfortschritt*

Zur Bewertung des Fortschritts betrachten wir vier umfassende Bereiche: Liberalisierung, Eigentumsrechte und Privateigentum, Institutionen und Sozialpolitiken. Zunächst soll die Liberalisierung betrachtet werden. Die Gesamtlänge jedes Balkens in Schaubild 1.2 gibt das Ausmaß wieder, in dem das betrachtete Land im Jahre 1995 eine Marktwirtschaft darstellte. Es handelt sich um ein Näherungsmaß, das drei Aspekte berücksichtigt: die heimischen Preise und Märkte, den Außenhandel und die Währungskonvertibilität sowie die Offenheit für den Eintritt neuer Betriebe. Im Jahre 1995 waren viele der mittel- und osteuropäischen Reformländer und Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion im Prinzip Marktwirtschaften, mit offenem Handel, Konvertierbarkeit für Leistungstransaktionen und liberaler Poli-

tik gegenüber Privatunternehmen und bezüglich des Neueintritts in den Markt. Einige behielten noch ausgeprägte Preis- und Exportkontrollen sowie staatliche Handelsmonopole bei – in einigen Fällen, nachdem sie Reformprogramme ankündigten, die nicht durchgeführt worden waren. Mit umfangreicheren Kontrollen des Außenhandels und im Hinblick auf den Markteintritt waren die ostasiatischen Länder weniger liberalisiert als die weiter fortgeschrittenen Reformstaaten unter den MOE- und NIS-Ländern.

Der Blick auf ein Jahr ist aber ein viel zu kurzer Zeitraum, um den wirtschaftlichen Einfluß eines Liberalisierungsprozesses zu erfassen. Einige Länder haben ihre Reformen viel früher begonnen als andere. Aus diesem Grund zeigt das violette Segment jedes Balkens das durchschnittliche Niveau der Liberalisierung eines Landes im Zeitraum 1989 bis 1995 und berücksichtigt somit, daß einige Länder Teile ihrer Volkswirtschaften bereits vor dem Jahre 1989 liberalisiert hatten. Die MOE- und NIS-Staaten sowie die Mongolei lassen sich durch dieses Maß in vier Gruppen einteilen, die sowohl das Ausmaß als auch die Dauer der Liberalisierung widerspiegeln. Die Volkswirtschaften einiger Länder wurden durch regionale Spannungen (einschließlich Blockaden und in einigen Fällen Krieg) schwer getroffen. Diese Länder sind in Schaubild 1.2 mit einem Stern markiert.

Aufgrund ihres früheren Beginns sind die ostasiatischen Länder in den letzten sieben Jahren im Durchschnitt fast ebensolang den Marktkräften ausgesetzt gewesen wie die mittel- und osteuropäischen Reformländer. Innerhalb der MOE- und NIS-Länder gibt es jedoch große Unterschiede. Seit 1989 ist die russische Volkswirtschaft etwa halb so stark den Marktkräften ausgesetzt gewesen wie die führenden Länder in der Gruppe 1 von Schaubild 1.2, und einige andere NIS-Staaten haben sich kaum vom planwirtschaftlichen System gelöst.

Eine andere Dimension der Transformation ist die Eigentumsreform (Schaubilder 1.3 und 1.4). Hier hat es ebenfalls große Veränderungen gegeben. In neun MOE- und NIS-Ländern hat der private Sektor jetzt einen Anteil von über der Hälfte an der wirtschaftlichen Aktivität. Der Staat hält noch Anteile an vielen Betrieben, die als Privatbetriebe klassifiziert werden, aber unter Einschluß der inoffiziellen Wirtschaft (die in Schaubild 1.3 nicht berücksichtigt ist) haben die meisten Länder die halbe Wegstrecke zurückgelegt. Der Übergang zur Privatwirtschaft reflektiert sowohl den Eintritt neuer Betriebe (die oft altes Vermögen des Staatssektors nutzen) als auch die Privatisierung von Staatsbetrieben. Auch das Eigentum in China hat sich deutlich in ein breites Spektrum von Eigentumsformen diversifiziert (Kapitel 3). Vietnam ist das einzige hier betrachtete Land, in dem der Staatssektor seit 1989 gewachsen ist, aber viele Unternehmen, die als Staatsbetriebe gezählt werden,

sind in der Realität Joint-ventures mit privaten (vor allem ausländischen) Partnern.

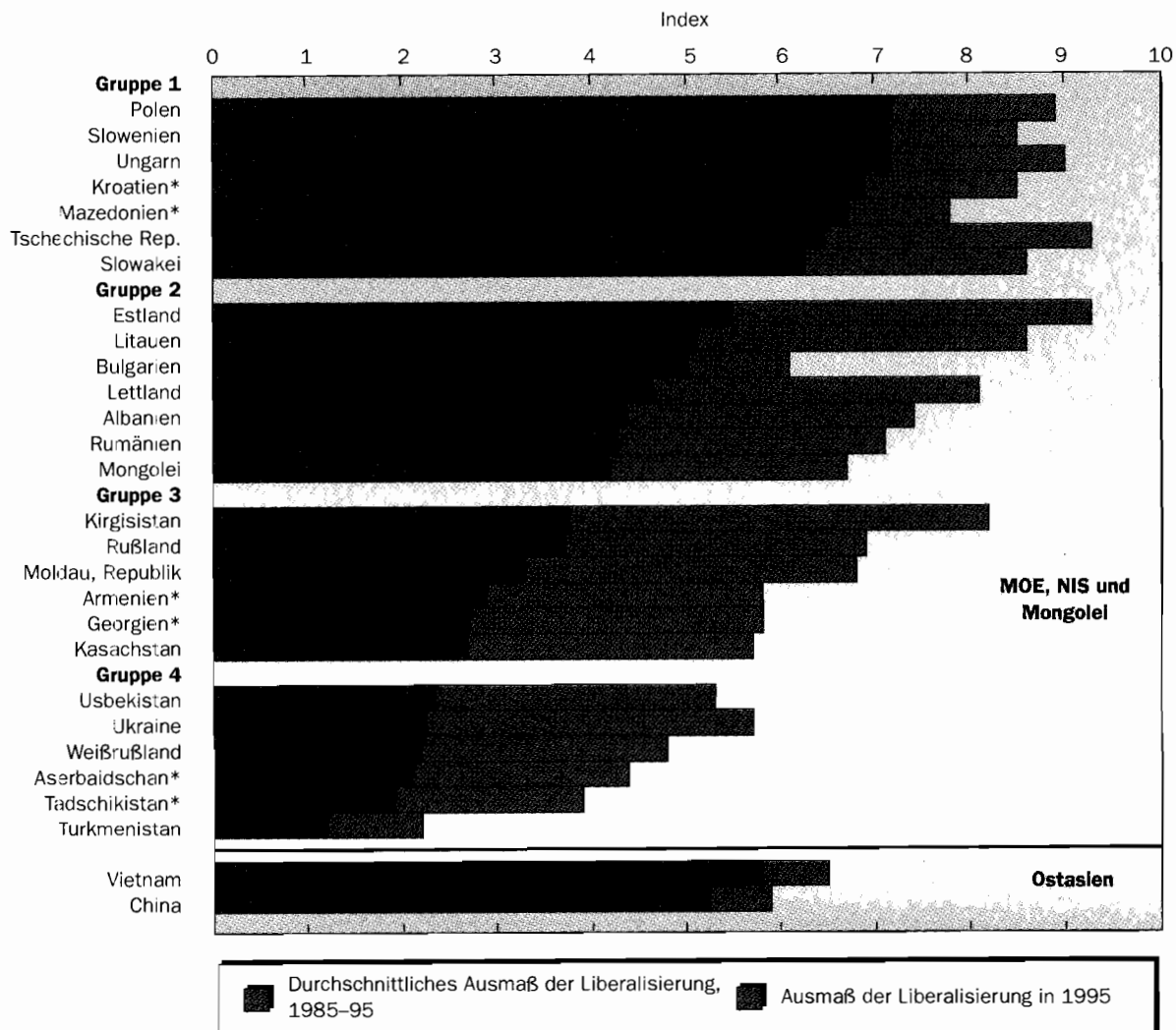
Das Ausmaß der Privatisierung und die Effektivität des Privateigentums können sowohl zwischen verschiedenen Ländern als auch zwischen verschiedenen Vermögensarten innerhalb der einzelnen Länder stark differieren (Schaubild 1.4). Diese Unterschiede reflektieren eine Vielzahl von länderspezifischen und historischen Faktoren sowie komplexe politische Fragen, die entstehen, wenn Vermögen umverteilt wird. Wie in Kapitel 3 diskutiert wird, beinhaltet ein erfolgreicher Übergang den Anstoß zu einem Wandlungsprozeß in Richtung einer effizienten Eigentumsstruktur. Ein anfänglicher Transfer von Eigentumstiteln ist nur der Beginn der Geschichte.

Institutionelle Reformen hängen ebenfalls von den Ausgangsbedingungen ab (Sonderbeitrag 1.2). Ihr relativer Fortschritt ist in den einzelnen Ländern eng verknüpft mit dem Ausmaß und der Dauer der Liberalisierung (Schaubild 1.5), zum Teil, weil makroökonomische Reformen, ebenso wie eine Eigentumsreform, dazu tendieren, die Nachfrage für einen institutionellen Wandel zu schaffen. Selbst da, wo sich der politische Wandel schnell vollzieht, ist jedoch der institutionelle Wandel langsam, und die Transformation wird nicht abgeschlossen sein, bis die Institutionen effektiv die Märkte stützen. Es gibt schwerwiegende Engpässe:

- Alle Länder haben Schritte zur Reform des rechtlichen Rahmens unternommen, aber das Ausmaß und die Geschlossenheit der Reformen unterscheiden sich. Die Reform der Rechtsinstitutionen und der Mechanismen zur Durchführung der Gesetze ist weit zurückgeblieben, und in einigen Ländern ist man über die Korruption stark besorgt. Dies sind Gebiete mit hoher Priorität für die Zukunft.
- Weiter fortgeschrittene Reformstaaten verfügen nun über einige Banken, die Leistungen anbieten können, die zumindest mit denen in Ländern mittleren Einkommens vergleichbar sind. Gleichzeitig befindet sich jedoch noch ein beträchtliches Finanzvermögen in schlecht arbeitenden Kreditinstituten. Ernsthaftige Interessenkonflikte plagen viele Finanzsysteme, und in den meisten Ländern sind die Möglichkeiten für eine marktmäßige Finanzierung durch schlechte Mechanismen zur Einziehung von Forderungen begrenzt. Praktisch alle Länder haben eine Vielzahl von notleidenden Krediten, die ein Hauptdilemma für die Politik darstellen.
- Die meisten Regierungen haben sich in ihrer Rolle sehr stark umorientiert, um den Bedürfnissen einer Marktwirtschaft zu entsprechen. Auf solch kritischen Gebieten wie der Steuerverwaltung, der öffentlichen Verwaltung und der Dezentralisierung der Finanzbehörden befinden sich die Reformen in vielen Ländern jedoch noch in einem frühen Stadium. Dies hat der Wirtschaft ge-

**Die Länder haben mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten und zu unterschiedlichen Zeiten liberalisiert, aber die Nachzügler holen auf.**

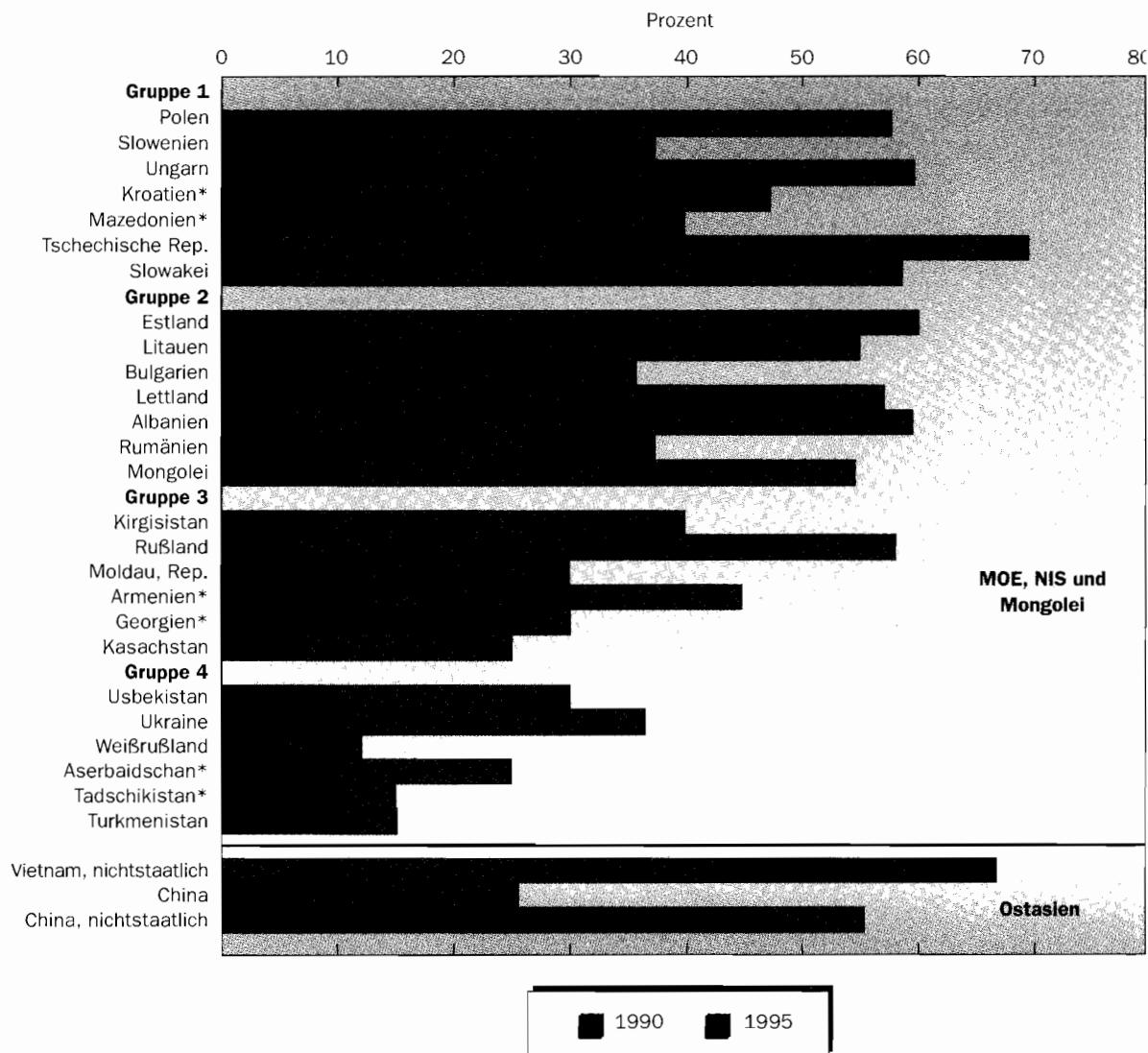
**Schaubild 1.2** Wirtschaftsliberalisierung nach Ländern



Anmerkung: Die Balken zeigen das Ausmaß, in dem Politiken, die die Liberalisierung der Märkte und neue Betriebsgründungen unterstützen, im Jahre 1995 und im Durchschnitt der Jahre 1989-95 vorherrschten. Sterne zeigen an, daß die jeweiligen Länder im Zeitraum 1989 bis 1995 von regionalen Spannungen betroffen waren. Der Index ist ein gewichteter Durchschnitt von Schätzungen des Liberalisierungsgrades heimischer Transaktionen (Preisliberalisierung und Abschaffung staatlicher Handelsmonopole), außenwirtschaftlicher Transaktionen (Abschaffung von Exportkontrollen und -steuern, Substituierung von Importquoten und hohen Zöllen durch geringe bis moderate Einfuhrzölle, Währungs-konvertibilität für Leistungstransaktionen) und der Gründung neuer Betriebe (Privatisierung und Entwicklung des privaten oder nichtstaatlichen Sektors). Diese Komponenten wurden gewichtet mit 0, 3 und 0,3 sowie 0,4. Anfängliche Schätzungen der drei Komponenten basierten auf vergleichenden Informationen von Weltbank- und anderen Berichten. Nach Konsultationen mit Länder-Experten sowie mit Fachleuten für einen länderübergreifenden Vergleich von einer Reihe von Staaten wurden diese Zahlen revidiert. Die Indikatoren für den Transformationsprozeß und der begleitende Text in den Berichten der EBRD von 1994 und 1995 stellten für fünfundzwanzig MOE- und NIS-Länder eine weitere Informationsbasis für die Schätzung dar. Dennoch ist jeder derartige Index von einer (subjektiven) Einschätzung abhängig und notwendigerweise nur eine Näherungsgröße. Siehe auch das Hintergrundpapier von De Melo, Denizer und Gelb.

**Der private Sektor ist schnell gewachsen.**

**Schaubild 1.3** Produktion des privaten Sektors als Anteil am BIP



Anmerkung: Betriebe gelten als privat, wenn der vom Staat gehaltene Anteil unter 50 Prozent liegt. Für Vietnam ist der nichtstaatliche Sektor so abgegrenzt, daß öffentlich-private Gemeinschaftsunternehmen (Joint-ventures) ausgeschlossen sind. In China umfaßt der nichtstaatliche Sektor auch Kollektive und städtische und dörfliche Betriebe (SDB) sowie private Firmen; die Landwirtschaft wird 1995 als privat angesehen, obwohl der Landbesitz durch langfristige Pachtverhältnisse erfolgt. Sterne zeigen an, daß die jeweiligen Länder im Zeitraum von 1989 bis 1995 von regionalen Spannungen betroffen waren. Quelle: EBRD, IWF und Weltbank-Daten; offizielle Daten.

schadet, und in einigen Fällen beeinflusste es die regionale Gleichheit negativ. Die Macht und die Verwaltungsautorität der Zentralregierungen sind in einigen Ländern geringer geworden, mit einer beträchtlichen und manch-

mal chaotischen Dezentralisierung der Einnahmen und der Funktionen an subnationale Regierungsstellen. Oft herrscht Verwirrung über die Rolle der Exekutive, der Legislative und der Verfassungsgerichte.

Die institutionelle Entwicklung ist ebenso entscheidend, um den Reformprozeß in den asiatischen Planwirtschaften in Gang zu halten. Die chinesischen Banken basieren zum Beispiel weniger auf einem marktwirtschaftlichen Fundament als die Banken in den mittel- und osteuropäischen Ländern, weil noch viele Kredite durch einen zentralen Kreditplan zugeteilt werden.

Die Reform der Sozialpolitik ist in allen Ländern politisch schwierig, und sie genießt, mit Ausnahme der Einführung der Arbeitslosenunterstützung, typischerweise am Anfang keine hohe Priorität. Wurde eine solche Reform durchgeführt, war sie in der Tat oft eine Reaktion auf Fiskaldefizite. Sozialpolitische Reformen genießen in der Zukunft eine hohe Priorität (Kapitel 4 und 8). Die Regierungen der mittel- und osteuropäischen Länder und der Nachfolgestaaten der Sowjetunion müssen Politiken entwickeln, um mit der gestiegenen Arbeitskräftemobilität und häufig mit der vermehrten Armut, bei strengen Budgetbeschränkungen, fertigzuwerden. Ähnliche Überlegungen gelten für die ostasiatischen Reformländer, die Wege finden müssen, um auf eine zunehmend mobile und industrialisierte Landbevölkerung einzugehen, die immer noch von dem offiziellen System der Sozialleistungen abgeschnitten ist. In China tragen die städtischen Betriebe die Last der Renten, der medizinischen Versorgung und der Bereitstellung von Wohnungen – zum Teil, weil durch die Reformen noch viele schwierige Probleme des Staatssektors gelöst werden müssen.

#### *Wirtschaftliche und soziale Ergebnisse*

Drei Gesichtspunkte sind in der Reihe der bis jetzt erzielten Zwischenergebnisse auffällig. Der erste ist die große Varianz der Ergebnisse unter den drei Ländergruppen: den weiter fortgeschrittenen Reformern in den MOE- und NIS-Staaten, den weniger fortgeschrittenen in dieser Region und den ostasiatischen Reformländern. Zweitens und unabhängig von diesen Unterschieden, lautet die klare Botschaft, daß tragfähige und konsistente Reformen sich auszahlen. Drittens, um die sozialen Folgen der Transformation zu lösen, sind sowohl wirtschaftliches Wachstum als auch sozialpolitische Reformen notwendig.

In den MOE- und NIS-Staaten hatten die Liberalisierungs- und die Stabilisierungspolitiken die wichtigsten unmittelbaren Auswirkungen. Andere Reformen brauchen länger, um Resultate zu zeigen, obgleich es zunehmend klar wird, wie wichtig sie sind, um harte Budgetbeschränkungen beizubehalten und diese Politiken zu unterstützen – der Erfolg hängt von dem Zusammenspiel der Reformen auf vielen Gebieten ab. Die Freigabe der Preise hat schnell Engpässe beseitigt, und das Auslaufen von Subventionen zur Begrenzung übermäßiger Ausgaben unterwarf die Firmen der finanziellen Disziplin und hat erste Umstrukturierungen erzwungen. Die Freigabe der Preise hat aber auch in allen

Ländern den Ausbruch einer sehr hohen Inflation verursacht, mit Ausnahme von Ungarn, wo die meisten Preise vor 1990 liberalisiert worden waren. Die MOE- und NIS-Staaten haben einen starken Rückgang der Produktion erfahren, insbesondere diejenigen Länder, die schweren regionalen Spannungen ausgesetzt waren (Tabelle 1.1). Die offiziellen Daten überzeichnen jedoch den Produktionsrückgang. Zum großen Teil gelingt es nämlich nicht, die Produktion des informellen Sektors zu erfassen, dessen Wachstum in einigen Ländern den Rückgang der Produktion und Beschäftigung im formellen Sektor deutlich abfederte. Darüber hinaus enthielt ein Teil der verlorenen Produktion Waren, die nicht mehr gefragt waren (Sonderbeitrag 1.3), so daß die gemessenen Produktionsveränderungen nicht notwendigerweise gute Indikatoren für den Wohlstand sind.

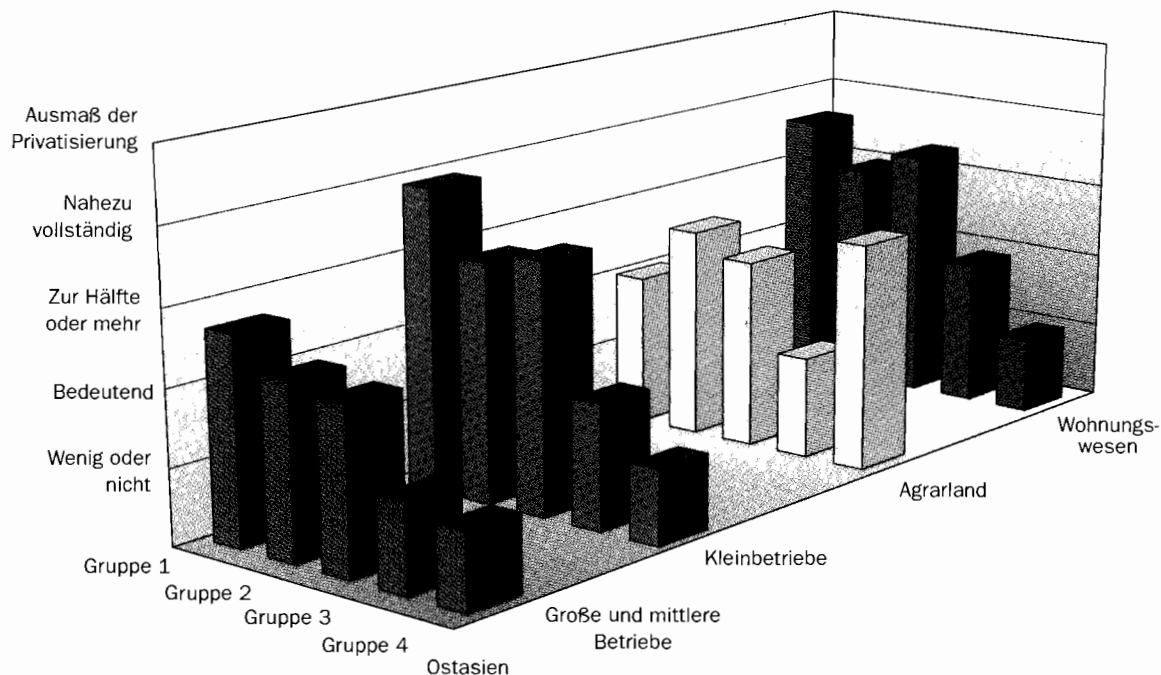
Als die Reformen griffen, haben in den fortgeschrittenen Reformstaaten radikale Stabilisierungsprogramme den Weg für eine rückläufige Inflation und ein wiedereinsetzendes Wachstum geebnet. Tausende neuer, wettbewerbsfähiger Betriebe sind in den Markt eingetreten. Viele Staatsbetriebe sind dramatisch geschrumpft, und andere wurden gänzlich geschlossen. Die Produktion hat sich von der Industrie auf den Dienstleistungssektor verlagert, der Handel hat sich auf die Weltmärkte umorientiert, und die ausländischen Direktinvestitionen (ADI) sind stark gestiegen. Bis zum Jahre 1995 war die Arbeitsproduktivität in der Industrie in Polen und Ungarn um ein Drittel höher als vor den Reformen (Schaubild 1.6). Die polnische Wachstumsrate von 7 Prozent im Jahre 1995 wurde von einem 15prozentigen Wachstum des privaten Sektors stimuliert; der Staatssektor schrumpfte um 3 Prozent.

Für die weniger fortgeschrittenen oder weniger entschiedenen Reformer in den MOE- und NIS-Ländern ergab sich ein anderes Bild, auch wenn der Umfang der Reformen in vielen dieser Länder – mit herkömmlichen Standards gemessen – groß gewesen ist. Die Anpassung verlief viel langsamer, und die Inflation blieb hoch, wenngleich sie in den meisten Fällen gegenüber dem früheren Niveau deutlich zurückging. Eine langsamere Anpassung bedeutete jedoch nicht, daß der Produktionseinbruch geringer ausfiel. Tatsächlich ist die Produktion oft stärker als in den fortgeschrittenen Reformstaaten gefallen, und die meisten dieser Länder befinden sich immer noch in einem Schrumpfungsprozeß. Diese Staaten haben es noch nicht geschafft, eine kritische Masse von Politikmaßnahmen zu erreichen, die für eine tragfähige gesamtwirtschaftliche Stabilität und die Fortsetzung des Wachstums notwendig ist (Kapitel 2).

Im Gegensatz zu den MOE- und NIS-Ländern erfreuten sich sowohl China als auch Vietnam während ihrer Reformperioden eines spektakulären Wachstums (siehe Tabelle 1.1). Vietnam paßte sich nach der Auflösung des RGW und dem Verlust der sowjetischen Entwicklungshilfe – die nicht durch andere Quellen ersetzt wurde – ohne einen

### Die Privatisierung ist sehr ungleich verlaufen.

**Schaubild 1.4** Privatisierung nach Vermögensart und Ländergruppe



Anmerkung: Die Daten beziehen sich auf das Jahr 1995 und sind einfache Durchschnitte von Schätzungen für die Länder in jeder Gruppe (siehe Schaubild 1.2). Quelle: EBRD 1995; Schätzungen des Stabes der Weltbank.

### Sonderbeitrag 1.2 Ausgangsbedingungen und institutionelle Reformen

Zu Beginn der Transformation unterschieden sich die von den alten Systemen hinterlassenen Institutionen von Land zu Land deutlich. Einige Länder verfügten über einen Kreis von Menschen, die sich an die Regeln und Institutionen eines Marktsystems erinnerten. Ihre Fähigkeiten halfen dabei, die Institutionen wieder aufzubauen – zum Beispiel sind in Polen niemals die Kenntnisse des Rechtssystems vor dem Krieg verlorengegangen, und die polnischen Professoren hatten ihren Austausch mit westlichen Universitäten fortgesetzt. In ähnlicher Weise erwarben die Regierungsstellen in den MOE-Ländern, die den internationalen Handel abwickelten, gute Kenntnisse des Vertragsrechts in einer Marktwirtschaft, die sich als nützlich erwiesen, als die Zeit zur Reform des heimischen Gesetzwesens kam.

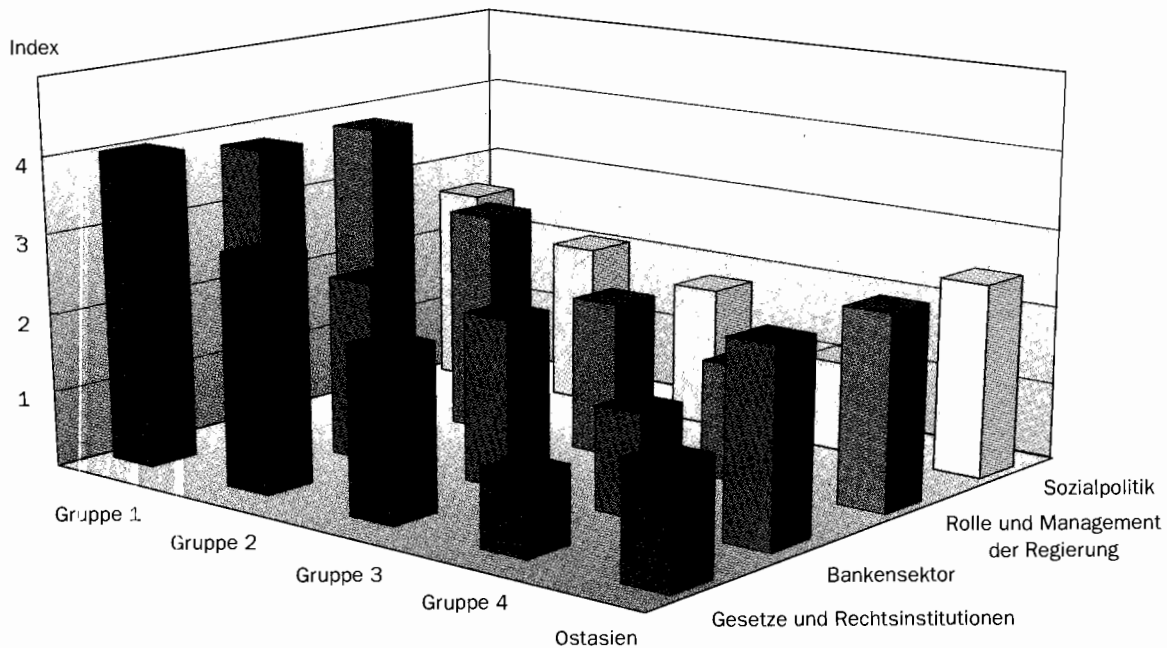
Viele neue Staaten mußten jedoch die Markt- und Verwaltungsinstitutionen von Grund auf neu errichten.

Manchmal können fehlende institutionelle Traditionen auch ein Vorteil sein. Slowenien konnte beispielsweise einen völlig neuen Anfang machen, als es neue Institutionen wie seine Zentralbank aufbaute. Und die Erfahrung der baltischen Länder zeigt, daß der Entwurf neuer Haushalts- und Steuergesetze leichter sein kann, wenn die Regierungen noch nicht durch verwurzelte Ansprüche und Interessengruppen behindert sind. Auf der anderen Seite erfordert die Einführung neuer Institutionen – egal ob Zollämter, Rechnungs- und Steuerprüfungsverfahren oder Systeme des Finanz- und Schuldenmanagements – ein großes Humankapital und umfangreiche technische und finanzielle Ressourcen in allen Transformationsländern; und in dieser Hinsicht sehen sich die neuen Staaten mit massiven zusätzlichen Lasten konfrontiert.



**Die Märkte entfachen Nachfrage nach neuen Institutionen.**

**Schaubild 1.5** Institutionelle und sozialpolitische Reformen nach Reformtyp und Ländergruppe



Anmerkung: Die Daten beziehen sich auf das Jahr 1995 und sind einfache Durchschnitte für die Länder in jeder Gruppe (siehe Schaubild 1.2). Der Index für die Gesetze und Rechtsinstitutionen mißt den Umfang und die Qualität der neuen Gesetzgebung und die Entwicklung der juristischen Einrichtungen: 1 bedeutet wenig Fortschritt in beiderlei Hinsicht; 2 ein gewisser Fortschritt bei den Gesetzen und ein geringer bei den Institutionen; 3 gewisse Fortschritte bei beiden; 4 starke Fortschritte bei beiden. Der Index für den Bankensektor mißt die Unabhängigkeit, die Qualifikation und die Praktiken bei der Kreditallokation der gesunden Teile des Bankensektors sowie die Funktionsweise der Bankenaufsicht und der Zahlungssysteme: 1 wenig Veränderungen; 2 ein gewisser erster Fortschritt; 3 das System funktioniert gut, aber mit Einschränkungen; 4 das System funktioniert recht gut und bei einem größeren Segment gesunder Banken. Die Rolle und das Management der Regierung werden in dem Index durch die Marktorientierung und die Effizienz der Verwaltung im öffentlichen Sektor gemessen (siehe Schaubild 7.1 für bestimmte Indikatoren): 1 wenig Veränderung; 2 bedeutende Reform; 3 beträchtliche Reform; 4 fortgeschrittene Reform. Der Index der Sozialpolitik mißt den Fortschritt bei der Rentenreform, beim Abbau von Subventionen, der Anpassung und Zielausrichtung der Einkommenstransfers und der Veräußerung betriebseigener sozialer Einrichtungen: 1 keine Reform; 2 begrenzte Reform; 3 bescheidene Reform; 4 bedeutende Reform. Quelle: EBRD 1994, 1995; Schätzungen des Stabes der Weltbank.

Produktionseinbruch an (Sonderbeitrag 1.4). Das chinesische Wachstum (auch wenn es durch die offiziellen Zahlen überzeichnet wird) erhielt seine Impulse von einer außergewöhnlich hohen Sparquote sowie von hohen Produktivitätsgewinnen, die sich teilweise dadurch ergaben, daß Arbeitskräfte von Aktivitäten mit niedriger Produktivität zu solchen mit hoher Produktivität verlagert wurden. Wie in Mittel- und Osteuropa sowie in den Staaten der ehemaligen Sowjetunion stammte ein Großteil des Wachstums in China von den früher unterdrückten Sektoren wie dem

Export- und Dienstleistungssektor und der Landwirtschaft.

Die sozialen Auswirkungen der Transformation sind ebenfalls unterschiedlich gewesen. In den MOE- und NIS-Ländern zählten viele Menschen zu den Gewinnern, und die Einfuhren von Konsumgütern mit hoher Qualität boomten. Der Produktionsrückgang führte jedoch im Zusammenhang mit den zunehmenden Einkommensunterschieden zu einer starken Zunahme der Armut und einer wachsenden Unsicherheit in vielen Ländern. Die Lebenserwartung ist in zahlreichen Ländern gefallen, insbesondere in

Rußland und der Ukraine; in der ersten Ländergruppe ist sie jedoch gestiegen (siehe Tabelle 1.1). Die Kindersterblichkeit scheint in vielen Staaten zurückgegangen zu sein, möglicherweise aufgrund des deutlichen Rückgangs der Geburtenraten in der Region. Der Lebensstandard ist in den wachsenden asiatischen Reformländern stark gestiegen: Die ersten Stufen der Reform haben in China fast 200 Millionen Menschen aus der absoluten Armut herausgeholt, eine enorme Leistung. Die zunehmenden Unterschiede zwischen den Städten und dem Land und die wachsende regionale Ungleichheit haben jetzt allerdings den Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und der Minderung der Armut geschwächt. Dies hat zunehmend Besorgnis über die Verteilung der Reformgewinne ausgelöst (Kapitel 4).

### Einschätzung – das Zusammenspiel von Wahl und Ausgangsbedingungen

In welchem Ausmaß reflektieren die unterschiedlichen Ergebnisse in den mittel- und osteuropäischen Ländern und den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion mehr die Ausgangsbedingungen als die verfolgte Politik – und zwar die vorhandenen und nicht die ausgewählten? Einige Länder, typischerweise in Mittel- und Osteuropa, starteten mit günstigeren makroökonomischen, strukturellen und institutionellen Bedingungen. Dazu gehörten ein geringerer inflationärer Druck, eine geringere wechselseitige Abhängigkeit von dem RGW-System, eine jüngere historische Tra-

dition der Marktwirtschaft sowie ein günstigerer Standort zur Entwicklung neuer Handelsbeziehungen. Die Länder unterschieden sich außerdem in ihrem Entwicklungsniveau, der Industrialisierung und der Einkommenshöhe. Speziell die zentralasiatischen Länder und Albanien waren weniger entwickelt und mehr ländlich geprägt als die anderen. Und einige Länder, die zum ersten Mal die Unabhängigkeit erreichten, mußten zunächst die grundlegenden Elemente der Eigenstaatlichkeit aufbauen. Es ist schwierig, die Beiträge der Ausgangsbedingungen und der Politikmaßnahmen zu trennen. Anhaltende Forschungen über diese Ländergruppe deuten darauf hin, daß günstige Ausgangsbedingungen in der Tat eine bedeutende Rolle bei der Erklärung unterschiedlicher Resultate der einzelnen Länder spielen. Unabhängig vom Ausgangspunkt sind jedoch nicht nachlassende Reformbemühungen entscheidend für die Wiederherstellung von Wachstum und die Eindämmung der Inflation gewesen.

Warum ist China in der Lage gewesen, seine Reformen partiell und zeitlich abgestuft durchzuführen und gleichzeitig noch rasch zu wachsen, wohingegen selbst radikale Reformer in den MOE- und NIS-Ländern einen starken Rückgang der Produktion erleiden mußten (aber noch bessere Ergebnisse als die langsameren Reformländer erzielten)? Die günstigen Ausgangsbedingungen von China sind der erste Teil des Puzzles. Seine Politiker sahen sich nicht mit etlichen ernsthaften Hindernissen konfrontiert, die in

**Tabelle 1.1** BIP-Wachstum, Inflation und soziale Indikatoren während des Transformationsprozesses

Land oder Ländergruppe	Durchschnittliches BIP-Wachstum (Prozent pro Jahr)		Durchschnittliche Inflationsrate (Prozent pro Jahr)		Veränderungen von sozialen Indikatoren, 1989–94 <sup>a</sup> (Prozent)	
	1989–95	1994–95	1989–95	1994–95	Lebenserwartung	Kindersterblichkeit
<i>MOE, NIS und Mongolei</i>						
Gruppe 1	-1,6	4,3	106,0	18,7	0,7	-1,8
Gruppe 2	-4,2	4,0	149,2	59,0	-0,2	-1,8
Gruppe 3	-9,6	-12,5	466,4	406,8	-4,4	0,9
Gruppe 4	-6,7	-11,4	809,6	1.176,5	-1,6	-1,9
Länder, die stark von regionalen Spannungen betroffen waren <sup>b</sup>	-11,7	-7,5	929,7	1.328	0,5	-2,7
<i>Andere Transformationsländer</i>						
China	9,4 <sup>c</sup>	11,0	8,4 <sup>c</sup>	20,6	2,1 <sup>c</sup>	-11,1 <sup>c</sup>
Vietnam	7,1 <sup>d</sup>	7,9	114,8 <sup>d</sup>	13,2	1,7 <sup>d</sup>	-5,4 <sup>d</sup>

.. Nicht verfügbar.

Anmerkung: Alle Daten der letzten Jahre können noch revidiert werden. Siehe Schaubild 1.2 für die Länder in jeder Gruppe.

a. Die Daten berücksichtigen nicht einen möglichen Anstieg der gemessenen Raten der Kindersterblichkeit aufgrund des Übergangs zur international üblichen Methodik in den NIS-Staaten, der um das Jahr 1993 stattfand. Soziale Indikatoren sind mit der Bevölkerung gewichtet.

b. Die mit einem Stern versehenen Länder in Schaubild 1.2 sind aus den Gruppen 1 bis 4 herausgenommen und wurden zusammengelegt.

c. Daten für den Zeitraum 1978 bis 1995.

d. Daten für den Zeitraum 1986 bis 1995.

Quelle: IWF und Daten der Weltbank.

### Sonderbeitrag 1.3 Datenprobleme in Transformationsländern

Viele Statistiksysteine in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion und den mittel- und osteuropäischen Reformländern sind noch nicht an das neue Wirtschaftssystem angepaßt. Oft können sie nicht die Entstehung eines großen „zweiten“ Wirtschaftssektors erfassen. Technische Schwächen, im Zusammenhang mit den Auswirkungen einer hohen Inflation, führten außerdem dazu, daß die Produktion stark untererfaßt wird. Eine neue Revision der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen von Rußland kam zu dem Ergebnis, daß der kumulierte Rückgang der Produktion in den Jahren 1990 bis 1994 um 12 Prozentpunkte überschätzt worden ist. Neue Schätzungen in anderen Ländern, insbesondere in den NIS-Staaten, werden wahrscheinlich zu vergleichbaren Revisionen führen.

Hinzu kommt, daß die frühere Handels- und

Produktionsstruktur in den MOE- und NIS-Ländern in hohem Maße ineffizient war. Neue Waren (einschließlich der boomenden Importe langlebiger Konsumgüter) verfügten über hohe Qualitätsprämien in Relation zu „vergleichbaren“ alten Gütern, von denen viele keinen Marktwert besaßen. Ein großer Teil der früheren Produktion war auf die Nachfrage des Militärs ausgerichtet, die im Jahre 1992 drastisch gekürzt wurde. Diese qualitativen Veränderungen, wie auch das Ende des Schlange-stehens, das früher viele Menschen bis zu vier Stunden am Tag beschäftigte, machen es sogar noch schwieriger, die realen Wohlfahrtseffekte der Schwankungen der Produktion einzuschätzen, die einen massiven Wechsel des Wirtschaftsregimes begleiteten. Ähnliche Probleme gibt es auch bei den Sozialstatistiken (siehe Sonderbeitrag 4.1)

den mittel- und osteuropäischen Ländern und den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion nur sehr schwer beiseite geräumt werden konnten. Dies bedeutet nicht, daß die Aufgabe für China leicht war. China mußte eine Reihe von marktwirtschaftlich orientierten Reformen entwickeln und durchführen, die den Bauern und Arbeitern Wachstumsanreize boten, während gleichzeitig die Kontrolle über die Gesamtwirtschaft beibehalten und die Interessen der Bürokratie dahingehend gelenkt werden mußten, die Reformen zu unterstützen. Dies waren und dies bleiben große Errungenschaften. Die Herausforderung zur Transformation in China – und die Politikinstrumente, um sich dieser Herausforderung zu stellen – unterschieden sich aber stark.

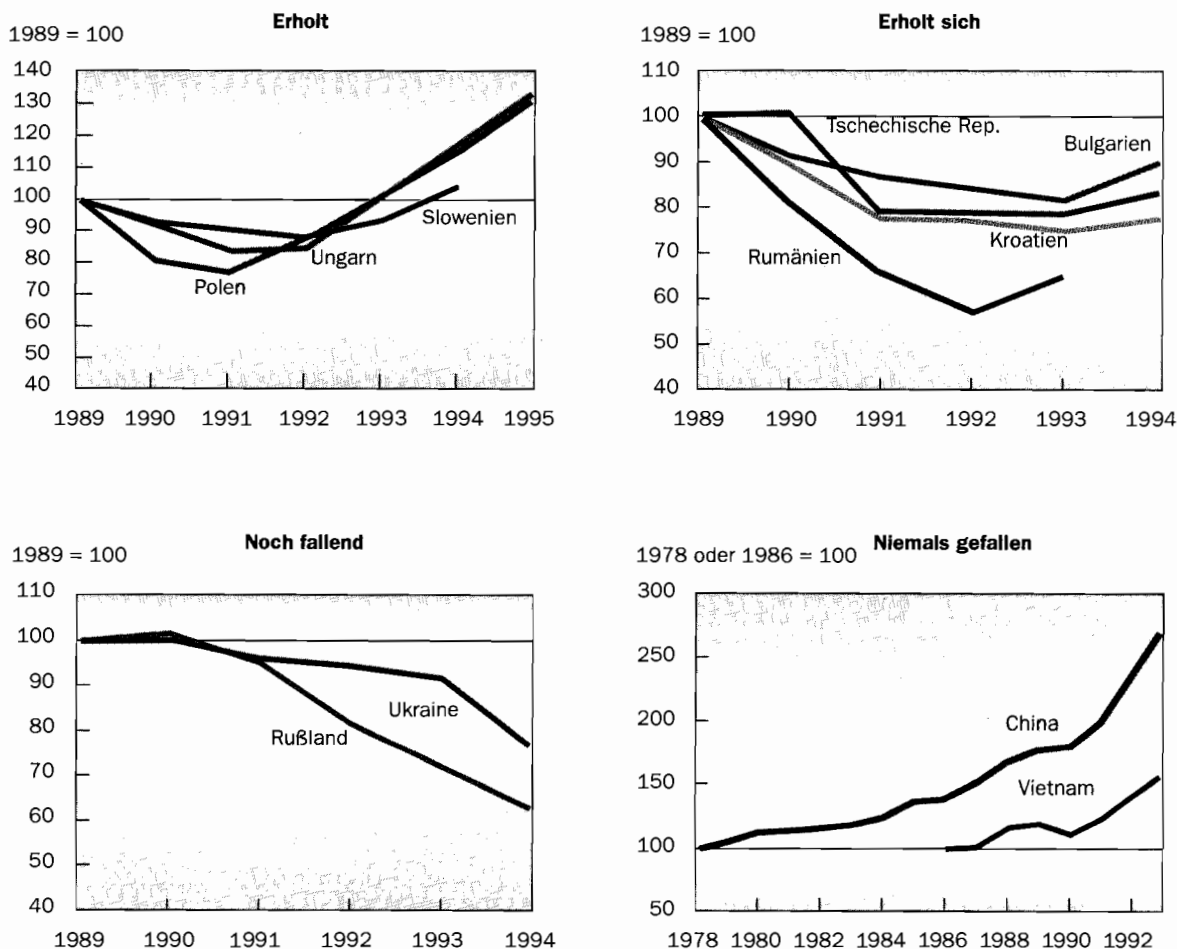
Ein Weg zur Klärung dieses Punktes besteht in dem Vergleich zwischen Rußland und China (Tabelle 1.2). Zu Beginn des Transformationsprozesses war die russische Volkswirtschaft weit mehr entwickelt als die chinesische, mit einem achtmal höheren Pro-Kopf-Einkommen. Über 40 Prozent der Arbeitnehmerschaft war in der Industrie beschäftigt, und das staatliche System der sozialen Sicherung umfaßte nahezu die gesamte Bevölkerung. Ein ausgeklügeltes und kostspieliges System von Subventionen zwischen den einzelnen Sektoren stützte riesige Staatsunternehmen und landwirtschaftliche Kollektive. Der Energiesektor spielte eine Schlüsselrolle bei der Subventionierung beider Sektoren: Die impliziten Subventionen aus der Energieproduktion an den Rest der Volkswirtschaft beliefen sich auf über 11 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Ein großer Teil der russischen Industrie leistete einen negativen Wertschöpfungsbeitrag: Die Kosten der Einsatzfaktoren, in Weltmarktpreisen bewertet, überstiegen den Wert der Produktion. Dann brach der Außenhandel mit den RGW-Län-

dern zusammen, die Preise wurden liberalisiert, und die Nachfrage nach Rüstungsgütern ging zurück, als die Spannungen des kalten Krieges schwanden. Der Schock für die russische Volkswirtschaft war gewaltig. Die Umsetzung einer großen Zahl von Menschen in neue Betriebe und ehemals unterdrückte Sektoren (einschließlich des Dienstleistungssektors) erforderte eine tiefe strukturelle Anpassung und eine schmerzhaft Sparpolitik im Staatssektor. Die Beschäftigten und die Manager übten einen enormen Druck aus, um weiterhin die Subventionen zu bekommen und die Betriebe am Leben zu erhalten, teilweise weil die Betriebe traditionellerweise so viele soziale Leistungen bereitstellten. Die schmerzhaft Anpassung wurde durch die Hinterlassenschaft von Jahrzehnten der Planung verstärkt, deren Resultat eine extreme regionale Spezialisierung gewesen war, wobei viele Städte nur ein Unternehmen aufwiesen. Durch die Preisliberalisierung und die Rückführung der Subventionen schrumpfte die landwirtschaftliche Produktion zwischen den Jahren 1990 und 1994 um fast ein Viertel.

Trotz der Industrialisierungsanstrengungen der 50er und 60er Jahre war China zu Beginn seiner Reformen sehr arm und größtenteils ländlich geprägt. Die Landwirtschaft beschäftigte 71 Prozent der Erwerbspersonen und wurde stark besteuert, um die Industrie zu stützen. Das soziale Sicherheitsnetz umspannte nur den Staatssektor – etwa 20 Prozent der Bevölkerung. Eine schlechte Infrastruktur und die Förderung der lokalen Selbstversorgung führten zu einer niedrigen regionalen Spezialisierung und einer großen Anzahl von kleinen und mittelgroßen Betrieben. Die Wirtschaft wurde weit weniger zentral geplant und verwaltet als die sowjetische Volkswirtschaft. Lokale Regierungsstellen hatten eine größere Macht und entwickelten beträchtliche

**Die Arbeitsproduktivität hat in einigen Reformländern neue Höchststände erreicht, während sie in anderen noch unter ihrem Ausgangsniveau liegt.**

**Schaubild 1.6** Arbeitsproduktivität in der Industrie in ausgewählten Reformländern



Quelle: Wiener Institut für vergleichende Wirtschaftsstudien 1995; Daten der Weltbank.

Managementfähigkeiten, was sie auf eine mehr dezentrale Wirtschaft vorbereitete. Auch die chinesische Industrie erhielt Subventionen, aber das System sektorübergreifender Subventionen war weniger ausgeprägt.

Da der Agrarsektor so stark vernachlässigt worden war, führte seine Liberalisierung zu sofortigen Gewinnen. Zwischen 1981 und 1984 wuchs die Landwirtschaft im Durchschnitt um 10 Prozent pro Jahr, zum größten Teil aufgrund der Verschiebung der Anreize zugunsten kleiner landwirtschaftlicher Familienbetriebe. Dadurch konnten überflüssi-

ge Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft in neue ländliche Industrien abwandern, die im Zeitraum von 1978 bis 1994 100 Millionen neue Arbeitsplätze schufen und so weitere Reformen stimulierten. China begann die Transformation als eine bäuerliche Agrarwirtschaft und mit weitaus größeren Möglichkeiten zur Reallokation von Arbeit als Rußland.

Außerdem bestanden zu Beginn des Transformationsprozesses große Unterschiede in der Entwicklung des Finanzsystems. Das chinesische Finanzsystem war unter-

### Sonderbeitrag 1.4 Vietnam: Mutige Reformen in einem ostasiatischen Umfeld

Mitte der achtziger Jahre wuchs die vietnamesische Wirtschaft langsam und litt unter einer Hyperinflation trotz enormer Hilfe durch die Sowjetunion. Ein Reformprogramm (*doi moi*) wurde im Jahre 1986 gestartet, das mit begrenzten Veränderungen im Landwirtschaftssektor begann und im Jahre 1989 in Umfang und Geschwindigkeit stark beschleunigt wurde. In sehr kurzer Zeit entflechteten die Reformen die Kollektive und gaben das Land an kleine landwirtschaftliche Familienbetriebe zurück; darüber hinaus wurden die meisten Preise liberalisiert; neue private Betriebe wurden in vielen Wirtschaftsbereichen zugelassen und gefördert; das Außenhandelsregime und die Investitionsmöglichkeiten wurden geöffnet; der Wechselkurs wurde vereinheitlicht und die Währung stark abgewertet; die Staatsdefizite und das heimische Kreditwachstum wurden begrenzt; die Zinsen wurden auf ein positives Realzinsniveau

erhöht; und – nicht zuletzt – wurde den Staatsunternehmen finanzielle Disziplin auferlegt, und Hunderttausende überflüssige Arbeitnehmer wurden entlassen (siehe Kapitel 3). Diese Maßnahmen stabilisierten die Wirtschaft – die Inflation fiel bis zum Jahr 1992 unter 10 Prozent –, und ein positives Wachstum wurde wiederhergestellt, das sich seit 1991 im Durchschnitt auf 8 Prozent belief. Die Exporte und die Investitionen wuchsen mit zweistelligen Raten. Der Transformationsprozeß ist jedoch nicht abgeschlossen: Die Industrieproduktion bleibt auf die Staatsbetriebe konzentriert, und die Kontrollen durch die Verwaltung sind weiterhin sehr umfassend. Die Liberalisierungs- und Stabilisierungsmaßnahmen Vietnams waren jedoch denjenigen der osteuropäischen Länder ähnlicher als den Maßnahmen von China. Nicht alle ostasiatischen Reformen sind zeitlich abgestuft oder graduell gewesen.

entwickelt, die Geldbestände (M2) entsprachen nur 25 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Als sich die Märkte entwickelten und die Einkommen sich verbesserten, stiegen die Ersparnisse der privaten Haushalte und die Bankeinlagen rasch an. Dadurch wurde das Wachstum finanziert und der

Staatssektor entlastet, da der Staat Kredite bei den Banken zu Zinssätzen aufnehmen konnte, die oft unter der Inflationsrate lagen (Kapitel 2). Eine kluge makroökonomische Politik war der Schlüsselfaktor, der die Inflation auf einem bescheidenen Niveau hielt und dabei half, das Vertrauen in die Währung zu erhalten. Die russische Volkswirtschaft war dagegen schon im Jahre 1990 in hohem Maße monetarisiert, die Geldmenge M2 entsprach dem BIP. Der riesige monetäre Überhang aufgrund der erzwungenen Ersparnis repräsentierte Ressourcen, die der Planwirtschaft bereits vorher zur Verfügung gestellt wurden. Die Liberalisierung der Preise und die Finanzierung der Fiskaldefizite durch die Notenbank führten zur Hyperinflation, die diese Ersparnisse wertlos machte. Bis zum Jahre 1994 sanken die russischen Geldbestände auf nur noch 16 Prozent des BIP.

Unterschiede in den Ausgangsbedingungen und strukturelle Besonderheiten erklären damit einen großen Teil der differierenden Ergebnisse des Transformationsprozesses und der Politiken der verschiedenen Länder. Sie erklären aber nicht alles – der nachhaltige Einsatz marktorientierter Reformpolitiken, innerhalb eines im weiteren Sinne „richtigen“ makroökonomischen Umfeldes ist der entscheidende Faktor für den Erfolg gewesen. Der richtige „Reformmix“ muß jedoch die Ausgangsbedingungen widerspiegeln und kann daher nicht einfach zwischen so deutlich verschiedenen Ländern wie China und Rußland ausgetauscht werden.

### Was bleibt zu tun?

Die mittel- und osteuropäischen Länder und die Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion hatten kein solch

**Tabelle 1.2** Rußland und China: Zwei sehr unterschiedliche Länder

Indikator	Rußland		China	
	1990	1994	1978	1994
<i>Sektorale Beschäftigungsstruktur</i> (in Prozent von 100)				
Industrie	42	38	15	18
Landwirtschaft	13	15	71	58
Dienstleistungen	45	47	14	25
Insgesamt	100	100	100	100
Beschäftigung im Staatssektor	90	44	19	18
<i>Geldmenge und Produktion</i>				
M2 in Prozent des BIP <sup>a</sup>	100	16	25	89
BIP pro Kopf (Dollar)				
Aus dem Weltbank-				
Atlas	4.110	2.650	404 <sup>b</sup>	530
Zu KKP	6.440	4.610	1.000 <sup>b,c</sup>	2.510

a. Die Daten sind Durchschnitte von vierteljährlichen Verhältniszahlen.

b. In Dollars von 1990.

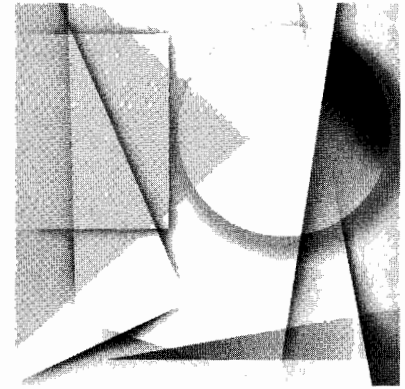
c. Schätzung des Stabes der Weltbank.

Quelle: IWF, verschiedene Jahre (b); Weltbank-Daten und Schätzungen des Stabes.

spektakuläres Wachstum wie China und Vietnam, viele haben aber „die Kurve gekriegt“ und erreichen wieder positive Wachstumsraten, einige hatten sogar schon größere Erfolge. Diese Länder können den Rang schnell wachsender Volkswirtschaften einnehmen, wenn sie weiterhin darauf achten, daß der harterkämpfte Fortschritt gesichert und weitere Reformen durchgeführt werden. Andere Länder in der Region besitzen das Potential, um ihnen auf ihrem Weg zu folgen. China und Vietnam müssen ebenfalls auf vielen Gebieten

weiter vorankommen, um ihr rasches Wachstum aufrechtzuerhalten; dies reicht von den Eigentumsrechten über die Entwicklung der Institutionen bis zur Sozialpolitik. Die Breite der angestrebten Reformpolitiken und die Konsistenz, mit der diese beibehalten werden, sind in jedem Fall entscheidend. Das bis jetzt Erreichte, die anstehenden Herausforderungen und die Lektionen, die diese unterschiedlichen Ländergruppen voneinander zu lernen haben, werden in den folgenden Kapiteln im Detail erörtert.

# Liberalisierung, Stabilisierung und Wachstum



In allen Reformländern war eine umfassende Liberalisierung und entschlossene Stabilisierung für die Verbesserung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit von ausschlaggebender Bedeutung. Die Liberalisierung beinhaltet eine Freigabe der Preise, des Handels und des Marktzugangs von staatlichen Kontrollen; Stabilisierung bedeutet eine Reduzierung der Inflation und eine Begrenzung der binnen- und außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte. Beide sind eng miteinander verknüpft, und beide können und sollten früh eingeleitet werden. Längerfristig werden institutionelle Reformen notwendig sein – die Entwicklung klarer Eigentumsrechte, eine solide rechtliche und finanzielle Infrastruktur und eine gut funktionierende Verwaltung –, damit die Märkte effizient arbeiten und das Wachstum unterstützen können. Liberalisierung und Stabilisierung sind jedoch die entscheidenden ersten Schritte, und sie können auch dann eine Menge bewirken, wenn andere Schlüsselmerkmale eines effizienten Marktes fehlen.

Warum ist eine Liberalisierung so wichtig? Sie dezentralisiert und verlagert die Produktions- und Handelsentscheidungen zu den Unternehmen und Haushalten, und sie richtet sich direkt gegen die zwei fundamentalen Schwachstellen der zentralen Planung: ungenügende Anreize und lückenhafte Informationen. Die Liberalisierung setzt die Unternehmen der Nachfrage von Kunden aus, der Profitorientierung und dem Wettbewerb, und sie bewirkt, daß sich die Preise in Übereinstimmung mit den echten Knappheitsrelationen bewegen. Liberalisierte Märkte verarbeiten die Informationen besser als die zentralen Planer, und wenn Güter und Dienstleistungen frei gehandelt werden, regelt der Preismechanismus – Adam Smiths unsichtbare Hand – Nachfrage und Angebot. In den meisten Fällen führt das zu effizienten Ergebnissen (Marktversagen wird in

Kapitel 7 erörtert). In Verbindung mit unterstützenden Institutionen lösen Wettbewerbsmärkte Prozesse aus, die den technologischen und organisatorischen Wandel forcieren. Während Planwirtschaften trotz hoher Kapitalakkumulation ein niedriges oder negatives Wachstum der gesamten Produktivität aufwiesen, resultierte seit dem Zweiten Weltkrieg mindestens die Hälfte des Produktionswachstums in fortgeschrittenen Marktwirtschaften aus Produktivitätsgewinnen. Die Entwicklung von Märkten ist eine Investition in ein dynamischeres System wirtschaftlicher Koordination, das das langfristige Produktivitäts- und Produktionswachstum fördert. Schließlich trägt die Liberalisierung durch eine Entpolitisierung der Ressourcen-Allokation dazu bei, daß die Regierungen die Subventionen an Unternehmen kürzen können, was die wirtschaftliche Stabilisierung erleichtert.

Die Stabilisierungspolitik ist für den Transformationsprozeß von entscheidender Bedeutung, weil gesamtwirtschaftliche Ungleichgewichte die Länder um die Gewinne aus den Marktreformen bringen. In einer großen Zahl von Marktwirtschaften ist deutlich erkennbar, daß sich das Wachstum drastisch verringert, sobald die jährliche Inflationsrate erst einmal einen Schwellenwert von etwa 40 Prozent überschreitet. Eine hohe Inflation verschleiert die Anreizfunktion der relativen Preise und schafft Unsicherheit, wodurch Ersparnisse und Investitionen behindert werden. Als Basis für das Wachstum ergänzt die Preisstabilisierung deshalb immer die Liberalisierung. Wie weiter unten gezeigt, haben einige Transformationsländer die Liberalisierung schneller durchgeführt als andere; kein Land hat jedoch ein nachhaltiges Wachstum verzeichnet, ohne daß die Inflation auf ein moderates Niveau zurückgedrängt wurde.



Zwischen Reformländern in Asien und Europa gibt es einige wichtige Parallelen hinsichtlich der Beziehungen zwischen Liberalisierung, Stabilisierung und Wachstum. In allen Regionen war das Wachstum weitgehend das Ergebnis der Beseitigung von Restriktionen beim Neuzugang zum Markt und die Folge eines Aufschwungs zuvor unterdrückter Aktivitäten, insbesondere im Dienstleistungsbereich und in den Exportindustrien (in Asien auch in der Landwirtschaft). Die Freigabe der Preise und des Handels, die Reduzierung der Subventionen und die Einschränkung der Kreditaufnahmen können auch das Wachstum in den ehemals dominierenden Sektoren beleben, und zwar dadurch, daß der wettbewerbliche und finanzielle Druck zur Umstrukturierung auf die Unternehmen erhöht wird.

Wie in Kapitel 1 ausgeführt, gibt es jedoch auch wichtige Unterschiede zwischen den Ländern – hinsichtlich der Ausgangsbedingungen, der Ansätze zu makroökonomischen Reformen sowie der Ergebnisse. In China hat es die vorhandene Wirtschaftsstruktur in Verbindung mit strengen makroökonomischen Kontrollen bislang ermöglicht, daß große Wachstumsgewinne durch die partielle Liberalisierung in hohe Ersparnisse und einen raschen Aufbau finanziellen Vermögens durch die Haushalte umgesetzt wurden. Dies trug dazu bei, den Staatssektor abzufedern, der ein Hemmschuh für die Wirtschaft bleibt – wenngleich sich seine Effizienz verbessern dürfte und seine relative Größe sinkt –; und der Reformprozeß selbst wurde gestärkt. Schrittweise, partielle Reformen stellten für die meisten MOE-Länder und die Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion keine Option dar. Dort war es nur durch eine Liberalisierung auf breiter Grundlage den Regierungen möglich, ihre Verbindungen zu den Unternehmen hinreichend zu lösen, um die Inflation auf ein Niveau zu drücken, das eine wirtschaftliche Erholung gestattet. Alle diese Länder mußten zunächst einen großen wirtschaftlichen Rückschlag hinnehmen. Diejenigen Länder jedoch, die frühzeitig und umfassend eine Liberalisierung durchgeführt hatten, konnten die Wirtschaft schneller stabilisieren und eine frühere und stärkere Wachstumsbelebung erreichen.

### **Liberalisierung und Wachstum: Eine enge Verbindung**

In Marktwirtschaften bedeutet eine Liberalisierung in der Regel die Abschaffung von Preiskontrollen und die Abschwächung des Handelsprotektionismus in wenigen stark regulierten oder geschützten Sektoren. Die Liberalisierung in den Reformstaaten ist eine beispiellose und weitaus schwierigere Aufgabe, sie muß nämlich nicht nur die Bedingungen für freie Markttransaktionen schaffen, sondern die Transaktionen selbst freigeben: die Abschaffung der staatlichen Aufträge und Bereitstellungen, der staatlichen Produktions- und Handelsmonopole sowie der zentralisierten Zuteilung von Devisen. Liberalisierung bedeutet auch, den Zugang zu Produktion, Dienstleistungen und Handel frei-

zugeben, einschließlich des Rechts zur Eröffnung eines neuen Gewerbes, zur Vergrößerung oder Schließung eines bestehenden Unternehmens sowie die Möglichkeit, die Produktpalette, die Lieferanten, die Kunden oder den Standort zu wechseln.

Der Ausgangspunkt, die Geschwindigkeit und der Umfang der Reformen zur Schaffung freier Märkte unterschieden sich bei den Reformländern erheblich, da die Ausgangsbedingungen und die politischen Entwicklungen die Wirtschaftspolitik der Regierungen einschränkten und ihre Reformmöglichkeiten beeinflussten (siehe Kapitel 1). Ungarn und China begannen in den sechziger beziehungsweise siebziger Jahren schrittweise zu liberalisieren. Vietnam beschleunigte seine Liberalisierung im Jahre 1989, nachdem partielle Reformen es nicht vermochten, die Wachstumsraten zu erhöhen oder die Wirtschaft ausreichend zu stabilisieren. Polen liberalisierte mit einem einzigen „Big Bang“, wobei es im Januar 1990 auf einen Schlag 90 Prozent der Preise freigab, die meisten Handelsschranken beseitigte, die staatlichen Handelsmonopole abschaffte und seine Währung für laufende Transaktionen konvertibel machte. Albanien, die baltischen Länder, die ehemalige Tschechoslowakei und Kirgisistan folgten diesem Modell der raschen und umfassenden Liberalisierung. Bulgarien tat ursprünglich das gleiche, aber starker Druck von Interessengruppen zugunsten eines fortgesetzten Protektionismus und staatlicher Unterstützung für Unternehmen bewirkten später eine gewisse Kehrtwende. In Rumänien ging die Preisreform, nachdem die Hälfte der Preise im Jahre 1990 freigegeben worden war, drei Jahre lang nur unregelmäßig voran, in jüngster Zeit hat sich die Liberalisierung jedoch beschleunigt. Rußland liberalisierte im Januar 1992 die Preise und Importe in erheblichem Umfang, doch blieben umfangreiche Exportrestriktionen bis zum Jahre 1995 in Kraft (noch bestehende Exportabgaben sollen bis Mitte 1996 abgeschafft werden), und viele Verbraucherpreise unterliegen noch immer den Eingriffen örtlicher Regierungsstellen. Wohnungsmieten und die Preise für Leistungen öffentlicher Versorgungsunternehmen sowie das öffentliche Verkehrswesen haben die Länder in der Regel langsamer angepaßt oder liberalisiert.

Bei dem in Kapitel 1 vorgestellten Liberalisierungsindex bilden die Länderdurchschnitte der Jahre 1989 bis 1995 (die lilafarbenen Balken in Schaubild 1.2) eine aggregierte Kennzahl für die Kombination aus Dauer und Intensität der Liberalisierung. Sie bewerten für jedes Land, wie lang es im Zeitraum 1989 bis 1995 durchschnittlich den freien Marktkräften ausgesetzt war, hierzu zählen die Liberalisierung der inländischen Preise und des Handels, die Außenhandelsliberalisierung und die Währungskonvertibilität sowie der Neuzugang zu den Märkten und die Entwicklung des privaten Sektors. Es ist sinnvoll, die Liberalisierung über einen Zeitraum hin zu bewerten und nicht nur für das Jahr 1995,

### Sonderbeitrag 2.1 Die Preisgestaltung bei Energie und sonstigen lebensnotwendigen Haushaltsgütern – ein Fall für eine zeitlich abgestufte Liberalisierung?

In der Mehrzahl der MOE- und NIS-Länder sowie in den städtischen Regionen Chinas bilden die Energieversorgung der Haushalte, die Mieten und der öffentliche Verkehr weiterhin die Hauptbereiche, wo die Preise nicht liberalisiert worden sind und noch weit unter den Kosten liegen. Die Mieten sind häufig sogar niedriger als die Instandhaltungskosten. Die Subventionen für das Wohnungswesen und die Energieversorgung der Haushalte beliefen sich 1995 auf 5 Prozent des BIP in Rußland und auf 5 bis 6 Prozent in der Ukraine. Wenngleich diese Subventionen die Rolle sozialer Puffer spielten, die die plötzliche Konfrontation der Haushalte mit den Marktkräften abfederten, sind die potentiellen gesamtwirtschaftlichen Gewinne einer effizienten Preisgestaltung im Energiebereich enorm. In den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion könnten sie, einer Schätzung zufolge, im Laufe von zehn Jahren auf über 10 Prozent des BIP pro Jahr anwachsen.

Welche Kombination aus der Preisgestaltung bei Energie und kompensierenden sozialpolitischen Maßnahmen bietet die beste Mischung aus Effizienz und Absicherung der armen Haushalte? Eine effiziente Preisgestaltung im Energiebereich würde eine erhebliche Preiserhöhung für die Haushalte erforderlich machen. Relativ zu anderen Preisen müßten beispielsweise die Strompreise für Haushalte in Bulgarien, Rußland und der Tschechischen Republik im Vergleich zu den Niveaus von Mitte bis Ende 1995 um fast das Dreifache steigen. In Ungarn decken sie schon fast die ökonomischen Kosten, und sie werden bis zum Jahresende 1996 weiter erhöht, um den ausländischen Investoren in den privatisierten Stromversorgungsgesellschaften eine Kapitalrendite von 8 Prozent zu ermöglichen. Dieses Beispiel zeigt, daß eine Preisgestaltung nach dem Vollkosten-

prinzip tatsächlich möglich ist, wenngleich sich die Verhältnisse in Ungarn von denen in den meisten anderen Ländern unterscheiden. Eine Untersuchung über die Energiepreisbildung in Polen läßt darauf schließen, daß eine Preiserhöhung um 80 Prozent für Heizung, Gas und Elektrizität – das entspräche ungefähr den ökonomischen Kosten – kurzfristig den Durchschnittshaushalt mit rund 8 Prozent seines Haushaltsbudgets belasten würde.

Es wäre ideal, wenn die reformbedingten Preiserhöhungen parallel zu den kompensatorischen Zahlungen an die Armen erfolgen und durch das bestehende Sozialhilfesystem abgewickelt würden. Das dürfte jedoch nicht in allen Ländern machbar sein. Der praktikabelste Ansatz ist dann häufig eine gezielte, am Grundbedarf orientierte Preisbildung. Dies beinhaltet die Festlegung eines niedrigen, subventionierten Preises für ein bestimmtes, geringes Energiekontingent und die Berechnung des vollen Preises, sobald der Verbrauch diese Grundbedarfslinie überschreitet. Eine am Grundbedarf orientierte Preisbildung ist keine perfekte Lösung, weil alle Verbraucher (nicht nur die Armen) die Subventionen erhalten, und weil diejenigen, die das Kontingent nicht ausschöpfen, wenig Anlaß haben, den Verbrauch zu senken. In der Grenzbetrachtung zahlen die meisten Verbraucher jedoch einen Preis, der nahe bei den wirtschaftlichen Kosten liegt. Eine am Grundbedarf orientierte Preisbildung mit einem starken Preisanstieg oberhalb des Kontingents ist daher tendenziell wirksamer als ein kleinerer Anstieg quer durch die Bank. Simulationsrechnungen für Polen zeigen, daß dies auch bessere Verteilungseffekte hat, wenngleich eine niedrige, fiskalisch verkraftbare Grundbedarfslinie für einige der Armen immer noch unzureichend sein dürfte.

weil sowohl die vergangenen als auch die gegenwärtigen Reformen das Verhalten der Unternehmen und Haushalte sowie die derzeitige Wirtschaftsleistung beeinflussen. Natürlich hängt der mit diesem Index gemessene Fortschritt ebenso von den Ausgangsbedingungen der Länder ab wie auch von ihren Reformanstrengungen, und Länder wie Ungarn und Polen haben zwar verschiedene Wege verfolgt, aber bis 1995 einen ähnlichen Grad der allgemeinen Liberalisierung erreicht. Ländervergleiche zeigen, daß binnen- und außenwirtschaftliche Liberalisierungen in der Regel zusammen vorangehen, während die Liberalisierung des Marktzugangs etwas nachhinkt. Fortgeschrittene Reformländer haben jedoch an allen drei Fronten schnellere Erfolge verzeichnet:

Die Visegrad-Staaten und die baltischen Länder, die die radikalsten Preisreformen durchführten, haben sich auch am stärksten dem Außenhandel und dem Marktzugang geöffnet.

#### *Ostasien: Eine Teilliberalisierung ist unter bestimmten Umständen erfolgreich*

Abgesehen vom kleinen, an Diamantenvorkommen reichen Botsuana, war China die weltweit am schnellsten wachsende Volkswirtschaft, seit die Reformen zur Schaffung freier Märkte im Jahre 1978 begannen. Auch Vietnam ist schnell gewachsen, seit es 1986 die reine zentrale Planung aufgab, insbesondere aber nach der Beschleunigung der Reformen

## Sonderbeitrag 2.2 Chinas zweigleisige Preisreformen

Chinas Preisreformen begannen Ende 1978, wobei ein zweigleisiges System eingeführt wurde, bei dem der Teil der Produktion, der dem staatlichen Versorgungswesen unterworfen war, kontinuierlich zurückging und mehr und mehr Preise in unterschiedlichem Ausmaß dem Markteinfluß ausgesetzt wurden. Die Reformen setzten in der Landwirtschaft ein und breiteten sich langsam aus, zunächst auf Konsumgüterindustrien und später auf Industriezweige, die Zwischenerzeugnisse herstellten. In allen Fällen entwickelte sich ein freier Markt parallel zum reglementierten Markt, wo ein unverändertes staatliches Angebot zu den (niedrigeren) Planpreisen weiterbestand. Das Angebot auf dem freien Markt wuchs schnell, so daß sein Anteil an der Gesamtproduktion stetig zunahm. Unterdessen wurde der Planpreis zunehmend erhöht, bis er den Marktpreis erreicht hatte. Bis Ende 1994 hatte dieses zweigleisige System dazu geführt, daß mehr als 90 Prozent der Einzelhandelspreise und zwischen 80 und 90 Prozent der Preise für Agrarprodukte und Zwischenerzeugnisse freigegeben waren und jetzt alle vom Markt bestimmt werden. Nur wenige Preise bleiben fest oder sind innerhalb einer vom Staat festgesetzten Bandbreite verhandelbar.

im Jahre 1989. Beide Länder haben beträchtliche Liberalisierungen durchgeführt, Ausmaß und Tempo sind aber nicht mit den radikal reformierenden MOE-Ländern vergleichbar (dies gilt besonders für China). Wie in Kapitel 1 beschrieben wurde, hat China beim Durchschreiten des Flusses „die Steine gespürt“. Im Gegensatz zu dem einzigen kühnen Sprung der MOE-Reformländer durchlief China mehrere Stadien einer „Kombination von Plan und Markt“, bevor es sein aktuelles Ziel festlegte: Die 1992 angekündigte „sozialistische Marktwirtschaft“ ist das erste Konzept, das keinen Bezug zum Plan oder zur Regulierung aufweist. Ein speziell chinesischer, zweigleisiger Ansatz wurde für die Liberalisierung der Preise, des Außenhandels, des Devisenmarktes und des Unternehmenssektors verwendet (Sonderbeitrag 2.2). Dies hat alles in allem gut funktioniert, besonders in der Landwirtschaft. Dieser Ansatz war jedoch mit erheblichen Kosten verbunden, einschließlich entgangener Vorteile aus einer schnelleren Integration in den Welthandel, einem Überhandnehmen der Korruption und des Strebens nach Zusatzprofiten sowie, in jüngster Zeit, zunehmenden regionalen Ungleichgewichten. Zum Teil wegen dieser Kosten beabsichtigt die Regierung, in naher Zukunft die Handels- und Steuersysteme des Landes zu vereinheitlichen. Die Liberalisierung in Vietnam war weitreichender und

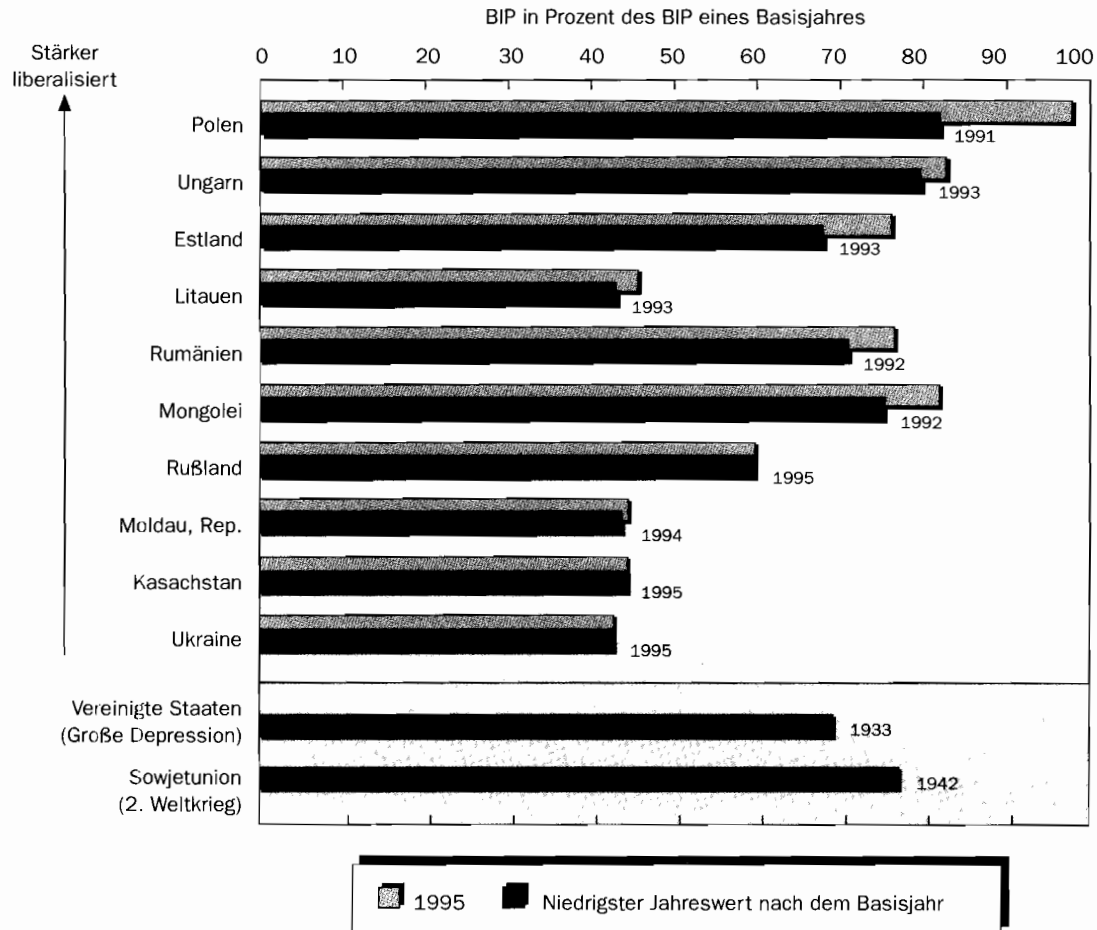
Obwohl die Liberalisierung unvollständig blieb, verbesserten die zweigleisigen Preisreformen die Effizienz, weil die Preise für zusätzliche Gütereinheiten die ökonomischen Kosten widerspiegeln und die relativen Knappheiten richtig anzeigen, und weil der Anteil der zu Planpreisen abgewickelten Umsätze im Laufe der Zeit zurückging. Außerdem schritt die endgültige völlige Liberalisierung des kleinen Produktionsanteils, der weiterhin Kontrollen unterworfen blieb, langsam voran. Weniger als 20 Prozent der Nahrungsmittel wurden 1992, als die letzten Preiskontrollen für Nahrungsmittel aufgehoben wurden, noch zu offiziellen Festpreisen verkauft, so daß die endgültige Zusammenführung der zwei Gleise in der Gesamtwirtschaft nur minimale Störungen verursachte. Zweigleisige Reformen durchzuführen war aber auch kostspielig – so wurde eine große Anzahl von Leuten benötigt, um das Rationierungs- und Verteilungssystem zu überwachen, das mit den dualen Nahrungsmittelpreisen verbunden war. Es erforderte ferner eine strikte Durchsetzung der Vorschriften, um die Umlenkung preiskontrollierter Waren auf die freien Märkte in Grenzen zu halten und die Korruption zu bremsen, mit schweren Strafandrohungen bei Nichtbefolgung.

schneller (Sonderbeitrag 1.4). Wie in China bleiben jedoch beträchtliche Restriktionen bestehen, besonders beim Handel und beim Marktzugang, und schwierige Reformen der staatlichen Unternehmen und des finanziellen Sektors müssen noch vorgenommen werden (Kapitel 3 und 6).

Wie konnten die Reformen zur Schaffung freier Märkte ein schnelles Wachstum in China und Vietnam fördern? Einige argumentieren, daß in China ein graduelles Vorgehen zum Erfolg der Reformen beitrug, weil die verbliebenen partiellen Kontrollmechanismen – basierend auf der bestehenden Autorität der kommunistischen Partei und verstärkt durch ein dichtes Netz örtlicher Zustimmungsregelungen – weiterhin eine koordinierende Funktion ausübten und Produktions- und Handelsstörungen während der Phase des Aufbaus der Marktinstitutionen in Grenzen hielten. Die Schlüssel zur Wachstumsförderung in beiden Ländern waren jedoch die Reformen selbst, und zwar direkt durch die Erhöhung der Produktivität und indirekt durch die für einen großen Teil der Bevölkerung erzielten Einkommenssteigerungen und deren Umsetzung in hohe Ersparnisse und Investitionen. Das Muster und der zeitliche Ablauf der Reformen paßten zu den wirtschaftlichen und politischen Strukturen und den sonstigen Ausgangsbedingungen beider Länder. Sie begannen mit der Liberalisierung der Landwirt-

**Die Produktion ist in den MOE- und NIS-Ländern dramatisch gesunken.**

**Schaubild 2.1** Rückgang und Erholung des BIP in ausgewählten Reformländern und in vergleichbaren historischen Perioden



Anmerkung: Das Basisjahr für die Reformländer ist 1989; die historischen Basisjahre sind 1929 für die Vereinigten Staaten und 1940 für die Sowjetunion. Die Reihenfolge der Reformländer richtet sich nach ihrem durchschnittlichen Rang im Liberalisierungsindex für den Zeitraum 1989 bis 1995 (siehe Schaubild 1.2). Quelle: Amtliche Angaben.

schaft (Landbesitzrechte, Preise und Beschaffungswesen), die vorher stark besteuert worden war. Weil der Großteil der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft beschäftigt war, schufen bessere Anreize – die Preise für Agrarüberschüsse waren flexibel, die Produktion konnte frei verkauft werden und die Gewinne standen den Bauern zu – hohe Produktivitäts-, Produktions- und Einkommenszuwächse,

wodurch viele aus der Armut herausfanden (siehe Kapitel 4). Arbeitsintensive Techniken ermöglichten eine leichte Verlagerung zu einer effizienteren Produktion auf Familienebene. Dies wiederum setzte einen erheblichen Teil der Arbeitskräfte frei, die in Sektoren mit höherer Produktivität überwechselten, insbesondere in die neuen nichtstaatlichen Industrie- und Dienstleistungsbereiche, die als nächstes

### Sonderbeitrag 2.3 Anmerkungen aus dem Untergrund: Wachstum und Kosten der inoffiziellen Wirtschaft

Der Transformationsprozeß hatte in den betreffenden Ländern ein ausgeprägtes Wachstum der inoffiziellen Wirtschaft zur Folge. Viele kommerzielle und sogar zahlreiche produktive Aktivitäten wandern in den Untergrund ab, um den hohen und variierenden Steuern aus dem Wege zu gehen, die restriktiven und oft unvorhersehbar wechselnden staatlichen Kontrollen zu vermeiden und um die Arbeitskräfte flexibel und billig einzusetzen. Schätzungen, die sich auf den Stromverbrauch stützen, kommen zu dem Ergebnis, daß zwischen 1989 und 1994 der Anteil der inoffiziellen ökonomischen Aktivitäten in einer Reihe von MOE-Ländern von durchschnittlich 18 auf 22 Prozent anstieg und in einer Reihe von NIS-Ländern von 12 auf 37 Prozent. Untersuchungen in der Ukraine bestätigen die Existenz einer sehr umfangreichen inoffiziellen Wirtschaft.

Die inoffizielle Wirtschaft ist tendenziell dort umfangreich, wo die politischen Kontrollen schwächer geworden sind, die wirtschaftliche Liberalisierung sich verzögert und lästige Regulierungen und hohe Steuern ein für den sich neu entwickelnden Privatsektor feindseliges formelles Umfeld schaffen. Wo die informelle Wirtschaft erheblich gewachsen ist, hat sie den Produktionseinbruch gedämpft und ein Ventil für unternehmerische Talente geschaffen. Es ist jedoch größtenteils eine auf das „Überleben“ ausgerichtete Wirtschaft, die sich auf kurzfristige Ziele konzentriert, wenig investiert und staatliche Vermögenswerte ausplündert. Die Betriebe verschwenden Zeit und Geld bei ihren Bemühungen, den Kontrollen und Steuern aus dem Wege zu gehen. Diese

Effizienzverluste und die Schwierigkeit, bestimmte Transaktionen inoffiziell durchzuführen, begrenzen ihr Wachstum. Die Informalisierung verringert auch die Staatseinnahmen und fördert die Kapitalflucht. Ihrer Natur entsprechend begünstigt sie auch die Korruption und untergräbt die Glaubwürdigkeit des formellen Marktes und der staatlichen Institutionen. Somit ist eine wachsende informelle Wirtschaft kein Ersatz für einen formellen, offenen Privatsektor, sondern er verhindert möglicherweise dessen Entwicklung. Lateinamerika bietet dafür bemerkenswerte Parallelen. Auch dort machen die inoffiziellen Aktivitäten etwa zwischen einem Fünftel und zwei Drittel der Gesamtproduktion aus. Sie florieren dort, wo die politischen Freiheiten zahlreich und die wirtschaftlichen Freiheiten gering sind. Wo die Informalisierung am intensivsten gewesen ist (in Bolivien und Peru), war das Wachstum am langsamsten. Maßnahmen, die in Lateinamerika dazu beigetragen haben, den informellen Sektor wieder in die formelle Wirtschaft zu reintegrieren, funktionieren wahrscheinlich in den Transformationsländern auch. Dazu gehören umfassende Preis-, Handels- und Devisenmarkliberalisierungen, eine straffe makroökonomische Politik, eine deutliche Reduzierung einschränkender Regulierungsvorschriften sowie eine professionellere staatliche Verwaltung (siehe Kapitel 5 und 7). Eine Kombination von Zuckerbrot und Peitsche – möglicherweise einschließlich einer einmaligen, partiellen Steueramnestie – kann dazu beitragen, die Kosten der Rückführung in die formelle Wirtschaft zu verringern.

liberalisiert wurden. Die Zahl der Arbeitskräfte in den ländlichen Unternehmen Chinas stieg zwischen 1978 und 1994 um 100 Millionen.

Im Zeitraum 1985 bis 1994 erreichte China ein Wachstum der gesamten (totalen Faktor-)Produktivität von mehr als 3 Prozent pro Jahr, was nach internationalen Maßstäben außergewöhnlich ist. Eine nach oben verzerrte Statistik des BIP-Wachstums könnte diese Angaben etwas überzeichnen, aber dieses hohe Produktivitätswachstum signalisiert ein relativ intensives Wachstum in China – das eher durch einen effizienteren Einsatz der Produktionsfaktoren bedingt ist als lediglich durch deren Erhöhung –; gleichwohl gibt die niedrigere Produktivität in dem immer noch umfangreichen staatlichen Unternehmenssektor für die Zukunft Anlaß zur Besorgnis (siehe weiter unten und Kapitel 3). Generell kann bis zu einem Drittel des Produktionswachstums in China seit 1985 einer größeren Effizienz

zugeschrieben werden. Der Großteil des Restes war einem beispiellosen, wachstumsfördernden Investitionsboom zu verdanken, der durch ein Einkommenswachstum stimuliert wurde, das sich in hohen Sparquoten der Haushalte und Unternehmen niederschlug. Die gesamte Ersparnis und die gesamten Investitionen beliefen sich im Zeitraum 1985 bis 1994 auf durchschnittlich jeweils fast 40 Prozent des BIP. Dies wäre nicht möglich gewesen, wenn die Regierung nicht in der Lage gewesen wäre, die Wirtschaft durch direkte Nachfragedrosselung während der Boomperioden zu stabilisieren. In Vietnam, wo die Produktivität mit vergleichbaren Raten gestiegen ist, entfällt auf die erhöhte Effizienz sogar ein noch größerer Teil des Produktionswachstums, weil die Investitionsquoten beträchtlich niedriger als in China sind. Seit 1989 belief sich das Produktionswachstum Vietnams im Durchschnitt auf mehr als 7 Prozent pro Jahr und auf fast 9 Prozent in den Jahren 1994 und 1995.

Mitte der achtziger Jahre war die inländische Ersparnis negativ und die Investitionstätigkeit vernachlässigbar gering, beide sind seitdem jedoch drastisch gestiegen.

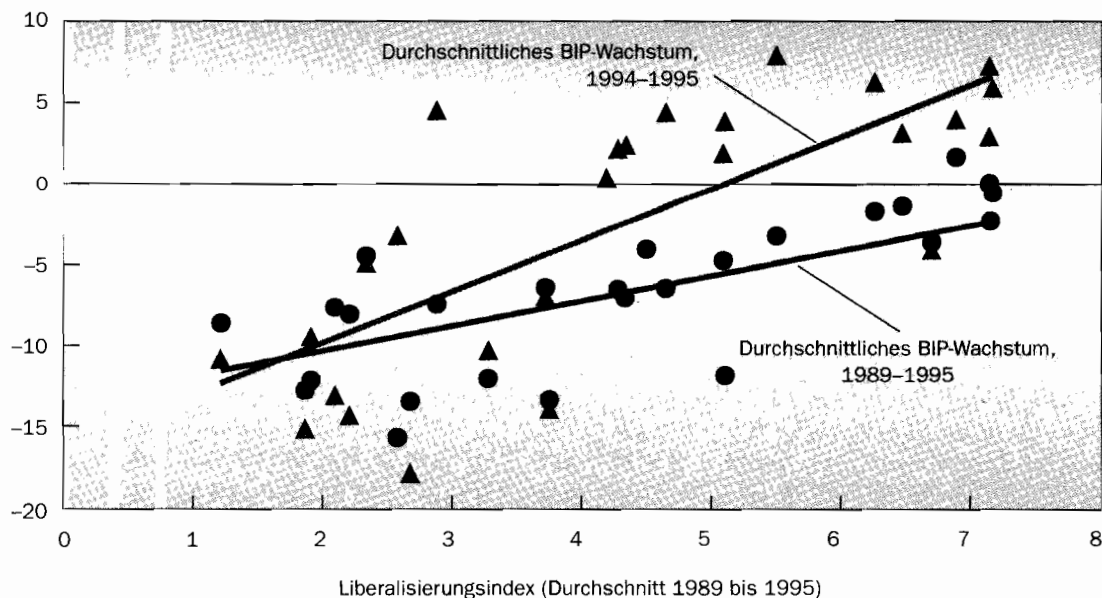
Wie in Kapitel 1 erwähnt, beschäftigten die staatlichen Industriezweige nur einen bescheidenen Teil der Arbeitskräfte Chinas. Ferner war Chinas gesamte Produktionsstruktur nie so verzerrt wie in der ehemaligen Sowjetunion, und der Verteidigungssektor war nie so groß gewesen. Dies ermöglichte es China, tiefgreifende Reformen der staatlichen Industrien zu verzögern – die Beschäftigung im Staatssektor erhöhte sich von 1978 bis 1994 um 20 Millionen – und dennoch ein beträchtliches Produktivitäts- und Produktionswachstum zu erzielen. Die Subventionierung unrentabler Staatsbetriebe durch ein zunehmendes Volumen billiger Kredite hatte erhebliche Kosten in Form von Effizienzverlusten zur Folge. Aber dank seiner hohen nationalen Ersparnis war China bis jetzt dazu in der Lage, diese Kosten ohne eine fundamentale Destabilisierung der Wirtschaft zu tragen (siehe weiter unten). Ohne ein ver-

gleichbares Niveau der Ersparnisse und mit dem Auslaufen der sowjetischen Hilfe in den späten achtziger Jahren war Vietnam gezwungen, als Teil seines Stabilisierungsprogramms die Subventionen an die Unternehmen zu kürzen. Dies führte in den Jahren 1988 bis 1992 zu einem Rückgang der Zahl der Beschäftigten in der Industrie um ein Drittel und zu einer kurzen Rezession im Staatssektor, gefolgt von einem Anpassungsprozeß und verbesserter Leistungsfähigkeit. Die industrielle Umstrukturierung fand jedoch ohne eine wirtschaftliche und soziale Umwälzung statt. Ein Grund war, daß Vietnams Unternehmen, anders als die in China, keine umfangreichen sozialen Leistungen bereitstellten, ein anderer Grund war jedoch, daß die neu liberalisierten landwirtschaftlichen und privaten Gewerbe und Dienstleistungssektoren, die mit 60 Prozent zum BIP und mit 85 Prozent zur Beschäftigung beitragen, schnell wuchsen und freigesetzte Arbeitnehmer aus dem öffentlichen Sektor aufnehmen konnten.

**Eine stärkere, dauerhaftere Liberalisierung hat einen geringeren Produktionseinbruch zur Folge – und eine stärkere Erholung.**

**Schaubild 2.2** Liberalisierung und BIP-Wachstum

BIP-Wachstum (in Prozent pro Jahr)



Anmerkung: Die Daten beziehen sich auf alle 26 MOE- und NIS-Länder; die Ergebnisse sind noch deutlicher, wenn China und Vietnam einbezogen werden. Siehe Schaubild 1.2 zu Details des Liberalisierungsindex. Das durchschnittliche BIP-Wachstum ist um den Einfluß regionaler Spannungen in einigen Ländern und die Unterschiede beim Ausgangseinkommen pro Kopf bereinigt. Quelle: De Melo, Denizer und Gelb, Hintergrundpapier; amtliche Daten; Berechnungen der Weltbank.



*MOE- und NIS-Länder: Die Liberalisierung unterstützt die Erholung nach anfänglichen Produktionseinbrüchen*

Die Produktion ist in den europäischen und zentralasiatischen Reformländern drastisch gesunken. Einige der in Schaubild 2.1 gezeigten amtlichen Schätzungen überzeichnen aufgrund von statistischen Mängeln den Rückgang (siehe Sonderbeitrag 1.3), nicht zuletzt wegen der in vielen Ländern erfolgten Nichtberücksichtigung einer umfangreichen und wachsenden inoffiziellen Wirtschaft (Sonderbeitrag 2.3). Die Daten zeigen aber auch nach einer Bereinigung um diese Verzerrungen einen beträchtlichen Rückgang; beispielsweise sank in Rußland im Zeitraum von 1990 bis 1995 die Produktion um rund 40 Prozent. Schätzungen auf Basis der Elektrizitätsnachfrage sind zwar auch fragwürdig, geben aber vielleicht eine untere Grenze des Produktionsrückgangs an; sie lassen darauf schließen, daß von 1989 bis 1994 das BIP in fünf MOE-Ländern um etwa 16 Prozent fiel und im Durchschnitt um rund 30 Prozent in elf Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion. Wegen eines deutlichen Rückgangs der Investitionen sank der Verbrauch weniger stark als das Sozialprodukt, es gibt jedoch kaum Zweifel, daß die Lebensstandards im frühen Stadium der Reformen in den meisten Ländern gesunken sind, ungeachtet der Verbesserungen in der Produktqualität und dem Ende des Schlangestehens (siehe Kapitel 4).

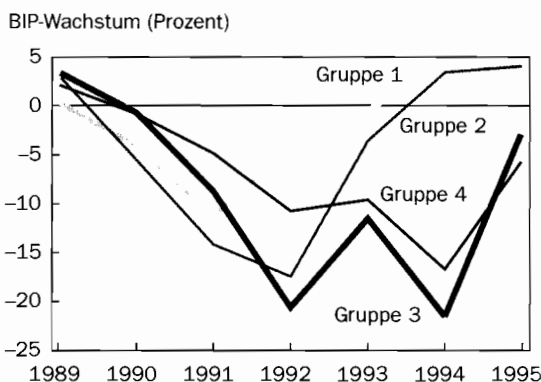
Die registrierte Gesamtbeschäftigung ist in den MOE- und NIS-Ländern ebenfalls zurückgegangen, obwohl es keine klare Relation zwischen Beschäftigungs- und Produktionsrückgängen gab. In den MOE-Ländern ist die Beschäftigung generell stärker gefallen und die Arbeitslosigkeit schneller gestiegen als in den NIS-Ländern, weil in Mittel- und Osteuropa die Anpassung auf dem Arbeitsmarkt weitgehend durch Entlassungen und vorzeitigen Ruhestand erfolgte, während in den NIS-Ländern in der Regel die Zahl der Arbeitsstunden reduziert wurde (siehe Kapitel 4). Zwischen 1989/1990 und 1994 sank beispielsweise die registrierte Beschäftigung in Bulgarien, Slowenien und Ungarn um 20 bis 25 Prozent, aber nur um 7 bis 8 Prozent in Rußland und der Ukraine.

**WARUM SANK DIE PRODUKTION?** Einige frühere Untersuchungen, die sich hauptsächlich auf Mittel- und Osteuropa konzentrieren, machen eine übereifrige Stabilisierung für den anfänglichen Produktionsrückgang verantwortlich. Die Tatsachen deuten jetzt aber darauf hin, daß er hauptsächlich durch drei Faktoren beeinflusst war: Nachfrageverlagerungen aufgrund der Liberalisierung, der Zusammenbruch des RGW und der Sowjetunion sowie Angebotsstörungen, die auf verschwundene oder fehlende Institutionen und verzerrte Anreizsysteme zurückzuführen waren.

Liberalisierung, in Verbindung mit Stabilisierung, bedeutet das Ende der Knappheitsökonomie durch Angebotsbeschränkungen, in der selbst die schäbigsten Produkte immer verkauft werden konnten. Jetzt bleiben unerwünschte

**Länder, die schneller und umfassender liberalisieren, schaffen die Wende rascher.**

**Schaubild 2.3** Zeitverläufe des Produktionsrückgangs und der Erholung nach Ländergruppen



Anmerkung: Die Eingruppierung der MOE- und NIS-Länder richtet sich nach ihrem durchschnittlichen Rang im Liberalisierungsindex für den Zeitraum 1989 bis 1995 (siehe Schaubild 1.2). Länder, die durch regionale Spannungen erheblich in Mitleidenchaft gezogen wurden, sind nicht berücksichtigt. Die jährlichen Wachstumsraten sind einfache Durchschnitte für jede Gruppe. Quelle: Amtliche Angaben; Berechnungen der Weltbank.

Güter in den Regalen. Betriebe und Verbraucher verringerten ihre Vorratsbestände, weil Horten überflüssig wurde – sinkende Lagerbestände trugen in den Jahren 1990/1991 etwa zu einem Drittel zum Produktionsrückgang in Polen bei und mehr als die Hälfte zum elfprozentigen Rückgang in den baltischen Ländern im Jahre 1993. In Rußland wurden die militärischen Beschaffungen um 70 Prozent gedrosselt. Natürlich reduzierte die Beseitigung unerwünschter Produktionen und überhöhter Lagerbestände nicht die Wohlfahrt. Aber alle anfänglichen Produktionskürzungen hatten Sekundäreffekte auf der Ausgaben- und Nachfrageseite, die die Gesamtwirkungen auf die Produktion verdoppelt haben dürften.

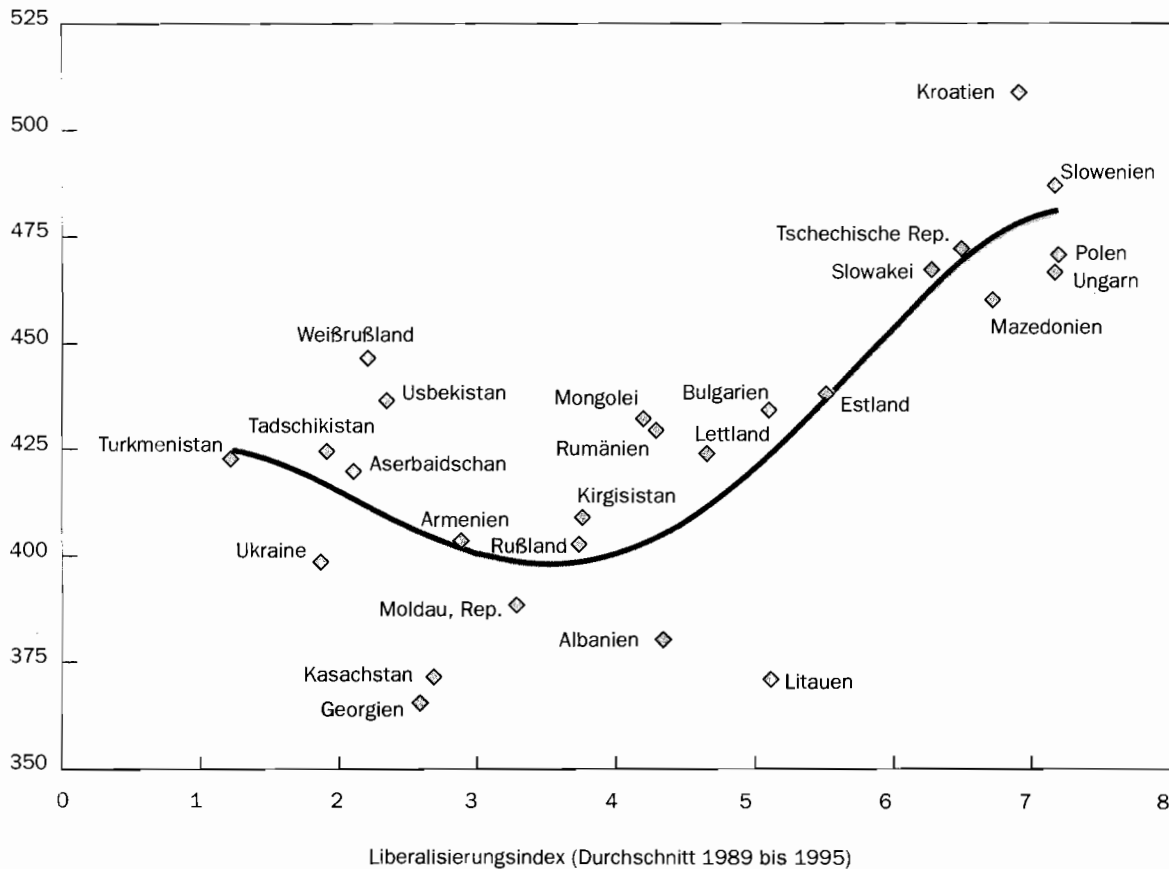
In Verbindung mit der Handelsliberalisierung führten der Zerfall des RGW und der Sowjetunion zum Zusammenbruch der Handelsbeziehungen innerhalb der MOE- und NIS-Länder. Die Käufer erwarben statt dessen Importprodukte von außerhalb des RGW, einschließlich dauerhafter Konsumgüter, während der Übergang zu Weltmarktpreisen und der Handel in konvertierbaren Währungen



**Nach sieben Jahren zeigt sich, daß diejenigen MOE- und NIS-Länder, die eine energische Liberalisierung betrieben haben, am besten vorangekommen sind.**

**Schaubild 2.4** Liberalisierung und kumuliertes BIP

Kumuliertes BIP, 1989 bis 1995 (in Prozent des BIP von 1989)



Anmerkung: Die Angaben beziehen sich auf alle 26 MOE- und NIS-Länder. Siehe Schaubild 1.2 zu Details des Liberalisierungsindex. Das kumulierte BIP ist der normalisierte Netto-Gegenwartswert des gesamten BIP im Zeitraum 1989 bis 1995, diskontiert mit 10 Prozent pro Jahr. Es ist bereinigt, um den Einfluß regionaler Spannungen in einigen Ländern und die Unterschiede beim Ausgangseinkommen pro Kopf sowie das reichliche Vorkommen natürlicher Energievorkommen zu berücksichtigen. Die Ergebnisse sind robust gegenüber Änderungen des Diskontierungssatzes und der Einbeziehung von China und Vietnam. Quelle: Amtliche Angaben; Berechnungen der Weltbank.

riesige Preissteigerungen für zuvor subventionierte Energie- und Rohstoffimporte, vor allem aus Rußland, mit sich brachte. Einer groben Schätzung zufolge erreichten die Preissubventionen Rußlands zugunsten anderer Länder im Jahre 1990 einen Wert von 58 Mrd. Dollar, davon kamen 40 Mrd. Dollar dem Rest der Sowjetunion und 18 Mrd. Dollar anderen RGW-Ländern zugute. Die Beendigung dieser Subventionen erhöhte die Kosten von importierten

Vorleistungen für die Produktion und verringerte damit das gesamte Angebot und die Produktion. Viele Nicht-NIS-Staaten mußten generelle Terms of Trade-Verluste von mehr als 10 Prozent des BIP hinnehmen, und im Falle einiger stark importabhängiger Länder waren es sogar 15 bis 20 Prozent. Rußland seinerseits war nicht in der Lage, die Verbesserung seiner Terms of Trade voll auszunutzen, weil das Handelsvolumen stark schrumpfte und die eigenen

**Tabelle 2.1** Außenhandelspolitik und Exporterfolge in MOE- und NIS-Ländern

Ländergruppe	Außenhandelspolitik			Änderung des Anteils der Exporte in die RGW- Länder oder die Sowjet- union (Prozent) <sup>a</sup>	Exporte der Ver. Ind. in die OECD, 1994 (in Prozent des BIP) <sup>b</sup>	Exportserfolge		
	Staats- handel 1994	Quantitative Beschrän- kungen 1994	Jahre der Kon- vertibilität für Leistungsbilanz- transaktionen bis Ende 1995			Durchschnittlicher jährlicher Beitrag des Exportwachstums zum BIP (Prozentpunkte) <sup>c</sup>		
						Nur Exporte in die OECD, letztes Jahr vor der Reform bis 1994	Gesamt- exporte, letztes Jahr vor der Reform bis 1994	Gesamt- exporte, erstes Jahr der Reform bis 1994
Gruppe 1	Sehr klein	Nein	4	-57,2	24,5	2,3	2,1	3,0
Gruppe 2	Sehr klein <sup>d</sup>	Nein <sup>d</sup>	2	-43,9	18,1	1,4	-3,1	3,7
Gruppe 3	Moderat <sup>e</sup>	Ja <sup>e</sup>	1	-13,6	3,3	0,2	-11,2	0,5
Gruppe 4	Umfangreich	Ja	0	-14,2	4,4	-0,1	-14,4	0,3
Reg. Span- nungen	Umfangreich	Ja	0	-20,8	3,7	..	..	..

.. Nicht verfügbar. Ver. Ind. = Verarbeitende Industrie. Reg. Spannungen = Ländergruppe, die durch regionale Spannungen erheblich in Mitleidenschaft gezogen worden ist (siehe Schaubild 1.2).

Anmerkung: Die Angaben sind einfache Durchschnitte für jede Ländergruppe (siehe Schaubild 1.2).

a. Für die MOE-Länder beziehen sich die Angaben auf die Exporte in die RGW-Länder im Zeitraum 1989 bis 1994; für die NIS-Länder beziehen sie sich auf die Exporte in die Sowjetunion im Zeitraum 1990 bis 1994.

b. Für Albanien, die Mongolei und Slowenien beziehen sich die Angaben auf die Gesamtexporte.

c. Das letzte Jahr vor dem Transformationsprozeß war für Polen 1989, für die anderen MOE-Länder das Jahr 1990 und für die NIS-Länder das Jahr 1991.

d. Die Mongolei war in der Gruppe 2 das einzige Land, in dem es 1994 einen umfangreichen Staatshandel und quantitative Exportkontrollen gab.

e. Kirgisistan war in der Gruppe 3 das einzige Land, das bis 1994 die Exportbeschränkungen im wesentlichen beseitigt hatte.

Quelle: Kaminski, Wang und Winters 1996; IWF 1995 a; EBRD 1995; Berechnungen der Weltbank.

Exporte weiterhin Einschränkungen unterlagen. Der Zusammenbruch des Außenhandels wurde durch die ungeheure Ineffizienz des ursprünglichen zwischenstaatlichen Zahlungssystems verstärkt, das in der Regel rund drei Monate zur Abwicklung von Transaktionen brauchte.

Schließlich sind in den MOE- und NIS-Ländern, anders als in China, die planwirtschaftlichen Institutionen verschwunden, bevor sich neue marktwirtschaftliche Institutionen entwickeln konnten. Beispielsweise haben viele Länder die alten Systeme der Zuteilung landwirtschaftlicher Kredite und der Verteilung der Agrarproduktion aufgegeben, bevor neue Großhandels- und Einzelhandelsvertriebssysteme und marktwirtschaftliche Kreditsysteme eingerichtet waren. Fehlende marktwirtschaftliche Institutionen führten zu Koordinierungsmängeln im gesamten Produktions- und Handelsbereich – viele dieser Mängel waren die Folge begrenzter Informationen und von Unsicherheit. Unzureichende Anreize, oft verbunden mit unzulänglichen Eigentumsrechten, verstärkten die Knappheit an moderner Technologie und an Qualifikationen und bildeten riesige Hindernisse für eine schnelle Verlagerung der Produktionsfaktoren auf neu entstehende Sektoren. Die Unsicherheiten förderten die Kapitalflucht von Unternehmen wie von Haushalten, und viele Unternehmen wollten nur noch überleben – sie warteten und hofften auf bessere Zeiten, statt aktiv Umstrukturierungen durchzuführen. Bis zu einem gewissen Grad sind derartige Probleme eine unvermeidbare

Folge des drastischen Bruchs dieser Länder mit der Vergangenheit. Sie wurden jedoch in vielen Ländern durch inkonsistente Reformmaßnahmen verstärkt – hierzu zählt auch der Mangel an wirtschaftspolitischer Koordinierung in der Rubelzone (siehe weiter unten). Koordinierungsmängel, Unsicherheiten und verzerrte Anreize hemmen den Start oder die Expansion gewinnbringender Aktivitäten – selbst wenn unrentable oder aufgeblähte Sektoren zusammenbrechen. Beispielsweise schrumpften die Viehbestände in den NIS-Ländern aufgrund der in Relation zu den Preisen für tierische Produkte exorbitant gestiegenen Futterpreise drastisch. Trotz eines steilen Anstiegs der relativen Energiepreise ist die russische Erdölförderung jedoch ebenfalls gesunken – seit 1988 um fast die Hälfte. Die Hauptgründe sind ein akuter Mangel an Instandhaltungsarbeiten und Verbesserungsinvestitionen sowie unzureichende rechtliche, institutionelle und fiskalische Rahmenbedingungen, die Verbesserungen im Management erschweren sowie ausländische Investoren und neue Technologien fernhalten.

WIE HAT DIE LIBERALISIERUNG DIE ERHOLUNG DES WACHSTUMS BEFÖRDERT? Überall in den MOE- und NIS-Ländern war die Liberalisierung positiv mit dem Wachstum korreliert. In Ländern mit einer stärkeren Liberalisierung (gemessen am durchschnittlichen Liberalisierungsindex) waren die Produktionsverluste im Durchschnitt geringer (Schaubild 2.2). Und die Unterschiede nahmen im Laufe der Zeit zu: Eine relativ stärkere Liberalisierung erhöhte das durch-

#### Sonderbeitrag 2.4 Außenhandelspolitik und ökonomischer Erfolg: Estland und die Ukraine zeigen die enge Verbindung

Estland und die Ukraine haben eine diametral entgegengesetzte Außenhandelspolitik verfolgt. Die erzielten Außenhandelsergebnisse waren entsprechend unterschiedlich.

*Eine schnelle Handelsliberalisierung zahlt sich aus.* Estland hob praktisch alle Exportbeschränkungen auf, beseitigte alle quantitativen Einfuhrrestriktionen, behielt nur einige wenige niedrige Einfuhrzölle bei und machte seine neue Währung für Leistungsbilanztransaktionen voll konvertibel; dies alles geschah bis Ende 1992. Die Importliberalisierung führte zur Übernahme der relativen Weltmarktpreise für handelbare Güter. Die radikale Exportliberalisierung – eine Maßnahme, durch die sich Estland von den meisten anderen NIS-Ländern unterschied – ermöglichte eine schnelle Umorientierung des Außenhandels, beschleunigte die Anpassung an westliche Qualitätsstandards und trieb die Exporteinnahmen in harter Währung in die Höhe. Über die Hälfte der Exporte Estlands geht jetzt nach Westeuropa und fast zwei Drittel seiner Importe kommen von dort. Das Exportwachstum trug im Zeitraum 1992/94 mit 11 Prozentpunkten pro Jahr zum BIP-Wachstum bei. Auch wenn man die speziellen Vorteile Estlands in Rechnung stellt – enge Bindungen an Finnland, die Nähe zu Westeuropa und baltische Seehäfen, die den legalen und illegalen Außenhandel fördern –, so waren die Exporterfolge Estlands doch phänomenal.

*Eine langsame Außenhandelsliberalisierung verursacht hohe Kosten.* Die Ukraine hielt an vielen Preis- und Außenhandelskontrollen bis zum Herbst des Jahres 1994 fest. Der Staatshandel blieb intakt – einschließlich der staatlichen Bereitstellung und eines extensiven Netzwerks bilateraler Handelsvereinbarungen mit anderen

NIS-Ländern und ehemaligen RGW-Staaten. Administrative Kontrollen hielten die Inlandspreise unter den Weltmarktpreisen. Strenge Exportkontrollen (wie Lizenzierungen und Kontingente) sollten die Produzenten daran hindern, subventionierte Güter ins Ausland zu verkaufen. Die Exporteure mußten ihre Deviseneinnahmen zu unter den Marktsätzen liegenden Wechselkursen abliefern. Das Importsystem blieb liberal, doch fehlten den inländischen Käufern die Devisen zur Bezahlung der Importe. Die ukrainischen Maßnahmen erwiesen sich als kontraproduktiv. Die zwischenstaatlichen Vereinbarungen konnten den Rückgang des Handels mit den anderen NIS-Ländern nicht aufhalten und blockierten eine Diversifizierung des Außenhandels: Westeuropa trug im Jahre 1994 weniger als 20 Prozent zum gesamten Außenhandel der Ukraine bei. Die Abschottung von den Weltmärkten verzögerte die Anpassung der Unternehmen und verlängerte die Zeit ökonomischer Ineffizienz. Die Exporte sanken und leisteten in den Jahren 1992 bis 1994 einen negativen Beitrag zum Produktionswachstum, und hohe Außenhandelsdefizite trugen zu einer Spirale von Währungsabwertung und wirtschaftlicher Destabilisierung bei. Die Reformen der Ukraine Ende 1994 umfaßten eine beachtliche Preisliberalisierung und die Abschaffung der meisten direkten Exportkontrollen; und im Jahre 1995 stiegen die Exporte. Ein undurchsichtiges Referenzpreissystem beschränkt de facto weiterhin die Exporte unterhalb eines Mindestpreises; es fördert das Streben nach Zusatzprofiten und begünstigt die Korruption, aber bis zu Anfang des Jahres 1996 erstreckte es sich nur auf einen kleinen und schrumpfenden Teil der Exporte.

schnittliche Wachstum in den Jahren 1989 bis 1995; es steigerte das durchschnittliche Wachstum im Zeitraum 1994/95 aber noch mehr. Zwei weitere Faktoren haben auf das jüngste Wachstum einen starken Einfluß gehabt. Erstens ist die Produktion seit 1989 in ärmeren, mehr landwirtschaftlich strukturierten Ländern tendenziell stärker gestiegen oder weniger gesunken, als es in reicheren Ländern mit stärker aufgeblähten industriellen Sektoren der Fall war. Zweitens reduzierte jedes Jahr seit 1989, in dem ein Land durch regionale Spannungen beeinträchtigt wurde, das BIP durchschnittlich um 6,5 Prozentpunkte.

Nach gewöhnlich drei Jahren einer nachhaltigen Liberalisierung sind die Länder auf den Wachstumspfad zurückge-

kehrt (Schaubild 2.3). Länder der Gruppen 1 und 2 – diejenigen, in welchen eine schnellere und umfassendere Liberalisierung erfolgte (siehe Schaubild 1.2) – wiesen einen früheren Produktionsrückgang, aber auch eine frühere und stärkere Erholung auf. In den Ländern der anderen Gruppen war die Produktion in den Jahren 1994/1995 noch rückläufig, die jüngsten Reformen haben jedoch eine Reihe von ihnen an die Schwelle des Aufschwungs gebracht. Noch andauernde Untersuchungen belegen, daß diese Verlaufsmuster des Rückgangs und Aufschwungs weiterhin gelten, auch wenn man die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen der Länder berücksichtigt, wie die geographischen Gegebenheiten, die sektoralen Strukturen oder die anfäng-

lichen makroökonomischen Ungleichgewichte (siehe Kapitel 1).

Wie können die Länder nun beurteilen, ob sich die Marktreformen insgesamt ausgezahlt haben, wenn man in Betracht zieht, daß eine frühzeitige und energische Liberalisierung zu einem früheren Wirtschaftseinbruch, aber auch zu einem schnelleren mittelfristigen Wachstum geführt hat? Eine Möglichkeit besteht darin, die Marktordnung als einen Vermögenswert zu betrachten, in den die Länder in Form einer Liberalisierung investieren. Die Länder haben zu verschiedenen Zeiten unterschiedliche Beträge investiert, und diese Investitionen haben anfängliche Einkommens-(BIP-)verluste und anschließend Einkommensgewinne in unterschiedlicher Größenordnung gebracht. Der Wert der Investitionen der Länder zum Jahresende 1995 errechnet sich aus dem gesamten, seit 1989 akkumulierten BIP (diskontiert auf das Jahr 1989, um der Tatsache Rechnung zu tragen, daß die Menschen das gegenwärtige Einkommen höher bewerten als das Einkommen von morgen). Schaubild 2.4 zeigt, daß die Liberalisierung im Durchschnitt tatsächlich eine gute Investition gewesen ist. Die am wenigsten liberalisierten Länder weisen ein geringfügig besseres Ergebnis auf als die gemäßigten Reformländer. Weiter fortgeschrittene Liberalisierungsländer jedoch, deren kumulierte marktwirtschaftliche Reformen jetzt eine kritische Masse erreicht haben, schnitten weitaus besser ab, zumindest gemessen am Volkseinkommen. Dies bedeutet nicht, daß eine schnelle, radikale Liberalisierung immer möglich – oder wünschenswert – ist. Bei der Entscheidung, wie umfassend und wie schnell liberalisiert werden soll, sind die Regierungen durch die Ausgangsbedingungen behindert, und oft werden die Effekte unterschiedlicher Strategien in höchstem Maße unsicher sein. Wie aber bereits in Kapitel 1 erwähnt, lassen die Ausgangsbedingungen den Politikern immer noch genügend Wahlfreiheit – sie beeinflussen zwar die ökonomische Leistungsfähigkeit, sie determinieren sie jedoch nicht. Die Tatsache, daß bei Berücksichtigung dieser Faktoren sich die Liberalisierung tendenziell auszahlt, weist darauf hin, daß die Politiker in der Regel die Einkommen der Bevölkerung dann maximieren werden, wenn sie innerhalb des Rahmens, der durch länderspezifische Beschränkungen gegeben ist, so weitgehend wie möglich liberalisieren.

#### *Neues Wachstum entsteht, wenn man Exporte und Dienstleistungen expandieren läßt . . .*

Exporte und Dienstleistungen, zwei vormals unterdrückte Aktivitäten, waren die wichtigsten Wachstumsmotoren in den Reformländern. Generell waren die europäischen Transformationsländer bei der Öffnung ihrer Volkswirtschaften und der Umorientierung ihrer Exporte auf die Weltmärkte hin außerordentlich erfolgreich (Tabelle 2.1). Ungeachtet früherer Skepsis waren viele Länder in der Lage,

die „Qualitätsbarriere“ zu durchdringen, um die Exporte in den Westen auszuweiten (die Handelsbeziehungen mit der Europäischen Union und die Integration in die Welt handelsinstitutionen werden in Kapitel 9 erörtert). Die Länder haben schnell ihre Exporte diversifiziert, und einige haben damit begonnen, den Trend sinkender Durchschnittswerte für Maschinenbauexporte umzukehren – ein Zeichen für steigende Qualität. Die Exporte aus Ländern mit offeneren Außenhandelsordnungen, vor allem aus den MOE-Ländern und den baltischen Staaten, sanken mit der anfänglichen Desintegration der Sowjetunion und des RGW weniger stark und erholten sich schneller, womit sie stärker zum allgemeinen Produktionsanstieg beitrugen (siehe Tabelle 2.1 und Sonderbeitrag 2.4). Im Gegensatz dazu blieben in den meisten Ländern der ehemaligen Sowjetunion, die immer noch staatliche Außenhandelsvereinbarungen haben und erhebliche Exportkontrollen vornehmen, die Exporte von Industrieprodukten in die OECD-Länder gering, und der Beitrag der Ausfuhren zum Wirtschaftswachstum war vernachlässigbar.

Die Außenhandelspolitik in China und Vietnam verknüpfte eine grundlegende, wenngleich nur partielle Liberalisierung mit einer aktiven Exportförderung, wobei Vietnam mehr Gewicht auf ersteres und China auf letzteres legte. Einen staatlichen Außenhandel gibt es jetzt nur noch für einige wenige wichtige Erzeugnisse, sein Anteil am Außenhandel sinkt in beiden Ländern. Viele Exporte sind vollständig liberalisiert, und die meisten verbliebenen Exportbeschränkungen sind nicht bindend, doch die Importe sind immer noch, vor allem in China, beträchtlichen Restriktionen unterworfen. Beide Länder haben die Exporteure von Einfuhrabgaben für ihre Vorleistungen freigestellt und günstige Bedingungen für exportorientierte Auslandsinvestitionen geschaffen – Vietnam hauptsächlich durch eine Deregulierung, China durch die Errichtung spezieller Wirtschaftszonen, die Öffnung der Küstenregionen sowie durch eine steuerliche Vorzugsbehandlung und bevorzugten Zugang zu Devisen für Exporteure.

Obwohl China und Vietnam den Außenhandel weniger liberalisiert haben als die Visegrad-Staaten und die baltischen Länder, waren die Erfolge ihres Außenhandels mindestens ebenso bemerkenswert. China hat seit 1978 ein Exportwachstum von durchschnittlich über 15 Prozent pro Jahr aufrechterhalten; das vietnamesische Exportwachstum lag in der kürzeren Periode seit 1986 bei über 25 Prozent pro Jahr. Die Ausgangsbedingungen spielten bei diesen Erfolgen eine erhebliche Rolle. China war nicht Mitglied des RGW und mußte nicht durch dessen Auflösung einen Außenhandelsschock erleiden, und es war in der Lage, sich auf die Verbindungen zu Hongkong und eine große Gemeinde von Auslandschinesen zu stützen, um seine Exportindustrien zu entwickeln. Vietnam erfreute sich eines Öl-exportbooms, der zum Teil den Verlust der RGW-Märkte

**Tabelle 2.2** Liberalisierung und sektorale Umstrukturierung

Ländergruppe <sup>a</sup>	Durchschnittlicher Liberalisierungsindex 1989-95 <sup>a</sup>	Änderung der Anteile am BIP, 1989-94 (Prozentpunkte)			Anteile der Dienstleistungen am BIP (Prozent)			Prozentsatz der 1994 geschlossenen Dienstleistungslücke von 1989
		Landwirtschaft	Industrie	Dienstleistungen	Tatsächlich 1989	Normaler Anteil <sup>b</sup>	„Lücke“ 1989 <sup>b</sup>	
MOE- und NIS-Länder								
Gruppe 1	6,9	-4	-12	16	42	51	9	173
Gruppe 2	4,7	1	-11	10	35	51	15	68
Gruppe 3	3,4	0	-4	4	33	49	16	25
Gruppe 4	2,0	-2	3	-1	34	49	15	-7
Reg. Spannungen	3,9	14	-7	-7	41	50	9	-80
China und Vietnam	5,5	-10	5	6	32	41	8	66
Durchschnitt aller Reformländer	4,4	2	-6	5	37	49	13	38

Reg. Spannungen = Ländergruppe, die durch regionale Spannungen erheblich in Mitleidenschaft gezogen worden ist (siehe Schaubild 1.2).

a. Siehe Schaubild 1.2 zu Details des Liberalisierungsindex und der Länder in jeder Gruppe.

b. Die „normalen“ Dienstleistungsanteile der Länder sind Anteile, die für eine Auswahl von 108 Entwicklungs- und Industrieländern anhand einer Regression zwischen sektoralen Anteilen und dem Pro-Kopf-Einkommen und der Bevölkerungsgröße geschätzt wurden. Die Dienstleistungs-„Lücke“ ist die Differenz zwischen dem tatsächlichen und dem normalen Anteil der Dienstleistungen am BIP.

Quelle: Syrquin und Chenery 1989; amtliche Angaben; Berechnungen der Weltbank.

wettmachten und den Entzug der sowjetischen Transfers und den anfänglichen Niedergang der Nicht-Ölindustrien abfederte. Außerdem waren beide Länder in der Lage, ihre starken komparativen Vorteile in arbeitsintensiven Industriezweigen zu nutzen. Innerhalb Chinas und Vietnams (ebenso wie in den MOE- und NIS-Ländern) sind die Exporte in solchen Industriezweigen und Regionen schneller gestiegen, die über freiere Handels- und Auslandsinvestitionsregelungen verfügen; die höheren Ausfuhren waren auch von einem schnelleren Produktionswachstum begleitet. Eine Untersuchung der Weltbank über Möglichkeiten zur Reform des chinesischen Außenhandelsystems zeigte, daß die verbliebenen Export- und Importrestriktionen hohe Effizienz- und Wohlfahrtskosten mit sich bringen. Diese würden durch die weitergehenden Liberalisierungsmaßnahmen verringert, die zur Unterstützung des chinesischen Gesuchs um Aufnahme in die Welthandelsorganisation (WTO) vorgeschlagen worden sind.

Von einigen Seiten wurde argumentiert, daß ungeachtet des generellen Tempos der Liberalisierung der Außenhandel und die Devisentransaktionen langsamer als die Binnenmärkte liberalisiert werden sollten, um den anfänglichen Rückgang der inländischen Beschäftigung und der Produktion zu dämpfen. Die Transformationsländer bieten jedoch deutliche Anhaltspunkte dafür, daß die Vorteile einer frühen außenwirtschaftlichen Liberalisierung – im Gleichklang mit der binnenwirtschaftlichen Liberalisierung und Stabilisierung – bei weitem die potentiellen Kosten überwiegen. Die Etablierung eines im wesentlichen freien Außenhandels von früh an (vielleicht mit Ausnahme eines moderaten und einheitlichen Einfuhrzolls) bringt diesen Ländern

aus verschiedenen Gründen besonders hohe Erträge. Erstens werden durch die Hinterlassenschaft der zentralen Planung – insbesondere deren Vorliebe für die Autarkie und für Großunternehmen – die Effizienz und die Produktionsgewinne aus der Teilnahme am Wettbewerb auf den Weltmärkten verstärkt, und ein Vergleich der gesamten Außenhandelserfolge der Länder bestätigt dies auch (siehe weiter oben). Auch unternehmensbezogene Erkenntnisse aus Bulgarien, Polen und Rußland zeigen, daß die Handelsliberalisierung die Umstrukturierung der Unternehmen tatsächlich beschleunigt hat und dazu beitrug, die Märkte konkurrenzfähig zu machen. Zweitens wurden in den meisten Ländern im Frühstadium der Liberalisierung die Produzenten durch stark unterbewertete Währungen vor ausländischer Konkurrenz geschützt, gleichgültig ob die Wechselkurse fest oder flexibel waren (siehe weiter unten). Die Unterbewertung schuf auch einen starken Anreiz zur Erschließung von Exportmärkten.

Im Gegensatz dazu werden fortgesetzte Handelsbeschränkungen den Reformländern wahrscheinlich nur wenig Vorteile bringen. Der Schutz vor Importen ist bestenfalls ein stumpfes Mittel, um Anpassungsprobleme zu mildern, da die gesamte Industrie abgeschirmt wird und nicht nur die schwächsten Unternehmen. Förderung des Marktzugangs, Umschulungsprogramme und zielorientierte soziale Hilfen dürften wahrscheinlich viel effektiver sein. Darüber hinaus müßten, im Gegensatz zu diesen Maßnahmen, Handelsbeschränkungen auch durchgesetzt werden, und zwar gegen starke Anreize für beide Partner, diese Beschränkungen mit einer freiwilligen Transaktion zu umgehen. In Transformationsländern, wo die institutionellen Kapazitäten besonders

schwach entwickelt sind, sind Handelsbeschränkungen deshalb tendenziell ziemlich ineffizient im Hinblick auf die Abschirmung von Betrieben oder die Erhöhung von Zolleinnahmen; statt dessen begünstigen sie die Korruption (siehe Kapitel 5 und 7). Schließlich hat die weltweite Erfahrung gezeigt, daß „vorübergehende“ Schutzmaßnahmen häufig zu Dauereinrichtungen werden und daß häufige Wechsel in der Außenhandelspolitik für Unternehmen, die expandieren und Verbindungen zum Ausland entwickeln, ungünstig sind. Beide Probleme sind besonders für Reformländer mit unbeständigen politischen Verhältnissen relevant.

Der Dienstleistungsbereich war in den Transformationsländern die zweitwichtigste Wachstumsquelle. Eine Untersuchung schätzte, daß mit der Umkehr der in der Vergangenheit erfolgten Unterdrückung des Dienstleistungssektors in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion das Volkseinkommen um über 10 Prozent steigen könnte und rund 6 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden könnten, was die Rückgänge in anderen Sektoren weitgehend aufwiegen würde. Die Produktion des Dienstleistungssektors ist während des Transformationsprozesses in der Tat in die Höhe geschnellt, vor allem dort, wo die Liberalisierung weiter fortgeschritten ist (Tabelle 2.2). In den führenden Reformstaaten ist die „Dienstleistungslücke“ (der im Vergleich zu den etablierten Marktwirtschaften geringe Anteil des Dienstleistungssektors am BIP) weitgehend geschlossen worden. Energische Unternehmer haben auf die verbesserten Anreize tatkräftig reagiert, oft ungeachtet ernsthafter Schwierigkeiten, wie zahlreicher und häufig sich ändernder Regulierungsvorschriften, langsam arbeitender und oft korrupter Verwaltungen sowie der Kriminalität; hinzu kamen hohe Steuern und fehlende Kredite. Der Dienstleistungsbereich ist in Ländern wie Weißrußland, wo die Reformen nicht so weit fortgeschritten sind, weniger stark gewachsen.

Der Anpassungsprozeß von der Industrie hin zu den Dienstleistungen hatte bedeutende Veränderungen der relativen Preise zur Folge. In Rußland hat sich zwischen 1990 und 1994 der Preis für entgeltliche Dienstleistungen im Verhältnis zum Güterpreis im durchschnittlichen Warenkorb des Verbrauchers vervielfacht. Parallel dazu sank der Anteil der Industrie am BIP um 7 Prozentpunkte und der der Landwirtschaft um 9 Prozentpunkte, während der Anteil der Dienstleistungen um 16 Prozentpunkte stieg. Der Anteil der Industrie ist in den fortgeschrittenen Reformländern sogar noch stärker zurückgegangen. Dies trug in den MOE- und NIS-Ländern zu verbesserten Umweltbedingungen bei, während das schnelle industrielle Wachstum in den ostasiatischen Reformländern zu einer Verschlechterung der Umweltbedingungen führte (Sonderbeitrag 2.5).

Der Anteil der Landwirtschaft am BIP ist in den meisten Transformationsländern etwas zurückgegangen. In den

MOE- und NIS-Ländern arbeitete die Landwirtschaft sehr ineffizient und wurde, im Gegensatz zur Situation in Ostasien, durch die Subventionierung der Vorleistungen, der Kredite und der Einzelhandelspreise gestützt. Der Agrarsektor erlitt einen unnötig schweren relativen Preisschock – die Inputpreise, insbesondere für Brennstoffe, stiegen verhältnismäßig so stark wie die Erzeugerpreise –, weil das Angebot und die Verarbeitung noch nicht voll wettbewerbsfähig sind und die Regierungen noch intervenieren, um die Nahrungsmittelpreise niedrig zu halten. Weitergehende Liberalisierungsmaßnahmen sollten es den landwirtschaftlichen Erzeugern ermöglichen, etwas von dem verlorenen Boden wieder zurückzugewinnen.

#### *... und alte Unternehmen zur Umstrukturierung zwingt*

Die Preis- und Handelsliberalisierung sowie scharfe Kürzungen bei den Steuer- und Kreditsubventionen sind entscheidende Faktoren, um die Unternehmen zur Anpassung zu zwingen und im Unternehmenssektor eine Wende einzuleiten. Es stellte sich in der Tat heraus, daß die industrielle Umstrukturierung in den Reformländern sehr dezentralisiert erfolgt. Produktionsverlagerungen zwischen Untergruppen folgten keinem klaren Verlaufsmuster. Die Schwerindustrie, die als am stärksten aufgebläht galt, ist im Verhältnis zur Leichtindustrie nicht geschrumpft. Industriebereiche sind nicht in dem Maße systematisch expandiert oder geschrumpft, wie ihre relative Wettbewerbsfähigkeit sich aufgrund der Orientierung an internationalen Preisen verbesserte oder verschlechterte. Statt dessen beinhaltete die industrielle Umstrukturierung große Produktions- und Beschäftigungsveränderungen auf Unternehmensebene. Untersuchungen zeigen, daß der ökonomische Erfolg der Unternehmen innerhalb eines Industriezweiges erheblich schwankt, und die Rentabilität in der Vergangenheit liefert oft wenig Anhaltspunkte dafür, welche Betriebe florieren und welche untergehen werden.

Die Industriezweige sind in ständiger Bewegung, mit neuen Marktzugängen, Zusammenbrüchen und Fusionen, einem starken Anstieg der Zahl und des Anteils kleiner Unternehmen sowie neuen Produkten und Produktionsprozessen. Preiskontrollen und Handelsbeschränkungen, die ganze Industriezweige betreffen, verhindern diese Art der dezentralisierten Anpassung der Unternehmen und der marktbestimmten Differenzierung der Unternehmen nach der Leistungsfähigkeit. Weltweit haben Regierungen versucht, die leistungsfähigsten Unternehmen herauszufinden und ihre Unterstützung nur auf die lebensfähigen Unternehmen zu konzentrieren. Dies ist schon unter günstigsten Bedingungen ein riskantes Unterfangen; im unbeständigen Umfeld der Transformation ist es unmöglich. Sogar betriebsspezifische, leistungsbezogene Kredite und Subventionen werden unvermeidlich viele nichtlebensfähige Betriebe unterstützen. Eine derartige Hilfe verschwendet Res-



### Sonderbeitrag 2.5 Der Transformationsprozeß kann der Umwelt helfen – bei der richtigen Politik

Der Transformationsprozeß hat in den meisten MOE- und NIS-Ländern zu einer Verringerung der Umweltschäden geführt, wobei die Umweltverschmutzung als Folge des Rückgangs der wirtschaftlichen Aktivität, vor allem in der Industrie, gesunken ist. Es gibt Anzeichen dafür, daß die Erholung der industriellen Produktion nicht von einem entsprechenden Anstieg der Umweltverschmutzung begleitet wird, und zwar wegen effektiverer Umweltschutzbestimmungen und deren verbesserter Durchsetzung. China wies dagegen ein rasches Wachstum auf. Dies hatte eine größere Umweltverschmutzung und schlechtere Umweltbedingungen zur Folge. Die Umweltschutzmaßnahmen sind bei den meisten Unternehmen der Schwerindustrie weiterhin unzureichend, und viele neue Unternehmen der Leichtindustrie verschmutzen das Wasser und erzeugen gefährliche Abfälle, die eine ernste Bedrohung darstellen. In den am stärksten verschmutzten Großstädten scheint eine Kombination von strengeren Umweltschutzmaßnahmen und wirtschaftlichen Veränderungen wenigstens zu einer Stabilisierung der Luftverschmutzung geführt zu haben – der unmittelbarsten ökologischen Bedrohung für die menschliche Gesundheit.

sources und hindert lebensfähige Unternehmen an der Anpassung. Darüber hinaus fließen die Subventionen tendenziell an staatliche Unternehmen. Dies verzerrt die Situation im Unternehmenssektor zuungunsten der neu hinzukommenden Privatbetriebe, die die wichtigste Quelle für das Entstehen neuer Arbeitsplätze sind.

Die Erfahrungen der MOE- und NIS-Länder stützen diese Argumentation. Ungarn und Polen haben eine energische Liberalisierung durchgeführt und die Unternehmenssubventionen gekürzt, nämlich von 7 bis 10 Prozent des BIP Ende der achtziger Jahre auf 2 bis 3 Prozent in den frühen neunziger Jahren. Die dortigen Unternehmen haben sich angepaßt und sind viel leistungsfähiger geworden als vergleichbare Unternehmen in Bulgarien und Rußland, wo die Liberalisierung weniger konsequent war und Subventionen an Unternehmen aus Haushaltsmitteln und von der Zentralbank in den Jahren 1993/94 im Durchschnitt immer noch bei 6 bis 7 Prozent des BIP lagen. Die chinesischen Reformen bei den Staatsunternehmen umfaßten eine dezentralisierte, wenngleich partielle Liberalisierung von Anfang an; es ist kein Zufall, daß die Produktivität der Unternehmen und das Produktionswachstum in den stärker liberalisierten Regionen und Sektoren, wo der Wettbewerb intensiver war, sowie in den weniger regulierten nichtstaatlichen Bereichen der Wirtschaft höher ausfiel (siehe Kapitel 3).

In allen Transformationsländern kann das Zusammenwirken weiterer marktwirtschaftlicher Reformen und einer soliden Umweltpolitik die ökologischen Ergebnisse verbessern. Erstens sollten Änderungen der relativen Preise eine effizientere Verwendung von Energie und natürlichen Ressourcen fördern. Zweitens werden die Privatisierung und die verringerten staatlichen Eingriffe in industrielle Entscheidungen das Management ermutigen, die betriebliche Leistung bestehender Fabrikanlagen zu verbessern, indem sie alte Ausrüstungen durch neue Anlagen mit einer sauberen Produktionstechnologie ersetzen. Wohldurchdachte Umweltschutzbestimmungen und Investitionen können zu diesem Prozeß beitragen. Drittens sollte eine klare institutionelle Trennung zwischen den Eigentumsrechten am Unternehmen einerseits und der Umweltschutzbehörde andererseits dazu beitragen, realistische Umweltschutzstandards zu gewährleisten. Viertens können durch ausländische Direktinvestitionen und die internationale Zusammenarbeit – wie bei den Programmen zur Sauberhaltung der Ostsee – die besten Umweltschutzmaßnahmen aus aller Welt eingeführt werden.

Die Umstrukturierung von Art und Umfang der Produktion hatte intensive Anpassungen auf den Arbeitsmärkten zur Folge. Obwohl die registrierte Arbeitslosigkeit in einigen Ländern niedrig blieb, insbesondere in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion (siehe Kapitel 4), zeigt die Analyse der gesamtwirtschaftlichen und der sektoralen Arbeitskräftefluktuation, daß die gesamte Umschlagsrate (Neueinstellungen und Entlassungen) im Zeitraum 1991 bis 1993 in den NIS-Staaten bei durchschnittlich etwa 20 bis 25 Prozent lag. Derart umfangreiche Arbeitskräftebewegungen sind vergleichbar mit jenen in Entwicklungsländern mit mittlerem Einkommen wie Chile und Kolumbien und liegen über entsprechenden Zahlen in Kanada und den Vereinigten Staaten. Zwischen 70 und 80 Prozent der neu eingestellten und der entlassenen Arbeitnehmer wechselten innerhalb desselben Sektors anstatt zu anderen Sektoren.

#### Stabilisierung: Ein unabdingbarer Bestandteil des Transformationsprozesses

Die Stabilisierungspolitik bildet eine notwendige Ergänzung der Liberalisierung im Transformationsprozeß. Maßnahmen zur Eindämmung der Inflation und zur Verhängung harter Budgetrestriktionen für Unternehmen sind erforderlich, damit Marktwirtschaften wachsen und Unter-



nehmen sich umstrukturieren können. Die Wechselwirkungen zwischen makroökonomischer Politik und anderen Reformen, wie der Liberalisierung, werden jedoch erheblich durch die Ausgangsbedingungen beeinflusst. In dieser Hinsicht ist China ein charakteristisches Beispiel.

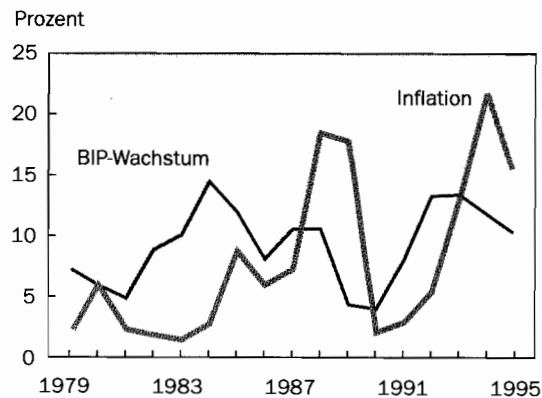
#### *China: Das zyklische Muster einer moderaten Inflation*

Im Verlaufe seiner Reformperiode hatte China eine moderate Inflation aufzuweisen, mit zyklischem Auf- und Abschwung der Preise und der Produktion (Schaubild 2.5). Jeder Konjunkturaufschwung war gekennzeichnet durch eine starke Kreditexpansion (hauptsächlich zur Finanzierung von Investitionsprojekten) und einen scharfen Anstieg der Inflation. Darauf folgte eine Verschärfung der Finanzierungsmaßnahmen, insbesondere durch direkte administrative Kontrollen, wie Höchstgrenzen für Bankdarlehen, direkte Investitionsverbote und Änderungen der Preisregulierungen. Die gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewichte weiteten sich aus, als 1978 die Reformen begannen; sie wurden jedoch durch die Regierungspolitik wirksam kontrolliert. Die Boomzyklen wurden durch Reformvorhaben ausgelöst. Im Jahre 1984 boten die Unternehmens- und Handelsreformen den Betrieben wachsende Freiheiten und Anreize zur Expansion. Nach einer Abkühlungsperiode in den Jahren 1986/87 löste eine neue Runde von Handels-, Preis- und Lohnreformen sowie die Einführung eines Systems vertraglicher Verantwortung für Unternehmen (bei dem mehrjährige Verträge die Gewinn- und die Produktionsabgaben an den Staat festlegen) einen weiteren Nachfrageschub aus. Im Januar 1992 setzten schließlich Reformen, die die Investitionen fördern und die Unabhängigkeit der Unternehmen durch Anreize auf örtlicher Ebene fördern sollten, eine weitere Runde des Inflationsauftriebs in Gang.

Dieses Verlaufsmuster gibt weitgehend die Unvollständigkeit der chinesischen Reformen wieder, vor allem im Unternehmens- und Finanzsektor. Angesichts nachgiebiger Budgetrestriktionen und bei Zinssätzen für Bankkredite, die oft unter der Inflationsrate lagen, haben Unternehmen und einflussreiche örtliche Regierungsstellen versucht, die Vorteile steigender Kreditgewährung in höhere örtliche Investitionen, Einkommen und Beschäftigung umzusetzen, wobei sie damit rechneten, daß die Inflationskosten sich auf die Gesamtwirtschaft verteilen würden. Partielle Preisreformen haben den Bedarf an staatlichen Subventionen erhöht, um die Verluste derjenigen Unternehmen zu decken, deren Preise auf einem künstlich niedrigen Niveau festgeschrieben blieben. Inzwischen haben die fiskalische Dezentralisierung und Schwierigkeiten beim Aufbau einer effizienten Finanzverwaltung zu erheblichen Rückgängen bei den Staatseinnahmen geführt (Kapitel 7). Dies bewirkte, daß der Staat seine fiskalische Verantwortlichkeit immer mehr auf das Bankensystem verlagerte. Der Netto-Mittelzufluß von den Banken zu den Unternehmen war groß; er stieg auf

#### **China bewegte sich zwischen Aufstieg und Niedergang.**

**Schaubild 2.5** BIP-Wachstum und Inflation in China



Quelle: Weltbank 1995 e, 1996 a.

7 bis 8 Prozent des BIP Ende der achtziger und Anfang der neunziger Jahre. Rund die Hälfte davon wurde mittels quasifiskalischer Transaktionen durch die Zentralbank finanziert. Darüber hinaus beinhalteten sowohl die Bankkredite an die Unternehmen als auch die Zentralbankkredite an die Banken hohe implizite Subventionen (die rund 3 bis 4 Prozent des BIP entsprachen), und zwar in Form negativer realer Darlehenszinsen und einer nicht erfolgten Eintreibung notleidender Kredite (notleidende Unternehmenskredite machen derzeit schätzungsweise mindestens 20 Prozent der Bankenportefeuilles aus).

In den meisten anderen Ländern würden solche Bedingungen zu einer hohen Inflation geführt haben. China war jedoch nicht wie die Mehrzahl der anderen Länder. Diese schnell wachsende Wirtschaft konnte eine hohe Inflation wegen einer scheinbar unersättlichen Nachfrage nach Bargeld und Bankeinlagen von Seiten der Unternehmen und Haushalte vermeiden, wobei sich die Bankeinlagen zwischen 1984 und 1993 real mehr als verdreifachten. Die durch die Geldschöpfung aufgebrauchten Mittel – die Seigniorage – waren außergewöhnlich hoch; sie erreichten im Jahre 1993 fast 11 Prozent des BIP (in Marktwirtschaften sind 1 bis 2 Prozent normal). In diesem Umfeld waren Chinas zentrale Regierungsstellen bisher in der Lage, die Inflation durch periodische Eingriffe mit administrativen Kontrollen in Grenzen zu halten; diese werden mit dem Fortgang der Reformen weniger wirksam sein.

Die Geldnachfrage in China wird wahrscheinlich in Zukunft langsamer wachsen, und zwar aus drei Gründen: Die Geldbestände sind bereits hoch, im Jahre 1994 entsprachen sie beinahe dem BIP; Alternativen zu Bankeinlagen – Aktien, Schuldverschreibungen von Unternehmen, Devisen und Grundbesitz – sind in zunehmendem Maße verfügbar und schließlich werden die Kapitaltransaktionen de facto freier. Die Finanzierung des öffentlichen Sektors durch den Bankensektor wird dann unmittelbarer die Inflation anheizen. Dies erhöht die Dringlichkeit, diese Defizite abzubauen – nicht durch administrativen Erlaß, sondern durch Bekämpfung ihrer strukturellen Ursachen – sowie Raum zu schaffen für eine inflationsfreie Finanzierung des Defizits durch die Emission von Inlandsanleihen.

Administrative Kontrollen spielten für die Abkühlung der überhitzten Wirtschaft in den Jahren 1994/95 immer noch eine Rolle. Gleichzeitig wurden jedoch die Zentralbankkredite an das Bankensystem gekürzt, und das konsolidierte Defizit des öffentlichen Sektors begann zu sinken. Um diese Erfolge zu sichern, wird China die Reformen im Staatssektor beschleunigen müssen. Die Verbesserung der Effizienz indirekt wirkender geldpolitischer Instrumente erfordert härtere Budgetrestriktionen sowohl bei den Unternehmen (um deren Zinsreagibilität zu erhöhen) als auch bei den Banken (um Risikoüberlegungen bei Darlehensentscheidungen und bei der Zinspolitik zu stärken). Dies wird eine Vertiefung der Reformen in zahlreichen schwierigen Bereichen zur Folge haben, mit denen sich auch die Regierungen in den MOE- und NIS-Ländern herumgeschlagen haben, wie Konkurse und Liquidationen, Entlassungen, Umstrukturierungen der Staatsbanken, betriebseigene soziale Einrichtungen der Unternehmen und ein soziales Sicherheitsnetz für städtische Angestellte (Kapitel 3, 4 und 6).

#### *MOE- und NIS-Länder: Ein kurvenreicher Inflationsspfad*

Die Inflation in den MOE- und NIS-Ländern durchlief im großen und ganzen drei Stadien, die jeweils mit einer Reformphase in Verbindung standen. Das erste Stadium, in den Anfangsmonaten der Liberalisierung, hatte die Auflösung des monetären Überhangs (der überschüssigen Geldmenge) zur Folge, der sich in der Zeit der zentralen Planung aufgebaut hatte. Das zweite Stadium, im zweiten und dritten Jahr der Liberalisierung (in manchen Fällen auch länger), stand hauptsächlich mit dem Tempo in Zusammenhang, mit dem die Subventionen an die Unternehmen ausliefen und die Preiskontrollen für die zuvor noch nicht freigegebenen Preise aufgehoben wurden. Das dritte Stadium, das in der Regel erreicht wurde, sobald die Inflationsrate unter 40 Prozent pro Jahr gesunken war, betrifft hauptsächlich die fortgeschrittenen Reformländer und berührt die Wechselkurspolitik und die Kapitalströme. Die Quintessenz des Inflationsverlaufs in den meisten MOE-Ländern

und den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion besteht darin, daß Reformen zugunsten freier Märkte zuerst die hohe, zurückgestaute Inflation in eine hohe, offene Inflation umwandeln und dann die weitere Liberalisierung und eine strikte Fiskalpolitik die Inflation durch das Zurückdrängen des dauernden inländischen Subventionsdrucks senkten. Dies steht in völligem Gegensatz zum Geschehen in China und unterscheidet sich auch von der Inflationsgeschichte in Vietnam, das bereits unter der zentralen Planung eine hohe, offene Inflation aufwies, seitdem aber starke Kürzungen der Subventionen an die Unternehmen durchführte (siehe Sonderbeitrag 1.4).

**DAS ERSTE STADIUM: EINE INFLATION, DIE AUS DER KÄLTE KAM.** In den MOE- und NIS-Ländern trat die Inflation offen zutage – in den meisten Ländern plötzlich –, und die Preise schnellten nach der Freigabe in die Höhe. Die umlaufende Geldmenge und die Geldbestände der Banken übertrafen den Wert der Güter und Dienstleistungen, die die Unternehmen und Haushalte zu kaufen wünschten, und dieser monetäre Überhang überflutete die Märkte und trieb die Preise in die Höhe. Die Preisstabilität des planwirtschaftlichen Systems war nicht länger haltbar, weil die Inflation zurückgestaut worden war. Ende 1991 waren viele Schwarzmarktpreise in Rußland fünfmal höher als die offiziellen Preise, der Schwarzmarkt-Wechselkurs erreichte gut das Vierzigfache des offiziellen Niveaus, und das Horten von Getreide war so verbreitet geworden, daß die Versorgung großer städtischer Regionen gefährdet war.

Dieser Inflationsstoß im ersten Jahr der Liberalisierung wurde von erheblichen Abwertungen der Währungen in vielen Ländern Mittel- und Osteuropas und den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion begleitet, ungeachtet der jeweiligen Wechselkurssysteme. Gleichgewichtswechselkurse sind schwierig zu bestimmen, insbesondere in Transformationsländern, und wenn Volkswirtschaften, die unter tiefgreifender Ineffizienz leiden, sich dem Welthandel öffnen, ist zunächst eine Abwertung zu erwarten. Die Daten lassen aber darauf schließen, daß die anfänglichen Abwertungen in Polen und der ehemaligen Tschechoslowakei viermal größer waren als nötig gewesen wäre, um die Kaufkraftparität für polnische und tschechische Güter aufrechtzuerhalten; der bulgarische Lew fiel auf ein Siebtel des Wertes seiner Kaufkraftparität (KKP), und der russische Rubel auf etwa ein Zehntel seiner „normalen“ Höhe. Kapitalflucht und die lange Zeit unterdrückte Nachfrage nach ausländischen Gütern übten einen permanenten Druck auf die Wechselkurse aus, und dies beschleunigte durch steigende Importpreise die inländische Inflation.

In den NIS-Ländern verschärfte die fehlende monetäre Koordinierung in der Rubel-Zone (das gemeinsame Währungsgebiet auf dem Territorium der Sowjetunion nach deren Auflösung) die Inflation und schuf für den zwischenstaatlichen Handel schwere Zahlungsprobleme. Zu

**Tabelle 2.3** Inflation und Geldmengenwachstum  
(in Prozent pro Jahr)

Ländergruppe	Durchschnittliche Inflation			Wachstum der Geldmenge in weiter Abgrenzung <sup>a</sup>		
	1992	1993	1994	1992	1993	1994
MOE- und NIS-Länder <sup>b</sup>						
Gruppe 1	58	27	19	60	31	28
Gruppe 2	554	169	78	..	110	65
Gruppe 3	1.273	1.163	723	473	276	170
Gruppe 4	829	2.390	1.547	..	1.171	1.112
China und Vietnam	11	9	15	33	25	28

.. Nicht verfügbar.

Anmerkung: Die Angaben sind einfache Durchschnitte für die Länder in jeder Gruppe (siehe Schaubild 1.2).

a. Die Definition der Geldmenge für das jeweilige Land bezieht sich auf die Abgrenzung, die M2 am nächsten kommt; deren Wachstum ist von Jahresende zu Jahresende gemessen.

b. Länder, die durch regionale Spannungen erheblich in Mitleidenschaft gezogen wurden, sind nicht berücksichtigt.

Quelle: IWF und Daten der Weltbank.

Beginn des Jahres 1992 versuchten fünfzehn nationale Banken, die als neue Zentralbanken agierten, sich bei der Kreditvergabe gegenseitig zu überbieten, da die Erträge dem Inland zukommen würden, während sie die Kosten in Form höherer Inflation über die ganze Rubelzone verteilen würden. Die Nationalbank der Ukraine war hier besonders aktiv. Im Juni 1992 beendete die russische Zentralbank die automatische Verrechnung der Bankeinlagen zwischen anderen NIS-Ländern und Rußland, aber danach begann sie, vielen NIS-Ländern hohe Beträge „technischer“ Kredite einzuräumen, die zum Kauf russischer Produkte genutzt werden konnten. In Usbekistan erreichten derartige Kredite eine Höhe von bis zu 60 Prozent des BIP im Jahre 1992. Diese Probleme bildeten den Hintergrund für die Einführung neuer Währungen in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion.

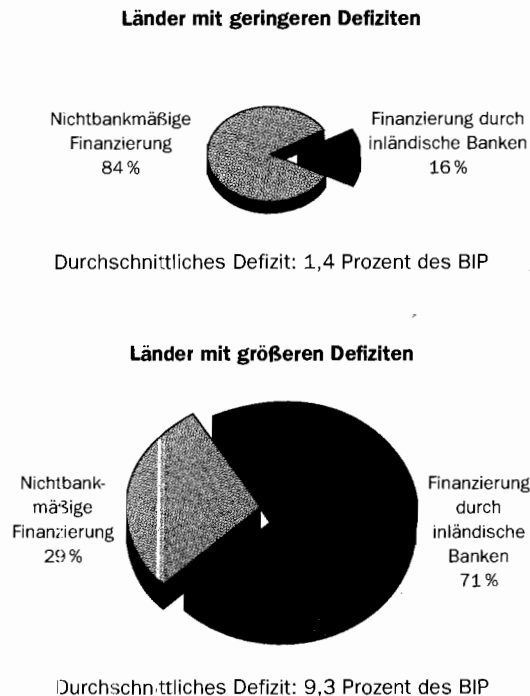
**DAS ZWEITE STADIUM: DER KAMPF UM DIE WIEDERGEWINNUNG DER KONTROLLE.** Das Hauptübel für die Verlängerung der hohen Inflation war die schnelle monetäre Expansion (Tabelle 2.3). Die langsam vorankommenden Reformstaaten duldeten ein schnelles Geldmengenwachstum und hatten dadurch die höchsten Inflationsraten; demgegenüber hatten die fortgeschritteneren Reformstaaten die geringsten Wachstumsraten der Geldmenge auf ihrem Weg zur Erzielung der niedrigsten Inflationsraten. In den NIS-Ländern folgte die Inflation dem Wachstum der weit abgegrenzten Geldmenge mit einer ziemlich kurzen zeitlichen Verzögerung von vier Monaten. Im Gegensatz zu der Entwicklung in China ging in den NIS-Ländern die Nachfrage nach realen Geldbeständen zurück, was die Inflation weiter erhöhte. Haushalte und Unternehmen begannen, sich an die hohe Inflation anzupassen; in Weißrußland gingen beispielsweise die realen Geldbestände in einem Zweijahreszeitraum um die Hälfte zurück.

Großzügige Zentralbankkredite waren in diesem Stadium die Hauptursache für das inflationäre Wachstum der Geldmenge. In den drei Jahren von 1992 bis 1994 hat sich die inländische Netto-Kreditgewährung in Polen nominal nahezu verdreifacht, und die Geldmenge stieg parallel dazu ebenfalls um etwa das Dreifache. Im Gegensatz dazu wuchsen beide Größen in Rußland im gleichen Zeitraum etwa um das 150fache. Ein Großteil der inländischen Kredite diente zur Finanzierung des Staatshaushalts, in Reaktion auf ernste fiskalische Probleme, die mit dem Anlaufen der Reformen in Zusammenhang standen. Insbesondere für die NIS-Länder bedeutete der Transformationsprozeß einen steilen Absturz der staatlichen Einnahmen. Die Einkünfte aus den Staatsunternehmen gingen stark zurück, und die neuen Finanzverwaltungen erwiesen sich als unfähig, die neu entstehenden Wirtschaftssektoren zu besteuern (Kapitel 7). Gleichzeitig wuchs der Druck, die Ausgaben auf hohem Niveau zu halten, insbesondere für soziale Zwecke. Die Preisliberalisierung legte auch die intensive wechselseitige Subventionierung bloß, die in der Planwirtschaft üblich war, wobei die gesamten oder der Großteil der Kosten auf den Staatshaushalt überwältigt wurden. Die Haushaltsdefizite waren im Zeitraum 1990 bis 1994 ziemlich groß, im Durchschnitt beliefen sie sich in Bulgarien, Ungarn (das beträchtliche Zinszahlungen zu leisten hatte) und Usbekistan auf 6 bis 7 Prozent des BIP. In Rußland waren sie mit durchschnittlich 12 Prozent des BIP sogar noch höher.

Um die Haushaltsprobleme zu verringern, wiesen viele Regierungen das Bankensystem an, quasifiskalische Aufgaben zu übernehmen, meistens in der Weise, daß sie hochsubventionierte Kredite an Staatsunternehmen gewährten, um die Produktions- und Beschäftigungsstrukturen der Vergangenheit zu stützen. Viele Unternehmen bemerkten die erhebliche Entwertung ihrer Barguthaben und verlang-

**Staaten mit höheren Defiziten greifen stärker auf die Notenpresse zurück.**

**Schaubild 2.6** Bankmäßige und nichtbankmäßige Finanzierung der Haushaltsdefizite



Anmerkung: Die Angaben sind einfache Durchschnitte für sechs Reformländer mit einer Defizitquote am BIP von weniger als 5 Prozent (Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Polen und Slowenien) und für acht Länder mit einer Quote über 5 Prozent (Albanien, Bulgarien, Kasachstan, Republik Moldau, Rußland, Slowakei, Ungarn und Weißrußland).

Die Quote für jedes Land ist der Jahresdurchschnitt für den Zeitraum 1992 bis 1994.

Quelle: IWF und Daten der Weltbank.

ten zusätzliche Kredite. Sie erhielten die Unterstützung von offizieller Seite, die der Meinung war, daß eine Knappheit an realen Geldbeständen weitgehend für den Produktionseinbruch verantwortlich war. Beispielsweise argumentierten die Offiziellen in Rußland Mitte des Jahres 1992, daß die Geldmenge die seit Jahresbeginn eingetretenen Preissteigerungen „einholen“ mußte. Unter den langsameren Reformländern in den MOE- und NIS-Ländern erreichten die Kreditsubventionen durch die Zentralbank oft das Dreifache der Höhe des Haushaltsdefizits.

Eine inflationsfreie Finanzierung dieser fiskalischen und quasifiskalischen Defizite war nicht leicht, und die meisten wurden schließlich durch Seigniorage konsolidiert, kurz gesagt, durch das Drucken von Geld (Schaubild 2.6). Die durch ein exzessives Geldmengenwachstum geförderte Inflation belastete den einzelnen durch die Reduzierung des realen Wertes seiner Geldbestände mit einer impliziten „Inflationssteuer“. Dies verursachte beträchtliche Einkommens- und Vermögenstransfers unter den Haushalten, Unternehmen und Banken (Sonderbeitrag 2.6). Die Seigniorage belief sich in den Jahren 1992/93 in Rußland im Durchschnitt auf über 16 Prozent des BIP, dies war etwa soviel wie die gesamten Einnahmen des Zentralstaates. In den MOE-Ländern war sie geringer; in den Jahren 1990 bis 1992 erreichte sie in Polen und Ungarn durchschnittlich 5 bis 6 Prozent des BIP. In den führenden Reformländern hat sich die Seigniorage seitdem auf einem „normalen“ Niveau stabilisiert – etwa 1,5 Prozent des BIP.

Um die Inflation in den Griff zu bekommen, war eine nachhaltige Verringerung des Geldmengenwachstums erforderlich. Insbesondere in den NIS-Ländern bedeutete die Kombination einer strafferen Geldpolitik und einer schrumpfenden Geldnachfrage, daß, in völligem Gegensatz zur Lage in China, die Banken über einen längeren Zeitraum keine Netto-Ressourcentransfers an die Unternehmen durchführen konnten. Eine strenge Geldpolitik mußte durch starke Kürzungen der Subventionen unterstützt werden, dies betraf vor allem diejenigen, die den Unternehmen in Form billiger Zentralbankkredite gewährt wurden. Dies wiederum erforderte eine nachhaltige Liberalisierung, um die Verluste aufgrund von Preiskontrollen und anderen staatlichen Interventionen auszugleichen und um die engen Bindungen zwischen Unternehmen und Staat zu lösen. Die Erfahrungen der erfolgreichen Stabilisierungsländer deuten auch darauf hin, daß positive Realzinsen zur erneuten Monetarisierung der Wirtschaft (durch Erhöhung der Geldnachfrage) und zur Abwehr einer Währungsabwertung beitrugen. Diese Entwicklungen stützten, in Verbindung mit einer größeren Unabhängigkeit der Zentralbank, das Vertrauen in die Stabilisierungsprogramme. In den Jahren 1993/94 hatten die Reformländer der Gruppe 1 – die Tschechische Republik und die Slowakei, Ungarn, Polen und Slowenien (siehe Schaubild 1.2) – moderate Inflationsraten von durchschnittlich 23 Prozent pro Jahr erreicht. Die jährliche Inflationsrate in den Ländern der Gruppe 2 belief sich auf etwa 120 Prozent, sie betrug rund 930 Prozent in der Gruppe 3 und fast 2.000 Prozent in der Gruppe 4 (Schaubild 2.7). Sogar Länder, wo die Reformen später oder zögerlicher einsetzten, hatten substantielle monetäre und fiskalische Anpassungen eingeleitet (beispielsweise wurde das bulgarische Haushaltsdefizit im Jahre 1994 um 7 Prozentpunkte vermindert). In allen MOE- und NIS-Ländern beginnt die Inflation nun zu sinken, lediglich in Tadschikistan und

Turkmenistan, wo die Liberalisierung am wenigsten vorangeschritten ist, bleibt sie extrem hoch.

**DAS DRITTE STADIUM: INFLATION ALS PREIS FÜR DEN ERFOLG?** Länderübergreifende Untersuchungen von Marktwirtschaften und Transformationsländern deuten darauf hin, daß die Reduzierung der Inflationsrate von hohen auf moderate Niveaus (etwa 40 Prozent pro Jahr) für das Wachstum eindeutig günstig ist; die direkten Effekte einer weiteren Verringerung sind weniger klar. In der Tschechischen Republik und in Lettland setzte das Wachstum bei Jahresinflationsraten von 10 beziehungsweise 26 Prozent wieder ein und in Polen, Estland und Litauen bei Raten von 42 bis 45 Prozent. Gute Gründe sprechen jedoch dafür, daß die Reformländer versuchen sollen, die Inflationsrate auf unter 40 Prozent zu drücken. Die Staaten müssen Vertrauen in ihre Währungen schaffen (in vielen Fällen sind es neue Währungen) und für ihre Politik Glaubwürdigkeit errei-

chen. Relativ hohe Inflationsniveaus erschweren dies, da dadurch die Wahrscheinlichkeit steigt, daß die Inflation in der Zukunft außer Kontrolle gerät. Die Länder sollten auch bedenken, daß die Einkommen aus der Seigniorage, die sie jetzt bei moderaten Inflationsraten erzielen können, nach einer Anpassung des Finanzsystems wahrscheinlich verschwinden werden.

Ein Haupthindernis für den weiteren Rückgang der Inflation ist die unvollständige Preisreform. In vielen Transformationsländern liegen die Preise für Energie und einige Dienstleistungen weit unter den Weltmarktpreisen, so daß sie in den nächsten Jahren erheblich steigen werden. Eine neuere Untersuchung der Weltbank über Rußland deutet darauf hin, daß die Preise für Wohnung, Verkehr und Telekommunikation (relativ zu denen für Industrieerzeugnisse) ausgehend von ihren Niveaus von 1994 um ungefähr das Sechsfache steigen müßten, um gerade einmal 60 bis

## Sonderbeitrag 2.6 Umverteilung durch Inflation: Die russische Erfahrung

Bei niedrigen Nominalzinsen führt die Inflation zu einer Umverteilung des Vermögens von den Sparern zu den Schuldnern, da der Realwert von Ersparnissen und Schulden ausgehöhlt wird. Im Jahre 1992 wurden in Rußland die finanziellen Vermögenswerte einer enormen Inflationssteuer von 30 Prozent des BIP unterworfen (siehe Tabelle). Die Haushalte verloren den Gegenwert von 12 Prozent des BIP. Auch einige Unternehmen zählten zu den Verlierern, andere jedoch haben ebenso gewonnen wie der Finanzsektor (einschließlich der Zentralbank). Großunternehmen und Finanzkonglomerate waren die Hauptgewinner.

Die Inflationssteuer zehrte ein Viertel der Haushaltseinkommen auf, womit sie den Verbrauch weiter drosselte. Sie wirkte wahrscheinlich auch regressiv, da sie die Armen mehr als die Reichen traf. Die Flucht in den Dollar oder in reale Vermögenswerte verlangt üblicherweise eine Transaktion in einer bestimmten Mindesthöhe, die Haushalte mit niedrigem Einkommen nur selten aufbringen können – ein Phänomen, das für Lateinamerika klar nachgewiesen ist. Untersuchungen über russische Haushalte bestätigen, daß diejenigen, die über ein höheres Einkommen verfügen, die meisten Devisen besitzen, und daß besonders in den Haushalten mit geringeren Einkommen die Besorgnis über die Inflation groß ist.

Da die Inflation die persönlichen Ersparnisse zunichte macht, traf sie diejenigen überproportional, die am meisten gespart hatten. Eine dieser Gruppen sind die Älteren, die man in zunehmendem Maße an der Straße Blumen oder Familienerbstücke verkaufen sieht. Aber es

gibt auch andere. Unter der Sowjetherrschaft dienten großzügige Lohn- und Pensionsvergünstigungen dazu, die Menschen zu ermutigen, in entlegene Regionen zu ziehen – damit war die Hoffnung verbunden, daß sie nach ein paar Jahren Arbeit genug Geld verdient haben würden, um ein Haus in Zentral- oder Südrußland zu erwerben. Die Mehrzahl der jetzt in Workuta, im äußersten Norden, lebenden und in den Kohlengruben arbeitenden Russen, ging genau aus diesem Grund dorthin. Jetzt werden jedoch ihre für den Rückzug aus dem Berufsleben erwarteten Ersparnisse nicht einmal ausreichen, um den Preis für den Rückflug nach Zentralrußland zu bezahlen, und die Menschen in der Stadt sehen sich als gestrandet an, zumal die Kohlengruben dabei sind zu schließen.

Gewinner und Verlierer der Inflation in Rußland  
(in Prozent des BIP)

Kategorie	Verluste	Gewinne	Nettogewinne
Haushalte	12	0	- 12
Unternehmen	18	16	- 2
Finanzsektor	0	8	+ 8
Staat	0	4	+ 4
Andere NIS-Länder	0	2	+ 2
Insgesamt	30	30	0

Anmerkung: Die Angaben beziehen sich auf den Zeitraum von Februar 1992 bis Januar 1993.

Quelle: Easterly und Vieira da Cunha 1994.

75 Prozent ihrer entsprechenden Höhe in den industrialisierten Marktwirtschaften zu erreichen.

Große Zuflüsse von Auslandskapital sowie eine gewisse Umkehr der Kapitalflucht behindern ebenfalls die Senkung der Inflation, da sie die Geldmenge erhöhen und Druck auf die Preise ausüben. Dies war ein spezielles Problem der fortgeschrittenen Reformländer. In gewissem Sinne ist dies in der Tat ein Preis für den Erfolg, da die Investoren vom großen Wachstumspotential und hohen Investitionserträgen angezogen werden, die eine Folge der Liberalisierung und der Hinwendung zur Marktwirtschaft sind. Aber auch extrem abgewertete Währungen spielten hier eine Rolle (die Preise in Lettland erreichten im Juli 1992 etwa 7 Prozent des Niveaus in Schweden). Der Saldo des Kapitalverkehrs in den MOE-Ländern schlug um von Nettoabflüssen von 8 Mrd. Dollar im Jahre 1991 auf Nettozuflüsse in Höhe von 13 Mrd. Dollar im Jahre 1993; 1995 hatten auch Rußland und Vietnam stark erhöhte Zuflüsse zu verzeichnen.

In Reaktion auf diese Zuflüsse werden die Inlandspreise im Verhältnis zu den Auslandspreisen unausweichlich steigen müssen. Die Ansichten darüber, ob dies in fortgeschrittenen Reformländern durch eine Inflation oder durch eine nominale Aufwertung der Währung geschehen sollte, gehen auseinander. Wie lange sollten sie dulden, daß die Zuflüsse auf die inländischen Preise durchschlagen, ohne den Wechselkurs anzupassen? Auf diese Frage gibt es keine eindeutige Antwort. Einmal abgesehen von Überlegungen hinsichtlich der Größe des Leistungsbilanzdefizits und der Tragbarkeit der Kapitalimporte, kann es für die Reformländer gute Gründe für unveränderte Wechselkurse geben. Insbesondere könnten sie befürchten, daß eine frühzeitige Wechselkursanpassung ihre schwer errungene Glaubwürdigkeit auf den Finanzmärkten belasten würde und – was politisch ebenso bedeutsam ist – den Exporteuren die partielle Abschirmung durch eine unterbewertete Währung genommen wird. Das Problem ist, daß die meisten Alternativen zu einer nominalen Aufwertung andere Kosten mit sich bringen. Einige Länder, die die Änderung der Wechselkurse aufgeschoben haben, versuchten, die inflationären Effekte der Zuflüsse durch eine straffe Fiskalpolitik oder durch eine Erhöhung der Reserveverpflichtungen für Geschäftsbanken zu begrenzen. Andere Länder haben Anleihen emittiert, um überschüssige Barmittel zu absorbieren. Eine derartige Sterilisierung ist jedoch teuer, insbesondere in Transformationsländern mit unterentwickelten Kapitalmärkten, weil die Zentralbank viel mehr für die Anleihen zahlt, als ihre Auslandsreserven einbringen. Sie drückt auch die Zinsen nach oben, was die inländischen Schuldner trifft, während das tatsächlich zu bekämpfende Problem verschärft wird, da noch mehr Auslandskapital angezogen wird. Ausländische Kapitalströme einer Kontrolle zu unterwerfen, ist keine Lösung: Die Erfahrungen in Asien und Lateinamerika deuten darauf hin, daß derartige Kontrollen die Kapital-

kosten kurzfristig erhöhen und langfristig unwirksam sind.

#### *Stabilisierungsstützen – und chronische Zahlungsrückstände*

Wie marktwirtschaftliche Länder, die einen Anpassungsprozeß durchlaufen, sahen sich auch die Transformationsländer mit einer Vielzahl von Problemen bezüglich der Struktur der Stabilisierungsprogramme konfrontiert. Die Erfahrungen verschiedener Reformländer haben vorläufige Antworten auf zumindest einige dieser Probleme geliefert.

Eine Schlüsselfrage lautet, ob ein fester oder flexibler Wechselkurs effizienter und weniger kostspielig für eine Verminderung der Inflation ist. Die Erfahrungen der Reformländer zeigen, daß eine signifikante Reduzierung der Inflation sowohl bei festen Wechselkursen gelungen ist (Kroatien, die Tschechische Republik und die Slowakei, Estland, Ungarn und Polen in der meisten Zeit der Jahre 1990/91) als auch bei flexiblen Kursen (Albanien, Lettland, Republik Moldau, Slowenien, Vietnam). Untersuchungen deuten jedoch darauf hin, daß zwar die Reduzierung der fiskalischen Defizite für die Dämpfung der Inflation unter beiden Wechselkursarrangements entscheidend ist, ein fester Wechselkurs aber dazu beitragen kann, die hohe Inflation schneller und zu geringeren Wachstumskosten herunterzudrücken. Ein Grund dafür ist, daß der automatische Tausch ausländischer gegen inländische Währung zu festen Wechselkursen durch die Zentralbanken es den Unternehmen und Haushalten ermöglicht, ihre realen Geldbestände leichter wieder aufzubauen. Bei flexiblen Wechselkursen können die inländischen Behörden auch eher als bei festen die Geldpolitik nach ihrem Ermessen gestalten, so müssen sie die Kreditpolitik noch stärker straffen, um ihr Engagement für die Stabilisierung glaubhaft zu machen. In der Anfangsperiode des Stabilisierungsprozesses dürfte daher ein fester Wechselkurs ein nützliches wirtschaftspolitisches Instrument sein. Mittelfristig gesehen bleibt die Wahl des Wechselkurssystems eine offene Frage.

Kann auch die Einkommenspolitik dazu beitragen, die Inflation in Grenzen zu halten? In Marktwirtschaften haben einkommenspolitische Maßnahmen (beispielsweise Strafsteuern auf „überhöhte“ Löhne) keine eindeutigen Effekte hinsichtlich der Kontrolle der Lohnsteigerungen und der Förderung der Preisstabilität erzielt. Viele Analytiker betrachten vorübergehende Lohnkontrollen jedoch als einen wesentlichen Bestandteil der makroökonomischen Politik in Transformationsländern, vor allem als Ersatz für starke Eigentümer in den Ländern, wo die Gewerkschaften einflußreich sind, um dadurch eine kosteninduzierte Inflation durch steigende Löhne in Grenzen zu halten. Eine Untersuchung über Polen fand heraus, daß Lohnkontrollen tatsächlich Lohnsteigerungen verhinderten, obwohl Löhne oberhalb der Grenze gezahlt wurden. Im großen und ganzen scheinen Lohnkontrollen während der frühen Stadien der



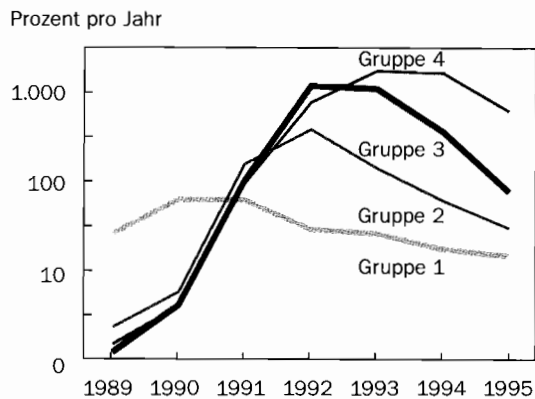
Preisliberalisierung selten verbindlich gewesen zu sein, und sie waren für sich genommen nicht ausreichend, um die Löhne in Ländern ohne eine unterstützende restriktive Fiskal- und Geldpolitik zu begrenzen.

Wann sollten Länder zu flexiblen Zinsen übergehen? Wenn die Marktkräfte in den Reformländern an Stärke gewinnen, werden indirekte monetäre Kontrollmaßnahmen effizienter als direkte. Sie fördern nicht das Wachstum informeller Finanzmärkte, die den von den Behörden direkt kontrollierten Teil des Kreditgeschäfts untergraben, und sie tragen dazu bei, die Verteilung von Krediten zu entpolitisieren. Das besondere Problem der Reformländer besteht jedoch darin, daß die weitverbreitete Zahlungsunfähigkeit von Banken und Unternehmen, in Verbindung mit dem Erbe passiver Kreditgeber und dem Fehlen starker Eigentümer, dazu führt, daß ein großer Kreis von Schuldnern sich mehr verschulden will, wenn die Zinssätze steigen, nicht weniger. Diese Notverschuldung kann zu einer ausgedehnten Periode sehr hoher Realzinsen führen, der eine finanzielle Krise folgt. Die Erfahrung zeigt einige Wege zur Begrenzung dieses Problems auf. Erstens können die Behörden das Tempo und das Ausmaß der Liberalisierung der Zinsen verstärken, indem sie Schritte zur Steigerung des Wettbewerbs auf den Finanzmärkten sowie zur Lösung des Problems der zahlungsunfähigen Banken und Unternehmen einleiten. Zweitens können sie unsolide Banken von Kreditauktionen ausschließen (wie es die meisten Länder bereits tun). Wie in Kirgisistan und Polen können sie den Banken auch verbieten, neue Kredite an Unternehmen zu vergeben, die sich vor der Umstrukturierung von Banken und Unternehmen in großen Schwierigkeiten befanden (siehe Kapitel 3 und 6).

Wie sollten die überall vorhandenen Zahlungsrückstände behandelt werden? Insbesondere in den Reformländern wird die Stabilisierungspolitik durch die Zahlungsrückstände kompliziert, die die Unternehmen untereinander sowie gegenüber den Banken oder dem Staat (in Form rückständiger Steuer- und Sozialversicherungszahlungen) auflaufen lassen. Eine Erkenntnis aus den vergangenen Jahren lautet jedoch, daß das Anwachsen der Zahlungsrückstände auf untragbare Niveaus kein unausweichliches Nebenprodukt der Stabilisierung ist. Länderübergreifende Erfahrungen zeigen, daß mit einer glaubwürdigen Stabilisierung, einschließlich der konsequenten Weigerung, neue Kredite zu gewähren, der Anstieg der Zahlungsrückstände am besten bekämpft werden kann. Wo es eine straffe Fiskal- und Geldpolitik gab – wie in den Visegrad-Ländern, den baltischen Staaten und in Kirgisistan – haben die Kreditgeber schnell gelernt, welche Konsequenzen sich ergeben, wenn sie keine Zahlungen erhalten, und sie beginnen, sich von in Verzug geratenen Schuldnern zu trennen. Demgegenüber stärken inkonsequente Stabilisierungsmaßnahmen die Erwartungen, daß der Staat für die Schulden der Unter-

### **Fortschritte bei der Liberalisierung senken die Inflation.**

**Schaubild 2.7** Zeitverläufe der Inflation nach Ländergruppen



Anmerkung: Die Eingruppierung der MOE- und NIS-Länder richtet sich nach ihrem durchschnittlichen Rang im Liberalisierungsindex für den Zeitraum 1989 bis 1995 (siehe Schaubild 1.2). Länder, die durch regionale Spannungen erheblich in Mitleidenschaft gezogen wurden, sind nicht berücksichtigt. Die jährlichen Inflationsraten sind einfache Durchschnitte für jede Gruppe. Die Inflation ist in einem logarithmischen Maßstab dargestellt. Quelle: IWF und Daten der Weltbank.

nehmen aufkommen wird. Komplexe, zentralisierte Programme der Saldierung oder Verrechnung neigen genau aus diesem Grund zum Mißerfolg, besonders wenn sie mit neuen Kreditspritzen verbunden sind. Anstatt die Zahlungsrückstände zu verringern, schwächen sie die finanzielle Disziplin und ermutigen zu neuen Rückständen zwischen den Unternehmen, und das sich ergebende hohe Gleichgewicht der Zahlungsrückstände untergräbt die Glaubwürdigkeit und Effizienz der makroökonomischen Stabilisierung noch weiter (Sonderbeitrag 2.7). In ähnlicher Weise bestand das Geheimnis des Erfolges von Estland bei der Begrenzung von Zahlungsrückständen im Energiebereich (die viele NIS-Länder belasteten) in der strikt durchgeführten Politik, die nichtzahlenden Unternehmen von der Energieversorgung abzuschneiden, was sich als ein wirksames Abschreckungsmittel erwies. Demgegenüber war der Widerstand gegen den Ausschluß der Kunden von der Energieversorgung ein Schlüsselfaktor für den Aufbau der Energie-Zahlungsrückstände in Litauen, der Republik Moldau und der Ukrai-



ne, wo die Energieverschuldung Anfang 1995 zwischen 5 und 8 Prozent des BIP erreichte.

Mit dem Voranschreiten der Stabilisierung und der Stärkung der Unternehmensbudgets sinken die Zahlungsrückstände zwischen den Unternehmen, und die Steuer-rückstände steigen. Viele Staaten waren nicht in der Lage, die Steuerzahlungen durchzusetzen, auch dort nicht, wo seine Ansprüche gesetzlich erste Priorität genießen, noch vor abgesicherten Gläubigern (wie in Polen und der Tschechischen Republik). Ende 1993 wurden die Steuerrückstände (einschließlich Zinsen und erneut festgesetzter, über-

fälliger Steuern) in Polen und Ungarn auf 8 bis 10 Prozent des BIP geschätzt und auf etwa die Hälfte davon in der Tschechischen Republik und in der Slowakei. In den NIS-Ländern sind die Steuerrückstände niedriger, sie steigen aber stark an. Zur Bewältigung des Problems muß der Staat als erstes die Rückstände klären, für die er selbst verantwortlich sein dürfte. In Rußland befanden sich beispielsweise zwei Drittel der Beträge, die den Unternehmen vom Staat geschuldet wurden, Mitte des Jahres 1994 in Verzug. Eine solche Einstellung untergräbt die Disziplin in den sonstigen Bereichen der Wirtschaft und kann – wie 1995 zu sehen war

### **Sonderbeitrag 2.7 Die beste Reaktion der Regierung auf Zahlungsrückstände der Unternehmen untereinander? Stärkung der finanziellen Disziplin**

Es ist kennzeichnend für die Anfangsstadien des Transformationsprozesses, daß die Kreditbeziehungen zwischen den Unternehmen schnell zunehmen. Dies spiegelt zum Teil die Anpassung an die in etablierten Marktwirtschaften üblichen Niveaus der Handelskredite wider. Oft aber steigen die Kredite zwischen den Unternehmen darüber hinaus und führen zu Zahlungsrückständen, da die an Bezahlung gewöhnten Verkäufer weiterhin Waren an Käufer liefern, denen die Bezahlung wachsende Schwierigkeiten bereitet. Aus Angst, daß die Liquidation einiger Unternehmen sich wie ein Domino-Effekt durch die Wirtschaft fortsetzen und die Liquidation weiterer Firmen erzwingen könnte, suchen die Regierungen oft nach Maßnahmen, um die explosionsartig steigenden Zahlungsrückstände der Unternehmen untereinander zu reduzieren. Die Erfahrung zeigt jedoch, daß Eingriffe leicht eine gegenteilige Wirkung haben können und die finanzielle Disziplin untergraben.

Sowohl Kasachstan als auch Rumänien und Rußland führten eine zentralisierte Saldierung der Zahlungsrückstände der Unternehmen untereinander ein. Theoretisch kann eine solche Saldierung den Umfang der Brutto-Zahlungsrückstände verringern, ohne die Netto-position der Betriebe zu ändern. In der Praxis sind die Saldierungsvorgänge jedoch technisch kompliziert. Einige Betriebe schulden anderen mehr als ihnen selbst geschuldet wird. Die Programme von Kasachstan, Rumänien und Rußland unterschieden nicht korrekt zwischen Unternehmen mit einer Nettokredit- und solchen mit einer Nettoschuldenposition. Den Betrieben wurden neue Kredite eingeräumt, die ausreichten, um ausstehende Schulden über die Summe hinaus zu begleichen, die ihnen selbst geschuldet wurde. Das Ergebnis war eine inflationäre Netto-Kreditexpansion, und die implizite Botschaft an die Unternehmen lautete, daß sowohl für

die Schuldner als auch für die sorglosen Kreditgeber gebürgt werden würde. Die Unternehmen reagierten, indem sie ihre Geschäfte betrieben wie bisher, und die Zahlungsrückstände stiegen weiter an.

Polens feste Haltung hinsichtlich der Stabilisierung überzeugte die Unternehmen, daß der Staat ihre Schulden nicht übernehmen würde, und sie reagierten vorsichtig, bevor sie Waren an Käufer auslieferten. Geänderte Erwartungen verstärken die harten Budgetrestriktionen und stoppten schließlich das Wachstum der Zahlungsrückstände. Polen experimentierte auch mit einer Alternative hinsichtlich der Verrechnung der Zahlungsrückstände. Die Kreditgeber können ihre Ansprüche auf einem Sekundärmarkt verkaufen. Weil der Verkauf mit einem Abschlag erfolgt, verliert der Kreditgeber einen Teil des Wertes und lernt, vorsichtiger zu sein. Die Käufer der Ansprüche können sie für Zahlungen von Gütern und Dienstleistungen verwenden, die von den Schuldnerfirmen erworben werden. Im Prinzip können solche Märkte für Sekundärschulden dazu beitragen, ohne direktes staatliches Engagement finanzielle Disziplin herzustellen und die Zahlungsrückstände zu verringern. Ihr Umfang und ihre Effektivität sind in Polen bisher jedoch begrenzt geblieben, und zwar durch hohe Transaktionskosten, durch Schwierigkeiten bei der Klärung strittiger Forderungen, durch das Zögern der Banken, zweifelhafte Kredite langjähriger Kunden zu verkaufen und durch die gesetzliche Forderung, daß die Schuldner in die Verwendung der Ansprüche als Zahlungsmittel einwilligen. Damit bleiben in Polen wie auch anderswo die konventionellen Methoden der Schuldeneintreibung die wichtigste Hilfe für geschädigte Gläubiger – nämlich der gute Ruf, informelle Verhandlungen, Durchsetzung des Kreditvertrages, Zwangsversteigerung der Sicherheiten und der Bankrott (Kapitel 5).

– ernste soziale Konsequenzen haben und die politische Opposition stärken, wenn eine Bezahlung der Arbeiter verhindert wird. In den meisten Transformationsländern werden über 95 Prozent der fälligen Steuern noch bezahlt, so daß die Funktionsfähigkeit des Steuersystems nicht in Gefahr ist. Heroische Anstrengungen zur Eintreibung von Steuern bei Unternehmen in ernstlichen Schwierigkeiten werden wohl kaum hohe zusätzliche Einnahmen erzielen. Generelle Steuererlasse sollten jedoch vermieden werden, da sie weitere Erhöhungen der Zahlungsrückstände fördern. Der Staat sollte statt dessen die Steuerrückstände durch den Einzelfall angepaßte Schuldenbereinigungsverfahren erledigen. Diese Verfahren sollten von einer verbesserten Buchhaltung und Buchprüfung begleitet werden, von einer selektiven Anwendung der Konkursöffnung sowie der Pfändung von kommerziellen Forderungen und sonstigen liquiden Vermögenswerten; hierdurch soll eine Wiederholung des Problems verhindert werden. Die schwierige Aufgabe, die noch kein Land gemeistert hat, besteht darin, ein Unterstützungssystem zu entwickeln, das die Subventionen glaubwürdig auf die schwierigsten Fälle konzentriert, wie auf notleidende Unternehmen in Städten mit nur einem einzigen Unternehmen, und darüber hinaus dafür sorgt, daß die Subventionen begrenzt und fiskalisch tragbar bleiben (Kapitel 3).

#### **Für die Zukunft: Was ist nötig, um Wachstum und Stabilität zu sichern?**

Eine kräftige Liberalisierung und Stabilisierung hilft den Reformländern, ihre ererbten Ineffizienzen und die makroökonomischen Ungleichgewichte zu korrigieren und auf einen Pfad sicheren und schnellen Wachstums einzuschwenken. Was können die Transformationsländer jedoch tun, um auf diesem Pfad zu bleiben?

##### *Erfahrungen aus dem Ausland:*

*Wähle die richtige Politik und bleibe dabei...*

Was können Reformländer von Perioden nachhaltigen, schnellen Wachstums in anderen Ländern lernen? Eine Schlüsselerfahrung lautet, daß es sowohl auf eine solide Politik als auch auf Beständigkeit ankommt. Liberale, wettbewerbsorientierte Maßnahmen schaffen das Potential für eine Steigerung des inländischen Wachstums, des Außenhandels und des Zugangs zu Finanzmitteln. Die Länder werden dieses Potential jedoch nur dann vollständig ausnutzen können, wenn sie im Zeitverlauf eine beständige Politik betreiben.

Man betrachte Westeuropa nach dem Krieg. Deutschlands schnelle Erholung und die anschließende Wachstumsexplosion sind oft als ein Wirtschaftswunder bezeichnet worden – das Wachstum des BIP belief sich im Zeitraum 1948 bis 1960 auf durchschnittlich 9 Prozent. Eine nähere Untersuchung widerlegt größtenteils diese Erklärung durch

ein Wunder. Ein Teil der sehr starken Expansion in der Anfangsperiode war auf Nachholeffekte zurückzuführen; außerdem profitierte Deutschland von der Hilfe durch den Marshallplan, vom verbesserten Humankapital infolge der Zuwanderung, der Verbesserung der Terms of Trade sowie von einem starken Wachstum der Auslandsmärkte. Aber der Schlüssel zu Deutschlands nachhaltigem schnellem Wachstum war dessen beständige, marktorientierte Wachstumsstrategie, die eine Preis- und Handelsliberalisierung, Währungsreform und Steuersenkungen umfaßte, sowie die Errichtung starker und fähiger Institutionen, wie der Bundesbank. Reformländer profitieren, ähnlich wie die etablierten Marktwirtschaften, eher von einer beständigen als einer Stop-and-go-Politik.

In Japan betrug das Wachstum im Zeitraum 1948 bis 1960 durchschnittlich 9 Prozent, in Indonesien waren es fast 7 Prozent in den Jahren 1970 bis 1993 und 8 Prozent (mit steigendem Trend) in den Jahren 1956 bis 1987 in der Republik Korea. In allen Fällen erholte sich das Wirtschaftswachstum nach einer schweren ökonomischen Krise und nahm einen neuen Aufschwung. Außer ihren großen Landwirtschaftssektoren, die als Sprungbrett für das Wachstum dienen konnten, verdankten diese Länder ihre Erfolge hauptsächlich den richtigen politischen Grundlagen. Eine gute und konsistente gesamtwirtschaftliche Lenkung, Bankenreformen zur Förderung des Sparens sowie eine starke Konzentration auf das Erziehungswesen und ein angemessenes Angebot verschiedener fachlicher Qualifikation bildeten den Rahmen für hohe und steigende private Investitionen. Und in allen schnell wachsenden asiatischen Ländern ermöglichten vorteilhafte handelspolitische Maßnahmen, daß die Ausfuhren die Hauptantriebsquelle für das Wachstum waren.

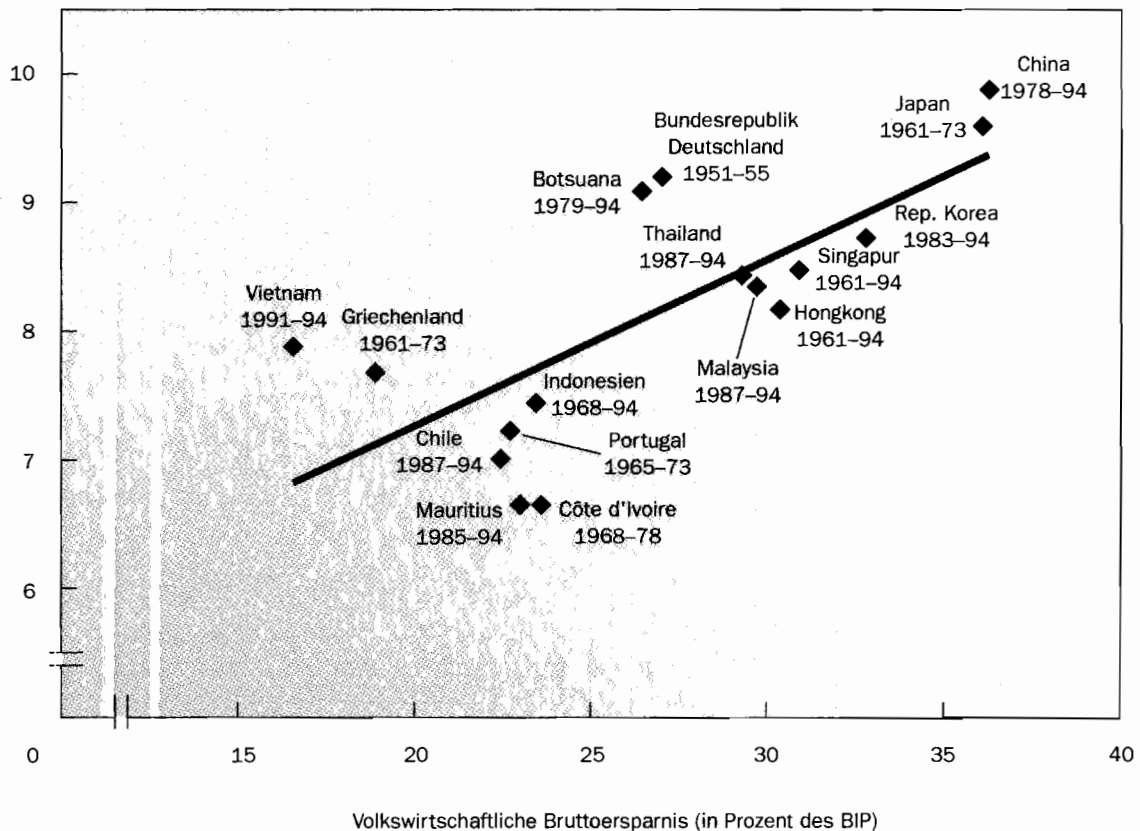
##### *... und fördere hohes Sparen und Investieren*

Wie im System der zentralen Planung allzu deutlich zutage trat, garantieren hohe Investitionen allein noch kein schnelles Wachstum. Die Struktur und Qualität der Investitionen sowie das Humankapital und das technische Wissen sind ebenso entscheidend. Jedoch ist auf der ganzen Welt ein dauerhaftes, schnelles Wachstum mit außergewöhnlich hohen Spar- und Investitionsquoten Hand in Hand gegangen. Die Ersparnis belief sich in Perioden starken Wachstums durchschnittlich auf mindestens 25 Prozent des BIP und die Investitionen auf mindestens 30 Prozent (Schaubild 2.8). In den MOE- und NIS-Ländern sind gegenwärtig weder die Kapitalbildungsquote noch die Rentabilität der Investitionen angemessen, um ein rasches langfristiges Wachstum aufrechtzuerhalten. In den MOE-Ländern belief sich 1994 die Ersparnis auf durchschnittlich rund 15 Prozent des BIP, und die Investitionen lagen bei 17 bis 18 Prozent; die durchschnittlichen Spar- und Investitionsquoten in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion betrugen knapp

**Ein dauerhaftes, rasches Wachstum hängt von hohen Sparquoten ab.**

**Schaubild 2.8** Sparquoten und BIP-Wachstum in Perioden hohen Wachstums in ausgewählten Ländern

BIP-Wachstum (in Prozent pro Jahr)



Anmerkung: Die Angaben sind Jahresdurchschnitte für die jeweiligen Perioden.  
Quelle: IWF, verschiedene Jahre (c); amtliche Angaben; Schätzungen der Weltbank.

20 Prozent. Die Kapitalproduktivität, die in beiden Regionen historisch sehr niedrig war, hat sich in letzter Zeit in den führenden Reformländern zu erholen begonnen, doch werden anhaltende Verbesserungen für ein dauerhaftes Wachstum entscheidend sein.

Im Gegensatz dazu nähern sich die Spar- und Investitionsquoten in China jetzt einem sehr hohen Niveau und steigen von einem bereits erreichten respektablen Stand in Vietnam noch weiter an. In den kommenden Jahren werden die Produktivitätsgewinne eine zunehmend wichtige Wachstumsquelle werden, vor allem in China, wo die Spar- und damit die Investitionsquoten mittelfristig wahrschein-

lich sinken werden. Angesichts des schrumpfenden Spielraumes für Produktivitätsverbesserungen durch weitere Umschichtungen der Ressourcen wird die Verwirklichung dieser Gewinne zunehmend von einer Ausweitung der Reformen im Unternehmens- und Finanzsektor abhängen, wodurch die Effizienz auf der Ebene der Betriebe und Industriesektoren gesteigert wird. Diese Reformen dürften auch Veränderungen bei den Eigentumsverhältnissen und der Allokation der Investitionen umfassen. In China ist beispielsweise die Gesamtproduktivität im nichtstaatlichen Sektor um 4 bis 5 Prozent pro Jahr gestiegen, mehr als doppelt so stark wie im Staatssektor, der noch immer den

Hauptteil der Investitionskredite vereinnahmt. Es wäre für die Regierung vorteilhaft, aus dem gegenwärtig hohen Wirtschaftswachstum den größtmöglichen Nutzen zu ziehen, um so die schwierigen, aber notwendigen Reformen im Staatssektor durchführen zu können.

Welche Rolle spielen dabei die Auslandsersparnisse und -investitionen? Hohe Investitionen können eine Zeitlang vom Ausland finanziert werden, aber langfristig werden sie überwiegend durch inländische Ersparnisse fundiert. Dies ist eine Folge des Heimvorteils inländischer Spar- und Investitionsentscheidungen, der begrenzten internationalen Kapitalmobilität, der dominierenden Rolle der einbehaltenen Gewinne zur Finanzierung der gewerblichen Investitionen (die den Großteil der privaten Investitionen in den Industrieländern ausmachen) sowie der von den internationalen Kapitalmärkten ausgehenden Kreditbeschränkungen. In den Reformländern ist angesichts ihrer schwachen inländischen Kapitalmärkte und ihrer noch immer unzulänglichen Kreditwürdigkeit eine Förderung der inländischen Ersparnis besonders wichtig. Auslandsinvestitionen können, ungeachtet ihrer zahlreichen Vorteile, kein Ersatz für inländische Investitionen sein.

Wie kann der Staat Ersparnis und effektive Investitionen im Inland fördern? Entscheidend sind die Verringerung wirtschaftlicher Unsicherheit und die Beendigung der Kapitalflucht, und beides erfordert vor allem die Sicherung der makroökonomischen Stabilität. Ausschlaggebend ist eine Finanzreform: Höheres staatliches Sparen durch eine Reduzierung der Staatsdefizite und der Staatsausgaben steigert direkt die Gesamtersparnis und bedeutet eine geringere Verdrängung privater Investitionen. Dies ist vor allem in solchen Transformationsländern wichtig, wo der Staatsanteil noch groß ist (wie in den Visegrad-Ländern; siehe Kapitel 7) oder wo der Staat eine lockere Finanzpolitik betrieben hat (wie in Bulgarien und Tadschikistan). Ein liberales Wechselkursregime und marktbestimmte Zinsen sind ebenfalls wichtig, genauso wie solide und stabile rechtliche, bankmäßige und staatliche Institutionen. Fortschritte in dieser Richtung, insbesondere beim letzten Punkt, werden für Reformländer schwierig zu erreichen sein – sogar in Ostdeutschland, wo die westdeutschen Institutionen insgesamt übernommen worden sind, bezeichnen die Betriebe die rechtlichen Unsicherheiten und Verwaltungsprobleme als die Haupthindernisse für Investitionen.

Eine kluge Finanzpolitik stützt das Wachstum auch dadurch, daß der Staat darin gehindert wird, eine untragbar hohe Schuldenlast aufzutürmen. Die meisten MOE- und NIS-Länder, mit den erwähnenswerten Ausnahmen Bulgarien, Polen, Rußland und Ungarn, begannen mit niedrigen Schulden, doch viele haben seitdem hohe Finanzdefizite aufgebaut, was zu einem starken Anstieg der Staatsschulden führte. Die langfristigen Kosten dafür, daß der Staat über seine Verhältnisse lebt, werden im Falle Ungarns gut sicht-

bar, das unter den Transformationsländern die höchsten Auslandsschulden pro Kopf hat. Anders als einige weitere hochverschuldete Reformländer hat Ungarn kontinuierlich seine Auslandsschulden bedient, ohne eine Schuldensenkung oder Umschuldung. Die Tilgungen und die Zinszahlungen wurden weitgehend durch eine höhere Verschuldung, sowohl im Inland als auch im Ausland, finanziert, mit dem Resultat eines schnellen Anstiegs der Staatsschulden. Die Finanzierung dieser Schulden wurde jedoch sehr teuer. Hohe und steigende Zinszahlungen gingen zunehmend zu Lasten anderer Staatsausgaben, weil die Einnahmen auf dem erreichten Niveau verharrten, die Haushaltsdefizite aber verringert werden mußten, um die Schuldenlast erträglich zu machen. Die Regierung hat deshalb entschieden, einen Teil der einmaligen Einnahmen aus den Privatisierungen (des Jahres 1995 zur teilweisen Tilgung der hochverzinslichen Inlandsschulden zu verwenden. Dies dürfte sich sicher als eine gute Investition in die Zukunft erweisen.

#### *Wie lange wird es dauern, um aufzuschließen?*

Im frühen Nachkriegsdeutschland herrschte die Meinung, daß es Jahrzehnte dauern würde, bevor der Durchschnittsbürger ein zweites Paar Schuhe besäße. Es dauerte fünf Jahre. Als Deutschland vereinigt wurde, versprachen die Politiker und hofften die Menschen, daß die östlichen Bundesländer ihre westlichen Partner in weniger als fünf Jahren einholen würden. Nach allen Berechnungen wird es viel länger dauern. Wie lange wird es also in den fortgeschrittenen mittel- und osteuropäischen und den baltischen Reformländern dauern, bis Einkommensniveaus erreicht werden, die mit denen in den europäischen Marktwirtschaften vergleichbar sind? Und wie lange werden die meisten der NIS-Länder, China und Vietnam brauchen, um die Schwellenländer Ostasiens einzuholen?

Rechnungen über die Aufholdauer, mit all ihren Einschränkungen, bieten eine ernüchternde Perspektive hinsichtlich der Größe der kommenden Aufgaben. Für China weisen sie darauf hin, daß über fünf bis sechs Jahre hinweg ein Wachstum mit den gegenwärtigen Zuwachsraten nötig ist, um das aktuelle Einkommensniveau in Indonesien zu erreichen, und zwischen zehn und fünfzehn Jahren, um an dasjenige Thailands heranzukommen. Für die Visegrad-Staaten und Slowenien lassen sie darauf schließen, daß etwa zwanzig weitere Jahre mit den gegenwärtigen Wachstumsraten erforderlich wären, um das durchschnittliche Einkommensniveau der EU-Länder im Jahre 1994 zu erreichen. Ein Aufschließen zu den aktuellen Durchschnittseinkommen der EU würde ein viel schnelleres Wachstum erfordern (rund 8 Prozent pro Jahr) oder erheblich länger dauern (rund vierzig statt zwanzig Jahre). Die meisten Schätzungen auf Basis der aktuellen Verhältnisse in Deutschland rechnen mit einer Aufholperiode für Ostdeutschland von zehn bis zwanzig Jahren; selbstverständ-

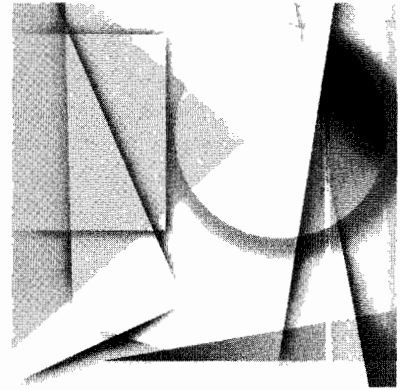
lich würde die Aufholdauer für die MOE- und NIS-Länder länger sein, denn ihnen fehlen Ostdeutschlands günstige Ausgangsbedingungen und der „reiche Bruder“. Eine neuere empirische Arbeit bewertet die Aussichten auf ein schnelleres Aufholen der mittel- und osteuropäischen Länder mit Hilfe dauerhaft hoher Wachstumsraten. Um dieses Szenario Wirklichkeit werden zu lassen, müßten die MOE-Länder in stärkerem Maße marktorientierte finanzpolitische Maßnahmen ergreifen, wie niedrigere marginale Steuersätze und geringere laufende Staatsausgaben, sie müßten die staatlich finanzierten Pensionen einer Überprüfung unterziehen (Kapitel 4) und Anstrengungen zur Stärkung der staatlichen Investitionen auf sich nehmen – zusätzlich zur Vervollständigung der Reformen im Unternehmens- und Finanzsektor (siehe Kapitel 3 und 6).

#### **Was bleibt zu tun?**

Die klare Lehre aus den Transformationsprozessen in Europa und Asien lautet: Länder, die die Märkte liberalisieren und das wirtschaftliche Wachstum stabilisieren, werden mit einem aufblühenden oder beschleunigten Wachstum der Wirtschaftsleistung und der Produktivität belohnt. Chinas divergierende Ausgangsbedingungen und die starken makroökonomischen Kontrollen ermöglichten es dem Land,

einen mehr graduellen und stufenweisen Weg des Übergangs zu wählen. Die Hauptfaktoren für das schnelle Wachstum in China waren jedoch die gleichen wie in den erfolgreichen MOE- und NIS-Ländern: Der schnelle Marktzugang von neuen Unternehmen, auch im Dienstleistungssektor, und die Steigerung der Exporte. Chinas wichtigste Herausforderung für die Zukunft liegt darin, die großen potentiellen Effizienzgewinne aus den weiteren Unternehmens- und Bankenreformen zu nützen und es zu ermöglichen, daß die Mittel, die bei fortschreitenden Reformen wegen des sinkenden Angebots an kostengünstigen Ersparnissen zurückgehen, in produktivere Sektoren umgeleitet werden. Fortgeschrittene Reformländer in Mittel- und Osteuropa und unter den NIS-Ländern müssen ihre Gewinne ebenfalls konsolidieren, und zwar mittels einer stetigen, soliden makroökonomischen Politik; und sie müssen höhere Ersparnisse und Investitionen durch die Verhinderung einer Überregulierung fördern sowie durch die Verschlinkung und Umstrukturierung des Staatssektors. Weniger fortgeschrittene Reformländer sehen sich der noch dringenderen Aufgabe gegenüber, ihre Volkswirtschaften von der gesamtwirtschaftlichen Instabilität und den verbleibenden staatlichen Kontrollen zu befreien, die den Aufschwung erschweren.

# Eigentumsrechte und Unternehmens- reform



Das Herzstück des Transformationsprozesses bildet eine Änderung der Anreizsysteme, nichts ist für die Manager der Betriebe wichtiger. Die Manager in zentralgeplanten Volkswirtschaften sahen sich verzerrten Leistungsanreizen gegenüber, die früher oder später zu unzulänglichen Betriebsergebnissen führten. Der Übergangsprozeß erfordert Veränderungen, die die finanzielle Disziplin einführen, den Markteintritt neuer Firmen fördern, das Ausscheiden nicht lebensfähiger Unternehmen beschleunigen und den Wettbewerb steigern. Diese Stimuli müssen umgestaltet werden, auch in Staatsbetrieben. Ein Wechsel der Eigentumsrechte ist für einen großen Bereich der Wirtschaft ebenfalls wichtig, vorzugsweise zugunsten des Privateigentums. Wenn die Märkte einmal liberalisiert worden sind, kann der Staat nicht unbegrenzt große Teile einer dynamischen, sich verändernden Wirtschaft kontrollieren. Dezentralisierte Eigentumsverhältnisse sind der beste Weg zur Erhöhung des Wettbewerbs und zur Leistungssteigerung.

Es gibt zwei Wege, eine Wirtschaft mit dominantem Privatsektor zu schaffen: die Privatisierung des vorhandenen Staatsvermögens und den Markteintritt neuer privater Unternehmen. Beide Wege sind gleich wichtig. Neue Privatbetriebe, angetrieben durch die Liberalisierung, erwirtschaften rasch Erträge und können selbst eine ganze Menge bewirken; die Masse des Staatsvermögens in den Reformländern macht jedoch einen gewissen Grad an Privatisierung unausweichlich.

Die Frage lautet nicht nur, wieviel privatisiert werden soll, sondern wie und wann. Alle Reformländer haben Probleme mit der Leitung staatseigener Betriebe. In einigen Ländern können marktorientierte Reformen ohne eine massive Veränderung der Eigentumsverhältnisse Verbesse-

rungen bewirken, auch wenn diese längerfristig nur schwer aufrechterhalten werden können. In anderen Ländern ist eine schnelle und umfassende Privatisierung der einzig gangbare Weg. Alle Länder stehen jedoch vor einem Dilemma: Eine nicht korrekt durchgeführte Privatisierung kann negative Resultate zur Folge haben. Ist eine „schlechte“ Privatisierung dann besser als gar keine? Es gibt darauf keine einfache Antwort; es hängt ab von der Stärke des Staates und der Kapazität seiner Verwaltungen. Das Dilemma entsteht nicht überall: Kleinere Staatsvermögen sind leicht zu privatisieren, und die Ergebnisse sind im allgemeinen gut. Größere Transaktionen sind jedoch in beiderlei Hinsicht problematischer, und die Zielkonflikte zwischen unterschiedlichen Mitteln und Zwecken der Privatisierung dieser Vermögen sind kompliziert und hochgradig politisch. Einige Formen von Eigentumsverhältnissen, die als erste mittels Privatisierung geschaffen worden sind, sollten und werden nicht von Dauer sein. Privatisierung sollte deshalb nicht als eine einmalige Transformation angesehen werden, sondern als Beginn eines Prozesses der Umgestaltung der Eigentumsrechte, der sich im Zeitverlauf ändert und den Erfordernissen der Marktwirtschaft anpaßt.

## Die Hinterlassenschaft der zentralen Planung

Die Hauptaufgabe des „sozialistischen Betriebes“ – entwickelt in der Sowjetunion und später in allen Reformländern nachgeahmt – bestand darin, die von den zentralen Planstellen festgelegten mengenmäßigen Produktionsvorgaben einzuhalten. Unter der zentralen Planung legten die Betriebe kein Gewicht auf Gewinne, Qualität, Angebotsvielfalt oder Kundendienst, geschweige denn auf Innovationen. Sie waren vor Wettbewerbsdruck geschützt und operierten in Mangelwirtschaften, wo alles, was sie produzierten, sofort



weggeschnappt wurde. Die leitenden Direktoren, von denen die meisten Fertigungsingenieure waren, wurden mehr nach dem Ausstoß als nach der Zufriedenheit der Kunden beurteilt. Finanzieller Erfolg war irrelevant, weil Gewinne und Verluste zwischen den Betrieben umverteilt wurden. Angesichts einer fehlenden Grundlinie bekämpften die Direktoren die häufigen Versorgungsengpässe auf der Inputseite durch das Horten von Arbeitskräften und Vorräten. Der Plan teilte die Produktionsziele, die Vorleistungen und die Investitionen zu. Er legte typischerweise das Hauptgewicht auf die Schwerindustrie, den Energiesektor und die Investitionsgüterindustrie, auf Kosten der Konsumgüter und Dienstleistungen.

Eine Zeitlang stimulierte die Kombination von massiven Investitionen und ideologischem Engagement in vielen zentralgeplanten Volkswirtschaften das industrielle Wachstum. Ende der fünfziger Jahre wurde jedoch die sinkende Produktivität in der Sowjetunion offensichtlicher (siehe Schaubild 1 in der Einführung). Auch in den Staatsunternehmen Chinas hinkte die Produktivität hinterher; das Produktionswachstum der sechziger und siebziger Jahre hing von umfangreichen Investitionen ab. Viele Länder – wie in der Vergangenheit Jugoslawien, Polen, die Sowjetunion und Ungarn und heute noch China und Vietnam – versuchten, die Leistungsfähigkeit der Betriebe zu verbessern, ohne auf Privatisierungen zurückzugreifen. Der „Reformsozialismus“ zielte darauf ab, die Entscheidungsfindung auf die Unternehmensebene zu dezentralisieren und Leistungsanreize zur Verbesserung der technischen und finanziellen Ergebnisse zu schaffen. Derartige Reformen erreichten oft vorübergehende Produktivitätsverbesserungen, aber die Sowjetunion und alle MOE-Länder erlitten am Ende Rückschläge. Wie oben erwähnt, sind auch die chinesischen Funktionäre heute keineswegs mit den Ergebnissen ihrer Unternehmensreformprogramme zufrieden. Tiefergehende Reformen waren erforderlich, um den Wettbewerb zu steigern, finanzielle Disziplin zu erzwingen und die Kapitalmärkte zu öffnen – das heißt, um die Unternehmen und deren Anreizsysteme grundlegend neu zu orientieren. Eine durchgreifende Reform war auch im Agrarsektor erforderlich, der besonders durch ineffiziente Strukturen und verzerrte Leistungsanreize belastet war. In den ostasiatischen Planwirtschaften waren die Struktur der Landwirtschaft und ihre Probleme jedoch ziemlich verschieden von denen in den MOE-Ländern und den Ländern der ehemaligen Sowjetunion, wie später in diesem Kapitel erörtert wird.

### **Der erste Schritt: Finanzielle Disziplin erzwingen und den Wettbewerb fördern**

Der erste Schritt im Transformationsprozeß ist der Wechsel von der zentralen Planung der Transferzahlungen und Subventionen zu einem System, das Risiken zuläßt, finanzielle Disziplin gewährleistet und kräftige, gewinnorientierte Lei-

stungsanreize schafft. Dazu ist es nötig, die Märkte dem Wettbewerb zu öffnen und direkte staatliche Subventionszahlungen scharf zu beschneiden. Es ist auch erforderlich, zwei andere Polster zu beseitigen: Bankkredite zu günstigen Konditionen und Zahlungsrückstände gegenüber dem Staat für Steuern, Zölle und Sozialversicherungsbeiträge (siehe Kapitel 2). Zahlungsrückstände der Unternehmen untereinander sind eine andere Form der weichen Finanzierung. Einige Regierungen haben umfassende Programme zur Saldierung und Verrechnung dieser Rückstände eingeführt, aber der beste Rat ist, die Marktkräfte das Problem lösen zu lassen (siehe Sonderbeitrag 2.7).

### *Finanzielle Disziplin beschleunigt die Umstrukturierung ungeachtet der Eigentumsverhältnisse*

Umfangreiche empirische Belege aus den MOE-Ländern und anderen Regionen deuten darauf hin, daß die meisten Betriebe, seien es staatseigene oder private – oder ein Zwischending, wie im Falle der „nichtstaatlichen“ Unternehmen in China (siehe Sonderbeitrag 3.4) – Anstrengungen zur Umstrukturierung einleiten, wenn ihre Rettungswege geschlossen werden und der Wettbewerb zunimmt. Schrumpfende Subventionen haben gemeinsam mit offeneren Märkten überall zu Personalabbau, sinkenden Reallöhnen oder einer Kombination aus beidem geführt. Beispielsweise verringerten in den Jahren von 1989 bis 1993 die 150 bis 200 größten Betriebe in der Tschechischen Republik, Ungarn und Polen ihre Belegschaften um 32, 47 beziehungsweise 33 Prozent, weil ihre Umsätze im Durchschnitt um 40 bis 60 Prozent gesunken waren. Über den Personalabbau hinaus haben die weiter vorangeschrittenen Reformbetriebe auch in großem Umfang überhöhte Lagerbestände und überschüssige Vermögensbestände verkauft. Beispielsweise bildeten Tausende von Lastwagen, die von Staatsbetrieben verkauft wurden, die Basis für Polens große private Transportflotte. Unternehmen, die finanzieller Disziplin unterworfen wurden, sind energischer in der Eintreibung der Forderungen, stellen eine engere Verbindung zwischen Rentabilität und Investitionen her und lassen eine Umorientierung bei den Zielsetzungen erkennen, nämlich weg von Produktionszielen und hin zur Gewinnorientierung. Die Transformation zwingt die Manager, erstmals das Augenmerk auf Vermarktung und Produktqualität zu legen.

Ob sich die Unternehmen tatsächlich anpassen, wird deshalb von der Politik der Regierung und vor allem von der Glaubwürdigkeit des staatlichen Reformengagements abhängen. Eine energische und glaubwürdige makroökonomische Stabilisierung in Polen und in der Tschechischen Republik förderte beispielsweise in vielen Betrieben die Anpassung. Die Subventionen Polens an Unternehmen und Haushalte schrumpften rasch, von über 16 Prozent des BIP im Jahre 1986 auf 5 Prozent im Jahre 1992. Die 1990 befragten polnischen Manager zweifelten nicht daran, daß ihre



### Sonderbeitrag 3.1 Innovative Konzepte für von Gläubigern geführte Umstrukturierungen in Ungarn und Polen

Wer sollte Problembetriebe in den Reformländern umstrukturieren? In etablierten Marktwirtschaften sind die Gläubiger wichtige Initiatoren der Umstrukturierung. Wenn Gläubiger diese Rolle übernehmen, dann haben sie finanzielle Anreize und die passenden Informationen, sie sind mit starken Rechtspositionen bei der Einziehung von Forderungen, bei Konzepten für den Schuldenabbau und bei der Liquidation ausgestattet.

Polen und Ungarn reformieren ihre Bankensektoren mit Hilfe von Gläubiger-geführten Sanierungsprogrammen, um zur beschleunigten Umstrukturierung der Betriebe beizutragen. Im Jahre 1993 setzte Polen einen von Banken geführten „Schlichtungsprozeß“ ein, der die Banken ermächtigte, mit Problemschuldnern Sanierungsvereinbarungen auszuarbeiten. Eine Vereinbarung mit Gläubigern, die mehr als die Hälfte des Wertes der ausstehenden Schulden halten, reicht aus, um alle Gläubiger zu binden. Über 400 derartige Vereinbarungen wurden erfolgreich ausgehandelt, in die vor allem die neun großen Geschäftsbanken und große Staatsbetriebe einbezogen waren.

Ungarn verfolgt einen etwas anderen Weg. Das Konkursrecht von 1992 forderte, daß Manager von Betrieben, die mit dem Schuldendienst neunzig Tage oder länger in Verzug waren, einen Antrag auf Umorganisation oder auf Liquidation vorzulegen hatten. Diejenigen Manager, die sich für den ersten Weg entschieden, behielten ihre Position und hatten das Recht, als erste den Gläubigern einen Plan zur Umorganisation vorzulegen. Wenn die Gläubiger ihn nicht einstimmig annahmen, wurde der Betrieb liquidiert. Das Gesetz führte in den Jahren 1992 und 1993 zu 22.000 Antragsvorlagen – mit 17.000 Liquidationen und 5.000 Umorganisationen. Das Gesetz wurde Ende 1993 geändert, um den automatischen Auslösungsmechanismus der 90-Tage-Frist abzuschaffen und die erforderliche Zustimmung der Gläubiger auf zwei Drittel der ausstehenden Forderungen zu verringern.

Die zwei Konzepte haben vieles gemeinsam. Beide verlangen, daß die Betriebsleitung einen Umorganisationsplan vorlegt (der sowohl die finanziellen als auch die betrieblichen Bedingungen enthalten sollte), über den die Gläubiger verhandeln und abstimmen müssen, und der Plan ist für die Gläubiger mit abweichender Meinung bindend, wenn genügend andere Gläubiger

ihm zustimmen. Beide Konzepte stützen sich auf dezentralisierte Verhandlungen. Obwohl die Umorganisation in Ungarn mit einer Gerichtsvorlage beginnt, sind die Gerichte danach relativ wenig involviert. Das polnische Verfahren findet außergerichtlich statt, obwohl die Gerichte bei der Genehmigung der endgültigen Vereinbarungen oder bei der Verhandlung über Berufungen eingeschaltet werden können.

Die neuen Gesetze hatten in beiden Ländern einen beträchtlichen Einfluß. Die ungarischen Umorganisationen sind überraschend schnell abgeschlossen worden, wobei über 90 Prozent der Vorlagen in den Jahren 1992/1993 in diesem Zeitraum abschließend behandelt wurden. Die Liquidationen dauern weit länger; die Mehrzahl der Fälle aus den Jahren 1992 und 1993 ist noch anhängig. Starke Betriebe dürften eher in die Umorganisation eintreten und daraus erfolgreich hervorgehen, während schwache Betriebe bei der Umorganisation wohl eher scheitern oder direkt einen Antrag auf Liquidation stellen werden. Dasselbe gilt für Polen: Betriebe, die in die Schiedsverfahren eintreten, haben höhere durchschnittliche Betriebsgewinne als Betriebe, die den Konkurs oder die Liquidation einleiten. Ebenso wichtig ist, daß beide Verfahren bei den Banken den Aufbau entscheidender Einrichtungen förderten (insbesondere der Abteilungen für die Schuldenabwicklung), und das ungarische System hat dazu beigetragen, die Leistungsfähigkeit der Gerichte und die Fähigkeit der Konkursverwalter zu entwickeln.

Es gibt jedoch noch viel Raum für Verbesserungen. Unzureichende Deckungsbestimmungen (siehe Kapitel 5), schlechte Finanzierungsinformationen und (besonders in Ungarn) wiederholte Refinanzierungen durch die Banken haben die Anreize für die Gläubiger vermindert, die neuen Verfahren zu nutzen und die Betriebe zu strikter finanzieller Disziplin zu zwingen. Die Umorganisationspläne, die sich aus den Reformen entwickeln, haben Erleichterungen beim Schuldendienst gebracht, sie enthalten aber nur wenige oder keine Bedingungen für eine betriebliche Umstrukturierung. Obwohl sie ein guter Anfang sind, wird es noch einige Zeit dauern, bevor die neuen Ansätze so viele Gläubiger-geführte Umstrukturierungsprozesse in Gang bringen, wie es bei den entsprechenden Konzepten in etablierten Marktwirtschaften der Fall ist.

Betriebe schließen würden, wenn es ihnen nicht gelänge, sie wettbewerbsfähig zu machen – und in der Tat waren viele polnische Staatsbetriebe, die noch im Jahr 1989 existierten, bis Ende 1995 verschwunden. Die Banken hatten noch gro-

ße und ziemlich einseitige Portefeuilles an zweifelhaften Krediten, aber 1993 begann das Aufräumen, und zwar mittels einer Kombination von Unternehmensliquidationen, Schuldenverkauf und einer neuen, von den Banken ange-

führten Vermittlungsrunde (Sonderbeitrag 3.1). Steuerrückstände bleiben jedoch ein Problem. In Polen, wie anderswo, erwiesen sich diese als die am schwersten zu beseitigenden „Subventionen“, zum Teil deshalb, weil die Finanzverwaltung unzulänglich ist (siehe Kapitel 7).

Die russischen Reformen waren zwar umfangreich, aber weder ebenso zusammenhängend noch ebenso glaubwürdig. Die gesamten Subventionen der Föderation an die Unternehmen (einschließlich der zugeteilten Kredite) sanken von 32 Prozent des BIP im Jahre 1992 auf etwa 6 Prozent 1994, doch die Steuerrückstände und Ad-hoc-Steuerbefreiungen stiegen beträchtlich. Auch die Subventionen der örtlichen Regierungsstellen an die Unternehmen haben zugenommen. Die russischen Betriebe haben mit der Anpassung begonnen, aber weniger als die Betriebe in Mitteleuropa und außerdem in einer etwas anderen Art und Weise. Offizielle Entlassungen waren seltener. Die Beschäftigten bleiben auf der Lohnliste und erhalten weiterhin Vergünstigungen, aber sie haben erhebliche Kürzungen bei der Arbeitszeit und bei den Barvergütungen hingenommen, und sie sind in zunehmendem Maße in informelle Aktivitäten übergewechselt (siehe Kapitel 4).

Die Regierungen in den Planwirtschaften Ostasiens gingen das Problem anders an, aber auch dort sind die Reformen manchmal radikal gewesen. Vietnam leitete 1989 schnelle und weitreichende Reformen für seine Staatsbetriebe ein. Die Regierung strich alle Subventionen aus dem Haushalt, reduzierte die Zahl der Betriebe um 5.000 (von denen 3.000 mit anderen Staatsbetrieben zusammengelegt, aber 2.000 tatsächlich geschlossen wurden) und setzte einige Staatsbetriebe einem eingeschränkten Wettbewerb mit dem neuen Privatsektor aus. Fast 900.000 Arbeitnehmer (ein Drittel der Gesamtzahl) wurden entlassen, ohne irgendeine Aussicht auf einen anderen Arbeitsplatz im öffentlichen Sektor. In Reaktion auf diesen drastischen Eingriff erhöhte sich die Produktion der Staatsbetriebe, und die Einnahmen der Unternehmen stiegen in nur drei Jahren von 6 Prozent auf 11 Prozent des BIP. Staatliche Unternehmen – eine Kategorie, die auch Joint-ventures mit privaten ausländischen oder heimischen Partnern umfaßt – erzielten nun etwa die Hälfte der gesamten Staatseinnahmen. Die Manager und Arbeiter machten diese schnelle Reform aus drei Gründen mit: Die Betriebe können ihre Gewinne nach Steuern einbehalten und verteilen einen Großteil davon als Bonuszahlungen und in Form höherer Löhne; die meisten der entlassenen Arbeiter wurden vom rasch wachsenden Privatsektor aufgenommen; die Staatsbetriebe hatten nie umfangreiche Sozialleistungen bereitgestellt. Im Gegensatz zu den meisten MOE-Ländern und den Ländern der ehemaligen Sowjetunion werden Vietnams Staatsbetriebe jedoch nach wie vor durch eine Anzahl von protektionistischen und verzerrenden Maßnahmen begünstigt (beispielsweise durch Devisenkontrollen und durch die Grunderwerbspolitik),

die einen freien Marktzugang und ein freies Spiel des Wettbewerbs behindern und die Staatsbetriebe zu kapitalintensiver Produktion verleiten.

China hat keine derartig drastischen Schritte eingeleitet, um den Subventionsfluß zu den staatseigenen Betrieben zu stoppen, die Funktionäre sind aber in zunehmendem Maße über die schlechten Ergebnisse des Staatssektors im Vergleich zum nichtstaatlichen Sektor besorgt. Die Staatsunternehmen spielen in China weiterhin eine wichtige finanzielle und wirtschaftliche Rolle. Obwohl ihr Anteil an der Industrieproduktion seit den frühen achtziger Jahren beträchtlich gesunken ist, entfielen auf sie 1994 nach wie vor drei Viertel der Investitionen und 70 Prozent der Bankkredite. Die Bemühungen zur Steigerung der Leistungsfähigkeit der Staatsunternehmen konzentrierten sich auf die Verbesserung der Unternehmensführung und des Managements, und zwar durch Verträge mit den leitenden Direktoren, durch neue Buchführungsstandards, die Verlagerung der Überwachungsaufsicht auf die Provinzen, Leasing, die Bildung von Kapitalgesellschaften und den Verkauf von Minderheitsbeteiligungen an inländischen und ausländischen Börsen. Hunderte von kleineren, unrentablen Staatsunternehmen wurden geschlossen oder mit anderen Betrieben zusammengelegt. Die Effizienz einiger Staatsunternehmen ist gestiegen, wenngleich um das Wieviel heiß diskutiert wird. Unbestritten ist jedoch, daß die Vorteile dort am größten waren, wo die Unternehmen dem Wettbewerb und den Leistungsanreizen des Marktes am stärksten ausgesetzt wurden.

Die Zahl der unrentabel arbeitenden Staatsunternehmen ist in China jedoch generell stetig gestiegen, weil diese Betriebe zu viel investieren und zu wenig verdienen. Sie haben drückende Probleme mit überhöhten Beschäftigtenzahlen, nichtfundierte Pensionsansprüche und sozialen Verpflichtungen, die sie nicht erfüllen können. 40 Prozent der Staatsbetriebe meldeten 1995 Verluste, obwohl sie für ihre aufgenommenen Kredite Zinssätze zahlen, die klar unter der Inflationsrate liegen. Die Verluste könnten als Indiz für den Fortschritt gelten, wenn sie die Folge einer erhöhten finanziellen Disziplin wären. Verluste können aber nicht unbegrenzt hingenommen werden; wer dauerhaft Geld verliert, muß zur Umstrukturierung oder Schließung gezwungen werden. Die Häufigkeit, mit der die Regierung neue Programme zur Reform der Staatsunternehmen angekündigt hat, zeigt, wie schwierig die Reform tatsächlich ist. Das überrascht nicht; eine Fülle internationaler Beispiele, aus so unterschiedlichen Volkswirtschaften wie Japan, Neuseeland, Pakistan und der Republik Korea deutet darauf hin, daß sich die Leistungen von Staatsbetrieben in der Tat verbessern lassen; die Verbesserungen sind jedoch nur schwer zu erreichen, und sie auf Dauer zu sichern ist noch schwieriger.

Insgesamt lautet eine der wichtigsten Lehren, die bis jetzt aus dem Transformationsprozeß gezogen werden kön-

nen, daß die Durchsetzung finanzieller Disziplin und die Förderung des Wettbewerbs die Umstrukturierung der Unternehmen begünstigen, und zwar ungeachtet der Eigentumsverhältnisse. Viele Betriebe bleiben jedoch in den Anfangsphasen stecken. Die meisten Anpassungen beinhalten eine Verringerung – der Produktion, der Beschäftigung und der Vermögenswerte. Die Manager waren „überlebensorientiert“; wie wendige Manager überall, haben sie sich auf die Erhaltung des Cash-Flow konzentriert. Es wird einige Zeit brauchen und in vielen Fällen eine Klärung und Neuverteilung der Eigentumsrechte erfordern, um von dieser defensiven Ausrichtung zu einem tiefgreifenden, strategischen Strukturwandel zu kommen, der neue und innovative Unternehmensstrategien und Investitionen umfaßt.

*Direkte staatliche Intervention: verlockend, aber riskant*

Zusätzlich zu – oder oft auch anstelle von – Maßnahmen zur Einführung des Wettbewerbs und Steigerung der finanziellen Disziplin intervenieren die Regierungen einiger Reformländer direkt, um zielorientierte, von oben nach unten gerichtete Programme zur Unternehmensumstrukturierung durchzuführen. Das Problem liegt hier nicht bei der fast überall verbreiteten Praxis eines teilweisen oder vollständigen staatlichen Eigentums an bestimmten Betrieben aus dem Bereich der industriellen Infrastruktur mit Charakteristiken eines natürlichen Monopols. Interventionen in diesen Sektoren von seiten der Transformationsländer entsprechen im allgemeinen denen in den marktwirtschaftlichen Industrieländern, und in manchen Fällen sind sie ihnen sogar voraus: Beispielsweise haben Estland und Ungarn versucht, die neuen Chancen für ein Engagement des privaten Sektors bei der Bereitstellung von Infrastrukturleistungen zu nutzen. Mehr Anlaß zur Besorgnis bieten Fälle, wo der Staat seinen Einflußbereich weit über Infrastruktur-Betriebe hinaus ausdehnt, um sich in der sogenannten Industriepolitik zu engagieren, mit der Begründung, daß der Transformationsprozeß die direkte staatliche Intervention rechtfertigt, um den staatlichen oder privaten Industriebetrieben die erforderliche Zeit, den Schutz und die Mittel zur Erlangung der Wettbewerbsfähigkeit zu bieten.

Verfechter dieser Politik behaupten, daß ohne staatliche Steuerung und Hilfestellung viele sehr entwicklungsfähige Betriebe und Tausende von Arbeitsplätzen durch das unvollkommene Funktionieren halbentwickelter Märkte vernichtet werden könnten. In einigen Fällen besteht das ausdrückliche Ziel darin, die Leistungsfähigkeit zu erhöhen, ohne das staatliche Eigentumsrecht zu verändern. Bei privaten (in der Regel privatisierten) Betrieben ist die typische Zielsetzung, Gesellschaften mit guten Perspektiven auszuwählen und deren Überlebenschancen zu erhöhen. Die vorgeschlagenen Interventionen umfassen die unentgeltliche oder subventionierte technische Hilfe bei der Erstellung

von Geschäftsplänen und bankfähigen Projekten, die Ausbildung des Managements, Kredite zu niedrigeren als den Marktzinsen, Schuldenerlaß und Schutz vor Importkonkurrenz. Ähnliche Maßnahmen werden mit den guten Erfolgen in verschiedenen asiatischen Volkswirtschaften mit hohen Wachstumsraten in Verbindung gebracht, und es ist für Funktionäre und Beobachter in den rezessiven Reformländern natürlich, daß sie sehnüchlig nach wirksamen Maßnahmen Ausschau halten, die Hoffnung bieten könnten. Die Länder jedoch, die gewisse Erfolge mit diesem Vorgehen gehabt hatten, besitzen Vorteile, die einigen MOE-Ländern und den meisten NIS-Ländern fehlen: disziplinierte und gut ausgebildete Verwaltungen, eine stabile und umsichtige makroökonomische Politik und eine langjährige Förderung der Exportorientierung und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Wenn dies fehlt, läuft eine aktive Industriepolitik Gefahr, die kostspielige Subventionierung von Betrieben mit politischer Schlagseite fortzuführen, während diejenigen mit einem größeren Erfolgspotential ausgeschlossen werden.

In einigen Fällen besteht die Zielsetzung der staatlichen Intervention darin, die Unternehmen umzustrukturieren und ihren Wert zu steigern, um so ihren Preis beim Verkauf zu erhöhen. Es ist kaum zu leugnen, daß dem Staat in Reformländern eine legitime Rolle dabei zukommen kann, große Staatsbetriebe vor dem Verkauf zu zerlegen und den Unternehmen und Gemeinden dabei zu helfen, sich mit den „sozialen“ Vermögenswerten (Schulen, Kliniken, Wohnungen, Kindertagesstätten) zu befassen sowie dazu beizutragen, die Entlassungsabfindungen zu finanzieren. Alles, was darüber hinausgeht, dürfte unrentabel, wenn nicht kontraproduktiv sein. Neue Sachinvestitionen unter staatlichen Eigentumsverhältnissen erhöhen fast nie den Verkaufspreis um die Höhe der Investitionsaufwendungen. Auch kumuliert die Fortsetzung unmittelbarer Subventionszahlungen zur Finanzierung der Lohnkosten und des Betriebskapitals nur die Schwierigkeiten und verstärkt die Härte des schließlich notwendigen Heilungsprozesses.

Eine Anzahl von Reformländern hat Strategien entwickelt, die als „Untersuchungshaft“ für Problembetriebe bezeichnet werden. Eine Reihe von Unternehmen mit schlechten Betriebsergebnissen, oft die größten Verlustmacher, werden isoliert und einer Prüfung unterzogen, um herauszufinden, welche potentiell wettbewerbsfähig sind und welche liquidiert werden sollten. Frühere Erfahrungen mit solchen „Isolierungen“ waren nicht vielversprechend. Die Insassen betrachten ihre Isolationszellen mehr als Erholungsheime denn als Gefängnis, da sie sowohl vor ihren Gläubigern geschützt waren als auch außerordentliche Mittel zur Zahlung der Löhne erhielten. Neuere Maßnahmen der „Untersuchungshaft“, beispielsweise in Armenien, Kirgisistan, der ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien und in Usbekistan, haben versucht, diese Probleme

me dadurch zu überwinden, daß man den „Häftlingen“ versicherte, der Staat habe sich entweder zum Verkauf oder zur Schließung verpflichtet und benutze das Vorhaben nicht nur, um den Tag der Abrechnung hinauszuschieben. Zum Beispiel wurden von 29 Betrieben, die der kirgisischen „Umstrukturierungs-Agentur“ zugeordnet wurden, innerhalb von 24 Monaten acht liquidiert (einschließlich einer Fabrik für Landwirtschaftsmaschinen, die die Regierung als strategisch wichtig angesehen hatte), zwei wurden verkauft, sechs stehen zum Verkauf an, elf werden verkleinert, in der Hoffnung, sie verkaufsfähig zu machen, und zwei befinden sich noch im Untersuchungsstadium. Bislange kostete das Verfahren rund 20 Millionen Dollar, wovon die Hälfte dazu diente, Zahlungsrückstände für Energielieferungen zu begleichen und ein Großteil des Restbetrags für Abfindungszahlungen an über 40.000 entlassene Arbeiter verwendet wurde. Befürworter dieses Vorgehens argumentieren, daß sowohl die von ausländischen Beratern gelieferten Informa-

tionen als auch die Bereitstellung des Geldes zur Zahlung der Abfindungskosten die entscheidenden Faktoren waren, die die kirgisischen Behörden zum Handeln veranlaßten. Wie immer ist jedoch die Bereitschaft der Regierung ausschlaggebend, die schmerzliche Realität zu akzeptieren, daß Abschmelzungsprozesse und Schließungen von Betrieben unvermeidlich sind (Sonderbeitrag 3.2).

Eine Untersuchung aus dem Jahre 1995 über die 400 bis 500 größten Betriebe in Bulgarien, Polen, der Slowakei und der Tschechischen Republik nennt das Hauptproblem bei einem direkten staatlichen Engagement: Es ist die Schwierigkeit, auf der Grundlage vergangener Leistungen die in der Zukunft erfolgreichen Betriebe auszusuchen. Die Schwankungsbreite der Leistungsfähigkeit der Betriebe ist in Reformländern viel größer als in etablierten Marktwirtschaften und, wie in Kapitel 2 erwähnt, weder die Leistung eines Betriebes in der Vergangenheit, noch dessen übernommene Schuldenstruktur bilden einen guten Maßstab für die

### **Sonderbeitrag 3.2 Umstrukturierung des Kohlenbergbaus in der Ukraine**

Der Kohlenbergbau in der Ukraine, der rund 800.000 Personen beschäftigt, befindet sich in einer tiefen Krise. In den vergangenen fünf Jahren sank die Produktion um über 40 Prozent. Ein ukrainischer Bergmann fördert im Durchschnitt 112 Tonnen Kohle pro Jahr, verglichen mit 250 Tonnen in Rußland, 420 Tonnen in Polen, 2.000 Tonnen in Großbritannien und 4.000 bis 6.000 Tonnen in den Vereinigten Staaten. Bis zur Hälfte der 250 ukrainischen Zechen müßten im nächsten Jahrzehnt geschlossen werden, wenn der Bergbau wieder wettbewerbsfähig werden soll. Die Bergbaubetriebe stellen eine Vielzahl sozialer Leistungen bereit, wie Kindergärten und Wohnungen. Diese Dienste sind überdies häufig personell überbesetzt: Beispielsweise haben Kindergärten oft eine Mitarbeiterin für jeweils drei Kinder.

Jeder Plan zur Umstrukturierung des Kohlenbergbaus wird die Marktanreize nutzen und die sozialen Kosten minimieren müssen sowie eine klar definierte Rolle für die fiskalische Unterstützung benötigen. Ein Konzept wäre, die bestehenden Zechen, mit Ausnahme derjenigen, die sich als unwirtschaftlich erwiesen haben, in Kapitalgesellschaften umzuwandeln; dies wäre ein erster Schritt in Richtung auf Privatisierung oder Liquidierung. Gewinnorientierte Manager statt Regierungsvertreter würden über die Verteilung der Investitionen entscheiden. Die sich ergebenden Fusionen würden es den Managern erleichtern, die Arbeitnehmer von einer unrentablen zu einer rentablen Zeche zu versetzen, statt Entlassungen bei einem Bergwerk und Neueinstellungen

bei einem anderen vorzunehmen; so wäre es möglich, daß die natürliche Erschöpfung der Gruben für einen beträchtlichen Teil des Schrumpfungsprozesses sorgt. Fiskalische Unterstützung wäre erforderlich, um die Schließungskosten zu finanzieren, aber die gesamten Neuinvestitionen würden durch nicht ausgeschüttete Gewinne und Bankkredite finanziert. Ein zweites Element des Plans würde die Abwicklung der sozialen Vermögenswerte umfassen. Einige könnten privatisiert, andere aber müßten an die Kommunen übertragen werden, die Unterstützung zur Glättung des Transformationsprozesses brauchen würden, da die Kostendeckungsquoten von ihrem gegenwärtigen Stand von unter 20 Prozent erhöht werden müßten.

Zechenstillegungen können beträchtliche fiskalische Einsparungen zur Folge haben. Ein Vierjahresprogramm würde rund 250 Millionen Dollar zur Unterstützung der örtlichen Regierungsstellen erforderlich machen, weitere 150 Millionen Dollar für Entlassungsabfindungen, Umschulungen und vorübergehende beschäftigungsstützende Maßnahmen sowie 300 Millionen Dollar für Stillegungen und Umweltkosten. Die Schließung unwirtschaftlicher Zechen würde jedoch 200 Millionen Dollar pro Jahr einsparen, und die Gewinne der Umstrukturierung würden sogar noch größer sein, wenn die verbleibenden Zechen die Gewinne zur Steigerung der Produktivität reinvestieren könnten. Es ist billiger, unwirtschaftliche Gruben zu schließen, als ihre Verluste unbegrenzt zu tragen.

zukünftige Lebensfähigkeit. Mehr noch als anderswo werden Regierungen in Reformländern beim Versuch, die erfolgreichen Betriebe auszusortieren, wahrscheinlich eine falsche Wahl treffen.

Insgesamt gesehen dürfte in den meisten Fällen das beste Vorgehen darin bestehen, ein direktes staatliches Eingreifen zu vermeiden. Eine straffe, nachhaltige makroökonomische Politik kann auch ohne direkte Interventionen den Umfang der Unternehmensverluste beträchtlich reduzieren. Sie zwingt die Verlustbetriebe zur Verringerung der Betriebsgröße und freigesetzte Arbeitskräfte zur Suche nach einem Arbeitsplatz in neuen Privatbetrieben. Soweit der Staat – aus politischen oder sonstigen Gründen – Subventionen zahlen muß, sollten diese zielorientiert und transparent sein. Der entscheidende Faktor ist, die Vorstellung zu vermeiden, daß eine anhaltend schlechte Leistungsfähigkeit irgendwie sozial gerechtfertigt sei und keine schmerzlichen Konsequenzen nach sich ziehen müsse.

### **Der zweite Schritt: Die Schaffung und Zuordnung von Eigentumsrechten**

Eigentumsrechte sind das Herzstück der Anreizstrukturen in Marktwirtschaften. Sie entscheiden, wer Risiken trägt und wer an geschäftlichen Transaktionen gewinnt oder verliert. Damit fördern sie lohnende Investitionen, begünstigen eine sorgfältige Überwachung und Aufsicht, verstärken den Arbeitseinsatz und schaffen Tatbestände für einklagbare Verträge. Kurz gesagt, genau spezifizierte Eigentumsrechte belohnen Leistung und gutes Urteilsvermögen, wodurch sie zum Wirtschaftswachstum und zur Wohlstandsbildung beitragen. Außerdem kann eine breite Streuung von Eigentumsrechten jeglicher Machtkonzentration im politischen System entgegenwirken und zur sozialen Stabilität beitragen.

#### *Was sind Eigentumsrechte?*

Eigentumsrechte beinhalten das Recht, einen Vermögenswert zu gebrauchen, seine Nutzung durch Dritte zu dulden oder auszuschließen, das durch den Vermögenswert erzielte Einkommen einzubehalten und ihn zu verkaufen oder sonstwie darüber zu verfügen. In Marktwirtschaften sind diese Rechte per Gesetz definiert, in der Regel sehr detailliert (siehe Kapitel 5). Die Eigentumsrechte an einem Vermögenswert können aufgeteilt werden – beispielsweise kann eine Witwe Rechte am Einkommen aus Vermögen haben, das ihr verstorbener Ehemann ihren Kindern hinterlassen hat –, doch ist diese Aufteilung ebenfalls eindeutig spezifiziert. In Reformländern sind diese Rechte zunächst nicht eindeutig definiert oder zugeordnet. In der Tat werden derartige Unterscheidungen oft nicht einmal erkannt.

In reifen Marktwirtschaften sind die Verteilung der Eigentumsrechte in der Bevölkerung und die Rechtsformen, in denen sie ausgeübt werden, relativ stabil, da sie sich über

Jahrhunderte entwickelt haben. In den meisten Reformländern erfolgt die Anfangsübertragung von Eigentumsrechten schnell und unvollständig; sie kann durchaus ineffizient sein. Viele Gebäude und Grundstücke sind zum Beispiel an vorkommunistische Eigentümer zurückübertragen worden, die weder gewillt noch fähig sind, sich darum zu kümmern. In ähnlicher Weise wurden die meisten ehemaligen landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in Rußland als große Kapitalgesellschaften privatisiert – was gewöhnlich nicht die effizienteste Eigentumsform in der Landwirtschaft ist. Damit die Eigentumsrechte voll wirksam werden, ist es daher besonders wichtig, daß sie handelbar sind und sich frei entwickeln können.

#### *Ist eine Privatisierung nötig?*

Spielt es eine Rolle, ob sich das Eigentum in staatlicher oder privater Hand befindet oder irgendeine Zwischenform einnimmt? Der erste naheliegende Test ist die Frage, ob eine Privatisierung die Leistungsfähigkeit verbessert. Eine umfangreiche empirische Fachliteratur (hauptsächlich aus den achtziger Jahren), die staatliche und private Unternehmen in marktwirtschaftlichen Industrieländern vergleicht, kommt zu dem Ergebnis, daß private Betriebe generell – aber nicht einheitlich – eine höhere Produktivität und bessere Ergebnisse aufweisen als staatliche Unternehmen. Neuere Leistungsanalysen, vor und nach einer Privatisierung in Industrie- und Entwicklungsländern, kommen zu eindeutigeren Schlußfolgerungen zugunsten des Privateigentums. Beispielsweise zeigte eine Analyse von einundsechzig privatisierten Unternehmen in achtzehn Ländern (sechs Entwicklungs- und zwölf Industrieländer), daß bei mindestens zwei Drittel der Eigentumsübertragungen nach der Privatisierung eine Steigerung der Rentabilität, der Umsätze, der Betriebseffizienz und der Investitionen zu verzeichnen war – und dies alles überraschenderweise ohne Anzeichen eines Beschäftigungsrückgangs. Für etablierte Marktwirtschaften und Entwicklungsländer mit mittlerem bis hohem Einkommen bestehen kaum Zweifel, daß das Privateigentum eine signifikante Bestimmungsgröße für die ökonomische Leistungsfähigkeit ist.

Weil die Mehrzahl der Privatisierungen in den MOE- und NIS-Ländern relativ neueren Datums ist, befindet sich die Beurteilung ihrer Wirkungsweise noch im Frühstadium. Die ersten Anzeichen sind in vielen Fällen ermutigend, in anderen aber weniger. Eine jüngere Untersuchung über ungarische Betriebe kam zu dem Ergebnis, daß die neuen Privatunternehmen in der untersuchten Gruppe ihren Arbeitskräftebestand schneller als die Staatsbetriebe an Nachfrageänderungen anpaßten. Privatisierte Betriebe verhielten sich zuerst ähnlich wie die Staatsbetriebe, nach ein oder zwei Jahren ähnelte ihr Verhalten aber mehr dem der neuen Privatunternehmen. Unternehmenserhebungen in Polen im Jahre 1993 und in Rußland im Jahre 1994 kommen



zu der übereinstimmenden Aussage, daß neue Privatbetriebe sich anders, und zwar besser als Staatsbetriebe verhalten, indem sie mehr Dynamik an den Tag legen und höhere Gewinne erwirtschaften. In der polnischen Umfrage (und einer ähnlichen in Slowenien) übertrafen die privatisierten Firmen die staatlichen Gesellschaften, wenngleich dies teilweise damit zusammenhängen dürfte, daß die besseren Staatsbetriebe zuerst privatisiert wurden.

Andere Untersuchungen unterstreichen die positiven Wirkungen der Privatisierung, legen jedoch nahe, daß dies vom Typus des Privateigentümers abhängt. In Rußland und in der Ukraine investierten diejenigen Eigentümer mehr und erzielten bessere Resultate, die ihre Kleinbetriebe bei freien Ausschreibungen gekauft hatten, verglichen mit Insidern, die ihre Geschäfte beinahe geschenkt erhalten hatten (obwohl selbst Insidern gehörende Betriebe bessere Ergebnisse erzielten als Geschäfte im Staatsbesitz). Der voraussichtliche Einfluß, den die Art und Weise der Privatisierung und die Persönlichkeit des neuen Besitzers haben, wird weiter unten erörtert.

Polen führte die Privatisierung langsamer durch als viele andere Reformländer. Einige behaupten, daß Polens durch-

schnittliches jährliches Wirtschaftswachstum von 6 Prozent seit dem Jahre 1994 zeige, daß eine Privatisierung nicht erforderlich sei. Aber diese Bewertung ist unvollständig; die Erfahrungen Polens verdeutlichen vielmehr, wie wichtig verschiedene makroökonomische Reformen sind, die die Unternehmen zu finanzieller Disziplin anhalten, sie unterstreichen die Bedeutung des Auftretens einer großen Zahl von neuen Privatunternehmen und der Erwartungen der Manager der Staatsbetriebe hinsichtlich einer möglichen Privatisierung. Das polnische Wirtschaftswachstum ist hauptsächlich durch die Expansion des neuen Privatsektors angeregt worden, nicht durch erfolgreiche Staatsbetriebe. Die Wende in einigen polnischen Staatsbetrieben zu Anfang der neunziger Jahre ist teilweise auch dadurch stimuliert worden, daß die Manager glaubten, die Privatisierung stehe unmittelbar bevor. Die Erfahrungen von Neuseeland (Sonderbeitrag 3.3) gelten auch für die Reformländer: Ein Staat, der den Willen hat, eine harte Budgetpolitik zu betreiben und seine Unternehmen dem Wettbewerb auszusetzen, kann erwarten, daß sich bei einigen Firmen die Leistungsfähigkeit auch ohne Änderung der Eigentumsverhältnisse verbessert. Die Erfolge konsequenter Haushaltsrestriktionen

### **Sonderbeitrag 3.3 Sicherung der Gewinne aus der Unternehmensreform in Neuseeland**

Im Jahre 1986 startete die Regierung von Neuseeland für ihre schlecht funktionierenden öffentlichen Unternehmen eine grundlegende Reform. Die in kommerziellen Unternehmen übliche Rentabilität wurde als Hauptziel definiert; alle verbleibenden sozialen Zielsetzungen mußten vom Parlament genehmigt und aus dem staatlichen Haushalt finanziert werden. Staatseigene Betriebe wurden auf dieselbe Rechtsgrundlage gestellt wie private Gesellschaften; sie wurden dem Wettbewerb ausgesetzt, wo immer es möglich war, und aufgefordert, neue Finanzierungsquellen auf den kommerziellen Kapitalmärkten, ohne staatliche Garantien, zu suchen. Ein neues Ministerium für Staatsbetriebe teilte sich die Eigentümerfunktion mit dem Finanzministerium, womit das Engagement der Branchenministerien abgelöst wurde. Zusammen ernannten sie für jedes Unternehmen den Verwaltungsrat, dessen Mitglieder nahezu ausschließlich aus dem Privatsektor geholt wurden. Der Verwaltungsrat wiederum ernannte die Geschäftsleitung des Betriebes und legte die jährlichen Leistungsziele fest. Manager, die ihre Ziele erreichten, wurden belohnt; die übrigen mußten mit Sanktionen rechnen, unter Umständen mit der Entlassung. Wenn die staatlichen Eigentümer unzufrieden waren, konnten sie den Verwaltungsrat absetzen – was manchmal auch geschah.

Die Ergebnisse waren beeindruckend. Nach vier Jahren sind die Umsätze, die Gewinne und die Produktion je Beschäftigten in zehn von elf untersuchten Gesellschaften gestiegen. Trotzdem fuhren die Nachfolge-regierungen fort, zahlreiche Gesellschaften zu privatisieren und erwogen die Privatisierung weiterer. Warum dies, wenn die reformierten Staatsbetriebe so erfolgreich waren?

Sie handelten so, weil sie die große Schwierigkeit sahen, die Reformen langfristig aufrechtzuerhalten. In Krisenzeiten akzeptieren Regierungen die Priorität der kommerziellen Ziele, erlassen strikte Budgets und garantieren die Unabhängigkeit der Manager. Wenn aber die Krise schwindet oder eine wichtige politische Forderung aufkommt, schwindet auch das Engagement zugunsten der Unabhängigkeit des Managements. Beispielsweise wurde der Postdienst bedrängt, kleine Postämter auf dem Lande wiederzueröffnen, und die Elektrizitätsgesellschaft wurde angewiesen, lokal geförderte Kohle trotz der höheren Kosten zu kaufen. Die Schlußfolgerung vieler Verantwortlicher in den Betrieben und in der Regierung Neuseelands war, daß eine Privatisierung erforderlich wurde, nicht unbedingt, um kurzfristig die Leistungsfähigkeit zu verbessern, sondern um die Gewinne aus den vorangegangenen Reformen zu sichern.

### Sonderbeitrag 3.4 Chinas städtische und dörfliche Betriebe

China hat verschiedene Zwischenformen für Industrieunternehmen entwickelt, die weder im klassischen Sinne Staatsbesitz sind noch Privateigentum im kapitalistischen Sinn. Eine wichtige Form stellt der städtische und dörfliche Betrieb dar (SDB), der im Besitz von örtlichen Regierungsstellen und Privatpersonen ist. Diese Betriebe produzieren hauptsächlich Verbrauchsgüter für inländische und ausländische Märkte. Es gibt generell zwei Arten von SDB. Bei der ersteren, die sich im Eigentum der örtlichen Regierungsstellen befindet, agiert der Betrieb wie eine Holdinggesellschaft und reinvestiert die Gewinne sowohl in bestehende oder neue Unternehmen als auch in die örtliche Infrastruktur. Der zweite, erst in neuerer Zeit entwickelte Typ, steht einem Privatunternehmen insofern viel näher, als die meisten faktisch von einer Privatperson kontrolliert werden, wenn sie sich nicht formell in deren Eigentum befinden. Trotzdem halten auch sie enge fiskalische Bindungen zu den örtlichen Regierungsstellen aufrecht.

Das Wachstum und die Leistung der SDB war außergewöhnlich. Ihr Anteil am BIP stieg von 13 Prozent im Jahre 1985 auf 31 Prozent in 1994. Die Produktion wuchs seit Mitte der achtziger Jahre um rund 25 Prozent pro Jahr. Auf die SDB entfällt nun ein Drittel des gesamten industriellen Wachstums in China. Der nichtstaatliche Anteil an der Industrieproduktion in China erhöhte sich von 22 Prozent im Jahre 1978 auf überraschende 66 Prozent in 1995. In den vergangenen fünfzehn Jahren haben die SDB 95 Millionen Arbeitsplätze geschaffen. Die Kapitalintensität (eingesetztes Kapital je Arbeitsplatz) beläuft sich in der gemeinschaftlichen Industrie in China auf nur 25 Prozent derjenigen im Staatssektor. Die Arbeitsproduktivität (Produktion je Beschäftigten) beträgt jedoch fast 80 Prozent des Niveaus in den Staatsunternehmen – und steigt jährlich um mehr als 10 Prozent. Die gesamte Faktorproduktivität in den SDB ist höher als im Staatssektor und wächst mit 5 Prozent pro Jahr mehr als doppelt so stark wie in den Staatsunternehmen.

Verschiedene Faktoren erklären dieses bemerkenswerte Wachstum und die hervorragende Effizienz:

- *Verwandtschaft und implizite Eigentumsrechte.* Starke verwandtschaftliche Beziehungen unter den chinesischen Dorfbewohnern auf dem Lande stärken die Verantwortlichkeiten in den Unternehmen. Die Aufteilung der impliziten, wenn auch unklaren Eigentumsrechte führt zu einer produktiven Kombination von Risiko- und Gewinnverteilung zwischen den Unternehmen und den örtlichen Regierungsstellen. Gleichwohl ähneln die Anreize, mit denen die SDB konfrontiert sind, mehr denen privater Betriebe, da die Residualgewinne einer begrenzten Gruppe zustehen: Einem traditionell stabilen örtlichen Ge-

meinwesen und besonders dessen Verwaltung sowie den Managern der SDB. Untersuchungen zeigen die enorme Bedeutung, die die Gewinne der SDB für die örtlichen Haushaltspläne haben, und sie unterstreichen die engen Verbindungen, die zwischen den örtlichen Wirtschaftsleistungen und dem Status, dem Einkommen und den Berufsaussichten der örtlichen Funktionäre bestehen.

- *Dezentralisierung plus finanzielle Disziplin.* Die 1984 eingeführte Dezentralisierung der Fiskalpolitik in China ermöglicht es den unteren Gebietskörperschaften, örtlich erwirtschaftete Einkünfte zurückzubehalten, was starke Anreize für die Entwicklung der örtlichen Industrie schafft. Bei diesem System werden erfolglose SDB zu einer untragbaren Belastung für die begrenzten örtlichen Haushalte. Schließlich werden beständig verlustbringende Betriebe geschlossen, und die Belegschaft wird auf rentablere Betriebe verteilt.
- *Wettbewerb.* Untersuchungen zeigen auch, daß unter den Gemeinwesen mit SDB ein scharfer Wettbewerb um die Investitionen (einschließlich der ausländischen Investitionen) herrscht. Der Erfolg bei der Anziehung von Investitionen wird von der Reputation und der örtlichen Wirtschaftsleistung beeinflusst.
- *Markchancen und Sparen auf dem Lande.* Eine in der Vergangenheit vorhandene Vernachlässigung der Leichtindustrie und des Dienstleistungsbereichs hat riesige Markchancen geschaffen, unterstützt von hohen Sparquoten und hoher Nachfrage auf dem Lande, die sich nach den Landwirtschaftsreformen von 1978 und als Folge der begrenzten Abwanderungsmöglichkeiten aus den ländlichen Regionen ergaben.
- *Verbindungen zum staatlichen Unternehmenssektor.* Der große staatseigene Industriesektor ist für viele SDB eine natürliche Nachfragequelle und Lieferant von Technologie und Rohstoffen. Auslandsinvestitionen aus Hongkong und Taiwan (China) haben für viele andere die gleiche Bedeutung.

Die SDB werden weiter wachsen, sie müssen sich jedoch auch entfalten können. Da ihr Finanzierungsbedarf steigt und die Möglichkeiten ihrer Gemeinwesen sprengt, und da die Menschen mobiler werden, müssen die eingeschränkten und impliziten Eigentumsrechte an den SDB besser definiert und leichter übertragbar gemacht werden. Die SDB-spezifischen Aspekte treten speziell in China auf, die dort gemachten Erfahrungen bieten jedoch wichtige Lehren für andere Reformländer: Es geht um die Bedeutung des freien Marktzugangs, des Wettbewerbs, harter Budgetrestriktionen und angemessener fiskalischer Anreize für die örtlichen Regierungsstellen.



werden aber größer und vermutlich dauerhafter sein, wenn ein Eigentumswechsel diese Reformen begleitet oder ihnen unmittelbar folgt.

Eine umfassende formale Privatisierung von Mehrheitsbeteiligungen steht bei den größeren Staatsbetrieben in China gegenwärtig nicht auf der Tagesordnung. Dennoch hat sich ein Großteil der Wirtschaft Chinas aus den staatlichen Eigentumsverhältnissen gelöst, einige sind in private Hände übergegangen, die meisten aber in Zwischenformen des Eigentums. Der nichtstaatliche Sektor ist viel schneller gewachsen als Chinas Staatsunternehmen, ungeachtet eines Systems unscharfer Eigentumsrechte, das den westlichen Rechtstraditionen ziemlich fremd ist. Was ist für die unterschiedliche Leistungsfähigkeit verantwortlich? Der Sonderbeitrag 3.4 bietet eine Antwort auf diese Frage.

Eigentumsrechte spielen eine Rolle. Die Notwendigkeit zur Privatisierung ist jedoch nicht unter allen Verhältnissen gleichermaßen dringend. Eine langsamere Privatisierung (wenngleich nicht notwendig optimal) ist machbar, wenn der Staat oder die Arbeiter selbst stark genug sind, die Kontrolle über die Unternehmen zu sichern und zu verhindern, daß die Manager Vermögenswerte beiseite schaffen, und wenn die Ersparnis und das Wachstum im nichtstaatlichen Sektor hoch sind. Wo jedoch der Staat schwach ist und die Unternehmensleiter eine starke Stellung haben, oder wo die Umstrukturierung nur geringe liquide Mittel erfordert, dort ist die Privatisierung dringend geboten. In der Tat ist bei diesen Verhältnissen die wahrscheinliche und weniger wünschenswerte Alternative eine „spontane“ Privatisierung, bei der die Manager die Vermögenswerte billig erwerben oder sie direkt in Besitz nehmen, häufig in Allianz mit der politischen Elite. Oft wurden Vermögenswerte oder Einkommensströme aus dem Staatsbesitz herausgezogen und mittels unterschiedlicher Methoden unter private Kontrolle gebracht oder sogar direkt in Privateigentum überführt; dies geschah in vielen Ländern, bevor der Privatisierungsprozeß seine endgültige Gestalt angenommen hatte (wie in Ungarn und Rußland in den Jahren 1988 bis 1991), in einigen Ländern, wo die Privatisierung theoretisch akzeptiert worden war, aber in der Praxis steckenblieb (Weißrußland, Bulgarien, Ukraine), und sogar in gewissem Ausmaß in den Reformländern Ostasiens, die einer formalen Privatisierung aus dem Wege gingen. Diese Transfers sind oft illegal und werden von der Öffentlichkeit übelgenommen. In der Tat wurden die Privatisierungen in einigen Fällen weniger aufgrund politischer Überzeugungen oder aus Unsicherheit über das optimale Vorgehen verzögert, sondern weil das formal weiter geltende Staatseigentum die mehrdeutigen Besitzrechte aufrechterhielt, die es erlauben, weitgehend zum Nutzen der amtierenden Manager Gewinne zu verschieben, Steuern zu hinterziehen und Vermögenswerte zu plündern.

Die Erfahrungen Bulgariens illustrieren diesen Punkt. Eine Koalitionsregierung liberalisierte früh und umfassend,

und sie setzte ein entschiedenes Stabilisierungsprogramm in Gang. Man rechnete mit einer schnellen Privatisierung. Eine neue Regierung verwässerte jedoch 1991 die Reformbemühungen und blockierte bis Mitte 1995 die Anwendung eines Privatisierungsprogramms. Während dieser vier Jahre verlor der bulgarische Staat zum größten Teil seine Fähigkeit, die Leistungen der Unternehmen und die Unternehmensführung zu kontrollieren. Die Manager leiteten die Unternehmenswerte und den Cash-Flow in ihre eigenen Taschen und hinterließen dem Staat außer den Verbindlichkeiten nur wenig. Die Verluste der bulgarischen Staatsunternehmen, die sich zwischen 1992 und 1994 auf durchschnittlich mehr als 12 Prozent des BIP beliefen, wurden durch Kredite eines zunehmend insolventen Bankensystems gedeckt. Bulgarische Beobachter kamen zu dem Schluß, daß „die unklaren Eigentumsrechte von einem rechtlichen zu einem wichtigen makroökonomischen Problem werden“.

### **Privatisierung größerer Unternehmen**

Die Privatisierung großer und mittlerer Unternehmen hat sich als weitaus schwieriger erwiesen als ursprünglich gedacht. Die politisch Verantwortlichen müssen komplexe und oft miteinander konkurrierende Ziele abwägen, eine Vielzahl konkurrierender Kapitaleigner zufriedenstellen und die Probleme bewältigen, die sich angesichts der administrativen Schwierigkeiten ergeben, Tausende von Betrieben in relativ kurzer Zeit und ohne funktionierende Kapitalmärkte zu privatisieren. Privatisierungsmethoden gibt es im Überfluß; sie reichen von intensiven Bemühungen um Verkäufe an strategische Eigentümer bis zu Aufkäufen durch die Belegschaft und zu innovativen Coupon-(Voucher-)Programmen, die die Errichtung großer und starker Finanzintermediäre einschließen. Diese Anstrengungen werden häufig durch umfassende Programme zur Rückerstattung an die Alteigentümer ergänzt sowie durch kleinere Vorhaben zur Umwandlung von Schulden in Eigenkapital oder durch eine staatliche Aktienplatzierung an den neu entstehenden Aktienbörsen.

Jeder Privatisierungsweg erfordert die Abwägung zwischen den unterschiedlichen Zielen (Tabelle 3.1). Die privatisierenden Länder wollen in der Regel mehrere Dinge erreichen: Eine Effizienzsteigerung bei der Nutzung der Vermögen durch eine verbesserte Unternehmensführung; eine Entpolitisierung der Betriebe durch das Kappen der Verbindungen zum Staat; schnelle Entscheidungen bei der Ernennung von Eigentümern, die weitere Reformen unterstützen; einen besseren Zugang der Betriebe zu Kapital und Sachverstand; die Stärkung der Staatseinkünfte und die Garantie für eine gerechte Verteilung der Vorteile. Innerhalb dieser Zielvorgaben haben die Länder unterschiedliche Prioritäten, und einige wollen schneller vorankommen als andere. Ungarn hat angesichts seiner hohen Auslandsschulden immer die Einnahmen als die entscheidende Größe gesehen, die

**Tabelle 3.1** Zielkonflikte bei Privatisierungsalternativen für Großunternehmen

Methoden	Ziele				
	Bessere Unternehmensführung	Schnelligkeit und Durchführbarkeit	Besserer Zugang zu Kapital und Qualifikationen	Höhere Staatseinnahmen	Größere Gerechtigkeit
Verkauf an Außenstehende	+	-	+	+	-
Veräußerung an Management und Mitarbeiter	-	+	-	-	-
Coupon-Privatisierung für jedermann	?	+	?	-	+
Spontane Privatisierung	?	?	-	-	-

Tschechen und die Rumänen weniger. Für die russischen Reformer stand ein schneller Bruch mit der Vergangenheit an erster Stelle, während die Polen auf Schnelligkeit verzichtet haben und eine lange Debatte über Gerechtigkeitsfragen begannen. Die Tschechen haben konsequent die entpolitisierende Rolle der Privatisierung betont, während Estlands Privatisierungsprogramm „echte“ Eigentümer auswählte, die in der Lage sind, frisches Geld und Managementenerfahrungen einzubringen.

Tabelle 3.1 zeigt lediglich einen Teilaspekt dieser Zielkonflikte. Ein weiteres Hauptziel bei allen Transformationsprozessen ist der langfristige Aufbau von Institutionen. Die Privatisierung kann die Entwicklung von solchen fundamentalen marktwirtschaftlichen Institutionen wie den Kapitalmärkten, dem Rechtssystem und von wirtschaftsbezogenen Berufen fördern. Aus dem gleichen Grund setzt jeder Weg zur Privatisierung einen komplexen Prozeß institutioneller und eigentumsrechtlicher Veränderungen in Gang, dessen langfristige Ergebnisse vom kürzerfristigen Bild beträchtlich abweichen können. Beispielsweise dürfte eine Massenprivatisierung kurzfristig nicht die am besten geeigneten Eigentümer hervorbringen, könnte aber längerfristig gesehen zu einer besseren Unternehmensführung hinleiten, wenn sie die Entwicklung der Kapitalmärkte fördert (mit anschließender Neuordnung der Eigentumsver-

hältnisse) und wenn sie für die Wirtschaft als Ganzes zwischenzeitlich Kontrollinstanzen schafft.

Was ist eine wirkungsvolle Unternehmensführung? Ein primärer wirtschaftlicher Grund für die Privatisierung besteht darin, Eigentümer zu finden, die motiviert sind, die Ressourcen effizient zu nutzen. Die Änderung der Eigentumsverhältnisse wird jedoch das Managementverhalten nicht verändern, wenn den neuen Eigentümern die Macht, die Anreize und die Fähigkeiten fehlen, die Betriebsleiter zu kontrollieren und sicherzustellen, daß sie im besten Interesse des Betriebes handeln. Die Eigentümer müssen auch über die Macht verfügen, die Manager auszutauschen; denn oft ist ein Aufrütteln an der Spitze nötig, um eine tiefgreifende Umstrukturierung zu beschleunigen. Für Kleinunternehmen ist eine solche Unternehmensführung einfach: In der Regel sind die Eigentümer selbst die Manager. Bei Großbetrieben jedoch schafft die Trennung der Eigentümer- von den Managerfunktionen einen Kontrollbedarf. Eine direkte Kontrolle durch die Aktionäre ist einer der Wege zur Überwachung der Manager. Ein anderer besteht darin, Aktien zu verkaufen, wenn das Betriebsergebnis schlecht ist, und die fallenden Aktienkurse zur Disziplinierung der Manager einzusetzen. Im frühen Stadium der Transformation ist eine direkte Kontrolle wahrscheinlich besonders wichtig, weil die Märkte für Kapital und die Ver-

mittlung von Führungskräften nicht ausreichend entwickelt sind, um auf die Manager einen starken Wettbewerbsdruck auszuüben.

Die politische Durchführbarkeit ist eine *conditio sine qua non* eines jeden Privatisierungsprogramms. Es besteht ein grundlegender Gegensatz zwischen der Notwendigkeit, die Beteiligten zu entlohnen – Manager, Arbeitnehmer, Amtsträger in den ehemaligen sektoral zuständigen Ministerien – und dem Wunsch nach guten Wirtschaftsergebnissen, die zur ökonomischen Umstrukturierung und zum Aufbau von Institutionen beitragen sowie in den Augen der Öffentlichkeit die Vorteile der Reform bekräftigen. Der Wettbewerb der Beteiligten untereinander hat die Struktur der meisten Privatisierungsprogramme beeinflusst. Die ehemalige Tschechoslowakei und das ehemalige Ostdeutschland konnten aufgrund ihrer zentralisierten Machtstrukturen und gut entwickelten Verwaltungskapazitäten Privatisierungsprogramme entwerfen und ausführen, die von oben nach unten angelegt waren. Polen, Slowenien und Rußland hatten bei stärker dezentralisierten Machtstruk-

turen, gut organisierten Beschäftigten (in Polen und Slowenien) und einflußreichen Managern (in Rußland) eine solche Option nicht. Den Interessen der Beteiligten nachzugeben ist jedoch riskant und steht oft in Konflikt mit längerfristigen ökonomischen und politischen Zielen. Neu privatisierte Betriebe könnten wegen unzulänglicher Unternehmensführung nicht umstrukturiert werden. Schlecht organisierte Privatisierungen, auch wenn sie kurzfristige Erlöse oder Leistungsverbesserungen bringen, können als korrupt oder hochgradig ungerecht angesehen werden, wenn sie die wirtschaftliche und politische Macht in den Händen einer inländischen Elite oder ausländischer Investoren konzentrieren, statt eine unabhängige und dezentralisierte Mittelklasse zu vergrößern. Die verschiedenen Wege sind in Tabelle 3.2 für einige Länder dargestellt.

#### Verkäufe an Außenstehende

In der Frühzeit der Transformation hofften die meisten MOE-Länder, die Staatsunternehmen bei der Privatisierung als florierende Unternehmen zu verkaufen. Dies war das

**Tabelle 3.2** Methoden der Privatisierung von mittelgroßen und großen Unternehmen in sieben Reformländern

(Anteile in Prozent)

Land	Verkauf an Außenstehende	Veräußerung an Management und Mitarbeiter	Coupon- Privatisierung für jedermann	Rückerstattung	Sonstiges <sup>a</sup>	Noch in staatlicher Hand
Tschechische Republik						
Nach Anzahl <sup>b</sup>	32	0	22 <sup>c</sup>	9	28	10
Nach Wert <sup>d</sup>	5	0	50	2	3	40
Estland <sup>e</sup>						
Nach Anzahl	64	30	0	0	2	4
Nach Wert	60	12	3	10	0	15
Ungarn						
Nach Anzahl	38	7	0	0	33	22
Nach Wert	40	2	0	4	12	42
Litauen						
Nach Anzahl	<1	5	70	0	0	25
Nach Wert	<1	5	60	0	0	35
Mongolei						
Nach Anzahl	0	0	70	0	0	30
Nach Wert	0	0	55	0	0	45
Polen						
Nach Anzahl	3	14	6	0	23	54
Rußland <sup>e</sup>						
Nach Anzahl	0	55	11	0	0	34

Anmerkung: Die umrandeten Zahlen geben die im jeweiligen Land dominierende Methode an. Die Daten reichen bis Ende 1995.

a. Einschließlich der Übertragungen an Gemeinden oder Sozialversicherungsträger, der Umwandlung von Schulden in Eigenkapital und der Verkäufe durch Konkursverfahren.

b. Zahl der privatisierten Betriebe als Anteil an allen ehemals staatseigenen Betrieben. Einschließlich der Unternehmensteile, die vor der Privatisierung umstrukturiert wurden.

c. Einschließlich der Vermögenswerte, die als Teil des Coupon-Privatisierungsprogramms im Juni 1994 gegen bar verkauft worden sind.

d. Wert der privatisierten Betriebe als Anteil am Wert aller ehemals staatseigenen Betriebe. Angaben für Polen und Rußland sind nicht verfügbar.

e. Ohne einige Infrastruktur-Betriebe. Alle Veräußerungen an das Management waren Teil eines wettbewerbsorientierten, offenen Verkaufsangebots. In dreizehn Fällen konnten Bürger Coupons gegen Minderheitsanteile an Unternehmen tauschen, die an einen Hauptinvestor verkauft wurden.

Quelle: Gray, Hintergrundpapier; Daten der Weltbank.

wohlbekannte Modell, das sehr erfolgreich in etablierten marktwirtschaftlichen Ländern wie Großbritannien und in Entwicklungsländern mit mittlerem Einkommen wie Chile angewandt wurde. Verkäufe an außenstehende „strategische“ oder „Haupt“-Investoren wurden ebenfalls favorisiert, weil sie Einkünfte mit sich brachten und den Betrieb an „echte“ Eigentümer übertrugen, die das Wissen und die Anreize besaßen, das Unternehmen effizient zu führen, und die zudem das Kapital hatten, den Betrieb umzustrukturieren.

Verkäufe an außenstehende Investoren haben die Erwartungen hinsichtlich der Verbesserung der Leistungsfähigkeit weitgehend erfüllt. Sie erwiesen sich aber als kostspielig und langwierig, weitaus schwieriger durchzuführen als erwartet, und, was am wichtigsten war, als zahlenmäßig gering. Ein Grund ist der begrenzte Umfang an inländischem Kapital in Verbindung mit den politischen Spannungen, die eine große Abhängigkeit von Auslandskapital mit sich bringen kann. Sogar dort, wo genügend heimisches Kapital vorhanden ist, waren Insider (die Manager und andere Beschäftigte) in einigen Ländern in der Lage, die Verkäufe zu blockieren. Im übrigen ist der Prozeß durch die schiere Größe der Aufgabe gebremst worden, die Verkaufsabschlüsse Fall für Fall zu bewerten, auszuhandeln und danach zu verfolgen, um

sicherzustellen, daß die Käufer die Vertragsbedingungen erfüllen. Beispielsweise wird für Deutschland berichtet, daß 20 Prozent von den Tausenden von Privatisierungsverträgen, die von der Treuhandanstalt (der Privatisierungsagentur) abgeschlossen wurden, umstritten sind.

Den Wert eines zum Verkauf anstehenden Betriebes festzulegen, ist besonders schwierig. Das Problem beruht nur zum Teil auf einer unzureichenden Buchführung. Wirtschaftliche und politische Turbulenzen machen es häufig unmöglich, den Wert abzuschätzen, den ein Betrieb letzten Endes haben wird. Ein dorniges Problem stellt auch die Ermittlung von Umweltschäden in der Vergangenheit dar und wer dafür verantwortlich ist (Sonderbeitrag 3.5). Regierungen, die auf hohen Mindestpreisen bestehen (wie es in Ungarn und in neuerer Zeit in der Ukraine der Fall war), könnten keine Käufer finden. Ein entscheidender Nachteil des Verkaufsansatzes ist dessen empfundene Ungerechtigkeit. Viele normale Bürger können nicht daran teilnehmen und finden den Vorgang undurchsichtig und willkürlich, um nicht zu sagen korrupt.

Diese Hindernisse waren sogar noch gravierender als erwartet. Die deutsche Treuhandanstalt konnte ihre 8.500 Staatsunternehmen relativ schnell privatisieren (oder liquidieren), aber zu enormen Kosten, und zwar sowohl an

### Sonderbeitrag 3.5 Sind Umweltverpflichtungen eine ernsthafte Belastung für die Privatisierung?

Ein interessierter Investor, der in einem Transformationsland eine industrielle Anlage richtig einschätzen will, verlangt im voraus eine klare Vereinbarung über die Aufteilung der Verantwortlichkeiten für den von der Fabrik verursachten Umweltschaden. Ohne eine solche Vereinbarung muß man annehmen, daß die Umweltbehörden dem betreffenden Unternehmen später hohe Kosten für die Umweltsanierung auferlegen werden. Die Verkaufsverhandlungen der Treuhandanstalt beinhalteten auch eine Einschätzung der Umweltverpflichtungen und anschließend eine Vereinbarung über Abhilfemaßnahmen, deren Kosten im endgültigen Verkaufspreis berücksichtigt wurden. Andere Länder haben jedoch nicht die Fähigkeiten, die finanziellen Mittel und nicht einmal den Wunsch, das deutsche Modell zu übernehmen. Umweltverpflichtungen sind im allgemeinen ignoriert worden. Die Verpflichtungen zusammen mit der Fabrikanlage zu übertragen – dies ist die Philosophie, die der tschechischen und polnischen Gesetzgebung zugrunde liegt – ist eine Lösungsmöglichkeit. Nach einem Verkauf dürften die neuen Eigentümer aber geltend machen, und oft mit einiger Berechtigung, daß sie nicht in der Lage waren, die Umweltverbind-

lichkeiten ordentlich zu bewerten, und zwar wegen der fehlenden Zeit oder unzureichender Informationen oder weil die regulierenden Stellen inzwischen die relevanten Bestimmungen verschärft hätten. Das Ergebnis sind häufig langandauernde Konflikte. Im Falle der Tschechischen Republik wird es zunehmend deutlich, daß die in den ersten Runden der Coupon-Privatisierung durchgeführte strikte Übertragung der Umweltverpflichtungen an Unternehmen nicht von Dauer sein wird. Es wird erörtert, wie Wege für den Staat und die neuen Eigentümer gefunden werden können, um die Kosten für die Umweltsanierung zu teilen. Ein alternatives Konzept besteht darin, daß der Staat die Verantwortung für einen Teil oder die Gesamtheit der Umweltverpflichtungen übernimmt, die üblicherweise auf der Basis einer vor dem Verkauf durchgeführten Umweltprüfung bestimmt werden. Es kann aber schwierig sein, der Vereinbarung Glaubwürdigkeit zu verleihen: Was hindert den Staat daran, später nicht Wort zu halten? Die Einrichtung eines speziellen Umweltsanierungsfonds, um die eingegangenen Verpflichtungen vom Staat zu trennen, könnte ein Weg sein, um dieses Verfahren glaubwürdiger zu machen.

Fachkräften als auch an direkt oder indirekt geleisteten Subventionen an die Käufer. Von den anderen Reformländern haben nur Ungarn und Estland einen bedeutenden Teil ihrer Staatsunternehmen durch direkte Verkäufe privatisiert. Kein anderes Land ist auch nur annähernd an das dort Erreichte herangekommen. In Polen hat die Macht der Arbeiter, die Privatisierungen blockieren zu können, den weiteren Fortgang verlangsamt: Die Anstrengungen von fünf Jahren haben unter verschiedenen Administrationen rund 200 Verkäufe zustande gebracht. Die Schlußfolgerung lautet daher, daß Verkäufe, obwohl sie ein nützliches Element des Privatisierungsprozesses darstellen, in den meisten Fällen nicht die einzige oder auch nur wichtigste Methode sein können.

Eine zweite Form der Verkäufe an Außenstehende besteht in der Plazierung von Aktien an Wertpapierbörsen. Da sich die Börsen noch in den Kinderschuhen befinden (siehe Kapitel 6), hält sich diese Methode in allen Transformationsländern in engen Grenzen. Außerdem funktioniert dieses Vorgehen nur für Betriebe mit guten finanziellen Perspektiven und hoher Reputation. Sogar Polen, das mit dieser Methode den besten Erfolg hatte, hat auf diese Weise weniger als dreißig Betriebe privatisiert. Ungarn war auch nicht erfolgreicher. Öffentliche Anfangsplazierungen sind eindeutig keine Antwort auf die Notwendigkeit, schnell und umfassend zu privatisieren, wenngleich sie am Rande dazu beitragen können, die Kapitalmärkte und den Aktienhandel zu entwickeln.

#### *Veräußerungen an Management und Mitarbeiter*

Veräußerungen an Management und Mitarbeiter sind eine häufig genutzte Alternative zu Verkäufen, so insbesondere in Kroatien, Polen, Rumänien und Slowenien. Viele der Betriebe, die in Litauen und der Mongolei durch Coupon-Programme privatisiert worden sind, wurden letztendlich an das Management und die Mitarbeiter veräußert, da die Beschäftigten und ihre Familien die Coupons und Barmittel dazu verwendeten, größere Anteile ihrer eigenen Betriebe zu kaufen. Zusätzlich räumten verschiedene Privatisierungsprogramme auf Couponbasis, beispielsweise in Georgien und in Rußland, den Belegschaftsmitgliedern derartig große Präferenzen ein, daß die Mehrzahl der privatisierten Betriebe anfänglich hauptsächlich in das Eigentum von Managern und Mitarbeitern übergingen.

Die Veräußerungen sind relativ schnell und leicht durchzuführen, und zwar sowohl politisch als auch technisch. In der Theorie könnten sie auch von Vorteil für die Unternehmensführung sein, wenn die Insider besseren Zugang zu Informationen haben, die zur Kontrolle der Unternehmensleitung nötig sind, als Außenstehende. Im Frühstadium der Privatisierung kauften beispielsweise in Slowenien Insider freiwillig zahlreiche erfolgreich operierende Betriebe, die im allgemeinen auch weiterhin recht gute Erfolge aufwiesen.

Es gibt jedoch viele Risiken und Nachteile, insbesondere bei umfangreichen Veräußerungsprogrammen, die sich auf zahlreiche unrentable und sanierungsbedürftige Betriebe erstrecken. Ein Mangel besteht darin, daß die Vorteile ungleichmäßig verteilt sind: Angestellte guter Betriebe erhalten wertvolle Vermögenswerte, während die Beschäftigten unrentabler Verlustbetriebe wenig oder nichts von Wert bekommen. Ein anderer Nachteil ist, daß die Regierungen von Insidern in der Regel niedrige Preise verlangen und somit nur geringe Einkünfte erzielen. Am wichtigsten ist jedoch, daß die Veräußerung an das Management und die Mitarbeiter die Unternehmensführung schwächen kann, besonders in Reformländern, wo die Kontrolle des Managements weniger entwickelt ist als in voll ausgereiften Marktwirtschaften und wo auf die Produkt- und Kapitalmärkte zur Disziplinierung nicht gezählt werden kann. Belegschaftsangehörige sind im allgemeinen nicht in der Lage, neue Fähigkeiten und frisches Kapital einzubringen, doch können sie Außenstehende, die dazu in der Lage wären, von Investitionen abhalten. Die Manager oder Mitarbeiter könnten Außenstehende einfach daran hindern, Anteile zu kaufen. Oder Außenstehende könnten zögern, in Betriebe mit erheblichen Eigentumsrechten von Insidern, seien sie legal oder illegal erworben, zu investieren, weil zwischen Belegschaftsmitgliedern als Eigentümern und Außenstehenden mögliche Interessenkonflikte auftreten können. Beispielsweise könnten Belegschaftsmitglieder als Anteilseigner dafür plädieren, sich selbst höhere Gehälter zu zahlen, auch wenn dadurch die Gewinne und Anteilswerte reduziert würden. Im Ergebnis können Veräußerungen an das Management und die Mitarbeiter zu einem Immobilismus der Betriebsleitung und der Arbeitnehmer führen und weitere Reformen blockieren.

Rußlands massives Privatisierungsprogramm der Jahre 1992 bis 1994 verwendete zwar auch Coupons, doch war es wegen der Präferenzen für Insider in erster Linie ein Veräußerungsprogramm an Management und Mitarbeiter. Diese Belegschaftsmitglieder konnten zwischen dem unentgeltlichen Erwerb einer Minderheitsbeteiligung und dem Erwerb einer Mehrheitsbeteiligung mit einem großen Nachlaß wählen. In etwa 70 Prozent der Fälle wählten sie die zweite Option. Diese Übertragungen wurden als „geschlossene Subskriptionen“ gehandhabt, vor den offenen Coupon-Versteigerungen, bei denen die Manager und Arbeitnehmer ihre Coupons dazu verwenden konnten, ihre Eigentumsanteile zu erhöhen. Am Ende erwarben Belegschaftsmitglieder etwa zwei Drittel der Anteilsscheine an den 15.000 privatisierten Betrieben. Außenstehende erhielten 20 bis 30 Prozent (rund 10 bis 15 Prozent gingen jeweils an Investmentfonds und einzelne Investoren), und der Rest verblieb in staatlichen Händen.

In vielerlei Hinsicht war Rußlands massive Privatisierung eine wichtige Errungenschaft, vor allem angesichts des

politischen und wirtschaftlichen Durcheinanders, mit dem sich die russischen Politiker zu Anfang der neunziger Jahre konfrontiert sahen. Das Programm verdeutlicht jedoch gut die Nachteile der Veräußerungen an Management und Mitarbeiter und, allgemeiner gesehen, die beträchtlichen Spannungen, die zwischen dem politisch Machbaren und dem ökonomisch Wünschenswerten bestehen. Die umfangreichen Präferenzen, die man dem Management und den Arbeitnehmern gewährte, um deren Unterstützung zu bekommen, und das Unvermögen, die Rechte der Minorität der Anteilseigner zu schützen und den Handel am Sekundärmarkt zu fördern, erweisen sich jetzt als kostspielig. Die Manager kontrollieren ihre sich im Besitz von Insidern befindenden Betriebe bei geringer oder gänzlich fehlender Einflußnahme der Mitarbeiter-Beteiligten. Einige Manager haben oft auf illegale Art und Weise versucht, die Arbeitnehmer daran zu hindern, ihre Anteile an Außenstehende zu verkaufen. Einige haben sogar weniger transparente Wege beschritten, um die Mitbestimmung durch Belegschaftsmitglieder oder Außenseiter zu blockieren oder um Aktiva oder Gewinne auf andere von ihnen kontrollierte Betriebe zu übertragen. Angesichts der Schwächen von Gesetzen und Institutionen, des Mangels an Informationen und in einigen Fällen des schwachen Wettbewerbsdrucks (teilweise als Folge der unvollkommenen makroökonomischen Stabilisierung in der Zeit vor 1995) gab es nur schwache oder überhaupt keine externen Kontrollen, um ein derartiges Verhalten zu vereiteln. Dies ist ebenso sehr ein Problem der Effizienz wie ein Problem der Transparenz: Das Verhalten privatisierter russischer Betriebe ist insoweit nur schwer von dem der Staatsbetriebe zu unterscheiden.

Diese Art des Insider-Eigentums war in anderen Teilen der Welt in derartigem Ausmaß nicht von Dauer, und es wird sicherlich auch in Rußland nicht der Fall sein. Es ist wahrscheinlich, daß es sich schließlich zumindest teilweise in Eigentum von außenstehenden Investoren umwandelt (Banken, Investmentfonds oder andere inländische oder ausländische Investoren), obwohl man zwischenzeitlich gestiegene Eigentumsrechte der Manager verzeichnen dürfte, da sie Anteile von Mitarbeitern aufkaufen oder Vermögensanteile auf andere Gesellschaften in ihrem Besitz umlenken. Wie lange diese Entwicklung andauern wird, hängt jedoch weitgehend von der Regierung ab. Wenn die Unternehmen nicht auf offene oder versteckte Subventionen zur Deckung ihrer Verluste bauen können und wenn eine Preis- und Handelsliberalisierung den Wettbewerb intensivieren wird, werden einige Manager gezwungen sein, sich um eine Außenfinanzierung zu bemühen. Einige Anzeichen deuten darauf hin, daß Außenstehende Möglichkeiten zum Erwerb bedeutender Anteile an einigen privatisierten Betrieben finden. Eine neuere Untersuchung kam zu dem Ergebnis, daß in einer Stichprobe von 142 Betrieben der Eigentumsanteil in den Händen von Belegschaftsmitgliedern von 65 Prozent

im Jahre 1993 auf 56 Prozent im Jahre 1995 gefallen war – ein bescheidener Schritt in die richtige Richtung.

Andererseits könnten laxe makroökonomische und wettbewerbspolitische Maßnahmen in Rußland, in Verbindung mit Mängeln in der Anwendung der Gesetze, die Kontrolle durch Insider verlängern, die Umstrukturierung weiter verzögern und ungerechte sowie betrügerische Transaktionen ermöglichen. In einigen der größten und reichsten Betriebe – beispielsweise im Erdöl- und Erdgas-sektor – waren die ursprünglichen Privatisierungen besonders trübe, und die Verkäufe der verbliebenen Anteile waren alles andere als regulär. Und die Projekte „Aktien gegen Kredite“ des Jahres 1995 brachten weniger Einnahmen als erwartet und waren fraglos undurchsichtig. Insgesamt gehen ärgern sich viele Russen über die Art und Weise, wie die Privatisierung durchgeführt wurde, weil sie glauben, daß sie nur ein Almosen erhalten haben, während einige Manager – und ihre hochgestellten politischen Gönner – ein Vermögen gewannen. Eine Untersuchung schätzte, daß 19 Prozent der erwachsenen Russen, die in privatisierten Betrieben beschäftigt sind, 56 Prozent des Eigenkapitals erhielten, das bis einschließlich Juni 1994 verkauft worden ist; die restlichen 81 Prozent, die nur Coupons bekamen, erwarben schließlich 15 Prozent der veräußerten Aktiva. Die Transaktionen im Jahre 1995 haben diese Ungleichheit nahezu mit Sicherheit vergrößert.

Die Ukraine bietet ein weiteres Beispiel für einen durch Belegschaftsmitglieder herbeigeführten Immobilismus. Obwohl die Regierung bei der Privatisierung generell langsam vorging, hat sie einige Veräußerungen an Management und Mitarbeiter durchgeführt. Sie startete in den Jahren 1994 und 1995 ein Coupon-Privatisierungsprogramm, doch hat sie es bislang nicht effektiv durchgesetzt. Die makroökonomischen Reformen gingen langsamer voran als in Rußland, und einige Betriebe verfügen weiterhin über einen prompten Zugriff auf staatliche Subventionen. Eine neuere Untersuchung über privatisierte Unternehmen in beiden Ländern zeigte, daß die russischen Insider-Eigentümer, da sie sich mit etwas größerer Finanzierungsdisziplin konfrontiert sahen, mehr Schritte zur Verbesserung der Effizienz ergriffen hatten und weniger ablehnend gegenüber Außenstehenden waren als ihre ukrainischen Gegenüber. Diese Ergebnisse betonen noch einmal die Wichtigkeit der finanziellen Disziplin für die Förderung der Umstrukturierung und Eigentumsänderung in Betrieben, die durch eine Veräußerung an Management und Mitarbeiter privatisiert worden sind.

#### *Coupon-Privatisierung für alle*

Eine dritte Form der Privatisierung verteilt die Coupons an die gesamte Bevölkerung und versucht, die Vermögenswerte weitgehend gleichmäßig unter die Coupon-Besitzer zu verteilen. Derartige Programme zeichnen sich durch



Schnelligkeit und Gerechtigkeit aus. Sie bringen dem Staat jedoch keine Einnahmen, und sie haben für die Unternehmensführung unklare Implikationen. Die Mongolei, Litauen und die ehemalige Tschechoslowakei waren die ersten, die diese Privatisierungsform durchführten. Albanien, Armenien, Kasachstan, die Republik Moldau, Polen, Rumänien (in seinem Programm von 1995) sowie die Ukraine folgten nach, und Bulgarien bereitet nun ein derartiges Programm vor. Einige Länder (wie Georgien und Rußland) haben Coupons benutzt, jedoch mit starken Präferenzen für Insider, wie oben erörtert wurde. Einige wenige Länder (Estland und Rumänien in seinem Programm von 1991) haben Coupons nur benutzt, um Minderheitsbeteiligungen an bestimmten Betrieben zu übertragen. Ungarn, die Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien und Usbekistan zählen zu den wenigen Reformländern mit Privatisierungsprogrammen, die Coupons mit dem Argument ausdrücklich abgelehnt haben, daß verschenkte Kapitalanteile von den Empfängern als wertlos angesehen werden und daß die Coupon-Programme lediglich das Auftreten „echter“ Eigentümer verzögern.

Das Massenprivatisierungsprogramm der Tschechischen Republik war bislang das erfolgreichste. In zwei aufeinanderfolgenden Wellen (die erste noch zur Zeit der Tschechoslowakei) übertrugen die Tschechen mehr als die Hälfte der Aktiva der Staatsunternehmen in private Hände. Den Bürgern war es freigestellt, ihre Coupons direkt in die Betriebe zu investieren, die versteigert wurden. Um jedoch eine stärkere Konzentration des Eigentums zu fördern und um Anreize für eine aktivere Unternehmensführung zu schaffen, erlaubte das Programm die freie Betätigung intermediärer Investmentfonds, um die Coupons zu bündeln und sie im Sinne der ursprünglichen Besitzer zu investieren. Über zwei Drittel der Coupon-Besitzer wählten den Weg der Platzierung ihrer Coupons über diese konkurrierenden Fonds. Die zehn größten unter ihnen erhielten mehr als 40 Prozent der in beiden Wellen ausgegebenen Coupons (rund 72 Prozent aller von solchen Fonds gehaltenen Coupons), was zur Konzentration des Eigentums am industriellen Sektor Tschechiens in den Händen dieser großen Fonds führte. Dies steht in starkem Gegensatz zu den Erfahrungen in der Mongolei, die die Beteiligung intermediärer Fonds verbot, mit dem Ergebnis, daß schließlich beträchtliches Eigentum in die Hände von Insidern gelangte.

Sind die tschechischen Fonds aktive Eigentümer und zur kompetenten Unternehmensführung in der Lage? Obwohl es für ein endgültiges Urteil zu früh ist, entwickeln einige Fonds sowohl eine Kontrolle durch die Anteilseigner (wie sie in Deutschland und Japan praktiziert wird) als auch einen aktiven Aktienhandel (mehr verbreitet in den Vereinigten Staaten) als Instrumente zur Überwachung der unternehmerischen Leistungen. Diese Fonds entsenden Vertreter in Unternehmensvorstände und -aufsichtsräte, fordern bes-

sere Informationen über die Finanzlage und verlangen von den Betrieben, die ihnen gehören, finanzielle Disziplin. Sie handeln untereinander mit großen Aktienpaketen oder verkaufen sie an neue strategische Investoren, und ein mäßig aktiver Aktienmarkt hat sich entwickelt, zum einen an der Prager Wertpapierbörse und zum anderen im weit umfangreicheren Freiverkehr. Sicher befinden sich die Eigentumsstrukturen in der Tschechischen Republik aber noch im Fluß. Einige Beobachter hoffen, daß die Fonds, in Zusammenarbeit mit den Banken oder an deren Stelle, zum Eckstein der finanziellen Infrastruktur werden, die für die Kapitalallokation und die Unternehmensführung in einer Marktwirtschaft wesentlich ist. Andere erwarten, daß der Einfluß der Fonds rasch schwinden wird, sobald die strategischen Investoren beherrschende Aktienmehrheiten aufkaufen. In beiden Fällen scheint der Zweck des Aufbaus der Institutionen nach diesem Konzept gut erfüllt zu werden.

Die tschechische Erfahrung zeigt, wie ein gutgeplantes Coupon-Privatisierungsprogramm viele Probleme überwinden kann. Es kann die Umstrukturierung entpolitisieren, die Entwicklung der Kapitalmärkte fördern und schnell neue reformwillige Anteilseigner hervorbringen. Es liegen jedoch noch viele Hindernisse auf dem Wege von einer Massenprivatisierung zu einem effizient funktionierenden kapitalistischen System. Der Staat muß ergänzende Reformen durchführen – beispielsweise hinsichtlich der Bankenaufsicht und der Regulierung natürlicher Monopole (Sonderbeitrag 3.6). Die ehemalige Tschechoslowakei und Rußland gestatteten den freien Zugang von Investmentfonds, während die Regierungen in Polen und Rumänien die von oben verordnete Schaffung einer vorher festgelegten Zahl von Fonds verlangten. Jedes Verfahren hat seine Risiken. Eine besonders verzwickte Frage lautet: Wer kontrolliert die Kontrolleure? Die Überwachung der Finanzmakler, in etablierten Marktwirtschaften schon schwierig genug, ist in Reformländern noch problematischer, da dort die Publizitätsvorschriften und die Verantwortlichkeit der Treuhänder schwach entwickelt sind und Aufsichtsbehörden und Überwachungsmechanismen noch in den Kinderschuhen stecken. Die Politiker müssen sorgfältig überlegen, wie sie die Fonds regulieren können, um die einzelnen Anleger in den Fonds und die anderen Minderheitsaktionäre in denjenigen Betrieben zu schützen, an denen die Fonds beteiligt sind.

### Die Privatisierung von Kleinbetrieben

Es zeigte sich, daß Kleinbetriebe viel leichter zu privatisieren sind als Großbetriebe. Die Mehrzahl der kleineren Betriebe betätigte sich im Handels- und Dienstleistungsbereich, in Aktivitäten mit einfacher Technologie und leichtem Markteintritt. Keines der großen Hindernisse bei der Privatisierung großer Unternehmen – hoher Kapitalbedarf, beträchtliche Umstrukturierungserfordernisse sowie Unzu-



### Sonderbeitrag 3.6 Was man bei der Privatisierung natürlicher Monopole tun und nicht tun sollte

Die Privatisierung öffentlicher Versorgungsbetriebe und Unternehmen aus der Infrastruktur, wie Elektrizitätsversorgung, Telekommunikation, Erdgas, Ölpipelines, Wasserversorgung, Häfen, Flughäfen und Eisenbahnen bringt komplexe Probleme mit sich, die auf andere Industriezweige nicht anwendbar sind. Diese Industriebetriebe sind in der Regel groß und kapitalintensiv. Sie sind für das Funktionieren der Wirtschaft entscheidend und werden deshalb oft als strategisch wichtig angesehen. Zum Teil sind sie natürliche Monopole, bei denen Wettbewerb technisch unmöglich ist. Und aus weitgehend politischen Gründen verlangen sie oft auch niedrige, kontrollierte Preise, die mit finanziellen Verlusten verbunden sind. Ihre Privatisierung erfordert zumindest vier Schritte:

- Die Einführung von Wettbewerb durch die Abtrennung der monopolistischen Teile von den wettbewerbsfähigen Teilen, was neuen Firmen ermöglicht, als Konkurrenten aufzutreten, sowie möglicherweise die Umstrukturierung der monopolistischen Teile.
- Den Erlass von Gesetzen und die Errichtung von Institutionen, um die Preise und die Qualität in den monopolistischen Teilen zu regulieren.
- Die „Kommerzialisierung“ der Unternehmen und
- die Einbeziehung des privaten Sektors durch Konzessionsverfahren oder durch Privatisierung (entweder durch Verkäufe an strategische Investoren, Massenprivatisierung oder einer Kombination von beidem).

Kommerzialisierung bedeutet die Bildung von Unternehmen, die zwar noch staatlich sind, aber in der Struktur und Betriebsführung den Privatunternehmen ähneln. Die Unternehmen sollten aus der Kontrolle der Ministerien entlassen und in Kapitalgesellschaften umgewandelt werden, die einem Verwaltungsrat zu berichten haben. Die Preise sollten auf ein effizientes Niveau angehoben und die Subventionen verringert und zielgerichtet gewährt werden (siehe Kapitel 2). Die finanzielle Struktur dieser Unternehmen sollte ähnlich wie in Privatgesellschaften sein: Die Aktiva müßten neu bewertet werden und die Schulden (die ursprünglich dem Staat zugeordnet waren) müßten in der Bilanz als Verbindlichkeit übernommen werden.

Eine wachsende Zahl der Reformländer – besonders

Estland, Rußland, die Tschechische Republik und Ungarn – schließen sich dem weltweiten Trend zur Privatisierung der Infrastruktureinrichtungen an. Andere erwägen, diesem Vorgehen zu folgen. Im Energiesektor ist Ungarn bei der Privatisierung durch Verkauf am weitesten gegangen. Es hat ein Rahmenwerk von Regulierungen eingeführt, die Durchschnittspreise nahezu auf Weltmarktniveau angehoben und die Gesellschaften in kleinere Einheiten zerlegt. Es hat an strategische Investoren Mehrheitsbeteiligungen seiner Öl- und Gaserzeugungsgesellschaften sowie verschiedene Unternehmen der Energieerzeugung und der Gas- und Energieverteilung verkauft. Dieser Wunsch, Gesellschaften gegen bar zu verkaufen, der zum Teil durch die Notwendigkeit zur Erhöhung der Einkünfte angeregt worden ist, hat die Preis- und Regulierungsreformen beschleunigt, weil potentielle Käufer die Sicherheit brauchen, die diese Reformen bieten. Ungarn hat aus seinen Versuchen, in den Jahren 1992 und 1993 die Strom- und Gasverteilungsgesellschaften zu verkaufen, gelernt; diese schlugen fehl, weil es an einer ordentlichen Preis- und Regulierungspolitik mangelte.

Die Tschechische Republik und Rußland bieten einen interessanten Kontrast zum ungarischen Verkaufskonzept. Sie nahmen in ihre Coupon-Privatisierungen Beteiligungspakete an ihren großen, integrierten Energiegesellschaften auf (so 30 Prozent der Tschechischen Stromgesellschaft und 50 Prozent der russischen Strom- und Gasgesellschaften). Diese Beteiligungen wurden de facto verschenkt und schufen somit keinen Bedarf an Preis- und Regulierungsreformen. Die Energiepreise für die Haushalte blieben niedrig, und kein Land hat große Fortschritte bei der Entwicklung wirksamer Regulierungssysteme gemacht. Jede zukünftige Steigerung der staatlich kontrollierten Preise wird für die neuen Eigentümer große, unerwartete Gewinne mit sich bringen. Wegen ihres ursprünglich niedrigen Schuldenstandes bilden die Gesellschaften hohe Kassenüberschüsse, da die industriellen Energiepreise sich dem internationalen Stand annähern. In der Zwischenzeit haben außenstehende Eigentümer, Kreditgeber oder der Staat kaum Einfluß auf die Unternehmensführung. Obwohl in gewisser Hinsicht diese Coupon-Privatisierungen beeindruckend waren (besonders in der Tschechischen Republik), ist die fehlende staatliche Beachtung ergänzender Reformen auf dem Gebiet natürlicher Monopole problematisch.

länglichkeiten bei der Regulierung und Unternehmensführung – trifft auf die Kleinbetriebe zu. Die örtlichen Behörden können die Übertragung der Kleinbetriebe in ihre Hand nehmen, und weil diese leichter zu bewerten sind,

können viele Interessengruppen ausreichend Informationen einholen, um offene Versteigerungen zum Erfolg zu führen. Auch dort, wo Insidern eine starke Präferenz eingeräumt wird (wie in Rußland), können die Vermögenswerte durch

Sekundärmärkte schnell höherwertigen Verwendungen zugeführt werden. Der Staat muß jedoch der Versuchung widerstehen, künstliche Grenzen gegen einen Eigentums-transfer zu errichten, indem er zum Beispiel Mindestpreise festlegt oder die Käufer zwingt, im selben Geschäftszweig tätig zu bleiben.

Kleine Verkäufe sind auch politisch leichter durchführbar. Eine organisierte Opposition dagegen war schwach. Die Dienstleistungen sind von der zentralen Planung vernachlässigt worden, was zu Mangelerscheinungen, Schlangestehen, schmutzigen Geschäften und einer geringen Angebotspalette führte. Die Privatisierung führte zu raschen Verbesserungen von Angebotsmenge und -qualität. Fortschritte in diesem Bereich können auch als Anreiz für Reformen in anderen Wirtschaftssektoren dienen. Privatisierte kleine Geschäfte können als Schule für Unternehmer und Investoren dienen und Arbeitskräfte aufnehmen, die von Großbetrieben entlassen worden sind.

Die ehemalige Tschechoslowakei, Ungarn und Polen waren die ersten Länder, die ein breitgestreutes Eigentum an Kleinunternehmen erreichten, wobei sie sehr unterschiedliche Konzepte benutzten. Die Tschechen verwendeten ein zentral konzipiertes, aber örtlich verwaltetes System mit offenen Versteigerungen unter Wettbewerbsbedingungen. Polens Programm war, wie das Privatisierungsprogramm für Großbetriebe, ad hoc geschaffen und gewährte den Beschäftigten große Konzessionen. Ungarn hatte auch unter der zentralen Planung einen beachtlichen Handels- und Dienstleistungssektor mit starker, dezentralisierter Kontrolle des Managements durch Pachtverträge. Dieser Sektor wuchs weniger durch eine breitgestreute Privatisierung als durch den Zugang privater Wettbewerber. Nach diesen führenden Ländern haben auch die meisten anderen Reformländer beträchtliche Privatisierungen kleinerer Unternehmen durchgeführt, und Albanien, die baltischen Staaten, Kroatien, Rußland und Slowenien haben, gemessen am Prozentsatz der Eigentumsübertragungen von Kleinbetrieben, zu den früh startenden Ländern aufgeschlossen.

Rußland hat die Mehrzahl seiner Kleinbetriebe veräußert, aber wie bei der Privatisierung der Großunternehmen, so haben auch hier die Insider letztlich einen Großteil des Eigentums erworben. Dies ist betrüblich. Untersuchungen über die Privatisierung von Kleinbetrieben in Mitteleuropa, Rußland und der Ukraine zeigen, wie notwendig es ist, Außenstehende einzubringen, die tendenziell mehr investieren und bessere Leistungen bieten. Versteigerungen nach tschechischer Art haben eine stärker wettbewerbsorientierte Eigentumsstruktur zur Folge als andere Privatisierungsmethoden und führen zur größten Zahl außenstehender Investoren. Die politischen Realitäten können jedoch nicht ignoriert werden. Dort, wo die Belegschaftsangehörigen stark genug sind, um die Beteiligung Außenstehender zu blockieren, ist eine Privatisierung an Insider immer noch

besser als ein Verbleib der Vermögenswerte in staatlichem Eigentum; dies gilt besonders im Falle der Kleinbetriebe, wo der Wettbewerb ziemlich leicht eine nachfolgende Umstrukturierung und Neugruppierung der Eigentumsrechte erzwingen kann.

### **Privatisierung und Umstrukturierung landwirtschaftlicher Betriebe**

Die chinesische Landwirtschaft wurde in den fünfziger Jahren kollektiviert, wodurch die individuellen Anreize erstickt wurden. Die Landwirtschaft wurde dann durch Preis- und Absatzkontrollen bis zum Jahre 1978 stark belastet, als das System der Verantwortung der Haushalte eingeführt wurde. Dies hat die kollektivierten Farmen aufgeteilt und die Haushalte mit Nutzungsrechten für das von ihnen bewaute Land ausgestattet. Es schwächte auch die nachteiligen preispolitischen Maßnahmen und Kontrollen über die Vermarktung ab. Das Ergebnis war ein enormer Anstieg der landwirtschaftlichen Produktion. Daraus folgten höhere landwirtschaftliche Einkommen, die die örtliche Nachfrage nach Nahrungsmitteln steigerten, während der Staat weiterhin die Lebensmittel in städtischen Regionen subventionierte. Der landwirtschaftliche Boom regte das Wachstum in der gesamten Wirtschaft an. Vietnam durchlief Mitte der achtziger Jahre einen ähnlichen Prozeß und wurde innerhalb weniger Jahre von einem Reisimporteur zu einem Relexporteur. In beiden Ländern bestimmen jetzt hauptsächlich die Marktkräfte über die Agrarpreise und die landwirtschaftliche Produktion.

Die Agrarreform in den MOE-Ländern und insbesondere in den NIS-Staaten war schwieriger. Anders als in China war die Landwirtschaft in diesen Ländern unter der zentralen Planung hochmechanisiert und stark subventioniert. Die Kolchosen und Staatsgüter waren zu groß, um effizient geleitet zu werden. Sie wurden wie die großen staatseigenen Industriebetriebe durch leichten Zugang zu Bankkrediten und durch umfangreiche Subventionen an die Landwirtschaft und die Verbraucher am Leben gehalten. Neben diesen Großbetrieben existierte ein verkümmerter Privatsektor, der aus kleinen Bauernhöfen und Grundflächen im Privatbesitz von Haushalten bestand. Diese duale Struktur entzog dem Staatssektor leistungsfähige Arbeitskräfte und dem Privatsektor effiziente Technologie. In den frühen neunziger Jahren wurden durch Reformen die Subventionen an die Verbraucher und andere Transfers für die Landwirtschaft gekürzt. Der Zusammenbruch der geschützten Märkte des RGW war ein zusätzlicher schwerer Schlag. Die Nachfrage stürzte ab, insbesondere für Fleisch und Milch, und die gesamte landwirtschaftliche Produktion fiel um ein Viertel bis ein Drittel. Einige Regierungen übten daraufhin noch stärkeren Druck auf die Landwirtschaft aus, indem sie an partiellen Preiskontrollen für die Erzeugung festhielten, während sie die entsprechenden Kontrollen auf der Input-

Knappheit an gewerblich genutzten Gebäuden, die die Entwicklung des privaten Sektors hemmt.

Die Reformer hatten bei der Privatisierung kommerziellen Grundbesitzes nur geringe Erfolge: Kein Transformationsland hat bislang ein systematisches Programm auf den Weg gebracht. Was einige Länder und Städte erreicht haben, war ein Nebeneffekt anderer Privatisierungsinitiativen. Bulgarien, die Tschechische Republik, die Slowakei und Slowenien haben in ihre Rückerstattungsprogramme beträchtliche Flächen kommerziellen Grundbesitzes eingeschlossen (siehe Sonderbeitrag 3.7). Viele Länder haben Rechte auf kommerziellen Grundbesitz an die Grundstücksinhaber oder die Höchstbietenden bei kleinen Privatisierungsprogrammen übertragen – oft jedoch nur Pachtrechte. Sowohl bei Rückerstattungen als auch bei kleineren Privatisierungen mußten sich die neuen Eigentümer mit den gewichtigen Besitzrechten der gegenwärtigen Grundstücksinhaber auseinandersetzen. Beispielsweise gab 1994 ein ausländischer Investor seine Bemühungen zum Kauf eines Hotelgrundstücks in Prag auf, als er keine Einigung mit den drei Besitzern des Bauplatzes erzielen konnte. In Bulgarien müssen diejenigen, die durch Rückerstattung Eigentümer geworden sind, weiterhin drei Jahre lang an die gegenwärtigen Grundstücksinhaber vermieten. Diese Konflikte zwischen den ehemaligen Besitzern und den neuen Eigentümern sind unvermeidlich. Entscheidend ist es, klare Regeln aufzustellen, so daß Geschäftsabschlüsse getätigt werden können und die Märkte sich entwickeln. Einige Länder haben in ihre Privatisierungsprogramme für Unternehmen den Grundbesitz eingeschlossen, der von großen Staatsbetrieben gehalten wird. (Polen und Rußland sind nennenswerte Ausnahmen.) Darüber hinaus haben die Staatsbetriebe in fast allen Reformländern nicht benötigte Grundstücke oder Gebäude vermietet oder sonstwie übertragen, wenn sie durch harte Budgetrestriktionen unter Druck gerieten oder wenn sie durch die Chance zu einer „spontanen“ Privatisierung dazu verleitet wurden. Da aber die Staatsunternehmen in der Regel nur über Nutzungsrechte verfügen, sind derartige Übertragungen oft nicht rechtsgültig.

Das Ergebnis dieser partiellen Bemühungen zur Privatisierung kommerziellen Grundbesitzes ist in den meisten Reformländern ein Flickwerk aus verworrenen Besitzrechten und weiterhin weitverbreiteten öffentlichen Eigentumsrechten. Sogar in Bulgarien, der Tschechischen Republik, der Slowakei und in Slowenien besitzen die örtlichen Regierungsstellen noch in großem Umfang Laden- und Büroflächen sowie unbebautes Land. Ungarn hat die Liberalisierung des kommerziellen Vermietungsmarktes in die Wege geleitet, obwohl es weder in großem Ausmaß Privatisierungen durchgeführt hat, noch die Mieten auf marktgerechte Niveaus anhebte. Den Besitzern (die in der Regel über langfristige Pachtrechte unterhalb der Marktmieten verfügen) ist

das Recht zur Weitervermietung zugestanden worden, vorausgesetzt, sie zahlen 20 Prozent des „Profits“ (die Differenz zwischen der von ihnen verlangten und der von ihnen gezahlten Miete) an die örtlichen Behörden. Ein Großteil des Marktes für gewerblich genutzte Büroflächen funktioniert auf diese Weise. Die baltischen Länder und Polen haben ungeachtet ihrer Fortschritte bei der Anwendung kommerzieller Managementpraktiken kaum kommerziellen Grundbesitz in private Hände übertragen. Andere NIS-Länder und Rumänien haben nur geringe Fortschritte gemacht, und zwar sowohl auf dem Papier als auch in der Praxis, obgleich einige Städte und Regionen deutlich weiter sind als andere.

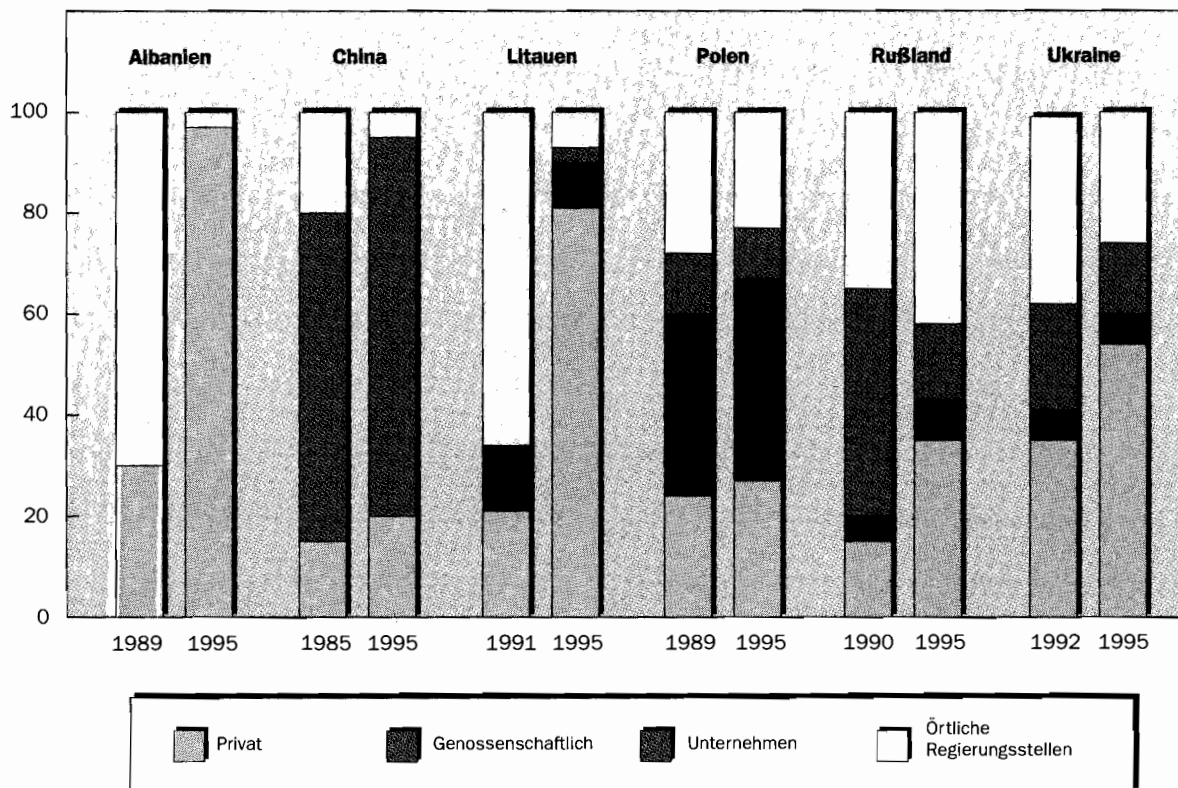
Ein Hauptgrund für das langsame Tempo der Privatisierung und privater Neubautätigkeit sind die sich widersprechenden Anreize auf Seiten der örtlichen Regierungsstellen, die den Großteil des kommerziellen Grundbesitzes kontrollieren. Die fortschrittlicheren und rechtschaffenen lokalen Behörden wissen, daß eine effiziente Allokation dieses Grundbesitzes ein schnelles Wachstum des privaten Sektors fördern und ihre Einnahmen steigern kann. Andere örtliche Behörden halten jedoch an ihrer Monopolmacht bei der Verteilung der knappen Flächen (oft unterhalb der Marktmieten) und bei der Bereitstellung neuer Flächen fest; dies geschieht in gewissem Umfang wegen der irregulären Einkommen, die so erzielt werden können. Eigentumsrechte sind nicht ihre einzige Quelle der Macht. Örtliche Behörden stellen auch die Dienstleistungen bereit, die die gewerblichen Nutzflächen verwendbar machen, wie Energie- und Wasserversorgung, Kanalisation und Feuerschutz. Sie regulieren auch die weitere Entwicklung. Einige staatliche Verwaltungen stellen sich direkt dem Wettbewerb mit privaten Unternehmen, indem sie das Land selbst entwickeln oder Joint-ventures in gewerblichen Bereichen gründen, wobei sie Grundstücke als ihren Beitrag einbringen. Die Interessenkonflikte zwischen diesen zahlreichen staatlichen Funktionen führen zur Schaffung und zum Erhalt künstlicher Monopole, komplexer Regulierungsvorschriften, willkürlicher Anwendungsmaßnahmen und zu hohen Kosten für neue private Betriebe. Streitereien der kommunalen Behörden untereinander, die die lukrative Rolle des Eigners und Managers spielen wollen, sind alltäglich. Einige Bezirke von Warschau haben sehr erfolgreich Land und kommerzielle Grundstücke für private Investoren zur Verfügung gestellt, während andere zögerlich gewesen sind. Die Unterschiede sind derzeit in der Stadt bei der Verteilung der kommerziellen Aktivitäten deutlich sichtbar.

Diese Unzulänglichkeiten der gewerblichen Grundstücksmärkte sind ein wichtiges Hindernis für die Entwicklung des privaten Sektors. Die Probleme werden sich nicht von selbst lösen, und sie laden zur Korruption ein. Die örtlichen Regierungsstellen müssen kraftvoll handeln (oder zum Handeln durch Reformer auf anderen Regierungsebenen

### Reformländer haben stark unterschiedliche Strukturen beim Wohnungseigentum

**Schaubild 3.1** Wohnungseigentum in städtischen Regionen in sechs Reformländern

Anteile in Prozent



Anmerkung: „Unternehmen“ umfaßt den Wohnungsbesitz von staatlichen Behörden, ohne denjenigen der örtlichen Regierungsstellen, aber einschließlich des Wohnungsbestandes der Staatsunternehmen. Quelle: Amtliche Angaben; Weltbank 1995 n; Daten der Weltbank.

angestoßen werden), damit sie privatisieren, regulative Beschränkungen und Flächennutzungsbeschränkungen für neue Entwicklungen lockern und die Infrastruktur sowie die Bereitstellung von Dienstleistungen dem privaten Wettbewerb öffnen. Für Gebäude, die im Staatsbesitz bleiben, sollten die örtlichen Regierungsstellen kommerzielle Management-Methoden fördern, wie das Leasing nach transparenten Regeln und zu marktmäßigen Leasingraten, sowie vertragliche Verpflichtungen respektieren. Die nationalen Regierungen können die Reformen der örtlichen Regierungsstellen dadurch beschleunigen, daß sie diejenigen

finanziell belohnen, die ihre Vermögenswerte am effizientesten und transparentesten nutzen.

#### Privatisierung des Wohnungswesens

Die Strukturen des Wohnungseigentums unterschieden sich in den zentralgeplanten Volkswirtschaften beträchtlich (Schaubild 3.1). In China und Vietnam befand und befindet sich der Großteil der städtischen Wohnungen im Besitz von Unternehmen, während die Bewohner auf dem Lande für ihren eigenen Wohnraum verantwortlich waren und informelle Eigentumsrechte hatten – jedoch keine einklagbaren

Rechtsansprüche. In den MOE-Ländern war der Privatbesitz von Wohnungen nie völlig abgeschafft worden, und während der Reform-Initiativen in den siebziger und achtziger Jahren weitete er sich beträchtlich aus. Mehr als die Hälfte des Wohnungsbestandes in den meisten MOE-Ländern (in ländlichen Regionen sogar mehr) war zu Beginn des Transformationsprozesses bereits in Privateigentum; die örtlichen Regierungsstellen besaßen den größten Teil des Restes. In den NIS-Ländern waren die lokalen Behörden oder die Unternehmen die Eigentümer des größten Teils der städtischen Wohnungen, obwohl privater Hausbesitz nicht unüblich war, insbesondere nicht in ländlichen Regionen.

Die Privatisierung der Wohnungsgebäude hat aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen in den Reformländern eine hohe Priorität. In marktwirtschaftlichen Ländern entfällt auf den Wohnungsbesitz rund 30 Prozent des Vermögens. Die Übertragung des Wohnungseigentums auf Einzelpersonen und Haushalte sowie die Entwicklung des Wohnungsmarktes zur Realisierung der Werte, kann dazu beitragen, die Bürger für die Ersparnisverluste zu entschädigen, die viele von ihnen durch die Hyperinflation erlitten haben. Weil Wohnungseigentum in der Zeit der zentralen Planung relativ gleichmäßig verteilt war (allerdings mehr im Hinblick auf die Wohnfläche als auf die Qualität oder die Wohnlage), ist es ein einfacher und gerechter Weg, die Privatisierung durch Umwandlung der Mieterrechte in Eigentümerrechte durchzuführen. Nahezu die gesamte Wohnungsprivatisierung wurde durch Schenkungen oder preiswerte Verkäufe an die gegenwärtigen Wohnungsmieter durchgeführt, wobei oft Flächenbegrenzungen eine Rolle spielten. Die baltischen Staaten haben an alle Bürger Coupons ausgegeben (in einer vom Alter abhängigen Höhe), die unter anderem zum Kauf ihrer Wohnungen verwendet werden können. Weißrußland verschenkt einige Quadratmeter Wohnfläche.

Die Privatisierung kann den Staat und die Unternehmen von der kostspieligen Subventionsbürde entlasten, aber nur, wenn die Verantwortung für die Versorgungseinrichtungen und die Instandhaltung ebenfalls an die neuen Eigentümer übertragen wird. Die Abgabe der Wohngebäude und der damit verbundenen Kosten verbessert in der Tat die fiskalische Position des Staates. Die Mieten im öffentlichen Wohnungswesen waren zur Zeit der zentralen Planung extrem niedrig, und der Staat und die Unternehmen trugen den Hauptanteil der Kosten für den Bau, den Unterhalt und die Versorgungseinrichtungen. Die örtlichen sowjetischen Regierungsstellen gaben in der Regel bis zu 15 Prozent ihres Haushalts für die Instandhaltung des kommunalen Wohnungsbestandes aus. Bis 1993 war dieser Anteil auf 25 Prozent gestiegen. Von 1927 bis 1992 war in der Sowjetunion die monatliche Grundmiete, die von den Haushalten verlangt wurde, bei 0,132 Rubel pro Quadratmeter einge-

froren. Bis zum Ende der Sowjetära gaben die Haushalte gerade 2,4 Prozent ihres verfügbaren Einkommens für die Wohnung aus (Miete plus Nebenkosten) – weniger, als sie für Alkohol und Zigaretten zahlten. Diese zu niedrig an gesetzten Preise förderten die Verschwendung von Energie und vielem mehr, verhinderten eine ordentliche Instandhaltung und führten zu großer Nachfrage, langen Wartelisten und einer blühenden Schattenwirtschaft.

Die anderen hohen ökonomischen Kosten dieser Wohnungspolitik bestanden in den negativen Effekten auf die regionale Arbeitsmobilität. Die Arbeitnehmer hatten wenig Hoffnung, eine Wohnung zu finden, wenn sie eine Arbeit in einer anderen Stadt annahmen. Die Entwicklung des Wohnungsmarktes ist ein wesentlicher Bestandteil der Umstrukturierung von Unternehmen in Reformländern, sowohl um die Betriebe zu entlasten, damit sie sich auf produktive Aktivitäten konzentrieren können, als auch um die Arbeitsmobilität zu fördern. Dies gilt besonders für Länder wie China, wo die Unternehmen einen Großteil der städtischen Wohnungen besitzen.

Mehrere NIS-Länder standen bei der Privatisierung des Wohnungswesens ganz vorne. Litauen, das erfolgreichste Land, hat mit Hilfe einer Kombination von Coupon-Verkäufen und Rückerstattungen das staatliche Eigentum am Wohnungsbestand von zwei Drittel auf weniger als ein Zehntel reduziert. Estland begann sein Programm langsamer, aber es gewann an Tempo, als sich Ende 1995 der Schlußtermin für die Verwendung der Coupons näherte. 70 Prozent des Wohnungsbestands sind jetzt in privater Hand. Auch Armenien und die Republik Moldau haben die Privatisierung schnell durchgeführt. Die meisten MOE-Länder, die anfangs die Vorhut bildeten, haben seit 1990 eine langsamere Gangart eingeschlagen, zum Teil deshalb, weil sie viel weniger staatlichen Wohnungsbestand zur Privatisierung noch übrig hatten – nur Albanien konnte mit dem drastischen Eigentumswechsel der führenden NIS-Privatisierungsländer mithalten (Schaubild 3.1). Sloweniens Programm preiswerter Verkäufe des Jahres 1992 war ein Mittel, Devisen unter den Matratzen hervorzuholen (oder von ausländischen Bankkonten abzuheben) und in die Tresore der Zentralbank umzuleiten. Diese wachsenden Devisenreserven trugen dazu bei, die Einführung der neuen slowenischen Währung, des Tolar, zu unterstützen. Was dies betrifft, so hinken China und Vietnam hinterher; sie haben wenig getan, um das Wohnungswesen vom Unternehmensbereich zu trennen. In China besitzen und verwalten die Unternehmen rund 75 Prozent des städtischen Wohnraums, und dieser Anteil ist in den letzten Jahren noch gestiegen, da die örtlichen Regierungsstellen Wohnungen an Unternehmen übertragen haben. Es kann sein, daß in der Zukunft einige dieser Vermögenswerte gegen Pensionsverpflichtungen eingetauscht werden (siehe Sonderbeitrag 4.6).



Der Aufbau eines stabilen Wohnungsmarktes erfordert außer dem Eigentumswechsel zahlreiche Reformen. Die Belastung der Wohnungsinhaber mit Mieten, Nebenkosten und Instandhaltung in den verbleibenden öffentlichen Wohnungen muß stetig erhöht werden. Die Mieterrechte aus der Zeit der zentralen Planung sind viel größer als die Mieterrechte in einigen etablierten Marktwirtschaften, und sie sind de facto vererbare Eigentumsrechte. Von diesen Rechten zum vollen Eigentumsrecht überzugehen, kann ohne irgendeine Bedeutung sein, solange nicht die frühere Verteilung der Subventionen und Verantwortlichkeiten ebenfalls geändert wird.

Die Verlagerung der vollen ökonomischen Kosten des Wohnungswesens auf die Haushalte dürfte nicht über Nacht möglich sein, insbesondere nicht in Volkswirtschaften, die scharfe Einbrüche des BIP und der Beschäftigung sowie einen drastischen Anstieg der Armut erlitten haben. Um den kurzfristigen Einfluß höherer Mieten in staatlichen Wohnungen und die höheren Neben- und Instandhaltungskosten im gesamten Wohnungswesen auszugleichen, könnte der Staat in Betracht ziehen, den am meisten durch die Reformen Betroffenen Wohnungsbeihilfen zu zahlen, während gleichzeitig die Nettolöhne erhöht werden, um gestrichene Subventionen zu ersetzen. Der entscheidende Punkt ist, daß die echten Kosten der Wohnungsnutzung – die früher in gedrückten Löhnen, Haushaltsdefiziten, Inflation und Unterversorgung versteckt waren – offengelegt werden müssen. Darüber hinaus werden neue Finanzierungsmodelle benötigt, um den neuen Privateigentümern bei der Finanzierung der Wohnungen zu helfen, wenn sich der Staat vom Wohnungsbau und der Instandhaltung zurückzieht.

Die örtlichen Regierungsstellen müssen auch die Eigentumsrechte und Bebauungspläne klären, die Grundbücher verbessern sowie effiziente Vermögensteuersysteme und gesetzliche Regelungen für Gemeinschaftseigentum entwickeln, die zur Aufteilung der Verantwortlichkeiten bei gemeinschaftlichem Besitz an Gebäuden erforderlich sind. Die neuen Eigentümer werden den Wert ihrer Wohnungen nicht richtig einschätzen, wenn sie nicht durch funktionierende Wohnungsmärkte den Wert messen und realisieren können. Diese Märkte werden sich aber erst dann entwickeln, wenn die Eigentümer über eindeutige und leicht handelbare Rechte bezüglich der Gebäude und des Baulands verfügen. Schließlich ist ein oft übersehenes Problem bei der Wohnungsprivatisierung die Verteilung der Eigentumsrechte innerhalb der Haushalte. Zu garantieren, daß beide Ehepartner die gleichen Rechte am privatisierten Wohnraum haben, ist ein wichtiger Schritt zur Gleichstellung der Geschlechter im Transformationsprozeß.

Ein ordentlich privatisiertes Wohnungswesen ebnet den Weg zu einer Fülle neuer Produkte und Dienstleistungen, wie Gebäudeversicherungen, Grundstücksmaklergeschäfte, Wohnungsreparaturgewerbe, Hypothekenfinanzierung

und Grundstückerschließung. Dies schafft neue Arbeitsplätze und läßt die privaten Wohnungsmärkte funktionieren, indem sie Risiken streuen, Informationen für Käufer und Verkäufer bereitstellen und die benötigten Finanzierungen leisten.

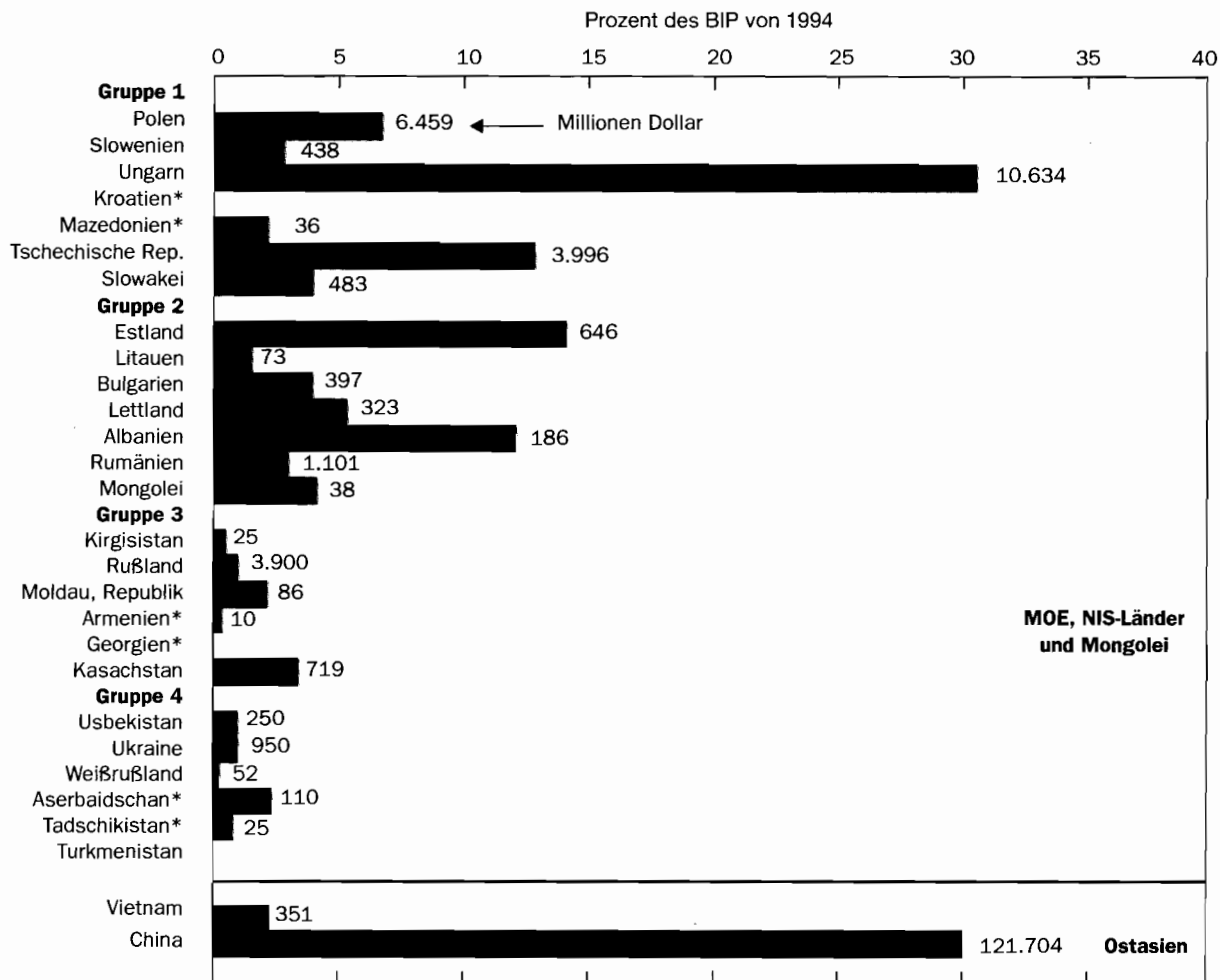
### Firmengründungen und Auslandsinvestitionen

Die Privatisierung der Staatsunternehmen ist für die langfristige Entwicklung der Reformländer entscheidend. Aber genauso wichtig ist die Förderung der Gründung neuer Betriebe. Angesichts der Verzögerungen bei der Eigentumsübertragung größerer Betriebe ergaben sich die schnellsten Erträge bei den neu gegründeten privaten Firmen. Beispielsweise kann die Rückkehr zum Wirtschaftswachstum in den Jahren 1993 und 1994 in Polen und Rumänien nicht deren formellen Privatisierungsprogrammen zugeschrieben werden, die langsam vorangingen, sondern eher ihren guten Resultaten bei Neugründungen von Betrieben. Eigentümer und Investoren neuer Firmen bringen neue Ideen und Techniken mit, und sie werden weniger durch die etablierte Routine und durch Personalprobleme eingeschränkt. Im Verlauf der Geschichte kamen der technische Fortschritt und die Produktivitätsverbesserungen mehr von Seiten neuer Betriebe, die alte ersetzen – durch „kreative Zerstörung“ – als von Reformen in bestehenden Betrieben. Die meisten neuen Betriebe in den MOE- und NIS-Ländern befinden sich in Privatbesitz; in den Planwirtschaften Ostasiens waren die Neuzugänge sowohl privater als auch „nichtstaatlicher“ Natur (siehe Sonderbeitrag 3.4).

Neuzugänge und Privatisierung lassen sich nicht völlig voneinander trennen. Privatisierte kleine Betriebe können von Neugründungen kaum unterschieden werden, insbesondere dann nicht, wenn das einzige „Vermögen“ der Firma von einigem Wert dessen Zugang zu kommerziellem Grundbesitz ist. Neue Privatbetriebe sind oft mit Vermögenswerten oder Arbeitskräften gegründet worden, die von sich verkleinernden Staatsunternehmen freigesetzt worden sind. In der Tat ist die „Vermögensprivatisierung“ in den meisten Reformländern viel schneller vorangegangen als die Privatisierung von Unternehmen. Dies vermag beispielsweise zu erklären, warum Polens Privatsektor etwa 60 Prozent des BIP produziert (ausgehend von 30 Prozent im Jahre 1990) trotz des nur langsam vorankommenden offiziellen Privatisierungsprogramms. Wirtschaftliche Reformen führen zu einem schnellen Wachstum des legalen privaten Geschäftsverkehrs. Aber sogar dort, wo die Reformen langsam vorangehen, wird eine informelle Schattenwirtschaft von privaten Betrieben entstehen – unterstützt von spontanen Privatisierungen. Die Schattenwirtschaft in der Ukraine dürfte nicht weniger als 40 Prozent der wirtschaftlichen Produktion erzeugen, trotz des schleppenden Tempos der Wirtschaftsreform und der Privatisierung. Sicherlich ist das Wachstum des formellen Sektors dem

**Einige Reformländer waren für Auslandsinvestitionen weitaus attraktiver.**

**Schaubild 3.2** Kumulierte Zuflüsse von ausländischen Direktinvestitionen



Anmerkung: Die Angaben sind die Summe der Zuflüsse im Zeitraum 1989 bis 1995; Angaben für Georgien, Kroatien und Turkmenistan sind nicht verfügbar. Die Zahlen für 1995 sind vorläufig. Die Reihenfolge der Länder entspricht derjenigen in Schaubild 1.2. Ein Stern kennzeichnet Länder, die durch regionale Spannungen zwischen 1989 und 1995 erheblich in Mitleidenschaft gezogen wurden. Quelle: Weltbank 1996 b; IWF und Schätzungen der Weltbank.

Wachstum der Schattenwirtschaft vorzuziehen, aber beides ist besser als überhaupt kein Wachstum (siehe Kapitel 2).

Was benötigt der neue formelle Privatsektor für Erfolg und Wachstum? Lebenswichtig ist makroökonomische Stabilität. Länder mit hohen Haushaltsdefiziten haben Schwierigkeiten, einer konfiskatorischen Besteuerung zu widerstehen, die einen sich entwickelnden Privatsektor tendenziell

erdrückt, und die Betriebe tun sich schwer dabei, in einem Umfeld hoher Inflation Preise festzusetzen, Verträge auszuhandeln und den Investitionsbedarf zu schätzen. Die Liberalisierung der Preise und Märkte und auch die Vermeidung von Überregulierungen sind ein weiteres Muß. Die neuen Privatbetriebe müssen in der Lage sein, die Produktpreise festzulegen, die preisgünstigsten Vorleistungen zu suchen,



die Produktlinien zu ändern, Arbeitnehmer einzustellen und zu entlassen und sich die benötigten Devisen zu beschaffen, wenn sie sich effizient an veränderte Marktbedingungen anpassen sollen. Sie brauchen auch eindeutige und stabile Spielregeln, die sich zu vernünftigen Kosten durchsetzen lassen, sowie das Fehlen von Kriminalität und Korruption (siehe Kapitel 5).

Diese Vorbedingungen sind generell in Mitteleuropa anzutreffen und in einem etwas geringeren Ausmaß in Osteuropa und in den baltischen Ländern, wo neue Privatbetriebe frei operieren und auf die Marktkräfte reagieren können (obwohl sie hohen Steuern unterliegen, die von vielen vermieden werden, und gewisse Schwierigkeiten haben, zu Grundstücken zu kommen, wie oben erörtert wurde). Die unternehmerische Freiheit und die Beschaffung von Vorleistungen sind in Rußland und anderen nicht-baltischen Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion stärker eingeschränkt, vielen Privatbetrieben gelingt es jedoch, in zuvor unterdrückten Sektoren zu florieren, wie im Handel und bei den Dienstleistungen, wo die aufgestaute Nachfrage hoch ist. In einer Befragung aus dem Jahre 1992 war der größte Grund zur Klage bei den Unternehmern in Polen der Mangel an Finanzierungsmitteln, während in St. Petersburg und in der gesamten Ukraine die makroökonomische Unsicherheit, die Instabilität des Rechtswesens und in vielen Fällen Verbrechen und Korruption die Unternehmer am meisten beeinträchtigten, gefolgt von hohen Steuern und fehlenden Finanzierungsmitteln.

Obwohl es die inländischen Betriebe sind, die in allen Marktwirtschaften das Wachstum vorantreiben, leisten doch auch die ausländischen Investitionen einen sehr wertvollen Beitrag. Ausländer bringen Kapital, Technologie, Managementerfahrung und Zugang zu Märkten mit – alles für die Umstrukturierung von Unternehmen in den Reformländern entscheidende Dinge. Die weniger greifbaren Effekte der Auslandsinvestitionen, wie der Import neuer Ideen und Verfahren durch eine verbesserte Leistungsfähigkeit und Unterstützung wirtschaftspolitischer Veränderungen, sind im Rahmen der Transformation besonders wichtig. China erfreute sich eines schnellen Wachstums und war führend beim Zufluß von Auslandsinvestitionen, obwohl ein Großteil davon heimische Gelder sein dürften, die über Hongkong zurückgefließen sind, um so in den Genuß der Anreize zu gelangen, die nur ausländischen Investoren gewährt werden. Ungarn teilt mit China die führende Position bei den Auslandsinvestitionen, gemessen als Anteil am BIP (Schaubild 3.2).

Ausländische Investoren können ein enorm wichtiger Faktor sein. Da ist der Fall eines polnischen Beleuchtungsunternehmens, das 1991 von einem dänischen Geschäftsmann gekauft worden ist. Der neue Eigentümer investierte beträchtlich in die technische und unternehmerische Ausbildung in Bereichen wie Kostenrechnung, Datenverarbei-

tung, Vermarktung, gesamtes Qualitätsmanagement und Schulung in englischer Sprache. Er stattete den polnischen Betrieb mit technischem Know-how und einer Ausrüstung auf dem neuesten Stand der Technik aus, die nicht nur die Produktivität steigerte, sondern auch die umweltschädlichen Emissionen verringerte. Danach modernisierte er die Büros und Einrichtungen des Unternehmens. Die Ergebnisse waren überraschend. Innerhalb von drei Jahren wurde aus einem um das Überleben kämpfenden Betrieb ein rentables und international wettbewerbsfähiges Unternehmen. Der Umsatz je Beschäftigten hat sich in den Jahren 1991 bis 1994 fast verdoppelt, und man rechnet mit einer weiteren Verdoppelung bis zum Jahr 2000. Die polnischen Verbraucher zahlen für Standard-Beleuchtungskörper 25 Prozent weniger. Die Beschäftigung hat sich bei 3.000 Personen stabilisiert, und die Gehälter stiegen um 10 Prozent pro Jahr. Die Aktivitäten des Unternehmens haben in der Gemeinde durch den Transport der Enderzeugnisse zu den inländischen und ausländischen Märkten für zusätzliche private Beschäftigung gesorgt.

Alle ausländischen Investoren haben dieselben Interessen: politische und ökonomische Stabilität und Öffnung nach außen, Gesetze und Regulierungen, die gerecht und offen durchgesetzt werden, prompter Zugang zu den Vorleistungen zu vernünftigen Preisen. Alle diese Punkte werden durch politische Entscheidungen stark beeinflusst. Die Investoren achten auch auf die Größe und das Wachstum der Inlandsmärkte, was durch die Wirtschaftspolitik beeinflusst werden kann, sowie auf die Nähe zu wichtigen internationalen Märkten, was sich ihrem Einfluß entzieht. Auslandsinvestitionen im Bereich der Bodenschätze sind durch die Lage vorgegeben: daher das Interesse ausländischer Energieunternehmen an Kasachstan und Rußland. Einzigartige historische und kulturelle Faktoren, wie die Existenz einer großen Gemeinde im Ausland, sind ebenfalls von großem Einfluß: Estland profitierte von den engen Verbindungen zu Finnland und anderen skandinavischen Ländern, und die meisten „ausländischen“ Investitionen in China sind durch Übersee-Chinesen durchgeführt worden. Aber enge Auslandsverbindungen reichen nicht aus. Armenien, Polen, Rußland und Vietnam haben große Auswanderer-Gemeinschaften, die jedoch nur relativ wenig investierten, teilweise weil die Politik oder die Privatisierungsprogramme alles andere als ausländerfreundlich waren (und im Falle von Armenien wegen der Blockademaßnahmen). Die Struktur der Privatisierungsprogramme beeinflusst den Umfang des ausländischen Engagements in privatisierten Betrieben in erheblichem Maße. Sowohl Ungarn als auch Estland haben durch Verkäufe von Staatsunternehmen ausländische Investitionen an sich gezogen, während Rußlands Konzept der auf Belegschaftsmitglieder orientierten Privatisierung die ausländische Beteiligung auf gerade 2 Prozent des privatisierten Eigenkapitals beschränkte.

Spezielle Regelungen für Auslandsinvestitionen schaffen Sonderverhältnisse, von denen die übrige Wirtschaft wenig profitiert. Diese Regelungen mögen am Anfang des Transformationsprozesses nützlich sein, um zu bekunden, daß das Land die Reform ernst nimmt. Andererseits können spezielle Steuervergünstigungen, Zollbefreiungen und andere Anreize für Ausländer inländische Investoren benachteiligen und den Staat dringend benötigte Einnahmen kosten. So schnell wie möglich sollten die Reformländer diese Sonderverhältnisse abschaffen und inländische und ausländische Investoren gleichstellen. Die Tschechische Republik beispielsweise unternahm diesen Schritt im Jahre 1992, als sie die spezielle Gesetzgebung für Auslandsinvestitionen zugunsten einer umfassenden Handelsgesetzgebung für alle Investoren abschaffte.

### Was bleibt zu tun?

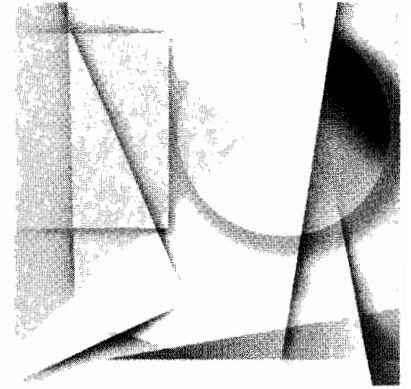
Die Lehren aus den Erfahrungen mit den Unternehmensreformen sind ziemlich eindeutig, und sie gelten für alle Reformländer von der Tschechischen Republik bis hin zu China. Die Unternehmen und landwirtschaftlichen Betriebe, die die zentrale Planwirtschaft überstanden haben, brauchen eine entscheidende Umstrukturierung ihrer Produktion und eine Umorientierung ihrer Anreizsysteme. Betriebe, die sich mit strikter finanzieller Disziplin konfrontiert sehen, dem Wettbewerb ausgesetzt sind und klare Eigentumsverhältnisse aufweisen, werden höchstwahrscheinlich die erforderliche Umstrukturierung durchführen oder aus dem Markt ausscheiden, womit sie Platz machen für neue und bessere Betriebe. Kurzfristig kann die finanzielle Disziplin durch die in Kapitel 2 skizzierten Stabilisierungs- und Liberalisierungsmaßnahmen gefördert werden. Längerfristig sind jedoch dezentralisierte Eigentumsrechte – vorzugsweise privater Art – und unterstützende Institutionen erforderlich, um die finanzielle Disziplin aufrechtzuerhalten, auf marktorientierte Anreize zu reagieren und alternative Formen der Unternehmensfinanzierung und der Unternehmensführung zu gewährleisten.

Die Eigentumsstrukturen, die sich unmittelbar aus dem Übergang zu „nichtstaatlichen“ Unternehmensformen oder aufgrund der Privatisierung ergeben, sind wahrscheinlich nicht optimal. Dies gilt insbesondere für große Unternehmen und landwirtschaftliche Betriebe, es dürfte aber auch für kleinere Betriebe, kommerziellen Grundbesitz und das Wohnungswesen zutreffen. Die anfänglichen Eigentumsrechte dürften zu sehr verzerrt sein, wie es bei den Massen-Privatisierungsprogrammen in Litauen der Fall war, oder sie dürften zu sehr in den Händen von Belegschaftsmitgliedern gebunden sein, wie bei den Privatisierungen der ersten Phase in Rußland. Die Gewinner im Prozeß der Vermögensaufteilung könnten versuchen, Widerstände gegen einen Sekundärhandel aufzubauen. Das Eigentum kann schließlich in Unternehmen konzentriert sein, die entweder zu

groß sind, wie Rußlands Landwirtschaftsbetriebe in der Rechtsform von Körperschaften, oder zu klein, wie Rußlands zerstückelter Landbesitz. Das Eigentum kann bei Rechtspersonen wie Investmentfonds oder bei abwesenden Inhabern liegen, die entweder nicht in der Lage oder nicht willens sind, eine effiziente Kontrolle auszuüben. Eine entscheidende Bestimmungsgröße für den längerfristigen Erfolg eines jeden Reformprogramms ist der Rahmen, innerhalb dessen sich die Eigentumsrechte zu effizienteren Formen entwickeln können. Diejenigen Programme, die das Wachstum der Kapital- und Vermögensmärkte stimulieren, wie das Privatisierungsprogramm der Tschechischen Republik, besitzen einen entscheidenden Vorteil. Im Umfeld aller Transformationsprozesse wird die Entwicklung der Eigentumsrechte auch von einer strikten makroökonomischen Politik abhängen, die die Betriebe nicht nur zur innerbetrieblichen Umstrukturierung zwingt, sondern sie auch veranlaßt, sich an die Kapitalmärkte zu wenden, um die benötigten Finanzierungsmittel aufzubringen.

Die Umstrukturierung der Wirtschaft geht jedoch klar über die Reformierung bestehender Unternehmen hinaus. Mindestens ebenso wichtig für das Wachstum sind die Gründung neuer – inländischer wie ausländischer – Betriebe und deren Investitionen. Hier können die Reformer in Ostasien, den MOE- und NIS-Ländern voneinander lernen. China befaßt sich zunehmend mit der Notwendigkeit, seine Staatsbetriebe zu reformieren, die, was den finanziellen Erfolg und das Produktivitätswachstum angeht, hinter den nichtstaatlichen Betrieben zurückbleiben, die aber immer noch den Löwenanteil der Mittel für Investitionen verbrauchen. Die Reformer in den MOE- und NIS-Ländern haben vorgeführt, welche Bedeutung die Verhängung finanzieller Disziplin bei Staatsbetrieben hat und welche wirksamen Methoden es dafür gibt, indem sie die Gesundenschumpfung und Schließung von Betrieben ermöglichten, Mechanismen zum Schuldenabbau entwickelten und Eigentumsübertragungen von Wohngebäuden, beim kommerziellen Grundbesitz und bei Vermögenswerten oder Anteilen an Unternehmen durchführten, die der Staat nicht länger benötigt. Umgekehrt können einige Regierungen in den MOE- und NIS-Ländern etwas von China über die Bedeutung eines unbeschränkten Marktzugangs und von Betriebsgründungen für das Wachstum und die Produktivität lernen, ebenso über die Entfesselung des Wettbewerbs und die Umstrukturierung landwirtschaftlicher Betriebe. In allen Transformationsländern wird sowohl das weitere Wachstum der neuen nichtstaatlichen Sektoren als auch die weitere Reform von im Staatsbesitz verbliebenen Betrieben von der Entwicklung jener Institutionen abhängig sein, die die bislang erreichten Reformen sichern und vertiefen. Dies beinhaltet unter anderem Reformen von Institutionen im Bereich des Rechts- und Finanzwesens sowie des Staatsapparats. Mit diesen Punkten befaßt sich der Teil Zwei.

# Die Menschen im Transformationsprozeß



**W**orauf es letztlich ankommt, sind die Menschen. Am Ende wird der Transformationsprozeß eines Landes danach beurteilt, ob seine Bürger besser als zuvor leben. Wichtig ist die Gleichheit, das heißt wie die Menschen die Vorteile und die Lasten des Übergangsprozesses teilen. Wie es den Menschen während des Übergangs ergeht, ist jedoch nicht nur eine Frage der Gleichheit. Die Arbeitsproduktivität, die für das Wirtschaftswachstum entscheidend ist, hängt von den Kenntnissen der Arbeitnehmer, ihren Fähigkeiten, der Motivation und der Gesundheit ab. Das Wachstum, die soziale Gerechtigkeit und die politische Tragfähigkeit werden unterstützt, wenn man die extreme Armut lindert sowie das Humankapital bewahrt und an die Bedürfnisse eines marktwirtschaftlichen Systems anpaßt. Dies gilt vor allem für Transformationsländer, wo die Politiker nicht dazu in der Lage sein dürften, essentielle wachstumsfördernde Reformen aufrechtzuerhalten, wenn große Teile der Bevölkerung das Gefühl haben, daß der Transformationsprozeß an ihnen vorübergegangen ist.

Wie hat sich die Transformation auf den Lebensstandard ausgewirkt, und was bedeuten diese Veränderungen für die Beschäftigung und die Umgestaltung der Einkommens-transfers? (Die dazu korrespondierenden Fragen bezüglich der Investitionen in die Ausbildung und die Gesundheit werden in Kapitel 8 aufgenommen). Die Antworten unterscheiden sich von Land zu Land und hängen vom Zusammenspiel von vier Faktoren ab: der sich ausgleichenden Einkommens- und Vermögensverteilung, dem Wirtschaftswachstum beziehungsweise dem mangelnden Wachstum, der Mobilität der Arbeitskräfte und vom Alter.

Eine größere Ungleichheit der Löhne, Einkommen und Vermögen ist bis zu einem bestimmten Punkt ein notwendiger Bestandteil der Transformation, da eine Bestimmung der

Löhne durch den Markt Effizienzanreize schafft, die für erfolgreiche Reformen unbedingt notwendig sind. Effizientere Arbeitnehmer müssen für ihren Wachstumsbeitrag belohnt werden. Eine zunehmende Ungleichheit kann jedoch kurzfristig die Armut erhöhen, da einige Menschen oder (insbesondere in China und Rußland) einige Regionen unvermeidbar mehr profitieren als andere. Die „Verlierer“ werden aber nicht notwendigerweise in die Armut gezwungen; dies hängt davon ab, ob die Wirtschaft wächst – der zweite Faktor – und ob der Staat die sozialen Sicherheitsnetze umstrukturiert, um effektiv die Armut zu lindern.

Ein negatives Wachstum, insbesondere wenn es so gravierend ist wie in den MOE-Ländern und den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion, trägt zu einer steigenden Armut bei und verstärkt die Unsicherheit, die mit einem dramatischen Systemwandel verbunden ist. Wenn die Steuereinnahmen mit dem Rückgang der Produktion fallen, sieht sich der Staat gleichzeitig dem finanziellen Druck ausgesetzt, weniger auszugeben, und dem politischen Druck, seine Ausgaben zu erhöhen. Um diesem Dilemma zu entkommen, müssen die Politiker das Wachstum durch wirksame Reformen wiederherstellen (Kapitel 2). Sie müssen außerdem sicherstellen, daß die Verluste am Anfang des Transformationsprozesses wirklich nur vorübergehend sind und nicht von einer Generation auf die nächste übertragen werden. Wo das Wachstum dagegen schnell und breit fundiert ist – und dies ist das Zentrale der ostasiatischen Erfolgsgeschichte – ist die Armut stark zurückgegangen. Wie China und Vietnam zeigen, kann mancher Transformationsprozeß selbst kurzfristig die Armut reduzieren.

Mobilität – die Freiheit der Individuen, woanders nach besseren Optionen zu suchen – ist der dritte Faktor. Wie Kapitel 2 zeigte, beinhaltet der Übergang zu einem markt-

wirtschaftlichen System eine enorme Umverteilung von Arbeit zwischen Betrieben, Sektoren und Regionen. Die zentrale Planwirtschaft hinterließ jedoch Arbeitsmärkte, bei denen die Mobilität der Arbeitskräfte, zumindest was den Wechsel zwischen unterschiedlichen Berufen betrifft, faktisch für eine größere individuelle Sicherheit geopfert wurde. Für die arbeitende Bevölkerung bestand die Sicherheit zum großen Teil in einem garantierten Arbeitsplatz oder, im ländlichen China, in garantiertem Land. In einem marktwirtschaftlichen System wechseln die Beschäftigten zwischen den Arbeitgebern, zwischen unterschiedlichen Arten von Arbeit und zwischen verschiedenen Orten – und sie können auch Arbeitslosigkeit erfahren. In Transformationsländern muß daher das System der Einkommenstransfers

(zum Beispiel die Arbeitslosenunterstützung) reformiert werden, nicht nur um die Armut zu mindern und die Kosten unter Kontrolle zu bringen, sondern auch zur Unterstützung der Mobilität. Dies bedeutet vor allem die Unterstützung der Arbeitslosen und die Entlastung der Unternehmen von der Bereitstellung von Sozialleistungen. Ansonsten wird die Arbeit weiterhin immobil bleiben; dadurch steigen die Transformationskosten, da Armutsgebiete in zurückbleibenden Regionen entstehen und Druck auf Unternehmen und Staat ausgeübt wird, um die notwendige Umstrukturierung zu verschieben.

Auch die älteren Menschen sind vom Rückgang der Produktion in den mittel- und osteuropäischen Ländern und den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion be-

#### Sonderbeitrag 4.1 Warum Armut und Ungleichheit schwer zu messen sind

Konzeptionelle Probleme und Datenmängel erschweren die Messung der Armut. Zudem beinhalten *alle* Definitionen von Armut soziale Werturteile. Bei der Messung der Ungleichheit ergeben sich ähnliche Schwierigkeiten.

Wie ist Armut definiert? *Absolute* Armut läßt sich definieren durch den Vergleich des persönlichen Einkommens oder des Haushaltseinkommens (oder der Ausgaben) mit den Kosten für den Kauf einer gegebenen Menge von Gütern und Dienstleistungen, *relative* Armut durch den Vergleich dieses Einkommens mit den Einkommen von anderen, und *subjektive* Armut durch den Vergleich des aktuellen Einkommens mit den Einkommenseinschätzungen und -erwartungen der Einkommensbezieher. Es gibt keine wissenschaftliche und eindeutige Definition, wer arm ist und wer nicht.

Selbst in einer stabilen Volkswirtschaft mit regelmäßigen und fortlaufenden Statistiken ist es schwierig genug, die Armut zu messen. Die Transformationsländer werfen zusätzliche größere Meßprobleme auf. Viele Daten über Einkommen und Konsum sind höchst fragwürdig, nicht zuletzt aufgrund von schwerwiegenden Mängeln bei der Durchführung von Haushaltsbefragungen und wegen einer wachsenden Aktivität im informellen Sektor, die nicht erfaßt wird. Die Interpretation wird zusätzlich durch sehr große Veränderungen der relativen Preise sowie die vermehrte Verfügbarkeit von Gütern aufgrund des Übergangs zur Marktwirtschaft kompliziert. Die Verbesserung der Datenqualität kann für sich genommen Probleme schaffen. Genauso wie eine bessere Kriminalitätsstatistik zu einer steigenden gemessenen Kriminalitätsrate führen kann, können Anstrengungen zu einer besseren Erfassung von Armuts- und Ein-

kommensdaten dazu führen, daß die Beobachter die Auswirkungen der Transformation überschätzen, wenn sie die neuesten Daten mit den stark unvollständigen Zahlen der Jahre vor der Reform vergleichen. Aus allen diesen Gründen werden Vergleiche des Lebensstandards vor und nach der Transformation bestenfalls eine grobe Annäherung sein.

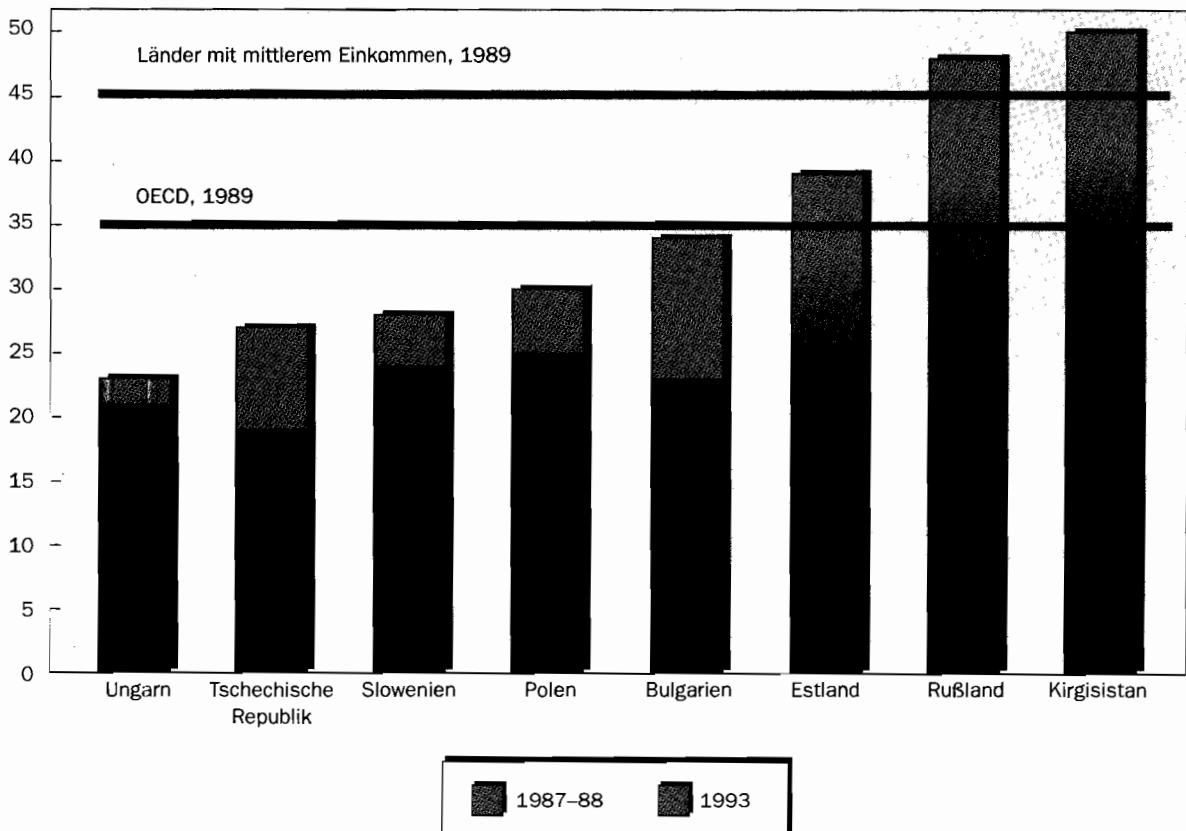
Selbst wenn man sich auf eine Definition von Armut geeinigt hat, bereitet die Messung Probleme, da die Armut mehrere Dimensionen hat. Die Politiker interessieren sich dafür, *wie viele* Menschen arm sind (die Anzahl der Menschen), *wie weit* ihre Einkommen unter die Armutsgrenze fallen (die Armutskluft) und für *wie lange* sie arm sind – in anderen Worten, ob ihre Armut vorübergehend oder längerfristig ist.

Dies sind nicht nur rein technische Fragen, sondern sie beinhalten unausweichlich soziale Werturteile. Die Zahlen in Tabelle 4.1 basieren – mit Ausnahme von Estland – auf dem Pro-Kopf-Einkommen. Wenn man dagegen den Kindern ein niedrigeres Gewicht gibt, dürfte die Armutsgrenze für einen Fünf-Personen-Haushalt mit drei Kindern – sagen wir – dreimal so hoch wie die eines Ein-Personen-Haushalts sein. Untersuchungen unter Verwendung des Pro-Kopf-Einkommens werden mehr arme Kinder und weniger alte Menschen herausfinden als bei einer Armutsgrenze, bei der die Kinder ein niedrigeres Gewicht erhalten. In ähnlicher Weise geht man bei der Wahl der Definition des Haushaltseinkommens davon aus, daß die älteren Menschen die Ressourcen der jüngeren Familienmitglieder teilen, und man findet somit weniger arme alte Menschen. Bei der Interpretation der Ergebnisse über die Armut in diesem Kapitel sollten daher diese Aspekte berücksichtigt werden.

**Die Ungleichheit in den Transformationsländern nähert sich dem Niveau in den Marktwirtschaften.**

**Schaubild 4.1** Gini-Koeffizienten in acht Transformationsländern

Gini-Koeffizient



Anmerkung: Für die NIS-Länder gibt es für die Jahre 1987 bis 1988 keine verlässlichen Daten, die einen konsistenten Vergleich der Einkommensverteilung während des Transformationsprozesses erlauben würden. Die Niveaus für die Länder mit mittlerem Einkommen und die OECD-Länder sind einfache Durchschnittswerte. Quelle: Milanovic, erscheint demnächst.

troffen gewesen. Wie die übrige Bevölkerung haben sie eine Senkung ihres durchschnittlichen Lebensstandards erfahren. Im Gegensatz zu den Jungen werden sie nur wenig von den langfristigen Reformgewinnen bekommen, und viele haben außerdem ihre Ersparnisse durch Inflation verloren. Dies wirft wichtige Fragen im Hinblick auf die Renten auf. Es gibt einen guten Grund, heute zu den Älteren großzügig zu sein. Die Kosten der Renten können jedoch große Probleme aufwerfen, und dies zu einer Zeit, wo die Staatseinnahmen stark fallen.

#### **Wie wirkt sich die Transformation auf das Wohlbefinden der Menschen aus?**

Das Wohlbefinden der Menschen hängt ab von ihrem Einkommen, ihrem Vermögen – beispielsweise dem Besitz von Land oder einem Haus – und von weniger dinglichen Faktoren, wie einem gewissen Grad von Sicherheit. Darüber hinaus ist der Zugang zu öffentlichen Gütern und Sozialleistungen entscheidend. Dieser Abschnitt beurteilt das Wohlbefinden von unterschiedlichen Gruppen und konzentriert sich vor allem auf Einkommensveränderungen.

**Tabelle 4.1** Ungleichheit und Armut in ausgewählten Reformländern

Land	Gini-Koeffizient		Armutsrate <sup>a</sup>		
	1993	Veränderung gegen- über 1987–88	1987–88	Einkommen <sup>b</sup> (1993)	Ausgaben (1993)
<i>Mittel- und Osteuropa</i>					
Bulgarien	34	11	2	33	..
Tschechische Republik	27	8	0	1	1
Ungarn	23	2	1	2	6
Polen	30	5	6	12	12
Slowenien	28	4	0	1	1
<i>Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion<sup>c</sup></i>					
Estland	39 <sup>d</sup>	16 <sup>d,e</sup>	..	23 <sup>d,f</sup>	21 <sup>d,f</sup>
Kirgisistan	etwa 50	9–33 <sup>g</sup>	..	76	57
Rußland	48	14–24 <sup>g</sup>	..	38	35
<b>Veränderung der Armutsrate (Prozentpunkte)</b>					
			1978–85	1985–93	
<i>Ostasien</i>					
China	38 <sup>h</sup>		–24	+1 <sup>i</sup>	
Vietnam	34		..	–20 <sup>j</sup>	

.. Nicht verfügbar.

Anmerkung: Alle Daten, und insbesondere diejenigen für die NIS-Länder, beinhalten größere statistische Schwierigkeiten; Veränderungen der Gini-Koeffizienten und der Armutsraten sollten nur als ein grobes Maß angesehen werden. Alle Differenzen zwischen den Gini-Koeffizienten dieser Tabelle und von Tabelle 5 der Indikatoren zur Weltentwicklung lassen sich mit unterschiedlichen Stichproben, Zeiträumen, Definitionen oder anderen technischen Annahmen erklären.

a. Prozentanteil der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze. Schätzungen der Armut für die MOE- und NIS-Länder basieren auf einer gemeinsamen Armutsgrenze von 120 Dollar (zu internationalen Preisen von 1990) pro Kopf und Monat für die MOE- und NIS-Länder. Dies ist ein hoher Wert für die ärmeren NIS-Staaten, wie beispielsweise Kirgisistan. Schätzungen für die ostasiatischen Länder verwenden viel niedrigere, länderspezifische Armutsgrenzen: 18 Dollar pro Kopf und Monat für China. Für Vietnam basiert eine von der Weltbank bestimmte Armutsgrenze auf einem täglichen Nahrungsbedarf von 2.100 Kalorien sowie sonstigen lebensnotwendigen Gütern außer Nahrung.

b. Berechnet mit Hilfe von Daten aus Haushaltsbefragungen, die – wenn notwendig – nach oben angepaßt wurden, um die Vergleichbarkeit mit nationalen Einkommensdaten sicherzustellen.

c. Für die NIS-Staaten existieren keine Daten, die einen konsistenten Vergleich der Einkommensverteilung während des Transformationsprozesses erlauben würden, und die Schätzungen der Armutsraten vor der Transformation sind aufgrund von Datenmängeln unzuverlässig.

d. Daten für 1995.

e. Basiert für den Anfang der Periode auf Daten von Goskomstat und für das Periodenende auf Zahlen von Haushaltsbefragungen (Daten von Goskomstat für das Ende der Periode sind nicht verfügbar).

f. Berechnet mit Hilfe von KKP-Daten von 1993 für Haushalte und an die entsprechende Zahl der Erwachsenen angepaßt.

g. Die niedrigere Zahl basiert auf Daten von Goskomstat, sowohl zu Beginn als auch am Ende der Periode; die höhere Zahl basiert auf Daten von Goskomstat für den Beginn und auf Daten von Haushaltsbefragungen für das Ende des Zeitraums.

h. Die Zahl bezieht sich auf das Jahr 1992.

i. Die Angabe bezieht sich auf den Zeitraum 1985 bis 1990.

j. Basiert auf einer Extrapolation in die Vergangenheit, ausgehend vom Jahr 1993.

Quelle: Dollar, Glewwe und Litvack, erscheint demnächst; Milanovic, erscheint demnächst; Weltbank 1992; Daten der Weltbank.

### *Armut, Wachstum und Ungleichheit – eine sich entwickelnde Geschichte*

Die mittel- und osteuropäischen Länder und die Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion haben eine Zunahme der Armut erfahren, obgleich viele der dort lebenden Menschen materielle und immaterielle Gewinne verbuchten (von denen einige schwer zu quantifizieren sind, siehe unten). Vergleiche zwischen verschiedenen Ländern und im Zeitablauf sind nur sehr unscharf (Sonderbeitrag 4.1), einige klare Muster bilden sich dennoch heraus. Als die MOE- und NIS-Länder gleichzeitig einen Rückgang der Produkti-

on und eine wachsende Ungleichheit erfuhren, stieg die Armut stark an. Die Ungleichheit nahm in der gesamten Region zu: zum einen aufgrund der Liberalisierung der Löhne, ferner infolge der steigenden Einkommen im privaten Sektor, wo die Verdienste sehr stark variieren, und schließlich aufgrund des gestiegenen persönlichen Vermögens. Erfahrungen von Polen zeigen, daß sich die Armut tendenziell stabilisierte, als das Wachstum wieder einsetzte; es ist jedoch zu früh zu beurteilen, wie rasch die Armutsraten zurückgehen werden. Im Gegensatz dazu ist die Produktion der Reformnachzügler (wie Weißrußland) weiterhin rückläufig,



und die Armut steigt. Wie Schaubild 4.1 zeigt, unterscheidet sich die Einkommensungleichheit nicht von derjenigen in vergleichbaren Marktwirtschaften und dürfte daher nicht mehr deutlich zurückgehen. Der Schlüssel zur Begrenzung und zum Abbau der Armut besteht daher in der Wiederherstellung des Wachstums. Für manche Menschen, wie solche mit überholten Qualifikationen, für die älteren Menschen oder Kinder in großen Familien, ist das Wachstum keine vollständige Lösung. Für solche Gruppen werden explizite Hilfsprogramme benötigt. Und selbst für den Rest der Bevölkerung muß das Wachstum dauerhaft aufrechterhalten bleiben, damit es einen größeren Einfluß auf den Lebensstandard hat.

In China führte das Zusammenspiel von Wachstum, Ungleichheit und Armut zu sehr unterschiedlichen Resultaten. Die anfängliche Phase der Reformen auf dem Lande bewirkte ein höheres Wachstum und baute gleichzeitig die Ungleichheit ab, wodurch 200 Millionen Menschen über die Armutsgrenze gehoben wurden. Nach 1985, als sich die Reformen auf die Industrie konzentrierten, nahm die Ungleichheit jedoch deutlich zu, vor allem aufgrund gestiegener Disparitäten zwischen Stadt und Land sowie zwischen den Regionen (siehe unten); und die Zahl der Armen ging nicht weiter zurück. Die Armut auf dem Lande ist ein anhaltendes Problem. In Vietnam half ein hohes Wachstum, das aus der Kombination von Landreformen, Stabilisierung und Liberalisierung resultierte, den Anteil der Armen zwischen 1984 und 1993 von 75 auf 55 Prozent der Bevölkerung zu reduzieren.

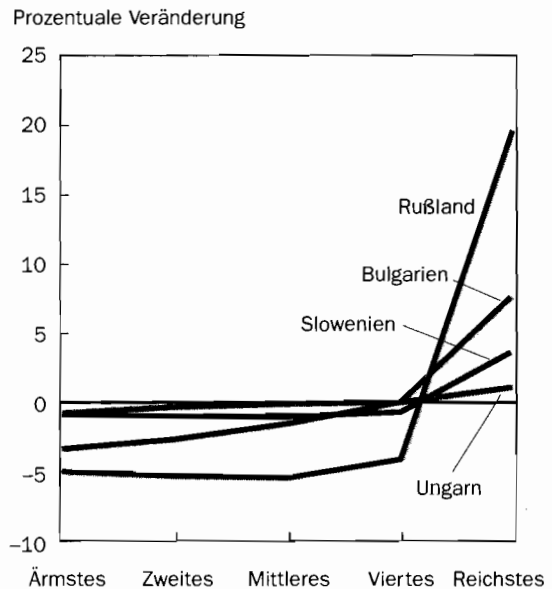
#### *Wie erhöht die Transformation die Ungleichheit – und warum?*

Das am häufigsten verwendete Maß für die Ungleichheit der Einkommen ist der Gini-Koeffizient, der von Null (dies bedeutet, daß jeder das gleiche Einkommen hat) bis zu 100 reicht (eine Person erhält das gesamte Einkommen). Nach diesem Maß ist die Ungleichheit in Bulgarien, den baltischen Ländern und den slawischen Ländern der ehemaligen Sowjetunion gestiegen, und zwar auf ein Niveau, das ungefähr demjenigen in Industrieländern mit einer wenig gleichen Einkommensverteilung, wie den Vereinigten Staaten, entspricht (Tabelle 4.1 und Schaubild 4.1). Der Gini-Koeffizient Rußlands scheint jetzt dem Durchschnitt der Länder mit mittlerem Einkommen zu entsprechen, obwohl die Daten für Rußland (wie für viele andere Länder) wahrscheinlich die höchsten Einkommen nicht angemessen berücksichtigen. Die Ungleichheit ist in einigen MOE-Ländern weniger dramatisch gestiegen, auf ein ähnliches Niveau wie in vielen westeuropäischen Ländern.

Was haben diese Veränderungen in der Ungleichheit insgesamt für Menschen mit verschiedenen Einkommen bedeutet? Ungarn unternahm hartnäckige – und kostspielige – Anstrengungen, um die zunehmende Ungleichheit auszu-

#### **Die wachsende Einkommensungleichheit zeigt sich insbesondere am oberen Rand.**

**Schaubild 4.2** Einkommensveränderungen nach Einkommensquintilen in vier Transformationsländern



Anmerkung: Die Daten zeigen die prozentuale Veränderung des Anteils jedes Einkommensquintils (20 Prozent-Anteile) am gesamten Einkommen im Zeitraum von 1988 bis 1993.  
Quelle: Milanovic, erscheint demnächst.

gleichen. Die Einkommensanteile nach Bevölkerungsquintilen – von den ärmsten 20 Prozent bis zu dem reichsten Fünftel – haben sich jedoch nur wenig verändert (Schaubild 4.2). In Slowenien war die Veränderung größer, und noch größer ist sie in Bulgarien und der Ukraine gewesen. In Rußland, wo die Ungleichheit stark zunahm, erhielt das oberste Fünftel im Jahre 1993 vom gesamten Einkommen volle 20 Prozentpunkte mehr als das höchste Quintil im Jahre 1988, vor allem wegen eines explosiven Anstiegs des relativen Anteils der sehr Reichen, aber auch wegen sich zunehmend weiter auseinanderentwickelnder Löhne. Die Einkommensstreuung zwischen den Sektoren ist in Rußland ebenso gestiegen. Der Energiesektor, die Banken und verwandte Branchen verzeichneten alle größere Gewinne, am meisten verloren die Arbeitnehmer in der Landwirtschaft, gefolgt von den Beschäftigten im Kulturbetrieb sowie im Erziehungs- und Gesundheitswesen.



Die Zunahme der Ungleichheit in China hatte dagegen zum großen Teil andere Gründe, und zwar solche, die auch in Rußland bedeutsam gewesen sind, nämlich Wachstumsunterschiede zwischen Regionen und (entscheidend im Fall von China) zwischen städtischen und ländlichen Gebieten. Die Einkommensunterschiede innerhalb von Regionen und Städten sind in China immer noch relativ gering. Die süd-östliche Küstenregion ist aber beispielsweise mit einer jährlichen Rate von über 13 Prozent gewachsen, verglichen mit dem nationalen Durchschnitt von 8,5 Prozent; währenddessen beträgt das Wachstum im bevölkerungsreichen Zentralchina etwa 6 Prozent. Im Jahre 1992 waren die Ausgaben der Haushalte von städtischen Familien im Süden um 75 Prozent höher als im Norden. Ein ähnliches Bild ergab sich in Vietnam, wo die Region von Ho Chi Minh-Stadt, deren Erinnerungen an die Marktwirtschaft bei der Anpassung an die Reformen half, etwa 40 Prozent schneller als der nationale Durchschnitt wächst.

Zusätzlich zur Entstehung eines zuvor unterdrückten komparativen Vorteils, haben die Handels- und Investitionspolitiken die chinesischen Küstenprovinzen begünstigt, und die radikale Dezentralisierung des Budgets hat die Transfers von den reicheren zu den ärmeren Gebieten vermindert. Die niedrigeren Transfers, höhere Auslandsinvestitionen und eine schnellere Entwicklung der städtischen und dörflichen Betriebe (SDBs) in den Küstenprovinzen (Sonderbeitrag 3.4) haben dazu beigetragen, daß die Investitionsquoten viermal höher als in ärmeren Regionen sind. Dies hat die chinesische Regierung veranlaßt, mit den Steuerreformen von 1994 die Behandlung der einzelnen Regionen anzugleichen und ihre zentralen Einnahmequellen zu stärken, wodurch die Möglichkeit zu höheren Transfers für arme Regionen eröffnet wurde. Im Hinblick auf die nach außen gerichtete wirtschaftliche Strategie Chinas bleiben die natürlichen Vorteile des Südens jedoch erhalten, und die inoffizielle Wanderung der Arbeitskräfte ist schon im Gange.

Die regionale Ungleichheit, die auch schon vor den Reformen bedeutsam war, ist auch in Rußland gestiegen, mit Armutsraten von 70 Prozent im Altai-Territorium des russischen Zentralasiens, aber weniger als 10 Prozent in Moskau, St. Petersburg und Murmansk. Im Juni 1995 erzielten die reichsten 20 Prozent der Territorien (vor allem Gebiete mit reichen Naturschätzen sowie Moskau) 44 Prozent des gesamten Einkommens, verglichen mit nur 5 Prozent für die ärmsten 20 Prozent (zum größten Teil ethnische Republiken im nördlichen Kaukasus und die Wolgaregion). Regionale Ungleichheit ist in einem so großen Land wie Rußland fast unvermeidbar, sie hat sich jedoch durch die wirtschaftlich unsinnige Ansiedlung von Industrien vor der Reform verschlimmert. Ebenso negativ wirkten sich Mobilitätsbeschränkungen aus, die weniger aufgrund von rechtlichen Beschränkungen als durch einen mangelhaften Wohnungs-

markt bedingt waren. Die begrenzte Mobilität wird in der abschbaren Zukunft eine der Hauptursachen für Ungleichheit bleiben.

#### *Wie wirkt sich die Transformation auf die Armut aus?*

Die Schätzungen der Armut in Tabelle 4.1 basieren auf einer gemeinsamen Armutsgränze für die mittel- und osteuropäischen Länder und die Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion. Dieser Ansatz erlaubt einen länderübergreifenden Vergleich, auch wenn die Resultate von einer Reihe von Faktoren, wie Wechselkursschwankungen, abhängen. Dieses Vorgehen bedeutet aber, daß in besser gestellten Ländern wie Slowenien weniger Menschen als arm gezählt werden als in ärmeren Ländern wie Kirgisistan. Mit Ausnahme von Polen erfuhren die Visegrad-Staaten die geringste Zunahme der Armut. Dies bedeutet jedoch nicht, daß in der Tschechischen Republik niemand ärmer geworden ist, sondern bloß, daß nur wenige Tschechen unter die gemeinsame Armutsgränze gefallen sind. Es bedeutet auch nicht, daß es dort keine armen Menschen gibt; beispielsweise gibt es in Ungarn Gebiete mit tiefer Armut. Mit Ausnahme von Slowenien erfuhren die Balkanstaaten eine größere Zunahme der Armut, und noch stärker nahm sie in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion zu. In Kirgisistan ist die Armut weniger hoch, wenn man sie anhand der Ausgaben mißt; verwendet man eine niedrigere länderspezifische Armutsgränze, so fallen 30 bis 45 Prozent der Bevölkerung unter diese Gränze. Obwohl alle diese Resultate den in Sonderbeitrag 4.1 genannten vorsichtigen Beurteilungen unterliegen, so stieg doch ohne Zweifel die Armut am Anfang der Transformation – in vielen Ländern sogar beträchtlich. Wie bereits erwähnt, hat sich das Armutsniveau jedoch stabilisiert und dürfte in denjenigen Ländern zu fallen beginnen, in denen sich das Wachstum wieder belebt hat.

In China und Vietnam verhält es sich ganz anders. Sie sind viel ärmere Länder, und ihre Armutsgränze liegt daher viel tiefer. Beide Länder begannen die Reform mit einer großen Zahl armer Menschen, sie verzeichneten jedoch im Verlauf der Reform einen deutlichen Rückgang der Armut. In beiden Ländern resultierten die Verbesserungen aus einem raschen Wachstum und einer Neuorientierung der Politik zugunsten der Landwirtschaft. Die meisten Menschen in China und Vietnam sind Bauern, die unter dem alten System besteuert wurden, nun aber von der Liberalisierung der Preise profitieren.

Wie groß ist die Armut während des Transformationsprozesses, und ist sie vorübergehend oder dauerhaft? Der größte Teil der Armut in den MOE- und NIS-Ländern ist nicht so stark ausgeprägt. 1993 war das durchschnittliche Einkommen derjenigen, die unter der gemeinsamen Armutsgränze lagen, ungefähr 25 bis 30 Prozent unter diesem Niveau; im Vergleich zu den Armutsgränzen der einzelnen

Länder war diese Armutskluft geringer, vielleicht 10 bis 15 Prozent. Selbst die erstgenannte höhere Zahl liegt niedriger als der durchschnittliche Abstand gegenüber der entsprechenden Armutsgränze in vielen lateinamerikanischen Ländern. Ein Großteil der Armut in den mittel- und osteuropäischen Ländern und den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion ist außerdem vorübergehend: Es gibt Menschen, die oft in die Armut abgleiten und aus der Armut wieder herausfinden. Das gleiche gilt für das ländliche China.

Welche Gruppen sind am ehesten arm? In den MOE- und NIS-Ländern gibt es folgende Risikofaktoren:

- *Zugehörigkeit zu einer großen Familie oder einer Familie mit einem Elternteil.* Im Jahre 1993 waren in Rußland ungefähr 60 Prozent der Familien mit drei oder mehr Kindern arm, und ein ähnlicher Anteil von Familien mit nur einem Elternteil waren in Weißrußland arm. Wie überall sind die alleinerziehenden Elternteile vorwiegend Frauen.
- *Arbeitslosigkeit.* In Rußland waren im Jahre 1993 63 Prozent der Haushalte mit einem arbeitslosen Haushaltsvorstand arm. In Ungarn, wo die Arbeitslosenunterstützung höher ist, waren nur 17,5 Prozent solcher Haushalte arm.
- *Mangelnde Ausbildung.* Die Auswirkungen der Ausbildung sind bemerkenswert. Eine Person mit einer geringen offiziellen Ausbildung ist in Polen neunmal (und in Rumänien fünfzigmal) eher arm als jemand mit einer Hochschulausbildung.
- *Alter.* Hier ergaben sich unterschiedliche Erfahrungen. Wegen politischen Drucks haben die Regierungen versucht, den Rückgang der realen Renten zu minimieren. In einigen Ländern, wie Polen, sind die Rentner relativ geschützt gewesen. Dennoch ist ihr Lebensstandard in den meisten Ländern stark zurückgegangen. Die Armut im Alter trifft übermäßig oft Frauen – im Jahre 1990 waren vier von fünf Russen über 80 Jahre Frauen. Sehr alte, alleinlebende Menschen sind besonders gefährdet.
- *Mangelnder Zugang zu Vermögen.* Der Zugang zu einem Stück Land ist für viele Haushalte ein wichtiges Sicherheitsnetz gewesen, zum Beispiel in Armenien und der Ukraine.

Die Zahl der Armen in einem Land hängt auch davon ab, wie viele Menschen sich in jeder der Gruppen mit hohem Risiko befinden. Obwohl nur ein geringer Anteil der Rentner arm ist, gibt es viele Rentner und damit viele arme Rentner. Aus dem gleichen Grund sind in Kirgisistan und Rußland ungefähr 65 Prozent der Armen Arbeiter und in Polen 60 Prozent. Die Kinder bilden eine Gruppe, die sowohl einem hohen Risiko ausgesetzt ist als auch groß ist, und sie machen einen zunehmenden Anteil der Armen in

Transformationsländern aus. Die zunehmende Armut der Kinder hat sich zum Beispiel in einem Rückgang ihres Ernährungsstatus in Rußland zwischen 1992 und 1993 manifestiert.

In China und Vietnam, die beide vorwiegend ländlich geprägt sind, sind die Risikofaktoren sehr unterschiedlich. Die meisten Armen (ungefähr 9 Prozent der ländlichen Bevölkerung in China) konzentrieren sich auf abgelegene, ressourcenarme Gebiete, vorwiegend in höhergelegenen Regionen der inneren Provinzen, wo sie typischerweise ganze Gemeinden bilden. Obwohl arme Menschen in diesen Regionen – oft von Minderheiten bevölkert – Rechte zur Landnutzung besitzen, ist der Boden von solch niedriger Qualität, daß selbst eine Subsistenzwirtschaft im allgemeinen unmöglich ist. Da das Land zudem zu den ökologisch am meisten gefährdeten Böden in China gehört, sind die Armen oft sowohl Verursacher als auch Opfer der Umweltzerstörung in den Höhenlandschaften. Angesichts dieser Probleme hat die Bereitstellung von Sozialleistungen in den ärmsten Regionen Chinas stagniert. Zum Beispiel ist ungefähr die Hälfte der Kinder von Haushalten, die sich an oder unter der absoluten Armutsgränze befinden, zumindest in einer schwächeren Form unterernährt.

#### *Nichtmonetäre Gewinne und Verluste*

Die Auswirkungen der Transformation auf das Wohlbefinden gehen weit über die Effekte hinaus, die durch das Einkommen gemessen werden. Die Menschen können nun aus einem sehr viel breiteren Warenangebot auswählen, insbesondere Importe und langlebige Konsumgüter mit hoher Qualität, und sie müssen nicht mehr Stunden in der Schlange stehen, um sie zu kaufen. Zwischen 1990 und 1993 nahm beispielsweise in Polen der Besitz von Videorecordern von 5 auf 53 Prozent der einen Arbeitsplatz innehabenden Haushalte zu, und der Besitz von Gebrauchsgütern ist in der gesamten Region gestiegen. Die Liberalisierung hat individuellen Wohlstand geschaffen in der Form von Gutscheinen bzw. Coupons, Unternehmensanteilen, kleinen Betrieben, Land und Wohnungen – obwohl Kapital-, Kredit- und andere Märkte benötigt werden, um ihren Wert zu realisieren. Privates Land ist für das Wohlbefinden während des Transformationsprozesses besonders wichtig gewesen. Untersuchungsergebnisse deuten darauf hin, daß die häusliche Produktion von Nahrungsmitteln in vielen Ländern zugenommen hat, was den Konsum der Haushalte erhöht und manchmal das Einkommen steigen läßt.

Politische Reformen haben in vielen Volkswirtschaften der Transformationsländer eine dramatische soziale Liberalisierung gebracht. Neue Gesetze und geänderte Verfassungen gewähren weitreichende bürgerliche Freiheiten, eine Tatsache, die die Menschen klar erkennen. In vierzehn europäischen Transformationsländern glaubt eine überwältigende Mehrheit der Befragten, daß das gegenwärtige System

Die Arbeitnehmer haben nun vier potentielle Möglichkeiten: im Staatssektor bleiben, zum neuen privaten Sektor wechseln, arbeitslos werden (und möglicherweise sich einer Fortbildung unterziehen) oder gänzlich aus dem Erwerbsleben ausscheiden (zum Beispiel durch Frühverrentung). Das Beschäftigungsproblem ist jedoch aufgrund der Tendenz zur Arbeit im informellen Sektor kompliziert, insbesondere in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion. Da, wo ein Haushalt in mehreren Wirtschaftssektoren arbeitet, ist die Anpassung weniger eine einfache Wahl zwischen Beschäftigung und Arbeitslosigkeit als eine Frage der Veränderung der Zusammensetzung der Aktivitäten der Haushaltsmitglieder (Sonderbeitrag 4.3).

Die Arbeitsmärkte zeigen im Übergangsprozeß drei grobe Anpassungsmuster. Im ersten, der typisch für die MOE-Länder ist, nahm die Beschäftigung im Staatssektor stark ab. In den führenden Reformstaaten hielt die Freisetzung der Arbeitskräfte nach der Umkehr der Produktionsentwicklung an, wodurch sich die Arbeitsproduktivität wieder erholte (Schaubild 1.6). In Polen, Ungarn und der Tschechischen Republik expandierte der private Sektor

stark, wohingegen in Bulgarien und der Slowakei der Staatssektor deutlich schrumpfte und das Wachstum des privaten Sektors schwächer ausfiel. In fast allen MOE-Ländern nahm die registrierte Arbeitslosigkeit sehr früh deutlich zu. Später ging sie zurück, zum Teil aufgrund des wieder einsetzenden Wachstums und zum Teil, und noch wichtiger, weil die Menschen eine Frühverrentung annahmen oder sich nach dem Auslaufen ihrer Arbeitslosenunterstützung nicht mehr als arbeitslos registrieren ließen. Bis zum Ende des Jahres 1994 lag die registrierte Arbeitslosenquote in allen MOE-Ländern, mit Ausnahme der Tschechischen Republik, über 10 Prozent.

Die Beschäftigung von Frauen ist in den MOE-Ländern (und in einigen NIS-Ländern) besonders getroffen worden. Am Anfang des Transformationsprozesses wurden Frauen sehr viel stärker entlassen als Männer. Dies geschah, weil ihre Aufgaben als weniger wichtig betrachtet wurden und weil die in der Vergangenheit bestehenden sozialen Rechte – wie großzügige Mutterschaftsregelungen – es kostspieliger machten, Frauen zu beschäftigen; manchmal geschah es auch aufgrund reiner Diskriminierung (siehe Sonderbeitrag 4.2).

### Sonderbeitrag 4.3 Mechanismen, die es den Haushalten ermöglichen, mit den Problemen fertigzuwerden

Die Haushalte besitzen eine Vielzahl von Möglichkeiten, um mit den Entbehrungen der Transformation zurechtzukommen. Viele produzieren Nahrungsmittel; andere verkaufen Familienbesitz durch persönliche Kontakte oder auf Basaren (in Ungarn verdoppelten sich solche Verkäufe zwischen 1989 und 1995). Autobesitzer bessern sich oft ihr Einkommen dadurch auf, daß sie Taxifahrten durchführen, und einige Familien vermieten ihre Sommerhäuser oder überzählige Räume in ihren Wohnungen.

Die Haushalte stützen sich außerdem auf private Einkommenstransfers, um die Probleme zu bewältigen. In Polen und Vietnam erhalten oder empfangen zwei Drittel der Haushalte Transfers (siehe Tabelle). Die Beträge können groß sein: In Kirgisistan und Vietnam beliefen sich die privaten Transferzahlungen auf 7 Prozent beziehungsweise 12 Prozent des gesamten Einkommens,

auf der Empfängerseite erreichten sie mehr als 25 Prozent des Einkommens.

Private Transfers erreichen am ehesten Haushalte, die arm sind, die einen Schicksalsschlag erlitten haben, wie Krankheit oder den Verlust des Arbeitsplatzes, oder deren Familienvorstand junge Menschen, sehr alte Menschen oder Frauen sind – kurz, genau die Haushalte, auf die die sozialen Sicherungsnetze hauptsächlich abzielen. Könnten diese privaten Transfers ein verlässlicher Ersatz für einen Teil der öffentlichen Transfers sein? Simulationen für Rußland deuten darauf hin, daß private Transfers ungefähr 19 Prozent der öffentlichen Transfers ersetzen würden, wenn diese abgeschafft würden. Das Umgekehrte ist ebenso richtig: Steigende Renten würden nicht im gleichen Umfang zu einer Verminderung der privaten Unterstützung führen.

Private Transfers in ausgewählten Reformländern und in den Vereinigten Staaten  
(in Prozent der gesamten Transfers)

	Kirgisistan (1993)	Polen (1992)	Rußland (1993)	Vietnam (1993)	Vereinigte Staaten (1979)
Haushalte, die abgeben oder empfangen	21,0	65,0	36,0	68,0	30
Transfers als Anteil am gesamten Einkommen	7,4	3,2	4,4	11,9	2
Transfers als Anteil am empfangenen Einkommen	41,1	7,2	20,1	27,0	6

Quelle: Cox, Eser und Jimenez, erscheint demnächst; Cox, Fetzer und Jimenez, erscheint demnächst; Cox, Jimenez und Jordan 1994; Cox, Jimenez und Okrasa 1995; Cox und Raines 1985; Gale und Scholz 1994.

Die langfristige Arbeitslosigkeit (die ein Jahr oder länger dauert) ist in den MOE-Ländern während des Transformationsprozesses rasch gestiegen, ebenso die Jugendarbeitslosigkeit. Geographische Ungleichgewichte zwischen offenen Stellen und Arbeitssuchenden führten zu großen und anhaltenden regionalen Differenzen in der Arbeitslosigkeit. Alle drei Probleme lassen sich mit der von der zentralen Planwirtschaft hinterlassenen Industriestruktur, der Kluft zwischen den Qualifikationen der Arbeitnehmer und den in einer Marktwirtschaft gefragten Kenntnissen, den Mängeln der Wohnungsmärkte und unzureichenden Informationen über die Arbeitsmarktlage erklären. Obwohl die Löhne in Gebieten mit hoher Arbeitslosigkeit im Verhältnis zum Durchschnitt gefallen sind, hat der Rückgang nicht ausgereicht, um eine größere Wanderung der Arbeitskräfte zu mobilisieren. Aus allen diesen Gründen gab es im Pool der Arbeitslosen nur wenig Bewegung. Der private Sektor übernahm die meisten neuen Beschäftigten direkt vom Staatssektor statt aus der Masse der Arbeitslosen. Eine zentrale Schlußfolgerung für die Politiker besteht darin, daß die Arbeitslosigkeit für sich genommen keinen größeren Beitrag zur Umstrukturierung geleistet hat.

Das zweite Anpassungsmuster – dasjenige von Rußland, der Ukraine und vielen anderen Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion – ist davon sehr verschieden. Dort ist die Beschäftigung bis jetzt viel weniger gefallen als die Produktion; statt dessen haben die Löhne die Last der Anpassung getragen (Schaubild 4.3). Da die Betriebe Massenentlassungen scheuten, blieben die Arbeitnehmer formal mit ihren Betrieben verbunden. Sie erhielten einen geringen oder überhaupt keinen Lohn, genossen aber weiterhin einige Leistungen des Betriebes, während sie zunehmend im informellen Sektor arbeiteten. Zumindest in bezug auf ihre Aktivitäten im formellen Sektor sind diese Arbeitnehmer nur geringfügig beschäftigt. Würde es den Transformationsprozeß in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion beschleunigen, wenn solche Arbeitnehmer offiziell arbeitslos würden wie in den MOE-Ländern? Der Druck zur Umstrukturierung kann sich abschwächen, wenn man die Menschen weiterbeschäftigt. Wenn aber die Arbeitskräfte immobil sind, wie in Rußland, hilft eine gestiegene Arbeitslosigkeit wenig, um die Arbeitnehmer mit einem Arbeitsplatz zu versorgen. Das Argument, daß die Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion dem Muster der MOE-Länder folgen sollten, kann daher nicht völlig überzeugen.

Im dritten Anpassungsmuster, dem von China, nahm die Beschäftigung bis 1993 fortgesetzt zu und ging danach etwas zurück. Während der ersten Phase der städtischen Reform im Zeitraum 1985 bis 1990 schuf der Staatssektor ungefähr 70 Prozent aller neuen Stellen, im Jahre 1993 bot er jedoch nur 9 Prozent der neuen Beschäftigungsmöglichkeiten in den Städten an. Der Motor des Beschäftigungswachstums sind die städtischen und dörflichen Betriebe, in

denen die Beschäftigung zehnmal schneller zunahm als im öffentlichen Sektor (Schaubild 4.4). Eine Zunahme der Beschäftigung außerhalb des Staatssektors wird jedoch nicht ausreichen, um die Arbeitskräfte aus dem Staatssektor herauszulösen. Einschließlich der Sonderleistungen liegt die Bezahlung im Staatssektor um ungefähr 60 Prozent höher als im nicht-öffentlichen Sektor. Aufgrund der fortgesetzten Migration von den armen (insbesondere ländlichen) Regionen in Beschäftigungen außerhalb des Staatssektors, wird sich diese Kluft wahrscheinlich nicht verringern. Die Politiker müssen daher Wege finden, um das Problem der überflüssigen Arbeitskräfte im staatlichen Bereich zu lösen, die auf ungefähr 20 Prozent der Beschäftigung im Staatssektor geschätzt werden.

Die Anpassung der Beschäftigung in Vietnam ist dem Muster der MOE-Länder gefolgt, obgleich die Beschäftigung im Staatssektor niemals über 15 Prozent der gesamten Beschäftigung hinausging. Der Schlüssel zur Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze werden eine fortgesetzte Liberalisierung des Handels und andere Politiken zur Förderung arbeitsintensiver Industrien sein.

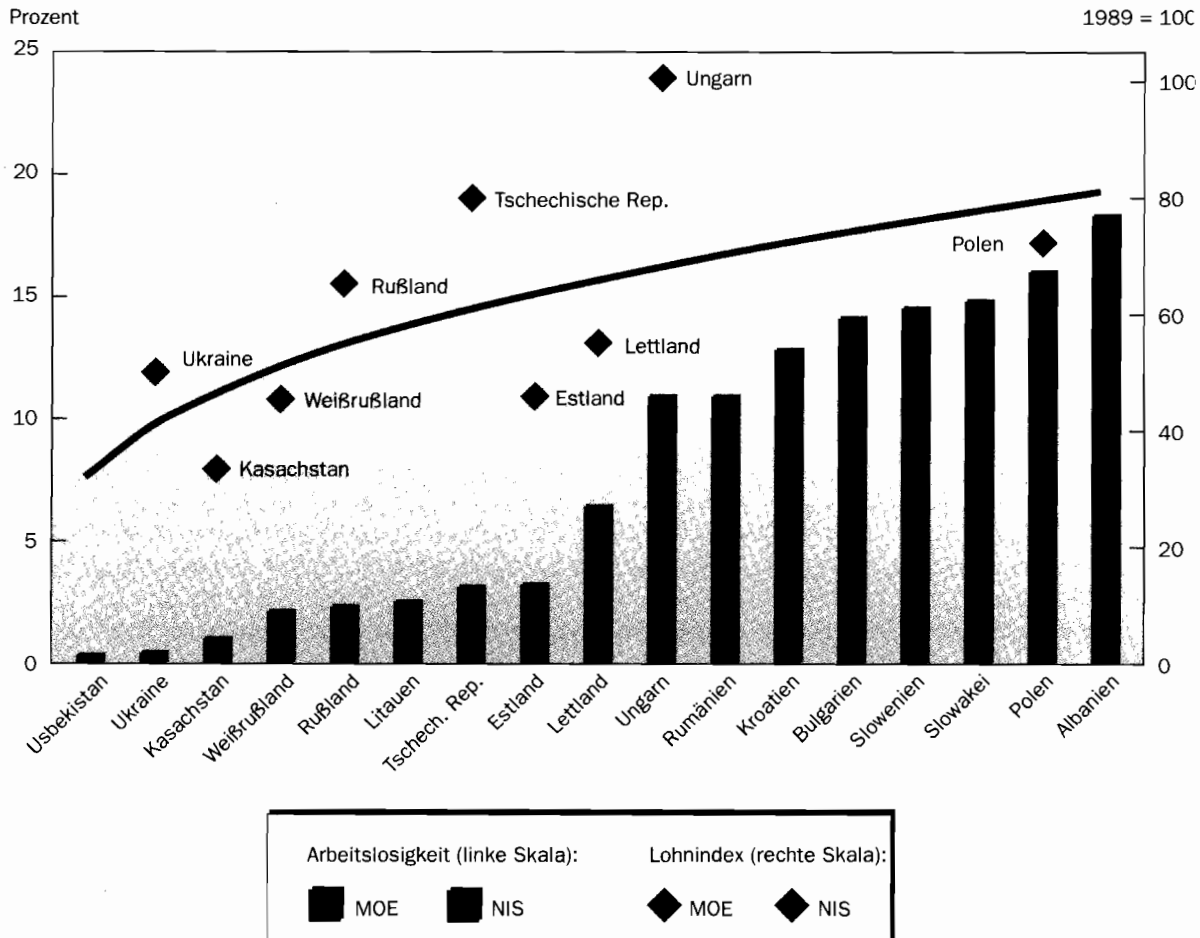
#### *Wege für die Politik*

Eine wichtige Lehre aus den bislang durchgeführten wirtschaftlichen und politischen Reformen besteht darin, daß die Marktkräfte allein den Umstrukturierungsprozeß nicht immer nach vorne treiben können. Die stärkere Bestimmung der Löhne und der Beschäftigung durch den Markt muß durch Politiken unterstützt werden, die negative Anreize minimieren, die geographische und intersektorale Mobilität verbessern und die Arbeitnehmer schützen, und zwar durch eine Regulierung des Arbeitsmarktes und durch Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

MINIMIERUNG DER NEGATIVEN ANREIZE. Wie im nächsten Abschnitt diskutiert wird, spielen Einkommens-transfers eine wichtige Rolle bei der Umverteilung. Ihre Struktur, in Form von Leistungen und Beiträgen, hat jedoch wichtige Auswirkungen auf die effiziente Funktionsweise der Arbeitsmärkte. Am Anfang des Transformationsprozesses machte das Arbeitslosengeld einen großen Teil des früheren Lohnes des Beziehers aus (oft bis zu 75 Prozent, in der Ukraine und Weißrußland 100 Prozent), und manche Länder setzten keine zeitliche Begrenzung für die Leistungen fest. Es überrascht nicht, daß dadurch die Anreize verringert wurden, eine Arbeit zu finden. Im Jahre 1995 waren die Leistungen in allen Ländern niedrig, zum großen Teil aus fiskalischen Gründen, und manche Länder, wie Ungarn und Polen, zahlten allen Empfängern die gleichen niedrigen Leistungen. Ein solcher Ansatz erhöht gleichzeitig die Anreize zum Arbeiten, minimiert die Kosten und vereinfacht die Verwaltung. Alle Länder begrenzen nun den Zeitraum, für den die Arbeitslosenunterstützung gezahlt wird, und zwar im allgemeinen auf ein Jahr oder weniger. Sobald

**Die Löhne sind in den NIS-Staaten stärker gefallen als in den MOE-Ländern, aber mehr Arbeitnehmer haben ihre Arbeitsplätze behalten.**

**Schaubild 4.3** Arbeitslosigkeit und Löhne in den MOE- und NIS-Ländern



Anmerkung: Die Daten beziehen sich auf das Jahr 1994. Die Arbeitslosigkeit entspricht der registrierten Arbeitslosenrate; die Daten über die Nominallohne sind mit dem Verbraucherpreisindex des jeweiligen Landes deflationiert. Aufgrund des Endes der Versorgungsknappheiten und der Verbesserungen in der Qualität der Güter spiegeln die Veränderungen der deflationierten Löhne die Veränderungen in der realen Kaufkraft nicht unbedingt richtig wider. Die Regressionslinie zeigt die Regression des Lohnindex auf den Rang eines Landes bei der Arbeitslosenrate. Quelle: Amtliche Angaben.

die Anspruchszeit abgelaufen ist, müssen sich die Arbeitslosen auf die Sozialhilfe stützen. Daraus resultiert eine hohe Armutsquote unter den Arbeitslosen in Ländern, in denen die Sozialhilfe lückenhaft ist.

Anreize auf der Beitragsseite sind ebenso wichtig. In den MOE- und NIS-Ländern sind die Lohnabzüge zur Finanzierung von Einkommenstransfers (einschließlich der Ar-

beitslosenunterstützung) hoch. Sie behindern neue Beschäftigungsverhältnisse, sie ermutigen die Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu Betrügereien, und sie schaffen Anreize für Schwarzarbeit (Kapitel 7). Der Beitrag der Arbeitgeber kann auf drei verschiedenen Wegen reduziert werden: Durch die Senkung der Leistungen, durch die Finanzierung mittels allgemeiner Steuervorteile, die in keiner Beziehung

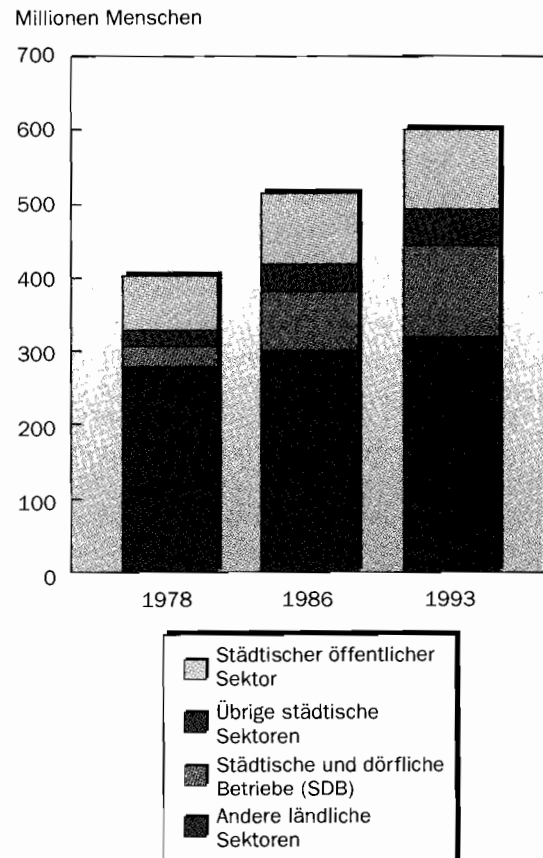
zu irgendeinem versicherbaren Risiko stehen (wie Leistungen für Kinder), und indem die Beitragsleistung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer geteilt wird (unter dem alten System zahlte der Arbeitgeber den gesamten Beitrag, ein Tatbestand, der als einer der Siege des Sozialismus betrachtet wurde). Beim „Teilen“ der Beiträge zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern dürfte es keinen großen Unterschied machen, wer letztlich wirklich zahlt. Es hat jedoch den großen Vorteil, daß die Arbeitnehmer sofort einen größeren Abzug auf ihrem Lohnstreifen sehen, wenn die Leistungen ansteigen; dies hilft dabei, den Druck nach höheren Leistungen zu mindern. Unabhängig davon müssen die Regierungen die Steuerbasis verbreitern, um neue private Betriebe mitzufassen; ansonsten steigt die Last für die größeren Betriebe, und mit einer zunehmenden Steuervermeidung schrumpft die Steuerbasis weiter. Auf allen diesen Gebieten war der Fortschritt gering.

**ERHÖHUNG DER MOBILITÄT DER ARBEITSKRÄFTE.** Viele Elemente eines mobileren Arbeitsmarktes in den Transformationsländern gelten mehr oder weniger überall: ein gut gestaltetes System der Arbeitslosenunterstützung, verbesserte Informationen über Arbeitsplätze, Arbeitsvermittlungsleistungen, adäquate Transportsysteme und – was noch wichtiger ist – ein aktiver Wohnungsmarkt. Die Transformationsländer sehen sich aber der einzigartigen Herausforderung gegenüber, einen Arbeitsmarkt zu schaffen, der es den Arbeitnehmern erlaubt, von einer Beschäftigung in die andere zu wechseln und von einem Ort zum anderen zu ziehen. Dazu müssen die Strukturen der Sozialleistungen entflechtet werden, die die Arbeitnehmer an ein einziges Unternehmen binden, und gleichzeitig muß ein neues System aufgebaut werden, das diese Strukturen ersetzt.

Es wird unerlässlich sein, ein breites Spektrum von Leistungen von den Unternehmen abzukoppeln – Wohnungen und tägliche Versorgungsleistungen sind besondere Probleme –, damit die Arbeitnehmer schnell mobil werden. Es gibt jedoch viele Fallstricke, und der Fortschritt war unterschiedlich. Wenn man sich nur langsam von Leistungen trennt, wird die Reform behindert; wenn es schnell geht, kann dies zum Zusammenbruch der Bereitstellung von Leistungen führen. Kurzfristig spielen daher die Gemeinden eine wichtige Rolle bei der fortgesetzten Bereitstellung von Schlüsselleistungen, indem sie vielleicht für einen Teil der den Unternehmen entstehenden Kosten bürgen. Ein längerfristiger Ansatz beinhaltet drei Schritte: Zunächst ist es erforderlich, daß die Unternehmen ihre allgemeine Buchführung von derjenigen für die Sozialleistungen trennen. Zweitens muß es den Unternehmen für Steuerzwecke erlaubt sein, die Kosten der Sozialleistungen gegen die durch diese Leistungen entstandenen Einkommen aufzurechnen, sie dürfen jedoch nicht von den Einkommen aus den Hauptaktivitäten der Unternehmen abgezogen werden. Dies löst

**Die städtischen und dörflichen Betriebe haben in China die meisten neuen Arbeitsplätze geschaffen.**

**Schaubild 4.4** Struktur der Beschäftigung in China



Quelle: China Statistical Publishing House, 1995.

bei den Unternehmen starke Anreize aus, für die Leistungen Gebühren zu verlangen, und es dürfte das Entstehen neuer Servicebetriebe fördern. Drittens muß den Familien geholfen werden, diese Gebühren durch höhere Löhne (die an die Stelle nichtfinanzieller Entgelte treten) und durch gezielte Einkommenstransfers wie Kindergeld zu tragen. Im Laufe der Zeit könnten die Betriebseinheiten, die die Leistungen bereitstellen, eigenständige Anbieter werden oder von den Gemeinden übernommen werden oder verschwinden. Bei einer von den Unternehmen getrennten Finanzierung wäre



letzteres kein Problem, zumindest nicht in städtischen Gebieten mit mehreren Anbietern, da die Bereitstellung nicht länger auf die Beschäftigten von Unternehmen begrenzt wäre. In der Tat hätten die Anbieter Anreize, neue Kunden zu gewinnen.

Die Wanderung (Migration) als ein anderer Aspekt der Mobilität ist ein wichtiges Problem, insbesondere in China, wo die Unternehmen Renten und Gesundheitsfürsorge in der Annahme bereitstellen, daß die Menschen ihr ganzes Leben lang die gleiche Beschäftigung ausüben. Die gesetzlichen Kontrollen darüber, wo die Menschen leben, sind gelockert worden. Und die Preisreformen, die Entwicklung der Märkte und die hohe städtische Nachfrage nach Arbeitskräften haben zu einer gewaltigen Migration auf der Suche nach Beschäftigung geführt. Diese „fließende Bevölkerung“, meist alleinstehende Männer und junge Frauen, macht bis zu 20 bis 25 Prozent der Bevölkerung in den meisten Städten aus. Die Migration bleibt jedoch zeitlich begrenzt, zum großen Teil deswegen, weil die Migranten nicht dazu berechtigt sind, eine Ausbildung, Gesundheitsfürsorge oder subventionierte Wohnungen in Anspruch zu nehmen. Beides, sowohl eine beschränkte Mobilität als auch eine vollständige Bewegungsfreiheit, sind mit Kosten verbunden: Erstere bestehen aus verlorenen Möglichkeiten für eine wohlfahrtssteigernde Migration, letztere aus Belastungen für die städtische Infrastruktur, dem Zusammenbruch der ländlichen Gemeinschaften und dem Risiko der Entstehung einer städtischen Unterklasse. Die gegenwärtige Situation in China ist jedoch unzweifelhaft schlecht: In der Praxis besteht Mobilität, die Institutionen basieren jedoch auf der Annahme, daß dem nicht so ist.

**SCHUTZ DER ARBEITNEHMER DURCH REGULIERUNG.** Die Regierungen sind maßgeblich dafür verantwortlich, den rechtlichen und regulatorischen Rahmen festzulegen, in dem die Gewerkschaften und Betriebe operieren können, und sie müssen sicherstellen, daß von diesen Rahmenbedingungen positive Wachstumsbeiträge ausgehen. Der Staat muß außerdem Mindeststandards definieren und Ausbeutung und Diskriminierung verhindern. Erfolgreiche Arbeitsmarktpolitiken sind solche, die im Einklang mit dem Markt stehen und die es verhindern, daß einige Arbeitnehmergruppen auf Kosten der Ärmsten speziellen Schutz und Privilegien genießen.

Die MOE- und NIS-Länder besitzen als Hinterlassenschaft der Vergangenheit stark gewerkschaftlich organisierte Arbeitsmärkte. Unter dem alten Regime waren die Gewerkschaften im wesentlichen ein Teil des Regierungsapparates (was sie in China und Vietnam noch heute sind). Ihre Rolle muß sich ändern, wenn sie ein marktwirtschaftliches System in der Weise unterstützen sollen, wie es im *Weltentwicklungsbericht 1995* erklärt wurde. Es wird keine einfache Aufgabe sein, die nützliche Seite der Gewerkschaften in den Transformationsländern zu fördern, und die er-

forderliche konkrete Politik wird sich in den einzelnen Ländern sehr unterscheiden. Es gibt jedoch zwei Konstanten. Die erste ist der freie Wettbewerb auf den Gütermärkten, damit die Gewerkschaften keine ökonomischen Renten abschöpfen können. Die zweite besteht darin, sicherzustellen, daß die miteinander verhandelnden Parteien die Kosten des Verhandlungsergebnisses tragen. In Polen forderte die Gesetzgebung in den frühen neunziger Jahren, daß die Arbeitnehmer auch dann bezahlt werden müssen, wenn sie sich im Streik befinden – ein deutlich fehlender Anreiz für einen Kompromiß.

Eine andere heikle Frage ist, ob man einen Mindestlohn haben sollte. Dies ist weltweit eine heißdiskutierte Frage. Wie auch immer jedoch die allgemeinen Argumente dafür oder dagegen ausfallen, für die Transformationsländer könnte ein Mindestlohn besonders problematisch sein. Die begrenzten Möglichkeiten des Staates, die dadurch verschlimmert werden, daß immer mehr Beschäftigungsverhältnisse nicht angezeigt werden, machen es sehr schwierig, einen Mindestlohn durchzusetzen. Darüber hinaus ist der Unterschied zwischen dem Subsistenz- und dem Durchschnittslohn viel geringer als in reichen Ländern, wodurch ein Spannungsfeld entsteht zwischen einem Mindestlohn, der hoch genug ist, um die Armut abzuwenden, aber ausreichend niedrig ist, um nicht die Beschäftigung zu verringern. In Rußland, wo der Mindestlohn die Basis für die Lohnstruktur des gesamten öffentlichen Sektors ist, hat die Regierung Druck zur Senkung des Mindestlohnes ausgeübt, um die inflationären Spannungen zu mindern. Im Ergebnis schützt sie nicht länger die am niedrigsten bezahlten Arbeitnehmer. In dem Ausmaß, in dem die Armut unter den arbeitenden bedürftigen Menschen überproportional Familien mit Kindern trifft, könnte Kindergeld (das im nächsten Abschnitt diskutiert wird) ein effektiverer Weg sein, um Beschäftigungsmöglichkeiten mit der Linderung der Armut zu verbinden.

**BEKÄMPFUNG DER ARBEITSLOSIGKEIT.** In bezug auf die Arbeitslosigkeit sind in den MOE- und NIS-Ländern zwei Fragen von besonderer Bedeutung: Sollte der Staat weiterhin die Unternehmen unterstützen? Und welche Rolle sollten aktive Arbeitsmarktpolitiken spielen (Politiken, die darauf abzielen, die Arbeitsmöglichkeiten zu verbessern)? Das Tempo und die Wirksamkeit der Transformation hängen von der Geschwindigkeit der Umstrukturierung in den staatlichen und privaten Betrieben ab. Wo die lokale Arbeitslosigkeit hoch und die Mobilität der Arbeitskräfte stark eingeschränkt ist, können zeitlich begrenzte Arbeitsplatzsubventionen für solche Betriebe zu vertreten sein, die langfristig überleben dürften oder deren Schließung eine Region ruinieren würde. Der Staat sollte jedoch sicherstellen, daß eine solche Unterstützung stufenweise in einem feststehenden Zeitplan abgebaut wird (Kapitel 3) und daß die Finanzierung auf die Beschäftigung konzentriert wird. Wenn ex-



plizite Arbeitsplatzsubventionen gewährt werden, sollte der Staat schließlich auch dafür sorgen, daß die Mobilität der Arbeitskräfte erhöht wird und man den Arbeitnehmern Informationen über die Beschäftigungsmöglichkeiten an anderen Orten bietet.

Grob gesagt gibt es drei Arten von aktiven Arbeitsmarktpolitiken: Arbeitsvermittlungsleistungen (Stellenvermittlung, Beratung), um die vorhandenen Qualifikationen effektiver „umzuverteilen“, Ausbildung zur Erhöhung des Humankapitals und die direkte Schaffung von Arbeitsplätzen. Der Nutzen solcher Maßnahmen bei einem allgemeinen Zusammenbruch der Produktion ist jedoch schwer zu definieren. Außer in einem geringen Umfang und sehr selektiv ausgewählt, übersteigen diese Maßnahmen wahrscheinlich die Möglichkeiten der MOE- und NIS-Länder, selbst wenn sie eine wirksame Antwort auf den Niedergang der Industrie und die zerstörenden Auswirkungen langfristiger Arbeitslosigkeit sein können. Die tschechische Regierung institutionalisierte ein Paket von Arbeitsmarktreformen in den Jahren 1990 bis 1992, das aus drei Elementen bestand: einem computergestützten Informationssystem über Arbeitsplätze, einer reduzierten Arbeitslosenunterstützung und Arbeitsbeschaffungsprogrammen. Die abgesenkte Arbeitslosenunterstützung und das anfangs niedrige Niveau der Arbeitslosigkeit machten die Beschäftigungsprogramme finanziell möglich, und die Erfahrungen deuten darauf hin, daß sie dabei halfen, die Ausbreitung der langfristigen Arbeitslosigkeit zu vermindern. Die wichtigste treibende Kraft hinter der anhaltend niedrigen Arbeitslosigkeit in der Tschechischen Republik sind jedoch nicht spezifische Arbeitsmarktpolitiken gewesen, sondern das starke Wachstum des privaten Sektors.

### **Die Reform der Einkommenstransfers: Welche redistributive Rolle sollte der Staat spielen?**

In allen Ländern mit mittlerem und hohem Einkommen spielt der Staat eine wichtige Rolle bei der Organisation der Einkommenstransfers. Diese verfolgen mehrere Zwecke: die Einkommensumverteilung, die Bewahrung der politischen Stabilität, die Förderung effizienter Arbeitsmärkte und die Absicherung gegen wichtige Risiken, die die Märkte nicht übernehmen können.

Die spezifischen Ziele von Einkommenstransfers beinhalten eine *Versicherung*, den Schutz der Menschen vor Risiken wie Arbeitslosigkeit; die *Glättung des Einkommensstromes*, die es den Menschen erlaubt, ihren Lebensstandard im Alter durch die Verschiebung ihres Einkommens aus jüngeren Jahren zu sichern; und die *Linderung der Armut*, die wenigstens einen Mindest-Lebensstandard sicherstellt. Die mit der Transformation verbundenen Veränderungen der Arbeitsmärkte erfordern eine fundamentale Reform des alten Systems der Einkommenstransfers: Eine ungleiche

Lohn- und Einkommensverteilung bedeutet, daß die Transfers darauf abzielen müssen, die unterschiedlichen Lebensumstände besser zu berücksichtigen. Der Verlust der Arbeitsplatzsicherheit macht es dringend erforderlich, eine Arbeitslosenunterstützung zu entwickeln, und er bedeutet, daß das Transfersystem nicht mehr länger von den Unternehmen verwaltet werden kann. Diese beiden Veränderungen sprechen für eine stärkere behördliche Steuerung der Einkommenstransfers.

### *Die ererbten Transfersysteme*

Die alten Systeme der Einkommenstransfers in den Transformationsländern unterscheiden sich sehr stark, sie weisen jedoch einige gemeinsame Charakteristika auf: Die Unterstützung ist wenig zielgerichtet, ein großer Teil der Verwaltung ist auf die Unternehmen übertragen, und einige Bevölkerungsgruppen auf dem Lande werden vernachlässigt.

MOE- UND NIS-LÄNDER. Obwohl sich das System der Einkommenstransfers dem alten Regime relativ gut angepaßt hatte, scheiterte es jedoch in wichtiger Hinsicht darin, den Bedürfnissen einer Marktwirtschaft zu entsprechen. Es verteilte etwa gleich viele Leistungen an alle Menschen der städtischen Bevölkerung, anstatt sich auf die Armen zu konzentrieren. In den meisten Ländern war die Sozialhilfe nur rudimentär vorhanden, und da es offiziell keine Arbeitslosigkeit gab, existierte auch keine Arbeitslosenunterstützung. Die Unternehmen spielten die Hauptrolle bei der Verwaltung der Sozialleistungen (zum Beispiel zahlten sie die Beiträge für ihre Arbeitnehmer en bloc, dadurch verfügt die Regierung nicht über individuelle Aufzeichnungen). Zusätzlich wird nicht zwischen risikobezogenen Leistungen (wie Arbeitslosenunterstützung) und anderen Leistungen (zum Beispiel Kindergeld) unterschieden. Ein einziger Sozialversicherungsbeitrag finanzierte das ganze Spektrum der Leistungen. Darüber hinaus waren die administrativen Fähigkeiten begrenzt. Die Renten wurden zum Beispiel in bar durch das Postsystem ausgezahlt.

Es ist ein gewisser Fortschritt eingetreten. Alle MOE- und NIS-Länder besitzen nun ein funktionierendes System der Arbeitslosenunterstützung, und viele haben auf breiter Basis eine einkommensabhängige Sozialhilfe eingerichtet, gewöhnlich mit Leistungen auf einem niedrigen Niveau. Trotzdem sind die Leistungen weiterhin wenig zielorientiert. In Rußland dienten im Jahre 1992 nur ungefähr 19 Prozent der Transfers dazu, direkt die Armut zu vermindern, im Vergleich mit durchschnittlich 35 Prozent in den OECD-Ländern und 50 Prozent in Australien.

Hohe Ausgaben für Sozialleistungen, insbesondere Renten, sind ein zentrales Problem gewesen. Der Kern des Problems besteht darin, daß es sehr viele Rentner gibt. Das Rentenalter in den MOE- und NIS-Ländern liegt im allgemeinen fünf Jahre niedriger als im Westen, und große Grup-

#### Sonderbeitrag 4.4 Die Reform der Einkommenstransfers in Ungarn und Lettland

Ungarn illustriert den möglichen Teufelskreis bei der Finanzierung von Einkommenstransfers. Im Jahre 1992 erhielten ungefähr 90 Prozent der Haushalte irgendeine Art von Transfer, und diese Transfers machten über 40 Prozent des Haushaltseinkommens aus. Das Problem entsteht zum Teil dadurch, daß das Rentenalter niedrig ist und die registrierte Beschäftigung zwischen 1990 und 1995 um 20 Prozent fiel. Hohe Sozialausgaben dürften geholfen haben, daß sich die Einkommensverteilung nicht veränderte (Schaubild 4.2), aber sie führten auch zu hohen Beitragssätzen. Im Zusammenhang mit begrenzten Kapazitäten zum Einzug der Beiträge erhöhte dies die Anreize für eine Steuervermeidung und die Arbeit in der Schattenwirtschaft, wodurch die Zahl der Beitragszahler abnahm. Trotz hoher Ausgaben sind die Leistungen oft nicht angemessen, und zusätzlich wird nicht-deklariertes Einkommen zur Norm. Die Reform ist politisch umstritten, aber der potentielle Gewinn eines niedrigeren Informalisierungsgrades der Wirtschaft ist gewaltig: Wenn 100.000 Arbeitnehmer (ungefähr 1,9 Prozent der Erwerbspersonen im Jahre 1990) von der registrierten Arbeitslosigkeit in gemeldete Beschäftigungsverhältnisse überwechseln würden, würde sich der staatliche Finanzierungssaldo um ungefähr 0,5 Prozent des BIP verbessern.

Lettland hat eine größere Reform eingeführt, um diesen Teufelskreis zu brechen. Die staatlichen Renten-

zahlungen sollen dadurch verringert werden, daß man die Vorzugsbehandlung spezieller Gruppen abschafft sowie denjenigen niedrigere Leistungen gewährt, die früher in den Ruhestand treten, während jene Personen höhere Leistungen bekommen, die den Ruhestand verschieben und weiterhin Beiträge zahlen. Man schätzt, daß sich bei einer erfolgreichen Fortführung der Reformen Ersparnisse in Höhe von ungefähr einem Viertel der erwarteten Beiträge ergeben werden. Diese Ersparnisse werden in ein zweites Fondssystem geleitet werden, in dem die Beiträge als Reserve gehalten oder von privaten Managern investiert werden. Im Ergebnis haben die ältere und die jüngere Generation in Lettland einen Vertrag abgeschlossen. Die Rentner waren damit einverstanden, nicht auf größere Leistungen zu drängen, und die Arbeitnehmer haben höhere Beiträge in der Hoffnung akzeptiert, für sich selbst im hohen Alter eine größere Sicherheit zu haben.

Die Reformen werden von großem Nutzen sein, wenn sie erfolgreich zu Ende verfolgt werden. Sie werden die öffentlichen Rentenausgaben vermindern und Auseinandersetzungen über das Rentenalter überflüssig machen, da die Arbeitnehmer wählen können, wann sie in den Ruhestand treten. Schließlich werden sie die Menschen dazu ermutigen, aus der informellen Wirtschaft herauszukommen, da die Renten in einem direkten Zusammenhang zu den Beiträgen stehen.

pen, wie Bergleute und Lehrer, konnten sogar noch eher in Rente gehen. Im Ergebnis erfreut sich eine typische Rentnerin in der Tschechischen Republik eines fünf Jahre längeren Rentnerdaseins als ihre amerikanische Altersgenossin, und sie hat sogar sieben Jahre mehr als eine vergleichbare Deutsche. Für Männer liegt der Unterschied näher bei einem Jahr. Der Vergleich mit Ungarn, Polen und Rußland ist weitgehend ähnlich.

Die große Zahl der Rentner kann einen Teufelskreis schaffen, da hohe Ausgaben für Renten (16 Prozent des BIP in Polen im Jahre 1994) zu hohen Lohnabzügen für die Beiträge führen, damit Anreize bieten, die Beschäftigung nicht zu deklarieren und somit noch höhere Beitragssätze zur Folge haben (Sonderbeitrag 4.4). Die Renten bleiben jedoch in den meisten Ländern niedrig, da es so viele Rentner gibt. Die kombinierten Effekte der Arbeitslosigkeit, weitverbreiteter Aktivitäten im informellen Sektor, eines niedrigen Rentenalters und – in manchen Ländern – die mangelnde Erfassung der ländlichen Bevölkerung haben die Relation von Beitragszahlern zu Rentnern schrumpfen lassen (Ta-

belle 4.2). In Polen stehen beispielsweise rein rechnerisch 4,6 Personen im Erwerbsalter einer Person von sechzig Jahren oder älter gegenüber, aber nur 1,9 von ihnen zahlen Beiträge. Bulgarien hat wenig mehr als einen Beitragszahler je Rentner. Mittelfristige Projektionen in vielen Ländern zeigen, daß die gegenwärtigen Vereinbarungen nicht tragfähig sind.

Eine der größten Herausforderungen für die Sozialpolitik besteht darin, diesen Teufelskreis zu durchbrechen. Bis jetzt wurde viel diskutiert, die Politik hat sich jedoch kaum geändert (die Tschechische Republik und Lettland befinden sich unter den wenigen Ausnahmen). In Wirklichkeit ist das Durchschnittsalter, bei dem erstmals eine Rente gezahlt wird, in den meisten Ländern sogar *gesunken*. Was eine Rentenreform politisch noch schwieriger macht, ist die Tatsache, daß die Unternehmer den größten Teil der Rentenbeiträge zahlen, während die Rentner als Gruppe die Macht besitzen, den Wahlausgang entscheidend zu beeinflussen.

CHINA. Der soziale Schutz in China unterscheidet sich von dem in den MOE- und NIS-Ländern in mehreren

wichtigen Aspekten: Die Bevölkerung des Landes ist noch jung (obwohl das Durchschnittsalter in den nächsten 30 Jahren rasch ansteigen wird), das städtische System der sozialen Sicherung besteht eher aus einer Reihe von unternehmensbezogenen Stützpunkten als aus einem vereinheitlichten System, und das Land hat eine große Landbevölkerung (80 Prozent der Gesamtbevölkerung) mit einem sehr begrenzten sozialen Schutz.

Das städtische System der Einkommenstransfers (Arbeitslosenversicherung) sieht sich ähnlichen Problemen gegenüber wie in den MOE- und NIS-Ländern. Das Rentenalter ist beispielsweise niedrig, und das Sozialversicherungssystem ist übermäßig zersplittert. Die Beschäftigten in staatlichen Einrichtungen und Staatsunternehmen genießen umfangreiche Vorteile, während parallel dazu ein weniger großzügiges System für die Arbeitnehmer in Kollektiven zuständig ist. Im Gegensatz zu den MOE- und NIS-Ländern sind die chinesischen Unternehmen für die Verwaltung *und* die Finanzierung der Leistungen verantwortlich gewesen. Diese Regelung bindet die Arbeitnehmer – und die Rentner – sogar noch enger an das Unternehmen und verzögert die Unternehmensreform. Zudem hängt die Großzügigkeit der Leistungen von den finanziellen Möglichkeiten des Unternehmens und dessen Alter ab (neuer Unternehmen haben weniger Rentner). Eine gewis-

se Poolung der Einnahmen zwischen den Unternehmen wurde auf Gemeindeebene eingeführt, dies ist aber nur eine partielle Lösung.

Die Erwerbstätigen auf dem Lande bleiben in China außerhalb des Systems der Arbeitslosenversicherung, wodurch zwei Arten von Problemen geschaffen werden. Erstens haben mehr als 100 Millionen Menschen, die in der ländlichen Industrie arbeiten, nur einen lückenhaften Zugang zur Gesundheitsfürsorge und keine Rentenansprüche, es sei denn, sie haben sich privat abgesichert. Die riesige Landbevölkerung hat sich für die Unterstützung im Alter und für die Linderung der Armut auf die Großfamilie gestützt. Mit dem Trend zu kleineren Familien und einer zunehmenden Mobilität der Arbeitskräfte werden diese Bindungen jedoch schwächer. 30 bis 40 Millionen absolut arme Menschen auf dem Lande leben am Rande des Existenzminimums. Viele würden sterben, gäbe es nicht das äußerst effektive chinesische System der Getreideversorgung, das sie mit gerade genug Nahrung versorgt, damit sie weiterleben können. Es ist lebensnotwendig, daß dieses System die Transformation überlebt. Darüber hinaus müßte ein anhaltendes Wirtschaftswachstum weiterhin helfen, die Armut zu mindern. Da die Armen einen relativ kleinen Anteil an der Landbevölkerung stellen, sollte die Regierung dazu in der Lage sein, die Hilfe gezielt den allerärmsten Gemeinden zukommen zu lassen.

Der zweite Problembereich hängt damit zusammen, daß der Unterschied zwischen städtischen und ländlichen Arbeitnehmern verschwindet und ein wachsendes Heer von wandernden Arbeitskräften auf dem Land entsteht. Das Sozialversicherungssystem, das noch auf der Annahme einer niedrigen Mobilität der Arbeitskräfte basiert, muß erkennen, daß die Arbeitnehmer zwischen verschiedenen Beschäftigungsarten und -orten wechseln. Ein Viertel der Landarbeiter sind nun Lohnempfänger, im Gegensatz zu ihren Kollegen in den Städten verfügen sie aber noch nicht über eine Arbeitslosenversicherung. Ebenso wird die wachsende „fließende Bevölkerung“ der Wanderarbeiter zum größten Teil nicht erfaßt. Obwohl es den meisten Migranten gut geht, sind einige in einer schlechteren Lage, und diese dürften die ersten einer entstehenden Gruppe von Armen in Gebieten sein, in denen es in der Vergangenheit keine großen armen Bevölkerungsschichten gab.

#### Politikziele

Grob gesagt können soziale Sicherungsnetze ihre Leistungen in zwei Formen anbieten: Durch Transferleistungen, ob in bar oder in Sachleistungen, und durch Programme, die es den Menschen ermöglichen, Einkommen zu erzielen. Da, wo Transfers gezahlt werden, sollten sie nach allgemeiner Meinung möglichst in bar geleistet werden: Barzahlungen überlassen dem Empfänger die Kaufentscheidungen, sie sind für die Budgetierung transparenter, und sie verzerren

**Tabelle 4.2** Bevölkerungsstruktur und Beitragszahler je Rentner in ausgewählten Reformstaaten

Land	Anzahl der Personen im erwerbsfähigen Alter je Person über 60 Jahre	Beitrags- zahler je Rentner
<i>Mittel- und Osteuropa</i>		
Albanien	7,9	1,0
Bulgarien	2,9	1,2
Tschechische Republik	3,5	2,0
Ungarn	3,2	1,5
Polen	4,6	1,9
Rumänien	3,6	2,0
<i>NIS-Staaten</i>		
Rußland	2,9	1,9
Kirgisistan	5,0	2,6
Turkmenistan	6,6	3,6
Usbekistan	6,3	3,0
Nachrichtlich: OECD-Durchschnitt, 1990	3,6	2,6

Anmerkung: Die Daten beziehen sich auf das Jahr 1993.  
Quelle: Datenbasis der Weltbank (World Bank Social Challenges of Transition); Weltbank 1995 k.

nicht die Marktpreise. Unter manchen Umständen besitzen jedoch Sachleistungen Vorteile: Sie behalten während einer Inflation ihren Wert, und in bestimmten Fällen – einige von ihnen werden unten diskutiert – können sie sehr zielgerichtet sein. Die Volkswirtschaften der Transformationsländer haben sehr unterschiedliche Einkommen, administrative Fähigkeiten, Familienstrukturen und soziale Prioritäten. Einige haben viel größere informelle Sektoren als andere, und manche bleiben im wesentlichen ländlich strukturiert. Ihre Systeme der Einkommenstransfers werden sich daher stark unterscheiden.

**PRIVATE VERSICHERUNG.** Viele Menschen sind nur in bestimmten Lebensabschnitten arm – zum Beispiel während sie arbeitslos sind. Sollte es der Staat der privaten Versicherung überlassen, solche Risiken abzudecken? Wie in Kapitel 7 diskutiert wird, lautet die Antwort gewöhnlich nein. Die private Versicherung deckt bestimmte Risiken – wenn überhaupt – schlecht ab, wie das Risiko der Arbeitslosigkeit. Sie kann eine Option für manche Risiken (wie das krankheitsbedingte Fernbleiben von der Arbeitsstelle) und für manche Menschen sein (die städtische Mittelklasse). Aber selbst im Westen, wo die institutionellen Rahmenbedingungen günstiger sind, ist die private Versicherung nicht mehr als eine zusätzliche Quelle zur Stützung des Einkommens.

**SOZIALVERSICHERUNG.** Sozialversicherungsleistungen werden auf der Basis der Beiträge eines Arbeitnehmers (gewöhnlich ein Teil seines Lohnes) und dem Eintritt eines bestimmten Ereignisses gezahlt, beispielsweise wenn man arbeitslos wird oder ein bestimmtes Alter erreicht. Da die Teilnahme an der Versicherung Pflicht ist, kann die Sozialversicherung vor Risiken schützen, die der private Markt nicht abdecken kann, und sie kann von reich zu arm umverteilen. Obwohl die MOE- und NIS-Länder gut etablierte Systeme besitzen, die zu beseitigen politisch schwierig sein würde, dürfte die Sozialversicherung nicht für alle Länder ein Fortschritt sein. Ob dem so ist, hängt von den Antworten auf mehrere Fragen ab. Sind die Ursachen des Einkommensverlustes relativ klar abzugrenzen und im Prinzip versicherbar? Reichen die administrativen Kapazitäten aus? Kann das Einkommen zum Zweck der Berechnung der Beiträge richtig erfaßt werden? Und ist es möglich, Beiträge durchzusetzen und die Leistungen zu kalkulieren? In Ländern wie Polen, Ungarn und der Tschechischen Republik lauten die Antworten auf diese Fragen ja. In einigen der Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion, insbesondere in den ärmeren zentralasiatischen Volkswirtschaften gilt dies höchstwahrscheinlich nicht. Da ein großer Teil der Arbeitskräfte im Schattensektor beschäftigt ist, ist es praktisch unmöglich, Beitragszahlungen durchzusetzen, und die niedrigen Verwaltungskapazitäten machen selbst im formellen Sektor die Durchsetzung problematisch.

Die Renten stellen ein spezielles und schwieriges Pro-

blem dar. Sollte die gegenwärtige ältere Generation eine spezielle Behandlung erfahren? In vielen MOE- und NIS-Ländern vernichtete die Inflation die finanziellen Ersparnisse der Älteren. Im Gegensatz zu den Jungen werden sie nicht die Möglichkeit haben, ihre Verluste in der Marktwirtschaft wieder wettzumachen. Im Hinblick auf den Gleichheitsgrundsatz kann man daher eine spezielle Behandlung begründen. Teilweise ist dies bereits geschehen: Vielen Menschen ist es erlaubt worden, früh in den Ruhestand einzutreten, und die Rentner in vielen Ländern haben ihre Position gegenüber den Lohnempfängern gehalten. Eine andere Möglichkeit besteht darin, die alten Menschen dadurch zu begünstigen, daß man Vermögenswerte wie Aktien, Gutscheine und Wohnungen verteilt. Vermögen kann die ältere Generation stärken: Eine ältere Rentnerin, die ein Haus besitzt, kann dieses ihren Kindern überlassen, oder sie kann es im Tausch gegen ein regelmäßiges Einkommen ihren Kindern geben, oder sie kann ihr Haus als Sicherheit für einen Kredit oder eine Zeitrente nutzen.

Die von dem alten Regime hinterlassenen Rentensysteme in den MOE- und NIS-Ländern benötigen jedoch eine größere Reform. Die Ausgaben für die Leistungen müssen, wie die öffentlichen Ausgaben generell, an einen kleineren öffentlichen Sektor angepaßt werden, um Raum für ein vom privaten Sektor getragenes Wachstum zu schaffen. In vielen Ländern müssen die Ausgaben für Renten gekürzt werden, entweder durch die Kürzung der individuellen Leistungen oder durch die Verminderung der Zahl der Rentner – dies geschieht zum Beispiel durch die Anhebung des Rentenalters und die Eindämmung des Mißbrauchs für die Inanspruchnahme von Invaliditätsrenten. Kurzfristig sollte die Linderung der Armut Vorrang vor anderen Zielen genießen; in einigen Ländern dürfte dies bedeuten, daß man niedrige Leistungen gewährt. Dadurch werden die Ausgaben gekürzt, was aber Unzufriedenheit schaffen kann. Wie immer, müssen die Politiker abwägen zwischen dem, was zu tun sie sich nicht leisten können, und dem, was nicht zu tun sie sich nicht leisten können.

Mittelfristig, wenn sich die fiskalischen und administrativen Einschränkungen zu lockern beginnen, kann sich das System zu einem solchen entwickeln, das die Leistungen mehr von den Beiträgen abhängig macht. Dies wird die Anreize stärken, Beiträge zu zahlen – in dem Ausmaß, wie die Beiträge weniger als eine Steuer angesehen werden, kann dadurch auch der Anreiz zur Arbeit im formellen Sektor erhöht werden. Spezielle Vereinbarungen für die gegenwärtig älteren Menschen sollten nicht auf die jüngere Generation übertragen werden, die Zeit hat, Rentenansprüche und andere Formen von Vermögen aufzubauen. Ungeachtet politischer Schwierigkeiten wird man nicht umhinkommen, allmählich das Rentenalter anzuheben; in einer Reihe von Ländern hat man damit bereits begonnen. Die Reform des staatlichen Rentensystems sollte von der Entwicklung eines

komplementären privaten Rentenversicherungssystems begleitet werden (dies wird weiter unten diskutiert).

In China gibt es eine umfassende Vereinbarung, daß ein einheitliches System, einschließlich der Regeln für die Anpassung der Leistungen an die Inflation, alle städtischen Unternehmen, staatlicher und privater Art, erfassen sollte. Aus den gleichen Gründen wie in den MOE- und NIS-Ländern sollten die Verwaltung und die Vergabe der Leistungen von den Unternehmen wegverlagert und das Rentenalter angehoben werden. Die Beiträge der Arbeitgeber und die verschiedenen Ebenen des Staatssektors sollten klar festgelegt werden und, aus den gleichen Gründen wie anderswo, müssen Arbeitnehmerbeiträge eingeführt werden.

Die Länder werden zusätzliche Wege beschreiten müssen, um die Armut zu lindern. Dies erfordert jedoch zuerst die Erfassung der Armen. Im allgemeinen gibt es drei Wege, um dies zu tun: durch die Messung des Einkommens (das heißt durch die Anwendung eines Einkommenstests), durch die Anwendung eines Armutsindikators, wie Alter oder Krankheit, oder indem man Programme entwickelt, die nur armen Menschen einen Anreiz zur Teilnahme geben.

**EINKOMMENSABHÄNGIGE SOZIALHILFE.** Hilfe für den einzelnen oder für Familien mit Einkommen unter einem bestimmten Niveau ist für die dauerhaft Armen angemessen und dort, wo Beitragszahlungen nicht berechnet oder durchgesetzt werden können. Auf einer breiteren Basis führt eine einkommensabhängige Sozialhilfe jedoch zu mehreren Problemen: Sie vermindert deutlich den Anreiz zur Arbeit; die notwendigen Beitragssätze sind für arme Länder nicht tragbar; die Feststellung der Berechtigung erfordert selbst in reichen Ländern einen hohen Verwaltungsaufwand und ist kostspielig; und der Einkommensnachweis kann die Antragsteller bloßstellen und zu aufdringlich sein, so daß er politisch umstritten ist. Für viele Volkswirtschaften in den Transformationsländern sind dies ernste Probleme, insbesondere wenn die Arbeitslosigkeit vorübergehend und oft wenig tiefgreifend ist, so daß viele Menschen schnell in die Armut abgleiten und wieder aus der Armut herausfinden.

Eine Alternative besteht darin, das Sozialhilfesystem lokal zu organisieren und den örtlichen offiziellen Stellen einen gewissen diskretionären Spielraum bei der Verwaltung einzuräumen. Usbekistan hat ein Schema dieser Art eingeführt. Je kleiner der Raum, desto besser sind die Informationen über die Antragsteller, was bei der Zielausrichtung hilft. Den örtlichen Stellen kann man ein festes Budget geben, damit die Ausgaben kontrolliert werden können. Fallweise Entscheidungen erfordern jedoch einen hohen Verwaltungsaufwand sowohl auf der zentralen als auch der lokalen Ebene. Es wird ein Mechanismus benötigt, der sicherstellt, daß die bedürftigsten Regionen umfangreichere Ressourcen erhalten als die weniger bedürftigen. Dies erfordert sowohl technische Fähigkeiten, um fundierte Ent-

#### **Sonderbeitrag 4.5 Innovative Auszahlung der Renten in Südafrika**

Zum Rentetermin eines jeden Monats laufen in Kangwane, einem früheren schwarzen Homeland in Südafrika, Großeltern in Gruppen durch die ländliche Wildnis und halten Banknoten in ihren Händen, die von einigen der hochentwickeltesten Geldautomaten in der Welt ausgegeben worden sind. Die Geldautomaten kommen auf nicht gekennzeichneten Lastwagen an und werden von bewaffneten Sicherheitsleuten eskortiert. Unter einer improvisierten Markise zieht jeder Rentner eine Plastikkarte durch die Maschine, rollt einen Finger über einen kleinen Scanner, der den Fingerabdruck mit einer digitalen Schablone vergleicht, und entnimmt dann die monatliche Pensionszahlung der Maschine. Durch diesen Service werden nun Renten an ungefähr 400.000 südafrikanische Senioren ausbezahlt.

Das System funktioniert sowohl in sozialer als auch administrativer Hinsicht. Es stärkt die Älteren, normalerweise die Frauen, und es kann ein guter Weg sein, um die Familien mit Hilfe der Großmütter zu unterstützen. Wenn eine Person stirbt und damit seine Rente nicht mehr abholen kann, hören die Zahlungen automatisch auf.

scheidungen zu treffen, als auch die Fähigkeit, Diskriminierung und Korruption zu vermeiden.

**GEZIELTE HILFE DURCH DIE VERWENDUNG VON ARMUTSINDIKATOREN.** Es ist manchmal möglich, die Armen durch einen Armutsindikator zu identifizieren, der leichter zu messen ist als das Einkommen. In den europäischen Transformationsländern ist das Kindergeld wahrscheinlich besonders gut zielgerichtet, nachdem Leistungen wie die Kinderbetreuung abgeschafft wurden. Es verursacht hohe Verwaltungskosten, die Einkommen aller Familien mit Kindern festzustellen, und je größer der informelle Sektor ist, desto ungenauer wäre dieses Verfahren. Kindergeld – ein fester Betrag je Kind im Monat – wird ohne Ermittlung des Einkommens in ganz Westeuropa und in mehreren lateinamerikanischen Ländern gezahlt.

Indikatoren zur zielgerichteten Hilfe werden auch in anderen Bereichen verwendet, bei der Hilfe für schwangere Frauen und für Kinder durch Ernährungsprogramme und medizinische Untersuchungen sowie für Schulkinder durch freie Mahlzeiten und Gesundheitskontrollen. Ein hohes Alter, insbesondere in Einpersonen-Haushalten, ist ein weiterer guter Indikator für Armut, und er erfordert einen relativ geringen Verwaltungsaufwand (Sonderbeitrag 4.5).

AUTOMATISCH ZIELGERICHTETE LINDERUNG DER ARMUT. Einige Länder versuchen, Güter zu subventionieren, die hauptsächlich von den Armen konsumiert werden. Es gibt aber nur wenige solcher Güter, und die Liste der subventionierten Waren kann von der Mittelklasse „nach oben manipuliert“ werden. Ein anderer Ansatz besteht darin, Subsistenz-Barzahlungen im Austausch für Arbeit anzubieten. In Estland sind gesunde Menschen nur dann berechtigt, Arbeitslosenunterstützung zu erhalten, wenn sie achtzig Stunden öffentliche Dienstleistungen im Monat ableisten. Solche an „Gegenleistungen geknüpfte Sozialleistungen“ haben Vorteile: Die einzigen Menschen, die daran teilnehmen, sind solche, für die dies wirklich die letzte Option ist, und es kann den Empfängern erlauben, ihre Würde durch die Arbeit zu behalten. Umfangreichere Leistungen können dort gezahlt werden, wo durch die Arbeit nützliche Infrastrukturprojekte wie Straßen geschaffen werden. Dieser Ansatz ist allerdings schwer zu realisieren, und er kann politischen Widerstand hervorrufen.

SCHLUSSFOLGERUNG. Selbst die Erfahrungen der fortgeschrittenen Reformstaaten beleuchten die Schwierigkeiten einer effektiven Zielausrichtung der Armutsbinderung, und sie zeigen, wie wichtig es ist, einfache Kriterien für die Berechtigten zu entwickeln, Initiativen auf das Gemeindenniveau zu verlagern und möglichst viele interessierte Parteien für eine Partnerschaft zu gewinnen, wie benachteiligte Gruppen und führende Gemeindemitglieder. In diesem Zusammenhang können nichtstaatliche Organisationen (NSO) eine wertvolle Rolle spielen, indem sie beispielsweise Unterkünfte für Wohnsitzlose zur Verfügung stellen. Zur Förderung dieser Aktivitäten muß sie der Staat jedoch zuerst ausdrücklich legalisieren, sofern dies nicht schon geschehen ist, und möglicherweise muß er ihnen Steuervorteile oder einige explizite Finanzquellen zur Verfügung stellen. NSOs sind oft eher als staatliche Institutionen dazu in der Lage, die Armut zu lindern und Leistungen anzubieten. Darüber hinaus können sie eine lokale Beteiligung fördern und ganz allgemein die Entwicklung einer bürgerlichen Gesellschaft voranbringen.

#### *Rentenreform – und die Rolle privater Programme*

Wie weiter oben diskutiert, ist es erforderlich, das staatliche Rentensystem in jedem Transformationsland fundamental zu reformieren. Viele der weniger fortgeschrittenen Reformländer sollten sich höchstwahrscheinlich allein darauf konzentrieren, ihr staatliches Rentensystem in Ordnung zu bringen. Einige Transformationsländer entwickeln jedoch ein privates Rentensystem oder erwägen seine Einführung. Die meisten staatlichen Rentensysteme arbeiten auf der Basis eines Umlageverfahrens (die laufenden Renten werden aus den laufenden Beiträgen bezahlt). Dagegen finanzieren sich die meisten privaten Systeme (ob mit Pflichtmitgliedschaft oder auf freiwilliger Basis) durch die

Ersparnisse, die die Menschen während ihres Arbeitslebens akkumulieren. Jede Reform des Rentensystems erstreckt sich auf bestimmte essentielle Elemente. Darüber hinaus stehen den Politikern in jedem Land eine Reihe von Optionen offen. Diese hängen jedoch vom Zusammenspiel zwischen den Wahlmöglichkeiten und den Ausgangsbedingungen ab, was in Kapitel 1 näher beleuchtet wurde.

NOTWENDIGE REFORMKOMPONENTEN. Das erste und zentrale Element einer Rentenreform in den Transformationsländern besteht darin, daß man die öffentlichen Ausgaben für die Renten mit dem Wirtschaftswachstum in Einklang bringt. Probleme mit den öffentlichen Ausgaben müssen direkt angegangen werden; private Rentensysteme sind keine Lösung für übermäßige Staatsausgaben, insbesondere wenn die öffentlichen Programme so übermäßig ausgedehnt sind wie in den meisten Transformationsländern. Zweitens, jede Rentenreform muß auf irgendeine Weise finanziert werden. Fügt man ein Kapitaldeckungsverfahren einem bestehenden Umlageverfahren hinzu, so muß man Kapital aufbauen, um die künftigen Renten zu zahlen, während man weiter die laufenden Rentenzahlungen leisten muß. Dies ist etwa so, als ob man die Menschen bittet, Hypotheken für zwei Häuser zur gleichen Zeit zu zahlen – für ihr eigenes und das ihrer Eltern. Wenn das Haus der Eltern klein ist und das Einkommen der Kinder steigt (wie es in Chile und China der Fall ist), stellt die zusätzliche Ausgabe kein großes Problem dar. Wenn aber das Haus der Eltern groß ist – und extrem mit einer Hypothek belastet – und das Einkommen der Kinder niedrig ist oder schrumpft (wie in den MOE- und NIS-Ländern), muß das Haus der Eltern auf eine andere Weise finanziert werden. Alternative Wege zur Rentenfinanzierung beinhalten die Besteuerung, den Verkauf von Vermögenswerten oder die Kreditaufnahme. Die Einführung privater Renten muß daher Teil einer Strategie sein, die auch die öffentlichen Rentenausgaben umfaßt (siehe die Diskussion von Lettland im Sonderbeitrag 4.4). Wie oben bemerkt, muß die Kontrolle der öffentlichen Rentenausgaben in vielen weniger fortgeschrittenen Reformstaaten derzeit in der Tat Priorität genießen, da diese noch ein ganzes Stück davon entfernt sind, die wirtschaftliche oder institutionelle Basis für ehrgeizigere, langfristige Reformen zu besitzen.

Ein drittes essentielles Element sind Regulierungs- und Durchsetzungsmaßnahmen, um die Beitragszahler und die Rentner zu schützen; dies erfordert wiederum eine effektive Regierung. In vielen Transformationsländern gibt es noch nicht die notwendige Regulierung der Finanzmärkte, einschließlich festgelegter und durchgesetzter Rechnungslegungsstandards. Ihre Umsetzung ist eine große Aufgabe, sie ist aber ein wichtiger erster Schritt für den Aufbau eines privaten Rentensystems. Insbesondere da, wo es große Pensionsfonds gibt, muß die Regierung davon abgehalten werden, die Allokation der Investitionen zu politisieren.



Schließlich benötigen Pensionsfonds Zeit zum Reifen. Es dauert bis zu vierzig Jahre für die Arbeitnehmer, um genug Kapital zu akkumulieren, bis sie sich selbst im Alter unterstützen können. In manchen Fällen kann dieser Prozeß jedoch beschleunigt werden, indem man die Pensionsfonds mit privatisierten Vermögenswerten ausstattet (Sonderbeitrag 4.6).

**OPTIONEN FÜR DIE POLITIK.** Die Reformstaaten werden sich wahrscheinlich am Schluß auf ein Rentensystem festlegen, das drei Elemente kombiniert: eine staatliche Komponente, normalerweise ein Umlageverfahren; eine Fondskomponente, die normalerweise privat ist; und da, wo die Fondskomponente Pflicht ist, eine dritte Komponente, die aus einem Fondssystem besteht, zu dem der einzelne zusätzliche freiwillige Beiträge entrichten kann. Innerhalb dieses Rahmenwerkes wird jedes Land eine gewisse strategi-

sche Auswahl treffen können, um die relative Größe jeder der drei Komponenten und deren Gestaltung festzulegen.

Wie groß und wie redistributiv sollten die staatlichen Renten sein? Arme Länder können es sich nicht leisten, viel für Renten auszugeben. Der billigste Weg zur Maximierung der Hilfe für die Linderung der Armut besteht in solchen Fällen in einer Grundrente. Wenn sich die Budgetrestriktionen lockern, werden andere Politikoptionen möglich, einschließlich einer höheren Einheitsrente (wie in den Niederlanden) oder einer Rente, die zumindest teilweise in Beziehung zu den früheren Beiträgen steht (wie in Großbritannien und den Vereinigten Staaten).

Wie sollten private, fondsgestützte Rentensysteme organisiert werden? Auf Basis individueller Konten (wie in Argentinien und Chile)? Oder sollte es auch für die Arbeitgeber möglich sein, derartige Programme zu organisieren, wie

#### **Sonderbeitrag 4.6 Kann staatliches Eigentum dazu verwendet werden, um die Renten zu finanzieren?**

Die Regierungen starten den Transformationsprozeß mit großen Verpflichtungen – aber auch mit beträchtlichen Vermögenswerten. In Marktwirtschaften beläuft sich der gesamte Wert des Vermögens eines Landes auf ungefähr das Vierfache des BIP: Land, Wohnungen und andere Immobilien (einschließlich kommerzieller Gebäude) entsprechen für sich genommen jeweils in etwa dem Wert des BIP; Ausrüstungen, Lagerbestände, langlebige Konsumgüter und der Tierbestand machen das restliche Viertel aus. Können die Reformstaaten einen Teil dieses Vermögens dazu verwenden, um Verpflichtungen wie die Renten zu finanzieren?

Die Erfahrungen in anderen Ländern deuten darauf hin, daß dies möglich ist. In Bolivien werden die staatlichen Anteile an den mehrheitlich privatisierten Gesellschaften in privat verwaltete Pensionsfonds eingebracht. Theoretisch könnten die Regierungen in den Transformationsländern das gleiche tun. Unternehmensaktien sind nicht die einzigen Vermögenswerte, die sie dazu verwenden können. Ein anderer möglicher Vermögenswert sind Anleihen im Besitz von einigen Unternehmen (bei denen der Staat der Begünstigte ist). Anleihen haben stetige Rückzahlungsströme, sie sind sicherer als Aktien, und sie können Betriebe einer Überwachung durch die Kreditgeber unterwerfen. Immobilien könnten ebenso zur Finanzierung von Renten eingesetzt werden. Zum Beispiel haben einige chinesische Unternehmen, die die Renten nicht zahlen konnten, in Erwägung gezogen, ihren Wohnungsbestand an ein Tochterunternehmen zu übertragen, die das Wohneigentum verwaltet und dafür Kredite aufnehmen könn-

te, um die Renten zu zahlen. Beim Tod der Rentner würden die Wohnungen versteigert.

Obwohl diese Programme im Prinzip attraktiv sind, sind sie jedoch nicht leicht umzusetzen. Das erste Problem besteht darin, daß nicht das gesamte Staatsvermögen von der Zentralregierung kontrolliert wird. Regierungsstellen auf Landes-, Bezirks- oder Gemeindeebene kontrollieren einen großen Teil des kommerziellen Immobilienbesitzes. Pächter haben oft starke Gewohnheitsrechte an ihren Wohnungen, auch wenn sich diese im Besitz des Staates oder eines Staatsunternehmens befinden. Ein zweites Problem besteht darin, daß Pensionsfonds eine regulatorische Aufsicht, liquide Finanzmärkte und einen Kreis von unabhängigen professionellen Managern benötigen, und dies alles braucht Zeit, um sich zu entwickeln. Die Alternativen sind jedoch nicht notwendigerweise einfacher. Der Staat könnte statt dessen das Eigentum verkaufen, um seine Einnahmen zu erhöhen. Dies ist aber schwierig, wenn es nur wenige kapitalkräftige Käufer gibt (siehe Kapitel 3). Der Staat könnte das Eigentum schnell und billig verkaufen, in der Hoffnung, Vermögens- und Kapitalertragssteuern von den neuen Eigentümern einzunehmen. In der Praxis braucht die Entwicklung einer Steuerverwaltung allerdings auch eine gewisse Zeit, insbesondere für solche komplexen Steuern. Unter Berücksichtigung all dieser Schwierigkeiten dürfte es sich dennoch lohnen, eine Verwendung des staatlichen Vermögens zur Finanzierung der Renten in Erwägung zu ziehen. Jedes Programm muß jedoch sorgfältig geplant und umgesetzt werden.



in vielen europäischen Ländern? Die Wahl hängt zum Teil davon ab, wie breit die Risiken nach dem Willen der Politiker gestreut werden sollen. Unabhängig davon entsteht die Frage, wie und wie weit die Rentner gegenüber Verlusten und einer hohen Inflation geschützt werden können – dies sind besonders hervorstechende Risiken in Volkswirtschaften, die sich einer größeren Reform unterziehen. Der Staat könnte zumindest für einen gewissen Teil des Inflationsrisikos bürgen – die Rentner sollten keinem substantiell höheren Risiko als die Lohnabhängigen ausgesetzt sein, und der Zusammenbruch eines privaten Rentensystems in den Anfängen einer Marktwirtschaft könnte den politischen Konsens untergraben, der die Wirtschaftsreform stützt.

Sollte die Mitgliedschaft Pflicht sein? Umlageverfahren sind naturgemäß so konstruiert. Einige Experten befürworten kleine staatliche Renten und eine Pflichtmitgliedschaft in privaten Programmen. Bei einer Pflichtmitgliedschaft entstehen jedoch schwierige Fragen. Die Tschechische Republik besitzt ein öffentliches Rentensystem, das über dem Existenzminimum liegende Leistungen bietet, und sie bringt die Ausgaben durch ein Kapitaldeckungsverfahren unter Kontrolle, bei dem Steuervorteile zur Förderung der Beitragszahlungen gewährt werden. Die Tschechen meinten aber, daß es politisch nicht möglich sei, einen Schritt weiterzugehen und die Beiträge in neue private Programme einzubringen. Viele andere Transformationsländer werden ähnliche Schwierigkeiten haben, da die Inflation erst in jüngster Zeit fast die gesamten privaten Ersparnisse vernichtet hat.

**RENTENPROGRAMME.** Wie sollten die Transformationsländer bestimmen, welche Kombination von Rentenprogrammen die richtige für sie ist? Ein typisches System in Europa und Nordamerika besteht aus einem staatlichen Rentensystem in Form des Umlageverfahrens, das mehr als das Existenzminimum abdeckt. Dieses wird durch eine Vielzahl von regulierten, privat verwalteten Pensionsfonds ergänzt. Wo diese Pflicht sind, kann der einzelne außerdem freiwillige zusätzliche Beiträge zu anderen fondsgestützten Systemen leisten. Die drei Komponenten dienen verschiedenen Zwecken: Das staatliche System zielt vor allem darauf ab, die Armut zu lindern und leistet oft eine unvollständige Umverteilung. Die zweite Komponente hilft den Menschen, ihr Einkommen über ihre Lebenszeit umzuverteilen, und die dritte Komponente berücksichtigt Unterschiede in den individuellen Präferenzen. Bei diesem Ansatz spielt die soziale Solidarität eine bedeutende Rolle, und die Risiken werden recht breit gestreut. Angesichts der doppelten Bedrohung durch eine langsam wachsende Wirtschaft und eine rasch alternde Bevölkerung kann dieser Ansatz jedoch unter starken finanziellen Druck geraten. Eine alternative Methode, die in Chile und Singapur angewendet wird, weist eine geringere öffentliche Komponente auf. In Chile bildet die staatliche Rente einen garantierten Mindestbetrag für die private Rente; Menschen, die Leistungen empfangen, die

über dem Minimum liegen, erhalten keine staatliche Rente. Die meisten erhalten ihre Rente von einem oder mehreren fondsgestützten, regulierten, individuellen Programmen. Der einzelne kann freiwillige zusätzliche Beiträge leisten. Nur im Rahmen der garantierten Mindestrente findet bei diesem Ansatz eine Umverteilung von den Reichen zu den Armen oder zwischen den Generationen statt. Neuere Reformen in Lateinamerika (Argentinien, Kolumbien und Peru) haben so etwas wie einen Mittelweg zwischen dem europäisch-nordamerikanischen und dem chilenischen Ansatz gewählt.

Die genaue Wahl hängt von den Zielen eines Landes und den vorhandenen Beschränkungen ab. Chile und mehrere der sehr erfolgreichen asiatischen Volkswirtschaften gaben dem Wirtschaftswachstum Priorität und übernahmen daher individuellere Systeme, die eine hohe Ersparnis förderten. Einige Transformationsländer unterliegen stärkeren Beschränkungen – wirtschaftlicher, politischer und sozialer Art – als diese Länder, die über ein seit langem etabliertes marktwirtschaftliches System, relativ fortgeschrittene Bankensysteme und Kapitalmärkte sowie verhältnismäßig stabile Preise verfügen (Chile führte seine Reform in einer Zeit ein, in der es einen Budgetüberschuß verzeichnete). Darüber hinaus sind die Verwaltungskapazitäten in diesen Ländern groß. Die sozialen Beschränkungen sind ebenfalls verschieden. Die Großfamilie ist in den erfolgreichen asiatischen Volkswirtschaften immer noch wichtig, und eine starke Unterstützung durch die Familie gibt es auch in den zentralasiatischen Republiken; in den MOE- und sonstigen NIS-Ländern ist dies dagegen schwächer ausgeprägt. In Kirgisistan geht es älteren Menschen russischer Abstammung schlechter als den älteren Kirgisen, bei denen das Netzwerk der Großfamilie noch existiert. Die meisten dieser und anderer Beschränkungen in der Wirtschaft können durch konsistente Reformen überwunden werden – dies ist in der Tat einer der Hauptzwecke der Reform. Kurzfristig können sie jedoch nicht ignoriert werden.

### Was bleibt zu tun?

Eine gewisse Zunahme der Kluft zwischen Reich und Arm ist ein unausweichlicher Bestandteil des Transformationsprozesses. Insbesondere da, wo eine zunehmende Ungleichheit mit einer steigenden Armut verknüpft gewesen ist, gerieten die Regierungen unter Druck, die Kluft wieder zu verringern. Langfristig besteht der einzige Weg zur Minderung der Armut darin, das Wirtschaftswachstum zu stimulieren, insbesondere dadurch, daß man die in Kapitel 2 beschriebenen marktwirtschaftlich orientierten Politiken – einschließlich geringerer öffentlicher Ausgaben – verfolgt. Das Wachstum würde gefördert und die Armut gleichzeitig vermindert, wenn man das chronische Problem der Immobilität der Arbeitskräfte angeht. Es wird jedoch schwerer werden, die Arbeitskräfte zu einer Reaktion auf die Markt-

signale zu bewegen, als die Märkte selbst zu liberalisieren. Dies beinhaltet nicht bloß die Einführung marktbestimmter Löhne, vielmehr muß der Staat auch die anderen Hindernisse beseitigen, die die Arbeitnehmer davon abhalten, ihren Arbeitsplatz frei zu wechseln – insbesondere die Kopplung der sozialen Leistungen an die Unternehmen und den Mangel eines funktionierenden Wohnungsmarktes. Wachstum und eine größere Mobilität würden der Mehrheit der gegenwärtigen Verlierer der Reformen helfen, ihre derzeitigen Verluste wieder wettzumachen. Die Politik muß jedoch das wahre Ausmaß erkennen, in dem eine große Zahl von Menschen unter der Armut und Unsicherheit leidet. Die Politiker müssen einen gemeinsamen Nenner finden für den fiskalischen Druck einerseits und die politischen und sozialen

Imperative andererseits. Die Menschen, die zurückbleiben, auch nachdem das Wachstum wieder anspringt und die Arbeitsmärkte flexibler werden, sollten auf die staatliche Unterstützung zählen können, einschließlich gezielter Sozialleistungen. Die alten Menschen in den Transformationsländern haben eine viel geringere Chance, ihre Verluste wieder wettzumachen, diese Generation verdient daher eine besondere Behandlung. Es kann jedoch nicht so weitergehen, daß die Rentenausgaben in den Transformationsländern davonlaufen. Die Regierungen können jetzt das Problem angehen, indem sie das Renteneintrittsalter für die nächste Generation erhöhen. Längerfristig muß ein Rentensystem aufgebaut werden, das die zukünftigen Generationen dauerhaft unterstützen kann.

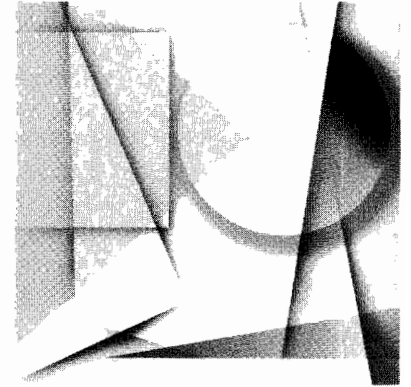
Welche Institutionen sind besonders entscheidend? An erster Stelle stehen gute Gesetze und wirksame Mittel zu ihrer Durchsetzung (Kapitel 5). Diese stellen die Spielregeln auf und sorgen für deren Anwendung, verringern die Transaktionskosten, erhöhen die kommerzielle Sicherheit, schaffen Anreize für Effizienz und halten Verbrechen und Korruption in Schranken, so daß sich die Betriebe auf produktive Aktivitäten konzentrieren können. Zweitens werden starke Finanzinstitutionen benötigt (Kapitel 6), damit das Sparen gefördert und die Ersparnis in ihre produktivste Verwendung geleitet wird. Finanzinstitutionen spielen außerdem eine wichtige Rolle bei der Unternehmensführung – in Ergänzung zu der Führung durch die Unternehmenseigner –, indem sie finanzielle Disziplin erzwingen und die Aktivitäten der Kreditnehmer überwachen. Eine dritte wichtige Institution ist der Staat (Kapitel 7); der allmächtige, alles umfassende Staatsapparat aus der Ära der Planung muß jedoch vollständig umstrukturiert werden. Kleinere, gezieltere staatliche Maßnahmen müssen die privaten Unternehmen unterstützen und ergänzen, anstatt sie zu unterdrücken.

Institutionen entwickeln sich nicht in einem Vakuum. Die Anstrengungen der Reformen zur Entwicklung von starken rechtlichen und finanziellen Institutionen sowie der Wandel der Aktivitäten des Staates müssen durch eine von unten kommende Nachfrage nach einer solchen Reform ergänzt werden. Diese Nachfrage wird sich nicht über Nacht entfalten, und sie wird oft einen tiefen Wandel der Anreize, Einstellungen und Erfahrungen erfordern. Sie wird sich aber schneller entwickeln, wenn sich die Politiker nachhaltig für makroökonomische Stabilität, offene Märkte und die Entwicklung des privaten Sektors einsetzen.

Umfangreiche Forschungen zeigen die Bedeutung des Humankapitals für anhaltendes Wachstum und die Anpassung der Marktwirtschaften. Viele Länder beginnen die Transformation mit einer starken Humankapitalbasis, und ihre zunehmenden Erträge aus der Ausbildung zeigen schon die Bedeutung der Qualifikationen für die neue Wirtschaft. Dennoch sind umfassende Reformen der Ausbildung und des Gesundheitswesens notwendig, sowohl um das in der Vergangenheit Erreichte zu bewahren, als auch um sich an die Anforderungen des Marktes anzupassen (Kapitel 8).

Schließlich ist die Öffnung für Außenhandel und Auslandsinvestitionen erfahrungsgemäß ein guter Indikator für eine starke wirtschaftliche Leistung der einzelnen Länder. In der Tat hat beides schon einen großen positiven Einfluß auf die Transformationsländer ausgeübt. Eine tiefere Integration in die Institutionen der Weltwirtschaft beinhaltet sowohl Pflichten als auch Rechte. Diese können dabei helfen, daß die Integration einem umfassenden Zweck dient, nämlich der Verankerung der Reformen gegenüber den neu entstehenden Interessengruppen (Kapitel 9).

# Rechts- institutionen und das Rechtssystem



**U**nter der zentralen Planung war das Recht in erster Linie ein Instrument staatlicher Kontrolle. Das Rechtswesen in Marktwirtschaften unterscheidet sich davon fundamental; es definiert die Spielregeln und gibt den Individuen die Rechte und Instrumente, um diese durchzusetzen. Die einzelnen können ihre Rechte dort durchsetzen und verteidigen, wo die Gesetzesregeln in Kraft sind und die Gesetze gerecht, transparent und für alle gleich angewendet werden; zugleich ist damit die Macht des Staates festgelegt und durch das Gesetz begrenzt. Die Menschen in Ländern mit einem anerkannten Rechtssystem fragen sich kaum, woher dieses stammt. Die Transformationsländer müssen aber noch einmal von vorne beginnen, um willkürliche Regelungen, die durch mächtige Individuen oder Institutionen ausgeübt werden, durch Gesetzesregeln zu ersetzen, die öffentliches Vertrauen und Respekt einflößen, so daß sie Bestand haben können.

## Entwicklung des Rechtssystems

Die Rechtsstaatlichkeit erfordert gute Gesetze, eine Nachfrage nach diesen Gesetzen sowie Institutionen, die diese zum Leben erwecken. Selbst unter den besten Voraussetzungen ist es nicht leicht, gute Gesetze zu entwerfen oder zu erlassen. Diese Aufgabe ist in den Transformationsländern noch härter, wo noch die politischen Debatten über die Grundlagen im Gange sind, der politische Druck äußerst groß ist und die Erfahrungen mit den Marktmechanismen gering geblieben sind. Scheitert man jedoch daran, gute Gesetze zu erlassen, so entstehen Kosten, die über die Mängel einzelner Gesetze hinausgehen und die Integrität des Rechtssystems selbst treffen. Gesetze, die mit größeren Unstimmigkeiten oder Unsicherheiten erlassen werden oder

klare Wege zum Mißbrauch aufzeigen, vertiefen einfach den öffentlichen Zynismus und das Mißtrauen.

Wo kommen die neuen Gesetze her? Die Transformationsländer können sich auf zwei Quellen stützen: auf „selbstgemachte“ Gesetze, die entweder neu entwickelt oder von der Gesetzgebung aus der Zeit vor der Zentralplanwirtschaft übernommen wurden, oder auf Gesetze von etablierten Marktwirtschaften. Die mittel- und osteuropäischen Länder und die baltischen Staaten mit ihrer kürzeren Vergangenheit der zentralen Planwirtschaft haben dazu tendiert, soweit wie möglich die Gesetzgebung der Vorkriegszeit zu übernehmen, die meisten Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion oder China verfügen jedoch zum größten Teil über keine solche Quelle. Die Alternative, importierte Gesetze, hat den Vorteil, daß Erfahrungen vorhanden sind, der Import birgt aber Risiken. Eine unterschiedliche Vergangenheit und verschiedene kulturelle Traditionen formen die Art und Weise, in der die Rechtssysteme arbeiten. Wenn die Gesetze nicht die örtliche Rechtskultur berücksichtigen, können sie sich als ungeeignet erweisen oder keine Wurzeln schlagen. Eine Zwischenlösung – die Übernahme von Ideen aus den in der Praxis besten Modellen im Ausland und deren Anpassung durch rechtliche Gestaltung und politische Auseinandersetzung im jeweiligen Land – funktioniert gewöhnlich am besten.

Viele Länder haben gute Gesetze, die ignoriert werden, die Zentralplanwirtschaften trieben diese Dichotomie zwischen dem Gesetz und seiner Anwendung jedoch in ein Extrem. Viele Gesetze wurden in die Gesetzesbücher aufgenommen – wie konstitutionelle Bestimmungen zur Garantie der Grundfreiheiten – sie waren jedoch niemals dazu bestimmt, in der Praxis angewendet zu werden. Die

Transformationsländer müssen daher effektive unterstützende Institutionen entwickeln, um ihre neuen Gesetze von der Theorie in die Praxis umzusetzen. Ein augenfälliges Beispiel ist das Gerichtssystem. Obwohl die meisten Verträge, wie unten diskutiert wird, informell durchgesetzt werden beziehungsweise durchgesetzt werden sollten, benötigen die meisten Länder im Grenzfall noch offizielle Mechanismen zu ihrer Durchsetzung. Damit diese funktionieren, müssen die prozeßführenden Parteien jedoch darauf vertrauen, daß die Gerichte über die Macht und die Fähigkeit verfügen, objektiv zu richten und ihre Urteile durchzusetzen.

Das administrative Kommandosystem der Zentralplanwirtschaft gab dem Gesetz innerhalb der Volkswirtschaft eine Randbedeutung, und alle rechtlichen Institutionen im Bereich der Wirtschaft verkümmerten. In den meisten MOE- und NIS-Ländern wurden wirtschaftliche Streitigkeiten zwischen Unternehmen der Rechtssprechung der Gerichte vollständig entzogen und statt dessen von speziellen Schiedsgerichten entschieden. Selbst dann, wenn ein Handelspartner Verträge nicht einhielt, wendeten sich die Manager zur Wiedergutmachung gewöhnlich an Offizielle des Ministeriums oder der Partei, anstelle administrative Abhilfen anzustreben. Die Ministerien konnten die Lieferung wichtiger Produktionsmittel anordnen, wohingegen die Verwaltungsstellen nur monetären Schadensersatz zusprechen oder Strafen auferlegen konnten – ein schwacher Trost für Manager, die nach Planerfüllung streben.

Nach der Transformation müssen unabhängige Gerichte sowie alternative Mechanismen zur Konfliktlösung und Durchsetzung der Gesetze die Rolle als Rechtsmittel spielen, die früher der Bürokratie zukam. Wenn man sagt, daß sich der Staat von der administrativen Kontrolle zurückziehen muß, bedeutet das nicht, daß er aufhören sollte, das Gesetz durchzusetzen. Die Transformationsländer kämpfen mit einem fortwährenden Spannungsverhältnis; auf der einen Seite besteht ein Bedürfnis nach einem starken Staat zur Durchsetzung der Gesetze und zur Schaffung von Ordnung, auf der anderen Seite ist es notwendig, die Staatsmacht zu beschränken, um Raum für individuelle Rechte zu schaffen. Überall ist es eine permanente Aufgabe der Regierungen zu klären, wo die Staatsmacht rechtmäßig ist und wo nicht. Während aber in etablierten Marktwirtschaften diese Fragen am Rande diskutiert werden, gestalten die Regierungen der Transformationsländer die Funktionen der öffentlichen Institutionen zur Durchsetzung der Gesetze vollständig um.

In einem offiziellen Rechtssystem werden Richter, Ankläger, Schlichter und Gerichtsbeauftragte (zum Beispiel Gerichtsvollzieher und Konkursverwalter) ernannt. Zudem werden die privaten Rechtsberufe bestimmt, die vordringlich das Recht interpretieren und durchsetzen sollen. Die vollständige Liste der Personen, die die Rechtsstaatlichkeit

stützen, ist jedoch in jedem Land viel länger. Gleichmaßen wichtig sind diejenigen, die Informationen zusammensellen und verteilen und die Marktteilnehmer überwachen: Unter diesen „Wachhunden“ finden sich folgende Institutionen: Rechnungsprüfungsfirmen, Dienstleistungsunternehmen, die die Kreditwürdigkeit beurteilen (Auskunfteien), Wertpapieraufsichtsstellen, Schadensermittler, sowie andere Institutionen der bürgerlichen Gesellschaft – einschließlich einer freien Presse. Genauso wie die Gerichte wurden diese Institutionen unter der Zentralplanung vernachlässigt und müssen nun wieder aufgebaut werden, im Prinzip von Grund auf. Und natürlich kann keine von ihnen gut funktionieren, wenn die Menschen das Gesetz nicht kennen, weil es sich ständig ändert und sie keine festgelegte und zugängliche Fassung haben, auf die sie sich berufen können. Die Regierungen der Transformationsländer müssen sicherstellen, daß Gesetze, Erlasse und wichtige Gerichtsentscheidungen schnell in einem offiziellen und weitverbreiteten Text veröffentlicht werden.

Schließlich können die Rechtsnormen nur dann Bestand haben, wenn zusätzlich zu guten Gesetzen und kompetenten Institutionen auch eine Nachfrage nach ihnen besteht. In Abhängigkeit von der Geschichte und Kultur wird dies in den einzelnen Ländern unterschiedlich sein, das wirtschaftliche Umfeld spielt jedoch ebenso eine Rolle. Für Einzelpersonen und Unternehmen gibt es starke wirtschaftliche Anreize, ihre gesetzlichen Rechte in Anspruch zu nehmen und an ihren legalen Verpflichtungen nur insofern festzuhalten, als sie vom Markt abhängig sind – und inwieweit ihre Reputation davon abhängt. Banken und andere Schuldner werden zum Beispiel ihre neuen Rechte bei Pfand-, Schuldeneintreibungs- und Konkursgesetzen nicht ernst nehmen, wenn sie nicht davon überzeugt sind, daß keine staatlichen Hilfen verfügbar sind. Sie müssen erkennen, daß es für das Überleben notwendig ist, Schulden aggressiv einzutreiben. In ähnlicher Weise werden die Manager zweimal darüber nachdenken, den Inhalt eines Vertrages zu verletzen oder Minderheitsaktionäre zu mißbrauchen, wenn sie die Reputation ihrer Gesetzestreue benötigen, um Waren zu kaufen oder das Eigenkapital zu erhöhen. Wenn sich die Manager statt dessen an die Regierung oder das staatliche Bankensystem wenden können, oder wenn sie sich einer Monopolstellung erfreuen, dann werden sie keinen Grund haben, sich über ihre Reputation am Markt zu sorgen. Marktorientierte Anreize sind damit eine Ergänzung für marktorientierte Gesetze und Institutionen. Ohne die anderen zwei kommt man nicht weit, und alle drei Elemente sind unbedingt notwendig, um das Rechtsstaatsprinzip zu entwickeln.

Die Nachfrage nach Gesetzen und die Bereitstellung marktfreundlicher Gesetzgebungsmodelle werden – wie in Kapitel 9 bemerkt – dadurch stimuliert, daß man sich eindeutig dazu verpflichtet, ein Land international zu integrieren.

ren. Der Wunsch vieler europäischer Transformationsländer nach dem Beitritt zur Europäischen Union hat diese motiviert, Wirtschaftsgesetze zu übernehmen, die den EU-Anforderungen auf den Gebieten des Steuerwesens, des Handels und der Wettbewerbspolitik entsprechen. Handelsvereinbarungen mit den Vereinigten Staaten und die mögliche Mitgliedschaft in der WTO und anderen internationalen Organisationen können außerdem Rechtsreformen fördern, genauso wie es bei einem starken Engagement für ausländische Direktinvestitionen der Fall ist. Es geht hier nicht darum, daß die Integration die Transformationsländer dazu veranlaßt, die ausländischen Gesetze genau zu kopieren. Vielmehr soll dadurch die Forderung nach bestimmten Gesetzesarten verstärkt werden, und den Politikern soll geholfen werden, Gesetze zu entwerfen, die die Verbindungen mit der restlichen Welt fördern.

### **Die Schaffung rechtlicher Rahmen für die Entwicklung des privaten Sektors**

Die Wirtschaftsgesetze in Marktwirtschaften haben mindestens vier Funktionen: Definition und Schutz der Eigentumsrechte, Festsetzung von Regeln für den Austausch dieser Rechte, Schaffung von Regeln für den Ein- und Austritt aus produktiven Tätigkeiten und die Förderung des Wettbewerbs durch die Überwachung der Marktstrukturen und des Marktverhaltens sowie die Korrektur von Marktversagen. Viele Transformationsländer haben gute Fortschritte beim Entwurf und Erlaß der Gesetzgebung in fundamentalen Bereichen wie Eigentum, Vertragswesen, Unternehmensorganisation, Konkursen, Wettbewerb sowie anderen, spezielleren Gebieten erzielt. Widersprüchlichkeiten und Mängel bleiben jedoch bestehen, und bei vielen Gesetzen beginnt man erst jetzt mit der Umsetzung. Die Regierungen zögern oft, die Kontrollen aufzugeben, die Bürger können nur langsam ihre neuen Rechte einschätzen, Rechtsinstitutionen und andere Einrichtungen zur Durchsetzung der Gesetze sind immer noch stark unterentwickelt. Zudem muß ein Gremium zur Interpretation der Gesetze geschaffen werden, das in bestimmten Bereichen Führung für die Praxis bietet, zum größten Teil muß dieses Gremium aus dem Nichts geschaffen werden.

#### *Eigentumsrechte*

In erfolgreichen Marktwirtschaften sind die Eigentumsrechte eine komplexe Angelegenheit. Sie formen ein reiches, komplexes Gebiet, das vom vollständigen Eigentum mittels partieller Nutzungsrechte (wie Miet- und Pachtrechte sowie Grunddienstbarkeiten) bis zu Rechten reicht, die von bestimmten Ereignissen abhängen (wie Erbschaftsrechte und Pfändungsrechte am Eigentum des Schuldners). Unzählige Arten von Eigentum sind definiert und geschützt, von Immobilien und beweglichem Eigentum bis zu neuen Ideen und Erfindungen. Unter der Zentralplanung basierten die

Eigentumskonzepte nicht auf dem Bereich der individuellen Rechte oder der Natur des Eigentums, sondern auf der Identität des Eigentümers. Die Gesetze schufen eine Hierarchie, mit dem staatlichen Eigentum an der Spitze, dem Eigentum der Kooperative in der Mitte und dem individuellen Eigentum (das gewöhnlich auf die Wohnung und persönliche Dinge beschränkt war) auf der niedrigsten Rangstufe.

Zu Beginn des Transformationsprozesses gingen die meisten MOE- und NIS-Länder dazu über, den Raum für Privateigentum zu vergrößern und das Privateigentum auf die gleiche Stufe wie das Staatseigentum zu stellen. China und Vietnam hielten noch an der Vormachtstellung des Staatseigentums fest, aber sie erlaubten Privateigentum, und sie haben umfangreiche Möglichkeiten für langfristige Pachtrechte am Eigentum durch Einzelpersonen und Kleinbetriebe geschaffen. Die chinesischen Bauern pachten zum Beispiel ihr Land typischerweise für einen Zeitraum von zwanzig bis siebenzig Jahren. Die meisten Transformationsländer, einschließlich derjenigen in Asien, haben auch intellektuelle Eigentumsrechte übernommen, oft auf Druck der Handelspartner, obwohl es sich herausgestellt hat, daß diese Gesetze schwierig durchzusetzen sind.

Viele dieser neuen Rechte sind jedoch durch starke Restriktionen für Nutzung, Verpfändung und Eigentum begrenzt. Die Nutzung von Land unterliegt oft strikten Kontrollen, mit Verboten oder hohen Gebühren für die Umwandlung von Agrarland für die industrielle Nutzung oder von Wohnraum für den kommerziellen Gebrauch. Sowohl heimische wie auch ausländische Mieter von kommerziellem Eigentum im Staatsbesitz können willkürlichen Veränderungen der Leasingbedingungen oder des Mietzinses unterworfen sein; Mietzinsregulierungen hindern die Besitzer oft daran, auch nur die Instandhaltungskosten abzudecken. Obwohl nach dem Buchstaben des Gesetzes die Pfändung von Vermögenswerten erlaubt sein kann, dürften der Mangel an einem Überwachungssystem durch Dritte und fehlende einfache Zwangsvollstreckungsverfahren dies in der Praxis ausschließen (Sonderbeitrag 5.1). Zusammengefaßt läßt sich sagen: Obwohl die Eigentumsrechte nun auf dem Papier und in zunehmendem Maße in der Praxis anerkannt werden, sind sie noch nicht frei von einer ausgeprägten willkürlichen Einmischung. Alle Gesellschaftssysteme haben dem Staat eine bestimmte Rolle bei der Regulierung der Nutzung von Privateigentum bewahrt (zum Beispiel durch Umweltgesetze oder Mißbrauchsgesetze). Aber viele Transformationsländer gehen noch weit über das hinaus, was in einem marktwirtschaftlichen Umfeld als normal angesehen wird.

#### *Verträge*

Vertragsfreiheit ist einer der großen Vorteile marktorientierter Rechtssysteme, sie schafft einen dezentralen Weg zur Lenkung der Ressourcen in die bestmögliche Verwendung. Die Vertragsparteien sind frei, die Leistungsanforderungen



und Preise auszuhandeln, die Risiken von Verlusten aufzuteilen, wenn sich die Bedingungen verändern, und festzulegen, wie Streitigkeiten gehandhabt werden. Das Vertragsgesetz erlaubt es einer Partei, aus dem Vertrag auszusteigen,

wenn das Geschäft während der Laufzeit des Vertrages für diese Partei keinen wirtschaftlichen Sinn mehr macht, und dafür eine monetäre Entschädigung zu zahlen, statt weiter unter den Vertragsbedingungen zu arbeiten.

### Sonderbeitrag 5.1 Keine Kredite für bewegliches Eigentum?

Die Betriebe in etablierten Marktwirtschaften stützen sich auf bewegliches Kapital: Es beläuft sich auf etwa die Hälfte des privaten Kapitalstocks, ohne Wohnungsbesitz gerechnet, und auf ungefähr drei Viertel der korrespondierenden Bruttoinvestitionen. Die privaten Kreditgeber in den meisten Transformationsländern geben jedoch nur widerwillig Kredite, wenn die einzige angebotene Sicherheit bewegliches Kapital des Kreditnehmers ist – Traktoren, Viehbestand, Lagerbestände, Maschinen oder, in extremen Fällen, Personenkraftwagen oder Lastwagen. Vielmehr verlangen die Kreditgeber, daß die beweglichen Güter unter ihre direkte Kontrolle gestellt werden – als ob sie Wertgegenstände in einem Banktresor oder Waren in einem Zollspeicher wären – oder daß der Kreditnehmer andere Arten von Sicherheiten anbietet, wie Immobilien. Diese Schwierigkeit bei der Verwendung von beweglichem Eigentum als Sicherheit führt dazu, daß wahrscheinlich ein großer Teil der gewünschten Investitionen nicht finanziert wird. Die Kapitalbildung wird gebremst, daraus resultiert eine niedrigere Produktion und ein niedrigeres Wachstum. Warum sind Immobilien oder Waren in einem Lager als Sicherheit akzeptierbar, aber nicht der Tierbestand, Maschinen oder Lagerbestände? Die Antwort liegt in dem Prozeß der Schaffung, der Prioritätensetzung und der Geltendmachung von Sicherheitsinteressen beim beweglichen Eigentum – nämlich in den zugrundeliegenden Verträgen, die notwendig dafür sind, daß die Darlehens- und Kreditvergaben funktionieren.

**Schaffung.** Die Rechtssysteme sollten idealerweise jeder Person für jede Sache die kostengünstigste Schaffung von Sicherheitsinteressen erlauben. Viele Transformationsländer beschränken jedoch die Entwicklung solcher Interessen. Bulgarien und Estland verbieten die Verpfändung von Waren, die vom Kreditnehmer gegenwärtig nicht gehalten werden, wodurch es schwierig wird, die Ernte und den Viehbestand zu finanzieren. In Ungarn und Polen dürfen nur die Banken offiziell Kredite für Eigentum geben, das in den Händen der Kreditnehmer bleibt; dies beschränkt die Entwicklung der Kreditvergabe durch Nichtbanken. Vietnam verbietet den Verkauf von Pfandgütern, wodurch die Finanzierung von Lagerbeständen erschwert wird.

**Prioritäten setzen.** Damit die Verpfändung funktioniert, brauchen die Kreditgeber einen billigen und einfachen Weg, um zu entscheiden, ob es ein vorrangiges Sicherheitsinteresse gegenüber dem Eigentum gibt, das ihnen als Pfand angeboten wurde. Einige fortgeschrittene Rechtssysteme leisten dies, indem sie ein öffentlich zugängliches Register führen; andere tun dies auf einem weniger formellen Weg. Die Kreditgeber in den Transformationsländern können jedoch nicht leicht bestimmen, ob ein solches Sicherheitsinteresse besteht. In Bulgarien hängt die Priorität eines Sicherheitsinteresses von dem Datum ab, an dem es vereinbart wurde; ohne ein zentrales Register kann dies nur dadurch aufgedeckt werden, daß man in Hunderten von verstreuten notariellen Dokumenten sucht. Das Pfandregister in Polen steht nur den Banken offen. In China und Litauen kann ein Sicherheitsinteresse für ein bewegliches Eigentum nur dann registriert werden, wenn das zugrundeliegende Vermögensojekt registriert werden muß – dies ist gut bei Autos, Lastkraftwagen, Schiffen und Flugzeugen, aber nutzlos für Traktoren, Drillmaschinen und Getreidesilos. In Polen und Lettland haben die staatlichen Steuern automatisch Vorrang vor gesicherten privaten Ansprüchen. Private Kreditgeber, die keine persönlichen Kenntnisse über den Steuerstatus des Schuldners haben, können von daher nicht wissen, ob ein Kredit sicher ist.

**Geltendmachung.** Wenn nicht gezahlt wird, müssen die Kreditgeber außerdem einen schnellen und kostengünstigen Weg kennen, um sich zu entlasten und die gepfändeten und hypothekarisch gesicherten Vermögenswerte zu veräußern. In den Transformationsländern ist ein Zeitraum zwischen sechs Monaten bis zu drei Jahren erforderlich, um einen gepfändeten Vermögenswert in Besitz zu bekommen und ihn zu veräußern, manchmal dauert es sogar noch länger. Dieser Zeitraum ist für die meisten Sicherheiten zu lang, um ihren wirtschaftlichen Wert zu erhalten. Lagerbestände an Lebensmitteln, Kleidung und sogar Maschinen werten sich während dieses Zeitraums so stark ab, daß sie keine effektive Sicherheit für einen Kredit sein können. In jüngster Zeit haben die russischen und chinesischen Gesetze einige vielversprechende Schritte unternommen, um dieses Problem anzugehen, aber es ist zu früh, über ihr Funktionieren zu berichten.

Im Gegensatz dazu hatten die Parteien in Zentralplanungssystemen nicht die Freiheit, in kommerzielle Verträge einzusteigen oder auszutreten. Verträge zwischen Unternehmen waren reine Instrumente des Plans, und in der Regel wurde die volle Leistung gefordert. Der Zusammenbruch der zentralen Planung setzte diesen Vorstellungen über Verträge ein Ende, sie wurden ersetzt durch neue, veränderte oder wiederbelebte zivile und kommerzielle Kodizes. Obwohl diese Kodizes im allgemeinen westeuropäischen Normen folgen, blieben Tendenzen zur Kontrolle und Bevormundung manchmal erhalten. Der neue russische Zivilkodex enthält zum Beispiel mehrere Bestimmungen, die darauf abzielen, die Aktivitäten von Betrieben zu kontrollieren, die als wirtschaftlich stark angesehen werden. Viele der Kontrollen entstehen aus dem legitimen Wunsch, die Konsumenten und Schuldner, die mit den Märkten nicht vertraut sind, in Situationen mit einer ungleichen Verhandlungsmacht und einem unzureichenden rechtlichen Schutz zu beschützen. Sie können aber auch eine ältere Tradition widerspiegeln, wo man versuchte, die wirtschaftlichen Beziehungen und Ergebnisse zu diktieren. In einem marktwirtschaftlichen Umfeld könnten manche dieser Kontrollen dazu führen, daß genau die Menschen getroffen werden, die geschützt werden sollen, indem man ihre Freiheit zur Allokation von Risiken beschränkt oder bestimmte Transaktionen vollständig verhindert.

Die Auswirkungen dieser neuen Vertragsgesetze werden von deren Durchführung abhängen. Die meisten alltäglichen Verträge in Marktwirtschaften benötigen keine formellen Vollstreckungsregelungen. Beide Parteien erfüllen ihre rechtlichen Verpflichtungen, weil sie von der Transaktion profitieren oder weil keine Partei dazu bereit ist, ihren Ruf dadurch zu verlieren, daß sie sich nicht an den Vertrag hält. Aber eine Volkswirtschaft benötigt noch glaubwürdige und kostengünstige formelle Vollstreckungsregelungen, die auf die geschädigten Parteien zurückgreifen können, wenn alles andere fehlschlägt.

Der Mangel an Institutionen zur Durchsetzung von Verträgen begrenzt den Umfang der Transaktionen, macht die Verträge teurer und verhindert manche Verträge gänzlich. Eine neue Studie über die Vertragspraxis in Bulgarien fand zum Beispiel heraus, daß private Betriebe ein geringes Vertrauen in die Gerichte besitzen (obwohl sie sie noch von Zeit zu Zeit in Anspruch nehmen) und sich statt dessen stark auf das Vertrauen stützen, wenn sie Geschäftspartner auswählen. Sie finden Anbieter, die schnell liefern und Kunden, die rasch zahlen, und arbeiten mit ihnen auf fortlaufender Basis zusammen. Sie sind bei neuen Kunden mißtrauisch, die sorgfältig überprüft werden und oft auf der Stelle zahlen müssen. Das mangelnde Vertrauen in die formellen Durchführungsmechanismen und somit in einen Handel mit Fremden beschränkt die Aktivitäten der Betriebe und verhindert, daß neue Betriebe in den Markt eintreten. Lang-

fristige Verträge zwischen Betrieben gibt es fast nicht, da solche Verträge besonders schwierig zu kontrollieren und aufrechtzuerhalten sind. Ein begrenzter Geltungsbereich der Verträge stellt nur einen Teil der Kosten einer unzureichenden formellen Durchsetzung dar. Bedrohlicher sind die Kosten, die durch das Vakuum entstehen, das sich für gewalttätigere Durchsetzungsmechanismen öffnet – wie für Mafiastrukturen –, die das Vertrauen sogar noch mehr zerstören, wie weiter unten diskutiert wird.

#### *Unternehmensrecht und Gesetze für Auslandsinvestitionen*

Wenn private Unternehmen die Kapitalmärkte in Anspruch nehmen wollen, ist ein gut ausgestaltetes und umgesetztes Unternehmensrecht unbedingt erforderlich. Im Jahre 1995 bewerteten die Finanzmärkte einen typischen russischen Betrieb nur mit ungefähr einem Zwanzigstel seines wahrscheinlichen Wertes in einer reifen Marktwirtschaft. Diese niedrige Bewertung hindert die Betriebe weitgehend daran, neues Kapital durch die Begebung von Aktien aufzunehmen. Warum sind die Aktienpreise so niedrig? Eine Umfrage bei ausländischen Investoren deutet darauf hin, daß ein wichtiger Grund dafür die Mängel des Unternehmensrechts in bezug auf die Kontrolle der Manager und den Schutz der Aktionäre sind, vor allem der Minderheitsaktionäre.

Die Notwendigkeit eines umfassenden Unternehmensrechts stellt sich nur dann in voller Stärke, wenn große private Aktivitäten vollständig legalisiert sind. Die Transformationsländer haben typischerweise den Modellen der etablierten Marktwirtschaften nachgeeifert, insbesondere den Unternehmensformen und den dazu in Beziehung stehenden gesetzlichen Regelungen in Westeuropa. Die meisten neuen Unternehmenskodizes in den Transformationsländern erstrecken sich auf Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung (kleinere Betriebe sind oft auf rund 50 Investoren begrenzt) sowie Kommanditgesellschaften und allgemeine Personengesellschaften. Die populärste Unternehmensform unter den kleineren neuen Betrieben ist die einfachere und flexiblere Gesellschaft mit beschränkter Haftung gewesen. Die förmlicheren Aktiengesellschaften dominieren bei den großen privatisierten Betrieben und den öffentlichen Unternehmen.

Wie die meisten in diesem Kapitel diskutierten wichtigen rechtlichen Veränderungen bedeutet der Übergang zu modernen Formen des Unternehmensrechts einen radikalen Schritt für die Regierungen der Transformationsländer, nämlich von der Kontrolle zur Erleichterung wirtschaftlicher Aktivitäten. Das Unternehmensrecht muß sich auf einem schmalen Grad zwischen zwei oft konträren Zielen bewegen: Flexibilität und Schutz. Die Unternehmenseigner und Manager müssen so frei wie möglich sein, um ihre eigenen Aktivitäten zu regeln. Das Publikum, einschließlich der

Investoren, der Beschäftigten und anderer Interessengruppen, benötigt dagegen aber auch Schutz vor Insider-Betrügereien und Mißmanagement. Die westlichen Gesetze-regeln für Aktiengesellschaften können den Investoren in Transformationsländern keinen ausreichenden Schutz geben, da diese Länder keine hoch entwickelten Markt-

Rechts- und Regierungsinstitutionen besitzen, von denen solche Regeln abhängen (Sonderbeitrag 5.2).

Die Spannung zwischen Flexibilität und Schutz ist in Transformationswirtschaften besonders problematisch. Im Namen des Schutzes von Investoren, Schuldnern oder der Öffentlichkeit haben viele Länder Barrieren für den Markt-

### **Sonderbeitrag 5.2 Der Schutz der Investoren: Das Unternehmensrecht in der Anfangsphase**

Die Transformationsländer besitzen schwache und manchmal korrupte Gerichte und Aufsichtsbehörden, unterentwickelte Kapitalmärkte und einen Mangel an ausgebildeten Anwälten und Steuerberatern. Für potentielle Investoren ist es schwierig, Informationen über Unternehmen zu bekommen und die Gesetze gegenüber Managern durchzusetzen, die außerdem große Anteile am Unternehmen halten können. Das Risiko eines opportunistischen Insiderverhaltens ist daher hoch, wodurch man dringend benötigte Investitionen von außerhalb abschreckt. Die Transformationsländer benötigen ein Unternehmensrecht, das selbst in diesem Umfeld funktionieren kann.

Zwei generelle westliche Modelle für den Schutz der Investoren durch das Unternehmensrecht sind verfügbar. Sogenannte prohibitive Unternehmensgesetze verbieten viele Arten von Verhalten, die offen für den Mißbrauch sind, wie selbstkontrahierende Transaktionen und Unternehmenszusammenschlüsse mit Barabfindung. Dieses Modell wurde in den Gesetzen der Vereinigten Staaten und Großbritanniens im neunzehnten Jahrhundert angewendet und wird in einem bestimmten Ausmaß noch heute in den europäischen Kodizes beachtet. Im Gegensatz dazu erlauben die sogenannten befähigenden Unternehmensrechte der USA und Großbritanniens heute den Unternehmen eine größere Freiheit, und die Disziplinierung der Manager und der Schutz der Investoren hängen mehr von den Marktbeschränkungen und anderen Zivil- und Strafgesetzen ab (wie Anti-betrugs-Statuten). Aufgrund der Schwächen dieser anderen Beschränkungen für den Insider-Opportunismus ist das befähigende Modell für die Transformationsländer fast sicher ungeeignet. Das prohibitive Modell hat aber auch seinen Preis. Seine Inflexibilität kann nicht nur legitimes Geschäftsverhalten behindern, es werden auch strenge Gerichte oder Verwaltungseinrichtungen benötigt, um seine vielen Vorschriften durchzusetzen.

Ein alternativer Ansatz, der in großem Ausmaß im neuen russischen Unternehmensgesetz angewendet wird, ist ein sich selbst verstärkendes Unternehmensrecht. Dieses Modell konzentriert sich auf strukturelle

und verfahrenstechnische statt auf materielle Anforderungen. Sein Ziel besteht darin, bedeutenden Minderheitsaktionären die Macht zu geben, sich selbst gegenüber opportunistischem Verhalten von kontrollierenden Insidern zu schützen. Auf der Ebene der Anteilseigner konzentriert sich das Modell auf die Abstimmungsregeln. Zum Beispiel verlangt es, daß mehr Entscheidungen der Genehmigung der Anteilseigner bedürfen, und für wichtige Geschäftsentscheidungen wie Fusionen oder den Verkauf größerer Vermögenswerte wird die Zustimmung einer qualifizierten Mehrheit erforderlich. Auf der Ebene der Unternehmensleitung fordert das Modell, daß ein bestimmter Anteil der Direktoren unabhängig ist, und es gibt „uninteressierten“ Direktoren (diejenigen ohne einen direkten Anteil) die alleinige Macht, bestimmte Arten von Transaktionen zu genehmigen, wie zum Beispiel solche zwischen verwandten Parteien. Es macht ein „kumulatives“ Abstimmen für die Direktoren notwendig, diese Regel stellt sicher, daß große Minderheitsaktionäre im Aufsichtsrat repräsentiert sind. Durch diese und andere verfahrensmäßige Anforderungen versucht das selbstverstärkende Modell Mechanismen zur Selbstüberwachung zu schaffen und die Abhängigkeit von Gerichten und administrativen Einrichtungen für die Durchsetzung abzubauen.

Natürlich funktioniert das selbstverstärkende Modell auch besser, wenn die rechtlichen Durchsetzungsmechanismen als Ausweg dienen können. Aber selbst ohne eine offizielle Durchsetzung dürfte die Einführung von verfahrenstechnischen Sicherheiten langsam die Verhaltensnormen verändern, wenn mehr und mehr Unternehmen diese übernehmen, um eine gute Reputation für ein ehrliches Verhalten zu entwickeln, um Gleichgestellten nachzueifern oder einfach, weil diese verfügbar und vernünftig sind. Niemand weiß, ob dieses Modell in Rußland oder anderswo erfolgreich sein wird, aber es ragt heraus als ein pragmatischer Versuch, die langfristigen institutionellen Reformen auf die Beschränkungen des Umfeldes während des Transformationsprozesses zurechtzuschneiden.

eintritt errichtet, die mit hohen Kosten verbunden sind. Zwei der auffälligsten sind hohe Mindestkapitalanforderungen und komplexe Anforderungen zur Registrierung von Unternehmen. Mindestkapitalanforderungen für Aktiengesellschaften reichen typischerweise von 20.000 \$ bis 40.000 \$, und manchmal (wie in Ungarn) übersteigen sie 100.000 \$. In Moskau dauert es zum Beispiel im Durchschnitt sechs bis acht Wochen, um zehn Anforderungen zu erfüllen, die normalerweise zur Registrierung eines neuen Unternehmens notwendig sind (ohne Berücksichtigung der zusätzlichen Lizenzen, die für viele Aktivitäten benötigt werden). Angeblich zum Schutz der Öffentlichkeit entworfen, stellen diese Anforderungen für die neu eintretenden Betriebe eine Last dar – insbesondere für kleine Unternehmer, die sich daher für einen Verbleib im informellen Sektor entscheiden dürften –, und sie sind offensichtlich Quellen für Korruption. Viele dieser Anforderungen könnten vermindert oder beseitigt werden. Betrügereien sind in einem Umfeld der Transformation ein entscheidendes Problem, diese Anforderungen sind aber ineffiziente Instrumente, um sie zu bekämpfen. Die Länder sollten sich bemühen, anspruchsvollere rechtliche Vorkehrungen zu entwickeln, wie strafrechtliche Verfolgungen, Gemeinschaftsprozesse für geschädigte Aktionäre und Grundsätze, die hinter den Schleier des Unternehmens schauen und den einzelnen im Fall von Betrug persönlich haftbar machen.

#### *Konkursrecht*

Ein gut gestaltetes Konkursrecht – das im allgemeinen sowohl Verfahren für die Liquidation als auch für die Reorganisation von Problembetrieben enthält – spielt in Marktwirtschaften mehrere wichtige Rollen. Es bietet den Betrieben, die scheitern, ordnungsgemäße Rechtsmittel für den Ausstieg. Es spornt kränkelnde, aber potentiell lebensfähige Betriebe zur Umstrukturierung an, und es fördert den Zufluß von Krediten durch den Schutz der Kreditgeber. Im Idealfall wird beim Konkurs die Kontrolle über den finanziell erschütterten Betrieb an seine Gläubiger übertragen, bevor alle Vermögenswerte mißbraucht oder verschleudert worden sind. Zudem werden beim Konkurs die Kreditgeber mit Informationen versorgt, und ihnen wird die Macht übertragen, die verbleibenden Vermögenswerte zur Deckung der Schulden zu verwenden. Ohne diese Sicherheit werden die Kreditgeber es entweder verweigern, Kredite zu vergeben, oder sie werden sich zwecks Unterstützung an den Staat wenden, wenn sich die Kredite als notleidend erweisen. Der Konkurs ist eine wichtige Ergänzung – und kein Substitut – für disziplinierte makroökonomische Politiken und für eine Privatisierung.

Viele Transformationsländer haben ein neues Konkursrecht angenommen. Die Regelungen in Bulgarien, Estland, Ungarn und Slowenien gehören zu den besten. Sie bieten zum Beispiel klare Kriterien zur Bestimmung von Insolvenz

und zur Definition von Ansprüchen sowie effizienzfördernde Prioritätsregeln (am wichtigsten ist, daß abgesicherte Kreditgeber einen Vorrang vor staatlichen Forderungen haben). Des weiteren gibt es vielfältige Möglichkeiten für einen Schuldenerlaß und funktionierende Abstimmungsregeln (im allgemeinen ist die Hälfte bis zu Zweidrittel der Stimmen erforderlich, um abweichende Minderheiten zu binden), wenn die Gläubiger den Betrieb reorganisieren wollen, und sie bieten Flexibilität im Hinblick auf die Methoden beim Verkauf von Vermögenswerten in Liquidationsfällen.

Der Entwurf löst jedoch nur die Hälfte des Problems; die Konkursgesetzgebungen sind noch in keinem Transformationsland effektiv umgesetzt worden. Ungarn kommt dem vielleicht am nächsten (siehe Sonderbeitrag 3.1), obwohl die Beteiligung der Gläubiger noch nicht ausreicht, um effiziente wirtschaftliche Ergebnisse sicherzustellen und sich gegenüber Betrügereien abzusichern. In einigen Ländern, wie der Tschechischen Republik und der Slowakei, hat die Regierung bewußt die Umsetzung des Konkursrechts verzögert, und die Zahl der Konkursfälle ist (obwohl sie rasch wächst) noch relativ klein. In anderen Ländern, wie Albanien, Bulgarien und Rumänien, sind die Gesetze neueren Jahrgangs, und es bleibt unklar, ob die Gläubiger einen Anreiz haben werden, diese effektiv zu nutzen. China und die meisten anderen NIS-Staaten (außer den baltischen Ländern) haben schließlich ihr Reformpaket noch nicht umgesetzt. Dieses umfaßt den Abbau von Subventionen, die Privatisierung und Reformen des Bankwesens, die den Gläubigern (entweder Betrieben oder Banken) harte Budgetbeschränkungen aufzwingen, und dadurch den umfassenden Bedarf schaffen, der das Konkursrecht zum Leben erweckt.

#### *Wettbewerbsrecht*

Wie in Kapitel 3 diskutiert wurde, erbten die Transformationsländer, insbesondere die mittel- und osteuropäischen Länder sowie die Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion, eine Industriestruktur mit vielen monopolistischen oder oligopolistischen Betrieben, einem dominanten staatlichen Eigentum und einer starken Tradition staatlicher Kontrolle. Viele Regierungen fahren fort, Handelsbarrieren zu errichten, entweder durch Zölle und Kontingente für Importe sowie Exportsteuern oder durch lokale Beschränkungen für das Vordringen von Produkten in andere Provinzen. Diese gegen den Wettbewerb gerichteten Hinterlassenschaften und Praktiken müssen abgebaut werden, wenn die Märkte effektiv funktionieren sollen. Die Erfahrungen in den mittel- und osteuropäischen Reformländern bestätigen, daß es nach dem Abbau von Zöllen und der Beseitigung anderer Handelsbarrieren lange dauern kann, bis der Wettbewerb durch die Einführung von Weltmarktpreisen (korrigiert um die Transportkosten) als effektive Obergren-

ze für die heimischen Preise gefördert wird; dies gilt insbesondere in kleinen Ländern. Die Verbesserung der Marktinfrastruktur, sowohl der materiellen Einrichtungen wie der Dienstleistungen, ist ebenso ein entscheidender Faktor.

In Ergänzung zu diesen Anstrengungen müssen jedoch die natürlichen Monopole reguliert und ein Kartellgesetz geschaffen werden, um Effizienz sicherzustellen und die Öffentlichkeit vor dem Mißbrauch von Monopolmacht zu schützen. Beides sind schwierige Felder und weitere Beispiele für das Spannungsverhältnis zwischen dem Bedürfnis nach einem starken Staat und der Notwendigkeit für eine Beschränkung der Staatsmacht. Einige Transformationsländer haben bei ihrem Vorstoß zur Öffnung der Märkte die Notwendigkeit für ein aktives Engagement des Staates unterschätzt. Andere haben übereifrige und gegen den Wettbewerb gerichtete Kontrollen beibehalten.

Die Notwendigkeit für eine Regulierung liegt nicht immer klar auf der Hand; zum Beispiel werden elektrischer Strom und Erdgas in einem potentiell wettbewerbsorientierten Umfeld erzeugt, obwohl die Absatzseite in beiden Industrien ein natürliches Monopol darstellt (bei dem ein einziger Betrieb den Markt am effizientesten beliefert). In Fällen eines natürlichen Monopols muß der Staat eine klare und effektive Regulierung entwickeln, die im Zeitablauf stabil ist. Dies ist besonders wichtig, wenn die Länder neue Möglichkeiten für eine Beteiligung des Privatsektors an Infrastrukturindustrien ausnutzen wollen (siehe Sonderbeitrag 3.6). Die Aufsicht über natürliche Monopole muß unabhängig sein, damit sie glaubwürdig ist, und sie muß in einer gewissen Distanz zu dem regulierten Betrieb, anderen staatlichen Einrichtungen sowie anderen persönlichen Interessen arbeiten. Die Aufsichtsbehörde muß sich gegenüber einer „Gefangennahme“ durch den regulierten Betrieb sowie gegenüber populärem und politischem Druck zu einer Senkung der Preise unter die Kosten absichern. Einige Transformationsländer, wie die Ukraine und Albanien, errichten schon autonome Aufsichtsbehörden (in der Elektrizitätswirtschaft und anderen Industrien), die Modellen in den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Lateinamerika ähneln. Die Aufsichtsbehörden in der Telekommunikation in Mitteleuropa – eine andere Industrie, die zu einem Monopol tendiert – sind weniger unabhängig, und die formale Gebührenhoheit und andere regulatorische Kräfte bleiben zum größten Teil bei den zuständigen Ministern.

Die mittel- und osteuropäischen Reformländer und die baltischen Staaten, Kasachstan, die Mongolei und Rußland haben Anti-Monopolgesetze übernommen, die im allgemeinen westeuropäischen Modellen folgen (in den meisten Fällen spiegeln sich darin die Harmonisierungserfordernisse der Europäischen Union wider). Diese Gesetze begrenzen typischerweise horizontale und vertikale Handelsbeschränkungen sowie den Mißbrauch einer „dominanten“ Marktposition (gewöhnlich definiert als ein Anteil von 30 bis

40 Prozent am relevanten Markt und die alleinige Fähigkeit zur Beschränkung des Wettbewerbs). Horizontale Beschränkungen sind Vereinbarungen unter den Wettbewerbern, die Preise zu fixieren oder den Markt aufzuteilen; vertikale Beschränkungen beinhalten eine breite Palette von restriktiven Vereinbarungen zwischen Produzenten und Händlern. Diese Gesetze ermächtigen außerdem die Regierung dazu, gegen den Wettbewerb gerichtete Fusionen zu blockieren, und in manchen Fällen erlauben sie die Entflechtung von Monopolen.

Die Europäische Union und mehrere Mitgliedsländer und Nicht-Mitglieder (insbesondere Deutschland, Großbritannien und die Vereinigten Staaten) haben eine wichtige Rolle gespielt, indem sie beim Entwurf dieser Wettbewerbsgesetze geholfen haben. Sie drängten auf ihre Annahme, stellten Schulungspersonal dafür bereit und halfen auch auf andere Weise den Kartellbehörden. Da die Transformationsländer eine große staatliche Dominanz erben und die Verwaltungskapazitäten knapp sind, stellen sich diesen Kartellbehörden etwas andere Prioritäten als ihren Partnern in der EU und den Vereinigten Staaten. Sie müssen ihre knappen Ressourcen auf die großen Fragen und Probleme konzentrieren sowie zuerst und vor allem strenge und lautstarke Befürworter von Wettbewerb und Freihandel werden. Von den bislang eingerichteten Ämtern haben diejenigen in Mitteleuropa (am meisten sind dabei Polen, die Tschechische Republik und die Slowakei hervorzuheben) zu den energischsten und effektivsten gehört, auch wenn ihre Stimmen manchmal kaum zu hören sind. Die Ämter müssen sich außerdem darauf konzentrieren, regulatorische und andere Barrieren für den Eintritt neuer Betriebe zu beseitigen, da der Eintritt in den Markt eine Grundlage des Wettbewerbs für diese Volkswirtschaften ist. Zum Beispiel können von dominanten Betrieben aufgezwungene Exklusiv-Verträge für das Angebot oder den Vertrieb als Markteintrittsbarriere wirken; mit Hilfe des Wettbewerbsrechts könnten sie aber angefochten werden. Die ukrainische Kartellbehörde, die im Jahre 1994 eingerichtet wurde, widmete der Sicherung des nötigen Spielraums für neue Betriebe große Aufmerksamkeit, indem sie die Diskriminierung dieser Betriebe bekämpfte, insbesondere durch staatliche Stellen. Im Hinblick auf horizontale Beschränkungen sollten die Ämter offene Preisabsprachen (und ähnliche Kartellvereinbarungen) unter großen Produzenten bekämpfen und strukturelle Probleme angehen, indem sie ein Vetorecht im Fall wettbewerbsbeschränkender Fusionen behalten und die extremsten staatlichen Monopole vor oder während der Privatisierung brechen. Die tschechischen und slowakischen Kartellbehörden haben sich beispielsweise darauf konzentriert, vor der Privatisierung die Monopole zu entflechten. Rußland könnte im Kampf gegen monopolistische Strukturen, einschließlich einiger entstehender finanz-industrieller Gruppierungen, aggressiver vorgehen.



## Rechtsinstitutionen

Wie dieses Kapitel fortwährend betont hat, sind die Gesetze nur so gut wie die Institutionen, die sie durchsetzen. Alle Aktivitäten zur Durchführung der Gesetze – ob formell oder informell – hängen letztendlich von kompetenten und zuverlässigen Gerichten und speziellen Exekutiveinrichtungen ab, wie beispielsweise Wertpapierkommissionen und Kartellämter, die die Grundlage für diese Aktivitäten schaffen. Die Gerichte wenden nicht nur die Gesetze an und lösen Streitigkeiten; ihre Gesetzesinterpretationen füllen außerdem die vielen unvermeidlichen Lücken in der Gesetzgebung aus. Die mittel- und osteuropäischen Reformländer und die Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion haben unterschiedliche Wege bei der Wiedererschaffung von Rechtsinstitutionen zur Konfliktlösung und Durchführung der Gesetze verfolgt. In den meisten NIS-Ländern wurde das staatliche Schlichtungssystem, das zum Ausgleich von Streitigkeiten zwischen den Staatsunternehmen verwendet wurde, in ein formales Gerichtssystem – die *arbitrazh*-Gerichte – umgewandelt, um die bestehenden Zivilgerichte zu ergänzen. In den MOE-Ländern wurde dagegen das Schlichtungssystem abgeschafft, und die Zivilgerichte wurden erweitert, um getrennte kommerzielle Abteilungen aufzunehmen. Jeder Weg kann bei richtigen Anreizen, Ausbildungsmöglichkeiten und Erfahrungen funktionieren, obwohl der letztgenannte der bessere Ansatz sein könnte, wenn er mehr vereinheitlichte Standards und ein professionelleres Gerichtswesen fördert. Die berühmte Macht der ehemaligen „Prokuratorbüros“ bei der Überwachung der Gerichte und der Einmischung in individuelle Entscheidungen ist vermindert worden, und in den MOE-Ländern sind diese Einrichtungen in Institutionen umgewandelt worden, die mehr den Staatsanwaltschaften des Westens ähneln. Die meisten Transformationsländer haben außerdem versucht, die Berufungs- und Aufsichtsmechanismen zu reformieren und den Gerichten eine größere Unabhängigkeit durch die Wahl von Richtern auf Lebenszeit zu geben. China, Kirgisistan und die Ukraine gehören zu den wenigen Ländern, die eine Wahl und kürzere Amtszeiten für Richter beibehalten. Die private Schlichtung, die bei internationalen Handelskonflikten immer angewendet wird, ist nun für heimische Streitfälle in den meisten Transformationsländern ebenfalls erlaubt. Dies ist extrem wichtig, da es knappe Ressourcen des Rechtswesens durch die Privatisierung der Konfliktlösung sparen und einen hilfreichen Wettbewerb zur Forcierung der Reform des Gerichtswesens fördern kann.

Trotz dieser wichtigen Reformen werden die Gerichte in den Transformationsländern Zeit brauchen, um das Erbe der Vergangenheit zu überwinden und wieder das öffentliche Vertrauen zu erlangen. Die Richter, insbesondere in den NIS-Staaten, haben eine begrenzte Erfahrung mit den Märkten, sie bekommen ein niedriges Gehalt und genießen

als Berufsgruppe ein geringes Prestige oder öffentliches Vertrauen. Klare Vorstellungen von Berufsethik sind noch nicht besonders gut entwickelt. Die Gerichtsgebühren sind hoch, und die Wartezeiten können lang sein. Die Unerfahrenheit und die mangelnde Klarheit vieler Gesetze führen zu unvorhersehbaren Entscheidungen. Und selbst wenn Urteile gefällt worden sind, kann es für die Gewinner schwer sein, diese durchzusetzen. In Vietnam wurden beispielsweise in den Jahren 1993 und 1994 weniger als 40 Prozent der Gerichtsurteile tatsächlich vollstreckt, und bis zur Hälfte der Gerichtsurteile in Rußland werden nicht durchgesetzt. Diese Faktoren, in Kombination mit den verwurzelten kulturellen Einstellungen gegenüber dem Gesetz, können erklären, warum so wenige private Betriebe die Gerichte zur Beilegung von Streitigkeiten in Anspruch nehmen wollen, insbesondere in den NIS-Staaten und Ostasien.

Die privaten Rechtsberufe sind eine andere Institution, die sich entwickeln muß, damit die Menschen mit dem Gesetz vertraut werden und es effektiv nutzen. Wenn die Märkte wachsen und das Gesetz komplexer wird, benötigen die Gesellschaften unabhängige Anwälte, die die Klienten beraten, Transaktionen vorbereiten und formalisieren sowie bei der Konfliktlösung helfen. In zentralen Planwirtschaften waren die Anwälte Angestellte des Staates. Ihre Rolle auf kommerziellem Gebiet war vorwiegend administrativer Natur, und sie verfügten über eine geringe Unabhängigkeit und besaßen kaum Qualifikationen, die in einer Marktwirtschaft benötigt werden. Die Transformation führte zu einer drastischen Zunahme der Zahl der Anwälte und der Ausbildungsmöglichkeiten, die diesen offenstehen. In China stieg zum Beispiel die Zahl der lizenzierten Anwälte von nur 3.000 im gesamten Zeitraum von 1957 bis 1980 auf mehr als 60.000 im Jahre 1995. Die Einschreibungen in juristische Hochschulen überschreiten heute die Zahl von 30.000, und die Regierung hat ein Ziel von 150.000 Anwälten bis zum Jahr 2000 angekündigt. Die Entwicklung und Durchsetzung von Standards in Bezug auf Kompetenz und Berufsethik wird jedoch länger benötigen. Viele Transformationsländer beginnen damit, Examen zur Aufnahme in die Anwaltschaft zur Pflicht zu machen, Interessenkonflikte und andere ethische Probleme werden jedoch noch kaum erkannt.

## Den Grad des Vertrauens in den Staat erhöhen

Die Definition und Durchsetzung der Gesetze zur Regelung der Aktivität im privaten Sektor erfordern einen starken und kompetenten Staat. Gut funktionierende Märkte benötigen auch ein klares Gespür dafür, wo die Rolle des Staates endet. Die Regierung selbst muß dem Gesetz unterworfen sein, und die privaten Rechtssubjekte müssen darauf vertrauen können, daß sie sich nicht willkürlich in ihre Angelegenheiten einmisch, daß sie ihre angekündigten politischen Aussagen einhält und ihre Verpflichtungen erfüllt.



Neue länderübergreifende Untersuchungen deuten darauf hin, daß der Grad des Vertrauens der Bürger in die Regierung in Bezug auf die Ausführung angekündigter Maßnahmen und die Erfüllung ihrer Verpflichtungen in einem positiven Zusammenhang mit dem langfristigen Wirtschaftswachstum steht (Schaubild 5.1). Getrennte Befragungen privater Betriebe im Jahre 1995 deuten darauf hin, daß die Tschechische Republik einen hohen Grad der Glaubwürdigkeit ihrer Regierung erreicht hat, während die Glaubwürdigkeit der russischen Regierung sehr viel geringer ist. Länder mit einem so unterschiedlichen Grad an Glaubwürdigkeit wie diese beiden Staaten haben typischerweise stark voneinander abweichende Wachstumsraten der Wirtschaft. Das Vertrauen in die Regierung hängt zum Teil davon ab,

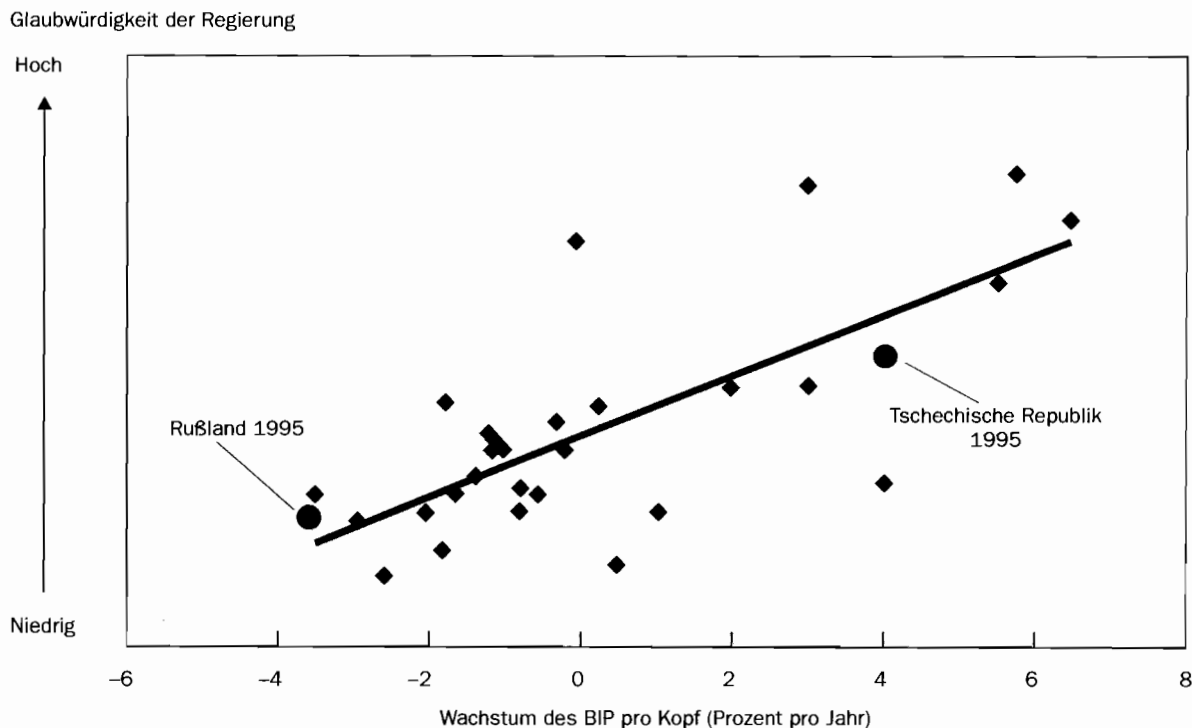
inwieweit die Bürger damit rechnen können, daß sie bei willkürlichen oder illegalen staatlichen Handlungen Rechtsschutz finden; außerdem hängt es ab von den Grenzen der offiziellen Korruption und der staatlichen Fähigkeit zur Verbrechensbekämpfung.

#### *Beschränkung der staatlichen Macht*

Formale Beschränkungen willkürlicher staatlicher Macht in etablierten Marktwirtschaften ergeben sich zum Teil aus dem Verfassungs- und Verwaltungsrecht. Diese Rechtsinstitute stellen sicher, daß die gesamte Gesetzgebung mit der nationalen Verfassung in Einklang steht und daß die Regulierungen wiederum mit dem Gesetz konsistent sind. Sie definieren die regelnden Befugnisse der verschiedenen staat-

### **Glaubwürdigkeit der Regierung und schnelleres Wachstum gehen gewöhnlich Hand in Hand.**

**Schaubild 5.1** Wirtschaftswachstum pro Kopf und Glaubwürdigkeit der Regierung



Anmerkung: Die Stichprobe umfaßt achtundzwanzig Länder sowie die Tschechische Republik und Rußland. Die Daten über das Wachstum sind Jahresdurchschnitte für den Zeitraum 1981–90, und die Daten über die Glaubwürdigkeit der Regierung basieren auf öffentlichen Meinungsumfragen von Ende 1992 (die rückblickende Fragen einschließen), mit Ausnahme der Daten für die Tschechische Republik und Rußland, die Maßzahlen für das Jahr 1995 darstellen. Quelle: Borner, Brunetti und Weder 1994; Daten der Weltbank.

lichen Organe, entwickeln die Verfahren zur Durchführung der Gesetze und verkünden die Regelungen, außerdem schaffen sie für den einzelnen Schutz vor ungesetzlichem oder unberechenbarem staatlichen Handeln. Diese formellen Beschränkungen werden natürlich nicht in einem Vakuum geschaffen, sondern durch grundlegende historische, kulturelle und politische Kräfte vorangetrieben. Es überrascht nicht, daß es in den zentralen Planwirtschaften sehr wenige rechtliche oder soziale Beschränkungen der staatlichen Macht gab. Einige Planwirtschaften richteten Verwaltungsgerichte ein oder ermächtigten reguläre Gerichte zur Aufsicht über die Verwaltung, beginnend mit Jugoslawien im Jahre 1952. Es folgten andere MOE-Länder in den 60er und 70er Jahren und schließlich die Sowjetunion (1987) und China (1989). Aber ihre Macht war eng begrenzt, und die Reformen hatten geringe praktische Auswirkungen.

Demokratische Reformen haben viele Transformationsländer dazu veranlaßt, das Feld der juristischen Überwachung auszudehnen, um alle Verwaltungsakte zu erfassen und den Zivil- und Wirtschaftsgerichten klare aufsichtsrechtliche Zuständigkeiten zu geben. Zusätzlich haben alle MOE-Länder und einige NIS-Staaten Verfassungsgerichte geschaffen, die Gesetze und Regulierungen, welche ihrer Ansicht nach nicht mit der Verfassung vereinbar sind, aufheben können. Die Verfahrensinstrumente zur Beaufsichtigung staatlichen Handelns beginnen sich somit zu entwickeln. Es herrscht jedoch noch eine tiefe Unsicherheit über die Gewaltenteilung zwischen den verschiedenen staatlichen Akteuren, insbesondere in den NIS-Staaten. Die Trennung zwischen der gesetzgebenden Autorität des Parlamentes und den ausführenden Vollmachten der Exekutive ist bestenfalls im Ansatz erreicht, genauso wie die Gewaltenteilung zwischen nationalen, regionalen und lokalen Regierungsstellen. Verschiedene staatliche Organe erlassen oft Gesetze und Vorschriften über die gleichen Fragen und produzieren damit einen Sumpf von Konflikten. Dieser Kampf um die Macht zur Erlassung von Vorschriften reflektiert oft grundlegende Auseinandersetzungen über die Geschwindigkeit und die Richtung der Reform. Zum Beispiel versuchen reformfreundliche exekutive Stellen oder Ministerien oft Reformen gegen defensiv eingestellte oder unentschlossene Parlamente oder lokale Regierungen durchzuboxen. Obwohl dadurch das Reformtempo kurzfristig gesteigert werden kann, könnte dadurch langfristig das Rechtsstaatsprinzip untergraben werden.

Die zunehmende Rolle der Verfassungsgerichte in den Transformationsländern bietet ein interessantes Beispiel für den Kampf um die Etablierung von Kontrolle und Gleichgewicht in der Regierung und die Wechselwirkungen mit der Wirtschaftsreform. Die Verfassungsgerichte in Ungarn und Polen haben aktiv daran mitgewirkt, wirtschaftliche Reforminitiativen zu Fall zu bringen. In Polen erklärte beispielsweise das Verfassungsgericht die meisten Anstrengun-

gen der Regierung zur Kürzung der öffentlichen Rentenausgaben für ungültig. Das ungarische Gericht lehnte die Bestimmungen des Stabilisierungspakets der Regierung vom März 1995 ab, die darauf abzielten, die Ausgaben für Kindergeld und Ausbildung zu kürzen. Diese Spannung zwischen konkurrierenden Amtsgewalten dürfte einige notwendige wirtschaftliche Anpassungen verzögern, sie ist aber ein hilfreicher Indikator der Demokratie, und sie wird sich wahrscheinlich bei einer fortgesetzten politischen Debatte und einer Weiterentwicklung des Rechtswesens abschwächen.

### *Kontrolle der Korruption*

Die Ausnutzung eines öffentlichen Amtes zur privaten Bereicherung ist für die Transformationsländer kaum neu. Vor der Reform wurden so wichtige Dinge wie Wohnungen und so triviale Sachen wie ausgewählte Fleischstücke oft durch die Hintertüre verteilt, im Austausch für einen Gefallen oder ein Bestechungsgeld. Die Korruption in der Phase des Übergangs ist jedoch davon verschieden: Sie ist sichtbarer und basiert mehr auf Geld. Die Korruption ist in China ein großes Problem geworden. Und die meisten Unternehmen in Litauen, Rußland und der Ukraine (um nur drei Beispiele zu nennen) akzeptieren die Zahlung von Gebühren an verschiedene Beamte wie auch an das organisierte Verbrechen. Diese Bestechungsgelder sind an internationalen Standards gemessen groß: In der Ukraine können sie sich zum Beispiel im Jahr auf bis zu zwei Brutto-Monatsumsätze belaufen. Einige Beamte haben ihre Positionen ausgenutzt, um den privaten Betrieben, an denen sie persönliche Anteile halten, besondere Privilegien zu geben. In vielen Transformationsländern untergräbt die in der Öffentlichkeit wahrgenommene weitverbreitete Korruption – einschließlich der Fehlallokation von öffentlichem Eigentum – die Unterstützung für die Regierung und für die Reform.

Warum blüht die Korruption? Erfahrungen anderer Länder zeigen, daß die Korruption blüht, wenn sowohl die Beamten als auch die privaten Akteure viel zu gewinnen und wenig zu verlieren haben. Dies ist genau die Situation, in der sich die meisten Transformationsländer befinden. Die traditionellen Kontrollen werden schwächer, bevor neue rechtliche Beschränkungen – nicht zuletzt Regeln in bezug auf Interessenkonflikte – ihre Wirkung entfalten können. Zusätzlich behält der Staat einen enormen Reichtum – Unternehmen, Grundbesitz, natürliche Ressourcen – sowie die Macht zur Regulierung, auch wenn Privateigentum, private Betriebe und Vermögen legitimiert werden. Unsichere Gesetzesbestimmungen, eine starke Regulierung und weitverbreitete Kontrollen geben den Staatsbediensteten eine außergewöhnliche Macht, viele Möglichkeiten zur Entgegennahme von Bestechungsgeldern und vielfältige Möglichkeiten zur Verteilung öffentlichen Vermögens. Die Schwäche der zivilen Gesellschaft – politische Parteien, Interessen-

gruppen, soziale Organisationen und ähnliches – in einigen Transformationsländern bedeutet, daß eine wichtige Kraft, die sich der Korruption entgegenstemmen kann, weitgehend nicht vorhanden ist.

Die niedrige offizielle Bezahlung der Staatsdiener macht die Korruption besonders verlockend. In der Tat stellt sie jetzt in einigen Ländern den Hauptanreiz zum Verbleib im öffentlichen Dienst dar. Trotz zeitweiliger Erfolge beim Kampf gegen die Korruption haben die Risiken einer Beteiligung am korrupten Verhalten dramatisch abgenommen. Nicht nur die Aufsicht des Staates ist schwach, auch die aus der Vergangenheit bestehenden persönlichen wirtschaftlichen Beziehungen und die Finanzskandale der jüngeren

Zeit untergraben die Normen für das offizielle und private Verhalten. Es ist schwer, eine Person für ein Fehlverhalten zu bestrafen, wenn die Öffentlichkeit denkt, daß jeder andere – einschließlich hoher Beamter – das gleiche tut. Dies erhöht die Gefahr, daß die Transformationsländer eine längere Periode weitverbreiteter Korruption erfahren werden.

Die Korruption ist keineswegs kostenlos. Neuere länderübergreifende Analysen deuten darauf hin, daß ein signifikanter Zusammenhang mit niedrigeren privaten Investitionen und einem langsameren Wirtschaftswachstum besteht. Bestechungsgelder können den Betrieben dabei helfen, kostspielige Regulierungen zu vermeiden, sie schaffen aber auch Anreize, die Vorschriften noch komplexer und

### **Sonderbeitrag 5.3 Kontrolle der Korruption durch sich überlappende rechtliche Zuständigkeiten: Beispiele aus den Vereinigten Staaten**

Korruption gibt es in allen Ländern, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß. In der Art, wie der Staat seine Aktivitäten organisiert, beeinflusst er die Möglichkeiten und Anreize für die Korruption. Ein Weg zur Verringerung der Monopolmacht der Staatsbeamten besteht darin, ihnen sich überlappende Aufgabengebiete zu geben. Die Korruption bei der Ausstellung von Pässen wird in den Vereinigten Staaten beispielsweise dadurch niedrig gehalten, daß man den Menschen erlaubt, bei jeder der zahlreichen Paßstellen einen Antrag zu stellen. (Ein nationales Erfassungssystem verhindert eine wiederholte Ausstellung.) Um die Zahlung von Bestechungsgeldern für beschleunigte Leistungen zu vermeiden, bietet die Paßstelle selbst einen solchen Service an. Für Aufgaben, die Kosten anstelle von Vorteilen auferlegen, können überlappende Zuständigkeiten die Gewinne aus der Bestechung eines Beamten verringern. Zum Beispiel behaupten manche Beobachter, daß die Koexistenz von Rauschgiftbehörden des Bundes, der Einzelstaaten und Gemeinden in den Vereinigten Staaten die Höhe der offiziellen Korruption vermindert hat.

Es kann hilfreich sein, wenn man, sofern es möglich ist, eine Aktivität, die eine Hauptquelle für Verbrechen und Korruption ist, entkriminalisiert oder dereguliert. Der achtzehnte Zusatzartikel zur Verfassung der Vereinigten Staaten, der 1919 ratifiziert wurde, verbot die Herstellung und den Verkauf von Alkohol. Der Zusatzartikel wurde im Jahre 1933 aufgehoben, nach einer Periode weitverbreiteter illegaler Aktivität und Korruption durch die Beamten, die mit der Durchsetzung des Gesetzes betraut waren. Das US-Experiment mit der Prohibition ist eine Fallstudie der Risiken und Kosten der Einführung regulatorischer und gesetzlicher Systeme,

denen in den Augen eines großen Teils der Bevölkerung die Legitimation fehlt.

Auch nachdem alle möglichen strukturellen und regulatorischen Reformen durchgeführt worden sind, werden eine starke Führung und Kapazitäten zur Durchsetzung der Gesetze benötigt, um die Korruption zu bekämpfen. Die Erfahrungen mit der Reform in wichtigen amerikanischen Städten, so unterschiedlicher Art wie Toledo, Ohio, im Jahre 1900 und New York City in den 80er Jahren, zeigen, wie wichtig eine engagierte Führungspersonlichkeit an der Spitze, sehr unabhängige Aufsichtsbeamte für die Durchführung von Untersuchungen und Strafverfolgungen sowie die Beteiligung der normalen Bürger sind. Weitverbreitete Korruption und Erpressung in der Bauindustrie führten beispielsweise dazu, daß dem Schulsystem in New York durch Verschwendung und eine schlechte Bausubstanz und Instandhaltung Milliarden Dollar an Kosten auferlegt wurden. Im Jahre 1988 schuf die Stadt das Büro eines Generalinspektors als ein quasi-unabhängiges Organ innerhalb des Schulbezirks, das die Macht besitzt, strafrechtliche Ermittlungen, zivilrechtliche Strafverfolgungen, Verwaltungsstrafen und institutionelle Reformen durchzuführen. Das Büro konzentrierte sich vor allem darauf, von den Bietern Vorqualifikationen zu verlangen, und weigerte sich, Geschäfte mit irgendeiner Gesellschaft zu tätigen, die keine Reputation für Ehrlichkeit und Integrität besaß. In den ersten fünf Jahren führte das Büro mehr als 3.500 Untersuchungen durch, schloß 180 Betriebe aus und ersparte mehr als 20 Millionen Dollar, wodurch es sich selbst finanziell trug und gleichzeitig die Korruption verminderte.

kostspieliger zu machen. Die Beamten können weitergehende Reformen blockieren, um sich hinter ihrer Macht zu verschanzen und ihr illegales Einkommen beizubehalten. Die Manager von Staatsunternehmen könnten realisieren, daß sie Unternehmensvermögen billig erwerben oder umlenken können, wenn sie die Privatisierung verzögern und dazu beitragen, daß ihre Unternehmen eine unterdurchschnittliche Ertragsentwicklung aufweisen. Die Korruption kann öffentliche Ressourcen von äußerst wichtigen Bereichen abziehen, wie der Ausbildung, wo das Potential für Bestechungsgelder geringer ist. Sie untergräbt außerdem die Fähigkeit der Regierung, gesetzliche Vorschriften durchzusetzen und öffentliche Einnahmen einzutreiben, da die Aktivitäten in die Schattenwirtschaft abwandern, um sich gänzlich der Kontrolle des Staates zu entziehen. Ebenso schwerwiegend ist, daß die Korruption das öffentliche Vertrauen in die Regierung schwächt und damit extremistischen Politikern hilft, die Ordnung versprechen.

Was können die Regierungen tun, um die Korruption zu bekämpfen? Nachdem sie sich in Richtung Markt bewegt haben, können sie nicht die Uhr zurückstellen und wieder die alten Beschränkungen aufrichten. Statt dessen müssen sie sowohl die Möglichkeiten zur Korruption eindämmen als auch die damit verbundenen Risiken erhöhen. Schnelle und transparente Privatisierung, Liberalisierung und die Entmonopolisierung der Wirtschaft können viel bewirken, damit der Spielraum für die Korruption vermindert und die Anreize neu gestaltet werden. Höhere Gehälter für die Staatsbediensteten vermindern die Attraktivität von Bestechungsgeldern und erhöhen die Kosten einer Entlassung. Die Vereinfachung von Steuern und Vorschriften – zum Beispiel war dies das wichtigste Anliegen von befragten Betrieben in Litauen – sowie die Klärung der Eigentumsrechte reduzieren die Gelegenheiten für die Zahlung von Bestechungsgeldern und helfen den Betrieben zu überleben, ohne sich in die Korruption zu flüchten. Wo Regulierungen noch benötigt werden, müssen die Regierungen die Aufsichts- und die Revisionsinstrumente stärken. Außerdem müssen, wo es möglich ist, alternative Verfahren geschaffen werden, um die Monopolmacht der Beamten bei der Gewährung von Genehmigungen zu vermindern. Schließlich können öffentliche Erziehungskampagnen und ernsthafte Versuche zur Publizierung und Bestrafung von Korruptionsfällen auf höherer Ebene die Botschaft bringen, daß sich die Spielregeln verändern. Diese Ansätze verstärken sich gegenseitig, wie viele Länder, unter ihnen die Vereinigten Staaten (Sonderbeitrag 5.3), herausgefunden haben.

#### *Das organisierte Verbrechen stoppen*

Das private organisierte Verbrechen geht bis in die Zeit vor der Transformation zurück, es hat jedoch in den letzten Jahren dramatisch zugenommen. Es ist sowohl sichtbarer geworden als auch gewalttätiger, letzteres gilt besonders für

Rußland (wo es nach Haushalts- und Unternehmensbefragungen die Hauptsorge darstellt). Das Verbrechen ist eng mit der Korruption verbunden. Wo die Privatwirtschaft neue Möglichkeiten für das private Verbrechen eröffnet hat, partizipieren oft viele im Amt befindliche oder ehemalige Beamte (einschließlich Polizisten und frühere Geheimdienstbeamte) an dem organisierten Verbrechen oder erleichtern es. Private Sicherheitsgruppen sind entstanden, einschließlich Gruppen, die selbst kriminell sind. Zum Teil füllen sie das von der korrupten Polizei und korrupten Gerichten zurückgelassene Vakuum, da diese nicht fähig oder willens sind, die öffentliche Sicherheit zu garantieren und Verträge durchzusetzen. Wie die Korruption gedeiht das Wirtschaftsverbrechen, wenn die Eigentumsrechte schlecht definiert sind, wenn Monopole bestehen, die von der Mafia angezapft werden können, und wenn die rechtlichen Verfahren ineffektiv sind und damit das Risiko der Bestrafung gering ist. Wirtschaftsverbrechen nehmen außerdem zu, wenn weitverbreitete Armut und mangelnde wirtschaftliche Möglichkeiten potentielle junge Mitglieder anfällig für die Verlockungen des Mafiavermögens machen. Neue Finanzsektoren bieten einen fruchtbaren Schauplatz für Verbrechen, und in vielen NIS- und MOE-Ländern ist das Verbrechen durch die lukrativen Prämien für den Drogentransport zusätzlich gefördert worden. Die Region ist eine gute Verbindung für den Drogentransport zwischen den Mohnanbaugebieten in Südasien (insbesondere Afghanistan) und den Märkten in Westeuropa.

Die russische Mafia besteht nicht aus einer einzigen Organisation, sondern aus einer Ansammlung von vielleicht 3.000 bis 4.000 Gruppen, die mehr als 25.000 Menschen beschäftigen; einige hundert dieser Gruppen überspannen heute die NIS- und MOE-Länder und reichen manchmal bis in den Westen. Einige füllen Marktlücken, die von unzureichenden staatlichen Institutionen geschaffen wurden. Sie bieten Sicherheitsleistungen für neue Privatbetriebe an oder helfen bei der Durchsetzung von Verträgen (indem sie beispielsweise Schulden für Banken eintreiben, eine bedeutende Anzahl von Banken unterhält enge Verbindungen mit dem organisierten Verbrechen). Der Wert dieser Dienstleistungen erscheint jedoch sehr gering, im Vergleich zu den Summen, die diese mächtigen kriminellen Gruppen von privaten Betrieben erpressen. Sie erzwingen „Kredite“ von Banken, fordern Schutzgeld von neuen Betrieben und nutzen Banken und andere Geschäfte, um einen Zugang zu reichen Klienten zu erhalten. Sie bringen Falschgeld in Umlauf und waschen illegale Gelder. Wie ihre sizilianischen Namensvetter wenden sie rücksichtslose Methoden zur Durchsetzung ihrer Forderungen an, wie die zahlreichen Morde an führenden russischen Bankiers und Geschäftsleuten in den letzten Jahren zeigen. Und dies sind nur die sichtbaren Kosten. Die verlorenen Investitionen aus Furcht vor Erpressung und die legitimen Geschäfte, die aufgrund des

Wettbewerbs mit den von der Mafia betriebenen Unternehmen scheiterten, können nicht erfaßt werden.

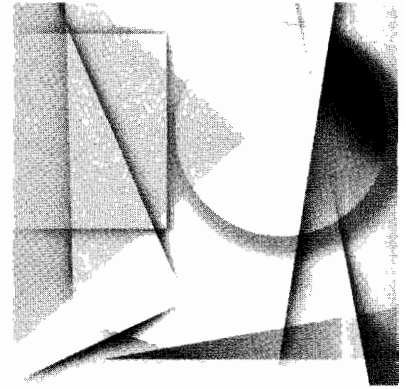
Sowohl die Korruption als auch das organisierte Verbrechen sind tiefergehende, langfristige Probleme, die nicht leicht gelöst werden können, insbesondere bei dem Ausmaß, in dem sie sich zur Zeit in einigen Transformationsländern entwickeln. Starke und international koordinierte Anstrengungen zur Durchsetzung der Gesetze sind notwendig. Diese erfordern umgekehrt einen effizienten und gesetzestreuem Sicherheitsapparat und Mechanismen zur Konfliktlösung, die einen echten Fortschritt darstellen. Sowohl auf der nationalen wie auf der lokalen Ebene müssen die Regierungen die interne Korruption angehen, wenn sie sich Hoffnungen machen, das organisierte Verbrechen zu kontrollieren. Die jüngsten Erfolge Italiens bei der Bekämpfung der sizilianischen Mafia zeigen, daß engagierte und ehrliche Staatsanwälte und Richter einen Schlag gegen die Korruption und das organisierte Verbrechen machen können, aber nur, wenn sie eine starke politische und logistische Unterstützung von den höchsten Regierungsstellen erhalten.

### Was bleibt zu tun?

Es hat sich gezeigt, daß diejenigen Merkmale einer Marktwirtschaft, die viele Transformationsländer am meisten benötigen, gerade solche sind, deren Aufbau am längsten dauert. Wie dieses Kapitel betont hat, ist beim Übergang vom Plan zum Markt ein neuer Denkansatz über das gesamte Rechtssystem notwendig. Die Vertragspartner, die Anwälte,

die die Verträge entwerfen, und die Gerichte, die diese durchsetzen, müssen alle aufhören, sich so zu benehmen, als seien sie immer noch die Instrumente eines einzigen Zentralplaners. Sie müssen statt dessen beginnen, im Interesse der unzähligen privaten Individuen zu arbeiten, die zusammen den Markt bilden. Die Menschen müssen das Gesetz und die Institutionen, die das Gesetz durchsetzen, kennen – und respektieren. Genauso wichtig ist ein gewisses Vertrauen in die Regierung, daß diese die Gesetze konsequent anwendet und sich selbst an bestimmte Beschränkungen hält, die sie von willkürlichen Eingriffen und Korruption abhält. Keines dieser Elemente wird über Nacht kommen. Aber die Botschaft heißt nicht notwendigerweise, daß man auf dem Weg zur Marktwirtschaft langsam vorangehen sollte, um diesen Institutionen und Gesetzen zu erlauben, sich mit ihrer eigenen Geschwindigkeit zu entwickeln. Viele der Länder, die heute über keine angemessenen gesetzlichen Regeln verfügen, sind bereits Marktwirtschaften. Die Regierungen können die Kontrolle nicht durch die alten Mechanismen wiedererlangen, sie müssen statt dessen neue Politiken und Institutionen entwickeln, um der neuen Beziehung zwischen dem Staat und den Bürgern Genüge zu tun. Und wie oben bemerkt, können viele marktwirtschaftliche Reformen – wie die Liberalisierung und Entflechtung der Industrie – sogar die Entwicklung von rechtlichen Regeln beschleunigen. Dies geschieht durch die Förderung der Nachfrage nach neuen Gesetzen und, genauso wichtig, durch die Verringerung der Anzahl und des Einflusses von Gruppen, die von den fehlenden Gesetzen profitieren.

# Aufbau eines Finanzsystems



Ökonomische Effizienz wird durch die Märkte über eine bestmögliche Allokation von Ressourcen entsprechend Angebot und Nachfrage gefördert. Ein gut funktionierendes System der Finanzmärkte und Institutionen ist für diesen Prozeß unerlässlich, indem es die Ersparnisse in ertragreiche Investitionen lenkt. Weltweite Erfahrungen bestätigen, daß Länder mit einem gut entwickelten Finanzsystem schneller und stetiger wachsen als solche mit einem weniger entwickelten Finanzsektor; außerdem sind sie eher in der Lage, sich ökonomischen Schocks anzupassen. Die Transformation ist mit enormen Reallokationen von Ressourcen und Eigentumsverhältnissen verbunden, eine Aufgabe, bei deren Bewältigung ein effektives Finanzsystem äußerst hilfreich sein kann. Die finanziellen Sektoren in Reformländern sind jedoch für derartige Hilfestellungen schlecht gerüstet, mit passiven staatseigenen Banken, oft am Rande des Zusammenbruchs, mit beschränkten Fähigkeiten zur Beurteilung von Kreditrisiken sowie ohne wirksame finanzielle Regulierungsmechanismen, unterstützende Schlüsselinstitutionen und Kapitalmärkte.

Bei dem Versuch, diesen Schwächen zu begegnen, sehen sich die Reformer mit einer besonders heiklen Version des allgemeinen Übergangs- oder Reformproblems konfrontiert. Der Erfolg anderer Marktreformen hängt von einem leistungsfähigen Finanzsystem ab; jedoch können die Reformbestrebungen in diesem Sektor nicht unabhängig von den anderen Reformen vorankommen, insbesondere sind sie mit makroökonomischen Stabilisierungsbemühungen, Unternehmensreformen sowie der Entwicklung unterstützender gesetzlicher Institutionen verknüpft. Häufig reagieren Reformländer mit Untätigkeit auf dieses Dilemma, mit dem Ergebnis, daß finanzielle Reformen verzögert erfolgen.

Die Herausforderung für Reformer besteht darin, Wege aufzuzeigen, die dem finanziellen Sektor helfen, die Hinterlassenschaft der zentralen Planwirtschaft zu überwinden, und gleichzeitig die Grundlagen für ein neues System zu le-

gen, in dem die Banken und andere finanzielle Institutionen auf eigenen Füßen stehen müssen. Die Wahl zwischen Ansätzen zu einer Reform des Bankensektors macht dieses Problem deutlich sichtbar. Sollten Reformer staatliche Mittel benutzen, um stark überschuldete staatliche Banken zu sanieren, und damit das Risiko eingehen, daß diese erwarten, jederzeit durch die Regierung von ihren Schulden befreit zu werden? Oder sollten Reformer ganz von vorne beginnen, die rasche Gründung und Eingliederung neuer Banken und möglicherweise die Liquidation alteingesessener Institute fördern? Erfahrungen in Reformländern bis zum heutigen Tag liefern Anhaltspunkte, um beide Strategien zu beurteilen und einige vorsichtige Schlüsse für künftige Reformvorhaben zu ziehen. Gleichgültig, welchem Ansatz oder welcher Kombination beider Ansätze die Länder folgen werden, eine eindeutige Schlußfolgerung besteht jedenfalls darin, daß die Regierungen eine entscheidende Rolle bei der Entwicklung eines stabilen finanziellen Sektors und dessen Regulierung im Zeitablauf spielen. Dies trifft jedoch nicht notwendigerweise für die direkte Allokation finanzieller Ressourcen zu, wenngleich sich Regierungen in Reformländern einem starken Interventionsdruck, insbesondere im landwirtschaftlichen Sektor, ausgesetzt sehen können. Weiterhin kann der Schluß gezogen werden, daß die Entwicklung eines Finanzsystems Zeit braucht. Reformer müssen Wege suchen, ein System von Banken, anderen Finanzintermediären und Kapitalmärkten heranzubilden, das sich nicht aufgrund staatlicher Dekrete entwickelt, sondern als Reaktion auf veränderte Bedürfnisse des Marktes.

## Die Hinterlassenschaft

Alle Banken waren in der zentralen Planwirtschaft reine Verwaltungsorgane. Sie nahmen passiv Einlagen der Haushalte entgegen (welche häufig die einzig mögliche Vermögensanlage privater Haushalte bildeten), und sie führten die finanziellen Transaktionen durch, die für die Allokation der Ressourcen nach dem Plan erforderlich waren.



Tatsächlich deckt in China der Kreditplan immer noch einen großen Teil der gesamten Investitionen ab und fungiert weiterhin als wichtiger Hebel der staatlichen Politik. Normale Bankqualifikationen, wie Risikomanagement, Projektüberprüfung und -auswahl sowie ein Angebot diverser Anlagemöglichkeiten, um Sparer anzuziehen, waren unbekannt. Die anderen Komponenten eines Finanzsystems, einschließlich der Zahlungssysteme selbst, waren nur rudimentär vorhanden; in den meisten Ländern gab es keine Finanzierungsmöglichkeiten außerhalb des Bankensektors. Ursprünglich wurden sämtliche Kreditgeschäfte von einer einzigen Bank durchgeführt. In den meisten Ländern zielten erste Ansätze zur Durchführung einer Marktreform darauf ab, dieses Bankmonopol durch ein zweistufiges System zu ersetzen, bestehend aus einer Zentralbank und einer Reihe von Geschäftsbanken, die häufig auf bestimmte Sektoren spezialisiert waren. Diese Reorganisation hatte jedoch kaum Auswirkungen auf das Bankenverhalten.

Der Übergang deckte die immensen Schwächen der eingesessenen Banken auf. In den MOE-Ländern und den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion (NIS) wurden viele Bankkredite notleidend, als ihre traditionelle Klientel, die staatlichen Unternehmen, dem Wettbewerb ausgesetzt wurden. In den Anfangsstadien der Reformen fuhrten viele Banken fort, neue Kredite an unrentable Unternehmen zu vergeben. Rückständige Zins- und Tilgungsleistungen wurden auf diese Weise weitergewälzt, wodurch sich der Bestand an nicht vertragsgemäß bedienten Krediten drastisch erhöhte – zeitweilig hatten sie den größten Anteil an den Portfolios der Banken – und soliden Darlehensnehmern zunehmend die Chancen auf Kredite verwehrt wurden. Selbst in China, wo ein rasches Wirtschaftswachstum stattfand und die Zinssätze unter der Inflationsrate liegen, werden 20 Prozent der Forderungen offiziell als uneinbringlich eingeschätzt. Schließlich trockneten diese finanziellen Ströme von Banken zu den Unternehmen aus, als die Stabilisierung in fast allen MOE-Ländern sowie in den meisten NIS-Staaten Fuß faßte. Anstatt den Unternehmen Finanzierungsmittel durch die Banken zu beschaffen, führten in einigen Ländern hohe reale Kreditzinssätze zu Netto-Transfers (Netto-Neukredite minus reale Zinszahlungen) von Unternehmen zu Banken. In vielen der NIS-Länder stagnierte der Fluß von Ressourcen zu den Unternehmen einfach: Alte Kredite wurden weitergeschoben, aber nur wenige neue wurden vergeben, so daß die Netto-Transfers in die eine oder andere Richtung gering waren. In China hingegen erlaubten es die bei den Banken angelegten hohen Ersparnisse der Haushalte, die beträchtlichen Netto-Transfers zu den Unternehmen fortzuführen (siehe Kapitel 2).

Viele Banken in MOE- und NIS-Ländern beschränken derzeit ihre Rolle auf die Finanzierung des Handels und einen Teil des Betriebskapitals, ihr Beitrag zur Finanzierung der gesamten Investitionen der Unternehmen ist entweder

Null oder sogar negativ. Die nahezu vollständige Abneigung, Investitionskredite zu vergeben, spiegelt zum Teil die Stabilisierungsbemühungen wider, aber auch das erhöhte Bewußtsein der Banken, sowohl für die Risiken von Kreditvergaben als auch für das Fehlen effizienter Mittel zur Entreibung der Schulden. Obwohl in einigen der bereits fortgeschrittenen Reformländer die Kreditvergabe durch die Banken wieder anläuft und die Laufzeiten der Kredite sich verlängert haben, sind in den meisten Ländern selbst für solide Firmen die Zugangsmöglichkeiten zu Bankfinanzierungen begrenzt und die Laufzeiten kurz. Der privilegierte Zugang zu Finanzierungen, den große staatliche Unternehmen in vielen Ländern noch immer genießen, bildet eine weitere finanzielle Barriere für die Entstehung neuer privater Unternehmen.

Wie bereits erwähnt, wurde die Entwicklung eines Finanzsystems auch von dem Tempo gesetzgeberischer und unternehmerischer Reformen maßgeblich beeinflusst. Banken sind auf ein gesetzliches Rahmenwerk einschließlich Mechanismen zur Einforderung von Sicherheitsleistungen und bei Konkursen angewiesen, um ihre Ansprüche durchzusetzen und ihre Rolle als Kontrollinstanz der Unternehmen erfüllen zu können. Kapitalmärkte erfordern Unternehmensgesetze zur Definition der Rechte von Aktionären und Teilhabern an Gesellschaften mit beschränkter Haftung, sowie um ihnen die Einflußnahme auf das Management zu gestatten. In diesem und anderen Bereichen des Wirtschaftsrechts sind weitere Fortschritte nötig, um das Finanzsystem effizienter zu machen (Kapitel 5). Unternehmensreformen, einschließlich Privatisierungen und Zugangsmöglichkeiten für neue private Firmen, sind für die Lösung des Problems notleidender Kredite sowie zur Schaffung neuer Kreditmöglichkeiten erforderlich. Solidere Firmen erzeugen auch die Nachfrage nach besseren Bankdienstleistungen und treiben so den institutionellen Fortschritt voran. In den MOE-Ländern und in einigen NIS-Staaten gibt es starke Nachfragekräfte, die bereits zu beachtlichen Verbesserungen der Qualität der Banken geführt haben. In China hat die begrenzte Reform der staatlichen Unternehmungen hingegen die Kommerzialisierung der staatseigenen Banken verzögert. In den baltischen Staaten und in den NIS-Ländern haben staatliche Unternehmen neue Banken gegründet oder Teile der bestehenden Banken erworben. Dies birgt Risiken in sich, doch die Führung dieser Banken hat sich Hand in Hand mit der Privatisierung der Muttergesellschaften, einer breiteren Streuung der Einkommensverhältnisse und der Einführung bankenauksichtlicher Kontrollen zur Begrenzung von Krediten an die Eigentümer tendenziell verbessert.

### Ansätze zur Reform des Bankenwesens

Die Reformländer haben zwei Hauptaufgaben, wenn sie eine Bankenreform in Angriff nehmen. Die erste besteht für

jedes Land darin, seine Zentralbank in eine Institution zu überführen, die unabhängig die Geldpolitik formuliert und durchführt. Die Erfahrungen von Reformländern bestätigen die weltweite Evidenz, daß eine größere Unabhängigkeit der Zentralbank, einschließlich des Rechts, dem Staat Kredite zu verweigern und die Zinssätze ohne staatliche

Einmischung festzulegen, mit niedrigerer Inflation und einer effizienteren Geldpolitik verknüpft ist. Grundlegende geldpolitische Instrumente und Verfahren wurden in allen Reformländern eingeführt, wenngleich ihre Effizienz in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich ist, zum Teil weil die Interbanken-Zahlungssysteme oft noch schwach ent-

### Sonderbeitrag 6.1 Rußlands radikale Bankenreform

Nach der Schaffung eines zweistufigen Bankensystems im Jahre 1987 entfernte sich der russische Ansatz einer Bankenreform rasch – und teilweise unbeabsichtigt – von den anderen Reformökonomien. Im Jahre 1988 erlaubte ein neues Gesetz die Schaffung kooperativer Banken zur Unterstützung für den aufblühenden privaten Sektor. Das Bankgesetz des Jahres 1990 ermöglichte die Etablierung von Banken in der Form von Aktiengesellschaften, für deren behördliche Genehmigung nur minimale Voraussetzungen erforderlich waren. Der Wettbewerb zwischen einer reformfreudigen russischen Regierung und einer eher konservativen Sowjetregierung führte zu einer Trennung der russischen von den sowjetischen Banken und, in Rußland, zu der Aufspaltung staats-eigener Banken in mehrere unabhängige regionale Banken. Alle diese Ereignisse führten zu einer explosionsartigen Zunahme der Anzahl der russischen Banken: von 5 im Jahre 1989 auf 1.500 im Jahre 1992 und 2.500 im Jahre 1995.

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in diesem Zeitraum verschaffte den neuen Banken einen Wettbewerbsvorteil gegenüber den alteingesessenen staatlichen Instituten. Fehlende fiskalische und monetäre Kontrollmechanismen führten zu einem Anstieg der Inflation, und die Kreditbilanzen entsprachen bald nur noch der Produktion weniger Wochen. Dies eröffnete den neuen Banken Chancen, durch das Angebot qualitativ höherwertiger Bankdienstleistungen an den aufstrebenden privaten Sektor rasch Marktanteile zu gewinnen. Durch das Coupon-Privatisierungsprogramm boten sich weitere geschäftliche Möglichkeiten, indem viele Banken direkt in Unternehmen investierten oder Kredite an Investoren vergaben, die Anteile kauften. Als Resultat war ein starker Anstieg des Anteils der neugegründeten Banken am Vermögen des gesamten Bankensektors zu verzeichnen, der zu Beginn des Jahres 1996 bei über zwei Dritteln lag, während sich die drei verbliebenen staatlichen Banken den Rest teilten. Einige der größeren neuen Banken stiegen schnell zu den führenden Geschäftsbanken des Landes auf, mit Bilanzsummen von 1 Milliarde Dollar bis zu 3 Milliarden Dollar. Sie steigerten rasch in neue Unternehmensbereiche und

Finanzanlagen ein, und einige sind wichtige Mitglieder aufstrebender finanz-industrieller Konglomerate.

Das Hauptproblem des Bankensektors bilden die große Anzahl von Banken mit geringer Kapitalausstattung und schlechtem Management sowie der damit einhergehende Mangel an Transparenz. Als die Stabilisierung in Rußland Fuß faßte, wurde das Umfeld für Banken schwieriger. Im Jahr 1995 mußte ein Drittel der russischen Banken Verluste ausweisen, fast unmittelbar, nachdem die realen Zinssätze positiv wurden. Obgleich Rußland bereits begonnen hatte, sich mit dem Problem unsolider Banken durch die Rücknahme von Lizenzen und die Einschränkung von Aktivitäten zu befassen, existiert immer noch eine Vielzahl solcher Banken. Die Behörden werden sich schleunigst mit diesen Banken befassen müssen, was in vielen Fällen die Liquidation erfordern wird, um das Vertrauen wiederherzustellen und eine größere Krise zu verhindern; so kann den qualifizierten Banken die Vermittlung von Ressourcen ermöglicht werden.

Darüber hinaus ist eine erhöhte Transparenz ein unbedingtes Muß. Buchhaltungs- und Publizitätsvorschriften sind immer noch rudimentär, qualifizierte Wirtschaftsprüfer gibt es noch nicht, und die Bankenaufsicht steckt noch in den Kinderschuhen. Diese Einschränkungen öffnen betrügerischen und unvernünftigen Investitionen Tür und Tor und untergraben das Vertrauen in das Finanzsystem. Um dieses Problem anzugehen, hat die russische Regierung mit Unterstützung der Weltbank und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) ein Projekt über internationale Bankenrichtlinien ins Leben gerufen. Einige der qualifiziertesten Banken wurden auserwählt, Mittel der Weltbank und der EBRD an den privaten Sektor weiterzuverleihen. Im Gegenzug müssen die Banken sich jährlichen Prüfungen durch internationale Wirtschaftsprüfer unterziehen und sich an allgemeingültige Regeln bezüglich Angemessenheit der Kapitalausstattung, Portfolio-Diversifizierung, Vermögens- und Schuldenmanagement usw. halten. Es wird geschätzt, daß etwa zwanzig bis vierzig Banken an diesem an den Wurzeln beginnenden Ansatz zu einer Bankreform beteiligt sein werden.

wickelt sind. Ihr Aufbau ist essentiell für die Schaffung eines marktorientierten Finanzsystems. Zentralbanken haben auch oft eine konstruktive Rolle bei der Formulierung allgemeiner gesamtwirtschaftlicher und fiskalpolitischer Maßnahmen gespielt. In China sind jedoch weitere Reformen notwendig, um aus der Zentralbank eine effiziente geldpolitische Instanz und Bankenaufsichtsbehörde zu machen.

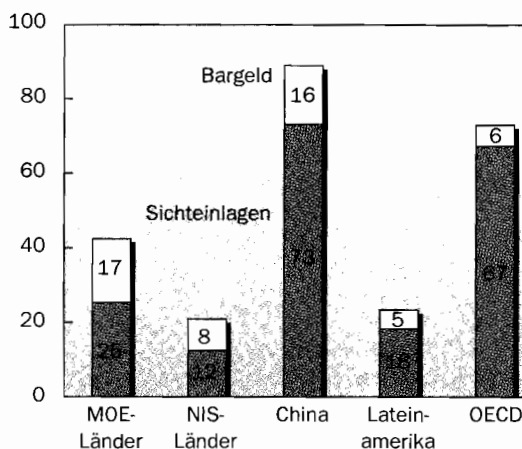
Eine weit umfangreichere und kompliziertere Aufgabe ist es, die Schwächen der Geschäftsbanken in Angriff zu nehmen. Die Anfangsbedingungen und Entwicklungen zu Beginn des Reformprozesses haben die Länder dazu veranlaßt, zur Reform des Bankensektors entweder das Konzept der Neugründung oder das der Sanierung existierender Banken oder (meistens) eine Kombination beider Ansätze zu verfolgen. Einige Länder müssen sich noch für eine konsistente Strategie zur Reform des Finanzwesens entscheiden. Der Neugründungsansatz beinhaltet den Eintritt einer relativ großen Anzahl neuer Banken, die Zerlegung und Privatisierung staatlicher Banken sowie in einigen Fällen die Liquidation alteingessener Institute. Estland und Rußland haben beide diesen Weg verfolgt, obgleich nicht immer in Form einer ganz bewußten politischen Entscheidung. In vielen NIS-Ländern schaffte die mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion einhergehende Verwirrung ein Umfeld, in dem viele neue Banken spontan entstanden (Sonderbeitrag 6.1). Der alternative Ansatz, der unter anderem in Ungarn und Polen verfolgt wird und die Sanierung der existierenden Staatsbanken zum Ziel hat, konzentriert sich auf die Rekapitalisierung, zusammen mit umfassenden Programmen zur institutionellen Weiterentwicklung sowie baldmöglichster Privatisierung.

Zwei Faktoren bestimmen im großen und ganzen den Reformansatz für das Bankenwesen eines jeden Landes: die Tiefe des Finanzsystems (das Verhältnis von finanziellen Verbindlichkeiten zum Bruttoinlandsprodukt) und die institutionelle Ausgangslage. In den späten achtziger Jahren war die Tiefe des Finanzsystems in den Reformländern gleich. Doch ihre unterschiedlichen Inflationserfahrungen – und der Verlust des Vertrauens in Finanzanlagen in den Ländern mit hohen Inflationsraten – haben seitdem zu ähnlich großen Divergenzen geführt. In China entsprechen die Geldbestände derzeit etwa 89 Prozent des BSP, erreichen aber in den MOE-Ländern im Durchschnitt nur 42 Prozent und in den NIS-Staaten lediglich 20 Prozent (Abbildung 6.1). Da dubiose Kredite und Ersparnisse von hohen Inflationsraten aufgezehrt wurden und die Anleger dadurch das Vertrauen in das Finanzsystem weitgehend verloren hatten, haben die meisten NIS-Länder durch einen Neubeginn wenig zu verlieren. Die MOE-Länder haben mit einer soliden institutionellen Basis begonnen als die NIS-Länder oder die asiatischen Reformländer. Dieser Vorteil – zusammen mit dem leistungsstärkeren Finanzsystem sowie die allgemein bessere finanzpolitische Position – bewogen die mit-

### Die Größe der Bankensysteme in den Reformländern ist sehr unterschiedlich.

**Schaubild 6.1** Geldumlauf

Prozent des BIP



Anmerkung: Die Daten für die Regionen und Ländergruppen sind einfache Durchschnitte aus Vierteljahresdaten des Jahres 1994 für zehn mittel- und osteuropäische Länder (MOE), dreizehn Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion (NIS), zwölf lateinamerikanische Länder und achtzehn OECD-Länder. Quellen: IWF und Schätzungen der Weltbank.

tel- und osteuropäischen Länder, einen eher stufenweisen Ansatz zu wählen. Chinas sehr tief gegliedertes Finanzsystem hat die Regierung dazu veranlaßt, einen stufenweisen Ansatz für ihre Reform des Bankenwesens zu wählen, trotz der relativ unterentwickelten Qualifikationen im Bankenwesen.

Eine Finanzreform, die sich auf Neugründungen und den Markteintritt ausländischer Banken konzentriert, kann für weniger fortgeschrittene Länder ein guter Ansatz sein. Ein Vergleich der Länder anhand der institutionellen Kapazitäten der soliden Segmente ihrer Banken zeigt, daß trotz der generell wesentlich schlechteren Ausgangsbedingungen einige der Reformländer mit vermehrten Neugründungen jetzt bereits mit anderen Ländern gleichgezogen haben. Besonders rasche Fortschritte sind in Estland und Rußland zu beobachten, trotz einer ungünstigen Ausgangsposition. Eine Periode relativ freier Zugangsmöglichkeiten kann so den Aufbau dezentraler Institutionen stimulieren. Das Vertrauen kann jedoch während dramatischer Umstrukturierungsperioden untergraben werden und auch durch das Entstehen unqualifizierter Banken. Deshalb sind ergänzen-

### **Sonderbeitrag 6.2 Polens Sanierungsansatz zur Bankenreform**

Die Reform der Geschäftsbanken in Polen verläuft seit dem Jahr 1990 mit beschleunigtem Tempo. 1991 wurden die Banken von der Regierung angewiesen, keine neuen Kredite mehr an Unternehmen zu vergeben, die mit der Rückzahlung alter Darlehen in Verzug waren. Diese Restriktion wurde mit Verabschiedung des Programms zur Umstrukturierung von Unternehmen und Banken im Februar 1993 gesetzlich verankert. Das Finanzministerium verlangte regelmäßige, den internationalen Standards entsprechende, Wirtschaftsprüfungen für alle Banken, um die Transparenz zu fördern und die Größenordnung des Problems der notleidenden Kredite offenzulegen. Das Umstrukturierungsprogramm forderte ferner die Banken auf, Arbeitsgruppen zu bilden, deren Aufgabe darin bestand, die Ende 1991 als notleidend klassifizierten Kredite abzubauen. Das Programm sah auch neue Sanierungsprogramme unter Führung der Banken vor (vgl. Sonderbeitrag 3.1).

Indirekte Anreize wurden auch eingesetzt. Im Jahr 1992 erhielten die Bankangestellten die Möglichkeit, bei der Privatisierung bis zu 20 Prozent der Anteile ihrer Bank zum halben Preis zu erwerben. Dies verstärkte den Anreiz, sachlich adäquate Verfahrensweisen einzusetzen, sowohl bei der Ablösung bereits bestehender Darlehen als auch bei der Gewährung neuer Kredite. Sieben Banken nahmen an intensiven technischen Hilfsprogrammen mit ausländischen Banken teil, um ihre institutionelle Entwicklung zu beschleunigen. Die Erfahrungen in Polen und anderen Ländern zeigen, daß solche technische Hilfe eine hoch zu bewertende Ergänzung zu dem Wunsch der Bank nach einem institutionellen Wechsel darstellen kann, sie ist jedoch kein Ersatz für eine klare, kommerziell tragfähige Strategie seitens der Eigentümer und Manager.

Die Rekapitalisierung der Banken wurde im September 1993 durchgeführt. Das Ziel war die Bestimmung der notwendigen Höhe der Rekapitalisierung anhand der Ende 1991 überfälligen Kredite. Dahinter stand die Absicht, eine Bestrafung derjenigen Banken zu vermeiden, die bereits aktiv versucht hatten, mit ihren Problemen fertig zu werden, und die Anreize für Manager zu erhalten, andere Forderungen in ihrem Portfolio vor dem Wertverfall zu bewahren. Das Programm wurde von einem Plan zur Privatisierung der neun im Besitz des Fiskus befindlichen Geschäftsbanken begleitet.

de Politikmaßnahmen erforderlich, um die Anwärter für neue Banken besser überprüfen zu können, schwache Banken auszusondern und die Infrastruktur für das Bankwesen, insbesondere durch Unternehmens- und Gesetzesreformen, zu verbessern.

Der Sanierungsansatz hat den Vorteil, ein höheres Maß an Vertrauen in das Finanzsystem zu bewahren und schränkt somit die finanzielle Disintermediation ein (die Tendenz zur Umgehung des Bankensystems). Der Nachteil ist, daß die existierenden Staatsbanken eine starke Rolle behalten. Außerdem kann eine Sanierung die Anreize für das Bankgewerbe, vorsichtige Investitionskriterien anzuwenden, ernsthaft unterminieren. Es werden nämlich Erwartungen geschürt, daß die Regierungen, wenn sie einmal in Schwierigkeiten geratene Banken gerettet haben, dies wieder tun. In Ungarn wurden beispielsweise manche Banken bis zu fünfmal rekapitalisiert. Somit erfordert eine konsequente Sanierungs-Reformpolitik, ebenso wie der Neugründungsansatz, eine ganze Reihe ergänzender Reformen. Diese sollten sich darauf konzentrieren, die zwischenzeitliche Führung der Staatsbanken zu verbessern, um ein ernsthaftes Engagement für die Privatisierung sicherzustellen. Darüber hinaus sollte man vielleicht den Staatsbanken gewisse Restriktionen bezüglich ihrer Aktivitäten auferlegen. Mit genau diesem Ansatz hat Polen begonnen (Sonderbeitrag 6.2), obgleich der Privatisierungsteil des Programms in jüngster Zeit langsamer vorankommt.

### **Wo die Regierung die Führung übernehmen sollte . . .**

Wie wir gesehen haben, spielen die Ausgangsbedingungen eine wichtige Rolle bei der Bestimmung des Verhältnisses von Neugründungs- und Sanierungsansatz bei den Bankreformen. Einige Länder werden sich eine gemischte Strategie zu eigen machen, bei der die Aktivitäten der staatlichen Banken eingeschränkt werden, während sich parallel im privaten Sektor ein neues Bankensystem entwickelt. Gleichgültig, welcher Ansatz verfolgt wird, der entscheidende Faktor sind die Anreize, die er schafft, und diese hängen wiederum in einem erheblichen Ausmaß von den Regierungsmaßnahmen ab und wie diese aufgenommen werden. Die bis zum heutigen Tag gemachten Erfahrungen erteilen mehrere politische Lektionen.

#### *Sich rechtzeitig mit Problembanken befassen*

Der Übergangs- oder Reformprozeß schafft für Banken ein schwieriges Umfeld, in dem umfangreiche Verluste aus Krediten unvermeidlich sind, insbesondere wenn die realen Zinssätze steigen und die Unternehmen Probleme mit dem Schuldendienst haben. Wenn die Regierungen nicht entschieden handeln, müssen sich Reformländer auf größere Finanzkrisen gefaßt machen. Diese werden von Banken ausgelöst, die sich in Schwierigkeiten befinden, können aber auch von anderen Finanzunternehmen ausgehen, die Pro-

bleme haben. Die Auflösung von Institutionen mit Zahlungsschwierigkeiten erfolgt in drei Schritten. Zuerst müssen die Zahlungsströme zu den insolventen Banken gestoppt werden, gleichgültig, ob sie von der Regierung kommen oder durch hohe Zinssätze angelockt wurden. Allzu häufig erfahren insolvente Banken weiterhin eine normale, wenn nicht gar bevorzugte Behandlung. In Polen zum Beispiel sind zwei nicht sehr erfolgreiche staatseigene und auf Immobilien und landwirtschaftliche Finanzierungen spezialisierte Banken durch höhere explizite Einlagensicherungen abgesichert als andere Banken, was es ihnen ermöglicht, Kapital zu relativ niedrigen Kosten anzuziehen. Zweitens muß fast in jedem Fall das Management, häufig die primäre Ursache der Probleme, ausgewechselt werden. Und zum dritten sollten private Anteilseigner ihre Anteile an liquidierten oder umstrukturierten Banken komplett verlieren, um die Anreize für das Eingehen übermäßiger Risiken zu reduzieren. Auch die Einleger sollten einen Teil der Verluste tragen. Länder, die konsequent diesen Weg gegangen sind, hatten niedrigere Kosten zu verzeichnen und konnten rascher das Vertrauen der Haushalte wiedererlangen, selbst, wenn diese gewisse Verluste erlitten hatten; außerdem gab es in der Folgezeit weniger Problembanken. Estland ging diese Probleme Ende 1992 tatkräftig an, und Kasachstan, Kirgisistan, Kroatien und Mazedonien sind dabei, ihre schwachen Banken aufzulösen oder drastisch umzustrukturieren. In vielen anderen Ländern wird man sich jedoch noch mit diesen Problemen auseinandersetzen müssen, häufig weil es keine Autorität gibt, die bei den schwachen Banken eingreifen könnte, oder weil Ad-hoc-Maßnahmen und oft eher schädliche Interventionen versucht wurden.

*Eine effiziente Überwachung entwickeln, Neugründungen überprüfen und die Publizitätsvorschriften verbessern*

Alle Reformländer benötigen eine verbesserte sachgerechte Regulierung und Überwachung von Geschäftsbanken und anderen Finanzierungsinstitutionen, einschließlich gemischter finanz-industrieller Gruppen und Investmentfonds. Die Etablierung solcher Mechanismen erfordert eine völlig unabhängige und marktorientierte Aufsichtsbehörde. Inzwischen hat jedes Reformland eine Kontrollinstanz eingesetzt, entweder als Teil der Zentralbank oder als eigenständige Behörde, und hat Gesetze und Regulierungsvorschriften erlassen, die auf ein besseres Funktionieren des Finanzsystems abzielen. Weit geringere Fortschritte wurden jedoch bei der Übertragung dieser Reformen in effektive Regulierungen und Kontrollverfahren gemacht. Es braucht einige Zeit, die Bankenprüfer auszubilden und ihnen entsprechende Erfahrungen zu vermitteln. Daher wird die Kontrolle des Finanzwesens wahrscheinlich in vielen Reformländern noch für einige Zeit unzureichend bleiben, und die Aufsichtsbehörden werden nicht in der Lage sein, jeden Bankenzusammenbruch zu verhindern. Die Aufsicht

sollte ihre beschränkten Ressourcen darauf konzentrieren, sich mit den problematischen Banken und Nicht-Banken zu befassen, die Neugründungen zu kontrollieren und die Anreize bei den Banken zu erhöhen, wirksame Kontrollverfahren einzuführen.

Länder, die inländischen Banken einen relativ freien Marktzutritt erlauben, haben von verstärktem Wettbewerb und raschem institutionellen Fortschritt profitiert; für viele sollte eine Periode der marktabhängigen Konsolidierung von Banken und der Schließung schwacher Banken diesen Fortschritt untermauern. Diese Länder müssen aber auch hohe Anforderungen an das Mindestkapital stellen, die Eignung und Integrität von Eigentümern und Managern überprüfen und andere formale Richtlinien einführen, um Bewerber mit schlechten Aussichten oder betrügerische Unternehmungen abweisen zu können. Selbst dann wird die Überwachung nur wenige Fälle von Betrug – der eine Hauptursache für viele Finanzkrisen darstellt – verhindern können, zumal die Aufseher möglicherweise nicht die politische Unterstützung für Interventionen erhalten. In den Baltischen Staaten wurden beispielsweise Warnsignale ignoriert, die dem betrügerischen Konkurs einiger großer Banken vorausgingen. In Ermangelung adäquater Überwachungsmechanismen benötigen Banken auch Anreize zum sachverständigen Handeln. Eine verstärkte Transparenz durch bessere Offenlegungsvorschriften für die Bilanzen und die Rentabilität der Banken ist hilfreich, da Einleger, andere Investoren und die Bankenaufsicht die Qualität der Bank besser beurteilen können. In den meisten Reformländern ist der Standard der Rechnungslegungs- und Publikationsvorschriften für Banken – und andere Unternehmen – weit niedriger als in Marktwirtschaften. Aufsicht und internationale Behörden müssen obligatorische Standards festsetzen, insbesondere eine verbesserte Klassifizierung notleidender Kredite, und realistischere Vorsichtsmaßnahmen für Verluste und jährliche Wirtschaftsprüfungen fordern.

*Vorsicht vor der Rekapitalisierung von Banken*

Eine große Anzahl notleidender Kredite und unterkapitalisierter Banken kann die makroökonomische Stabilität untergraben, zu höheren Zinssätzen führen und eine dezentralisierte, am Einzelfall orientierte Umstrukturierung von Unternehmen verhindern. Einige Beobachter haben für einen frühzeitigen, umfassenden Schuldenerlaß plädiert, um einen eindeutigen Strich unter die Vergangenheit zu ziehen. Der Erlaß von Schulden staatlicher Unternehmen gegenüber staatlichen Banken beeinflusst weder das nationale oder staatliche Vermögen noch die Bankgewinne oder Steuereinnahmen, aber er birgt die ernstzunehmende Gefahr, daß Firmen in der Verlustzone keine Umstrukturierung mehr vornehmen, sobald sie von der Last ihrer alten Kredite befreit sind. Zudem werden dadurch falsche Signale an andere Kre-

ditnehmer gegeben. Kein Land hat einfach sämtliche Schulden erlassen, und in jenen Ländern, wo dies in großem Umfang geschah (wie in Bulgarien und Rumänien), fuhren die unrentablen Unternehmen fort, Kredite aufzunehmen anstatt zu konsolidieren. Der Schuldenerlaß schafft auch keine Anreize für die Banken, Qualifikationen zum Schuldenmanagement und zur Eintreibung von Schulden zu erwerben.

Ein dezentralisierter, auf den jeweiligen Fall abgestimmter Ansatz, wie er in Ungarn und Polen verfolgt wird (vgl. Sonderbeitrag 3.1) kann hilfreicher sein. Die Banken sind für ihre Problemkredite verantwortlich und müssen die führende Rolle bei der Lösung dieses Problems spielen. Als Teil der betrieblichen Umstrukturierung einzelner Unternehmen und landwirtschaftlicher Betriebe können die Banken die Vergabe neuer Kredite einschränken und die alten umstrukturieren. Diese Strategie funktioniert jedoch nur, wenn die Banken und die betroffenen Unternehmen ordnungsgemäß geführt und verwaltet werden, und wenn die Banker über genügend Kapital verfügen, um problematische Darlehen zu erkennen und Vorsichtsmaßnahmen zu treffen. Dies kann eine Kapitalerhöhung bedeuten. Wie oben erwähnt, war die Rekapitalisierung von Banken – durch liquide Mittel oder Wertpapiere, durch die Übernahme notleidender Kredite sowie durch Bereitstellung anderer

Finanzhilfen – eine wichtige Komponente einer Sanierungsstrategie. Die Rekapitalisierung bedeutet jedoch nur dann eine sinnvolle Verwendung von Steuergeldern, wenn sie die Gesundheit des Finanzsystems schnell wiederherstellt und die Aussichten für eine Privatisierung von Banken verbessert. Woanders sind die Erfahrungen mit Rekapitalisierungen gemischt. Banken setzen häufig ihre unsolide Darlehenspolitik fort, Ressourcen werden oft verschwendet oder zu betrügerischen Zwecken genutzt; und Rekapitalisierungen müssen häufig wiederholt vorgenommen werden. In Argentinien, Chile und den Vereinigten Staaten fanden wiederholt Sanierungen des Bankensystems statt. In Reformländern bergen Rekapitalisierungen besonders große Risiken. Die negativen Anreize für die ohnehin schon schlecht geführten staatlichen Banken werden durch die Tatsache vergrößert, daß sich ihre Privatisierung – eine notwendige Ergänzung des Sanierungskonzepts – als schwierig herausstellte und das Ergebnis unklar blieb (Sonderbeitrag 6.3).

Anstatt sich auf Rekapitalisierungen und andere Formen staatlicher Unterstützung zu verlassen, sollte die Politik die Selbsthilfe der Banken fördern, um sie zu ermutigen, ihre Kapitalausstattung zu verbessern. Verglichen mit dem umfangreichen Volumen notleidender Kredite bilden die Banken in den meisten Reformländern geringere Rücklagen für

### **Sonderbeitrag 6.3 Die Privatisierung von Banken ist von grundlegender Bedeutung, aber schwierig**

In vielen Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion haben Unternehmen zu Beginn der Reformen Teile der Staatsbanken erworben und neue Banken gegründet. Die unternehmenseigenen Banken wurden dann zusammen mit ihren Eigentümern privatisiert. Wenn die Eigentumsverhältnisse diversifiziert sind und strenge Beschränkungen bei der Kreditvergabe an Eigentümer gelten, dann werden solche Banken im allgemeinen nicht schlechter geleitet als andere. Die im Privatbesitz stehender Banken in diesen Ländern sind gewöhnlich am dynamischsten und führend in der Vergabe neuer Darlehen an Privatunternehmen.

In vielen mittel- und osteuropäischen Ländern dominieren noch die Staatsbanken, deren Privatisierung sich, wie auch anderswo, aus wirtschaftlichen wie politischen Gründen als schwierig erwies. Selten wurden große Staatsbanken durch Barverkäufe privatisiert. Ungarn und Polen haben einigermaßen erfolgreich insgesamt sechs große Banken (zwei in Ungarn, vier in Polen) privatisiert, aber solche „Entstaatlichungen“ sind zunehmend schwieriger geworden, zum Teil, weil es den lokalen Aktienmärkten an Tiefe mangelt und sie bereits von

Banktiteln dominiert werden. Selbst wenn staatliche Banken durch Kapitalspritzen gestärkt werden, besteht von seiten ausländischer Banken wenig Interesse an einem Erwerb, da die Bewertung ihrer Kreditportfolios schwierig ist, ebenso wie die Integration in ihre eigene Organisation. Die meisten ausländischen Banken ziehen es vor, neue Banken zu gründen. Das Potential für Barverkäufe an inländische Investoren ist in den Reformländern aufgrund fehlender Kapitalmärkte und mangelnder Fachkenntnisse begrenzt. Aufgrund politischer Rücksichten wurde häufig das Preissetzungs- und Verkaufsverfahren verkompliziert, insbesondere für ausländische Käufer. Die Übertragung der Eigentumsverhältnisse durch ein Couponsystem war etwas erfolgreicher. Große Anteile von fünf Banken in der Tschechischen Republik und der Slowakei wurden auf diese Art und Weise transferiert. Es hat sich für den Staat auch als schwierig erwiesen, sich glaubhaft aus der Eigentümerschaft zurückzuziehen. So wie privatisierte Banken in Chile und Mexiko, wurden in Reformländern mehrere Banken wieder vom Staat übernommen, nachdem sie in Schwierigkeiten geraten waren.



Kreditverluste, als es in Ländern mit hohem und mittlerem Einkommen üblich ist. Fast alle Reformländer besteuern die Banken kräftig, sowohl durch Gewinnsteuern als auch indirekt durch hohe Reserveverpflichtungen, die nur gering verzinst sind. In einigen Ländern sind die Banken noch immer mit quasi-fiskalischen Verpflichtungen belastet, die ihr Kapital aufzehren. Beispielsweise ist in China die Rentabilität der Staatsbanken gering, teilweise weil die Zinssätze für Kredite an Unternehmen niedriger sind als die Einlagenzinsen der Haushalte und ein großer Teil der Darlehensvergaben durch den Kreditplan vorgegeben wird. Um den Banken ein Herauswachsen aus ihren Problemen mit dubiosen Schulden zu ermöglichen, müßten die Regierungen höhere Zinsen auf die zu haltenden Mindestreserven zahlen, die quasi-fiskalischen Anforderungen an die Banken aufheben und die Kreditzinsen anheben oder liberalisieren, außerdem sollten die Banken zu einer realistischeren Vorsorge für Kreditverluste ermutigt werden.

#### *Frühzeitig wenigstens einige seriöse Banken etablieren*

Geringes Vertrauen in den finanziellen Sektor und eine umfangreiche Schattenwirtschaft, diese Kombination hat dazu geführt, daß Bargeld einen großen Anteil am gesamten Geldvermögen in den MOE- und NIS-Ländern hat, selbst im Vergleich zu anderen Ländern, die ein leistungsschwaches Zahlungssystem aufweisen (vgl. Schaubild 6.1). (In China kann der hohe Bargeldanteil eher durch die Einschränkungen des Zahlungssystems erklärt werden als durch den Mangel an Vertrauen.) Zur Wiederherstellung des Vertrauens sollten die Regierungen die Etablierung einiger zuverlässiger Institutionen anstreben und versuchen, die Zahlungssysteme vor den Folgen von Bankkonkursen zu schützen. Der Neuzutritt ausländischer Banken ist ein schneller Weg, um die Qualität des Bankenwesens zu erhöhen. In Armenien zum Beispiel verspricht der Eintritt der Midland Armenia Bank das Finanzsystem beträchtlich aufzuwerten. In fast allen Reformländern wurde jedoch der Zutritt ausländischer Banken durch Regulierungen oder andere Barrieren beträchtlich erschwert. Ein anderer Ansatz, von einer Anzahl von MOE- und NIS-Ländern übernommen, besteht darin, einige ausgewählte Banken für finanzielle und technische Hilfe zu bestimmen. Dieser Ansatz signalisiert Unternehmen und Haushalten, welche Banken am ehesten ihr Vertrauen verdienen dürften (vgl. Sonderbeitrag 6.1). Ein weiterer, vor allem für die NIS-Länder gangbarer Weg ist die zwischenzeitliche Etablierung „sicherer“ Banken, möglicherweise aufbauend auf den nationalen Sparkassen. Diese Banken würden vorrangig Spareinlagen der Haushalte ansammeln und dürften nur in sichere Anlagen wie Staatsobligationen investieren oder begrenzte Kredite innerhalb des Bankensystems vergeben. Ihre Existenz kann dazu beitragen, das Vertrauen der Haushalte in das Bankensystem wiederherzustellen und es den Behörden erlauben,

die für Staatsbanken und manchmal auch andere finanzielle Institutionen geltende implizite Einlagenversicherung aufzuheben oder wenigstens zu reduzieren.

Die soeben erläuterten Maßnahmen wären nützlich und weit weniger kostspielig als umfangreiche formale Einlagensicherungen. Einlagensicherungen werden oft aus zwei Gründen vorgeschlagen: einmal, um das Risiko zu begrenzen, daß sich der Konkurs einer einzelnen Bank auf das gesamte Zahlungssystem auswirkt, und zum anderen, um das Vertrauen der Haushalte zu erhöhen. Die Erfahrung zeigt jedoch, daß die Einlagensicherung nicht von entscheidender Bedeutung für die Eindämmung der Ansteckungseffekte von Bankkonkursen ist. Insbesondere, wenn die Bankenaufsicht schwach ausgeprägt ist, werden Banken und andere Investoren selbst – oft besser als Regulierungsinstanzen – zwischen insolventen Banken und solchen mit temporären Liquiditätsproblemen unterscheiden. Im Gegensatz dazu kann die Versicherung von Einlagen zu ausgeprägten „Moral-hazard“-Problemen führen, weil die versicherten Banken in die Lage versetzt werden, Mittel zu geringen Kosten anzuziehen, ungeachtet des Risikos ihrer Kredite. Das Debakel der U.S.-amerikanischen Spar- und Darlehenskassen, das zu Verlusten in Höhe von mehr als 100 Milliarden Dollar führte, wurde hauptsächlich durch eine großzügige Einlagensicherung in Verbindung mit laxer Kontrolle verursacht. Bei Banken, die sich strengen Auswahlkriterien unterwerfen, mögen sich Politiker für die Einführung einer maßvollen Form der Einlagensicherung entscheiden, um das Vertrauen der Einleger zu stärken. Jedes dieser Systeme müßte jedoch mit einer stark verbesserten Bankenaufsicht einhergehen, die die Macht hat, bei schwachen Banken zu intervenieren, um dem „Moral-hazard“-Problem zu begegnen.

Wenn die Haushalte Zugang zu seriösen Banken haben, dann machen die Bedingungen in vielen Reformländern das liberalere Universal-Bankenmodell, wie es im kontinentalen Westeuropa verbreitet ist, attraktiver als das U.S.-amerikanische Trennsystem von Geschäfts- und Investitionsbanken. Wenn den Banken erlaubt ist (innerhalb vernünftiger Grenzen), Anteile an Unternehmen zu besitzen sowie sich in einer Vielzahl von finanziellen Aktivitäten zu engagieren (einschließlich beispielsweise des Wertpapierhandels und Versicherungen), so werden die Vorteile der Banken bei der Sammlung und Analyse finanzieller Informationen genutzt, die in dem durch hohe Risiken und begrenzte Informationen gekennzeichneten Umfeld vieler Reformländer sehr gefragt sind. Dem bankorientierten Finanzsystem Deutschlands und Japans wird nachgesagt, daß es zu einer besseren Kontrolle von Unternehmen geführt habe.

Tatsächlich haben die meisten Reformländer für die eine oder andere Variante eines Universalbankenmodells votiert. Dieses Modell birgt jedoch auch Risiken, insbesondere im Hinblick auf die allgemein laxen Bankenaufsicht in Reform-

ländern. In der Tschechischen Republik und Rußland beispielsweise können die mannigfaltigen Verflechtungen zwischen Banken, Investmentfonds und Unternehmen Interessenkonflikte aufwerfen. Es ist absolut notwendig, strikte Richtlinien, die die individuellen Investitionen auf einen bestimmten Prozentsatz des Vermögens oder des Eigenkapitals beschränken, und Publikationspflichten für Banken sowie gemischt finanz-industrielle Gruppen zu erlassen. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf Darlehen an Manager und verbundene Unternehmen. Zusätzlich müssen einige Aktivitäten getrennt kapitalisiert werden, um die Einleger zu schützen.

### **... und wo die Regierungen sich heraushalten sollten**

In einigen Reformländern intervenieren die Regierungen immer noch im Finanzsektor, um Ressourcen umzuleiten,

üblicherweise in unrentable Unternehmen oder Sektoren. In Weißrußland zum Beispiel wurden die sechs größten Geschäftsbanken durch Präsidentenerlaß unter staatliche Kontrolle gestellt, und die Arbeitsweise der Zentralbank wird jetzt von einem Komitee unter Vorsitz des Premierministers überwacht. In anderen Ländern werden Unternehmen und Ministerien angewiesen, Einlagen in leistungsschwachen Banken zu unterhalten. Systeme, in denen der Staat Kredite in bestimmte Sektoren lenkt, sind in vielen Reformländern vorgeschlagen worden. Diese Art von administrativen Maßnahmen und Druck behindert die Entwicklung eines leistungstarken, marktwirtschaftlichen Finanzsystems. Sie schwächen solidere Banken, untergraben die effiziente Funktionsweise des Finanzsystems und vermindern die Glaubwürdigkeit der Regulierung im Finanzbereich. Zum Beispiel wird der Kreditplan in China zunehmend umgan-

### **Sonderbeitrag 6.4 Chinas neue spezialisierte staatliche Geschäftsbanken (policy banks)**

In China wurde ein großer Teil der Kredite von der Regierung gelenkt und orientierte sich weniger an kommerziellen Bedürfnissen. Für die Kreditvergabe waren vier nach Sektoren spezialisierte Banken zuständig. Im Rahmen der Reformen seines Finanzsektors entschloß sich China, die Banken von dieser Verpflichtung zum politisch motivierten Handeln zu befreien und es ihnen zu überlassen, sich selbst in echte Geschäftsbanken umzuwandeln. Um dieses Verfahren zu erleichtern, wurden im Jahre 1994 drei neue Banken für unterschiedliche Politikbereiche gegründet. Die Staatliche Entwicklungsbank gibt Kredite für Infrastrukturprojekte und ist für die Entwicklung von Schlüsselindustrien zuständig. Die Landwirtschaftliche Entwicklungsbank finanziert den Kauf von Saatgut sowie Lebensmittelreserven und vergibt Kredite zur Linderung der Armut und zur Verbesserung der ländlichen Infrastruktur. Die Export- und Importbank konzentriert ihre Unterstützung auf Exporte von Maschinen und Elektronikprodukten, hauptsächlich durch Lieferantenkredite. Die Kapitalausstattung der Banken besteht aus einer Kombination von Anleihen (die auf administrativem Wege bei Geschäftsbanken plziert werden), Beiträgen aus dem Staatshaushalt und Krediten der Zentralbank. Die Aktivitäten der drei Banken sind bereits beachtlich: Es wird vermutet, daß alle bank-finanzierten Investitionen des Staates über sie laufen, und ihre gesamte Darlehenssumme wird auf etwa 9 Prozent aller Investitionen bzw. auf 3 Prozent des BIP des Jahres 1995 geschätzt.

Die neuen Banken haben den spezialisierten Banken eine Last der politisch motivierten Darlehensvergabe abgenommen. Dieser Schritt macht auch die Kosten der

Subventionierung einer solchen Darlehenspolitik besser deutlich. Zudem können hierdurch Effizienzgewinne beim Management öffentlicher Investitionen erzielt werden, vorausgesetzt, professionelles Banking kommt zur Anwendung. Die Signale sind jedoch unterschiedlich: Die meisten Mitarbeiter der neuen Banken kommen von der Planungskommission oder untergeordneten Organisationen; andererseits hat die Staatliche Entwicklungsbank im Jahre 1994 immerhin die Finanzierung von etwa 10 Prozent der beantragten Projekte abgelehnt.

Die neuen staatlichen Geschäftsbanken spiegeln jedoch nur einen Aspekt der politisch motivierten Kreditvergabe wider. Die chinesische Regierung setzt viele Zinssätze mehr nach industriellen oder allgemeineren politischen Zielen fest als nach kommerziellen Gesichtspunkten, und die Geschäftsbanken sind immer noch verpflichtet, die Kredite zu vergeben. Mehr noch, die größte Belastung der Geschäftsbanken stellen Kredite für das Betriebskapital zur Abdeckung der Verluste öffentlicher Unternehmen dar. Die neuen Banken haben damit nichts zu tun, und noch gibt es keine Anzeichen dafür, daß diese Kredite auf den ohnehin schon stark belasteten Staatshaushalt übertragen werden. Die Gründung der neuen Banken bedeutet demnach nur einen Schritt in Richtung einer umfassenden Reform von Chinas Finanzsektor. Rigoros angewendet, könnte es sich als bedeutsamer Schritt herausstellen. Auf der anderen Seite könnten die neuen staatlichen Geschäftsbanken sich auch leicht als ein weiterer verlängerter Arm der Regierung entpuppen, und zwar einer, der die Segmentation der Märkte fortsetzt und die Rolle der Planung verlängert.

gen; dies hat der Profitgier neue Wege eröffnet und auch nicht dem Bankensektor angehörende Finanzinstitute begünstigt, die von den niedrigen, kontrollierten Zinssätzen profitieren. Jegliche staatliche finanzielle Unterstützung für private und privatisierte Firmen sollte auf kommerziellen Prinzipien beruhen und den Aufbau von Institutionen im finanziellen Sektor durch technische Hilfe und Trainingsprogramme fördern, nicht behindern.

#### *Das Staatseigentum begrenzen*

Werden Banken, die auf die Finanzierung bestimmter Sektoren oder Aktivitäten spezialisiert sind, weiterhin im Staatsbesitz gehalten, so ist damit das Risiko verbunden, die überkommene mangelhafte Ressourcenallokation der zentralen Planwirtschaft weiterzuführen. Spezialbanken sind in vielen Ländern verschwunden. Staatseigene Entwicklungsbanken haben im allgemeinen schlechte Ergebnisse aufzuweisen, und es kann nicht erwartet werden, daß sie in dem instabilen Umfeld der meisten Reformländer besser funktionieren. Staatsbanken waren dort erfolgreich, wo die Kreditgrundsätze eng umrissen waren. Die staatseigenen finanziellen Institutionen in Japan arbeiten zum Beispiel mit genau geplanten und konzentrierten Kreditprogrammen von relativ begrenzter Dauer. Es bleibt abzuwarten, ob die neue Bankenpolitik in China, die versucht, gelenkte Kredite für Infrastrukturprojekte mit kommerziellen Darlehen zu verbinden, gleichermaßen erfolgreich sein wird (Sonderbeitrag 6.4).

#### *Landwirtschafts- und Wohnungsbaufinanzierung: Sollte der Staat die institutionelle Lücke schließen?*

Die meisten Regierungen sehen sich einem starken Druck ausgesetzt, Kredite für die Landwirtschaft zur Verfügung zu stellen, die in den meisten Reformländern, insbesondere in den NIS-Staaten, in der Krise steckt. Landwirtschaftsbanken sind, wie die meisten spezialisierten Banken, illiquide und oft bankrott; aus dem Reformprozeß dürften sie stark geschrumpft hervorgehen – wenn sie überhaupt überleben. Neue Banken vermeiden es im allgemeinen, im Landwirtschaftssektor tätig zu werden, denn die Risiken sind hoch, die Rentabilität niedrig, Kreditvorgeschichten sind kurz oder fehlen ganz, der Landbesitz ist mangelhaft registriert und schwierig als Sicherheit im Kreditgeschäft zu verwenden. Einige Länder, darunter Kroatien und Polen, haben Fortschritte in Richtung auf ein gesetzliches Rahmenwerk gemacht, das es gestattet, andere landwirtschaftliche Vermögensbestände wie Vorräte und Ausrüstungen als Sicherheiten für Darlehen zu nutzen; dies sind jedoch noch Ausnahmen (vgl. Sonderbeitrag 5.1). Außerdem sind Bauern im allgemeinen fleißige Sparer, so daß ländliche Gebiete Zugangsmöglichkeiten sowohl zu verlässlichen und konkurrenzfähigen Sparformen als auch zu Geschäftskrediten benötigen.

Die Schaffung kooperativer Finanzinstitute, in einigen Fällen aus den Überbleibseln der Landwirtschaftsbank, kann ein konstruktiver Ansatz für eine sich selbst tragende ländliche Finanzierung sein. Kreditkooperativen – die in China, Ungarn und Vietnam bereits existieren – haben viele Stärken: die aktive gegenseitige Kontrolle von Darlehensnehmern, enge Verbindungen zu den Kunden sowie die Betonung der Mobilisierung von Ersparnissen. Hängen diese Kooperativen jedoch vom Staat als Finanzierungsquelle ab, können diese Vorteile unterlaufen werden. Moderate anfängliche Finanzspritzen aus Budgetmitteln können die Kapitalausstattung der neuen Institute unterstützen, die Hauptziele müssen jedoch, wie bei anderen Finanzintermediären auch, in der Förderung der Selbsthilfe und der langfristigen Entwicklung gesunder Institutionen liegen. Eine zeitweilige Lösung könnte der in Lettland verwendete Ansatz bieten, wo eine eigens gegründete Institution nach den Prinzipien einer Geschäftsbank arbeitet und nach einer begrenzten Lebensdauer aufgelöst oder mit einer Geschäftsbank verschmolzen wird. Alternativ dazu kann auch eine Finanzierung des Betriebsvermögens zur Kapitalisierung einer kooperativen Darlehensstruktur verwendet werden: In Kirgisistan wird zum Beispiel eine finanzielle Überbrückungshilfe für Betriebskapital den Farmkooperativen zugänglich gemacht. In anderen Teilen der Welt bieten kommerzielle Lieferanten von Vorprodukten und Anbieter von Marketingleistungen den Farmern Kredite an. Diese Institutionen können im allgemeinen die mit einzelnen Bauern verbundenen Kreditrisiken genauso gut bewerten wie Banken – wenn nicht besser. Am Anfang wird einige Überredung dieser Kreditanbieter nötig sein, wenn sie in derartige Märkte einsteigen sollen: Die Moldawische Regierung bietet zum Beispiel eine Versicherung gegen bestimmte politische Veränderungen an, die die Rückzahlung negativ beeinflussen würden, um ausländische Lieferfirmen zu ermutigen, Vorprodukte auf Kredit zu liefern.

Der Wohnungsbau ist in vielen Reformländern drastisch zurückgegangen, teilweise wegen fehlender Mittel. In den meisten Ländern ist die Finanzierung des Wohnungsbaus durch geringe Ersparnisse und ein unzureichendes institutionelles Rahmenwerk eingeschränkt. Manchmal hat auch der unfaire Wettbewerb durch staatseigene Banken die Entwicklung einer marktmäßig ausgerichteten Wohnungsbaufinanzierung verhindert. Verschiedene spezialisierte Finanzinstitute und staatlich finanzierte Programme wurden zur Ankurbelung des Wohnungsbaumarktes vorgeschlagen. Aber diese Programme gehen nicht auf die grundlegenden Beschränkungen der Wohnungsbaufinanzierung in vielen Ländern ein: das dürftige gesetzliche Umfeld für Hypotheken, kontrollierte Mieten, die abschreckend auf Wohneigentum wirken, das Fehlen institutioneller Investoren sowie gesamtwirtschaftliche Instabilität und hohe Infla-

tionsraten. In der Tat könnten solche Programme die Aufmerksamkeit von den wirklich notwendigen Erfordernissen zur Entwicklung eines soliden finanziellen Systems zur Wohnungsbaufinanzierung ablenken und zugleich hohe fiskalische Kosten beinhalten.

### **Die Rolle der nicht zum Bankensektor gehörenden Finanzintermediäre**

Viele der nicht zu den Banken zählenden Finanzierungsinstitute, wie Wertpapierfonds (Investmentfonds), Risikokapitalfonds sowie Leasing- und Factoringgesellschaften, sind für die Bedürfnisse der Reformländer gut geeignet. Sie können die jetzt in vielen Reformländern verbreitete Disintermediationslücke ausfüllen. Außerdem finanzieren sie überwiegend kleine und mittlere Unternehmen, die für das Wachstum der ganzen Wirtschaft wichtig sind, und sie sind weniger auf ein gesetzliches Rahmenwerk angewiesen als andere Typen von Finanzierungsvermittlern. Wertpapier- und Risikokapitalfonds sind in Reformländern tatsächlich rasch gewachsen. Zu Beginn des Jahres 1995, nur sechs Jahre nachdem der erste Risikokapitalfonds in den mittel- und osteuropäischen Ländern gegründet wurde, gab es mehr als achtzig solcher Fonds, die Vermögenswerte in Höhe von etwa 4,4 Milliarden Dollar verwalteten. Diese Fonds haben sich für einen oder mehrere große ausländische Investoren als attraktiver Weg erwiesen, die Kapitalbedürfnisse kleiner Firmen zu befriedigen. Der Risikokapitalfonds, an dem die International Finance Corporation (IFC) beteiligt ist, hat zum Beispiel durchschnittliche Investitionen in Höhe von lediglich 500.000 Dollar pro Firma getätigt. Solche Fonds können in Reformländern besonders nützlich sein, nicht nur, weil Eigenkapital einen gewissen Schutz vor Inflation bietet, sondern auch, weil diese Fonds beträchtliche Kontrollmöglichkeiten über das Management bieten, wobei die Fondsmanager den unerfahrenen Managern dabei helfen, Wirtschaftspläne zu entwickeln und Qualitätsstandards zu verbessern. Sie sorgen auch für bessere Wirtschaftsprüfungen und bauen Kontakte zu ausländischen Firmen auf. Zum Beispiel unterstützte der Risikokapitalmanager der IFC einen ukrainischen Hersteller von Operationsbesteck, indem er die Firma mit U.S.-amerikanischer Ausrüstung versorgte und die Ausbildung organisierte, wodurch sie in die Lage versetzt wurde, die Medizinstandards der U.S.A. zu erfüllen. Anspruchsvolle Manager von Risikokapitalfonds können auch die Entwicklung lokaler Kapital- und Finanzmärkte vorantreiben.

Wie an anderer Stelle dieses Berichts erwähnt ist, bildete die Neugründung von Firmen die Antriebskraft für die Entwicklung des privaten Sektors in Reformländern. Für kleine und mittlere neue Unternehmen war es jedoch besonders schwierig, externes Kapital anzulocken. Vor diesem Hintergrund bietet das Leasing – von Maschinen oder Kraftfahrzeugen – viele Vorteile im Vergleich zu traditionellen Bank-

kredit, nicht zuletzt weil es selbst dann gut funktionieren kann, wenn die Regulierungen im Bereich der Sicherheiten noch wenig greifen. In Rumänien wurde das existierende Zivilrecht, obwohl bereits hundert Jahre alt, benutzt, um wasserdichte Leasingverträge zu ermöglichen. So können Leasingfirmen auch ohne ein spezielles Leasinggesetz effizient arbeiten. Außerdem ist es im allgemeinen leichter, den Wert eines geleasteten Vermögensobjektes abzuschätzen als das Kreditrisiko einer Firma, insbesondere wenn diese nur eine kurze Kreditgeschichte hat. So ist es vielleicht nicht überraschend, daß in den Reformländern ein großer Teil der neuen Investitionen durch Leasing finanziert worden ist: im Fall von Slowenien fast ein Drittel und etwa ein Sechstel in einigen anderen Ländern. Da der größte Teil der Leasingobjekte kleineren Unternehmen überlassen wurde, war der durchschnittliche Wert der Leasingobjekte auch eher niedrig. In Slowenien zum Beispiel haben die von einem Unternehmen, an dem die IFC beteiligt ist, verleasteten Vermögensobjekte, einen durchschnittlichen Wert von 13.000 Dollar. Leasing hat auch die Entwicklung anderer Finanzierungsformen ergänzt, einschließlich der Märkte für festverzinsliche Wertpapiere und Commercial Paper, genauso wie es eine allgemeine Verbesserung vorhandener regulatorischer und gesetzlicher Rahmenwerke für Kreditgeschäfte unterstützt hat. Die Entwicklung anderer, nicht zum Bankensektor gehöriger Finanzinstitutionen, wie Versicherungsunternehmen, wird langsamer vorangetrieben, mit der Zeit können sie aber ebenfalls eine große Bedeutung im Rahmen der Vermittlung von Ersparnissen erlangen. Die Entwicklung dieser Institutionen erfordert jedoch weitere Verbesserungen in den gesetzlichen Bestimmungen der Länder, insbesondere im Bereich der Eigentumsrechte und Vertragsgesetze (vgl. Kapitel 5).

### **Die Entwicklung von Kapitalmärkten**

Kapitalmärkte sind im Grunde genommen leicht zu definieren und fast ebenso leicht zu schaffen. In einem gewissen Sinn existieren Kapitalmärkte überall dort, wo finanzielles Vermögen – Gutscheine (Privatisierungscoupons), Aktien oder Wertpapiere – den Besitzer wechseln, sei es an einer formalen Wertpapierbörse, durch ein weniger strukturiertes, aber etabliertes Medium wie den Freiverkehr (over-the-counter-Markt), oder informell zwischen einem beliebigen Käufer und Verkäufer. Wie bei so vielen der in diesem Teil des Berichts beschriebenen Institutionen liegt das Problem jedoch nicht darin, Kapitalmärkte ins Leben zu rufen, sondern sie so zu pflegen, daß sie eine unterstützende Rolle im umfassenderen Reformprozeß spielen. Die Kapitalmärkte, insbesondere die eines eher formalen Typs, haben die primäre Aufgabe, die Reallokation von Eigentumsrechten zu erleichtern. Zudem sind Kapitalmärkte vor allem nach einer anfänglichen Verteilung von Privatisierungscoupons und Aktienanteilen im Rahmen eines umfassenden Privatisie-

rungs-Programms notwendig, aber auch beim Verkauf von Staatsvermögen durch direkte Angebote von Anteilen. Einige der Standardvorteile von Kapitalmärkten in einer Marktwirtschaft können für Übergangsländer noch wichtiger sein: Kapitalmärkte verbessern die Führung von Kapitalgesellschaften durch eine Überwachung der Manager und den aktiven Handel mit Anteilen; sie gestatten Regierungen in Finanznöten, Schuldverschreibungen auszugeben und Unternehmen, Anteile und Obligationen anzubieten; und sie unterstützen langfristige Finanzierungen im Wohnungsbau sowie Renten- und Pensionsreformen. Aber selbst gesunde Kapitalmärkte sind nicht autark; sie benötigen in hohem Maße gut funktionierende Banken, die Zahlungen ausführen und als Vermögensverwalter handeln, sowie Geldmärkte, die Eckwerte für die Preissetzung von Wertpapieren liefern. An beiden mangelt es in vielen Reformländern jedoch erheblich. Außerdem sind die Eigentumsrechte oft nur notdürftig definiert, es herrscht ein Mangel an den erforderlichen Marktqualifikationen und Erfahrungen, und der Schutz von Minderheitsaktionären ist stark eingeschränkt (vgl. Kapitel 3 und 5).

Es ist nicht besonders schwierig, einen Wertpapierhandel in der eher formalen, zentralisierten Form einzurichten. Mindestens neunzehn Reformökonomien haben dies getan. Und fast alle MOE-Länder, einige der NIS-Staaten sowie China und Vietnam haben bereits unterstützende, umfassende Wertpapiergesetze übernommen (oder sind im Begriff, es zu tun). Aber sowohl die Kapitalisierung der Märkte als auch die Aktienumsätze waren auf diesen formalen Märkten, gemessen an den Standards von Industrieländern und Entwicklungsländern, eher niedrig (Abbildung 6.2). Dementsprechend haben diese neuen Märkte nur begrenzte Finanzierungsmittel bereitgestellt. In den MOE- und NIS-Ländern waren nur die besten Unternehmen in der Lage, Finanzierungsmittel irgendeiner Art zu beschaffen, insgesamt lag dieser Betrag zwischen 1991 und 1995 bei weniger als einer Milliarde Dollar. In China war das Angebot neuer Aktien vergleichsweise hoch, es belief sich allein im Jahr 1993 auf mehr als eine Milliarde Dollar. Sie machen jedoch nur einen kleinen Anteil der gesamten Unternehmensinvestitionen aus. In Rußland und in der Tschechischen Republik werden die Kapitalmärkte – einschließlich der informellen Märkte – im wesentlichen zum Aufbau kontrollierender Beteiligungen genutzt, die dann von den Investoren meistens auch gehalten werden; die Umsätze auf den Kapitalmärkten sind entsprechend gering. Nur in sehr wenigen Ländern gab es einen aktiven Aktienhandel, mit einem disziplinierenden Effekt auf die Manager.

Kapitalmärkte in Reformländern ins Leben zu rufen bedeutet sowohl eine Vergrößerung des Angebots an Wertpapieren und natürlich der Nachfrage nach diesen, als auch die Verbesserung des institutionellen Hintergrundes für Transaktionen. Auf der Angebotsseite haben sich Märkte für An-

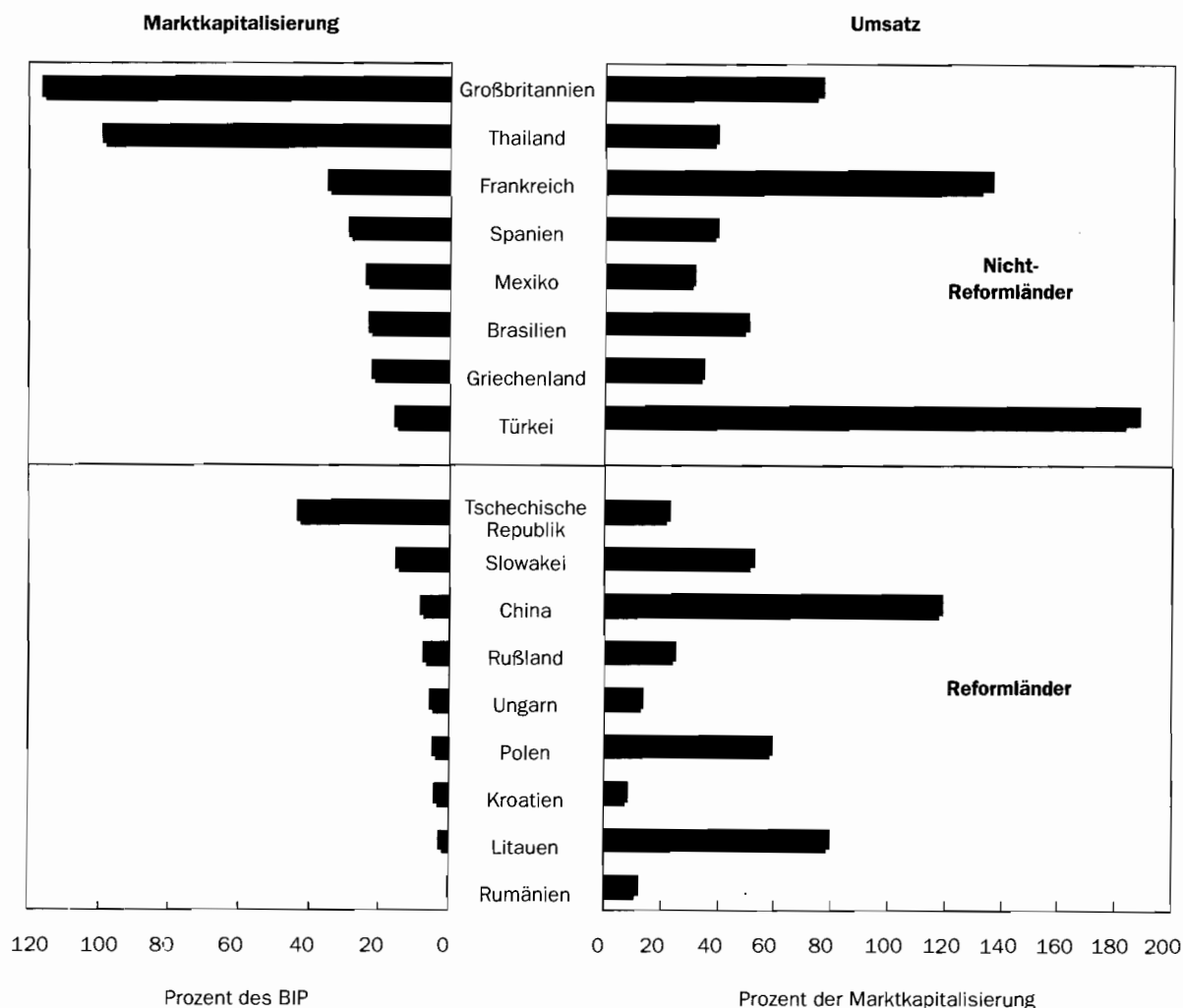
leihen entwickelt, die häufig den Aktienmärkten vorausgehen, weil Regierungen eine nichtinflationäre Finanzierungsquelle benötigten. In ähnlicher Weise war in Entwicklungsländern, die eine rasche Privatisierung betrieben, ein viel schnelleres Wachstum des auf den Aktienmärkten gehaltenen Kapitals zu beobachten als in denen, wo die Privatisierung nur langsam vonstatten ging. Dies trifft auch für die Reformländer zu: Die Kapitalbildung der Aktienmärkte im Verhältnis zum BSP ist in Massenprivatisierungsländern wie Rußland, der Tschechischen Republik und der Slowakei größer (siehe Abbildung 6.2). Jedoch waren die Handelsaktivitäten sowie die einzelnen Aktienpreise in Ländern, die Privatisierungen in großem Stil durchgeführt haben, generell viel niedriger als in anderen Ländern, hauptsächlich aufgrund geringer Nachfrage und schwacher Institutionen. China mit seiner begrenzten Privatisierung bildet eine bemerkenswerte Ausnahme, mit hohen, zum Teil spekulativen Umsätzen.

Die Ankurbelung des Wertpapierhandels und der inländischen Nachfrage nach Wertpapieren erfordert sowohl eine stabile Wirtschaftspolitik zur Erhöhung der Ersparnisse, als auch die Herausbildung institutioneller Investoren wie privater Pensionsfonds (vgl. Kapitel 4) und Versicherungsgesellschaften. Die Politiker müßten auch den Schutz von Gläubigern und Investoren, insbesondere Minderheitsaktionären, verbessern, sowie Betrug und andere Formen von Wirtschaftskriminalität hart bestrafen. Verschärfte Publikationserfordernisse könnten die Entwicklung der Kapitalmärkte beschleunigen, so wie die Veröffentlichungsvorschriften des Companies Act im Jahr 1900 Märkte in Großbritannien förderte. Obwohl viele Reformländer bedeutsame Fortschritte beim Erlaß moderner Wertpapiergesetze gemacht haben, waren nur wenige darin erfolgreich, diese Gesetze auch effektiv durchzusetzen, weil Aufsichtsbehörden häufig immer noch fehlen. Es gab viele Fälle von offenkundigem Betrug, so wie der Caritas-Fall in Rumänien. Und vielen Reformländern fehlt es immer noch an effizienten Rahmenbedingungen für den Handel und an unterstützenden Finanzdiensten.

Bei der Entwicklung und Verbesserung von Regelungen und Institutionen müssen die Länder ein Gleichgewicht finden zwischen einem Ansatz, der von oben nach unten verläuft, und wo die Regierung die Initiative ergreift, sowie einem, der unten beginnt, und bei dem Angebot und Nachfrage Druck ausüben, um die für die Länder adäquaten Marktformen sowie Regeln und Institutionen zu entwickeln. Von oben nach unten verlaufende Strategien können höhere Standards erzielen, riskieren aber eine Überregulierung und könnten die wahren Bedürfnisse der Märkte verfehlen. In einigen MOE-Ländern sind die Standards zum Beispiel relativ hoch, aktiv gehandelt werden aber nur Staatsanleihen sowie einige Dutzend Aktien. Dies ist insbesondere dann wahrscheinlich, wenn die Infrastruktur ent-

*In den meisten Reformländern sind die Aktienmärkte weiterhin nur klein und nicht sehr liquide.*

**Schaubild 6.2** Marktkapitalisierung und Umsätze auf Aktienmärkten in ausgewählten Ländern



Anmerkung: Die Kapitalisierung ist der Marktwert der Ende 1995 umlaufenden Aktien. Der Umsatz gibt den Marktwert der im Laufe des Jahres 1995 gehandelten Aktien an. Einige Länder, in denen die Börsen erst seit kurzem arbeiten, sind nicht aufgeführt, da keine vollständigen Daten verfügbar sind. In den Daten sind nicht alle Börsengeschäfte oder im Freiverkehr gehandelten Wertpapiere enthalten, und es wurden nur die liquidesten Titel aufgenommen. Quelle: International Finance Corporation-Daten und Schätzungen der Weltbank.

wickelt wird, lange bevor Nachfrage oder Angebot auftritt. Zum Beispiel erließ Albanien gut durchdachte Kapitalmarktgesetze, aber seine Kapitalmärkte funktionieren noch nicht, weil solide Banken, institutionelle Investoren, funktionierende Gerichte, qualifizierte Anwälte sowie

eine personell gut ausgestattete Regulierungskommission fehlen. Von oben nach unten zielende Strategien sind vor allem deshalb problematisch, weil in den meisten Ländern rasche Veränderungen im Management von Unternehmen erfolgen müssen – durch umfangreiche Privatisierungen



und andere Programme – und dieser Prozeß durch eine Überregulierung verlangsamt werden kann.

Eine von unten nach oben verlaufende Strategie kann Vorteile haben. Erfahrungen in Reformländern und anderswo zeigen, daß tendenziell effizientere Regeln und Institutionen entstehen, wenn sie sich im Gleichschritt mit Nachfrage und Angebot entwickeln, anstatt hinterherzuhinken oder gar voranzugehen. Es gibt auch Anzeichen dafür, daß Marktteilnehmer, die ihre eigenen Interessen schützen wollen, zu einer Selbstregulierung durch gegenseitige Überwachung finden, insbesondere wenn sie einen umfangreichen Handel betreiben. In Rußland wurde ein System für den Freihandel in Aktien entwickelt, und Regeln zur Überwachung dieses Handels wurden eingeführt, weil die Händler feststellten, daß die Verbreitung von Informationen und die Einigung auf gemeinsame Standards in ihrem eigenen Interesse lagen. Auch die von unten nach oben zielende Strategie erfordert eine unterstützende Rolle des Staates, vor allem bei der Förderung der notwendigen Institutionen und bei der Überprüfung der Spielregeln, sie birgt aber nicht das Risiko, daß ein neu entstehender Markt unterdrückt wird. China bietet ein Beispiel für eine von unten nach oben verlaufende Regulierungsentwicklung: Das Aufkommen regionaler Handelsplätze veranlaßte regionale Aufsichtsbehörden, zunächst ihre eigenen Regeln zu formulieren, die dann später in ein alles umspannendes nationales Regulierungsrahmenwerk eingingen.

Nachfrage aus dem Ausland kann eine wertvolle Hilfe bieten, um die Standards zu heben und das Vertrauen zu fördern. Ausländische Anleger fördern Verbesserungen der Infrastruktur, weil sie eine gute Vermögensverwaltung sowie qualifizierte Treuhänder, Wirtschaftsprüfer und Bankzahlungssysteme erwarten – all jene treuhänderischen Funktionen, die in vielen Reformländern fehlen. Zum Beispiel erwarb eine britische Gesellschaft 20 Prozent der Anteile einer Aluminiumfirma in Rußland, doch die Anteilseigentümerschaft wurde später durch das Firmenmanagement annulliert. Der daraufhin erfolgte internationale Aufschrei warf ein deutliches Licht auf die Defizite des russischen Regulierungsprozesses und führte zu Forderungen nach Registrierungsvereinfachungen für Dritte und zur Etablierung einer nationalen Registrierungsgesellschaft. Ein Gemeinschaftsunternehmen zwischen russischen und einer Anzahl ausländischer Institutionen (die International Finance Corporation, die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung und die Bank of New York) führt jetzt treuhänderisch Anteilsvereinbarungen durch, was Kaufgeschäfte wesentlich leichter und attraktiver macht. Die Entwicklung von Kapitalmärkten kann auch durch „Demonstrationsprojekte“ beschleunigt werden, wie zum Beispiel Wertpapier- oder Risikokapitalfonds.

Beim Transfer und der anfänglichen Reallokation von Gesellschaftseigentum (Privatisierungscoupons und Antei-

le) haben Kapitalmärkte in ihren verschiedenen Ausprägungen eine bedeutende Rolle gespielt, insbesondere in Ländern, in denen Privatisierungen großen Stils vorgenommen wurden. Einzelne Anteilseigner (einschließlich der Insider) haben ihre Anteile, häufig auf informellen Märkten, verkauft, und strategische Investoren strebten eine Mehrheitsbeteiligung mit Kontrollfunktion an. Für einen derartigen Prozeß gibt es historische Präzedenzfälle. Im Nachkriegs-Japan verschob sich die Eigentümerstruktur bei Körperschaften rasch weg von einer breitgestreuten Verteilung unter Individuen und hin zu einer Konzentration bei Institutionen mit umfangreichen Quer-Beteiligungen. Die zunehmende Eigentumskonzentration führt jedoch zu Illiquidität, insbesondere auf formalen Märkten. In vielen Transformationsländern mit Programmen zur Massenprivatisierung haben Investoren nach der ersten Handelsrunde ihre Beteiligungen behalten. Häufig werden ganze Blöcke von Anteilen außerhalb der offiziellen Börsen gehandelt – dies ist der Fall bei 80 bis 90 Prozent der gehandelten Aktien in der Tschechischen Republik –, da Investoren versuchen, kontrollierende Beteiligungen aufzubauen. In anderen Ländern ist ein ähnlicher trade-off zwischen Eigentumskonzentration und Liquidität der Märkte zu beobachten. Zieht man den Mangel an solider Führung der Gesellschaften sowie die geringen Qualifikationen im Finanzsektor in Betracht, so ist eine Konzentration aufstehender Eigentümer (in Verbindung mit einer Überwachung durch Banken) in den meisten Reformländern durchaus von Vorteil. Zumindest kurzfristig ist dies wahrscheinlich hochliquiden und spekulativen Kapitalmärkten vorzuziehen, die das Management kaum oder gar nicht disziplinieren (vgl. Kapitel 3).

### Was bleibt zu tun?

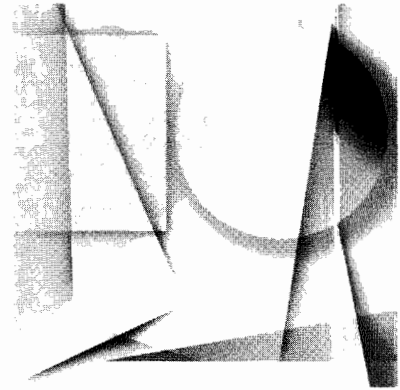
Alle Reformländer sehen sich bei der Bildung eines starken, aktiven Finanzsystems ähnlichen Hindernissen gegenüber, aber sie haben sie auf verschiedenen Wegen angegangen. Eine Lektion der vergangenen Jahre besteht darin, daß es weniger effizient sein kann, die existierenden Banken zu reformieren, als auf dezentrale Weise Institutionen aufzubauen, was Neugründungen fördert. Die beste Strategie zu einer Bankenreform mag für viele Länder, insbesondere die weniger fortgeschrittenen, darin bestehen, die Aktivitäten der staatlichen Banken einzuschränken, während ein neues oder paralleles privates Bankensystem entsteht. Die übernommenen Schwächen des Finanzsystems und die Art und Weise, wie diese sich während der Transformation auswirken, verlangen aber nach einer Reihe klar definierter ergänzender Reformen, gleichgültig, welche Strategie die Regierungen verfolgen. Außerdem sollten die Regierungen aller Reformländer anstreben, ihre direkte und indirekte Rolle bei der Allokation von Ressourcen zu minimieren. Häufig wurde insbesondere durch verfrühte staatliche Hilfsaktio-

nen (bail out) die Glaubwürdigkeit von Reformen untergraben. Der Staat sollte statt dessen die Banken zu mehr Selbstständigkeit bei der Bildung von Kapital ermutigen – zum Beispiel durch großzügigere Abschreibungsregelungen bei Kreditverlusten – und das allgemeine Rahmenwerk für die Eintreibung von Schulden verbessern.

Eine beschleunigte Entwicklung der nicht zum Bankensektor gehörenden Finanzinstitutionen – ein wesentlicher Bestandteil eines jeden Finanzsystems – ist in allen Reformökonomien wichtig, weil solche Institute häufig gerade die kleinen, dynamischen neuen Unternehmen finanzieren, die

von zentraler Bedeutung für das wirtschaftliche Wachstum sind. Kapitalmärkte sind von grundlegender Bedeutung für die Beschaffung von Finanzmitteln und die Verbesserung des Unternehmensmanagements, und hier könnten es die Reformländer vorziehen, bei der Entwicklung eines unterstützenden institutionellen Rahmenwerks auf den Druck von Angebot und Nachfrage zu vertrauen. Auf lange Sicht, das zeigen auch die Erfahrungen anderer Länder, ergänzen sich Banken, Kapitalmärkte und andere Finanzvermittler gegenseitig; und sie alle haben einen positiven Einfluß auf Entwicklung und Wachstum.

# Für einen besseren und schlankeren Staat



**D**er Übergang vom Plan zum Markt verlangt nach einer umfassenden Erneuerung der Regierung. Der Staat muß aufhören, viele Dinge schlecht zu machen und damit beginnen, eine kleinere Zahl zentraler Aufgaben gut zu erfüllen. Das bedeutet, der Staat muß schrumpfen und zugleich seine Natur ändern. Er ist nicht länger die wichtigste ökonomische Instanz in den meisten Bereichen, sondern er muß vielmehr die privaten Aktivitäten erleichtern. In diesem Kapitel treten die vielen Anforderungen an den Staat im Transformationsprozeß in den Hintergrund – die Bereiche ökonomischer und institutioneller Reformen, die in anderen Kapiteln beschrieben wurden –, vielmehr werden in diesem Kapitel die fundamentalen Fragen der Rolle des Staates selbst innerhalb einer Volkswirtschaft analysiert, und wie diese sich während des Übergangs entwickeln sollte. Es wird ferner untersucht, wie die Erneuerung des Staates in der Praxis erfolgen sollte, wobei die Notwendigkeit der Überholung und Überprüfung aller Aspekte der öffentlichen Finanzen im Mittelpunkt steht. In den meisten Transformationsländern haben die Reformen Macht und Einkünfte vom Staat abgezogen. Die große Herausforderung für fast alle Länder besteht darin, weiterhin einen – wenn auch geschrumpften – Staat ohne inflationäre Geldschöpfung oder Überschuldung zu finanzieren und dabei gleichzeitig ihre Ausgabenprioritäten neu zu ordnen. Den Staatshaushalt in Ordnung zu bringen – eine strengere Ausgabenkontrolle, eine bessere Haushaltsführung und eine solide Finanzverwaltung zu erreichen, während die fiskalischen Beziehungen zwischen verschiedenen Regierungsebenen reformiert werden –, das ist das oberste Ziel sowohl für fortgeschrittene wie für zurückgebliebene Reformer.

## Den Staat fundamental verändern

Wähler und Politiker in aller Welt stellen zunehmend die Frage, wozu Regierungen gut sind, und ob deren Aufgaben nicht besser von Privaten übernommen werden könnten. In Reformländern ist diese Aufgabe einer Umgestaltung des Staates dringender und gleichzeitig entmutigender. Zuerst muß die Rolle des Staates bei der Produktion und Verteilung von Gütern und Dienstleistungen drastisch eingeschränkt werden. Die öffentliche Bereitstellung muß eher zur Ausnahme werden und darf nicht die Regel bleiben. Staatliche Intervention ist nur bei Marktversagen gerechtfertigt – in solchen Bereichen wie Verteidigung, Grundschulbildung, Landstraßen und einem Teil der Sozialversicherung – und dann nur in dem Maß, wie die Marktergebnisse verbessert werden. Zweitens muß die Regierung davon absehen, die privaten Geschäftsaktivitäten zu beschränken und direkt zu kontrollieren. Darüber hinaus sollte sie sich aus ihrer engen Verflechtung mit dem Finanzsektor lösen und statt dessen darauf konzentrieren, die gesamtwirtschaftliche Stabilität zu fördern und ein gesetzliches und institutionelles Umfeld zu schaffen, das die Entwicklung und den Wettbewerb innerhalb des privaten Sektors unterstützt (Kapitel 2, 5 und 6). Schließlich sollte die Regierung die Eigenverantwortung für Einkommen und Wohlfahrt fördern, anstatt großzügige Garantien zur Sicherung eines adäquaten Lebensstandards für alle vorzusehen. Die soziale Absicherung ist eine Schlüsselfunktion des Staatssektors in allen Staaten, in einer Marktwirtschaft sollte sie jedoch – zumindest prinzipiell – hauptsächlich auf jene verwundbaren Gruppen ausgerichtet sein, die ihrer am meisten bedürfen (Kapitel 4).

Diese Verschiebungen orientieren sich an der Mischung aus privaten und öffentlichen Aktivitäten in einer stilisierten Marktwirtschaft. Sie bilden ein allgemeines Rahmenwerk – keinen starren Plan – für die veränderte Rolle des Staates während des Übergangs. Zu entscheiden, wann genau ein Marktversagen staatliche Interventionen rechtfertigt, ist zum Beispiel eine strittige Frage. Vier Gruppen von Gütern und Dienstleistungen weisen jedoch Eigenschaften auf, die tendenziell zu einem Versagen oder ineffizientem Funktionieren privater Märkte führen (wenngleich dies nicht notwendigerweise eine öffentliche Bereitstellung rechtfertigt):

- Reine öffentliche Güter wie Verteidigung, Recht und Ordnung sowie Umweltschutz können nicht allein von privaten Märkten bereitgestellt werden. Da jeder automatisch in den Genuß ihrer Vorteile kommt, ist niemand bereit, individuell dafür zu zahlen. Der Staat kann sie jedoch zur Verfügung stellen und die Kosten den Steuerzahlern auferlegen.
- Güter mit positivem externem Nutzen oder Spillover-Vorteilen sind für die Gesellschaft mehr wert als für den einzelnen Konsumenten. Öffentliche Gesundheit und Erziehung reduzieren zum Beispiel die Infektionsraten, tragen zum gesellschaftlichen Grundwissen bei und steigern die Produktivität. Auf den Märkten entsteht tendenziell eine Unterversorgung mit diesen Gütern, und eine ergänzende öffentliche Finanzierung oder Bereitstellung kann daher die Effizienz verbessern. In ähnlicher Weise werden negative Externalitäten wie industrielle Umweltverschmutzung von Märkten ignoriert; eine diesen Aktivitäten Einhalt gebietende oder sie saubere gestaltende Regulierung kann die soziale Wohlfahrt erhöhen.
- Natürliche Monopole wie Gasleitungen, lokale Transportsysteme und andere Infrastrukturleistungen werden am effizientesten durch ein einziges Unternehmen bereitgestellt. Monopolproduzenten neigen dazu, ihre Produkte zu überhöhten Preisen und in zu geringem Umfang anzubieten, sofern sie ihren Aktivitäten uneingeschränkt nachgehen können. Eine öffentliche Bereitstellung oder Regulierung kann im Prinzip effizient sein.
- Unzureichende Informationen auf Seiten der Konsumenten oder Produzenten können zum Versagen von Märkten führen. Private kommerzielle Versicherungen können zum Beispiel keine effiziente Versicherung gegen Risiken wie Arbeitslosigkeit, eine längere Lebensdauer und Verschlechterung der Gesundheit im Alter bieten, weil diese Risiken von den Eigenschaften und dem Verhalten der Versicherten abhängig sind, auf die der Versicherer ebenso wenig Einfluß hat wie auf die Regierungspolitik, und weil große Teile der Bevölkerung davon gleichermaßen und gleichzeitig betroffen sind. Der Staat kann private Pensionen und Versicherungen

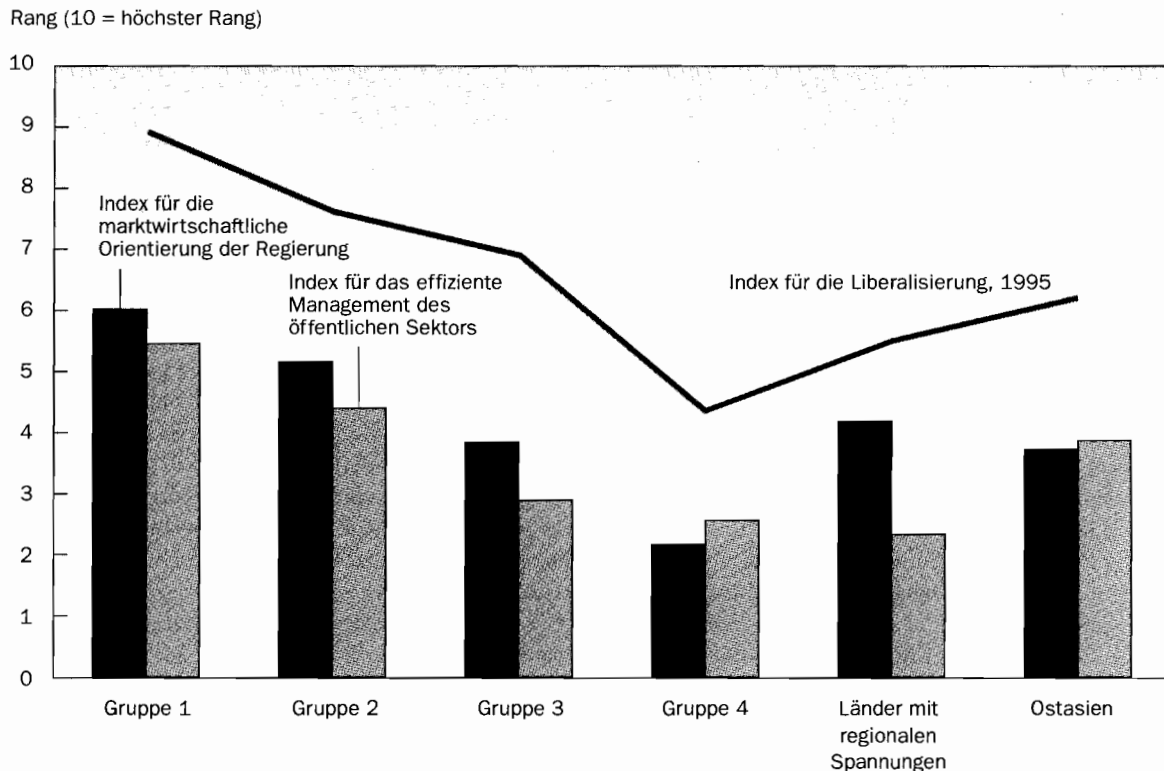
regulieren und sie durch eine öffentliche Grundrente und -versicherung ergänzen, um die Effizienz zu erhöhen und Versicherungslücken zu füllen. Der Staat überprüft auch Lebensmittel, setzt Standards für Sicherheit in der Luftfahrt, läßt neue Medikamente zu und reguliert Banken und Wertpapiermärkte, um die über die Qualität dieser Güter unzureichend informierten Konsumenten zu schützen.

Wenn Märkte versagen, wird eine dem jeweiligen Fall angepaßte Beurteilung benötigt, ob eine Bereitstellung durch den Staat oder die Regulierung oder Finanzierung eines privaten Angebots besser funktioniert. Auch Regierungen können versagen: Interventionen können von politischen Zielvorstellungen gelenkt werden, schlecht durchgeführt werden, Interessengruppen begünstigen oder Zusatzprofite entstehen lassen bzw. der Korruption Vorschub leisten. Gutgemeinte staatliche Interventionen zur Korrektur von Marktfehlentwicklungen können sogar schlimmer sein als eine suboptimale private Bereitstellung. In einer Marktwirtschaft muß die Regierung den Beweis antreten, daß eine Intervention gerechtfertigt ist.

Es ist nicht überraschend, daß sich Marktwirtschaften in der Realität unter anderem darin unterscheiden, wieviel Bildung, Gesundheit und Infrastruktur der Staat kostenlos bereitstellt, in welchem Ausmaß die Besserverdienenden zum Zweck der Umverteilung der Einkommen höher besteuert werden und wie das System der sozialen Sicherung ausgestaltet ist und welchen Umfang es hat. Länder treffen diese fundamentalen Entscheidungen in Abhängigkeit von ihren Verhältnissen – ein bergiges Land gibt mehr für Straßen aus als ein ebenes – und von ihren nationalen Zielvorstellungen. Klar ist, daß der Staat zu Beginn der Reformen schrumpfen muß und sich weniger in die ökonomischen Abläufe einzumischen hat, so daß mehr Raum für Märkte und den privaten Sektor entsteht. Wenn aber der Reformprozeß voranschreitet, sind die Politiker zunehmend mit trade-offs konfrontiert, zwischen einer eher „Laissez-faire“-Marktökonomie (wie in den Vereinigten Staaten) und einer stärker „sozialorientierten“ Marktwirtschaft (wie in Deutschland oder Schweden). Wie auch immer die Regierungen mit diesen Zielkonflikten umgehen, sie müssen dringend Effizienz und Qualität der von ihnen bereitgestellten Dienste verbessern, indem sie sich mehr auf die Ergebnisse und die Kosten staatlicher Programme konzentrieren als auf die Vorleistungen (siehe Kapitel 8). Eine besonders wichtige Regierungsaufgabe während der Transformation ist die Aufklärung der Öffentlichkeit über die Notwendigkeit und den Prozeß der Reformen, einschließlich der Reformen, die den Staat selbst betreffen. Dazu gehört eine gründliche Erläuterung der politischen Optionen und Regierungsentscheidungen. Dies ist wichtig, um einen Konsensus herzustellen und Unterstützung für die Reformen zu mobilisieren.

**Im Zuge der Liberalisierung der Wirtschaft reformieren sich die Regierungen im allgemeinen auch selbst.**

**Schaubild 7.1** Regierungsreformen und Liberalisierung nach Ländergruppen



Anmerkung: Der Index für die marktwirtschaftliche Orientierung ist ein zusammengesetztes Maß dafür, inwieweit die Regierungen den Banken und Unternehmen harte Budgetrestriktionen auferlegt haben, die öffentlichen Ausgaben weg vom produzierenden Sektor hin zu sozialen Dienstleistungen und zum Ausbau der Infrastruktur verlagerten, von kommerziellen Entscheidungen Abstand genommen, dem Unternehmenssektor Sozialleistungen entzogen und sich einem zielgerichteten sozialen Sicherungssystem verschrieben haben. Der Index für das effiziente Management des öffentlichen Sektors setzt sich zusammen aus Maßen für die Konsistenz der Fiskalpolitik und der allgemeinen wirtschaftspolitischen Strategie, für die Qualität der staatlichen Investitionsplanung, des Haushaltsmanagements und der Finanzverwaltung sowie die Transparenz der Beziehungen zwischen Regierungsebenen. Beide Indizes werden aufgrund von relativen Rangordnungen für die Länder konstruiert, die Schätzungen gründen sich auf vergleichende Informationen und Konsultationen mit Länderspezialisten. Zu Details des Liberalisierungsindex und der Gruppierung der Länder vgl. Schaubild 1.2. Quelle: De Melo, Denizer und Gelb, Hintergrundpapier; Schätzungen der Weltbank.

Überall war es für Regierungen extrem schwierig, ihre eigene Verflechtung mit der Wirtschaft zu verändern und abzubauen, nicht zuletzt aus politischen Gründen. Nur wenige Länder waren mit Staatsreformen großen Stils erfolgreich, Australien und Neuseeland sind hier führende Beispiele. Gewöhnlich folgten solche Reformen, wie in Neuseeland, auf ökonomische Krisen, die zu einem breiten

Konsensus verhalfen, der für solche weitreichenden Veränderungen benötigt wird. Reformländer haben die einzigartige Möglichkeit, eine fundamentale Staatsreform im Zuge ihrer wirtschaftlichen Transformationen vorzunehmen; der politische wie auch ökonomische Durchbruch in vielen MOE- und NIS-Ländern liefert ihnen doppelt gute Gründe, ihre Staatsreformen voranzutreiben. Durch entschiede-

nes Handeln können die Reformländer einige der größeren fiskalischen und strukturellen Probleme vermeiden, die lange Zeit die Entwicklungsländer geplagt haben und neuerdings in vielen Industrieländern aufgetaucht sind.

Ein marktfreundlicherer und effizienterer Staat erfordert auch die Verbesserung des Managements im öffentlichen Sektor. Ländervergleiche zeigen, daß sich der Fortschritt in diesen beiden Bereichen normalerweise im Gleichschritt einstellt (Abbildung 7.1). Auf beiden Gebieten war der Reformfortschritt dort größer, wo auch die Liberalisierung weitreichender ist. Der Grund dafür ist, daß einige Staatsreformen – der Rückzug von der Produktion und die Aufhebung restriktiver Regulierungen – im wesentlichen das institutionelle Gegenstück zu Liberalisierungen sind. Andere Reformen, wie zum Beispiel eine zielgerichtete Sozialhilfe und eine verbesserte Finanzverwaltung, erfordern einen langfristigen Aufbau von Institutionen und hinken somit tendenziell einer Marktliberalisierung hinterher.

Veränderungen der Rolle und des Managements des Staates beinhalten auch die Entwicklung eines professionellen öffentlichen Dienstes. Wegen des Funktionswandels konzentrieren sich in Reformländern die staatlichen Bediensteten in den falschen Bereichen des öffentlichen Dienstes. Häufig besitzen sie die falschen Qualifikationen für ihre Arbeit und sehen sich unzureichenden Lohndifferenzierungen und anderen schwachen Anreizen gegenüber. Im Gegensatz zur weitverbreiteten Ansicht ist in den meisten dieser Länder der Staatsdienst insgesamt personell nicht deutlich überbesetzt oder unterbezahlt; und wo das gesamte Ausgabenniveau hoch bleibt, hat dies wenig mit exzessiven Personalkosten zu tun. Daten aus ausgewählten MOE- und NIS-Ländern zeigen, daß die Beschäftigung und die Löhne beim Staat im großen und ganzen mit jenen in Industrie- und Entwicklungsländern mittleren Einkommens übereinstimmen – ungeachtet des Rückgangs der Reallöhne in allen Bereichen der Volkswirtschaft, einer zunehmenden Lücke zwischen öffentlichen und privaten Löhnen sowie einer oft erbärmlich unzureichenden Personalausstattung und Bezahlung in einigen Schlüsselbereichen wie Zoll, Finanzverwaltung und Polizei. Das Problem liegt eher in der Verteilung der Arbeit: Die zentralen und lokalen Kernverwaltungen in Reformländern sind oft zu klein, während Bildung, Gesundheit und andere öffentliche Dienste personell überbesetzt sind. Alles in allem gibt es jedoch zuwenig professionelle Arbeitskräfte und zuviel Büropersonal. Selbst wenn das durchschnittliche Ausbildungs- und Qualifikationsniveau hoch ist, mangelt es den Staatsdienern an buchhalterischen, steuerlichen, regulatorischen und anderen öffentlichen Verwaltungskenntnissen, die in einer Marktwirtschaft benötigt werden. Mehr noch, sowohl in den europäischen als auch in den ostasiatischen Reformländern ist die Bezahlung im öffentlichen Sektor sehr undifferenziert, und umfangreiche und undurchsichtige Systeme

von Lohnnebenleistungen verzerren die Anreize noch weiter. Die Leistung hat wenig Einfluß auf Bezahlung und Beförderungen. Statt dessen werden persönliche Loyalitäten und politische Überlegungen bei routinemäßigen Ausbildungs- und Karriereentscheidungen immer noch überbewertet. Nicht überraschend litten denn auch die öffentlichen Verwaltungen vieler Reformländer unter geringer Moral, häufigem unentschuldigtem Fehlen am Arbeitsplatz und Schwarzarbeit, niedriger Produktivität, einfacher Korruption sowie dem Verlust von qualifiziertem Personal an den privaten Sektor.

Es gibt keine schnelle Lösung für diese Probleme, aber die Richtung der notwendigen Reformen ist eindeutig. Bezahlung, Einstellungen, Beförderungen und Entlassungen müssen flexibler werden und auf Leistung beruhen. Die meisten Lohnnebenleistungen und Zahlungen in Form von Naturalien sollten durch Barzahlungen ersetzt werden. Die Lohn- und Gehaltsunterschiede müssen erheblich zunehmen. Außerdem, und das ist in Reformländern besonders wichtig, müssen die Regierungen den öffentlichen Dienst entpolitisieren, eine systematische, mit der Ausbildung in marktwirtschaftsspezifischen Qualifikationen verknüpfte, Karriereförderung einführen und das Personalwesen im zivilen öffentlichen Dienst in das System der Personalkosten- und Haushaltsplanung integrieren.

### Den Staat auf die richtige Größe bringen

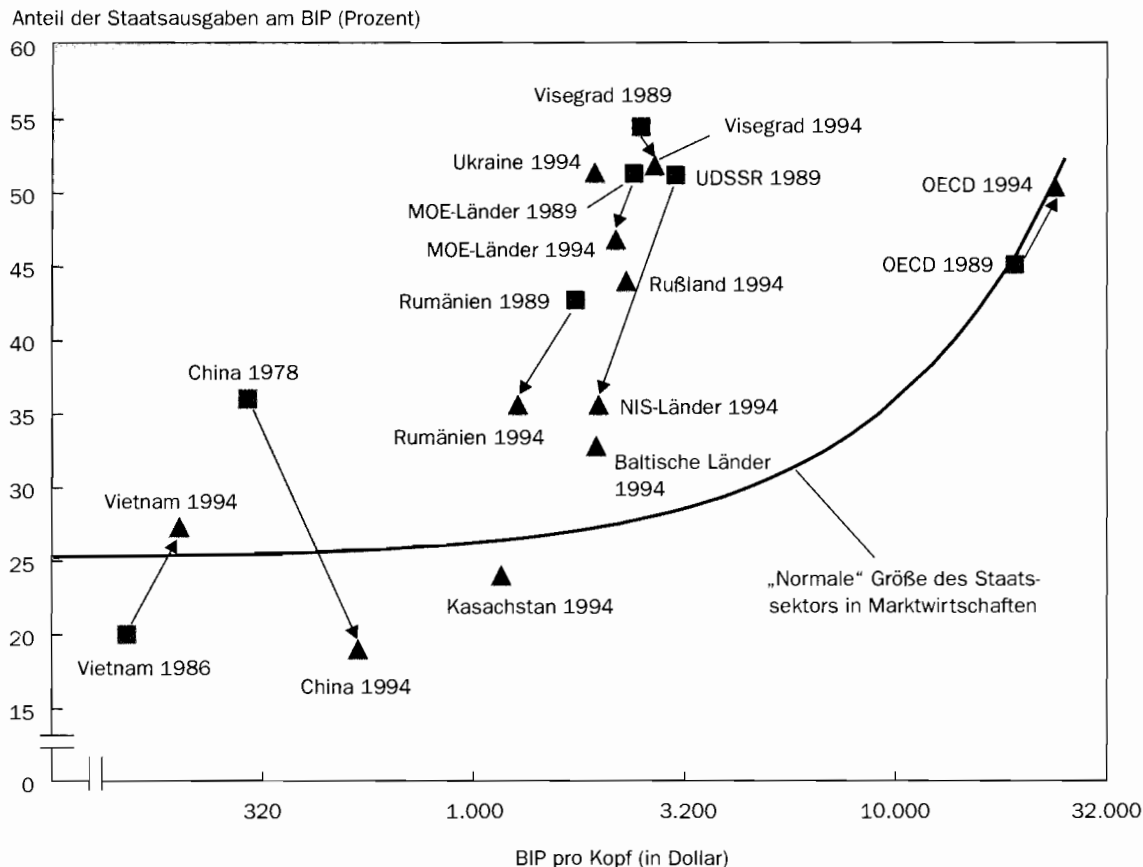
Der Staatssektor in Reformländern differiert erheblich in seiner Größe. Meistens ist er während des Reformprozesses – notwendigerweise oder durch eine Umgestaltung – geschrumpft, im Vergleich zum Staatssektor in Marktwirtschaften mit einem ähnlichen Einkommensniveau ist er jedoch oft immer noch recht umfangreich (Abbildung 7.2). In den MOE- und NIS-Ländern machten die gesamten Staatsausgaben über zentrale und lokale Budgets sowie aus sogenannten außerordentlichen Finanzierungsfonds im Jahr 1989 durchschnittlich etwa die Hälfte des Bruttoinlandsprodukts aus, etwa genauso viel wie in weitaus reicheren Ländern. Bis zum Jahre 1994 fielen die durchschnittlichen Ausgaben auf 45 Prozent des BIP in den MOE- und auf 35 Prozent in den NIS-Ländern. In den baltischen Staaten sowie einigen anderen NIS-Ländern liegen die inflationsbereinigten nominalen Staatsausgaben jetzt bei der Hälfte oder noch weniger der Niveaus vor den Reformen. Auch in China ist der Staat drastisch geschrumpft; die gesamte Ausgabensumme beläuft sich auf weniger als 20 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. In Vietnam jedoch ist der Anteil der Staatsausgaben am BIP gewachsen und ist jetzt höher als in Ländern mit vergleichbarem Einkommen.

Es besteht keine systematische Beziehung zwischen Veränderungen der Staatsgröße und wirtschaftlichen Reformen. Unter den Ländern mit fortgeschrittener Liberalisierung und Staatsreformen gibt es solche mit einem großen



**In den meisten Reformländern schrumpft der Staatssektor, in Europa ist er aber oft noch zu groß.**

**Schaubild 7.2** BIP pro Kopf und Verhältnis von Staatsausgaben zum BIP in ausgewählten Reformländern



Anmerkung: Das BIP pro Kopf ist unter Verwendung marktmäßiger Wechselkurse ausgewiesen und auf einer logarithmischen Skala abgebildet. Die Staatsausgaben umfassen alle Ausgaben zentraler und lokaler Regierungsstellen sowie die aus Nebenhaushalten finanzierten Aktivitäten (quasi-fiskalische Aktivitäten sowie die Aktivitäten von Staatsunternehmen sind ausgeschlossen). Die Regressionslinie basiert auf separaten Stichproben für 47 Entwicklungs- und Industrieländer. Die Daten für Ländergruppen sind einfache Durchschnitte. Quelle: IWF, verschiedene Jahre (c); offizielle Daten; Berechnungen und Schätzungen des IWF sowie der Weltbank.

wie auch mit einem kleinen Staatsanteil. So überstiegen in den Visegrad-Ländern die Staatsausgaben im Jahr 1994 die Hälfte des BIP, verglichen mit nur 20 Prozent des BIP (im Durchschnitt) in Chile, Kolumbien, der Republik Korea, Thailand und der Türkei – Länder, deren Pro-Kopf-Einkommen auf ähnlichem Niveau oder etwas höher lag. Im Gegensatz dazu erreichten die Staatsausgaben in den baltischen Ländern und in Rumänien 1994 etwa ein Drittel des BIP und waren somit um fast 20 Prozentpunkte niedriger

als im Jahr 1989. Turkmenistan, wo die Marktreformen am wenigsten fortgeschritten sind, hat jetzt den kleinsten Staatssektor von allen Reformländern, mit einem Ausgabeniveau von unter 10 Prozent des BIP im Jahr 1994. In Aserbaidschan und der Ukraine jedoch, wo sich die Reformen ebenfalls verzögern, lagen die Staatsausgaben 1994 immer noch bei der Hälfte des BIP oder mehr.

Wie ist dieser Unterschied zu erklären? Es ist bekannt, daß das Niveau und die Entwicklung der Einkommen, die

sektorale Struktur, die Demographie und die Politik das Niveau und den Trend der Staatsausgaben in allen Ländern beeinflussen. In Reformländern scheinen außerdem drei zusätzliche ökonomische Faktoren einen großen Teil der Veränderungen und Variationen des Staatssektors zu erklären: der Druck zur Erhöhung der Sozialausgaben, finanzielle Restriktionen und das Ausmaß der Verpflichtung zur Stabilisierung. Der Druck auf die Sozialausgaben ist in den MOE- und NIS-Ländern aufgrund des Produktionsrückgangs gestiegen. In den Visegrad-Ländern haben diese neuen Verpflichtungen, zusammen mit den Aussichten auf eine Integration in die Europäische Union, starke Traditionen für hohe Ausgaben für Bildung, Gesundheit und soziale Dienste wiedererweckt. Einige Länder waren dazu in der Lage, solchem Ausgabendruck nachzugeben, und hielten einen umfangreichen oder wachsenden Staatsapparat aufrecht, finanziert mit stabilen oder steigenden Steuereinnahmen (die Visegrad-Länder, Vietnam), Einkommen aus Rohstoffen (Usbekistan) oder durch externe Quellen (Albanien, Ungarn). Den meisten Regierungen fehlte jedoch der Zugang zu solchen nicht-inflationären Finanzierungsmitteln. Einige von ihnen, wie Aserbaidschan und die Ukraine, verzögerten die fiskalische Anpassung bis in die Jahre 1994–1995, nachdem sie sich zuvor ein hohes Ausgabenniveau geleistet und unter hohen Inflationsraten gelitten hatten. In Übereinstimmung mit sinkenden Einkünften reduzierten andere Länder ihre Ausgaben früher – entweder im Zuge der allgemeinen Stabilisierung (baltische Länder, China, Rumänien) oder weil eine unzureichende Stabilisierung zusammen mit langsamen Marktreformen zu einem wachsenden informellen Sektor, galoppierender Inflation und immer stärker sinkenden Einkünften und Ausgaben führten (Kasachstan, Turkmenistan). Einen Mittelweg zwischen diesen Ergebnissen fanden Länder wie Bulgarien, Rußland und Weißrußland, die trotz langsam sinkender Einkünfte an hohen Ausgaben festhielten, diese jedoch im allgemeinen – wenn auch nicht immer – gerade zur rechten Zeit kürzten und es dabei vermieden, in einen gefährlichen Inflationsssog zu geraten.

Sind die Staatssektoren in den Visegrad-Ländern und anderen Volkswirtschaften mit hohen Staatsausgaben zu groß? Die Größe des Staatsapparats hängt in allen Volkswirtschaften direkt von der Rolle und den Funktionen des Staates ab. Dies ist, wie gesagt, letztlich eine Frage des gesellschaftlichen Willens. Allgemeine empirische Untersuchungen, die das Niveau der Staatsausgaben in Beziehung zum Wirtschaftswachstum setzen, ergeben kaum robuste Schlußfolgerungen. In Reformländern sprechen jedoch starke Gründe dafür, daß große Staatsapparate die wirtschaftliche Leistung beeinträchtigen: Staatsausgaben, insbesondere auf hohem Niveau, sind tendenziell ziemlich ineffizient und tragen im Endergebnis weniger zum Wachstum bei als in Marktwirtschaften; hinzu kommt, daß eine Finan-

zierung der Regierungsprogramme kostspieliger ist und ein größeres Inflationsrisiko birgt.

Staatliche Ausgaben sind aus mehreren Gründen ineffizient. Erstens geben die meisten großen Regierungsapparate in Reformländern einen unverhältnismäßig großen Anteil öffentlicher Mittel für Programme aus, die wenige oder gar keine Auswirkungen auf die Produktivität und das Wirtschaftswachstum haben, wie zum Beispiel Subventionen und Sozialtransfers (siehe unten). Da solche Programme Ansprüche begründen oder Interessengruppen kreieren, gibt es immer einen starken Druck zur Expansion. Zweitens sind die staatlichen Ersparnisse – Einnahmen minus laufenden Ausgaben – und die öffentlichen Investitionen in den MOE- und NIS-Ländern tendenziell ungewöhnlich niedrig. Wenn die staatlichen Aktivitäten fast die Hälfte des BIP ausmachen, die Ersparnisse aber vernachlässigbar gering sind (wie derzeit in den Visegrad-Ländern), dann kann selbst eine eindrucksvolle private Sparquote in Höhe von 30 bis 35 Prozent des BIP nur Investitionen von 15 bis 20 Prozent des BIP hervorrufen, was deutlich unterhalb eines Niveaus liegt, das für rasches Wachstum notwendig ist (Kapitel 2). Drittens wird die Effizienz staatlicher Dienste wie Gesundheit und Bildung in vielen Reformländern untergraben, und zwar durch eine festgefahrene Verteilung der Ausgaben innerhalb von Sektoren, unzulängliche Ausführungskapazitäten und eine hohe Personalausstattung (vgl. Kapitel 8). Eine zunehmende private Beteiligung und Kostendämpfung sollten Priorität genießen.

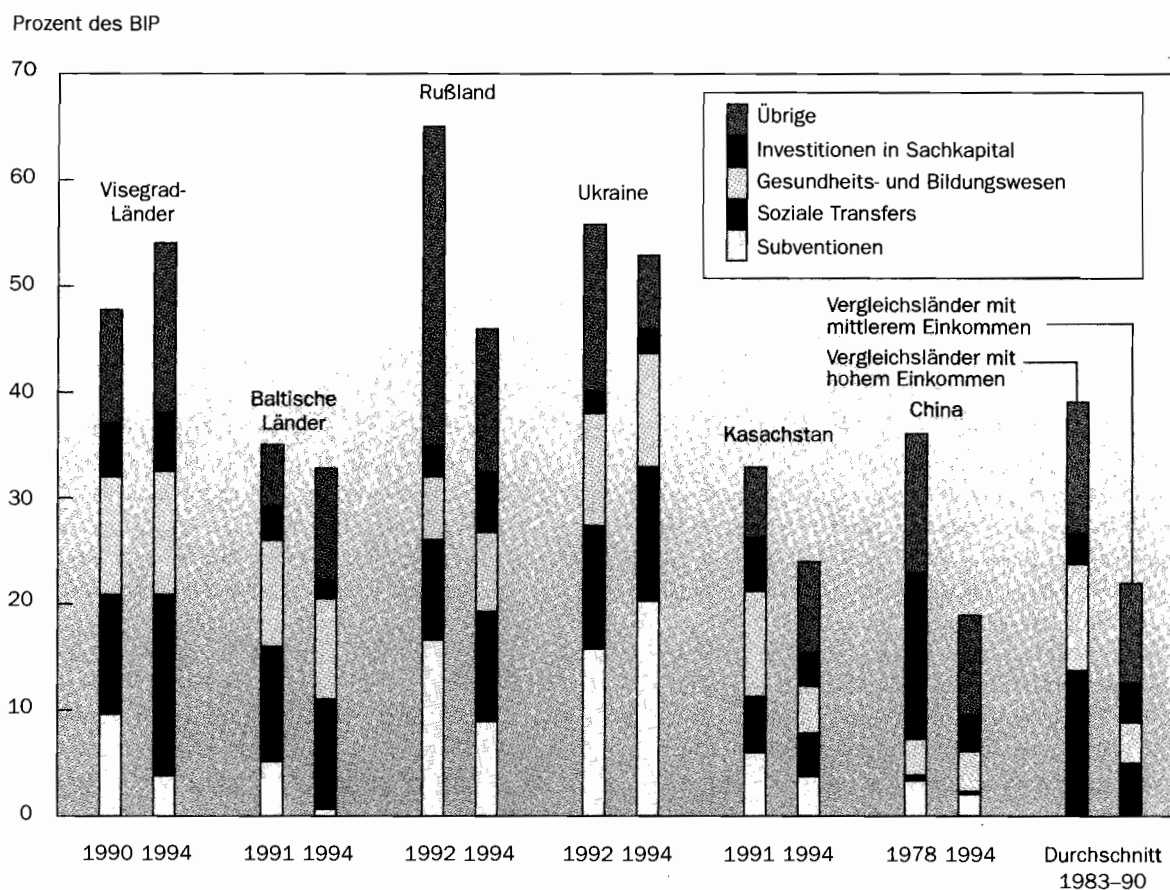
Die Finanzierung von Staatsausgaben ist in Reformländern tendenziell kostspielig. Nur einige wenige, so wie die Visegrad-Länder, waren in der Lage, hohe Ausgaben durch Steuern zu finanzieren, teilweise aufgrund größerer Steuerreformen. Aber selbst dort sind die Steuersysteme immer noch relativ ineffizient, so daß die Eintreibung eines bestimmten Einnahmenniveaus den Steuerzahlern, insbesondere dem sich entwickelnden privaten Sektor, eine große wirtschaftliche Last aufbürdet. Tatsächlich werden Steuereinnahmen in Höhe von fast der Hälfte des BIP in den Visegrad-Ländern langfristig wohl kaum zu halten sein. In den meisten Reformländern sind die Einkünfte gesunken, so daß hohe Staatsausgaben tendenziell zu hohen Budgetdefiziten geführt haben. Überall auf der Welt führen große Defizite oft zu hoher Inflation und verlangsamtem Wachstum. Noch größer ist diese Gefahr in den vielen Reformländern, wo die Aussichten für inländische und externe Kreditaufnahmen begrenzt sind und ein großer Teil der Defizite nur durch das Drucken von Noten finanziert werden kann (Kapitel 2).

### **Neue Ausgabenprioritäten setzen**

Eine veränderte Rolle des Staates während der Reform löst Verschiebungen in den Ausgabenprioritäten aus. Das Ziel besteht darin, die Ausgaben so zu verteilen, daß ihre Struktur mit den staatlichen Aufgaben in einer Marktwirtschaft

**Die veränderten Strukturen der Staatsausgaben spiegeln ihre zunehmende Marktorientierung wider.**

**Schaubild 7.3** Staatsausgaben nach Kategorien in ausgewählten Reformländern



Anmerkung: Die Daten umfassen die Ausgaben zentraler und lokaler öffentlicher Stellen sowie die Ausgaben in Nebenhaushalten (quasi-fiskalische Ausgaben und Ausgaben von Staatsunternehmen sind ausgeschlossen). Die Daten für die Vergleichsländer mit hohem Einkommen (Australien, Deutschland, Großbritannien, Israel, Kanada, Luxemburg und USA) sowie die Vergleichsländer mit mittlerem Einkommen (Argentinien, Chile, Malaysia, Panama, die Republik Korea, Simbabwe, Swaziland und Türkei) sind gewichtete Durchschnitte. Für die Vergleichsländer repräsentiert das unterste Segment die Subventionen und Sozialtransfers. Quelle: IWF, verschiedene Jahre (a); offizielle Daten; Schätzungen der Weltbank.

harmonisiert und dem langfristigen Wachstum dient. In der Tat unterstützen die vergangenen Erfahrungen klar die Ansicht, daß die Ausgaben des Staates tendenziell produktiv sind und das Wirtschaftswachstum fördern, wenn sie ein erwiesenes Marktversagen korrigieren und private Aktivitäten wirklich ergänzen – so wie es bei einigen Infrastrukturinvestitionen, Maßnahmen zur Gesundheitsvorsorge und der primären Schulbildung der Fall ist –, in anderen Fällen gilt dies aber kaum.

Die spezifischen Auswirkungen öffentlicher Ausgaben auf das Wachstum in den Reformländern werden sich entsprechend den Ausgangsbedingungen und der Ausgabenstruktur in der Vergangenheit unterscheiden. So wird beispielsweise in vielen MOE- und NIS-Ländern der Grenzertrag der allgemeinen öffentlichen Ausgaben für Bildung aufgrund der historisch gewachsenen hohen Ausgabenniveaus und der Errungenschaften auf dem Bildungssektor wohl relativ niedrig sein. Dagegen werden Ausgaben speziell für

die Ausbildung in den nunmehr wichtigen marktwirtschaftlichen Qualifikationen höhere Erträge aufweisen. Zudem spielt die Qualität der Ausgaben eine große Rolle; die gewaltigen Kapitalinvestitionen in der zentralen Planwirtschaft waren oft ineffektiv. Letztendlich dienen die staatlichen Ausgaben mehreren Zielen, unter denen das Wirtschaftswachstum nur eines ist. Die sich daraus ergebenden Zielkonflikte komplizieren die Beurteilung der Nutzen und Kosten alternativer Ausgabenstrukturen ungemein. Trotzdem ist die Zusammensetzung der öffentlichen Ausgaben zumindest einer ökonomischen Analyse und vielleicht auch der öffentlichen Diskussion zugänglich, viel mehr jedenfalls als die Größe des gesamten Staatssektors. Wenn sich die Entscheidungen mehr auf Zusammensetzung und Effektivität der Ausgaben konzentrieren als nur auf ihr Niveau, dann kann dies die Einführung ökonomischer Überlegungen in die Budgetpolitik fördern, eine Prioritätensetzung bei den Ausgaben erzwingen und Reformen erleichtern.

Die Umstrukturierung der Staatsausgaben nach marktwirtschaftlichen Formen ist in den meisten Reformländern im Gange. Die größten Veränderungen – die bei den führenden Reformern am weitesten fortgeschritten sind – ergeben sich bei den Subventionsausgaben, den sozialen Transfers und den Kapitalinvestitionen (Abbildung 7.3).

Während des Transformationsprozesses sind die Subventionen an Unternehmen und Konsumenten generell zurückgegangen, so wie die Unterstützungen für die Industrie, die Landwirtschaft, die Bauwirtschaft und andere „privatkommerzielle“ Sektoren. Wie üblich, spiegeln Ausmaß und Tempo des Rückgangs den Fortschritt der Liberalisierung wider. Die gesamten Subventionen im Staatshaushalt lagen in den MOE- und den baltischen Ländern 1994 bei durchschnittlich 3 bis 4 Prozent des BIP. In Rußland beliefen sie sich noch auf schätzungsweise 9 Prozent des BIP und in der Ukraine auf 17 Prozent. 1995 wurden in der Ukraine scharfe Einschnitte bei den Subventionen vorgenommen, aber die gesamten Staatsausgaben für Aktivitäten, die in Marktwirtschaften tendenziell dem privaten Sektor überlassen werden, machten immer noch rund 15 Prozent des BIP aus.

Wo die Subventionen hoch bleiben, werden damit im allgemeinen die Verbraucherpreise gesenkt oder Unternehmen vor dem wettbewerblichen und finanziellen Reformdruck abgeschirmt. Solche Subventionen sind ineffizient und sollten durch direkte Einkommenstransfers ersetzt werden, die gezielte und effektivere Übergangserleichterungen für gefährdete Arbeitnehmer und Haushalte bieten, und die die notwendigen Unternehmensumstrukturierungen nicht verzögern. Einige der MOE- und baltischen Länder haben gezeigt, daß man viele Subventionen tatsächlich abrupt aussetzen kann. Wo die Subventionen bereits zurückgegangen sind, bestehen die größten Herausforderungen in der Kürzung der noch verbliebenen Subventionen – die häufig in der Landwirtschaft, der Energiewirt-

schaft und dem Wohnungsbau konzentriert sind. Zudem muß man größere Kostenbeiträge bei einigen Bildungs-, Gesundheits- und lokalen Transportdienstleistungen erzielen. Es ist leichter, verbliebene Subventionen auslaufen zu lassen, wenn die Regierungen sich einen glaubwürdigen Zeitplan für ihre Kürzung auferlegen, deren Kosten sorgfältig beobachten und regelmäßig ihre Notwendigkeit überprüfen. Die Regierungen sollten alle Subventionen explizit in ihrem Budget ausweisen, um es Politikern und der Öffentlichkeit zu ermöglichen, ihre wahren Kosten abzuschätzen und das Ausgabenmanagement sowie die gesamtwirtschaftliche Stabilisierung zu erleichtern. Irgendwann haben die meisten Reformländer den formalen Haushaltsplan umgangen und umfangreiche Kreditsubventionen durch das Bankensystem eingeschleust. Obgleich derzeit der Trend dahin geht, Kreditsubventionen wieder in das Budget einzubeziehen, bleibt diese Praxis doch in Ländern wie China und der Ukraine ein ernsthaftes Problem (siehe Kapitel 2).

Die Sozialausgaben sind während des Reformprozesses durchweg gestiegen. Ein Teil dieser Zunahme ist wünschenswert: Neue finanzielle Unterstützungen für Energie und Wohnen ersetzen ausgelaufene Subventionen; höhere Sozialhilfen und Arbeitslosenunterstützungen schützen wirtschaftlich schwache Haushalte, die von Einkommensrückgängen und Entlassungen aufgrund von Unternehmensumstrukturierungen betroffen sind; Bildungs- und Gesundheitsausgaben steigen mit der Übernahme der Ganztagsbetreuung, Schulen und Krankenhäuser von staatlichen Unternehmen. Die Sozialausgaben steigen in den einzelnen Ländern jedoch unterschiedlich, im wesentlichen aufgrund der divergierenden Entwicklungen bei den Kosten für Renten und Pensionen. Stark gestiegene Rentenzahlungen sind der Hauptgrund dafür, daß die Sozial- und die gesamten Ausgaben in den Visegrad-Ländern auf hohem Niveau stagnierten. In Polen erhöhten sich zum Beispiel die Ausgaben von 7 Prozent des BIP in den späten achtziger Jahren auf 16 Prozent in den Jahren 1993–94. Läßt man eine derartige Kostenexplosion weiterhin zu, würden hierdurch nicht nur andere Ausgaben verdrängt, auch die Stabilisierung wäre gefährdet. Somit kommt der Reform des Renten- und Pensionssystems in den Visegrad-Ländern höchste steuerliche wie auch soziale Priorität zu (siehe Kapitel 4). In der Tat hat Leszek Balcerowicz, der Hauptgestalter von Polens wirtschaftlichem Reformprogramm, das Versäumnis, eine Rentenreform vorzunehmen, als den größten Fehler der ersten Reformregierung Polens bezeichnet.

Letztlich sind die öffentlichen Investitionen in vielen MOE- und NIS-Ländern stark zurückgegangen, häufig auf weniger als 3 Prozent des BIP bis zum Jahr 1994, weil die Löhne und andere laufende Ausgaben von der Reduzierung der gesamten Staatsausgaben ausgenommen waren, während die Gesamtausgaben gekürzt werden mußten. Ersatz-

Investitionen und Qualitätsverbesserungen haben im allgemeinen auch gelitten, und viele Infrastruktureinrichtungen verfallen rasch. Außerdem wurden durch die Hinwendung zur Marktwirtschaft Teile des existierenden Kapitalstocks obsolet. Ist es somit möglich, daß nach einer Periode der Korrektur übermäßiger Investitionen der Vergangenheit die öffentlichen Investitionen jetzt zu niedrig sind? Jüngste Untersuchungen der Investitionen und Ausgaben in ausgewählten MOE- und NIS-Ländern durch die Weltbank halten ein anzustrebendes Niveau der öffentlichen Investitionen in Höhe von 5 Prozent des BIP für sinnvoll. Eine andere Studie, die die Zusammensetzung der öffentlichen Ausgaben in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen zum langfristigen Wachstum in Beziehung setzt, kommt zu dem Ergebnis, daß das Wachstum dann am größten ist, wenn etwa ein Fünftel der gesamten Staatsausgaben auf öffentliche Investitionen entfallen. Ein kleiner Anstieg der Ausgaben in jenen Reformländern, wo die öffentlichen Investitionen jetzt extrem niedrig sind – so wie in den Baltischen Ländern und einigen zentralasiatischen Staaten – wäre mit beiden Ergebnissen konsistent.

Nach Jahrzehnten öffentlicher Über- und Fehlinvestitionen sollte in den MOE- und NIS-Ländern jede Zunahme der öffentlichen Investitionen von fundamentalen Verbesserungen in der Durchführung solcher Investitionen abhängig gemacht werden. Zunächst einmal müssen öffentliche Investitionsentscheidungen in den Prozeß der Haushaltsplanung integriert werden, um die Konsistenz mit makroökonomischen Ausgabenzielen zu gewährleisten. Zweitens müssen öffentliche Investitionen entpolitisiert werden, und sie sollten nicht als Ersatz für private Investitionen dienen oder zur Instandhaltung vorhandener Einrichtungen, sondern diese vielmehr ergänzen. Zum Beispiel sollten sich Investitionen im Straßenbau auf den Bau von Schnellstraßen konzentrieren und nicht auf Dienstleistungseinrichtungen entlang von Straßen. Und in dem Ausmaß, wie die Instandsetzung von Straßen billiger ist als eine Qualitätsverbesserung oder ein Neubau, sollte diese Priorität genießen. Neubauten wären auch in Sektoren mit Überkapazitäten, wie bei Krankenhäusern oder im Energiesektor in vielen MOE- und NIS-Ländern, unwirtschaftlich. Um öffentliche Investitionen wirksamer und wirtschaftlicher zu machen, sollten drittens die Projekte systematisch nach ökonomischen und finanziellen Kriterien überprüft werden, einschließlich Nutzen-Kosten-Analysen, sofern dies machbar ist. Die staatliche Investitionspolitik in den Baltischen Ländern folgt derzeit weitgehend diesen Prinzipien.

### **Verbesserte Ausgabenkontrolle und besseres Haushaltsmanagement**

In der zentralen Planwirtschaft wurde das Haushaltsbudget von zwei Faktoren bestimmt: Politik und Buchhaltung. Die Aufstellung des Haushalts erfolgte im wesentlichen automa-

tisch und in Form marginaler Veränderungen, indem Zuschüsse auf die Ansätze des Vorjahres vorgenommen wurden. Diese Praxis wird in China und einigen anderen Ländern immer noch befolgt. Während des Reformprozesses dient das Budget als Instrument der Wirtschaftspolitik. Seine Effektivität bei der Aufrechterhaltung der gesamtwirtschaftlichen Stabilität, der Einführung neuer Ausgabenprioritäten und der Förderung einer effizienten Nutzung öffentlicher Ressourcen hängt von einem verbesserten Haushaltsmanagement und besserer Ausgabenkontrolle ab. Dies erfordert zahlreiche komplexe institutionelle und organisatorische Veränderungen, die weit über die oben beschriebenen Reformen des öffentlichen Dienstes hinausgehen.

Zunächst muß das Budget auf eine solide gesetzliche Grundlage gestellt werden. Die Exekutive entscheidet im allgemeinen weiterhin über konkurrierende Ausgaben, wird aber dem Parlament gegenüber rechenschaftspflichtig gemacht. Während der Budgeterstellung werden die untergeordneten Behörden dem Finanzministerium detailliertere Ausgabenvorschläge unterbreiten müssen, wobei sie eine gemeinsame Methode anwenden sollten, die einer genauen Analyse zugänglich ist. Das Finanzministerium muß dann diese Anträge beurteilen und sie mit den vereinbarten politischen Prioritäten der Regierung sowie den verfügbaren Finanzmitteln abstimmen. Dessen Kapazitäten zur Durchführung ökonomischer Analysen und Einnahmenvorausschätzungen sollten ebenfalls verbessert werden, um die Wahrscheinlichkeit von Einnahmenausfällen zu reduzieren.

Schließlich haben sich viele Regierungen zunächst der Zwangsverwaltung zur Kontrolle der Kassenbestände bedient, indem sie untergeordneten Behörden ad hoc Ausgabenkürzungen auferlegten, und die Mittel nach Maßgabe der erzielten Einnahmen und nicht aufgrund von Ausgabenverpflichtungen freigaben. Diese grobe und ineffiziente Praxis führte häufig zu Zahlungsrückständen gegenüber Lieferanten, bei den Löhnen der öffentlichen Bediensteten oder der Angestellten staatlicher Unternehmen, bei den Pensionen usw. Zahlungsrückstände des Staates bringen eine Reihe von Problemen mit sich: Sie verschlimmern im allgemeinen nicht nur das gesamtwirtschaftliche Problem einer schlechten Zahlungsmoral (siehe Kapitel 2), sondern sie behindern auch die Entwicklung des privaten Sektors, verursachen hohe soziale Kosten und rufen überall einen gewissen Zynismus bezüglich der Regierung und der Marktreformen hervor. Statt dessen sollten die Staaten rasch ein funktionierendes Kassenmanagement und Haushaltssystem entwickeln – ein Prozeß, wie er zur Zeit in den Baltischen Ländern, Kroatien und Kasachstan im Gange ist.

In Polen ist der Fortschritt zu sehen, der beim Management des Haushalts erreicht werden kann. Zuerst wurden in Verfassungsanhängen die Budgetbefugnisse einzelner Regierungsbehörden festgelegt, und ein „organisches“ Haushaltsgesetz bestimmte die Grundprinzipien für Formulie-

rung, Ausführung und Kontrolle des Budgets. Mit Beginn im Jahre 1992 wurden die Instruktionen für die einzelnen Haushaltsstellen modifiziert, um einheitliche Annahmen über ökonomische Schlüsselvariablen wie das Wachstum des BIP und der Inflation einzubeziehen. Die laufenden Ausgaben wurden von den Investitionsausgaben deutlicher getrennt, und die Gesamtressourcen für jede Haushaltsstelle wurden besser spezifiziert. Das Finanzministerium hat seine ökonomischen Modelle weiterentwickelt und die Zusammenarbeit mit der Zentralbank verstärkt. Diese Schritte haben die Regierungsverantwortlichkeit drastisch erhöht

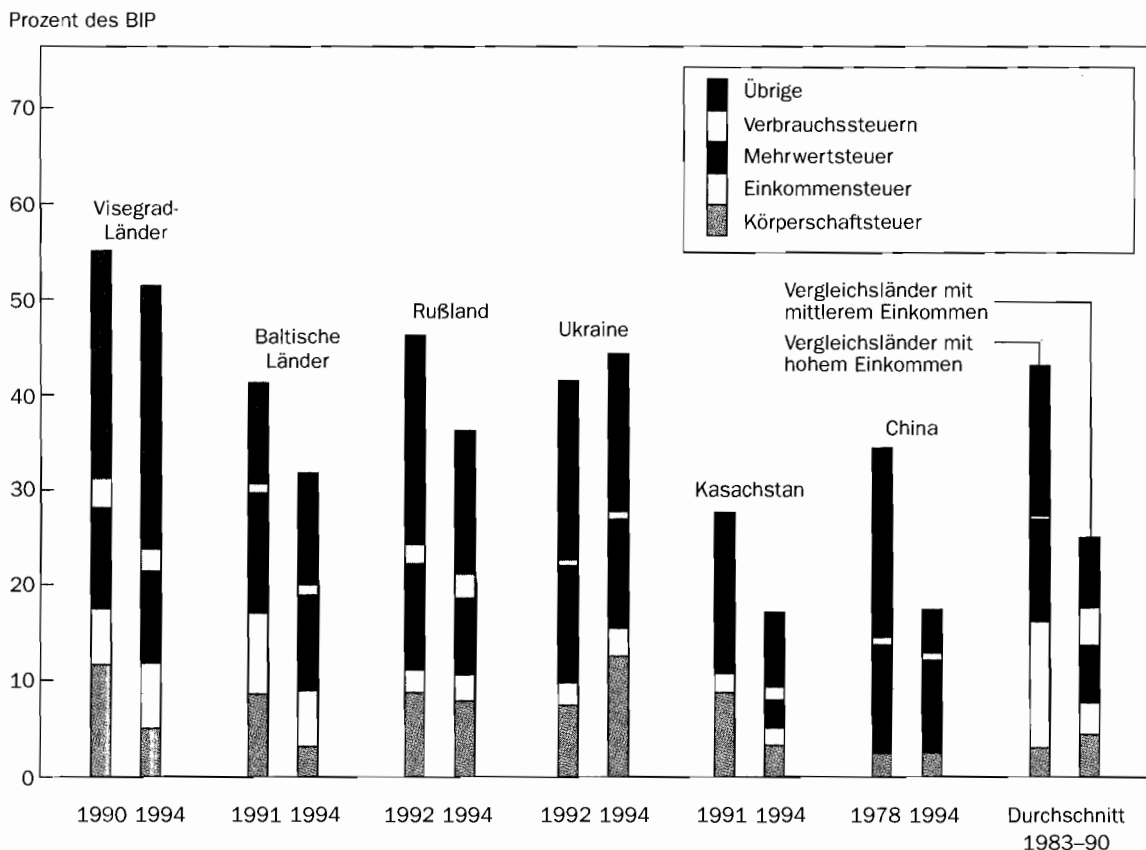
und geholfen, die Budgetdiskussionen auf den wesentlichen Inhalt der Anträge anstatt auf die politischen Implikationen zu konzentrieren.

### Die Steuerpolitik und Finanzverwaltung verbessern: Der Schlüssel zur Beseitigung der Einnahmenlücke

Inmitten des Reformprozesses sehen sich einige Reformländer einer alarmierenden Einnahmenlücke gegenüber. Der scharfe Rückgang der Produktion, zusammen mit den erheblichen Beschränkungen der derzeitigen Finanzverwaltungen, hat die Kapazität der MOE- und NIS-Länder zur

**In vielen Reformländern sind die Steuereinnahmen stark zurückgegangen.**

**Schaubild 7.4** Staatseinnahmen aus verschiedenen Quellen in ausgewählten Reformländern



Anmerkung: Die Daten umfassen die Einnahmen zentraler und lokaler öffentlicher Stellen sowie die Einnahmen in Nebenhaushalten (Einnahmen aus quasi-fiskalischen Aktivitäten sowie aus Aktivitäten staatlicher Unternehmen sind ausgeschlossen). Die Daten für die Vergleichsländer mit mittlerem und hohem Einkommen sind gewichtete Durchschnitte (zu den Ländern in diesen Gruppen siehe Schaubild 7.3). Quelle: IWF, verschiedene Jahre (a); offizielle Daten; Schätzungen der Weltbank.



Erhebung von Einnahmen eingeschränkt. Dadurch entstand ein Druck zur Anhebung von Steuersätzen und zur Einführung neuer Steuern, oder wie in Kirgisistan zur Beschlagnahme von Bankguthaben für Steuerzahlungen. Diese Methoden zur Erhebung von Steuern sind besonders kostspielig. Es ist jedoch aus politischen Gründen schwierig, die Ausgaben in jenen Ländern zu kürzen, wo das Ausgabenniveau hoch war und die Bevölkerung sich an ein breites Dienstleistungsspektrum des Staates gewöhnt hatte. Bis die Wirtschaft sich erholt hat und die Finanzverwaltung effektiv geworden ist, könnte eine zeitweilige externe Finanzierung von Budgetdefiziten gerechtfertigt sein – in Verbindung mit politischen Maßnahmen zur Reform des Steuersystems und zur Ausgabenkürzung (Kapitel 9).

Die Steuereinnahmen sind in den meisten Reformländern gesunken (Abbildung 7.4). In den Visegrad-Ländern und in Slowenien fiel das Verhältnis von Einnahmen zum BIP in den Jahren 1989 bis 1994 im Durchschnitt um 4 Prozentpunkte, obgleich es mit der Hälfte des BIP für Länder mit mittlerem Einkommen noch immer hoch war. Im Gegensatz dazu fiel der Anteil der Einnahmen am BIP in

den meisten anderen MOE- und NIS-Ländern um durchschnittlich 16 Prozentpunkte (die Ukraine, Usbekistan und die von regionalen Spannungen betroffenen Länder sind in diesem Vergleich nicht enthalten), bevor er sich im Jahr 1994 bei etwa 29 Prozent des BIP stabilisierte. Rußlands bescheidene Einnahmen spiegeln teilweise die mit der Besteuerung großer und mächtiger Staatsunternehmen verbundenen politischen Probleme wider, ein Beispiel dafür ist das riesige Erdgasmonopol Gazprom (Sonderbeitrag 7.1). Trotz des raschen Wirtschaftswachstums in China war der Rückgang der Einnahmen während der Reformperiode gleichermaßen dramatisch: von 34 Prozent des Bruttosozialprodukts (BSI<sup>1)</sup> im Jahr 1978 auf 17 Prozent im Jahr 1994. Im Gegensatz dazu stieg der Anteil der Einnahmen am BIP in Vietnam zwischen 1989 und 1994 dank der größeren Rentabilität der staatlichen Unternehmen und der Einführung von Einfuhrzöllen um 10 Prozentpunkte.

Niemand hatte einen derartig drastischen Rückgang der Steuereinnahmen während des Reformprozesses erwartet. Die Länder begannen mit einem, gemessen an internationalen Standards, hohen Steuerniveau, und der Rückgang der

### Sonderbeitrag 7.1 Sprung in den Löwenkäfig: Besteuerung von Gazprom

Gazprom, der Nachfolger des Sowjetischen Ministeriums der Gasindustrie, ist das größte Unternehmen in Rußland und eines der größten der Welt. Es ist ein hochrentables Monopol, mit einem geschätzten Marktwert des Vermögens von etwa 150 Milliarden Dollar (400 Milliarden Dollar oder mehr, wenn die Gasreserven hinzugerechnet werden). Seine jährliche Gasproduktion liegt bei 600 Milliarden Kubikmetern – doppelt soviel wie der Verbrauch Westeuropas. 1995 lag der Gewinn nach Steuern bei etwa 6 Milliarden Dollar, womit die Gesellschaft in der „Fortune Global 500“-Liste den zweiten Platz einnehmen würde (hinter Royal Dutch/Shell). Die Verbindlichkeiten von Gazprom sind vermutlich auf der ganzen Welt die niedrigsten für ein Unternehmen dieser Größe: Das Verhältnis von Schulden zum Eigenkapital liegt unter 5 Prozent.

1994 wurde die Hälfte der Anteile der Gesellschaft in Form von Coupons im Rahmen von geschlossenen Privatisierungs-Auktionen verkauft. Die Anteile wurden zu großen Teilen von Managern, Angestellten und Bewohnern der gasproduzierenden Regionen erworben. Die Gesellschaft selbst kaufte einen zusätzlichen Anteil von 10 Prozent zum Nennwert von der Regierung, die die restlichen 40 Prozent hält. Ohne Zustimmung des Managements können Anteile nicht auf den Namen neuer Eigentümer registriert werden.

Das gewaltige Vermögen von Gazprom ist eine Quelle großer Macht. Die Gesellschaft, die ungeheuer verschwiegen ist, ist zu einem „Staat im Staate“ geworden. Ihre Steuerverpflichtungen sind gering, und es ist ihr gestattet, einen steuerfreien „Stabilisierungsfonds“ in Milliardenhöhe für Investitionszwecke einzubehalten. 1995 zahlte Gazprom Steuern in Höhe von 4 Milliarden Dollar. Wenn Gazprom nicht von Steuerprivilegien profitiert hätte und allen Steuerverpflichtungen nachgekommen wäre, dann hätten die Steuerzahlungen mehr als doppelt soviel betragen. Diese Summe, die etwa 2 bis 3 Prozent des BIP entspricht, hätte einen merklichen Beitrag zum Abbau des russischen Haushaltsdefizits geleistet. Gazprom hat enge Verbindungen zur Regierung, und als Gegenleistung für den speziellen Steuerstatus wird erwartet, daß sie einen Teil ihrer Ausgaben für die vorrangigen Ziele der Regierung tätigt (wie zum Beispiel Unterstützung der Industrie oder des Militärs). Einige Kritiker führen an, daß die Gesellschaft höhere Steuern zahlen und dazu gedrängt werden sollte, Kapital auf den Weltmärkten aufzunehmen, was sie auch zu einer größeren Offenheit zwingen würde. Andere meinen, daß die Gesellschaft zerlegt werden sollte, wie es zu Anfang dieses Jahrhunderts mit Standard Oil in den Vereinigten Staaten geschah.

Einnahmen war zum Teil auf die marktorientierten Reformen und die schrumpfende Rolle des Staates zurückzuführen. Die schweren Einschnitte im staatlichen Unternehmenssektor in den MOE- und NIS-Ländern machten alles jedoch noch schlimmer. Sie reduzierten die Einnahmen noch stärker, indem sie die Hauptsteuerquellen in diesen Ländern, nämlich Gewinne, Löhne und Konsum, schrumpfen ließen. Am stärksten getroffen wurden langsamere Reformer, deren unvollständige strukturelle Anpassung die Gewinne reduzierte und damit die Steuerzahlungen der Unternehmer verminderte. Doch ein ziemlich großer Anteil der Einnahmenrückgänge war selbstverschuldet. Die größte Rolle spielte hierbei, daß der Einsatz der Besteuerung als Instrument der „Wirtschafts- und Sozialtechnik“ einen Druck für Ausnahmeregelungen und verminderte Steuersätze schuf. In der Ukraine sind viele Güter, einschließlich Lebensmittel und Güter des täglichen Bedarfs, von der Mehrwertsteuer ausgenommen. Und die Verbrauchssteuern auf Alkohol und Zigaretten sind in den NIS-Ländern um etwa 20 Prozentpunkte niedriger als in den OECD-Ländern. Mittlerweile ist in nahezu allen Reformländern die Landwirtschaft von Gewinnsteuern befreit, und ausländische Investoren genießen weiterhin Steuerprivilegien. Schließlich haben die Finanzverwaltungen generell dabei versagt, von den traditionell dominierenden staatlichen Sektoren die fälligen Steuern einzutreiben oder den rasch wachsenden privaten Sektor in das Steuernetz einzugliedern; und Steuerrückstände sind generell auf dem Vormarsch (siehe Kapitel 2).

Der trotz des raschen wirtschaftlichen Wachstums erhebliche Rückgang der staatlichen Einnahmen in China hebt die Notwendigkeit einer einheitlichen Steuerstrategie im Gefolge von Marktreformen hervor. Der Einnahmenrückgang beruhte zum größten Teil auf geringeren Beiträgen der staatlichen Unternehmen. Dies spiegelte teilweise die Absichten der Regierung wider. Im Interesse einer Förderung autonomer Unternehmen gestatteten die Behörden den staatlichen Unternehmen, einen Teil ihrer Gewinne einzubehalten und führten im Jahr 1984 eine Körperschaftsteuer ein, die ihre Steuerlast reduzierte. Ferner wurde die Erhebung von Einnahmen im Jahr 1988 durch ein System neuer Steuerverträge untergraben, die eine „Steuerzahlung nach Verhandlung“ für staatliche Unternehmen offiziell sanktionierten, und noch einmal in den frühen neunziger Jahren, als dieses System auf die Umsatzsteuern ausgedehnt wurde. Aber nicht alle Auswirkungen der Reformen auf die Einkünfte wurden vorausgesehen. Verstärkte Konkurrenz von Kollektiven ließ die Monopolgewinne der staatlichen Unternehmen schwinden. Außerdem haben die lokalen Regierungsbehörden, deren ökonomische und politische Macht zunahm, ihre Bemühungen bei der Eintreibung jener Steuern reduziert, die mit der Zentralregierung geteilt werden mußten, und gewährten „ihren“ Unternehmen Steuer-

erleichterungen. Zur gleichen Zeit schafften sie es, beträchtliche Ressourcen in lokale Verwendungen zu lenken, indem sie Ortsaufschläge auf die Steuern in Nebenhaushalte leiteten und örtliche Unternehmen Mittel für lokale Schulen „spenden“ ließen und sie dazu veranlaßten, lokale Brücken zu bauen. Bis zum Jahr 1994 gab es in China keine effektive Finanzverwaltung. Wenn China die Reformen weiter vorantreibt und wenn der Staat voll in die sozialen Verpflichtungen der Unternehmen eintritt, wird es entscheidend darauf ankommen, den Rückgang der Einnahmen wieder umzukehren.

Die Reformländer haben bei der Anpassung ihrer verschiedenen Steuern an die in Marktwirtschaften üblichen Strukturen beträchtliche Fortschritte erreicht. Die Mehrwertsteuer hat generell die komplexe Umsatzsteuer ersetzt. Körperschaftssteuern beginnen die Gewinnsteuern und Transfers zu ersetzen. Und Systeme für die Besteuerung der Individualeinkommen sind in der Entwicklung. Trotzdem sind die – häufig ad hoc entstandenen – Steuersysteme weit von dem entfernt, was erstrebenswert wäre. Die Effizienzverluste der Besteuerung (die Verminderung der Realeinkommen der Gesellschaft durch die Auferlegung von Steuern) sind in einer Reihe von Reformländern vielleicht so hoch wie in einigen Entwicklungsländern. So kommt eine Studie für Indien zu dem Schluß, daß jede aufgrund steigender Steuersätze zusätzlich erhobene Rupie aus der Umsatzsteuer oder Einfuhrzöllen Effizienzverluste in Höhe von 0,85 bzw. 0,77 Rupien verursacht.

Die erheblichen Steuerverzerrungen in Reformländern haben unterschiedliche Ursachen. Erstens sind die Mindestsätze oft hoch. In Reformländern mit ihren gerade erst flügge gewordenen kleinen Unternehmen und einer unzulänglichen Finanzverwaltung begünstigen hohe Sätze vermutlich die ohnehin schon weit verbreitete Steuervermeidung und das Ausweichen in die informelle Wirtschaft. Zweitens greifen viele Länder in hohem Maß auf Lohnsteuern zurück, um Sozialausgaben zu finanzieren. In Ungarn wird mehr als die Hälfte jedes Forints aus zusätzlichen Lohneinkommen durch eine Kombination von Lohnsteuer und individueller Einkommensteuer weggesteuert. Wie viele Marktwirtschaften feststellen, können hauptsächlich den Arbeitgebern auferlegte Steuern auf Lohnzahlungen entmutigend auf unternehmerische Anstrengungen wirken, die reguläre Einstellung neuer Mitarbeiter verringern und ökonomische Aktivitäten in den Untergrund verdrängen. Die Steuerbasis der Lohnsteuer ist in der Tat in einigen Reformländern erheblich gesunken. Drittens, und dies ist vielleicht am wichtigsten, gelten die vielfältigen oben beschriebenen steuerlichen Ausnahmeregelungen und speziellen Steuersätze häufig neben höheren Sätzen für andere Aktivitäten, wie zum Beispiel für Banken und Versicherungen und ganz allgemein im privaten Sektor. Solche Unterschiede in der steuerlichen Behandlung wirken sich negativ auf die Ein-

nahmenentwicklung aus, erschweren die Finanzverwaltung und verzerren die Ressourcenallokation.

Die Steigerung der Steuereinnahmen in Reformländern setzt eine Reform sowohl der Struktur und Zusammensetzung der Steuern wie auch der Erhebung der Steuern voraus. Der erste Baustein zur Erreichung dieses Ziels, ein verbessertes Steuergerüst, wird essentiell sein für die Erzielung höherer und einigermaßen abschätzbarer Einnahmen, die Minimierung von Verzerrungen und die Vermeidung umfangreicher Erhöhungen von Steuersätzen sowie häufiger gesetzlicher Änderungen. Die Schlüsselaufgabe besteht darin, steuerliche Ausnahmeregelungen strikt einzuschränken und sektorale Unterschiede in der steuerlichen Behandlung zu beseitigen. Das bedeutet die Ausweitung der Mehrwertsteuer auf alle Güter und Dienste mit wenigen Ausnahmen (vor allem Exporte, die gar nicht besteuert werden sollten, sowie Bank- und Versicherungsleistungen, wo die Bestimmung der Höhe der zu besteuernenden Wertschöpfung schwierig sein könnte). Wichtige Grundstoffe, wie Gas und Öl, sollten in vollem Umfang besteuert werden, was in einigen Fällen nicht unerhebliche Verbrauchssteuern einschließt. Absetzungen von Gewinn- und persönlicher Einkommensteuer müssen begrenzt werden. Der Steuerstatus der Landwirtschaft, vor allem in den NIS-Staaten, wird auch gründlich überholt werden müssen, zuerst durch die Aufhebung der Ausnahmen bei wichtigen Steuern und später durch die Einführung von Steuern auf Grund und Boden. Kleine private Firmen sollten einer mutmaßlichen Besteuerung unterliegen (die auf ausgewählten Indikatoren beruht und weniger auf den tatsächlichen Gewinnen), wie es in Vietnam und einigen anderen Reformländern der Fall ist. Schließlich sollten die Länder mit der Verbreiterung der Steuerbasis die Grenzsteuersätze und die gesamte Steuerlast des privaten Sektors beschränken. So wird in den Visegrad-Ländern und Rußland eine verbesserte Steuereffizienz und eine verringerte Steuervermeidung mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Senkung der Körperschafts-, Einkommens-, Lohn- und der Mehrwertsteuern notwendig machen.

Der zweite Baustein einer effizienten Einnahmenstrategie ist eine verbesserte Finanzverwaltung. In einer Marktwirtschaft basiert ein effektives Finanzverwaltungssystem auf der freiwilligen Befolgung der Steuerpflicht einer großen Anzahl dezentralisierter Steuerzahler. Die meisten Reformländer haben erst kürzlich damit begonnen, sich den Fragen der Steuerwilligkeit zuzuwenden und ein modernes System von Finanzbehörden zu errichten, das insgesamt eine leistungsfähigere und erfolgreichere Einnahmenerhebung verspricht. Der im Jahr 1994 in China errichtete neue Nationale Steuerdienst mit Befugnis zur Erhebung der großen Masse der Steuern hat dabei geholfen, den Anteil der Zentralregierung an den gesamten Einnahmen zu steigern.

Ein erster Schritt besteht darin, die Organisation der Arbeit umzustrukturieren. Die Entwicklung einer Finanzver-

waltung sollte sich wie in Ungarn an den Tätigkeiten orientieren (wie Registrierung oder Rechnungsprüfung), anstatt sich nach der Art der Steuer und der Steuerzahler zu richten. Noch allgemeiner ausgedrückt, die Steuerzahlungen müssen effizienter festgesetzt, eingetrieben und registriert werden. Die derzeit angewandten Verfahren sind wohl kaum in der Lage, mit einer wachsenden Zahl von Steuerzahlern umzugehen. Bei vielen – insbesondere privaten Firmen und Dienstleistungsunternehmen – ist eine Steuererhebung zur rechten Zeit eine knifflige Angelegenheit. Die Regierung könnte zum einen mit der Vergabe von Identifikationsnummern für alle Steuerzahler beginnen und ihre Anstrengungen vor allem auf große Steuerzahler konzentrieren, die den Löwenanteil der Einnahmen bringen, und zum anderen die Lohnsteuer an der Quelle erheben. Als nächstes käme eine gründlichere Überwachung mit den entsprechenden Folgemaßnahmen für diejenigen, die sich nicht registrieren lassen oder keine Zahlungen leisten. Lettland zum Beispiel hat Regulierungen für ein verbessertes Register der Steuerzahler erlassen: Jeder Steuerpflichtige muß sich bei der Behörde für Staatseinnahmen (State Revenue Service) registrieren lassen: Finanzinstitute dürfen keine Geschäfts- oder Privatkonten ohne eine steuerliche Codenummer eröffnen.

Die Form der Rechnungsprüfungen und der Durchsetzung der Steuerpflicht muß sich mit der Hinwendung zu einem auf Freiwilligkeit beruhenden Steuersystem ebenfalls ändern. Buchprüfungen müssen selektiv durchgeführt werden. In Ungarn wird dieser Ansatz verfolgt, doch viele NIS-Staaten führen alle zwei Jahre eine komplette Steuerprüfung bei jedem Steuerzahler durch. In den meisten Reformländern müssen die Finanzbeamten mehr Einfluß erhalten, um die Zahlungen auch durchsetzen zu können (in einigen NIS-Staaten ist es ihnen lediglich erlaubt, bei Banken Informationen über säumige Steuerzahler einzuholen). In Bulgarien und Polen sind Bemühungen zu einer Gesetzesänderung im Gange, so daß den Behörden der Zugriff auf das Vermögen rückständiger Steuerzahler erlaubt ist. Das neue Steuergesetz in Lettland sieht für nachlässige Steuerzahler unterschiedliche Strafen vor, die bis zur Schließung des Gewerbes reichen.

### Fiskalische Dezentralisierung – Segen oder Fluch?

Angesichts des politischen Drucks, das Ausgabenniveau in einer Zeit sinkender Einkünfte zu halten oder zu erhöhen, haben Zentralregierungen in Reformländern eine Anzahl von Ausgabenverpflichtungen auf lokale Regierungsstellen abgewälzt. Folglich tragen diese lokalen Behörden die Verantwortung für einen großen und wachsenden Anteil der gesamten staatlichen Ausgaben, einschließlich der Ausgaben für einige Dienstleistungen wie Bildung, Gesundheit und soziale Wohlfahrt, was im nationalen wie auch im lokalen Interesse ist. In China und Rußland zum Beispiel belieben sich die Ausgaben untergeordneter Regierungsstellen

vor dem Jahr 1989 auf knapp 40 Prozent der Gesamtausgaben, jetzt liegen sie nahe bei 50 Prozent. Im Zuge der Privatisierung staatlicher Unternehmen gingen die Ausgaben für soziale Dienstleistungen und Infrastruktur ebenfalls auf subnationale Haushalte über.

Was die Einnahmen anbelangt, fand ein solcher Trend zur Dezentralisierung nicht statt; diese blieben in nahezu allen Reformländern zentralisiert, im wesentlichen aus Stabilitätsgründen. In so unterschiedlichen Ländern wie Ungarn und der Ukraine erhält die Zentralregierung immer noch sämtliche Einnahmen aus Körperschafts-, Mehrwert-, Verbrauchssteuern und Zöllen. In Rußland erhalten lokale Regierungsstellen Anteile an den Einnahmen aus allen vier Steuerarten – der Gewinn-, Einkommen-, Mehrwert- und Verbrauchssteuer –, aber die zugrundeliegenden Vereinbarungen sind undurchsichtig, und die ergänzenden regionalen Ausgleichsmechanismen sind ineffizient. Die von den lokalen Behörden inzwischen unabhängig erhobenen Einkünfte sind in den meisten Reformländern unzulänglich. Vermögenssteuern bringen nur geringe Einnahmen und kleinere Steuern, wie in Rußland die Hundesteuer, die Steuern auf gebrauchte Computer, Logos und Pferderennen, sind kaum mehr als eine lästige Plage. In einer Anzahl von NIS-Staaten gibt es noch eine Steuer auf Bärte, die auf die Zeit des russischen Zarenreiches zurückgeht.

Die Dezentralisierung der Ausgaben bei gleichzeitiger Zurückhaltung der Einnahmen ermöglichte es den Zentralregierungen, ihren Defizitziele etwas näher zu kommen. Diese Verschiebung der Ausgabenzuständigkeiten, ohne entsprechende Einkünfte, zu den subnationalen Regierungsebenen – in der Hoffnung, daß jene die Einschnitte bei den Ausgaben vornehmen – war eine starke Belastung für die lokalen Haushalte. Lokale Behörden haben Ausgabenrückstände angesammelt und, im Fall der russischen Verwaltungsbezirke (*Oblast*), ihre Beiträge zum Bundeshaushalt verzögert. Sie haben sich auch auf den Finanzmärkten verschuldet, sowohl direkt als auch indirekt durch „ihre“ Unternehmen, und haben Nebenhaushalte eröffnet. Tatsächlich kann eine Konzentration der Stabilisierungspolitik allein auf das zentrale Defizit zu Handlungen führen, die die Wirtschaft destabilisieren und die Transparenz des Budgets reduzieren. Dadurch kann auch der Prozeß der Privatisierung behindert werden, wenn lokale Regierungsstellen nennenswerte Mittel von Unternehmen erhalten, die in ihrem Besitz sind. Die Dezentralisierung der Verantwortung für Ausgaben ohne eine dezentralisierte Steuerhoheit hat den Trend zu der in Kapitel 4 erwähnten zunehmenden regionalen Ungleichheit verstärkt. Rußlands reichster *Oblast* gibt beispielsweise derzeit siebzehnmal mehr pro Kopf aus als der ärmste.

Manchmal war die Dezentralisierung jedoch auch von Nutzen. In Polen scheint sich zum Beispiel die Qualität lokaler öffentlicher Dienstleistungen verbessert zu haben: Die Tatsache, daß die Nutznießer eine aktivere Rolle im lokalen

Entscheidungsprozeß spielen und die lokalen Behörden eine größere Verantwortlichkeit haben, mag die Benutzerfreundlichkeit des Dienstleistungsangebots erhöht haben. Lokale Regierungsstellen haben keine Defizite erzeugt und so die makroökonomische Stabilisierung gestützt. In China war die Dezentralisierung bei der Förderung einer experimentellen Reformstrategie wichtig, wobei die erfolgreicheren Regionen Beispiele für die übrigen lieferten.

Es gibt nicht das einzig „richtige“ System von Beziehungen zwischen Regierungsbehörden, und kein Land ist das „beste“ Beispiel, das den Reformländern als Modell für die Zuweisung von Einnahmen und Ausgaben an die einzelnen Regierungsebenen dienen könnte. Einnahmenezuweisungen sowie die grundlegenden Steuersysteme müssen relativ stabil sein, so daß sie die Anreize für Investitionen und Wachstum nicht untergraben, und um zu gewährleisten, daß das Land ein einheitlicher Wirtschaftsraum bleibt. Dies kann gerade in Reformländern von Bedeutung sein, da dort die Liberalisierung einen Trend zur Dezentralisierung und regionalen Differenzierung besitzt. So wird die nationale Einheit im allgemeinen für die Gewinn- und Einkommensteuern, die Mehrwertsteuer sowie Steuern auf Rohstoffe und den internationalen Handel als wünschenswert erachtet. Einnahmen, die subnationalen Regierungsstellen zugewiesen werden können, schließen Verbrauchssteuern, Aufschläge auf die nationale Einkommensteuer („Rucksäckchen“, wie sie für Polen, Rußland, die Ukraine und Ungarn empfohlen wurden) und verschiedene Vermögenssteuern und -abgaben ein. Die Verteilung der Ausgabenverpflichtungen ist noch komplexer und in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich. Während die Zentralregierung solche Zuständigkeiten wie den nationalen öffentlichen Dienst und die Verteidigung behält, können subnationale Regierungsebenen für Ausgaben verantwortlich sein, die von Bildung und überregionaler Infrastruktur bis hin zu rein lokalen Dienstleistungen reichen. Subnationale Regierungsebenen sind in Argentinien für 15 Prozent der Gesamtausgaben verantwortlich, in Kanada aber für mehr als 50 Prozent.

Ungleichgewichte zwischen den eigenen Einnahmen und den Ausgaben auf den untergeordneten Regierungsebenen begründen die Notwendigkeit von Transfers zwischen Regierungsebenen – sowohl um Finanzierungslücken auf lokalen Ebenen zu schließen als auch über alle lokalen Regierungsstellen hinweg ein Mindestniveau öffentlicher Dienste zu gewährleisten („Gleichstellung“). Die weltweiten Erfahrungen beim Umgang mit diesem Problem lassen im großen und ganzen vier Lektionen für Reformländer zu. Erstens kann ein kooperativer Ansatz (bei dem die Transfers allen subnationalen Regierungsstellen einer Ebene zustehen und nicht nur einigen ausgewählten) die Einbindung subnationaler Regierungen in den Ausgleichsprozeß fördern und sicherstellen, daß mächtige subnationale Regie-

rungen sich die Einnahmen der Zentralregierung nicht einfach aneignen. Zweitens erfordern die sich entfaltende Rolle des Staates und die fortwährenden Weiterentwicklungen der Preis- und Unternehmensreformen ein gewisses Maß an Flexibilität bei Umfang und Planung lokaler Transfers. Drittens sollten Transfers möglichst Anreize für subnationale Regierungen bieten, eigene Einnahmequellen zu schaffen und ihr Ausgabenprogramm effizient zu verwalten. Pauschale Transfers für allgemeine Zwecke erfüllen zum Beispiel diesen Anspruch, aber automatische „lückenfüllende“ Transferzahlungen der Zentralregierung zur Deckung lokaler Defizite tun dies nicht. Viertens sollte jedes Ausgleichssystem auf die Bedürfnisse und die Möglichkeiten des jeweiligen Landes zugeschnitten sein. Volkswirtschaften mit Datenproblemen, so wie China, könnten zum Beispiel mit einem Ansatz beginnen, der nur eine begrenzte Zahl von Faktoren berücksichtigt und nur einen Teil des Einnahmenüberschusses der Zentralregierung umverteilt.

Ohne eine effektive Kontrolle über die subnationale Verschuldung kann selbst der sorgfältigst durchdachte Transfermechanismus versagen, wenn es darum geht, die gewünschten Anreize für ein effizientes Management der lokalen Regierungsfinanzen zu schaffen. In Reformländern sollte deshalb eine von der Zentralregierung unabhängige Kreditaufnahme lokaler Behörden nur gestattet sein, wenn wirksame institutionelle Sicherheiten eingebaut sind.

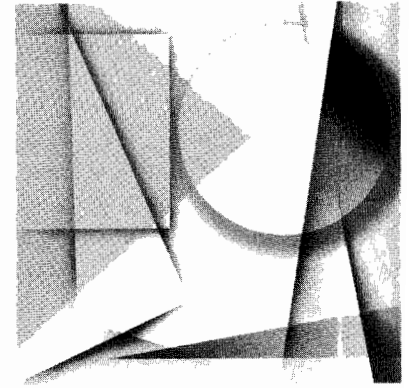
Kurz gesagt, ein wohldurchdachtes System des Finanzausgleichs zwischen Regierungsebenen, das auf diesen Grundlinien basiert, kann zu verantwortungsvolleren, qualitativ besseren lokalen Diensten führen, die die Entwicklung des privaten Sektors fördern und die Armut reduzieren. Mißlingt die sorgfältige Gestaltung des Systems, kann dies zu makroökonomischer Instabilität führen und die Reformen gefährden, wie sich in verschiedenen Ländern gezeigt hat.

### Was bleibt zu tun?

Die meisten Reformländer sind dabei, ihren Staat umfassend umzugestalten. Entscheidende Gesetze wurden erlas-

sen, neue Steuern haben die alten ersetzt, und die Subventionen wurden allgemein stark gekürzt. Doch der Fortschritt bei der fiskalischen Stabilisierung war unterschiedlich, Umverteilungen der Staatsausgaben, die von tiefgreifenden sektoralen Reformen abhängen, sind schwierig und kommen nur langsam voran, und die Steuererhebung sowie das Haushaltsmanagement bleiben in den meisten Ländern unzulänglich. Kurzfristig werden einige Prioritäten bei der Steuerreform dazu führen, daß die Gestaltung des Steuersystems verbessert wird (vor allem durch die Beseitigung weitreichender Ausnahmen und die Senkung der hohen Grenzsteuersätze), alle Steuerzahler registriert werden, das Verfahren zur Haushaltsaufstellung qualitativ verbessert wird, Enteignungen beseitigt werden, die Rentenreform eingeleitet und die oft umfangreichen, verborgenen finanziellen Belastungen des Staates in Form von Steuerrückständen, staatlichen Garantien, Verlusten von Staatsbanken oder „rollenden“ gelenkten Krediten vermindert werden. Andere fiskalische Reformen – wie die gründliche Überholung des öffentlichen Dienstes sowie die Klarstellung und Neuordnung des Finanzausgleichs zwischen Bundes- und Lokalregierungen – dürften gleichermaßen wichtig sein. Da diese Reformen aber hohe Ansprüche an die knappen institutionellen Kapazitäten stellen, können diese nicht allein von den amtierenden Regierungen bewältigt werden. Dies sind Prioritäten auf lange Sicht. Schließlich und endlich sehen sich die Reformregierungen einer mehr nach außen gerichteten – und vielleicht wichtigeren – Herausforderung gegenüber. Politische Reformen, wirtschaftliche Liberalisierung und Stabilisierung sowie neue Möglichkeiten für den privaten Sektor tragen alle dazu bei, eine Nachfrage nach den vielfältigen gesetzlichen, finanziellen und sozialen Institutionen, die in diesem Teil des Berichts diskutiert wurden, zu schaffen. Sie werden nicht aus dem Nichts entstehen. Diese Institutionen zu etablieren und sie weiterzuentwickeln, könnte der größte Beitrag zum langfristigen Gelingen des Reformprozesses sein, den die Regierungen leisten können.

# Investitionen in Menschen und Wachstum



Ein gut ausgebildetes, gesundes Arbeitskräftepotential ist ein wesentlicher Faktor für das wirtschaftliche Wachstum. Hier haben die Reformländer ein starkes Fundament, auf dem sie aufbauen können. Wie bereits in der Einführung erwähnt, waren die hohe Qualität und der leichte Zugang zu allgemeiner Bildung und Gesundheitsfürsorge zwei der stolzesten Errungenschaften der zentralen Planwirtschaft. Die von den Reformregierungen übernommenen Bildungs- und Gesundheitssysteme waren jedoch an dem starren Umfeld einer Planwirtschaft orientiert und passen nicht zu den flexibleren und veränderlichen Bedürfnissen freier Märkte. Deshalb wird eine Bildungsreform benötigt, einmal um den Arbeitskräften besser übertragbare, marktfähige Qualifikationen zu vermitteln, und zum anderen, um informierte Bürger zu erziehen, die in der Lage sind, eine aktive Rolle in der bürgerlichen Gesellschaft zu übernehmen. Eine Reform des Gesundheitssystems ist notwendig, um die Lebenserwartung zu erhöhen und die Belastungen durch Krankheit und andere gesundheitliche Schäden zu verringern, beides erhöht die Produktivität und die Lebensqualität. Das Kunststück für die Regierungen besteht nun darin, die Gesundheitsfürsorge und das Bildungssystem so umzugestalten, daß sie die Bedürfnisse eines neuen Wirtschaftssystems erfüllen, ohne die positiven Errungenschaften des alten Systems aufzugeben.

## Qualifikationen umgestalten

Der Hauptzweck des Bildungssystems besteht in der Vermittlung von Kenntnissen und Fertigkeiten und, ebenso wichtig, der Übermittlung bestimmter Wertvorstellungen. Das resultierende Bildungspaket wird sich zwischen Ländern und Kulturen enorm unterscheiden. Um den Haupt-

zweck zu erreichen, muß eine Reihe untergeordneter Ziele erfüllt werden: ein gerechter Zugang zu Bildung und Ausbildung; ein Bildungsangebot, das den Individuen das nötige geistige Rüstzeug vermittelt – ökonomisch, sozial und politisch –, um in den Gesellschaften, in denen sie leben, zu bestehen (externe Effizienz); Schulen und andere Institutionen so effektiv wie möglich zu betreiben (interne Effizienz); und die Bildung fair und effektiv zu finanzieren.

## Ausgangsbedingungen

In der zentralen Planwirtschaft waren die mittel- und osteuropäischen Staaten sowie die Sowjetunion hochgebildete Gesellschaften, mit nahezu universeller primärer und sekundärer Schulbildung, einem im Vergleich zu Ländern mit ähnlichem Einkommen (und manchmal zu jenen mit viel höherem Einkommen) hohen Bildungsniveau und einem eindrucksvollen Wissensstand bei den grundlegenden Mathematikkenntnissen und im Ingenieurwesen. Der Zugang zur Bildung war relativ gerecht, für Mädchen wie für Jungen – eine große Errungenschaft im Hinblick auf den starken Einfluß gleicher Bildung auf die allgemeine Gesundheit und Produktivität. Auch in China waren – und sind – die Erfolge im Bildungswesen beeindruckend, gemessen am Standard von Entwicklungsländern.

Zieht man diese Erfolge sowie die vielen anderen Ansprüche an die Politiker während des Reformprozesses in Betracht, so könnte man die Bildungsreform als eine politische Maßnahme ansehen, die erst einmal aufgeschoben werden kann. Aber eine Reform des Bildungswesens ist notwendig, und zwar dringend. Erstens war das übernommene Bildungssystem selbst vor dem Hintergrund einer zentralen Planwirtschaft äußerst ineffektiv. Der Staat finanzierte die



Bildung auf der Basis starrer Vorgaben, die Ressourcen wurden ohne Rücksicht auf die Nachfrage von Studenten oder Arbeitgebern verteilt. Und obgleich es sich beim Bildungsangebot größtenteils um ein öffentliches Monopol handelte, war die Koordination unzureichend. Die Programme zur beruflichen Entwicklung waren zerstückelt, und die knappen Ressourcen wurden oft für gleichartige Einrichtungen ausgegeben, da jedes Unternehmen und Ministerium seine eigenen Institute aufbaute. Außerdem hatten weder Verwaltungsbeamte noch Lehrer irgendwelche Anreize, die Ressourcen effizient zu nutzen. Das Ergebnis bestand in einer umfangreichen personellen Überbesetzung und hohen Stückkosten. In vielen Aspekten hatte das Bildungssystem – wie auch das Gesundheitssystem, wie wir später sehen werden – ähnliche Probleme wie die Staatsunternehmen. Zwar wird die Lösung nicht die gleiche sein, doch sie wird einige gleiche Elemente aufweisen – zum Beispiel, Anreize für Effizienz und größere Rücksicht auf die Nachfrage der Verbraucher. Wie weiter unten erklärt wird, liegt der zweite Grund für die Notwendigkeit einer Reform in den wesentlichen Defiziten, die das übernommene System im Hinblick auf die Unterstützung eines Marktsystems aufweist.

Eine Reform des Bildungswesens drängt, weil die Erosion des Humankapitals eines Landes hohe Kosten verursacht. Schlecht ausgebildete Menschen stellen einen großen Anteil der Arbeitslosen und der Armen. Glücklicherweise gibt es genügend Anzeichen dafür, daß sich höhere Aufnahmehzahlen in Bildungseinrichtungen sowie rasche Reaktionen des Bildungssystems auf veränderte Arbeitsmärkte auszahlen: Solche Faktoren erklären einen bedeutenden Teil der höheren Wachstumsraten der hochleistungsfähigen ostasiatischen Volkswirtschaften in den letzten Jahrzehnten. In Reformländern hemmt die Knappheit notwendiger Qualifikationen die Umstrukturierung und Privatisierung von Unternehmen.

In China ist das Angebot sozialer Dienste, die in den ärmsten Regionen stagnieren, ein ernstes Problem. Der erzielte Bildungsstand und, wie weiter unten diskutiert wird, der Gesundheitszustand sind beklagenswert. In den ärmsten Städten und Dörfern besucht die Hälfte der Jungen keine Schule und wird des Schreibens und Lesens unkundig bleiben; in manchen Regionen, in denen Minderheiten leben, trifft dies für fast alle Mädchen zu. In einem armen Dorf in Landkreis Tongxin besuchen lediglich dreißig der siebzig Kinder im Schulalter eine Grundschule; in einem anderen Dorf im gleichen Landkreis hat keines der fünfzig Kinder in den letzten vier Jahren die Schule besucht, nachdem die örtliche Grundschule geschlossen wurde.

#### *Bildung und Ausbildung an die Marktwirtschaft anpassen*

Die Bildungssysteme in zentralen Planwirtschaften konzentrierten sich einerseits darauf, allen Schülern eine einheitliche Interpretation der Geschichte und der nationalen

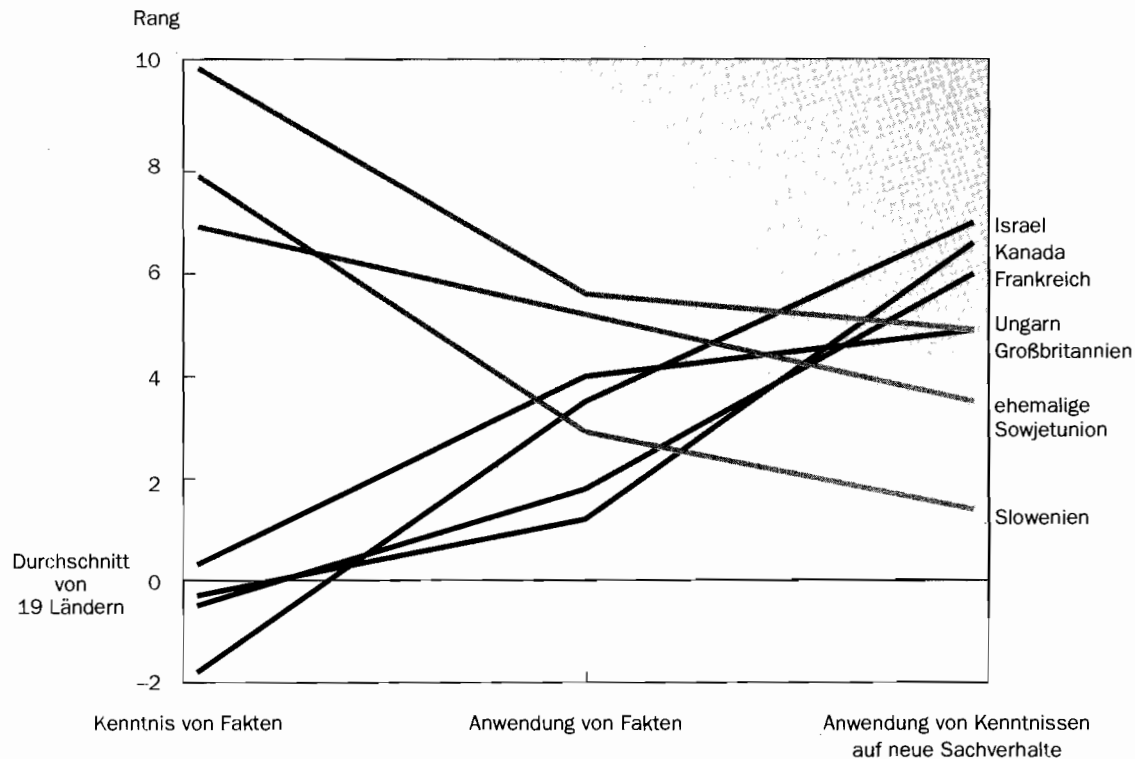
Ziele zu vermitteln. Andererseits kam es auf die Beherrschung fester, spezialisierter Wissensgebiete an, die in eng umrissenen Berufen benötigt wurden. Das Bildungssystem war somit geprägt von Gleichförmigkeit für alle und Spezialisierung für jeden. Diese Philosophie des sozialistischen Bildungssystems paßte aus mindestens drei Gründen nicht zu den Bedürfnissen einer Marktwirtschaft. Erstens, obwohl die primäre Bildung in mancherlei Hinsicht derjenigen vieler westlicher Länder überlegen war, begann die nachfolgende Berufsausbildung zu früh und war zu stark spezialisiert. Die höheren technischen Lehranstalten in Polen vermittelten etwa 300 berufliche Fertigkeiten, um der speziellen und ziemlich statischen Nachfrage der zentralen Planung entgegenzukommen. In Deutschland hingegen werden den Sechzehn- bis Achtzehnjährigen alles in allem etwa sechzehn Ausbildungsberufe angeboten. Zweitens wurden Fort- und Ausbildung für Erwachsene, die essentiell für die Arbeitsplatzmobilität in einer Marktwirtschaft sind, vernachlässigt, weil man davon ausging, daß die Arbeitskräfte ihr ganzes Arbeitsleben lang ihrer ersten Beschäftigung nachgehen würden. Drittens wurden solche Gebiete wie Volkswirtschaft, Betriebswirtschaft, Recht und Psychologie – die alle in Marktwirtschaften von besonderer Bedeutung sind – als irrelevant erachtet, abgewertet oder sogar ignoriert.

Auch in liberalen Marktwirtschaften beinhaltet Bildung die Vermittlung kultureller, politischer und nationaler Werte, neben dem Erlernen von Wissen und Qualifikationen. In scharfem Gegensatz zum Bildungsanspruch in den Planwirtschaften betonen ihre Systeme persönliche Verantwortung, intellektuelle Meinungsfreiheit und die Fähigkeit zur Problemlösung.

Die Qualifikationen, die von den Schülern während ihrer Ausbildung erworben werden, lassen sich anhand von drei Kriterien beurteilen: die Fähigkeit, Lösungen für einen bekannten Problemkreis zu finden; die Fähigkeit, gegebene Techniken auf neue Probleme anzuwenden; und die Fähigkeit, das zur Lösung eines neuen Problems geeignete Verfahren auszuwählen. Obwohl diese Hierarchie der Fähigkeiten in den zentralen Planwirtschaften anerkannt war, wurde in vielen der obere Bereich – der ein unabhängiges, kritisches Denken erforderte – als staatsgefährdend angesehen. Die Abbildung 8.1 illustriert mit Hilfe dieser drei Kriterien die Stärke des alten Systems wie auch die Notwendigkeit von Veränderungen. Die Kenntnisse im Bereich der Mathematik und Naturwissenschaften liegen bei den Kindern in den NIS-Staaten, Slowenien und Ungarn deutlich über dem internationalen Durchschnitt. Diese Länder haben eindeutig erfolgreiche Bildungssysteme. Im Vergleich zu Gleichaltrigen in Frankreich, Großbritannien, Israel und Kanada schneiden Kinder in diesen Ländern jedoch bei reinen Wissensabfragen besser ab als bei Tests, die die Anwendung des Gelernten auf neue Sachverhalte verlangen. Diese

**Der Schwerpunkt der sozialistischen Bildung lag eher in der Vermittlung von Wissen als in dessen Anwendung.**

**Schaubild 8.1** Die Prüfungsleistungen in den Fächern Naturwissenschaften und Mathematik von Kindern in ausgewählten Reformländern und etablierten Marktwirtschaften



Anmerkung: Die Daten zeigen Abweichungen vom Gesamtdurchschnitt aus einer Stichprobe von neunzehn Ländern, die enthalten Testergebnisse von Neun- und Dreizehnjährigen aufgrund der zweiten internationalen Bewertung von Bildungsfortschritten (International Assessment of Educational Progress), die im Jahre 1991 durchgeführt wurde. In den oben angeführten Ländern wurden über dem Durchschnitt der Stichprobe liegende Ergebnisse erzielt. Quelle: Kovalyova 1994; zu den technischen Details siehe Education and Testing Service 1992 a, 1992 b.

Resultate weisen darauf hin, daß die Bildungssysteme in Planwirtschaften wie auch in Marktwirtschaften ihre unterschiedlichen Ziele erreicht haben. Sie zeigen auch die Richtung an, in die sich die notwendigen Veränderungen in den mittel- und osteuropäischen Ländern und den NIS-Staaten bewegen müssen, wenn sie ihr Humankapital dem Bedarf einer Marktwirtschaft anpassen und die Wissenslücken füllen wollen. Die Politik der höheren Bildung in China steht in zunehmendem Maße den gleichen Problemen gegenüber.

Die Anpassung des Bildungsprogramms wird nicht leicht sein (Tabelle 8.1). Wegen der Lücken in den Lehrplänen fehlen nicht nur die Konzepte, es fehlen auch die

Begriffe. „Effizienz“ zum Beispiel bedeutet für einen Manager, der nur bestrebt ist, den Plan zu erfüllen, etwas völlig anderes als für einen Manager, der die Gewinne steigern und der Konkurrenz Marktanteile abringen möchte. Obgleich sich die Terminologie rasch annähert, können fehlende Konzepte und, daraus folgend, fehlende Begriffe immer noch eine rasche und effiziente Übermittlung von Wissen und Qualifikationen behindern.

#### Politische Tendenzen

Die Reformprioritäten liegen auf drei Hauptbereichen: Finanzierung, Inhalte und deren Vermittlung. Die Finanzie-

**Tabelle 8.1** Beispiele für notwendige Veränderungen im Bildungswesen

Bestandteile des Bildungsangebots	angestrebte Ziele
Wissen	Die Errungenschaften des alten Systems bewahren, aber die frühere Vernachlässigung der Sozial- und Rechtswissenschaften korrigieren.
Qualifikationen	Die Orientierung auf spezifische Fähigkeiten reduzieren und die Vermittlung breiterer und flexiblerer Qualifikationen fördern, die besser geeignet sind, den ständig wechselnden Bedürfnissen einer Marktwirtschaft gerecht zu werden. Die Fähigkeit fördern, vorhandenes Wissen unter neuen und unerwarteten Umständen anzuwenden.
Verhaltensweisen	Den Grundgedanken stärken, daß die Initiativen von Arbeitnehmern und anderen Wirtschaftssubjekten belohnt werden. Das Verständnis fördern, daß die Beschäftigung von Arbeitnehmern (nach Maßgabe angemessener Vorschriften) keine Ausbeutung darstellt, sondern ihnen die Möglichkeit gibt, ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Die Einstellung fördern, daß unternehmerische Aktivitäten ihren Platz in der Gesellschaft haben und Gewinne als Motor des Wachstums notwendig sind.
Wertvorstellungen	In Übereinstimmung mit dem veränderten Verhältnis von Bürgern und Staat den Grundgedanken fördern, daß die Bürger für ihr Handeln verantwortlich sind, darunter für ihre Entscheidungen bezüglich Bildung, Erwerbstätigkeit und Lebenswandel. Das Bewußtsein stärken, daß die Meinungsfreiheit ein grundlegender und konstruktiver Bestandteil einer pluralistischen Gesellschaft ist, die auf einem allgemeinen Konsens beruht.

rung des Bildungswesens sollte Anreize zur Effizienz bieten. Ein Weg besteht darin, die Verteilung der öffentlichen Mittel für die Berufs- und höhere Schulbildung auf der Basis der Zahl der Einschreibungen vorzunehmen, damit das System besser auf die Nachfrage reagiert – obgleich eine derartige Politik mit einer höheren Verantwortlichkeit einhergehen muß, wie weiter unten diskutiert wird. Ein System von Ausbildungscoupons würde es den Arbeitskräften gestatten, sich Art und Ort ihrer Ausbildung auszusuchen, was die berufliche wie auch die geographische Mobilität verbessern würde. Eine Reform der Bildungsfinanzen ist nicht nur einfach im Hinblick auf die effizientere Verwaltung von Schulen wichtig (interne Effizienz), sondern auch im Hinblick auf eine Verbesserung von Bildungsinhalten (externe Effizienz), indem die Menschen mit den Mitteln ausgestattet werden, die es ihnen erlauben, die Bildung und Ausbildung nachzufragen, die sie benötigen. Ein anderer wesentlicher Punkt ist auch, über die Finanzierung verbesserte Zugangsmöglichkeiten zu gewährleisten – ein großes Problem im ländlichen China. Die Regierung muß bereit sein, die Verantwortung für einen garantierten Zugang zu qualifizierter Bildung zu übernehmen; hier können interregionale Transfers erforderlich sein, um die sich ausweitenden regionalen Disparitäten auszugleichen (siehe Kapitel 4 und 7).

Für die Reform der Bildungsinhalte ist die Erstellung neuer Lehrpläne von zentraler Bedeutung, besonders auf solchen Fachgebieten wie Wirtschaft und Geschichte, sowohl um ein kritisches Lernverhalten zu erzielen, als auch die schulische Ausbildung an veränderte Bedürfnisse und Werte anzupassen. Dazu werden neue Lehrbücher benötigt, und die Reformen sollten die Entwicklung eines konkur-

renzfähigen kommerziellen Publikationswesens fördern. Dies würde die Auswahl von Lehrbüchern aus einer zentral aufgestellten Liste durch ein pluralistisches Modell ersetzen, das Schulen, Lehrern und Schülern eine eigene Auswahl gestattet. Doch am wichtigsten für eine bessere Qualität dürfte die Erhöhung der Verantwortlichkeit der Lehrenden sein. Das muß mit der Ausbildung neuer Lehrer und der Umerzierung der alten beginnen. Leistungsanreize für Lehrer und lokale Verwaltungsangestellte sollten intensiviert werden, ebenso die Beurteilung von Lehrern. Schließlich müssen noch die Abschlußprüfungen so reformiert werden, daß sie sowohl die Fähigkeit testen, das erlernte Wissen anzuwenden, als auch den Stand des Wissens.

Die effektivere Vermittlung von Bildungsinhalten ist ein komplexer Prozeß. Er beinhaltet im allgemeinen eine Dezentralisation, damit die Bildungsinhalte besser auf lokale Bedürfnisse abgestellt werden können; eine Diversifikation des Angebots, einschließlich privater Anbieter, um so den Wettbewerb und die Effektivität zu fördern; und eine Diversifikation der Praxis der Bildungsvermittlung, um die individuellen Wahlmöglichkeiten zu erhöhen. Diese ersten Schritte erfordern jedoch einen größeren Wandel in der Rolle des Staates, der ein Rahmenwerk schaffen muß, das die Finanzierungsmethoden, die Zulassung von Anbietern sowie die Überwachung der Qualität umfaßt, insbesondere in wirtschaftlich schwachen Regionen.

#### *Der bisherige Fortschritt*

Die Reformländer haben gewisse Fortschritte bei der Erreichung dieser Ziele gemacht, aber es bleibt noch viel zu tun. In den frühen Stadien der Transformation hatte die Bil-

dungsreform in den MOE- und den NIS-Ländern keine hohe Priorität, was vielleicht verständlich ist. Wie in Kapitel 7 erwähnt, wurden die Zentralregierungen durch fiskalischen und politischen Druck veranlaßt, einen großen Teil der Bildungsfinanzierung zu dezentralisieren. Den Lokalregierungen standen aber im allgemeinen noch weniger Ressourcen zur Verfügung als der Zentralregierung. Während die realen Bildungsausgaben sanken, wurde wenig zur Verminderung der personellen Überbesetzung unternommen, mit dem Ergebnis, daß ein wachsender Anteil der Bildungsausgaben jetzt in die Gehälter der Lehrer fließt. Landesweit ist das Angebot von Vorschulerziehung enorm zurückgegangen, mit inöglicherweise fatalen Konsequenzen für die Lernfähigkeit einer großen Anzahl von Kindern, und die Zugangsmöglichkeiten zur obligatorischen Bildung in den weniger wohlhabenden Ländern, insbesondere für Angehörige von Minderheiten, haben sich ebenfalls verringert.

Der Staatssektor, insbesondere seine beruflichen und technischen Programme für höherqualifizierte Ausbildung, reagierte langsam auf den Beginn der Marktwirtschaft. Als Folge davon sind viele Graduierte jetzt in den Reihen der Arbeitslosen zu finden. Auf der positiven Seite ist das Entstehen von Institutionen (darunter viele private) zu verzeichnen, insbesondere beim Lehrangebot in den Sozialwissenschaften und der Betriebswirtschaftslehre, teilweise aufgrund steigender Verdienste in diesen Disziplinen. Die meisten MOE- und NIS-Länder haben ihre Lehrpläne überarbeitet, insbesondere in den Fachgebieten Geschichte und Sozialwissenschaften. Eine Dezentralisierung hat ebenfalls stattgefunden. In Rußland zum Beispiel wurde der zentral bestimmte Teil der Lehrpläne für die primäre und sekundäre Bildungsstufe von 100 Prozent auf etwa 80 Prozent reduziert. Ferner können die Schulen ihre Lehrbücher jetzt selbst auswählen, wenngleich Mittelkürzungen den Lehrern die Befolgung der neuen Lehrpläne erschweren.

Wenn sich auch die Unterrichtsinhalte gewandelt haben mögen, bei der Art des Unterrichts war dies nicht der Fall. Veraltete Lehrmethoden halten sich landesweit hartnäckig und werden sich zweifellos nur langsam ändern. Die Herausforderungen sind beängstigend. Aber kein Bildungssystem kann darauf hoffen, Wahlfreiheit, Autonomie und Verantwortlichkeit der Gesellschaft als Ganzes fördern zu können, ohne diese Eigenschaften vorher selbst verinnerlicht zu haben.

### **Verbesserung des Gesundheitsstatus**

Die Gesundheitsfürsorge nimmt in allen Ländern einen bedeutenden Anteil der Ressourcen in Anspruch, und Debatten über den Zugang und die Kosten der Versorgungsqualität rufen überall starke Emotionen wach. Das primäre Ziel der Gesundheitspolitik besteht in der Verbesserung des Gesundheitszustandes der Bürger im Rahmen eines beschränkten Budgets. Mehrere untergeordnete Ziele ergeben

sich aus dieser doppelten Verpflichtung: einen gerechten Zugang zur Gesundheitsfürsorge schaffen; den Umfang, die Qualität und die Mischung staatlicher Eingriffe in das Gesundheitswesen (einschließlich Vorsorge und Gesundheits-erziehung) bereitstellen, die mit den größten Verbesserungen im Gesundheitsstatus verbunden sind (externe Effizienz); die medizinischen Institutionen möglichst effizient betreiben (interne Effizienz); und staatliche Gesundheitsleistungen so effektiv und gerecht wie möglich finanzieren.

### *Ausgangsbedingungen und bisheriger Fortschritt*

Viele MOE- und NIS-Staaten sehen sich einem Gesundheitsproblem gegenüber, das mit dem Reformprozeß verknüpft ist und das zu einem eher langfristigen Problem hinkommt. Bis in die Mitte der sechziger Jahre war die Lebenserwartung in den MOE-Ländern nur ein bis zwei Jahre niedriger als in den industrialisierten Marktwirtschaften, und die Lücke schien sich zu schließen. Dann vergrößerte sich der Abstand jedoch wieder, überraschenderweise gerade bei Erwachsenen im mittleren Alter, als die Erfolge im Gesundheitswesen zunehmend hinter den Fortschritten auf anderen Gebieten zurückblieben. In den späten achtziger Jahren waren die ungarischen Männer zwischen fünfzehn und neunundfünfzig einem größeren Sterberisiko ausgesetzt als Gleichaltrige in Simbabwe, und das Todesfallrisiko in der Tschechoslowakei war höher als in Vietnam. In der Mitte der achtziger Jahre war die Sterblichkeit infolge von Herzkrankheiten bei den fünfundvierzig bis vierundfünfzig Jahren alten Männern in der Tschechoslowakei doppelt so hoch wie in Österreich; dreißig Jahre zuvor waren die Daten fast gleich.

Was ist während der Transformation mit der Gesundheit passiert? Zwei Schlußfolgerungen drängen sich auf: Eine rasche Reform wirkt sich nicht unbedingt nachteilig auf Gesundheitsindikatoren aus, aber eine langsame oder gar versäumte Reform tut wenig, um eine langfristige Verschlechterung zu verhindern. In vielen der NIS-Staaten hat sich der langfristige Trend zu einer größeren Sterblichkeit seit Beginn der Reformen beschleunigt, insbesondere für Männer. Die dramatischste Veränderung war der eklatante Rückgang der Lebenserwartung der Männer in Rußland zwischen 1990 und 1994 (Sonderbeitrag 8.1). Im Gegensatz dazu war in jedem der fortgeschrittenen Reformländer eine Abnahme der Kindersterblichkeit und eine Zunahme der Lebenserwartung von Kindern zu beobachten (Tabelle 1.1). In Polen fiel die Säuglingssterblichkeit zwischen 1989 und 1995 von 19,1 auf 13,4 pro 1.000 Lebendgeburten, und die Lebenserwartung erhöhte sich für Männer um ein Jahr und für Frauen um sechs Monate. In den anderen Gruppen der Reformländer findet sich ein gemischtes Bild. Die Anzahl von Babys mit einem geringen Geburtsgewicht hat sich in Bulgarien, Rumänien und der Slowakei stark erhöht. Verantwortlich dafür ist eine Kombination von unzulänglicher

### Sonderbeitrag 8.1 Sind Reformen tödlich?

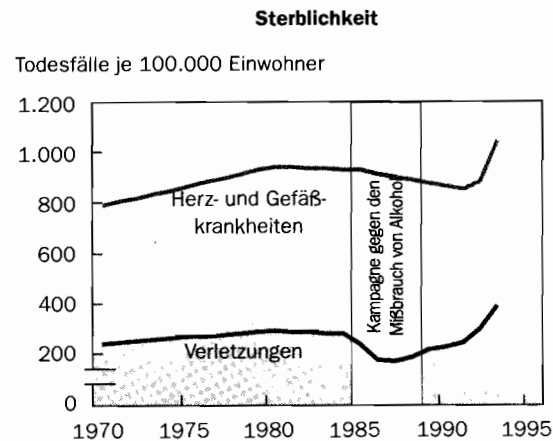
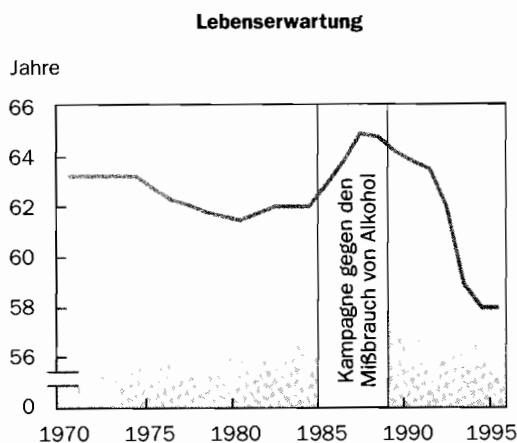
Mehr Russen sterben während der Transformation. Die Lebenserwartung der Männer fiel zwischen 1990 und 1994 um sechs Jahre (von vierundsechzig auf achtundfünfzig Jahre, siehe Abbildung) und die der Frauen um drei Jahre (von vierundsiebzig auf einundsiebzig Jahre). Erste Anzeichen deuten darauf hin, daß dieser Rückgang sich jetzt stabilisiert hat: Im Jahre 1995 war die Lebenserwartung der Männer unverändert, während sie für die Frauen sogar um ein Jahr stieg. Die größte Zunahme in der Sterblichkeit (etwa 50 Prozent) war bei Männern zwischen fünfundzwanzig und vierundfünfzig Jahren zu beobachten: Bei den älteren Männern dieser Gruppe war der Anstieg hauptsächlich auf eine Zunahme von Herz- und Gefäßkrankheiten zurückzuführen, bei den jüngeren Männern trugen im wesentlichen Unfälle, Selbstmorde, gesundheitliche Schädigungen durch permanenten Mißbrauch von Genußmitteln sowie Morde dazu bei. Die Sterblichkeit russischer Erwachsener ist derzeit 10 Prozent höher als in Indien. Eine ähnliche, wenn auch weniger dramatische, Zunahme der Sterblichkeit ist auch in den anderen europäischen NIS-Staaten zu verzeichnen. Im Gegensatz dazu ist die Lebenserwartung in den fortgeschrittenen mittel- und osteuropäischen Reformländern gestiegen (Tabelle 1.1).

Unzuverlässige Daten können kaum als Erklärung dienen. Eine zweite Erklärung – daß der Übergang selbst die Ursache ist – wird zur Zeit noch erforscht. Aber es gibt zunehmend Hinweise auf einen Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Not und sich verschlechternder Gesundheit. Frühe Ergebnisse einer ungarischen Studie deuten darauf hin, daß in wirtschaftlich schwa-

chen Regionen und in solchen, die großen sozioökonomischen Schocks ausgesetzt waren, die Sterbeziffern zu steigen beginnen. Diese Ergebnisse stimmen mit einer Untersuchung über Gleichheit und Gesundheit in Großbritannien während der letzten dreißig Jahre überein.

Zwei Faktoren können zumindest teilweise als Erklärung dienen. Der erste ist fortgesetzter Mißbrauch – von Alkohol und illegalen Drogen. Der Alkoholkonsum ging während der Kampagne des damaligen Präsidenten Michail Gorbatschow zur Einschränkung des Mißbrauchs in den Jahren 1985 bis 1988 deutlich zurück, doch die Lockerung der Kampagne in den späten achtziger Jahren ging mit einer erhöhten Sterblichkeit einher, einschließlich Tod durch Unfälle, Alkoholvergiftungen und vermehrten Todesfällen bei den bereits an Herz- und Gefäßerkrankungen Leidenden. Der zweite Faktor, weniger gut dokumentiert, aber durch ausreichende Beobachtungen gestützt, ist ein Rückgang in der Qualität und Verfügbarkeit der medizinischen Gesundheitsfürsorge während der letzten fünf Jahre. Dadurch nahm die Sterblichkeit Schwerverletzter sowie von Patienten mit Herz- und Gefäß-Notfällen zu. Der Transformationsprozeß kann diese beiden Gruppen von Einflußfaktoren verstärkt haben. Es fällt nicht schwer, sich eine kausale Verbindung zwischen schlechterer Lebensqualität, Streß und Alkoholkonsum vorzustellen. Die nachlassende Durchsetzbarkeit von Gesetzen, insbesondere bei der Produktion von Alkohol und im Bereich der Verkehrssicherheit, bewirkt eine weitere Erhöhung des Verletzungsrisikos.

### Lebenserwartung und Sterblichkeit infolge von Verletzungen sowie Herz- und Gefäßkrankheiten von Männern in Rußland.



Anmerkung: „Verletzungen“ sind Todesfälle, die durch Unfall, Gewalteinwirkung, Vergiftung und Selbstmord verursacht wurden.

Quelle: Daten der Weltbank.

Ernährung, Streß, Rauchen und übermäßigem Alkoholkonsum während der Schwangerschaft – alles Risikofaktoren, die während des Transformationsprozesses zugenommen haben. In Mazedonien führte ein sinkendes Niveau der Grundimmunisierung zu einem auffällig vermehrten Auftreten von Masern in den Jahren 1992 und 1993.

In den mittel- und osteuropäischen Ländern verringerte sich die Müttersterblichkeit in den Jahren 1990 bis 1995 auffällig, während sie in den NIS-Staaten leicht anstieg, dort ist die Sterblichkeit etwa viermal so hoch wie im europäischen Durchschnitt. Die zentralasiatischen Republiken erlebten zwischen 1988 und 1991 eine drastische Verschlechterung. Zum Teil könnte diese scheinbare Verschlimmerung einfach das Ergebnis einer verbesserten Datenerfassung sein (siehe Sonderbeitrag 4.1). Die Hauptgründe sind jedoch das Fehlen von Empfängnisverhütungsmitteln, hohe Abtreibungsquoten, verschlechterte sozialökonomische Bedingungen, inadäquate Leistungen der Gesundheitsfürsorge und eine unterschiedslose Anwendung von Pestiziden und chemischen Düngemitteln in der Landwirtschaft. Hierbei stellen die Schwangerschaftsabbrüche ein besonders ernstes Problem dar, ein noch größeres sind die illegalen Abtreibungen. Die naheliegendsten Abhilfen umfassen eine verbesserte Aufklärung besonders für Mädchen und junge Frauen, eine bessere Information über Vorsorgemaßnahmen – wie Schwangerschaftsverhütung, Untersuchungen auf Gebärmutterhals- und Brustkrebs sowie moderne Praktiken bei der Geburtshilfe –, ein gesünderer Lebenswandel und die Förderung des Stillens.

In China zeigte sich generell ein anderes Bild, wenngleich jetzt auch Parallelen sichtbar werden. Der Gesundheitszustand des chinesischen Volkes war gegen Ende der siebziger Jahre bemerkenswert gut für ein Land mit diesem Einkommensniveau. Diese Erfolge waren, wenngleich teilweise das Resultat einer vernünftigen Gesundheitspolitik, im wesentlichen auf die steigenden Einkommen zurückzuführen und deren Bedeutung für Ernährung, Bildung, Zugang zu sauberem Wasser und sanitären Anlagen usw. Jüngste Analysen deuten jedoch darauf hin, daß diese Verbesserungen, wie zumindest aus den Sterbeziffern für Kinder unter fünf Jahren hervorgeht, irgendwann in den frühen achtziger Jahren wieder abflauten. In den späten achtziger Jahren fiel China tatsächlich hinter Länder mit einem ähnlichen Einkommensniveau zurück. Hinzu kommt, daß das Auftreten nichtansteckender Krankheiten rasch zunimmt. Die Sterberate aufgrund von Lungenkrebs (70 Prozent der männlichen Chinesen rauchen) steigt derzeit um 4,5 Prozent pro Jahr und die Sterberate durch hohen Blutdruck um 8,7 Prozent pro Jahr.

Im ländlichen China war es üblich, einen Teil der kommunalen Produktion auf die Seite zu legen, um damit kollektive Bedürfnisse zu finanzieren, einschließlich primärer Gesundheitsfürsorge, Impfungen, Geburtenkontrolle und

Gesundheitsvorsorge für werdende Mütter. Der Rückgang der Leistungen der chinesischen Gesundheitsfürsorge relativ zum Einkommensniveau ging mit landwirtschaftlichen Reformen einher, die die Möglichkeiten der Dörfer zur Besteuerung der Bauern beschnitten. Ein System der Kostenersatzung ersetzte rasch die Finanzierung durch Steuerbeiträge und brachte Zugangsprobleme mit sich. Die Säuglings- und Müttersterblichkeit liegt in ländlichen Gebieten um 50 bis 100 Prozent höher als im nationalen Durchschnitt. Die Probleme sind für die arme Landbevölkerung besonders schwerwiegend (mehr als eine von vier Personen, die vom Dorfarzt an ein Krankenhaus überwiesen wird, geht wegen der hohen Kosten nicht hin). Noch schlimmer ist es in den ärmsten Vorstadtsiedlungen und Dörfern – zum Beispiel ist die Säuglingssterblichkeit im ärmsten Viertel der Bevölkerung 3,5mal so hoch wie unter den Stadtbewohnern.

### *Politische Optionen*

WIE KANN DER GESUNDHEITSSTATUS VERBESSERT WERDEN? Vier Gruppen von Faktoren beeinflussen die Gesundheit eines Menschen: Einkommen, Lebenswandel, Umweltverschmutzung und Beschäftigungsrisiken sowie die Qualität der vorhandenen Gesundheitsfürsorge. Experten sind sich darüber einig, daß Einkommen und Lebenswandel bei weitem die wichtigsten sind; das heißt, die Ursachen für den gesundheitlichen Zustand gehen weit über den Rahmen des Gesundheitssektors hinaus.

Entscheidungen über einen bestimmten Lebensstil sind eindeutig der Schlüssel für eine Verbesserung der Gesundheit. Die größten Beiträge zu der Gesundheitslücke zwischen Ost- und Westeuropa liefern die Herz- und Gefäßkrankheiten – Herzinfälle und Herzinfarkt –, die auf Risikofaktoren wie übermäßigem Alkoholgenuß, Rauchen, Übergewicht, ungesunde Ernährung und mangelnde Bewegung zurückzuführen sind. Alle diese Faktoren sind in den MOE- und NIS-Ländern weiter verbreitet als in den industrialisierten Marktwirtschaften. Und der bei weitem wichtigste Faktor, das Rauchen, ist noch häufiger verbreitet: Im dritten Quartal des Jahres 1995 gaben die Litauer 4 Prozent des BIP für Alkohol und Rauchwaren aus, verglichen mit 2,1 Prozent für die Gesundheitsvorsorge. Wie anderswo auch, versuchen die Reformländer mit verschiedenen Maßnahmen diese Faktoren zu reduzieren: Besteuerung, um die Menschen vom Genuß von Alkohol, Tabak und ungesunden Lebensmitteln abzuhalten; die Aufhebung von Lebensmittelsubventionen, die die Preise zugunsten ungesunder Ernährung verzerren; sowie gesetzgeberische Maßnahmen im Hinblick auf Alkoholkonsum, Tabakwerbung und Lebensmittelkennzeichnung. Wichtig sind auch öffentliche Erziehungsprogramme, um die Bevölkerung über Ernährung zu informieren (insbesondere über die Vorteile eines verminderten Konsums von Alkohol und Fett und eines



verstärkten Konsums von Früchten und Gemüse) sowie über Bewegung, die Risiken des Rauchens und anderer gefährlicher Gewohnheiten.

Umweltverschmutzung und Beschäftigungsrisiken sind in den MOE- und den NIS-Ländern ebenfalls weit verbreitet. Gravierende Umweltverschmutzung, insbesondere die Luftverschmutzung, ist zum großen Teil durch den hohen Verbrauch an Kohle als Energiequelle bedingt. Im „Schwarzen Dreieck“, wo Deutschland, die Tschechische Republik und Polen aneinandergrenzen, sind etwa 6,5 Millionen Menschen einer extrem verschmutzten Luft ausgesetzt. Mit der Luftverschmutzung dürften etwa 9 Prozent der Gesundheitslücke zwischen der Tschechischen Republik und Österreich zu erklären sein. Eine gründliche Filterung wird weder leicht noch billig sein. Andererseits wird die Gesundheit durch Zigarettenrauch mehr geschädigt als durch Schornsteine; entscheidend ist das individuelle Verhalten. Ein ungesundes Lebensumfeld und durch das Verhalten begründete Risiken betreffen überproportional die Armen und wenig Gebildeten. Es sind die Ärmsten – weil sie die geringsten Wahlmöglichkeiten haben –, die im Schatten rauchender Schornsteine und in kalten, dumpfigen Häusern leben. Wie bei anderen Maßnahmen der Sozialpolitik auch, so bedeutet eine Schließung der Gesundheitslücke, sich auf die am meisten benachteiligten Gruppen zu konzentrieren, Informationen unter ihnen zu verbreiten und ihnen den Zugang zur Gesundheitsfürsorge offenzuhalten.

Die Gesundheitssysteme unter den alten Regimes in den MOE- und den NIS-Ländern waren im Bereich der Gesundheitsvorsorge sehr leistungsfähig, besonders was Impfungen angeht. Die Aufrechterhaltung und Verbesserung dieser eindrucksvollen Erfolge sind zu wenig beachtet worden. Präventive Gesundheitsmaßnahmen müssen sich auf die Kontrolle ansteckender Krankheiten konzentrieren, sind aber in einigen Ländern durch Probleme bei der Produktion, dem Kauf und der Bereitstellung von Impfstoffen gefährdet. Verbesserungen bei der Gesundheitserziehung sowie den Vorsorgemaßnahmen für Frauen und ihre Babys sind ein effektiver Weg zur Erhöhung des allgemeinen Gesundheitszustands und zur Vermeidung unnötiger medizinischer Ausgaben. Das soll nicht heißen, daß Heilmaßnahmen – primäre Gesundheitsfürsorge und Krankenhäuser – vernachlässigt werden sollten. Obwohl sie einen geringeren direkten Einfluß auf die Lebenserwartung haben als öffentliche Gesundheitsmaßnahmen, sollte das Wohlbefinden nicht nur unter dem Aspekt der Länge des Lebens beurteilt werden, sondern auch unter dem Qualitätsaspekt: Ein künstliches Hüftgelenk oder die Entfernung eines grauen Stars hat wenig mit einem Anstieg der Lebenserwartung zu tun, kann aber einen gewaltigen Unterschied für die Lebensfreude des einzelnen ausmachen.

**WIE DIE GESUNDHEITSDIENSTE VERBESSERT WERDEN KÖNNEN.** Die heilenden Gesundheitsleistungen in den

MOE- und den NIS-Ländern weisen noch die meisten (er von der zentralen Planung übernommenen Ineffizienzen auf. In den NIS-Staaten können sich die Leute von allein in die Krankenhäuser begeben, und viele bleiben dort eine lange Zeit, auch aus nicht-klinischen Gründen (im Jahr 1993 verbrachten in Rußland 21 Prozent der Bevölkerung einige Zeit im Hospital, verglichen mit 16 Prozent in den industrialisierten Marktwirtschaften und etwa 10 Prozent in den Ländern mit mittlerem Einkommen). In den Krankenhäusern gibt es zu viele Ärzte, die schlecht bezahlt und oft unzureichend ausgebildet sind. Starre Budgetsysteme bieten den Managern weder Anreize noch die Freiheit, Ressourcen effizient zu nutzen. So ist die Finanzierung von Krankenhäusern an ihre Inputs gebunden, wie die Anzahl der Betten, und nicht an die Anzahl der Behandlungen oder – was am besten wäre – an die gesundheitlichen Ergebnisse; Krankenhausmanager haben somit einen Anreiz, eine große Anzahl, vorzugsweise leerer, Betten zu halten. Öffentliche Gesundheitsprogramme sind schlecht strukturiert, und moderne Methoden zur Qualitätskontrolle gibt es nicht. Die Konsumenten haben kaum Wahlmöglichkeiten, und es gibt wenig Verantwortlichkeit. Die Bürger werden immer noch als passive Empfänger staatlicher Gesundheitsleistungen angesehen und nicht als aktiv Beteiligte an den Bemühungen, ihren Lebenswandel zu verbessern.

Diese Probleme anzugehen bedeutet eine Reform der Quantität, Struktur und Qualität der Gesundheitsdienstleistungen. Wenn das nationale Einkommen sinkt – wie es in jedem MOE- und NIS-Land in den frühen Phasen des Übergangs der Fall war –, muß der Gesundheitssektor fast unvermeidlich schrumpfen. Dies macht es um so nötiger, die Zusammensetzung der Gesundheitsausgaben zu verändern, weg von einer hochspezialisierten Fürsorge und hin zu einer mehr grundlegenden und ambulanten Patientenfürsorge sowie zu öffentlichen, arbeits- und umweltmedizinischen Gesundheitsdiensten; dies wird die Schließung überflüssiger Einrichtungen oder deren Umwandlung für andere Zwecke erforderlich machen. Ungarn plant zum Beispiel, 20.000 Hospitalbetten in den Jahren 1995 und 1996 abzuschaffen. Die Länder müssen auch größere Anstrengungen unternehmen, um die Qualität der Fürsorge zu steigern, auch durch Verbesserung und Modernisierung der Qualifikationen. Die Selbstregulierung der medizinischen Berufe – eine bedeutsame Komponente einer bürgerlichen Gesellschaft – kann die Qualität erhöhen. Dies kann auch ein verstärkter Wettbewerb zwischen den Anbietern leisten, und zwar insbesondere zwischen privaten, gemeinnützigen Anbietern, die häufig nichtstaatlichen Organisationen angehören.

Wenn die Wirtschaft wieder zu wachsen beginnt, müssen die Politiker sich eine Strategie ausdenken, um den Gesundheitssektor kontrolliert wachsen zu lassen. Dies ist wichtig, um zum einen die Explosion der Gesundheitsausgaben zu verhindern und zum anderen, um eine verän-

derte allgemeine Zusammensetzung medizinischer Aktivitäten zugunsten der Präventiv- und Grundfürsorge zu unterstützen. Einige Länder stehen bereits unter dem Druck, die medizinischen Ausgaben stark zu erhöhen, insbesondere die für eine hochtechnisierte Fürsorge. Dies ist weltweit ein verbreitetes Problem der Gesundheitspolitik. Obwohl die Gesundheit am ehesten durch einen verbesserten Lebenswandel, Präventivmaßnahmen und eine medizinische Grundfürsorge verbessert werden kann, zeigt die medizinische Profession tendenziell mehr Interesse am Krankenhaussektor und an Techniken, die dem neuesten Stand der Wissenschaft entsprechen. Die Medizinerlobby besitzt eine ausgezeichnete Position, um die Politik in den MOE- und den NIS-Ländern zu steuern, denn im Gegensatz zu den meisten Marktwirtschaften ist der Gesundheitsminister oft ein Arzt, wie auch viele Parlamentarier. Als Folge davon kann der Gesundheitsminister leicht zu einem Minister der Medizinerzunft werden. Hier, wie auch anderswo, ignorieren die Politiker auf ihre eigene Gefahr die Reformpolitik.

DIE FINANZIERUNG DES GESUNDHEITSSYSTEMS. Wie sollen die Reformländer ihre Gesundheitsfürsorge bezahlen? Marktwirtschaften wählen zwischen vier Ansätzen. Das Barzahlungssystem war bis in dieses Jahrhundert hinein die Hauptform der Gesundheitsfinanzierung, und es existiert noch heute in den ärmsten Ländern, die weder auf Steuernahmen für eine öffentliche Finanzierung zurückgreifen können, noch die institutionellen Kapazitäten für ein Versicherungssystem haben. Private, gewinnorientierte Versicherungen spielen in vielen Entwicklungsländern eine bedeutende Rolle, unter den Industrieländern jedoch nur in den Vereinigten Staaten. Ein Sozialversicherungssystem als Hauptfinanzierungsquelle gibt es in vielen Ländern, darunter in Argentinien, Chile, Deutschland, der Republik Korea und in Uruguay, während viele andere Länder ein steuerfinanziertes System besitzen, darunter Dänemark, Großbritannien, Norwegen, Schweden sowie viele Länder in Lateinamerika, dem Nahen Osten und Nordafrika. Der Rückgriff auf eine öffentliche Finanzierung ist nicht zufällig entstanden. Durch technische Fortschritte wurden viele medizinische Leistungen für die meisten Menschen zu teuer, um sie in bar bezahlen zu können, deshalb bedarf es irgendeiner Form von Versicherung. Ein rein privates Versicherungssystem kann jedoch zu Deckungslücken führen (aufgrund von nicht versicherbaren Risiken) sowie zu explodierenden Kosten. Das Beispiel der Vereinigten Staaten verdeutlicht beide Probleme: Trotz hoher öffentlicher Ausgaben für medizinische Leistungen waren im Jahr 1994 etwa 17 Prozent der U.S.-Bürger unterhalb des Rentenalters nicht versichert, dennoch absorbierten die Gesundheitsausgaben in diesem Jahr über 14 Prozent des BIP, ein weit höherer Anteil als in jedem anderen vergleichbaren Land (in Großbritannien sind es 7 Prozent). Um die Kosten zu drücken und den Zu-

gang zu fördern, haben die industrialisierten Marktwirtschaften das Gesundheitssystem zunehmend über Steuern, Sozialversicherungen oder eine Kombination von beiden finanziert.

Viele Transformationsländer, darunter Estland, Kirgisistan, Kroatien, Lettland, Mazedonien, Rußland, die Slowakei, Slowenien, die Tschechische Republik und Ungarn, haben die Finanzierung ihres Gesundheitssystems bereits von Steuern auf Sozialversicherungen umgestellt, und in vielen anderen Ländern wird das gleiche erwogen. Diese Umstellung verursachte Probleme, nicht zuletzt deshalb, weil bei der Finanzierung der Gesundheitsfürsorge die gleichen Voraussetzungen für eine tragfeste Sozialversicherung gelten, wie in Kapitel 4 beschrieben wurde. Zum ersten entstehen strukturelle Defizite, weil die Beiträge der Arbeitskräfte die nichtaktive Bevölkerung subventionieren, einschließlich der Rentner (die einen großen Teil der Gesundheitsleistungen konsumieren). Zweitens hat der starke Rückgriff auf die Lohnsteuer die Arbeitskosten erhöht und die Anreize für eine Arbeit im informellen Sektor verstärkt (zum Beispiel in Ungarn, wie in Sonderbeitrag 4.4 beschrieben). Drittens haben einige Regierungen die Kontrolle über die Ausgaben verloren, weil Beiträge und Ausgaben durch einen mehr oder weniger autonomen Gesundheitsversicherungsfonds separat festgelegt werden.

Neben der Frage, wie die Ressourcen aufgebracht werden sollen, entsteht ein zweites, davon getrenntes Problem: Wie sollen Ärzte, Krankenhäuser und andere Anbieter von Leistungen bezahlt werden? Hier gibt es eine Reihe von Ansätzen, von denen keiner perfekt ist. Die Bezahlung auf der Basis von Gebühren für einzelne Leistungen schafft Anreize für ein Überangebot: Der Arzt wird dazu verleitet, mehr Behandlungen zu verschreiben, und der Patient wird keinen Einspruch erheben, sofern die Versicherungsgesellschaft für den größten Teil der Kosten aufkommt. Die daraus resultierende Kostenexplosion war in fast allen Ländern ein Problem, wo eine solche Gebührenregelung zu einem erheblichen Teil zur Finanzierung des Gesundheitssystems beiträgt. Aber ein wohldurchdachtes und reguliertes Gebührensystem kann, gemeinsam mit einer allgemeinen Budgetobergrenze für medizinische Kosten, die Effizienz erhalten und gleichzeitig die Kosten dämpfen. Aus genau diesem Grund haben viele Länder (Kanada ist hierfür ein Beispiel) jährliche Ausgabenobergrenzen eingeführt. Ein alternativer Ansatz, Pro-Kopf-Zahlungen, weist den Anbietern einen festgesetzten Betrag pro Patient und Jahr zu. Diese Methode eignet sich exzellent zur Kosteneindämmung, aber weniger zur Aufrechterhaltung der Leistungsqualität: Für die Ärzte entsteht ein Anreiz, so viele gesunde Patienten wie möglich anzunehmen und jeden einzelnen dann so selten wie möglich zu sehen. In einigen Ländern (Rumänien bietet hierfür ein Beispiel) bezahlt die primäre Gesundheitsfürsorge die Ärzte aus einer Kombination von Pro-Kopf-

Beträgen und Gebühren für einzelne Leistungen, wobei die Kosteneinsparung über mehrere Dienstleistungssektoren hinweg gefördert wird, spezielle Aktivitäten aber belohnt werden.

Die Entlohnung der Anbieter medizinischer Dienste hat in den mittel- und osteuropäischen Ländern und den NIS-Staaten eine Reihe von Problemen aufgeworfen, nicht zuletzt gehört dazu, daß die Ausgaben aus dem Ruder laufen. Im Jahr 1992 wurden in der Tschechischen Republik Zahlungen in Form von Leistungsgebühren eingeführt, ohne die notwendige regulierende Struktur zur Begrenzung der medizinischen Ausgaben, was in einem klar vorherschaubaren – und auch so vorausgesagten – Überschießen der Ausgaben resultierte. Die meisten Länder müssen sich noch für das richtige Verhältnis zwischen öffentlichem und privatem Sektor entscheiden. Der private Sektor wird Gesundheitsdienstleistungen nur bereitstellen, wenn er Gewinne erzielt. Dies wirft die Frage auf, in welchem Ausmaß die öffentliche Finanzierung eine Quelle privater Gewinne sein sollte.

Künftige Reformen eines Systems der Anbieter-Entlohnung sollten drei zentrale Komponenten beinhalten. Erstens ist die Entwicklung neuer Zahlungssysteme erforderlich, die Anreize für eine effiziente Bereitstellung von Diensten bieten, zum Beispiel indem die Vergütung soweit wie möglich auf gesundheitlichen Ergebnissen beruht und weniger auf der Zahl diagnostischer Aktivitäten oder angeordneter Behandlungen. Zweitens wird ein Rahmenwerk zur Überwachung der Qualität und der Zugangsmöglichkeiten sowie zu einer strengen Ausgabenkontrolle benötigt. Drittens müssen die Politiker nach Finanzierungsmethoden suchen, die den Wettbewerb zwischen den Anbietern, öffentlichen wie auch privaten, stimulieren.

China sieht sich schwerwiegenden Problemen bei der Finanzierung der Gesundheitsfürsorge in städtischen wie auch ländlichen Gebieten gegenüber. Wie auch die Einkommenstransfers basiert die Finanzierung des städtischen Gesundheitssystems auf dem Unternehmenssektor: Die Anshan-Eisen-und-Stahl-Werke (Anshan Iron and Steel Works) haben mit 400.000 Beschäftigten nicht nur ihr eigenes Krankenhaus, sondern auch eine eigene Schule für die Ausbildung von Medizinern. Dies bindet Arbeitskräfte an Unternehmen. In ländlichen Gegenden besteht das Hauptproblem darin, wie bereits diskutiert, die Gesundheitsfürsorge so zu finanzieren, daß damit der Zugang zur medizinischen Versorgung unterstützt wird.

Auch die Gesundheitsfinanzierung in Vietnam hat mit ernststen Problemen zu kämpfen. Die Ausgaben der Haushalte für Gesundheit sind hoch, aber es gibt kein System, das die Ärmsten unterstützt. Ohne eine eindeutig definierte Rolle des Staates ist der private Sektor größtenteils unreguliert geblieben. Die schädlichen Entwicklungen bestehen in Gesundheitsdienstleistungen unterschiedlicher

Qualität sowie im Zugang zu Medikamenten ohne Verschreibung. Aus beiden Gründen sind die privaten Ausgaben für Medikamente steil in die Höhe gegangen.

#### *Das Gesamtbild: Wie lassen sich Finanzierung und Angebot kompatibel machen?*

Erfahrungen aus einem Querschnitt mehrerer Länder liefern eine Reihe klarer Hinweise für Reformländer, wie gewährleistet werden kann, daß die Methoden zur Finanzierung des Gesundheitssystems nicht in Widerspruch zu den Methoden der Bereitstellung geraten. Erstens werden Zugang und Kostenbegrenzung eher durch einen größeren Rückgriff auf öffentliche als auf private Finanzierung gefördert. Zweitens können Gesundheitsdienstleistungen effizient durch private, gewinnorientierte Anbieter bereitgestellt werden, durch private gemeinnützige Anbieter (häufig nichtstaatliche Organisationen), durch den öffentlichen Sektor oder schließlich durch eine Kombination aller dieser Institutionen. Drittens können die verschiedenen Finanzierungsansätze und die verschiedenen Arten der Bereitstellung nicht unterschiedslos vermischt werden. Ein kompatibles Programm besteht in der steuerlichen Finanzierung des Gesundheitssystems, dessen Angebot, oft dezentralisiert, durch den Staat erfolgt. Ein weiteres besteht aus einer überwiegend öffentlichen Finanzierung mit privater, durch Gebühren bezahlter, Leistungserstellung ergänzt durch eine staatliche Regulierung zur Kostenbegrenzung. Das letztere Element ist hierbei von entscheidender Bedeutung.

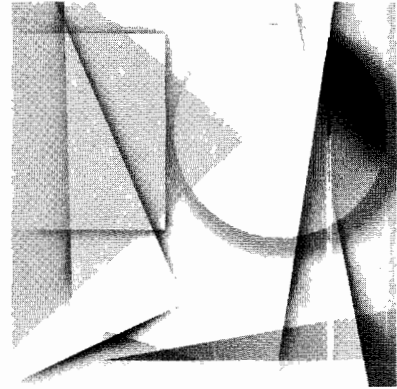
#### **Was bleibt zu tun?**

Ebenso wie der gesamtwirtschaftliche Produktionsapparat, zu dessen Unterstützung sie aufgebaut wurden, waren auch die Gesundheits- und Bildungssysteme in der zentralen Planwirtschaft leistungsfähig im Bereich der Akkumulation, jedoch in hohem Maß ineffizient und unempfindlich für den Wandel der Bedürfnisse der Menschen. Will man erreichen, daß alle Bürger in der Lage sind, zu einem langfristigen wirtschaftlichen Wachstum beizutragen und davon zu profitieren, muß man sich mit diesen Mißerfolgen auseinandersetzen. Im Gesundheitssektor müssen sich die Politiker auf eine bessere Allokation der Ressourcen konzentrieren: Die Ausgaben sollten umgeschichtet werden, weg von speziellen Dienstleistungen hin zur präventiven Gesundheitsfürsorge und zur Förderung eines gesünderen Lebenswandels. Eine andere Priorität, insbesondere im ländlichen China und in Vietnam, muß darin liegen, den allgemeinen Zugang zur medizinischen Grundfürsorge zu sichern. Eine sinnvollere Aufteilung bestehender Einsatzfaktoren wird auch entscheidend für die Verbesserung der Bildung sein, wenngleich hier die Notwendigkeit, ein bedarfsorientiertes Bildungsangebot zu entwickeln, noch stärker ist als im Gesundheitsbereich. Die Rezepte für einen guten Gesund-

heitszustand der Bevölkerung sind in jedem ökonomischen System in etwa dieselben, was aber als ein gutes Bildungssystem gilt, verändert sich mit dem Wandel vom Plan zum Markt radikal. Reformer müssen sich auf die Entwicklung

eines Bildungssystems konzentrieren, das empfänglicher für die Nachfrage ist und das die Menschen lehrt, für sich selbst einzustehen und sich an veränderliche Marktbedingungen anzupassen.

# Reformen und Weltwirtschaft



Der Weltmarkt, auf den die Reformländer zurückkehren, ist zunehmend integriert. Der Welthandel ist in den letzten fünfzehn Jahren weit schneller gewachsen als die weltweite Produktion, während die Ströme ausländischer Direktinvestitionen (ADI) in die Entwicklungsländer in nur zehn Jahren um das Sechsfache zugenommen haben. In der Zwischenzeit ist ein gemeinsames, umfassendes Werk von Regeln und Institutionen entstanden, unter denen vor allem die neue Welthandelsorganisation (World Trade Organisation – WTO) mit 110 Mitgliedern zu nennen ist, um eine noch raschere Integration zu fördern und Kontroversen zu lösen. Die Entwicklungsländer spielen in dieser globalisierten Wirtschaft eine zunehmend aktive Rolle, viele von ihnen haben in letzter Zeit ihre eigenen äußerst erfolgreichen, wenn auch weniger umfassenden, Reformen abgeschlossen und ihre Wirtschaftspolitik stärker nach außen geöffnet. Exporte und Importe machen derzeit 43 Prozent des BIP der Entwicklungsländer aus, verglichen mit 33 Prozent vor zehn Jahren. Nach Jahren der Isolation dürften die Übergangsländer noch mehr als diese anderen Reformländer von der internationalen Integration profitieren. Wie in Kapitel 2 beschrieben, überwiegen die wirtschaftlichen Vorteile eines Eintritts in den Weltmarkt noch die enormen Vorteile der Liberalisierung der internen Märkte. Kapital, Güter und Ideen überqueren die Grenzen gemäß den Gesetzen von Angebot und Nachfrage – und nicht auf Geheiß eines zentralen Planers – und schüren ein rascheres Wachstum der Produktivität, des Handelsvolumens und des nationalen Einkommens. Gleichzeitig hilft die Integration bei der Einbindung der Länder in einen offeneren Handelsverkehr, während die Mitgliedschaft in internationalen Institutionen den Aufbau heimischer Institutionen fördert.

In den Kapiteln 2 und 3 wurde die Bedeutung offener Handelsbeziehungen sowie ausländischer Investitionen für die Binnenwirtschaft diskutiert. Dieses Kapitel beschäftigt sich mit den Interaktionen der Reformländer mit dem Rest

der Welt: Handelsströme in und aus diesen Ländern und die Konsequenzen für den Welthandel; rasche und vollwertige Mitgliedschaft in der WTO sowie wichtigen regionalen Handelsabkommen; externe Kapitalströme in die Übergangsländer und die Auswirkungen auf andere Entwicklungsländer. Die erfolgreiche Integration der Reformländer ist für die Weltwirtschaft von Vorteil – vor allem durch die Öffnung fast eines Drittels der Weltbevölkerung und eines Viertels der Landmasse der Welt. Immer wieder kommt jedoch die Sorge auf, daß diese Integrationsgewinne der Reformländer direkt auf Kosten anderer Länder entstehen. Solche Befürchtungen sind verständlich. Sicherlich liegen in der Integration Risiken, aber auch Chancen, für beide Seiten. Bis jetzt sind jedoch die am häufigsten vorausgesagten Nebeneffekte der Transformation im großen und ganzen nicht eingetreten. Mit dem Voranschreiten der Reformen werden für viele Länder in der Tat Anpassungskosten entstehen. Die bisherigen Erfahrungen weisen jedoch darauf hin, daß diese Kosten bei weitem durch die Vorteile aufgewogen werden, die dadurch entstehen, daß alle Länder Teil eines größeren und wettbewerbsorientierten Weltmarktes sind.

## Die Umorientierung der Handelsströme

### *Die potentielle Zunahme des Handels der Reformländer...*

In den Jahren 1978 bis 1994 entwickelte sich China vom 32. Platz zum zehntgrößten Exporteur der Welt. Derzeit versuchen die mittel- und osteuropäischen Länder und die NIS-Staaten gleichermaßen auf den internationalen Märkten zu kaufen und zu verkaufen. Aber in welchem Umfang werden sie handeln – und mit wem? Verschiedene Schätzungen und Prognosen auf der Basis ökonomischer Modelle – und zugegebenermaßen höchst unzuverlässiger offizieller Statistiken – lassen grob die wahrscheinlichen Änderungen in den Handelsstrukturen erkennen, wenn der Welthandel der Reformländer sich den marktwirtschaftlichen Mustern angepaßt haben wird.

Diese Berechnungen machen deutlich, daß in den MOE-Ländern ein großes ungenutztes Potential für den Handel mit etablierten Marktwirtschaften vorhanden ist, und zwar nicht nur mit jenen im nahen Westeuropa, sondern ebenso mit weiter entfernt liegenden Industrieländern. In der Mitte der achtziger Jahre wurde in den MOE-Ländern im Durchschnitt nur ein Viertel dieses Potentials genutzt. Seitdem fanden Umschichtungen innerhalb der Handelsströme statt, weg von den früheren Märkten innerhalb des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) und hin zu den OECD-Märkten. Dadurch wurde die Lücke geschlossen und eine Handelsstruktur etabliert, die den Marktbedingungen besser entspricht. Gemäß dem Einkommensniveau im Jahr 1985 hätte Ungarn zum Beispiel 43 Prozent seiner Exporte in die Europäische Union liefern müssen, der tatsächliche Anteil belief sich aber nur auf 14 Prozent. Im Jahr 1994 lag der Anteil der Exporte in die Europäische Union jedoch bei 49 Prozent. Wie in Kapitel 2 erläutert ist, hatten die mit ihrer Liberalisierung und Stabilisierung am weitesten fortgeschrittenen Länder auch die größten Erfolge bei der Umorientierung ihrer Handelsbeziehungen in Richtung auf Strukturen, wie man sie in Marktwirtschaften erwarten würde.

Obwohl die Sowjetunion selbst eine äußerst geschlossene Wirtschaft war, förderten die sowjetischen Planer innerhalb jeder Republik eher die Spezialisierung als eine Diversifikation. Das Ergebnis war ein sehr begrenzter Handel mit dem Rest der Welt und umfangreiche Handelsbeziehungen zwischen den Sowjetrepubliken. Im Jahr 1989 beispielsweise spielte sich der Handel Weißrußlands zu 90 Prozent mit anderen Sowjetrepubliken ab. Dieser Anteil hätte bei 32 Prozent gelegen, wären die anderen Republiken Marktwirtschaften gewesen. Nahezu 70 Prozent der Exporte Rußlands gingen in andere Sowjetrepubliken, verglichen mit einem prognostizierten Niveau von nur 16 Prozent. Insgesamt belief sich der Handel zwischen den ehemaligen Sowjetrepubliken im Jahr 1989 auf mehr als vier Fünftel des gesamten Handelsvolumens. Dieses Muster dürfte sich ins Gegenteil verkehren, wenn der Handel durch die Marktkräfte bestimmt ist. Die gleichen Schätzungen lassen darauf schließen, daß die NIS-Staaten als Marktwirtschaften volle drei Viertel ihrer Exporte in Ländern außerhalb dieser Gruppe absetzen würden, vorzugsweise in Westeuropa. Bis zum Jahr 1994 hatten die baltischen Länder beachtliche Fortschritte bei der Umorientierung ihrer Handelsbeziehungen hin zu Marktwirtschaften erzielt, die meisten der anderen NIS-Länder haben jedoch sehr wenig getan. Wie in Kapitel 2 erläutert, resultierten die geringen Fortschritte bei der Umstrukturierung der Handelsbeziehungen in vielen der NIS-Staaten aus dem niedrigen Tempo bei der Freigabe der Preise und dem Festhalten an extensiven Exportkontrollen, um die Güter möglichst im Land zu halten. Mit ihrem Mangel an institutioneller und physischer Infrastruktur sowie an Erfahrungen zur Förderung neuer Handelsstruk-

turen sehen sich manche Reformländer bei der Ausnutzung ihres Handelspotentials als Marktwirtschaften einer entmutigenden Aufgabe gegenüber; dies trifft vor allem für die zentralasiatischen Republiken zu, deren Transport- und Kommunikationswege größtenteils durch Rußland führen.

Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion wurden einige größtenteils erfolglose Versuche unternommen, den Handel zwischen den NIS-Staaten wiederzubeleben und die Anpassungskosten durch regionale Handelsabkommen zu reduzieren. Eine Anzahl von „Freihandels“-Abkommen wurden geschlossen, die aber nur dem Namen nach frei waren, weil die meisten Länder Exportkontrollen für ihre Schlüsselprodukte beibehielten. Die Etablierung eines funktionsfähigen zwischenstaatlichen Zahlungssystems und die Konvertibilität der Währungen sind für einen marktorientierten Handel zwischen den NIS-Ländern entscheidend. Die Beseitigung der Handelsbarrieren innerhalb der Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion allein ist nicht die Lösung, insbesondere weil, wie wir oben gesehen haben, bei marktorientierten Handelsstrukturen ein Großteil des Handels mit Ländern außerhalb der NIS-Staaten stattfinden würde. Wenn die Abkommen Barrieren gegen die Reorientierung des Handels errichten und die beträchtliche Umlenkung des Handels wie in der alten Sowjetunion wieder einführen, werden sie kontraproduktiv wirken. Handelsbarrieren sollten statt dessen auf nicht-diskriminierende Weise beseitigt werden, um die Integration der NIS-Staaten in das Welthandelssystem zu vertiefen.

#### *... Und die Auswirkungen auf andere Länder*

Reformländer bieten der Welt große Möglichkeiten. Die Produzenten können nach neuen Märkten Ausschau halten, und die Konsumenten können von neuen Produkten profitieren. Verstärkte Effizienz und Mobilisierung von Ressourcen in Reformländern werden das globale Angebot von Gütern und Dienstleistungen erweitern. Auch das durch die Integration erwartete Wachstum des inter- und intraindustriellen Handels – in den MOE-Ländern bereits erkennbar – wird die weltweite Wohlfahrt erhöhen, indem die Produktvielfalt ausgeweitet wird und Rationalisierungsgewinne in der Industrie aufgrund steigender Skalenerträge gefördert werden. Chinas Importe und Exporte haben sich in den letzten fünf Jahren verdoppelt, während die Importe der mittel- und osteuropäischen Länder aus den OECD-Ländern um 216 Prozent stiegen und im gleichen Zeitraum ihre Exporte dorthin um 159 Prozent zunahmen. Vor allem die etablierten industrialisierten Marktwirtschaften sind in hohem Maß daran interessiert, das Wachstum dieser neuen Märkte zu unterstützen, indem sie ihre Türen geöffnet lassen. Die Reintegration wird jedoch unvermeidliche Anpassungskosten mit sich bringen. Einige Entwicklungsländer werden einem härteren Wettbewerb gegenüberstehen, insbesondere bei den arbeitsintensiven Produkten, während



die komparativen Vorteile der industrialisierten Länder sich ebenfalls von diesen Industriezweigen verlagern werden. Wo es jedoch möglich war, die Kosten abzuschätzen, scheinen sie gering zu sein. Die Reformländer werden nicht das weltweite Verlangen nach vielfältigen Produkten befriedigen, sondern nur die Produzenten dazu anregen, eine Vielzahl weiterer Güter und Dienstleistungen zum Nutzen vieler Menschen zu erfinden und anzubieten.

Gibt es Länder, die die Auswirkungen der Integration des Handels der Reformländer in die Europäische Union fürchten sollten? Wie oben erwähnt, sind die EU-Länder bereits die Haupthandelspartner der MOE-Länder, der Handel zwischen diesen Regionen hat sich seit 1989 mehr als verdoppelt. Die MOE-Länder haben sich als außergewöhnlich gute Exportmärkte für die EU herausgestellt und die Europäischen Vereinbarungen (die weiter unten diskutiert werden) zwischen der EU und den MOE-Ländern sehen für die meisten gewerblichen Produkte der MOE-Länder einen freien Zugang zu den EU-Märkten vor. Es gibt jedoch immer noch Importbeschränkungen für sensible Produkte, die Landwirtschaft bleibt weiterhin geschützt, und die drohende Anordnung von Protektionsmaßnahmen (Antidumping- und Schutzmaßnahmen) schränkt den praktischen Effekt von Liberalisierungsmaßnahmen beim Export von Stahl und chemischen Produkten ein. Trotzdem helfen die Europäischen Vereinbarungen, die MOE-Länder in eine offene Handelspolitik einzubinden, womit auch die Glaubwürdigkeit ihrer Handelsreformen gesteigert wird. Die entstehenden Handelsstrukturen zwischen den beiden Regionen lassen sich durch einen zunehmenden intra-industriellen Handel sowie wachsende Verarbeitungs- und Montageaktivitäten in den mittel- und osteuropäischen Betrieben beschreiben. Die Europäischen Vereinbarungen schaffen Anreize für Unternehmen aus der EU, Teilaktivitäten auszulagern (outsourcing), wobei sie Pläne und Material zur Verfügung stellen, die Qualität überwachen und das Marketing übernehmen. Die Förderung dieser Handelsform hilft den EU-Unternehmen, die relativ qualifizierte und billige Arbeit zu nutzen, während sie die Kosten und Risiken der Partner in Mittel- und Osteuropa in den aufkommenden neuen Exportmärkten reduziert.

Es bestand einige Besorgnis in der Europäischen Union, daß eine weitere Öffnung des Handels mit sensiblen Produkten den EU-Produzenten hohe Anpassungskosten auferlegen würde. Die Erfahrungen sprechen jedoch dafür, daß eine vollständige Liberalisierung des Handels mit diesen Produkten nur einen marginalen Effekt auf die Importe, die Produktion und die Beschäftigung der EU hätten, weil die MOE-Länder nur kleine Anbieter sind. Gewiß könnte eine langfristige Handelsintegration mit den NIS-Staaten zu weitaus größeren Handelsströmen führen. Aber selbst hier würden die neuen Handelsströme im wesentlichen darin bestehen, daß die NIS-Länder größere Mengen an Energie

– vor allem Öl und Erdgas – nach Westeuropa liefern, als Gegenleistung für große Mengen von kapital- und technologieintensiven Gütern (Maschinen und Ausrüstungen) sowie hochwertigen langlebigen Konsumgütern.

Viele Mittelmeerländer und afrikanische Staaten, die derzeit Handelspräferenzen gegenüber den EU-Ländern genießen, machen sich auch Sorgen, daß sie durch die Handelsliberalisierung zwischen den EU- und den MOE-Ländern verlieren werden. Einige Mittelmeerländer haben seit den siebziger Jahren einen zollfreien Zugang zu EU-Märkten für industrielle Güter sowie einen bevorzugten Zugang für landwirtschaftliche Produkte. Keiner dieser Vorteile wird durch die Entwicklung der MOE-Länder als EU-Partner ernsthaft gefährdet sein. Es ist richtig, daß deren Auftreten auf der Handelsbühne den Mittelmeerexporteuren die geographischen Vorteile auf den EU-Märkten genommen haben mag, die sie vorher genossen hatten. Tatsächlich sind aber die Marktanteile der Nicht-Öl-Exporte aus Mittelmeerländern in die Europäische Union stabil geblieben. Die Mittelmeerländer und die mittel- und osteuropäischen Länder haben natürlicherweise sehr unterschiedliche relative Stärken – offenbarte komparative Vorteile – innerhalb des Welthandels. Die Exportstrukturen dieser beiden Regionen haben tatsächlich kaum etwas gemeinsam. Die seit langem bestehenden Exportbeschränkungen auf den EU-Märkten für landwirtschaftliche Produkte stellen für eine Anzahl Mittelmeerländer ein viel wichtigeres Problem dar, weil sie ihr landwirtschaftliches Exportpotential nicht vollständig ausnutzen können. Die Länder in Afrika, die die Lomé-Konvention unterzeichnet haben, genießen auch weiterhin bevorzugten Zugang zu den EU-Märkten. Für die meisten von ihnen ist ein direkter Wettbewerb mit den MOE-Ländern aus demselben Grund die Ausnahme – die komparativen Vorteile dieser zwei Ländergruppen liegen im allgemeinen nicht bei den gleichen Gütern oder Industrien. Auch im Bereich der Landwirtschaft konkurrieren diese Länder nur bei einigen wenigen Produkten direkt mit den MOE-Ländern. Als Ausgleich für irgendwelche nachteiligen Effekte auf der Exportseite ist auch die Tatsache zu nennen, daß die rasch wachsenden MOE-Länder selbst ein weiterer potentieller Markt für die Exporte der Mittelmeerländer und der afrikanischen Länder sind.

Die MOE-Länder betreten die internationale Bühne mit relativ hochqualifizierten Arbeitskräften, wenn auch eine Umorientierung bei den Bildungsprioritäten erforderlich ist, wie in Kapitel 8 diskutiert wurde. Da die ausländischen Direktinvestitionen nicht nur Kapital und Ausrüstungen, sondern auch Managementtechniken und Anbindungen an das Handelsnetzwerk ins Land bringen, ist zu erwarten, daß die MOE-Länder längerfristig eher mit Produkten konkurrieren, die eine mittlere oder hohe Ausbildung erfordern und weniger mit einfachen, arbeitsintensiven Produkten.

Diese strukturelle Transformation würde den direkten Wettbewerb der MOE-Länder mit Entwicklungsländern mit niedrigem Einkommen weiter reduzieren.

Chinas triumphale Rückkehr auf die internationalen Märkte hatte bis jetzt den größten Einfluß, der von einem Reformland auf den Welthandel ausging. Wie bei dem überwältigenden Angebot an unqualifizierter Arbeit in China zu erwarten war, bestehen dessen Exporte zunehmend aus arbeitsintensiven Gütern. Bei einem durchschnittlichen Wachstum derartiger Exporte in Höhe von 23 Prozent pro Jahr während der achtziger Jahre stieg der Anteil arbeitsintensiver Exporte von einem Drittel im Jahr 1975 auf drei Viertel der gesamten Exporte Chinas im Jahr 1990. Bekleidung, Spielzeug, Sportartikel und Schuhe machten zusammen 30 Prozent der Exporte Chinas im Jahr 1994 aus. Hat Chinas rasches Wachstum bei den arbeitsintensiven Produkten arbeitsintensive Exporteure aus anderen Entwicklungsländern auf den Weltmärkten verdrängt? Die Antwort scheint aus zwei Gründen nein zu sein. Erstens, und dies ist am wichtigsten, hat Chinas Exportwachstum eher die Exporte von Ländern ersetzt, die selbst bald zu den Ländern mit höherem Einkommen zählen werden, und weniger die Exporte anderer Entwicklungsländer. Und zweitens gibt es mit Sicherheit mehr als genug Nachfrage nach arbeitsintensiven Exportprodukten auf der Welt.

Chinas dramatisches Wachstum bei arbeitsintensiven Exportgütern wurde mehr als ausgeglichen vom scharfen Rückgang der Exportanteile der ostasiatischen „vier Tiger“ (Hongkong, die Republik Korea, Singapur und Taiwan), die von 55 Prozent im Jahr 1984 auf 24 Prozent im Jahr 1994 fielen. Chinas Exporte haben die der Tiger einfach ersetzt, so daß ihr gemeinsamer Anteil am Weltmarkt bei Bekleidung, Spielzeug und Sportartikeln gefallen ist (während der Anteil bei Schuhen gleich geblieben ist). Die Zähmung der Tiger durch China wurde durch ausländische Direktinvestitionen der Tiger selbst angezettelt, deren Unternehmen in vielen Fällen ihre Produktionsbetriebe einfach nach China verlegten. Zum Beispiel sind etwa 25.000 Fabriken in der Region des Pearl River Delta von Guangdong, die direkt oder indirekt 3 bis 4 Millionen Arbeitskräfte beschäftigen, als Subunternehmen an Gesellschaften in Hongkong vertraglich gebunden. Die Tiger sind mittlerweile auf der Entwicklungsleiter die Sprossen hinaufgestiegen und stellen vermehrt Produkte mit einer höheren Kapital- und Bildungsintensität her.

Hätten andere Entwicklungsländer ohne das Emporkommen Chinas größere Marktanteile erobert, nachdem sich die Produktion der Tiger von einfachen gewerblichen Erzeugnissen weg verlagerte? Bis zu einem gewissen Grad vielleicht, doch es läßt sich auch die Meinung vertreten, daß die Tiger diese Märkte aufgaben, weil China auftauchte. Die Öffnung Chinas veränderte ihre komparativen Vorteile im Welthandel und, anstatt Widerstand zu leisten, ergriffen die

Tiger die Chance, Ressourcen aus der Produktion einfacher Industriegüter in anspruchsvollere Produktionsbereiche umzusetzen und ihre Erfahrung zur Ausweitung der Produktion in China zu nutzen.

Es gibt noch einen zweiten Grund, weshalb Chinas Entwicklung als Wirtschaftskraft im Bereich des Exports arbeitsintensiver Güter sich wahrscheinlich nicht in dem Maß auf die anderen Entwicklungsländer ausgewirkt hat, wie viele befürchtet hatten. Tatsache ist nämlich, daß sich die weltweite Nachfrage nach diesen Erzeugnissen der Entwicklungsländer während des letzten Jahrzehnts verdreifacht hat.

Hinzu kommt, daß die Entwicklungsländer auch ziemlich große Märkte für andere Entwicklungsländer darstellen. Das beträchtliche Handelsvolumen zwischen den Entwicklungsländern, einschließlich des beachtlichen intra-industriellen Handels, ermöglicht es ihnen, innerhalb eines großen Bereichs von Fertigwaren gleichzeitig als Importeure und Exporteure aufzutreten. Im Jahr 1994 gingen mehr als ein Viertel der Exporte arbeitsintensiver Güter von Entwicklungsländern in andere Entwicklungsländer. Sie können daher direkt von der gegenseitigen Ausweitung der Exporte profitieren, selbst wenn sie gleichartige Waren ausführen.

### Integration in die Welthandelsorganisationen

Die OECD-Länder haben große Anstrengungen unternommen, um die Handelsbeziehungen mit den Reformländern zu normalisieren. Sie haben den Reformländern den Status meistbegünstigter Nationen erteilt, und sie haben quantitative Restriktionen, die nur auf „Staatshandelsländer“ angewandt wurden, eliminiert; einige Länder gewährten Handelsvorteile, die die Reformländer auf die gleiche Stufe mit den Entwicklungsländern stellen, die bereits solche Vorteile genießen. Aber die Normalisierung ist noch nicht vollständig. Die Reformländer müssen noch bestimmte quantitative Restriktionen sowie eine unterschiedliche Behandlung bei Antidumping-Maßnahmen in den OECD-Ländern hinnehmen, und nur einige wenige sind formal durch WTO-Vorschriften und Verfahrensregelungen geschützt. Sechs Übergangsländer – Polen, Rumänien, die Slowakei, Slowenien, die Tschechische Republik und Ungarn – sind Mitglieder der Welthandelsorganisation (WTO).

Die Mitgliedschaft in der WTO ist ein wichtiger Schritt für Übergangsländer, und so gut wie alle haben die Aufnahme beantragt. Die WTO stellt eine stabile institutionelle Basis für die Anwendung und Durchsetzung multilateral vereinbarter Handelsvorschriften für Güter und Dienstleistungen sowie den Schutz geistigen Eigentums zur Verfügung. Jedes WTO-Mitglied geht Verpflichtungen zur Einhaltung von Höchstgrenzen für Einfuhrzölle ein und genießt bei seinen Exporten in Mitgliedsländer die gleichen Rechte. In der Regel wird kein Mitglied die Zölle über das festgesetzte

Niveau anheben, ohne wenigstens eine Kompensation anzubieten. Die unterschiedlichen Handelsgebaren werden von der WTO an akzeptable Standards angeglichen. Wenn ein Land die unter der Schirmherrschaft der WTO ausgehandelten Verpflichtungen akzeptiert, hält die Bedingung, seine Märkte offenzuhalten oder eine Kompensation zahlen zu müssen, den internen Druck auf eine verstärkte Protektion des Handelsverkehrs effektiv in Grenzen.

Die Reformländer werden in hohem Maß von den mit einer WTO-Mitgliedschaft verbundenen Rechten profitieren. Die Beteiligung wird ihren Zugang zu den internationalen Märkten festigen und eine gewisse Absicherung gegen die willkürliche Festsetzung von Barrieren durch andere bieten. Aber auch von der Annahme der entsprechenden Verpflichtungen werden die Reformländer profitieren. Die unverzügliche und feste Verpflichtung zur Einhaltung der WTO-Regeln wird die Durchführbarkeit politischer Maßnahmen zur Erreichung und Erhaltung liberaler Handelsregimes im Heimatland angesichts der unvermeidlich auftauchenden starken sektoralen Interessen in hohem Maße fördern.

Die Reformländer sollten daher die WTO-Mitgliedschaft als eine Chance ansehen, die Reform ihrer Handelsbeziehungen voranzutreiben, nicht nur um die WTO-Bedingungen zu erfüllen, sondern auch, um durch Reduzierung von handelspolitischen Verzerrungen die ökonomische Effizienz zu erhöhen. Relativ strenge Beitrittsbestimmungen – einschließlich umfassender Zollbindungen – können helfen, im Inland die potentiellen Gewinne des Strebens nach Zusatzprofiten („rent-seeking“) zu reduzieren. Gleichzeitig sollten die WTO-Mitglieder alles tun, um den Aufnahme-prozeß zu beschleunigen, ohne dabei den Druck auf die Anwärter zur Übernahme liberaler Handelsregeln zu lockern. Für einige Übergangsländer wäre technische Hilfe zur Erfüllung der umfassenden Informationsanfordernisse für den Beitritt hilfreich.

Die Integration in die Europäische Gemeinschaft ist mit weitreichenden Implikationen für die betroffenen Reformländer verbunden. Das Verfahren begann mit den Europäischen Vereinbarungen und ist mit den Aufnahme-Vorverhandlungen in eine neue Phase eingetreten. Die Europäischen Vereinbarungen, die zwischen der EU und sechs MOE-Ländern (Bulgarien, Polen, Rumänien, die Slowakei, die Tschechische Republik und Ungarn; die Vereinbarung mit Slowenien ist noch nicht unterzeichnet) sowie den baltischen Staaten abgeschlossen wurden, sind die tiefsten und umfassendsten unter den Assoziierungsabkommen der EU. Ebenso wie in den Assoziierungsabkommen mit anderen Ländern, geht es in diesen Vereinbarungen nicht nur um die Handelsbeziehungen zwischen der EU und den MOE-Ländern sowie den baltischen Staaten, sondern sie befassen sich darüber hinaus mit finanzieller Kooperation, kommerziellen Gebaren und Gesetzen sowie dem politischen Dia-

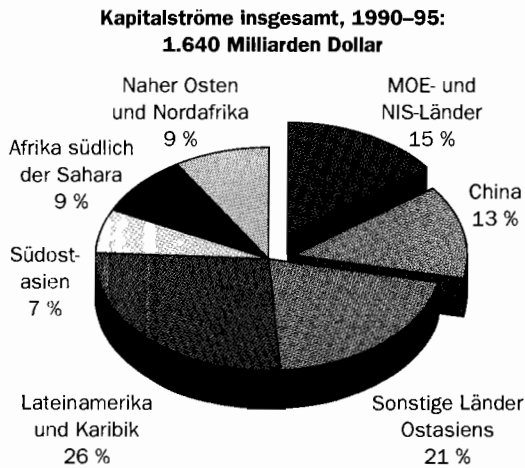
log auf verschiedenen Ebenen. Sie ermutigen diese Länder auch, den Handel untereinander zu liberalisieren, zum Beispiel durch die neugeschaffene Zentraleuropäische Freihandelszone (CEFTA).

Es ist mehr als vier Jahre her, daß die Europäischen Vereinbarungen zu Beginn des Jahres 1992 unterzeichnet wurden. Auf dem Kopenhagener Gipfeltreffen im Jahr 1993 ging die EU ihre erste klare Verpflichtung zum Beitritt der MOE-Länder ein. In dem sogenannten „Weißbuch“ vom Juni 1995 wird ein Teil des Aufnahme-Vorverfahrens formuliert. Darin werden die für jeden Sektor des internen Marktes erforderlichen Schlüsselmaßnahmen identifiziert, es wird ein ungefährer Ablauf der notwendigen Gesetzgebung empfohlen, und es werden Details über die für eine effiziente Ausführung und Durchsetzung notwendigen Maßnahmen niedergelegt. Teilweise vor dem Hintergrund dieser Regelungen hat die EU verschiedene Formen der Unterstützung angeboten. Es wird erwartet, daß Beitrittsverhandlungen mit einigen der MOE-Länder und den baltischen Staaten bald nach dem Abschluß der EU-Regierungskonferenz beginnen werden. Von einem unverzüglichen Beitritt sollte man jedoch nicht ausgehen: Die Verhandlungen, die zur jüngsten Erweiterung der EU führten (mit Österreich, Finnland und Schweden) dauerten weniger als zwei Jahre, aber die Verhandlungen mit Spanien nahmen fast neun Jahre in Anspruch. Die Vorteile eines Beitritts sind klar: politische Stabilität, freier Handels- und Kapitalverkehr, Zugang zu gemeinsamen Fonds und Einbindung in eine insgesamt marktfreundliche Politik.

Ein rascher EU-Beitritt würde viel zur Stützung und Vertiefung der Reformen in den Übergangsländern beitragen. Was also spricht dagegen? Ein Hindernis besteht in der dringenden Notwendigkeit, in den mittel- und osteuropäischen Ländern sowie in den baltischen Staaten Verwaltungs- und Organisationsstrukturen zu entwickeln, um die Regeln der Union ausführen und durchsetzen zu können. Das größte Hemmnis stellt jedoch der EU-Haushalt dar, der zu 80 Prozent für die Finanzierung von Strukturfonds verwendet wird. Diese Fonds unterstützen die ärmeren EU-Regionen und finanzieren die Gemeinsame Agrarpolitik (Common Agricultural Policy – CAP), die die Landwirte in den Mitgliedsländern subventioniert. Die Ausweitung dieser Politik in ihrer jetzt bestehenden Form auf die MOE-Länder wäre teuer. Einzelne Teile der Gemeinsamen Agrarpolitik wurden 1992 reformiert, weitere Reformen sind jedoch erforderlich. Die Integration dürfte daher eher in einem stufenweisen Prozeß vor sich gehen, in dem bestimmte Elemente einer EU-Mitgliedschaft – insbesondere der freie Handel – rascher vorankommen als andere, während gleichzeitig möglicherweise einige nützliche Reformen in der EU selbst beschleunigt werden. Aus Sicht der Reformländer ist es um so besser, je rascher der Beitrittsprozeß voranschreitet.

**Die Transformationsländer haben nur einen bescheidenen Anteil der weltweiten Kapitalströme absorbiert.**

**Schaubild 9.1** Kapitalzuflüsse in Entwicklungs- und Reformländer nach Regionen



Anmerkung: Die Daten für 1995 sind vorläufig.  
Quelle: Weltbank 1996 b.

### Kapitalverkehr und Transformation

Man könnte gewaltige Kapitalimporte – private wie offizielle – erwartet haben, die zur Finanzierung der kostspieligen wirtschaftlichen und politischen Transformation beitragen, die die Reformländer zu bewältigen haben. Zu Beginn des Transformationsprozesses in Europa gab es Befürchtungen, daß umfangreiche Kapitalströme in die MOE- und NIS-Länder weltweit die Zinsen auf Kosten der Entwicklungsländer in die Höhe treiben könnten. Mit Ausnahme der ehemaligen DDR (siehe Sonderbeitrag 1.1) haben die MOE- und NIS-Länder nicht viel ausländisches Kapital absorbiert – weder in Form privater Investitionen noch offizieller externer Finanzhilfen.

*Hat der Übergang zu einer größeren Umlenkung privater Kapitalströme geführt ...*

Die MOE- und NIS-Länder zusammen haben in den Jahren 1990 bis 1995 15 Prozent der gesamten Kapitalzuflüsse in die Entwicklungs- und Transformationsländer aufgenommen (Abbildung 9.1). Die Netto-Ressourcenzuflüsse sind viel geringer und für einige Länder sogar negativ, wenn der Schuldendienst und die Kapitalflucht berücksichtigt werden. Allein die Kapitalflucht aus Rußland wurde für die

Periode 1992 bis 1995 auf etwa 50 Milliarden Dollar geschätzt, wenngleich hier auch Kapital mitgezählt wird, das von anderen NIS-Staaten über Rußland exportiert wurde.

Die privaten Kapitalzuflüsse in die Entwicklungsländer stiegen während der neunziger Jahre stark an, mit einer Welle von ausländischen Direktinvestitionen und Vermögensanlagen in Aktien. In den Jahren 1990 bis 1995 haben die MOE- und NIS-Länder zusammen jedoch nur gerade 13 Prozent der gesamten privaten Kapitalströme in Entwicklungs- und Reformländer anziehen können. 1994 erreichten die ausländischen Direktinvestitionen in den MOE- und NIS-Ländern nur 6,5 Milliarden Dollar, dies entspricht den gesamten ausländischen Direktinvestitionen in Malaysia und Thailand. Die Verteilung dieser begrenzten ausländischen Direktinvestitionen unter ihnen war zudem sehr ungleichmäßig. Die Visegrad-Länder konnten volle drei Viertel der Gesamtsumme vereinnahmen, während viele andere Länder in der Region noch so gut wie keine ausländischen Beteiligungen verbuchen konnten (siehe Kapitel 3). Die Kapitalzuflüsse nach China folgen eher dem Trend für Entwicklungsländer, wobei private Quellen den Löwenanteil stellen. 1994 wurden in China ausländische Direktinvestitionen in Höhe von 33,8 Milliarden Dollar getätigt, was nur noch von den Zuflüssen in die Vereinigten Staaten übertroffen wurde. Ein erheblicher Anteil kam jedoch aus einheimischen Finanzfonds, die als ausländische Investition wieder ins Land zurückflossen, um damit Steuervorteile auszunutzen.

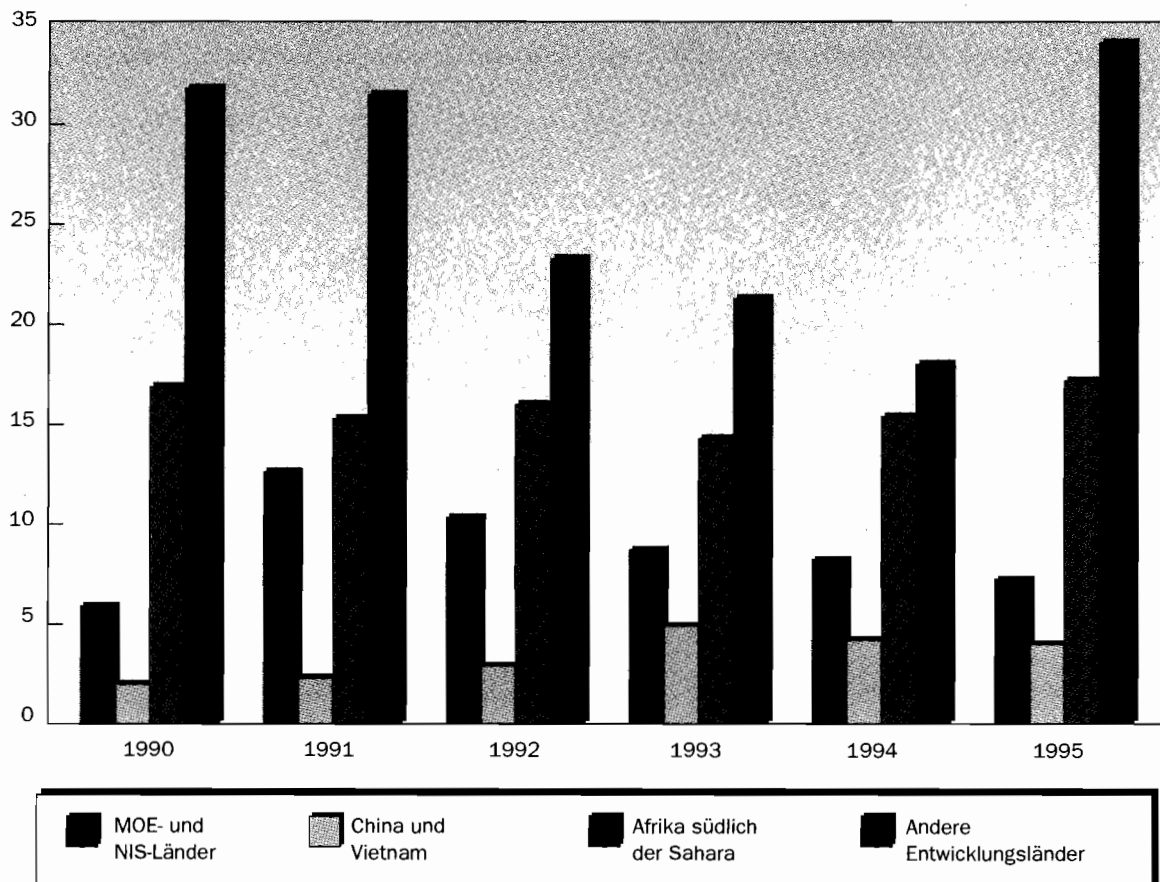
*... Oder der ausländischen Unterstützung?*

Zieht man den relativen Mißerfolg vieler MOE- und NIS-Länder in Betracht, Kapital aus dem Wachstum der Investitionen auf emporstrebenden Märkten zu schlagen, so muß das Schlüsselziel offizieller ausländischer Unterstützung darin bestehen, ihnen zu helfen, ein attraktiveres Umfeld für private Kapitalzuflüsse zu schaffen und die Wirtschaft so umzugestalten, daß sie international wettbewerbsfähiger wird. Die jährlichen Netto-Zuflüsse offizieller Entwicklungsfinanzierung – einschließlich offizieller Entwicklungshilfe (Beihilfen und offizielle konzessionierte Kredite) und offizieller nicht-konzessionierter Kredite – in die MOE- und NIS-Länder erreichten in den Jahren 1990 bis 1995 eine Höhe von durchschnittlich 8,8 Milliarden Dollar. Dadurch wurden die offiziellen Unterstützungsleistungen für die ärmsten Regionen der Welt jedoch nicht berührt (Abbildung 9.2). Zum Beispiel erhöhten sich die Hilfen für die Reformländer drastisch, von 641 Millionen Dollar im Jahr 1990 auf 4,7 Milliarden Dollar im Jahr 1995, aber die Hilfen für die Länder Afrikas südlich der Sahara stiegen in dieser Periode ebenfalls. Die ehemaligen Vasallen der Sowjetunion haben jedoch an Hilfe verloren – zum Beispiel erhielten alle diese Länder 1987 schätzungsweise 4,5 Milliarden Dollar von der Sowjetunion und im Jahr 1985 554 Millionen Dollar

**Die offiziellen Hilfen für die Reformländer erfolgten nicht zu Lasten Afrikas.**

**Schaubild 9.2** Offizielle Entwicklungsfinanzierung für Entwicklungs- und Reformländer

Milliarden Dollar



Anmerkung: Die offizielle Entwicklungsfinanzierung setzt sich zusammen aus offizieller Entwicklungshilfe (Beihilfen und konzessionierte Darlehen) sowie nicht-konzessionierten Darlehen. Die Daten für 1995 sind vorläufig. Quelle: Weltbank 1996 b.

von Osteuropa, aber diese Quellen sind jetzt so gut wie versiegt.

Alles in allem hat die Transformation keinen großen Teil der Kapitalströme absorbiert. Sobald die Wirtschaft der Reformländer sich erholt hat, wird die Nachfrage nach Investitionen in den Bereichen der Infrastruktur, des wirtschaftlichen Wiederaufbaus und der Entwicklung des Privaten Sektors steigen. Sobald ihre Kreditwürdigkeit sich verbessert, könnten sie einen größeren Anteil der weltweiten Kapitalströme an sich ziehen, was die gesamte globale

Nachfrage nach Kapital erhöhen und die Zinsen weltweit ansteigen lassen würde. Langfristig werden aber alle Länder – wie in Kapitel 2 erwähnt – den größten Teil ihrer Investitionen eher aus heimischen denn aus ausländischen Ersparnissen finanzieren. Mehr noch, sämtliche Auswirkungen einer steigenden Nachfrage der Reformländer nach ausländischem Kapital auf die Zinsen in der Welt wären klein, verglichen mit denen, die bereits von dem zusammengefaßten Budgetdefizit der OECD-Länder ausgehen, das sich derzeit auf etwa 700 Milliarden Dollar pro Jahr beläuft.

### Wie kann ausländische Unterstützung beim Übergang helfen?

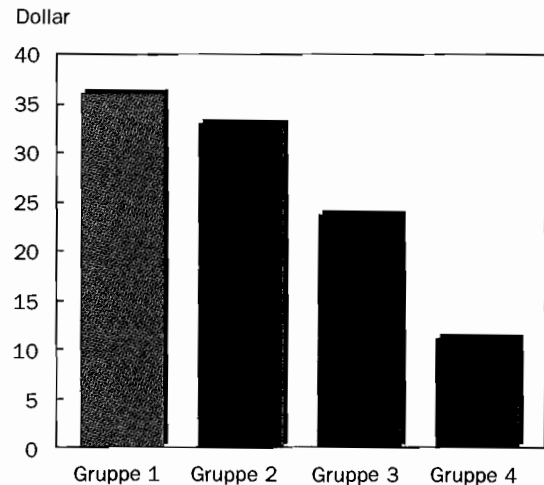
In den ersten Jahren der Reformen in den mittel- und osteuropäischen Ländern und den NIS-Staaten bestand ein bedeutender Anteil der offiziellen Unterstützungen aus Zahlungsbilanzausgleichs- und Haushaltshilfen sowie Schuldenerlassen. Die offiziellen Unterstützungsleistungen der internationalen Finanzinstitutionen und einzelner Geberländer waren für die im Reformprozeß weiter fortgeschrittenen Länder meist viel höher, gemessen an der Bevölkerungsgröße oder dem BIP (Abbildung 9.3). Zum Beispiel haben die Visegrad-Länder, die zur ersten Reformgruppe in der Abbildung 1.2 gehören, bis zum Ende des Jahres 1993 mehr als die Hälfte der Auszahlungen von internationalen Finanzinstitutionen an die Region erhalten. Mit den Fortschritten im Reformprozeß verschoben sich 1994 die offiziellen Kreditvergaben in Richtung der NIS-Staaten, die zuvor wenig Finanzmittel erhalten hatten. Innerhalb der NIS-Länder erhielten die baltischen Staaten, die beträchtliche Reformen unternommen hatten, sowohl in Relation zur Bevölkerung als auch zum BIP mehr offizielle Hilfen als zum Beispiel Weißrußland.

War die Höhe der externen Finanzhilfen angemessen? Diese kontroverse Frage kann unterschiedlich beantwortet werden. Die Hilfeleistungen des Marshall-Planes nach dem Zweiten Weltkrieg erreichten durchschnittlich 2,5 Prozent des damaligen Einkommens der Empfängerländer. Die gesamten offiziellen Zahlungen an die MOE-Länder, deren Reformen generell am weitesten fortgeschritten waren, machten in den Jahren 1991 bis 1993 im Durchschnitt etwa 2,7 Prozent ihres zusammengefaßten BIP aus. Eine Untererschätzung des BIP in diesen Volkswirtschaften kann dieses Verhältnis zu hoch erscheinen lassen, doch nach diesem Maßstab waren die Zahlungen aus dem Marshall-Plan nicht wesentlich größer als die offiziellen Finanzzuflüsse in die MOE-Länder. Im Marshall-Plan war jedoch eine wesentlich größere unentgeltliche Komponente enthalten, und er war, gemessen am Einkommen des Geberlandes, mit 1,5 Prozent des U.S.-amerikanischen BIP weit großzügiger ausgestattet.

War der Zeitpunkt der externen finanziellen Unterstützung angemessen? Dies ist eine weitere heiß diskutierte Frage. Externe Finanzmittel haben eine Anzahl von Stabilisierungsprogrammen unterstützt, Vertrauen geschaffen (wie es beim polnischen Stabilisierungsfonds der Fall war) oder den Bedarf zur monetären Finanzierung von Haushaltsdefiziten verringert (Kapitel 2). Eines der Hauptergebnisse dieses Berichts ist jedoch, daß Liberalisierung, Stabilisierung, sowie strukturelle und institutionelle Reformen in hohem Maß komplementär waren. Makroökonomischer Druck unterstützt oft die Impulse für mikroökonomische Veränderungen, so daß bei externen Beistandsprogrammen für Reformländer sorgfältig zu verfahren ist – man bewegt sich auf

### Reformregierungen erhalten den größten Anteil an externer Hilfe.

**Schaubild 9.3** Offizieller Netto-Kapitalzufluß pro Kopf nach Ländergruppen



Anmerkung: Die Daten sind Durchschnitte aus Jahreswerten für die Jahre 1990–95 (MOE-Länder) bzw. 1992–95 (NIS-Länder); die Daten für 1995 sind vorläufig. Zu den Ländern in jeder Gruppe siehe Schaubild 1.2. Länder mit schweren regionalen Spannungen sind ausgeschlossen. Quelle: Weltbank 1996 b.

einem schmalen Grat zwischen der Erleichterung von Reformen und der Verminderung ihrer Dringlichkeit – und man muß die Reformen durch Bedingungen absichern. In der Tat kann die Vergabe von zwar gut gemeinten, aber unangebrachten oder verfrühten Darlehen eine hohe externe Schuldenlast begründen, die die nachfolgenden Reformen hemmt – wie die Erfahrung mit Kreditlinien zeigt, die von bestimmten Exportkredit-Agenturen gewährt werden.

Selbst nachdem die Inflation auf ein moderates Niveau gedrückt worden ist, kann externe Hilfe – innerhalb bestimmter Grenzen – benötigt werden, um einigen Ländern bei der Überbrückung einer vorübergehenden Finanzlücke zu helfen. Während der Anteil der Staatsausgaben am BIP in einigen Ländern immer noch vernünftige Grenzen überschreitet, ist der Staatssektor in anderen Transformationsländern in Relation zu seinen Kernfunktionen klein. Einige Regierungen waren gezwungen, die Sozialausgaben und öffentlichen Investitionen zu kürzen, möglicherweise bis auf ein Niveau, das zur Unterstützung der Reformen nicht



ausreicht. In einigen Ländern mit begrenzten Kapazitäten zur Erhebung von Steuern läuft es darauf hinaus, daß sie zur Befriedigung ihres Ausgabenbedarfs verzerrende Steuern erheben, was mit erheblichen ökonomischen Effizienzverlusten verbunden ist (Kapitel 7). Mittlerweile befinden sich einige Regierungen selbst im Zahlungsrückstand und untergraben damit die harten Budgetbeschränkungen in anderen Bereichen der Volkswirtschaft (Kapitel 2). Diese Probleme verdienen eine genaue Beachtung seitens der mit den Finanzhilfen befaßten Agenturen. Grundsätzlich sollten Budgethilfen jedoch immer an politische Reformen gebun-

den sein, vor allem in den Bereichen Steuerpolitik und -verwaltung, Haushaltsmanagement, Programme zur gezielten Bekämpfung der Armut sowie Entwicklung menschlicher Ressourcen.

Wie in diesem Bericht beschrieben wurde, beinhaltet der Wandel zur Marktwirtschaft scharfe wirtschaftliche Einschnitte in einigen Regionen sowie soziale Kosten, die politische Auswirkungen haben können. In solchen Gebieten können Hilfsleistungen den Aufschwung beschleunigen, zum Beispiel durch die Finanzierung von Abfindungszahlungen, durch Hilfen bei außergewöhnlichem Bedarf von

### **Sonderbeitrag 9.1 Unternehmerische Qualifikationen zu trainieren ist gut fürs Geschäft – für Ausbilder wie Auszubildende**

Die Bemühungen, in den Reformländern marktbezogene Fähigkeiten und geschäftliches Know-how zu vermitteln, hatten gemischte Ergebnisse. Zwei Programme zeigen jedoch, wie die Fallstricke umgangen werden können und wertvolle Folgeeffekte erzielt werden können.

Zu Beginn des Jahres 1992 startete das Ökonomische Entwicklungsinstitut der Weltbank ein Ausbildungsprogramm zur Unterstützung von Unternehmensumstrukturierungen und Privatisierungen in Reformländern, das auf dem Prinzip des angewandten Lernens basierte und den lokal Begabten sowie anderen Interessierten Hilfe zur Selbsthilfe bot. Die 180 seit Beginn des Programms rekrutierten Trainees – darunter Unternehmens- und Bankmanager, Berater, Regierungsbeamte und Parlamentsabgeordnete – haben mit mehr als vierzig lokalen Partnerinstitutionen zusammengearbeitet und mehr als 4.000 weitere Teilnehmer ausgebildet. Bewertungen durch unabhängige Gutachter ergaben, daß das Programm äußerst kostengünstig war und große Auswirkungen auf die Unternehmensreformen und die Entwicklung des privaten Sektors hatte. Als direktes Resultat wurden Dutzende von Unternehmen erfolgreich umstrukturiert und privatisiert.

Die Karriere von Frau Smirnova, stellvertretende Direktorin des Textilkonglomerats Mayak in Nishnij Novgorod, Rußland, illustriert die potentiellen Vorteile. Gleich nach Abschluß des Ausbildungsprogramms veranlaßte sie den Konzern, internationale Rechnungslegungsstandards einzuführen, bevor es der Gesetzgeber forderte, und nahm eine Umschulung der Buchhalter vor. Sodann initiierte sie die Aufsplittung des Unternehmens in dreizehn unabhängige Gesellschaften. Ihr Geschäftsplan für Mayak gewann einen internationalen Preis, und etwa 70 Prozent der Produktion Mayaks

werden derzeit nach Großbritannien exportiert. Eine von Frau Smirnova organisierte Konferenz über Unternehmensplanung in russischen Textilunternehmen führte zu der Gründung verschiedener geschäftlicher Zusammenschlüsse; und in Zusammenarbeit mit anderen Teilnehmern des Programms hat sie Gesellschaften überall in Rußland sowie in Kasachstan und in Usbekistan beraten. All das hat Anstöße für ähnliche Aktivitäten zur Umstrukturierung in vielen anderen Unternehmen geliefert.

Das seit 1989 laufende Ost-West-Austauschprogramm für Unternehmer an der York Universität in Toronto legt großen Wert auf den Aufbau persönlicher Geschäftsbeziehungen. Es hat mehr als 450 Unternehmensdelegierte aus den mittel- und osteuropäischen Ländern und den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion nach Kanada gebracht. Die Auswahl der Delegierten erfolgt nach Kriterien von kanadischen Unternehmen, die dieses Programm zusammen mit der Regierung, anderen Geldgebern und den Teilnahmegebühren der Delegierten fördern und finanzieren. Die Teilnehmer erhalten zunächst Unterricht in geschäftlichen Praktiken, Buchhaltung, Marketing und einem Spektrum verwandter Themen. Sodann arbeiten sie mit ihren Sponsoren Geschäftspläne als Grundlage für zukünftige Geschäfte aus. Eine unabhängige Begutachtung des Programms kommt zu dem Schluß, daß es meßbare Auswirkungen auf den Kenntnisstand und das Verhalten der Delegierten hatte und einen positiven Beitrag zu ihrer Karriere leistete. Es trug ebenfalls zur geschäftlichen Kooperation bei: Vorläufige Schätzungen beziffern den Umfang an Technologietransfers, Handelsabschlüssen und Gemeinschaftsunternehmen, die aus diesem Programm resultierten, auf ein Vielfaches der Programmkosten.

Lokalregierungen in notleidenden Regionen, oder eventuell auch durch die Übernahme der Umweltkosten bei der Schließung von Fabriken. Es könnte notwendig – und wünschenswert – sein, die Auswirkungen der Transformation auf bestimmte regional konzentrierte und dicht bebaute Industriegebiete, wie den Kohlesektor in der Ukraine (siehe Sonderbeitrag 3.1), zu lindern. Auch hier muß die Unterstützung die zeitweiligen Verluste genau kalkulieren und offenlegen, so daß die längerfristige Glaubwürdigkeit der Reformen und Arbeitsmarkimpulse nicht untergraben wird.

Wie immer ist jedoch die Entwicklung marktfördernder Institutionen von fundamentaler Bedeutung für den Übergang. Das Nachkriegs-Westeuropa hatte bereits langjährige Erfahrungen mit Märkten. Die dazugehörigen Institutionen – Eigentumsrechte, Informations- und Rechtssysteme sowie Gerichte, ebenso wie die Fähigkeiten, diese zu nutzen, ausgefeilt nach Generationen der Erfahrung – waren alle vorhanden, so daß die ausländische Hilfe unverzüglich den Wiederaufbau und den Aufschwung fördern konnte. Selbst heute besitzen viele Entwicklungsländer eine stärkere institutionelle Basis für eine Marktwirtschaft als die meisten Reformländer mit ähnlichen Einkommensniveaus. Ausländische Hilfe muß daher eine umfangreiche Komponente für technische Unterstützung und den Aufbau von Institutionen in Bereichen einschließen, wo Engpässe während der Reformen entstehen. Dies beinhaltet die Hilfe bei der Schaffung von Institutionen wie unabhängiger Zentralbanken und der Begründung von Eigentumsrechten, die Reformen effektiver und schwerer umkehrbar machen. Die bilaterale Hilfe, einschließlich der von der Europäischen Union gewährten, wies eine umfangreiche Komponente technischer Hilfe auf. Die internationalen Finanzinstitutionen haben sich auch stark bei dieser Art des Aufbaus von Institutionen in weiten Bereichen engagiert, über den bloßen Transfer finanzieller Ressourcen hinaus.

Der Aufbau von Institutionen braucht Zeit und schließt manchmal die Wiederbelebung ganzer Berufsgruppen ein, insbesondere in Bereichen, die für eine gut-funktionierende Marktwirtschaft essentiell sind. Obwohl zum Beispiel für die Privatisierung und den Entwurf einer neuen Gesetzgebung beträchtliche Beihilfen gewährt wurden, muß noch mehr für die Ausbildung von Richtern und anderen Rechtsberufen sowie die Aufwertung von Einrichtungen des Rechts aufgewendet werden (Kapitel 5). Technischer Beistand sollte den Aufbau lokaler Kapazitäten fördern, und zwar unter anderem durch eine stärkere Einbeziehung lokal Beteiligter. Weitaus größere Anstrengungen sind bei der Vermittlung von Wirtschaftskenntnissen im weitesten Sinn sowie bei der gezielten Ausbildung in marktfähigen Schlüsselqualifikationen nötig (Kapitel 8).

Geschäftsgründungen haben eine große Bedeutung für das Wachstum, daher sollte die Hilfe rigoros von Reformen zur Reduzierung von regulatorischen und anderen Hemm-

nissen abhängig gemacht werden, einschließlich des Zugangs zu den notwendigen Räumlichkeiten. Mit Hilfe sorgfältig ausgearbeiteter Programme lassen sich kommerzielle und erzieherische Ziele gleichzeitig erreichen, und einige Programme könnten mehr einbringen als sie kosten (Sonderbeitrag 9.1). Geschäftliche Beratung und finanzielle Unterstützung im privaten Sektor sollten hauptsächlich aus dem privaten Bereich selbst kommen, also von privaten kommerziellen Dienstleistungsunternehmen, Kapitalanlegern und privaten Darlehensgebern für Betriebs- und Investitionskapital. Solche Dienstleistungen und Anbieter existieren in äußerst rudimentärer Form in einigen Reformländern, in anderen gibt es sie dagegen überhaupt nicht. Ist damit die Rolle von Hilfsinstitutionen gerechtfertigt? Ja, wenn ihre Rolle darin besteht, die Reform des Finanzsystems zu stützen und somit das Emporkommen vernünftiger und befähigter Kreditgeber und Investoren zu beschleunigen; und ja, wenn darin die Bereitstellung von Ausbildung und technischer Beihilfe an Manager und Unternehmen eingeschlossen ist, um die Jahre der Isolation von den Marktkräften zu überwinden. Nein jedoch, wenn nur die Finanzierung von Investitionen staatlicher Reorganisationsbehörden gemeint ist.

Wie bereits erwähnt, stehen einige Länder mehr einem Transformationsproblem, andere mehr einem Entwicklungsproblem gegenüber. Für die erste Gruppe sollte eine starke Abhängigkeit von externer Hilfe nur während einer begrenzten Zeit erwogen werden, bis die Reformen ein Umfeld geschaffen haben, das privates Kapital anzieht. Ein Schlüsselziel offizieller finanzieller Hilfe muß darin liegen, die Barrieren, die die Überlassung externen und heimischen privaten Kapitals, insbesondere privaten Eigenkapitals, behindern, entschieden und dauerhaft zu beseitigen. Einige Länder haben diese Phase sehr schnell durchlaufen. Die Tschechische Republik beispielsweise war in den Jahren 1991 und 1992 in hohem Maße auf Kredite des Internationalen Währungsfonds (IWF) und andere offizielle Kredite angewiesen, begann aber früher als geplant, die IWF-Kredite zurückzuzahlen (so wie es auch Polen 1995 tat). Ebenso ermutigend ist die Tatsache, daß die privaten Kapitalströme zugenommen haben und 1994 auf 2,85 Milliarden Dollar stiegen, nachdem sie zwei Jahre zuvor nur 585 Millionen Dollar betragen hatten.

Für einige Übergangsländer könnte jedoch eine längerfristige Entwicklungshilfe notwendig sein. Hierzu gehören die Zentralasiatischen Länder sowie eine Reihe anderer, deren Wirtschaft durch regionale Spannungen schwer zerrüttet ist. Aber selbst in diesen Fällen müssen sich die Geber vergewissern, daß die Hilfen die Reformen stärken und nicht untergraben. Der Gedanke liegt nahe, daß die Fähigkeit, offizielle Kapitalströme durch private zu ersetzen, vom Einkommensniveau abhängt. In Wahrheit hat dies aber viel mit der Regierungspolitik zu tun. China, eines der ärmsten

Transformationsländer, wird hauptsächlich durch privates Kapital gestützt.

### Was bleibt zu tun?

Die rasche Integration der Weltwirtschaft in den letzten Jahrzehnten entspringt der weitverbreiteten Erkenntnis, daß eine Volkswirtschaft ausnahmslos mehr erreicht, wenn sie mit anderen zusammenarbeitet – Güter, Kapital und Ideen austauscht –, als alleine zu agieren. Der Fehlschlag des sowjetischen Ideals eines „Sozialismus in einem Land“ liefert eine weitere Bestätigung für diese einfache Wahrheit, sofern diese nötig wäre. Es wird nicht einfach sein, sicherzustellen, daß die Reformländer ihr Potential als Mitglieder des globalen Handelssystems auch realisieren – weder für sie noch für ihre Förderer. Für die Neulinge besteht der erste Schritt in der Übernahme der in diesem Bericht erläuterten ökonomischen, sozialen und institutionellen politischen Reformen, um ausländische Investoren anzuziehen und das Wachstum zu fördern. Für die Außenstehenden, insbesondere internationale Institutionen wie die Europäische Uni-

on und die internationalen Finanzinstitutionen, beinhaltet dies sorgfältige Überlegungen, auf welche Weise den Transformationsländern geholfen werden kann, um die Reformen langfristig zu unterstützen und sie nicht zu verzögern. Eine beschleunigte Beseitigung existierender Handelshemmnisse zusammen mit weiteren direkten Bemühungen zur Integration werden vielleicht die größten und unmittelbarsten Vorteile für die Reformländer bringen. Direktere Formen der Unterstützung, wie kurzfristige Finanzhilfen und – von entscheidender Bedeutung – Hilfe zur Selbsthilfe, sind jedoch ebenfalls wichtig. Letztere ermöglicht den Ländern, die am meisten benötigten Fähigkeiten zu erlangen und Institutionen aufzubauen. Und schließlich muß der Integrationsprozeß auf beiden Seiten gestützt werden, einmal durch gezielte Anstrengungen zur Milderung der Ängste vor den Kosten eines verstärkten globalen Wettbewerbs, und zum anderen müssen jene Länder, die der Integration zurückhaltend gegenüberstehen, überzeugt werden, daß sie dabei nichts zu verlieren haben, außer ihrer Isolation.

# TEIL DREI

## Schlußfolgerungen

# Schlußfolgerungen – und was noch zu tun bleibt

Die Transformationsländer haben große Fortschritte bei der Liberalisierung ihrer heimischen Märkte, der Außenhandelsbeziehungen und der freien Gründung privater Unternehmen gemacht. Viele sind dabei, die Eigentumsrechte klarer zu definieren und zu privatisieren, fundamentale Institutionen zur Unterstützung effektiver Märkte zu gründen oder zu erneuern und soziale Dienstleistungen umzugestalten sowie das soziale Netz den Bedürfnissen eines Marktsystems anzupassen. Zusammengekommen kennzeichnen diese Maßnahmen die Wirtschaft im Transformationsprozeß, aber der Übergang hatte auch tiefergehende soziale, politische und strategische Auswirkungen.

In diesem Kapitel werden die wichtigsten Schlußfolgerungen aus den Analysen der vorangegangenen Kapitel gezogen. Was können diese Länder voneinander lernen? Welche Empfehlungen lassen sich aufgrund der bisherigen Erfahrungen mit der Transformation den vielen anderen Ländern geben, die mit ähnlichen Problemen wirtschaftlicher Reformen kämpfen? Welche Folgen ergeben sich für die externen Hilfen – und für die Reformprioritäten in den Ländern selbst?

## Lehren aus den Erfahrungen

*Eine konsistente Politik, die die Liberalisierung von Märkten, den Handel und Geschäftsgründungen mit annähernder Preisstabilität verbindet, kann eine Menge erreichen – selbst in Ländern, wo klar definierte Eigentumsrechte und starke Marktinstitutionen fehlen.*

Eine Politik der Liberalisierung und Stabilisierung hat als Hauptfaktor den Anpassungsprozeß in den mittel- und osteuropäischen Ländern sowie in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion gestaltet und war bestimmend für das rasche Wachstum in China und Vietnam. In den bei-

den erstgenannten Regionen bestand eine enge Verbindung zwischen konsistenten und glaubwürdigen Reformen und dem wirtschaftlichen Aufschwung: Das Wachstum begann gewöhnlich etwa drei Jahre nach der entschiedenen Anwendung solcher Reformen, einschließlich von Stabilisierungsprogrammen. Weniger konsequente Reformländer haben sich langsamer erholt und hatten im Durchschnitt geringeren Erfolg. Der Aufschwung bescherte auch ehemals unterdrückten Sektoren (insbesondere dem Dienstleistungssektor) ein rasches Wachstum und begünstigte das Eindringen in neue Exportmärkte.

Der Umschwung in den erfolgreicher Reformländern brachte beträchtliche Anpassungen mit sich, selbst in staatlichen Unternehmen. Die Regierungen haben den Unternehmen mit Erfolg strikte Haushaltsbeschränkungen auferlegt und setzten damit einen stark dezentralisierten Prozeß tiefgreifender Kostensenkungen und von den Unternehmen selbst betriebener Umstrukturierungen in Gang. Ferner förderten sie die Aufspaltung einiger Unternehmen, die Einführung neuer Produkte sowie den Erwerb neuer Fähigkeiten, einschließlich des Marketings und Finanzmanagements, die im alten System nicht benötigt wurden. Allein die Ablehnung von Forderungen der Unternehmen nach mehr Mitteln kann schon positive Wirkungen haben – zumindest für eine Weile. Im nächsten Stadium in Chinas Reformprozeß werden auch die Ersparnisse von den unrentablen staatlichen Unternehmen weggelenkt werden müssen, um diese dann einem größeren Wettbewerb auszusetzen.

Eine überraschende Lehre aus den Erfahrungen aller Transformationsländer ist die Bedeutung neu eintretender Unternehmen als Reaktion auf die Aufhebung von Restriktionen bei geschäftlichen Aktivitäten. In China bestanden die Neugründungen primär zunächst aus städtischen und dörflichen Betrieben (SDB); derzeit bilden neue private Firmen und Gemeinschaftsunternehmen Chinas dynamischste Quellen des Wachstums, der Beschäftigung und der Exporte.

te. In Vietnam trägt der geschützte staatliche Sektor weiterhin zum Wachstum bei, aber es ist der private Sektor, der Arbeitsplätze schafft. In den MOE- und NIS-Ländern sind es eindeutig neue private Unternehmen, die den Aufschwung eingeleitet haben. Dabei haben sie oft altes Anlagevermögen genutzt, das aus dem staatlichen Sektor herausgelöst wurde – ein Verfahren, das durch knappe Budgets forciert wird. Marktzutritte müssen billig und unbürokratisch sein, um weitverbreitet und effektiv zu sein. Und neue Unternehmen können nicht florieren, wenn sie keinen Zugang zu großen Märkten für ihre Fertigprodukte und Vorleistungen erhalten.

Marktwirtschaften funktionieren schlecht, wenn die Inflation ein moderates Niveau übersteigt. Das gleiche scheint für Reformländer zu gelten. Eine Liberalisierung treibt zunächst einmal die Preise hoch. Dies ist schmerzlich, doch in den MOE- und NIS-Ländern war die Freigabe der Preise notwendig, um die Verflechtung zwischen dem Staat und den Unternehmen aufzulösen und die Subventionen kürzen zu können, die Voraussetzung für eine Stabilisierung.

*Unterschiede zwischen Ländern sind sehr wichtig, sowohl bei der Wahl der politisch durchsetzbaren Entscheidungen als auch bei der Bestimmung der Reaktionen auf Reformen.*

Was ist besser, rasche oder schrittweise (sukzessive) Reformen? Auf diese bei der Analyse von Transformationsprozessen am häufigsten gestellte Frage gibt es keine einfache oder allein gültige Antwort. Die ökonomischen Reformen in den MOE- und NIS-Ländern wurden im Kontext einer vollständigen Demontage repressiver politischer Systeme, die vielfach von außen gestützt wurden, begonnen. Diese Länder starteten mit heftigen wirtschaftlichen Ungleichgewichten und durch die zentrale Planung verursachten strukturellen Verzerrungen sowie mit scharfen Einbrüchen des Handels, als das alte System zusammenbrach. Sie waren nicht in der Lage, die notwendigen Ersparnisse zu bilden, um eine allmähliche Anpassung des außerordentlich überfrachteten staatlichen Sektors in Gang zu halten. Daher sehen sie sich zwei Alternativen gegenüber: entweder rasche systematische Reformen, die tiefgehende und oft schmerzliche strukturelle Anpassungsprozesse beinhalten, oder aber Anstrengungen, die auf eine Verlängerung des Status quo abzielen. Obwohl der zweite Weg anfangs weniger schmerzlich erscheinen mag, so führt er doch zu dauerhafter Inflation und wirtschaftlichen Auflösungserscheinungen.

In den Unterschieden zwischen den führenden Reformern und den Nachzüglern spiegeln sich die Ansätze wider, mit denen sie dieses äußerst schwierige Wahlproblem gelöst haben. Engagierte und mutige Persönlichkeiten haben eine große Rolle gespielt, aber die Transformation kommt nicht nur dadurch zustande, daß intelligente Führungsperson-

lichkeiten das richtige Paket politischer Maßnahmen wählen oder den richtigen Moment erwischten. Die Charakteristika der Länder – ihre spezifischen Vorzüge und Nachteile – beeinflussen die Wahl der Politik und die Leistungen der Politiker. Zu den wichtigen Vorteilen gehört eine starke staatliche Administration, die Nähe zu Marktwirtschaften, mehr gesellschaftliches Wissen über Marktprozesse und Verhaltensweisen sowie der starke Wunsch nach einer Integration in Westeuropa. All dies hat geholfen, das Tempo und den Umfang der Reformen in den fortgeschrittenen Reformländern zu erhalten. Unterschiede in der Schroffheit und im Zeitpunkt politischer Veränderungen spiegeln sich auch in der Schubkraft der Reformen wider. Trotzdem, für die meisten dieser Volkswirtschaften liegt die Antwort auf die Frage jetzt auf der Hand: schnellere und konsequentere Reformen sind besser.

Andererseits kann China sowohl als erfolgreiches als auch als langsamer voranschreitendes Reformland bezeichnet werden, obgleich die erste wesentliche Reform in der Umwandlung der kollektiven Landwirtschaft in Familienbetriebe bestand, was eine signifikante Veränderung des vorhergehenden Regimes mit seinem Agrarkollektivismus darstellte. China machte sich mit einer riesigen unterdrückten ländlichen Wirtschaft auf den Weg in die Transformation. So wurden rasche Produktivitätsgewinne und ein schnelles Wachstum des nichtstaatlichen Sektors durch den Einsatz der ländlichen Arbeitskräfte ermöglicht. Ein effizientes volkswirtschaftliches Management förderte die Bildung einer hohen Sparquote. Mit einem Reformprogramm, das sich geschickt Chinas Ausgangsbedingungen, darunter umfangreiche staatliche Kapazitäten und direkte Kontrollmöglichkeiten, zunutze machte, war die chinesische Regierung in der Lage, zweigleisig zu fahren und zu liberalisieren, ohne dabei das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht ernsthaft zu verletzen. Die politischen Grundlagen waren auch sehr verschieden von denen in den MOE- und NIS-Ländern, da bei Chinas Transformation die wirtschaftlichen Erfolge als Legitimation der Regierungstätigkeit eine zunehmend wichtigere Rolle spielten.

Ungarn und Vietnam bieten ein anderes, davon verschiedenes Bild, das die Bedeutung der Ausgangsbedingungen für die Ergebnisse von Reformen aufzeigt. Obwohl Ungarn die Transformation mit einer relativ stark liberalisierten Wirtschaft begann und einschneidende makroökonomische Anpassungen bis ins Jahr 1995 verschoben wurden, war das Land nicht in der Lage, eine tiefe, übergangsbedingte Rezession zu verhindern. Vietnam dagegen hatte einen umfangreichen Agrarsektor und einen kleineren Staatssektor, und das Land konnte während einer Periode relativ rascher Reformen ein beachtliches Wachstum aufrechterhalten. Eine restriktive Wirtschaftspolitik führte auch zur Entlassung von mehr als einem Drittel der Beschäftigten staatlicher Unternehmen, die aber von dem wiederauflebenden ländlichen



Sektor und dem neuerdings „entfesselten“ privaten Sektor aufgefangen wurden.

***Eine effektive Reaktion auf Marktprozesse erfordert klar definierte Eigentumsrechte – und dies erfordert letztlich breitgestreutes privates Eigentum.***

Die politische Ökonomie der Privatisierung stellt sich in verschiedenen Ländern unterschiedlich dar, und sie ist auch unterschiedlich hinsichtlich der Hauptvermögensformen (Industrieunternehmen, landwirtschaftliche Betriebe, Liegenschaften). Überall sind ernste und politisch brisante Spannungen zwischen dem Streben nach Effizienz und der Entlohnung der alten Anteilseigner erkennbar. Keine der Methoden zur Privatisierung großer Unternehmen – Verkäufe, Veräußerung an Management und Mitarbeiter oder Coupon-Privatisierung mit gleichberechtigtem Zugang – ist in einem Transformationsumfeld ohne Nachteile, und zwar in bezug auf die Unternehmensführung, das Tempo, die fiskalischen Auswirkungen, den Zugang zu Investitionskapital oder die Gerechtigkeit.

Trotz alledem ist die Privatisierung wichtig. Eine Privatisierung gleich zu Beginn hilft, die ökonomische Umstrukturierung zu entpolitisieren und schafft Anreize zur Stützung des auf dem Unternehmensniveau erforderlichen Wandels. Die Regierungen können derartige Umstrukturierungen großen Stils nicht managen und finanzieren. Die Privatisierung verschafft dem Staat auch genügend Spielraum, um sich auf die wenigen Schlüsselbereiche der Wirtschaft zu konzentrieren – wie Infrastruktur und unter Umständen wichtige natürliche Rohstoffe –, wo Staatseigentum und Regulierung von grundlegender Bedeutung sind.

Gibt es eine Alternative zur formalen Privatisierung? Theoretisch ja. Aber die Erfahrungen vieler MOE- und NIS-Länder lassen erkennen, daß in der Praxis die Alternative häufig in einem Eigentumsvakuum mit diffusen Besitzrechten besteht. Das führt oft zu informellen und undurchsichtigen Privatisierungen entweder der Vermögensobjekte selbst oder der daraus resultierenden Einkommensströme. China und Vietnam haben es bis jetzt geschafft, eine massenhafte und enorme Demontage von Vermögenswerten zu verhindern, aber es gibt Anzeichen, daß dort ähnliche Prozesse am Werk sind. Die informelle Privatisierung geht häufig der Legitimierung einer privaten Wirtschaft voran, beschleunigt sich aber danach. Ein Eigentumsvakuum verzögert die Umstrukturierung dahintreibender Unternehmen, für die sich niemand vollständig verantwortlich fühlt und die keine externen Ressourcen anzapfen können. Dies kann gesamtwirtschaftliche Probleme schaffen oder verlängern, weil es starke Anreize für Unternehmensleiter erzeugt, eine schlechte Finanzlage vorzutäuschen, um sich dann das Unternehmen (oder zusätzliche Anteile) zu einem künstlich niedrigen Preis einzuverleiben. Außerdem kann es unge-

rechte Auswirkungen haben und zur Korruption verleiten, die die Autorität des Staates untergräbt.

Die Zuweisung von Eigentumsrechten zu Beginn der Reformen ist nur der erste Schritt. Das umfassendere Ziel ist die Entwicklung eines effizienten sekundären Handels, bei dem die Eigentumsansprüche zügig reorganisiert werden können. Alle Reformländer benötigen solche Prozesse, weil viele der während des Übergangs entstehenden Leitungsstrukturen wahrscheinlich selbst nur ein Übergangsstadium darstellen. In den MOE- und NIS-Ländern wird die Kontrolle über viele Unternehmen von Insidern auf Outsider übergehen müssen, wenn sie die Investitionen und Qualifikationen anlocken wollen, die in einer Marktwirtschaft lebenswichtig sind. Eine Reorganisation der Landwirtschaft wird den Wechsel von gesellschaftlichem zu individuellem Eigentum nötig machen, um so das Entstehen neuer, lebensfähiger Landwirtschaftsbetriebe zu ermöglichen. Eine weitergehende Klarstellung der Eigentumsrechte in Chinas Betrieben im Umfeld der Dörfer und Städte ist essentiell für ihre zukünftige Entwicklung, einschließlich der Fähigkeit, Finanzmittel außerhalb des jeweiligen Gemeinwesens aufzutreiben. Die Länder sollten sich vor Sackgassen in der Bildung von Eigentumsverhältnissen in acht nehmen: Einige Übergangsvereinbarungen, wie die geschlossenen Aktiengesellschaften in der Ukraine oder die außerordentlich breit gestreuten Eigentumsverhältnisse in der Mongolei, dürften sich als Hemmnis für die Reorganisation herausstellen, hauptsächlich weil sie sich an die vorhandenen Arbeitskräfte und Manager klammern. Im Gegensatz dazu scheint der tschechische Ansatz, der finanzstarke institutionelle Investoren von außerhalb anzieht und Impulse für den Handel zwischen ihnen gibt (neben Verkäufen, wo dies möglich ist), viele Vorteile zu bieten.

***Grundlegende Veränderungen in der Sozialpolitik müssen den Aufbruch zum Markt ergänzen – um die Armut zu mildern, die zunehmende Mobilität zu berücksichtigen und den nachteiligen Auswirkungen der Reformen auf das Verhältnis der Generationen zu begegnen.***

Durch die Transformation werden ungeheure soziale Veränderungen in Gang gesetzt. Viele davon sind positiv: Sie erhöhen die individuellen Freiheiten und Wahlmöglichkeiten und gewähren weitreichenden Zugang zu Informationen, die früher nur wenigen Privilegierten offenstanden. Die Kehrseite besteht in der größeren wirtschaftlichen Unsicherheit sowie, in einigen Ländern, in dem drastischen Anstieg der Kriminalität.

Die Transformation erfordert eine wesentliche Umorientierung der sozialen Rolle des Staates, weg von den paternalistischen, schlecht abgestimmten Zuwendungen, die im wesentlichen durch extensive Quersubventionen kanalisiert wurden, hin zu einer Bekämpfung der Armut.

Marktbestimmte Löhne und Beschäftigung sind zur Erzielung einer tiefgehenden Umstrukturierung lebenswichtig, allerdings führen die Anfangsbedingungen vieler Reformländer dazu, daß die Einkommensverteilung durch die Reformen unvermeidlich zunehmend ungleicher wird. Bis dieser Effekt durch ein erneutes Wachstum – ein unverzichtbares Element jeder Politik zur Armutsverringerung – ausgeglichen wird, ist eine Zunahme der Armut nicht zu vermeiden.

Wie die Zuwendungen für die Armen geplant werden sollten – ob durch einkommensabhängige Unterstützungen, lokal organisierte Entlastungen, auf der Basis von Armutsindikatoren (beispielsweise eine Begründung für das Kindergeld) oder auf der Grundlage von Selbsteinschätzungen der Empfänger (so wie bei öffentlichen Arbeiten) – das ist eine sehr komplexe Angelegenheit, die von den Verwaltungskapazitäten der staatlichen Behörden abhängt. Der große informelle Sektor sowie die begrenzten Kapazitäten vieler Reformländer lassen vermuten, daß Zuwendungen anhand von Armutsindikatoren kurzfristig vielleicht die realistischste Option darstellen. In den Städten Chinas sowie in vielen der Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion wird durch die Befreiung der Unternehmen von sozialen Leistungen ein ernstes Hindernis auf dem Weg zur Umstrukturierung beseitigt.

In vielen Ländern sind die staatlichen Pensionen das größte Problem, sowohl politisch als auch hinsichtlich des damit verbundenen Anspruchs an öffentliche Ressourcen. Der großzügige Zugang zu Pensionen ist ein Weg zur Abfederung der Transformationseffekte auf eine Generation, die in dem alten Regime daran gehindert wurde, Vermögen zu bilden, und die nun in dem neuen Marktsystem keine Möglichkeiten mehr zum Sparen hat. Wichtig ist jedoch, zwischen solchen übergangsbedingten Sachverhalten und einer längerfristigen Politik zu differenzieren. Das Pensionsalter sollte angehoben werden und für Männer und Frauen gleich sein. Private Renten sind aus einer Vielzahl von Gründen wünschenswert, sie sind aber kein Ersatz für die direkte Beschäftigung mit dem Problem exzessiver Ausgaben im staatlichen Sektor. In China sollten die Pensionszahlungen von den Finanzen der Unternehmen getrennt werden, und die fortwährende Expansion des nicht-staatlichen Sektors sowie die wachsende Mobilität der Arbeitskräfte verlangen nach einer Ausweitung des sozialen Sicherheitsnetzes über den staatlichen Sektor hinaus.

*Institutionen zur Unterstützung der Märkte entstehen sowohl durch Planung als auch aufgrund der Nachfrage.*

Die Entwicklung von Institutionen – von Rechts- und Finanzsystemen sowie eines reorganisierten Staatswesens – benötigt normalerweise Jahre, wenn nicht gar Jahrzehnte. Sie bleibt deshalb hinter frühzeitigen gesamtwirtschaft-

lichen Reformen und formellen Eigentumswechseln zurück. Die institutionelle Reform steht jetzt in allen Reformländern ganz oben auf der Tagesordnung. Reformen sind insbesondere deshalb dringend notwendig, weil die existierenden Institutionen den Bedürfnissen eines ganz anderen Wirtschaftssystems entsprachen und weil inadäquate Institutionen hohe ökonomische Kosten verursachen.

- Um effizient zu sein, müssen die gesetzlichen Grundlagen gut geplant und implementiert werden. Außerdem muß der Staat selbst den Gesetzen unterliegen, und der private Sektor muß darauf vertrauen können, daß das, was der Staat sagt, auch getan wird. Regierungen sind jedoch besonders anfällig für Korruption während einer Phase, in der der Staat noch riesige Vermögenswerte besitzt und auch die umfassende Macht zur Intervention in einer wachsenden privaten Wirtschaft. Liberalisierung, Entmonopolisierung und – sofern sie transparent ist – eine rasche Privatisierung sind die Schlüssel zur Reduzierung dieser beiden Quellen gewaltiger wirtschaftlicher Zusatzprofite und zur Stärkung der Nachfrage nach Rechtsstaatlichkeit. Dazu gehören auch Anstrengungen zur Veröffentlichung und Bestrafung der Korruption auf hohem Niveau. Wie die Korruption, so blüht auch die organisierte Kriminalität, wenn die Eigentumsrechte unklar, die Rechtswege ineffektiv und die Risiken gering sind. Die effiziente Bekämpfung der organisierten Kriminalität erfordert auch, daß der Staat relativ frei von interner Korruption ist.
- Die Reform des Finanzsektors kann nicht isoliert von gesamtwirtschaftlichen und unternehmerischen Reformen vorankommen. Für viele Länder beinhaltet der beste Ansatz eine gemischte Strategie, die darin besteht, die Reichweite der staatlichen Banken einzuschränken, während sich ein neues Finanzsystem entwickelt. Sowohl die Gründung neuer Institutionen als auch die Sanierung der alten bergen Risiken, die wirksame komplementäre politische Maßnahmen erfordern.
- Transformation bedeutet verringerte staatliche Einflußnahme auf die Wirtschaft, dort jedoch, wo der Staat involviert ist – bei der Festlegung von Rahmenbedingungen, der Entwicklung von Institutionen und dem Angebot sozialer Sicherheit – muß er effizienter werden. Weitreichende Reformen sind notwendig, vor allem um das Steuersystem zu verbessern (weniger Ausnahmeregelungen, niedrigere Steuersätze und eine straffere Verwaltung), die Ausgabenkontrolle zu verstärken (staatliche Zahlungsrückstände beseitigen) und transparente Beziehungen zwischen den verschiedenen Regierungsebenen aufzubauen.

In allen diesen Bereichen und in vielen anderen muß der Staat eine aktive, zentrale Funktion übernehmen. Der Um-

fang der institutionellen Veränderungen ist jedoch auch eng mit der Reichweite und der Dauer gesamtwirtschaftlicher und eigentumsrechtlicher Reformen verknüpft. Marktbezogene Reformen schaffen eine Nachfrage nach marktstützenden Institutionen und den dazugehörigen Qualifikationen. Die Erfahrung zeigt, daß die institutionelle Entwicklung in einem Vakuum nicht weit voranschreiten kann, und auch nicht, wenn das Wirtschaftssystem sie als irrelevant oder unerwünscht betrachtet. Die Marktparteien haben starke Anreize, sich nur soweit an gesetzliche Verantwortlichkeiten zu halten, wie sie – und ihr guter Ruf – auf den Markt angewiesen sind. So werden Unternehmensmanager, die gleichzeitig Eigentümer sind, versucht sein, die Rechte von Minderheitsaktionären zu ignorieren, solange ihr Zugang zu Finanzierungsquellen nicht von ihrem Ruf abhängig ist. Und die Banken werden solange nicht die nötigen Kapazitäten entwickeln, die für ihr Funktionieren in einem Marktsystem notwendig sind, wie sie erwarten können, daß ihre Schulden vom Staat übernommen werden, sobald sie in eine Krise geraten.

*Die Erhaltung des Humankapitals als Basis für wirtschaftliches Wachstum erfordert eine beträchtliche Umstrukturierung der Bildungs- und Gesundheitssysteme.*

Verglichen mit anderen Ländern vergleichbarer Einkommensniveaus waren die Menschen in zentralen Planwirtschaften meistens gesund und gut gebildet. In China muß heute der allgemeine Zugang zu Dienstleistungen im Gesundheits- und Bildungswesen bewahrt werden. Die Systeme der Gesundheitsfürsorge und der Bildung in den MOE- und NIS-Ländern müssen im großen Stil umstrukturiert werden, um sie effizienter zu machen. In vieler Hinsicht teilen diese Systeme die Schwächen der Industrieunternehmen in der zentralen Planwirtschaft, indem sie inputorientiert statt nachfrageorientiert arbeiten. Der im Vergleich zu Westeuropa sinkende Gesundheitszustand in diesen Ländern, der bereits vor dem Übergang zu erkennen war, weist deutlich darauf hin, daß nicht eine vermehrte Gesundheitsfürsorge, sondern vor allem eine bessere Gesundheit das Ziel sein muß. Dies verlangt nach einer Verlagerung auf Gesundheitsförderungsprogramme – einschließlich der Ermunterung zu einem gesünderen Lebenswandel – die das bereits Erreichte bewahren und gleichzeitig die Effizienzanreize verbessern.

Die Transformation erfordert grundlegende Reformen des Bildungs- und Ausbildungswesens, vor allem in den NIS-Staaten und einigen der MOE-Länder, damit sie die Qualifikationen anbieten können, die in einer sich wandelnden Marktwirtschaft benötigt werden. Die Einbeziehung privater Ausbildungsinstitute, besonders im Bereich der höheren Bildung und der Erwachsenenbildung, sowie das

Angebot von Ausbildungscoupons als Teil von Umschulungshilfen können bei der Einführung einer nachfrageorientierten Umstrukturierung hilfreich sein.

*Die internationale Integration kann erfolgreiche Reformen erleichtern.*

Eine internationale Integration ist essentiell für erfolgreiche Reformen in den Transformationsländern, vor allem wenn man ihre Autarkie in der Vergangenheit in Betracht zieht. Importe tragen dazu bei, ihre Märkte wettbewerbsfähig zu machen. Exporte stellen eine Quelle des Wachstums und von Lernprozessen dar. In einigen Bereichen sind ausländische Direktinvestitionen der einzige Weg zum Erwerb von wichtigen Qualifikationen, dem Zugang zu Märkten und Finanzmitteln. Eine institutionelle Integration ist ebenfalls unerlässlich. Der Beitritt zur WTO würde den Zugang zu Märkten verbessern und einen gewissen Schutz vor willkürlichen Handelsbarrieren bieten. Genauso wichtig ist es, daß ein schneller Beitritt zur WTO die politischen Chancen zur Erhaltung eines liberalen Handelsregimes in den Reformländern selbst verstärkt.

Die Integration der Transformationsländer in das System des globalen Handels wird für die gesamte Weltwirtschaft von Vorteil sein. Vor allem die OECD-Länder haben ein starkes Interesse daran, die Transformation zu stützen, indem sie ihre Türen offenhalten. Die Kosten einer Aufnahme der Reformländer in den Welthandel sind tragbar. Die Erweiterung der Europäischen Union durch die Einbeziehung einiger der Reformländer mag erhöhte Anpassungskosten mit sich bringen, aber selbst hierfür ist die Angleichung der Handelsströme weniger bedeutend als die Haushaltseffekte.

**Was für die Geldgeber zu tun bleibt . . .**

Wie sollten der Zeitplan und die Zusammensetzung der ausländischen Unterstützungsleistungen für die Reformländer aussehen? Eine erste Erkenntnis besagt, daß, obgleich nur die ärmeren Reformländer langfristige finanzielle Unterstützung benötigen, alle bis auf einige wenige von einer erweiterten technischen Hilfe zum Aufbau von Institutionen profitieren könnten. Dieser Prozeß kann sich über Jahrzehnte hinziehen, da einige Aspekte der institutionellen Reformen die Wiederbelebung ganzer Berufszweige einschließen und umfangreiche Ausbildungsprogramme erforderlich sind. Viele Länder werden auch einer langfristigen Unterstützung zum Aufbau von Institutionen der bürgerlichen Gesellschaft bedürfen, sowohl aus offiziellen Quellen als auch von nichtstaatlichen Organisationen und dem privaten Sektor.

Zweitens ist zu erkennen, daß die Anreize für Reformen durch gesamtwirtschaftlichen Druck verstärkt werden. Hilfsprogramme für Transformationsländer erfordern da-

her eine besonders sorgfältige Planung – um auf dem schmalen Grat zwischen Erleichterung der Reformen und Verminderung ihrer Dringlichkeit wandeln zu können –, und sie sollten die Reformen durch strenge Konditionen für die geleistete Hilfe festzurren. Dies beinhaltet auch die Gründung entscheidender Institutionen, wie unabhängiger Zentralbanken und die Etablierung von Eigentumsrechten, die die Reformen effizienter und schwerer umkehrbar machen. Wegen der großen Bedeutung von Unternehmensgründungen für das Wachstum sollten die Hilfeleistungen auch an Reformen zur Reduzierung von Hemmnissen bei der Gründung neuer Unternehmen gebunden werden.

Drittens können manchmal Gründe vorliegen, zusätzlich zur kurzfristigen Stützung von Stabilisierungsprogrammen für eine gewisse Zeit Löcher in den öffentlichen Haushalten zu stopfen, während die Steuersysteme und das Haushaltsmanagement gründlich überholt werden. In vielen Ländern sind die marginalen Steuersätze hoch, was die informelle Wirtschaft begünstigt. Einige Staatssektoren übersteigen derzeit vernünftige Größenordnungen, während anderen die Einkünfte zur Ausübung essentieller Funktionen fehlen. Öffentliche Investitionen gibt es in vielen Ländern praktisch nicht mehr, und die Rückstände bei den Erhaltungsmaßnahmen sind groß und nehmen immer noch zu. Die Transformation bringt Kosten mit sich und ist mit dem wirtschaftlichen Niedergang einiger Regionen sowie hohen Verlusten im Bankensektor verbunden, und es kann nötig – und wünschenswert – sein, die Auswirkungen auf bestimmte Gruppen abzufedern. Wie auch immer, die Hilfeleistungen sollten diese Übergangsprobleme und -verluste im Auge behalten.

Und schließlich sollte die unternehmerische Beratung und die finanzielle Unterstützung für den privaten (und privatisierten) Sektor hauptsächlich aus dem privaten Sektor selbst kommen, das heißt von privaten Beraterfirmen, Anteilseignern sowie privaten Kreditgebern für Betriebs- und Anlagevermögen. Derartige Dienste und Anbieter sind in einigen Reformländern im Entstehen begriffen, fehlen in anderen aber gänzlich. Die Geberinstitute können die Reformen im Finanzsektor unterstützen, um das Auftauchen sorgsamer und fähiger Kreditgeber und Investoren zu beschleunigen, und sie können den Managern und Unternehmern praktische Ausbildung und technische Hilfe anbieten, um die Auswirkungen von Jahren der Isolation von den Marktkräften zu überwinden. Einfach die Finanzierung von Investitionen staatlichen Wiederaufbauanstalten zu überlassen, das sollte vermieden werden.

### **... Und für die Reformer**

Welche Reformen werden am dringendsten benötigt, um die Transformation durchzuhalten? Die Antwort ist von Land zu Land verschieden, je nachdem in welchem Stadium es sich befindet.

Mit einer im großen und ganzen vollendeten gesamtwirtschaftlichen Stabilisierung und Liberalisierung nehmen jetzt die institutionellen Reformen und die Organisation des staatlichen Umbaus die erste Stelle in der Prioritätenliste der Reformer in den MOE-Ländern ein. Die öffentlichen Finanzen haben sich als kritischer Punkt herauskristallisiert. Auf der Ausgabenseite bedeutet dies insbesondere die Reform kostspieliger Sozialprogramme, vor allem der Pensionen und der Gesundheitsfürsorge. Maßnahmen könnten hier bei der Reform des derzeit außerordentlich verzerrend wirkenden Steuersystems ansetzen; insbesondere sollten sie eine Reduzierung der hohen Lohnsteuern vorsehen. Ebenfalls wichtig sind, etwas allgemeiner, die Verbesserung der öffentlichen Verantwortlichkeit sowie die Stärkung des Einflusses einer bürgerlichen demokratischen Gesellschaft als Gegengewicht zum Staat. Eine weitere Priorität besteht in der Fortsetzung der Reformen im Rechtswesen und in der Ordnungspolitik, vor allem in Bereichen mit Bezug zum Finanzsektor, zu den Eigentumsrechten und zum Wettbewerb, zur besseren Durchsetzbarkeit von Verträgen und Vorschriften, sowie zur Harmonisierung mit den Standards der Europäischen Union zur Vorbereitung eines Beitritts. Die dritte bedeutende Aufgabe besteht in der Behandlung der mit dem verbleibenden Staatseigentum verbundenen Probleme. Für diese Länder wird die externe finanzielle Hilfe zunehmend unwichtiger im Vergleich zur technischen Hilfe und dem Aufbau von Institutionen, beides bedeutende Aufgaben für bilaterale und multilaterale Organisationen.

Auch in den weniger entwickelten Reformländern sind fiskalische Reformen unerlässlich. Eine verbesserte Finanzverwaltung ist essentiell. Dies gilt auch für die Reduzierung der Subventionen durch eine wirksamere Kostendeckung, um fiskalischen Spielraum zur Unterhaltung und bescheidenen Aufstockung öffentlicher Investitionen sowie zum Abbau der staatlichen finanziellen Rückstände zu gewinnen. Diese Länder benötigen jedoch auch eine verstärkte finanzielle Disziplin der Banken und Unternehmen, und sie müssen das Vertrauen in die finanziellen Institutionen wiederherstellen. Um den Druck zur Durchsetzung effektiverer Eigentumsverhältnisse zu erhalten, ist – neben den Privatisierungen – eine straffere Disziplin notwendig. Einige dieser Länder stehen vor ernststen Problemen aufgrund einer zunehmenden wirtschaftlichen wie allgemeinen Kriminalität. Diese Probleme, ebenso wie die damit in Zusammenhang stehende Korruption, genießen ebenfalls eine hohe Priorität und sind in der Tat entscheidend für ein rasches Wirtschaftswachstum. In den meisten dieser Länder, einschließlich Rußlands, wurden wenig Fortschritte bei der Umstrukturierung von Sozialprogrammen gemacht. Reformen sind hier dringend notwendig, wenn eine tiefgehende Armut über alle Generationen hinweg nicht institutionalisiert werden soll. Auslandshilfe kann in diesen Ländern zur vorübergehenden

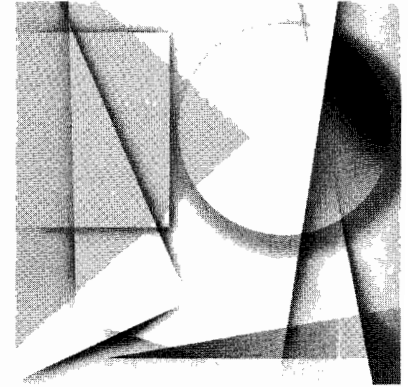
Haushaltsstützung nützlich sein, insbesondere zur Finanzierung von Erhaltungsmaßnahmen und zur Linderung des menschlichen Leids im Transformationsprozeß. Ausgedehnte technische Hilfsleistungen, umfangreiches Spezialtraining und eine breite ökonomische Ausbildung werden dringend benötigt.

Das nächste Reformstadium in den ostasiatischen Ländern wird sich als komplexer und schwieriger als ihre vergangenen Bemühungen erweisen, da nun der Kern ihres Staatssektors und der institutionelle Unterbau ihrer Volkswirtschaften zur Reform anstehen. Die Fortsetzung des Wachstums und eine bessere Verteilung der daraus entstehenden Einkommen sind ein Hauptziel, denn diese Länder sind immer noch arm; und außerdem können so die Reformen gefestigt werden. Dies erfordert eine verbesserte Effizienz bei der Allokation der Ersparnisse und, parallel dazu, die Entwicklung wirkungsvollerer indirekter makroökonomischer Lenkungsinstrumente. In China genießt die Fortsetzung der Finanzreformen, einschließlich der Rezentralisierung des Haushalts, Priorität. Dies gilt auch für die Steigerung der Kapazitäten im Banken- und Rechtswesen. Zusätzlich muß Vorsorge getroffen werden, um sich mit den vielen Problemkunden befassen zu können, die mit der stärkeren Kommerzialisierung der Banken und der Abkehr von subventionierten Krediten zu erwarten sind. Es bedarf einer eindeutigen Definition der Rolle und Reichweite des staatlichen Sektors, was beinahe sicher mit einer Reduzierung seines Umfangs verbunden sein wird. Wichtig sind auch Mechanismen, die eine effektive Unternehmensführung und Verantwortlichkeit in den staatlichen, nichtstaatlichen und privaten Firmen begünstigen und ungeklärte Eigen-

tumsverhältnisse vermeiden. Reformen der Sozialpolitik sollten sich auf die Erhaltung der allgemeinen Verfügbarkeit sozialer Schlüsseldienste und die Verbesserung ihrer Qualität konzentrieren, sowohl im Hinblick auf die zunehmend mobilen Bevölkerungen als auch auf wirtschaftlich schwache Regionen. Die Loslösung der sozialen Leistungen von den staatlichen Unternehmen ist notwendig, um die Tür für weitere Reformen zu öffnen.

Wenn sie an den Reformen festhalten, besitzen die Transformationsländer ein Potential für ein kräftiges Wirtschaftswachstum. Die MOE-Länder können den Aufhol-effekt ihres bevorzugten Standorts nahe den großen und kaufkräftigen Märkten ausnutzen. Die NIS-Staaten können hohe Gewinne aus der weit effizienteren Nutzung ihrer natürlichen Rohstoffe und ihrer Humankapitalbasis erwarten, und die ostasiatischen Reformer kombinieren reichlich vorhandene Arbeitskräfte, traditionell hohe Sparquoten und beträchtliche Möglichkeiten, die Verteilungseffizienz ihrer Ressourcen zu verbessern. Eine erfolgreiche Transformation verspricht daher langfristige Wachstumsraten, die erheblich über dem weltweiten Durchschnitt liegen.

Und wie sieht es mit dem Risiko eines Fehlschlags aus? Die Chancen einer Rückkehr zur Planwirtschaft mögen gering sein, aber langfristige Stagnation und zunehmende Armut – wahrscheinliche Ergebnisse einer inkonsistenten und instabilen Politik – können für einige Länder nicht ausgeschlossen werden. Im Endergebnis werden die Reformen der Transformation keine Früchte tragen, solange sie nicht durch einen allgemeinen politischen und sozialen Konsensus getragen werden. Dies zu entwickeln, hat vielleicht höchste Priorität.



# Anmerkungen zu den verwendeten Quellen

Dieser Bericht stützt sich auf eine Vielzahl von Weltbankberichten und auf zahlreiche externe Quellen. Zu den Quellen der Weltbank gehören laufende Forschungsarbeiten sowie wirtschaftliche Länder- und Sektorenstudien und Projektarbeiten. Diese und andere Materialien werden unten aufgeführt und sind alphabetisch nach Autor in der Bibliographie aufgelistet. Die Hintergrundpapiere, von denen einige durch die „Policy Research Working Paper Series“ erhältlich sein werden, fassen die relevante Literatur und die Arbeit der Bank zusammen. Die in ihnen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen stimmen nicht notwendigerweise mit denen der Weltbank oder den in diesem Bericht enthaltenen Ansichten überein.

Zusätzlich zu den aufgeführten Hauptautoren haben viele Personen innerhalb und außerhalb der Weltbank zum Entstehen dieses Berichts beigetragen. Die Kern-Arbeitsgruppe möchte sich für ihre ausführlichen Kommentare und Anregungen vor allem bedanken bei Leszek Balcerowicz, Saul Estrin, Nicholas Lardy, Justin Yifu Lin, Peter Murrell, Mario Nuti, Andrei Poletayev, Jeffrey Sachs, Marcelo Selowsky, Lyn Squire und Michael Walton. Bruce Ross-Larson und Meta de Coquereaumont gaben in verschiedenen Stadien wertvolle redaktionelle Ratschläge und Hilfen. Die Kern-Arbeitsgruppe dankt Judith Hegedus für ihre exzellente Arbeit.

An den in jüngster Zeit abgeschlossenen sowie den derzeit laufenden Forschungsarbeiten, auf denen dieser Bericht basiert, ist eine größere Anzahl von Institutionen beteiligt, insbesondere in den mittel- und osteuropäischen Ländern (MOE-Länder) und einigen der Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion (NIS-Länder). Hierzu gehören CASE, Warschau; CEEP, Ljubljana; Central European

University, Budapest; CMC, Prag; CEMI, Moskau; sowie das Leontief Center, St. Petersburg. Wir sind dankbar, daß wir auf Treffen mit einigen dieser Institutionen Teile des Berichts diskutieren konnten. Einige Teilnehmer aus dieser Region nahmen auch an dem Treffen in Paris teil, und eine ständige regionale Beratung während des Entstehungsprozesses war durch Laszlo Urban und Ardo Hansson gewährleistet.

Dank gebührt auch den Teilnehmern an Beratungstreffen in Peking, Hanoi, London und Paris sowie beim Internationalen Währungsfonds (IWF) in Washington. Hierzu zählen: *Peking* – Pieter Bottelier, Weili Guan, Shuqing Guo, E. C. Hwa, Justin Yifu Lin, He Liu, Feng Lu, Guoqing Song, Jinglian Wu, Ping Xie, Gang Yi, Weiying Zhang und Renwei Zha; *Hanoi* – Le Xuan Ba, Tran Tien Cuong, Dang Duc Dam, Le Dang Doanh, Vo Dai Luoc, Tran Duc Nguyen, Viet Phoung, Ha Huy Thanh, Vu Thieu, Nguyen Minh Tu; *London*: Beratung durch nichtstaatliche Organisationen – Richard Blewitt, Matthew Bullard, Caroline Harper, Antony Mahony, Ruth Mayne, Angela Penrose, Paul Spray, Martin Summers und David Wright; *Paris* – Wladimir Andreff, Leszek Balcerowicz, Roberta Benini, Peter Conze, Saul Estrin, Erich Geis, Gian Maria Gros-Pietro, Maurice Guyader, Karsten Hinrichs, Vincent Koen, Marie Lavigne, Sten Luthman, Hans-Joachim Maak, Satish Mishra, Alberto Moreno, Joaquin Muns, Alena Nesporova, Mario Nuti, Joan Pearce, Martin Raiser, Mark Schankerman, Dieter Schulze-Vornhagen, Pekka Sutela und Pavel Tepulukhin. Auf einem Treffen in Toronto ergab sich eine wertvolle Gelegenheit zum Meinungsaustausch mit Mitgliedern von Kanadas Unternehmerschaft, die sowohl ethnische Wurzeln in Transformationsländern haben als



auch geschäftliche Interessen. Zu den Teilnehmern gehörten Tonu Altosaar, Charles Bassett, John Coleman, James L. Darroch, Dezso J. Horvath, Joseph Kairys, Kenneth E. Loucks, Gene Luczkiw, Hy Van Luong, Bohdan S. Onyschuk, Alina Pekarsky, Frank Potter, Andrew Sarlos, Andrew J. Szonyi, Ping Tan, Nguyen H. Trung, Paul C. White, John P. Wleugel und D. M. Zakreski.

Zu den IWF-Mitarbeitern, die Kommentare abgaben, gehörten Ehtisham Ahmad, William A. Allan, Mark Allen, Gerard Belanger, Eduardo Borensztein, Eduard Brau, Christopher Browne, Wayne Camard, Adrienne Cheasty, Ajai Chopra, John Crotty, J. M. Davis, Michael Deppler, P. V. Desai, J. R. Dodsworth, Allan Firestone, James Haley, M. Koch, Ashok Lahiri, Henri Lorie, G. A. Mackenzie, Donald Mathieson, John Odling-Smee, Alan Pearson, Peter Quirk, Ratna Sahay, Susan Schadler, Ludger Schuknecht, Gerd Schwartz, Teresa Ter-Minassian und Konrad von den Heed. Wir danken dem IWF für die Entsendung von Françoise Le Gall zur Kern-Arbeitsgruppe.

An der Entstehung des Berichts waren außerdem beteiligt: Russell Pittman vom U.S. Department of Justice, Mark Schankerman von der EBRD, das U.N. International Drug Program, Christian Aid sowie Save the Children (U.K.). Weitere Mitwirkende waren Anthony Atkinson, David Begg, Willem Buiters, Athar Hussain und Richard Rose.

Viele Personen innerhalb der Weltbank – einschließlich Berater und akademische Gäste – lieferten wertvolle Beiträge und Kommentare, häufig zu mehreren Kapiteln. Hierzu zählen Wafa Abdelati, Arvil Adams, Harold Alderman, Ritu Anand, Robert E. Anderson, Paul Armington, Mark Baird, Ian Bannon, Luca Barbone, Paul Beckerman, Halsey Beemer, Brian Berman, Charles Blitzer, José-Luis Bobadilla, Zeljko Bogetic, Eduard Bos, Pieter Bottelier, Loup Brefort, Harry Broadman, Karen Brooks, Jonathan Brown, Robert Buckley, Richard Burcroff, Mary Canning, Gerard Caprio, Laurence Carter, Carlos Cavalcanti, Sandeep Chawla, Shaohua Chen, Simon Commander, Csaba Csaki, Peter Dean, Martha De Melo, Cevdet Denizer, Shantayanan Devarajan, John Dixon, David Dollar, David Donaldson, Donna Dowsett-Coirolo, William Easterly, Andrew Ewing, Nissim Ezekiel, Qimiao Fan, Richard Feachem, Carlos Ferreira, Bruce Fitzgerald, Heywood Fleisig, Monica Fong, Louise Fox, Lev Freinkman, Michael Fuchs, Hafez Ghanem, Daniela Gressani, Ardo Hansson, Ralph W. Harbison, April Harding, James R. Harrison, Stephen Heyneman, Bernard Hoekman, Bert Hofman, Malcolm Holmes, Nicholas Hope, Gordon Hughes, Ishrat Husain, Gregory Ingram, Estelle James, Dean Jamison, Emmanuel Jimenez, Olga Jonas, Bart Kaminski, Philip Keefer, Albert Keidel, Christine Kessides, Timothy King, Jeni Klugman, Paul Knotter, Ulrich Koester, Mihaly Kopanyi, Aart Kraay, Kathie Krumm, Arvo Kuddo, Anjali Kumar, Ulrich Lachler, Bruno Laporte, Barbara Lee, Philippe Le Houerou,

Natalie Lichtenstein, Jennie Litvack, Norman Loayza, Millard Long, Laszlo Lovei, Nariman Mannapbekov, Tamar Manuelyan, Albert Martinez, Katarina Mathernova, William McCleary, William McGreevey, Oey Meesock, Costas Michalopoulos, Branko Milanovic, Pradeep Mitra, Fernando Montes-Negret, Claudia Morgenstern, Paul Murgatroyd, Vikram Nehru, Richard Newfarmer, Ian Newport, Erik Nielsen, Mick Nightingale, Barbara Nunberg, Daniel Oks, Robert Palacios, Shilpa Patel, Jo Ann Paulson, Kyle Peters, Djordjija Petkoski, Guy Pfeffermann, Alan Piazza, Brian Pinto, Gerhard Pohl, Hana Polackova, Richard Polard, Michael Pomerleano, Sanjay Pradhan, Alexander Preker, Lant Pritchett, Martin Ravallion, Bertrand Renaud, Alan Roe, Susan Rose-Ackerman, Jan Rutkowski, Michal Rutkowski, Randi Ryterman, George Schieber, Sabine Schlemmer-Schulte, Martin Schrenk, Ibrahim Shihata, John Shilling, Mary Shirley, I. J. Singh, Shamsher Singh, Warrick Smith, Renganaden Soopramanien, Mike Stevens, Mark Sundberg, Andres Rifo Sureda, Nok Suthiwart-Sethaput, Patrick Tardy, David Tarr, Margaret Thalwitz, Pham Van Thuyet, Anne Tinker, Mariana Todorova, Laura Tuck, Yoshine Uchimura, Laszlo Urban, Panos Varangis, Jaime Vazquez, Scott Vicary, Paulo Vieira da Cunha, Dimitri Vittas, Christine Wallich, Jonathan Walters, Yan Wang, Hugo Waszink, Douglas Webb, Dennis Whittle, Alan Winters, Holger Wolf und Shahid Yusuf.

### *Einführung und Kapitel 1*

Zu den zahlreichen exzellenten Abhandlungen über sozialistische Systeme zählen Berliner 1952, Brus und Laski 1989, Chavance 1994, Held 1992, Hobsbawm 1994, Kornai 1992, Lavigne 1995, Lin, Fang und Zhou 1996, Sapir 1990 und White 1995. Die detaillierteste Beurteilung der sowjetischen Wirtschaft vor ihrer Auflösung wurde 1991 vom IWF und anderen vorgenommen. Easterly und Fischer 1995a und 1995b geben einen Überblick über Schätzungen des Wachstums und der Produktivität in der sowjetischen Wirtschaft. Lin, Fang und Zhou 1996 diskutieren das Wachstum der totalen Faktorproduktivitäten in China vor 1978. Poznanski 1985 gibt eine ausführliche Beschreibung der Qualitätsprobleme in Betrieben der mittel- und osteuropäischen Länder. Roberts 1993 führt detaillierte hedonistische Preisvergleiche für zwischen 1950 und 1990 in Finnland verkauften russische und andere Autos durch. Hughes 1995 und OECD 1993 betrachten Umweltfragen im Kontext der osteuropäischen Reformen. Gordon Hughes verfaßte den Sonderbeitrag 2.

Zum Thema der systematischen Transformation sind zahlreiche und heftige Debatten über das Tempo und die Abfolge von Reformen geführt worden, vgl. zum Beispiel Aghion und Blanchard 1993, Balcerowicz 1995, Bosworth und Ofer 1995, Chaba 1995, Lipton und Sachs 1990a, OECF 1995, Portes 1993 und 1994 und Sachs 1990a, ebenso

wie *Transformation* 1988–96. Ein großer Teil dieser Literatur wird bei Murrell 1995 besprochen. Das Hintergrundpapier von Siebert, Raiser und Langhammer untersucht die deutschen Forschungen zu diesem Thema. Zu Analysen über die Reformen in Polen siehe Lipton und Sachs 1990a, 1990b und 1990c sowie Sachs 1993 und 1994. Portes 1993 gibt einen Überblick über die Fortschritte in Osteuropa und Dornbusch und Wolf 1994, Sinn und Sinn 1992 sowie Welfens 1996 betrachten die ökonomischen Aspekte der deutschen Vereinigung. Holger Wolf verfaßte hierzu den Sonderbeitrag 1.1. Übersichten über die Reformen in China sind zu finden in Cao, Gang und Woo 1995, Gelb, Jefferson und Singh 1993, Harrold 1992 sowie Lin, Fang und Zhou 1996. Die wachsenden gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewichte in der sowjetischen Wirtschaft und die russischen Reformen werden betrachtet in Åslund 1994a und 1995b, Dunlop 1993, IWF und andere 1991 sowie Sachs 1995b und 1995c. Michalopoulos und Tarr 1994 schätzen den Rückgang des Handelsvolumens innerhalb der NIS. In Kornai 1996 ist ein aktueller Ausblick auf die gesamtwirtschaftlichen Implikationen der Reformen in Ungarn enthalten.

Die Einstellungen gegenüber den politischen Veränderungen und ökonomischen Reformen in mehreren MOE- und NIS-Ländern werden analysiert in dem Hintergrundpapier von Åslund, Evans 1995, Nelson 1994, Rose 1995b sowie Rose und Haerpfer 1994 und 1996. Åslund 1995a betrachtet die Ukraine, Lubin 1994 informiert über die gesellschaftliche Haltung in Usbekistan und Kasachstan. USIA 1995a und 1995b sowie VCIOM 1995 beurteilen die politischen Einstellungen in Rußland und anderen NIS-Staaten, im *Russian Economic Barometer*; verschiedene Jahre, werden die im Unternehmensbereich herrschenden Ansichten bewertet. Perotti 1995 präsentiert eine ökonometrische Analyse der Beziehungen zwischen Wirtschaftswachstum, Demokratie und Einkommensungleichheit; siehe auch Persson und Tambellini 1994. Zu einem ausführlichen Bericht über die in Kategorien eingeteilten Reformen in den MOE- und NIS-Ländern siehe EBRD 1994 und 1995. Zu Datenproblemen während des Übergangs und der Unterschätzung des Wachstums siehe Berg 1993, Berg und Sachs 1992, Bratkowski 1993 und Goskomstat-Weltbank 1995. Roberts 1995 schätzt den Einfluß des Fortfalls der Rationierungen auf die Wohlfahrt ab. Murray und Bobadilla 1995 nehmen Schätzungen über die Angleichung der Säuglingssterblichkeit durch die Übernahme der WHO-Standards vor. In EBRD 1995 wird auch festgestellt, daß – wie die Erfahrung der Visegrad-Länder zeigt – die Reformen nicht notwendigerweise eine Verschlechterung der sozialen Indikatoren mit sich brachten.

Die wichtigste Analyse der Implikationen der strukturellen Eigenschaften Chinas für dessen Reformprozeß im Vergleich zu den NIS-Staaten ist in Sachs und Woo 1994 enthalten; für weitere Diskussionen siehe OECF 1995.

McKinnon 1994 untersucht die Auswirkungen einer Vertiefung der Finanzmärkte in China auf die gesamtwirtschaftliche Stabilität. Brown, Ickes und Ryterman 1994 betrachten die Konzentration und regionale Spezialisierung der Industrie Rußlands; das Hintergrundpapier von Ickes und Ryterman 1994 beschäftigt sich mit der Organisation der Märkte und ihrer Rolle im Transformationsprozeß.

Die Diskussion über die Trennung der Effekte der Ausgangsbedingungen von den Reformen geht auch zurück auf laufende Forschungsarbeiten von Martha De Melo, Cevdet Denizer, Alan Gelb und Stoyan Tenev. In dieser Studie werden mit Hilfe der Faktorenanalyse und einem Satz von zwölf Ländercharakteristika zwei zusammengesetzte Ausgangsbedingungen konstruiert. Diese dienen dann als erklärende Variable in Panel-Regressionen. Vorläufige Ergebnisse deuten darauf hin, daß beide Startbedingungen – und zwar der Grad der Verstärkung und Industrialisierung sowie das ursprüngliche gesamtwirtschaftliche Ungleichgewicht und die Distanz zu Marktinstitutionen – die Leistungen eines Landes beeinflussen. Die im Gegensatz zu den MOE-Ländern schwierigeren Ausgangsbedingungen in den NIS-Staaten könnten sich in durchschnittlich zwei Prozentpunkte niedrigeren Wachstumsraten niederschlagen. Politische Reformen sind jedoch immer noch der entscheidende Faktor für das Leistungsergebnis.

## Kapitel 2

Eine aktuelle Übersicht über Fragen der Liberalisierung, Stabilisierung und des Wachstums in Transformationsländern ist enthalten in Citrin und Lahiri 1995, Dervis und anderen 1995, EBRD 1994 und 1995, Fischer, Sahay und Vegh 1995, Gros und Steinherr 1995, IWF 1994c, Lavigne 1995, Murrell 1991, Sachs 1996 und Sahay und Vegh 1995b. Diese Arbeiten bilden zum großen Teil den Hintergrund und bieten eine Reihe von interessanten Ansätzen zu den Themen dieses Kapitels. Das Kapitel beruht auf mehreren individuellen Länderstudien, wie Banerjee und andere 1995, Blanchard, Froot und Sachs 1994, Cao, Gang und Woo 1995, Dollar, Glewwe und Litvack (erscheint demnächst), Ebrill und andere 1994, IWF 1995b, das Hintergrundpapier von Kornai, Lin, Fang und Zhou 1996, Lipton und Sachs 1990a, Reidel und Comer 1995, Sachs 1994 und Weltbank 1995e, 1995k, 1995o, 1995q und 1996a. Das Kapitel geht auch auf eine schriftliche Umfrage der Weltbank und der Ländergruppe des IWF zurück, mit der die Reformfortschritte und die wirtschaftlichen Ergebnisse in den achtundzwanzig in diesem Bericht behandelten Ländern beurteilt werden sollen. Andere wesentliche Datenquellen sind die Datenbank der Weltbank sowie Weltbank 1995s.

Die unterschiedlichen Liberalisierungs- und Stabilisierungsstrategien verschiedener Transformationsländer werden analysiert in Balcerowicz und Gelb 1995, Dabrowski 1995a, dem Hintergrundpapier von De Melo,

Denizer und Gelb sowie OECF 1995. Probleme der Preisreformen in ausgewählten Transformationsländern werden behandelt in De Broeck, De Masi und Koen 1995, De Masi und Koen 1995, Koen 1995, Rajaram 1992, Richards und Tersman 1995 sowie Roberts 1995. Die Abhandlung über die Festlegung der Preise im Energiebereich in Sonderbeitrag 2.1 geht auf Gray 1995 zurück, und die Preissetzung auf der Basis eines niedrigen und subventionierten Preises für eine fixe, geringe Energieversorgung und des vollen Preises für den darüber hinausgehenden Konsum (lifeline-pricing) wurde von Freund und Wallich 1995 für Polen vorgeschlagen. Die zweigleisigen Preisreformen in China (Sonderbeitrag 2.2) werden, unter anderem, in Gang 1994 und Weltbank 1993b diskutiert. Murphy, Shleifer und Vishny 1992 präsentieren die theoretischen Gründe, die gegen partielle Preisreformen sprechen. Die Daten über die langfristigen Produktivitäts- und Wachstumsstrukturen in China stammen von Kraay 1995 und Weltbank 1996b. Der Produktionsrückgang in allen MOE- und NIS-Ländern war Gegenstand einer lebhaften und kontroversen Diskussion in der Literatur. Die Diskussion in diesem Bericht stützt sich im wesentlichen auf die Aufsätze in Blejer und andere 1993, Borensztein, Demekas, und Ostry 1993, Christensen 1994, Gavrilenko und Koen 1994, Holzmann, Gacs und Winckler 1995 sowie Kornai 1994b. Vgl. auch die zum Kapitel 1 angeführten Hinweise auf Meßprobleme. Die Abhandlung über nicht-offizielle Transformationsländer (Sonderbeitrag 2.3) geht zurück auf Kaufmann und Kaliberda 1995 sowie Loayza (erscheint demnächst).

Die Analyse über die Beziehung zwischen Liberalisierung und Wachstum in den MOE- und NIS-Ländern geht zum großen Teil auf das Hintergrundpapier von De Melo, Denizer und Gelb zurück. Reformen im Bereich der Handelspolitik und deren Auswirkungen in den Transformationsländern werden diskutiert in Asselain 1994, de Menil 1995, Gacs 1993, IWF 1994b, Kaminski, Wang und Winters 1996 sowie Michalopoulos und Tarr 1994 und 1996. Das chinesische Handelssystem und seine Erfolge werden analysiert in Lardy 1995, Wei 1993 und Weltbank 1994b. Der allgemeine zeitliche Ablauf und die Form der Handelsliberalisierung werden unter anderem diskutiert in Dean, Desai und Reidel 1994, die einen Überblick über die umfangreiche Literatur bieten. Erfahrungen, die für eine frühe und weitreichende Handelsliberalisierung in Transformationsländern sprechen, werden unter anderem vorgestellt in Åslund 1994b und 1995b, Berg und Sachs 1992, Djankov und Hockman 1995, dem Hintergrundpapier von Kaminski und Wang sowie Sachs und Warner 1996. In De Melo und Ofer 1994 sowie in Easterly, De Melo und Ofer 1994 wurde das Wachstum der Dienstleistungen in Transformationsländern analysiert. Die Umstrukturierung von Produktion und Arbeit in den Reformländern und der Einfluß von Liberalisierung und Stabilisierung auf solche Umstrukturie-

rungen und somit auch auf das Wachstum werden diskutiert in Alfandari, Fan und Freinkman (erscheint demnächst), Anderson, Djankov und Pohl 1995, Berg 1994, Brada, Singh und Torok 1994, Claessens, Hunt und Peters 1995, Commander und Coricelli 1995, Rutkowski 1995 sowie Rutkowski und Sinha 1995, zusätzlich zu den vielen Länderstudien. Der Sonderbeitrag 2.6 wurde von Gordon Hughes verfaßt.

Inflation und Stabilisierung in China werden erörtert in Harrold, Hwa und Jiwei 1993, Hofman 1995a und 1995b, Lin 1995, Montes-Negret 1995 sowie Weltbank 1995e und 1996a. Die Anfangsstadien der Inflation und frühe Erfahrungen mit der Stabilisierung in den MOE- und NIS-Ländern werden diskutiert in Åslund 1994a und 1994b, Bruno 1992, Calvo und Coricelli 1992, Dabrowski 1995c, Hardy und Lahiri 1994, Kolodko, Gotz-Kozierkiewicz und Skrzyszewska-Paczek 1991 sowie Sachs 1995b. Viele Arbeiten dokumentieren die grundsätzlich monetäre Natur der Inflation in Transformationswirtschaften und untersuchen den zugrundeliegenden fiskalischen und quasi-fiskalischen Druck sowie die Implikationen für die Stabilisierungspolitik. Hierzu gehören Aghevli, Borensztein und van der Willigen 1992, Citrin und Lahiri 1995, Fischer, Sahay und Vegh 1995, Gaidar 1995, Hansson und Sachs 1994, Illarionov 1995a und 1995b, Koen und Marrese 1995, Sachs 1995c, Sachs und Lipton 1992 sowie Willet und andere 1995. Der Sonderbeitrag 2.7 geht auf Easterly und Vieira da Cunha 1994 zurück. Aktuelle Analysen der empirischen Beziehung zwischen Stabilisierung und Wachstum für die Transformationsländer sind enthalten in Bruno und Easterly 1995, Easterly (erscheint demnächst) sowie Fischer, Sahay und Vegh 1995.

Bredenkamp 1993 und Hilbers 1993 berücksichtigen das spezifische Muster der Stabilisierungspolitik in Transformationsländern und befassen sich mit der Mischung aus direkten und indirekten Instrumenten der Geldpolitik. Banerjee und andere 1995, Calvo und andere 1993, Calvo, Sahay und Vegh 1995, Gomulka 1995 sowie Sahay und Vegh 1995a beschäftigen sich mit Wechselkurspolitik, Kapitalzuflüssen und deren Auswirkungen auf Inflation, Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum in Transformationsländern. *Russian and East European Finance and Trade* 1994 widmet sich ausschließlich diesem Thema. Coricelli und Lane 1993, Coricelli und Revenga 1992, Morsink 1995 sowie Tait und Erbas 1995 untersuchen die Rolle der Einkommenspolitik für die Stabilisierung während der Transformation. Die Zahlungsrückstände in Unternehmen und ihre Ursachen, die inflationären Effekte und Gegenmaßnahmen werden diskutiert in Afanasief, Kuznetsov und Isaev 1995, Alfandari und Schaffer (erscheint demnächst), Fan und Lee 1995, Raiser 1993, Rostowski 1994, Rostowski und Nikolic 1995 sowie Schaffer 1995.

Dornbusch, Noelling und Layard 1993 enthalten eine

faszinierende Sammlung von Arbeitspapieren über den wirtschaftlichen Wiederaufbau und das Wachstum in der Nachkriegszeit sowie Lehren für die Transformationsländer. Wolf 1993 befaßt sich mit dem speziellen Fall Deutschland, und das Wirtschaftswunder in Ostasien wird in Weltbank 1993a analysiert. Schmidt-Hebbel, Serven und Solimano 1995 und IWF 1995c liefern eine aktuelle Übersicht über die Bestimmungsgründe für Sparen und Investition sowie deren Beziehung zum Wirtschaftswachstum. In Dervis und anderen 1995 sowie *European Economy* 1995 wird das Spar- und Investitionsverhalten in den Transformationsländern diskutiert. Dervis und andere 1995 sowie Sachs und Warner 1996 analysieren das mittel- und langfristige Wachstumspotential der Reformländer und das Tempo, mit dem sie die Marktwirtschaften mit mittlerem und hohem Einkommen einholen. Erdoas 1994 und Kornai 1994a und 1995 beschäftigen sich mit der gleichen Frage aus der Sicht der Transformationswirtschaften.

### Kapitel 3

Die Ausführungen über die sozialistische Hinterlassenschaft gehen auf Gelb und Gray 1991 zurück. Weitere Referenzen sind in den obigen Anmerkungen zum Kapitel 1 zu finden. Die Diskussion über Disziplin im Finanzbereich und Unternehmensumstrukturierungen beruht auf Balcerowicz, Gray und Hashi 1995, Belka und anderen 1994, Commander, Fan und Schaffer (erscheint demnächst), *Cuadernos del Este* 1995, Dolgopyatova und Yevseyeva 1994a und 1994b, Estrin, Gelb und Singh (erscheint demnächst) sowie Grosfeld und Roland 1995. Der Sonderbeitrag 3.1 faßt die Schlußfolgerungen von Gray und Holle (erscheint demnächst) und Gray, Schlorke und Szanyi (erscheint demnächst) zusammen. Zu weiteren Analysen der von den Banken ausgehenden Umstrukturierungen in Polen siehe Pawlowicz 1994. Die Diskussion der Unternehmensreformen in Vietnam und China bezieht sich auf Broadrian 1995, Cao, Gang und Woo 1995, Gelb, Jefferson und Singh 1993 sowie Reidel und Comer 1995. Die Ideen über staatliche Interventionen und die Isolation problembehafteter Unternehmen gehen teilweise zurück auf Selowsky und Vogel 1995 sowie Weltbank 1993a und 1995b. Die Studie über 400 bis 500 Unternehmen aus dem Jahr 1995 wird in Pohl, Djankov und Anderson (erscheint demnächst) beschrieben. Der Sonderbeitrag 3.2 bezieht sich auf ein Projekt der Weltbank, das derzeit in der Ukraine durchgeführt wird.

Die Erörterung der Leistungserfolge privater versus öffentlicher Unternehmen in Marktwirtschaften basiert auf Galal und anderen 1994, Kikeri, Nellis und Shirley 1992, Megginson, Nash und van Randenborg 1994, Millwood 1982, Vickers und Yarrow 1988 sowie Yarrow 1986. Statistische Erhebungen in Transformationsländern beschreiben Barberis und andere 1995, Belka und andere 1994,

Claessens, Hunt und Peters 1995, Commander, Fan und Schaffer (erscheint demnächst), Earle, Estrin und Leshchenko (erscheint demnächst), Köllö 1995 sowie Dubey und Vodopivec 1995. Die Diskussion über Polen folgt Pinto, Belka und Krajewski 1993 sowie Pinto und van Wijnbergen 1994. Der Sonderbeitrag 3.4 stützt sich auf Byrd und Lin 1990, Findlay, Watson und Wu 1994, Nolan und Dong 1990, Ody 1992 sowie Zweig 1991. Die Diskussion über Bulgarien ist eine Zusammenfassung von Bogetic und Hillman 1995.

Über die Privatisierung von mittleren und großen Unternehmen in Transformationsländern existiert eine umfangreiche Literatur, die in dem Hintergrundpapier von Gray zusammenfassend dargestellt ist. Für weitere Informationen zu diesem Thema siehe Donaldson und Wagle 1995, Earle, Frydman und Rapaczynski 1993, Estrin 1994b, Frydman, Gray und Rapaczynski 1996, Lieberman und Nellis 1995 sowie Radygin 1995a. Gordon Hughes verfaßte den Sonderbeitrag 3.5. Die Daten zur Privatisierung in Rußland stammen von Blasi 1996, Blasi und Shleifer 1996 sowie Earle, Estrin und Leshchenko (erscheint demnächst). Mehr zur Privatisierung in Rußland ist in Boycko, Shleifer und Vishny 1995, Grigoriev 1995 und Shatalov 1991 zu finden. Der Vergleich Ukraine – Rußland stammt von Buck und anderen 1995. Die Erörterung der Privatisierung kleiner Unternehmen stützt sich auf Barberis und andere 1995 sowie Earle und andere 1994. Der Abschnitt über die Privatisierung und Umstrukturierung landwirtschaftlicher Betriebe entstand mit Hilfe von Karen Brooks und beruht auf Csaki und Lerman (erscheint demnächst). Die Diskussion über kommerziellen Grundbesitz basiert auf dem Hintergrundpapier von Harding. Die Diskussion über den Wohnungsbau folgt den Spuren neuerer Hilfsprojekte der Weltbank in den MOE- und NIS-Ländern.

Erhebungen über die Entwicklung des privaten Sektors in Transformationsländern sind enthalten in De Melo und Ofer 1994, Stone und Novitzky 1993 und 1995 sowie Webster 1994. Die Informationen über ausländische Investitionen in Polen stammen von der International Finance Corporation. Die Diskussion über Bedingungen und Anreize für ausländische Investoren basiert auf Gray und Jarosz 1995.

### Kapitel 4

Der Sonderbeitrag 4.4 greift auf Fox 1995, Kornai 1996 und Urban 1996 zurück. Emmanuel Jimenez, Timothy King, Jeni Klugman und Alan Piazza halfen bei mehreren der anderen Sonderbeiträge. Die Datenbasis der Weltbank „Social Challenges of Transition“ stellte zusätzliche Hintergrunddaten über die MOE-Länder zur Verfügung, so wie auch verschiedene Kapitel in Barr 1994.

Estrin 1994a diskutiert die Hinterlassenschaften, vor allem was die Auswirkungen auf das Humankapital angeht. Die allgemeinen Probleme bei der Messung von Armut wer-

den von Atkinson 1989 dargestellt, die Datenlage in den MOE-Ländern von Atkinson und Micklewright 1992, und die Methodologie sowie die OECD-Ergebnisse von Atkinson, Rainwater und Smeeding 1995.

Der erste Teil des Kapitels basiert in hohem Maße auf den Ratschlägen von Branko Milanovic und Milanovic (erscheint demnächst) sowie auf verschiedenen anderen Weltbankstudien, einschließlich Klugman (erscheint demnächst), Patil und Krumm 1995, van de Walle, Ravallion und Gautam 1994 und Weltbank 1990b. Das Armutsproblem in China wird von Jalan und Ravallion 1996 erläutert. Zu weiteren Aspekten der allgemeinen Wohlfahrt siehe Moser 1996 und Zippay 1991.

Der Einfluß der Transformation auf Frauen wird behandelt in Einhorn 1993, Fong 1996, Funk und Mueller 1993 und Human Rights Watch 1995a und 1995b. Der Sonderbeitrag 4.2 stützt sich auf diese Quellen wie auch auf Chase 1995 und Rouse-Foley 1995.

Die Darstellung der Arbeitsmärkte basiert auf Commander und Coricelli 1995, Jackman 1994, Jackman und Rutkowski 1994, Orazem, Vodopivec und Wu 1995, M. Rutkowski 1995, J. Rutkowski (erscheint demnächst) sowie Weltbank 1995r. Aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen werden von Burda und Lubyova 1995 und in OECD 1995a und 1995b diskutiert, und die regionale Arbeitslosigkeit von Scarpetta und Wörgötter 1995. Die Lage in den westlichen Ländern wird von Atkinson und Micklewright 1991 und von Layard, Nickell und Jackman 1991 dargestellt. Die derzeit zunehmenden Lohndivergenzen in Rußland werden von Brainerd 1995 erläutert.

Fragen rund um die Grundprinzipien und die Konstruktion sozialer Sicherungsnetze werden diskutiert in Atkinson 1996, Barr 1992 und Barr 1993a (in polnisch 1993b). Die Reformen in den MOE-Ländern werden erläutert in den jeweiligen Abschnitten von Barr und von Sipos in Barr 1994 (in ungarisch und rumänisch 1995a und 1995b, erscheint demnächst in russisch), Toth 1994 (Ungarn) und Weltbank 1995p (Polen). Die Reformen in den NIS-Staaten werden erläutert von Klugman (erscheint demnächst), Kosmarskii und Maleva 1995, Mozhina 1994 (Rußland), Mabbett (erscheint demnächst) (Republik Moldau), Weltbank 1993c (Kirgisistan) sowie Falkingham und anderen (erscheint demnächst) (Zentralasiatische Republiken). Zu den Reformen in Asien siehe Weltbank 1992 (China) sowie Dollar, Glewwe, und Litvack (erscheint demnächst) (Vietnam).

In dem Hintergrundpapier von Commander und Schankerman werden die Umstrukturierung von Unternehmen und die Bereitstellung sozialer Dienstleistungen erörtert. Fragestellungen, die sich auf das ländliche Umfeld beziehen, werden von O'Brien und anderen 1993 sowie Patriorkovsky und anderen 1991 behandelt. Zu den Methoden für eine gezielte Planung siehe Foley und Klugman (erscheint demnächst) sowie Grosh 1994.

Zu Rentenreformen existiert eine umfangreiche Literatur, hierzu gehören Barr 1992 und 1994, Queisser 1995, U.K. Department of Social Security 1993, Vitta 1993, Vitas und Michelitsch 1996 sowie Weltbank 1994a. Zur politischen Ökonomie der Reformen siehe Sachs 1995a, und zu Renten und Ersparnissen in Osteuropa siehe Sachs und Warner 1996.

Die Rolle von Politik und Verwaltung für die Reformen wird von Crawford und Thompson 1994 diskutiert.

### *Einführung in Teil Zwei und Kapitel 5*

Die Evidenz für das Verhältnis zwischen Institutionen und Wachstum ist in Keefer und Knack 1995 und in Knack und Keefer 1995 dargestellt. Die Diskussion über die Entwicklung des Rechtsstaates geht auf Gray und Hendley (erscheint demnächst) zurück. Die Diskussionen über gesetzliche Rahmenwerke für die Entwicklung des privaten Sektors und die Einrichtung von Justizbehörden basieren vornehmlich auf Gray und Mitarbeitern 1993 sowie auf dem Hintergrundpapier von Pistor. Der Sonderbeitrag 5.1 wurde von Heywood Fleisig verfaßt. Zu ausführlicheren Erläuterungen siehe das Hintergrundpapier von Fleisig, Simpson und Röver. Die Studie über das Vertragswesen in Bulgarien ist in Koford und Miller 1995 enthalten. Der Sonderbeitrag 5.2 geht zurück auf Black, Kraakman und Hay 1996. Die Erfahrungen der MOE- und NIS-Länder bei der Entwicklung der Konkursgesetzgebung werden beschrieben in Balcerowicz, Gray und Hashi (erscheint demnächst), Coates und Mirsky 1995 sowie Gray, Schlorke und Szanyi (erscheint demnächst). Zu einer ausführlicheren Erörterung der Infrastruktur von Märkten vgl. das Hintergrundpapier von Ickes und Ryterman. Die Erörterung der Berufe im Rechtswesen in China stammt von Alford 1995; zu Vietnam vgl. Pham Van Thuyet 1995.

Die länderübergreifenden Forschungen zum wirtschaftlichen Wachstum und zur Glaubwürdigkeit von Regierungen werden in Borner, Brunetti und Weder 1994 beschrieben. Die Abschnitte über Kriminalität und Korruption in Transformationsländern beziehen sich auf Studien privater Unternehmen, zitiert in De Melo und Ofer 1995, Stone und Novitzky 1993 und 1995, Webster 1994 sowie auf Keh 1994 und Informationen des United Nations Drug Control Program. Mauro 1995 erforscht die Beziehung zwischen Korruption und Wachstum. Mehr zur russischen Mafia ist in Handleman 1995 zu finden. Die Aktivitäten der sizilianischen Mafia werden in Stille 1995 beschrieben. Susan Rose-Ackerman half bei der Abfassung des Sonderbeitrags 5.3, der auf Rose-Ackerman 1978 und Thacher 1995 basiert.

### *Kapitel 6*

Die Diskussion über die Hinterlassenschaften im Finanzsystem von zentralen Planwirtschaften geht auf viele Quellen zurück, basiert aber vornehmlich auf Bonin und Mizsei



1995, Gorton und Wilton 1996, Kornai 1992 und McKinnon 1991. Allgemeine Referenzen bezüglich finanzieller Reformen in Transformationsländern, die verschiedenen Abschnitten dieses Kapitels zugrunde liegen, sind Bonin und Székely 1994, Borish, Long und Noël 1995, Calari und Pinto 1995, Caprio 1995, Caprio, Folkerts-Landau und Lane 1994, Dittus 1994 a und 1994 b, Pohl und Claessens 1994, Saunders und Walter 1991 sowie Varhegyi 1995. Allgemeine wirtschaftliche Entwicklungen mit Auswirkungen auf das Finanzsystem werden in dem Hintergrundpapier von De Melo, Denizir und Gelb erläutert.

Die allgemeinen Grundlagen sowie die Bedeutung und die Rolle eines Finanzsystems werden in Weltbank 1989 erläutert. Die Evidenz für die Beziehungen zwischen der Entwicklung eines Finanzsystems und ökonomischer Anpassung und Wachstum gehen auf King und Levine 1993 a und 1993 b zurück. Die Evidenz für die Bedeutung unabhängiger Zentralbanken wird in Alesina und Summers 1993 und in Fischer 1995 aufgezeigt. Die sich ergänzenden Beziehungen zwischen Banken, Finanzvermittlern, die nicht dem Bankensystem angehören, und Kapitalmärkten – sowohl auf der makroökonomischen Ebene als auch auf der Ebene individueller Unternehmen – werden diskutiert und ihre Evidenz aufgezeigt in Demirgüç-Kunt und Levine (erscheint demnächst), Demirgüç-Kunt und Maksimovic (erscheint demnächst) und Singh 1995.

Die Typologie der Ansätze zur Reform des Bankensystems in Transformationsländern stützt sich auf die oben erwähnten allgemeinen Quellenangaben. Sonderbeitrag 6.1 fußt auf Pohl 1995 a und 1995 b sowie Pohl und Claessens 1994. Der Sonderbeitrag 6.2 bezieht sich auf Baer und Gray 1996, Bakker 1993 und das Hintergrundpapier von Gray. In dem Hintergrundpapier von Claessens wird der Fortschritt beim Aufbau von institutionellen Kapazitäten in Transformationsländern mit der Beziehung zwischen der Bankenqualität und den strukturellen Eigenschaften dieser Volkswirtschaften verglichen. Das Papier basiert auf einer Erhebung über die Bankenqualität durch Experten der Weltbank in fünfundzwanzig Transformationsländern und fünf Vergleichsländern, wobei die Banksysteme in „bessere“ und „schlechtere“ Segmente unterteilt werden. Das Hintergrundpapier liefert auch Anhaltspunkte über die Auswirkungen von eher liberalen Zugangsregelungen auf die Bankenqualität in Reformländern, die Rolle von Regulierungen im Bankenwesen sowie Interventionen bei ins Straucheln geratenen Banken.

Die Diskussion über die Problembanken sowie über das Auftreten und die Lösung von Banken Krisen basiert auf Baer und Klingebiel 1994, Caprio und Klingebiel (erscheint demnächst), Caprio und Vittas (erscheint demnächst), Delyagin 1995, Hansson 1995 sowie Hausmann und Gavin 1995. Die Grundprinzipien zur Umstrukturierung von

Problembanken werden eingehender diskutiert in Sheng 1996 und Weltbank 1995 a. Die Rolle der Bankenaufsicht wird in Weltbank 1989 ausführlich besprochen.

Die Diskussion über verschiedene Umschuldungsmodelle geht zurück auf Begg und Portes 1993, Caprio und Levine 1994, Levine und Scott 1993 sowie van Wijnbergen 1992 und 1994. Baer und Gray 1996, Caprio und Klingebiel (erscheint demnächst), und Weltbank 1995 a geben einen Überblick über die Evidenz von Rekapitalisierungen von Banken. Der Abschnitt über die Einlagensicherungen greift auf Caprio und Vittas (erscheint demnächst) und Glaessner und Mas 1995 zurück. Die Diskussion über die Probleme von Universalbanken und Banken, die Anteile an Unternehmen halten, basiert auf Coffee 1995, Caprio, Folkerts-Landau und Lane 1994, Dittus und Prowse 1996 sowie Walter 1993.

Die Lektionen über Nutzen und Kosten von Entwicklungsbanken und gelenkten Krediten werden abgeleitet von Vittas und Cho 1995, Weltbank 1989 und Weltbank 1995 f. Die Erörterung über die Schaffung von Finanzierungsmöglichkeiten für den ländlichen Raum basiert auf dem Hintergrundpapier von Brooks, Burcroff und Lerman und auf den Forschungen von Laura Tuck hinsichtlich der besten Methoden. Diskussion und Beispiel zur Wohnungsbaufinanzierung stammen von Lea und Renaud 1995 und Renaud 1996.

Die Abhandlung über Finanzierungen außerhalb des Bankensystems stammt teilweise von Calari und Pinto 1995. Der Abschnitt über Leasing und Risikofonds stützt sich auf Kuczynski, Barger und Carter (erscheint demnächst (a) und erscheint demnächst (b)). Der Abschnitt über Kapitalmärkte geht zurück auf Aoki und Kim 1995, Calari und Pinto 1995, Morgenstern und Hay 1995 sowie Pohl, Jedrzejczak und Anderson 1995. Die Daten stammen von IFC 1996 und vom IWF, verschiedene Jahre.

## Kapitel 7

Neuere Übersichten über Fragen öffentlicher Finanzen in den Transformationsländern, insbesondere die sich ausweitenden Defizite in vielen Ländern und die Gründe dafür, sind enthalten in Barbone und Marchetti 1995, Barbone und Polackova (erscheint demnächst), Dabrowski 1995 b, Fakin und de Crombrughe 1996 sowie IWF, verschiedene Jahre (c).

Eine extensiv diskutierte Frage ist die Rolle des Staates in einer Marktwirtschaft. Zu den Arbeiten, die einen Teil der Literatur zusammenfassen, gehören Barr 1994 (Kapitel 2), Krueger 1990, Stiglitz 1986, Weltbank 1988, Weltbank 1991 (Kapitel 7) und Weltbank 1995 b. Die Erörterung von Marktversagen stützt sich auch auf den Anhang B der Weltbank 1994 c. Die Indikatoren für die marktwirtschaftliche Orientierung einer Regierung und für die Effektivität des Managements im öffentlichen Sektor beruhen auf einer Er-



hebung der Weltbank und der IWF-Ländergruppe zur Bewertung von Reformfortschritten und wirtschaftlichen Erfolgen in den achtundzwanzig Ländern, auf die sich dieser Bericht stützt. Angelegenheiten des Staatsdienstes in Transformationsländern werden diskutiert in Ridley 1995, Schiavo-Campo 1994, Weltbank 1994c und verschiedenen internen Dokumenten der Weltbank. Deren Diskussion in diesem Abschnitt hat von Beratungen mit Barbara Nunberg profitiert. In Hewitt und van Rijckeghem 1995 sind Vergleichsdaten für die Beschäftigung und Entlohnung von Angehörigen des Staatsdienstes zu finden.

Seit Wagner 1883, der zum ersten Mal die Beziehung zwischen nationalem Einkommen und Staatsausgaben untersuchte, sind die Größe des Staatsapparats und seine Determinanten in der Literatur ausführlich untersucht worden. Dazu gehören Heller und Diamond 1990 und für die Reformländer Barbone und Polackova (erscheint demnächst). In vielen Arbeiten wird der empirische Zusammenhang zwischen der Größe des Staatssektors und dem Wirtschaftswachstum untersucht, hierzu zählen Barro 1989 und 1991, Easterly und Rebelo 1993, Fischer 1993, Levine und Renelt 1992 sowie Slemrod 1995. Unter anderem analysieren Dervis und andere 1995 sowie Sachs und Warner 1996 dieses Verhältnis für die Transformationsländer. Die Zusammensetzung und die Effektivität der Staatsausgaben im allgemeinen werden untersucht, und es werden Schlussfolgerungen für eine Rangfolge der Ausgaben gezogen in Aschauer 1989, Bandyopadhyay und Devarajan 1994, Devarajan, Swaroop und Zou 1995, Devarajan, Xie und Zou 1994, Munnell 1992, Pradhan (erscheint demnächst), sowie Chu und andere 1995; die letzten beiden Quellen enthalten auch einen Überblick über die Literatur. Die gleichen Fragen, speziell für Transformationsländer, werden in vielen der in Mizsei 1994 sowie Tanzi 1992 und 1993 zusammengefaßten Papiere untersucht. Fragen des Haushaltsmanagements in Transformationsländern werden unter anderem diskutiert in Allan 1994, Le Houerou, Gold und Katash 1994, Weltbank 1995h sowie verschiedenen internen Dokumenten der Weltbank.

Einkommensrends in den Transformationsländern und ihre Ursachen werden untersucht in EBRD 1994, IWF 1994a, McLure und anderen 1995 sowie Shome und Escolano 1993. In diesen Papieren werden auch Reformen im Bereich der Steuerpolitik abgehandelt, ebenso wie in den in Bogetic und Hillman 1995 aufgenommenen Papieren, sowie bei Newbury 1995, in einigen der in Tanzi 1992 sowie 1993 enthaltenen Arbeiten und in einer Reihe von Länderstudien der Weltbank. Karnite und Dovladbekova 1995, Weltbank 1990a und 1996a sowie Weltbank 1995q erörtern Fragen der Finanzverwaltung insbesondere für Lettland, China und Vietnam. Tanzi und Pellechio 1995 bieten einen aktuellen Überblick über allgemeine Fragen der Finanzverwaltung. Der Abschnitt über die fiskalische Dezentralisie-

rung hat von Christine Wallichs Beiträgen und Kommentaren profitiert und greift auf verschiedene Arbeiten über die Beziehungen zwischen Regierungsebenen in Reformländern zurück, wie Ahmad 1995, Bird, Ebel und Wallich 1995, Ma 1995 sowie Wallich 1994a und 1994b. Shah 1994 gibt einen aktuellen Überblick über Probleme der fiskalischen Dezentralisierung in Entwicklungsländern.

### Kapitel 8

Zusätzliche Hintergrunddaten über die Gesundheits- und Bildungssektoren in den MOE-Ländern wurden von der „Social Challenges of Transition“-Datenbasis der Weltbank bereitgestellt. Die Abbildung 8.1 basiert auf Kovalyova 1994.

Der Abschnitt über das Bildungswesen geht auf Heyneman 1994 und Laporte sowie Schweitzer 1994 zurück. Marer und Mabert 1996 diskutieren, in welchem Ausmaß eng begrenzte, unflexible Qualifikationen die Umstrukturierung behindern. Zur Erläuterung des Bildungswesens in China siehe Leung 1991 und Lewin und Wang 1994 über die schulische Bildung, Chunling 1995, Lee und Li 1994 und West 1995 über Bildungsdisparitäten sowie Hertling 1996 über die höhere Schulbildung.

José-Luis Bobadilla und Alexander Preker halfen bei der Erstellung des Sonderbeitrags 8.1. Der Abschnitt über das Gesundheitswesen basiert auf Bobak und Feachem 1992, Preker 1994, Preker und Feachem 1994 und Weltbank 1993e. Zu den Entwicklungen im Gesundheitsbereich in den MOE-Ländern vgl. Bobak und Feachem 1995 und Feachem 1994; für Rußland vgl. Shapiro 1993, Tulchinsky und Varavikova 1996 sowie Vella (erscheint demnächst). Der Anstieg der Gesundheitsausgaben in der Tschechischen Republik wird in Vepřek, Papes und Vepřek 1994 erläutert. Die Gesundheit von Frauen wird in WHO 1994 erörtert, und die gesunde Reproduktionsfähigkeit von Frauen wird dargestellt in Jepsen und Brandrup-Lukanow 1995, Johnson und Andronache 1993, Popov 1991 sowie Weinstein, Oliveras und McIntosh 1993.

### Kapitel 9

Die Diskussion des Handels und dessen Wiederbelebung in den MOE- und NIS-Ländern basiert auf Collins und Rodrik 1991, Havrylyshyn und Pritchett 1991, Kaminski, Wang und Winters 1996, Michalopoulos und Tarr 1994, Rosati 1992 sowie Winters und Wang 1994. Der Abschnitt über die Integration des Handels mit der Europäischen Union geht zurück auf Faini und Portes 1995, Hoekman und Djankov 1995 sowie Winters und Wang 1994. Die Diskussion über eine Integration in die Europäische Gemeinschaft stützt sich auf Baldwin 1994, Bofinger 1995 und CEPR 1992. Die Erläuterung der Kapitalströme geht zurück auf Brau 1995, Eichengreen und Uzan 1992 sowie auf das Hintergrundpapier von Kaminski und Wang, in dem

auch die Netto-Kapitalzuflüsse für jedes Land dargestellt werden. Die Informationen über eine Integration in die Europäische Union stammen von der Kommission der Europäischen Gemeinschaften 1995a, 1995b und 1995c. Die Daten über den Handel sind in den Datenbasen von Eurostat, wie EEC External Trade, und in den *Direction of Trade Statistics 1995* des IWF sowie in der COMTRADE Datenbasis der Vereinten Nationen zu finden. Die Daten über Kapitalströme stammen, unter anderem, aus Weltbank 1994d und 1996b.

### Hintergrundpapiere

- Åslund, Anders. "The Political Economy of Post-Communist Transformation."
- Brooks, Karen, Richard Burcroff, and Zvi Lerman. "Agriculture in the Transition."
- Chawla, Sandeep. "The Vulnerability of Transition Countries to Drug Trafficking, Drug Abuse, and Organized Crime." United Nations Drug Control Programme, Vienna.
- Claessens, Stijn. "Banking Reform in Transition Economies." Commander, Simon, and Mark Schankerman. "Enterprise Restructuring and the Efficient Provision of Social Benefits."
- De Melo, Martha, Judith Brandsma, and Leila Webster. "Private Sector Development in Transition Countries: an Overview."
- De Melo, Martha, and Cevdet Denizer. "Monetary Policy and Financial Developments in Transition."
- De Melo, Martha, Cevdet Denizer, and Alan Gelb. "From Plan to Market: Patterns of Transition."
- Fleisig, Heywood, John Simpson, and Jan-Hendrik Röver. "Security Interests in Moveable Property in Transition Economies: Issues and Options for Reform."
- Gelb, Alan, Arye L. Hillman, and Heinrich W. Ursprung. "Rents and the Transition."
- Gray, Cheryl. "In Search of Owners: Lessons of Experience with Privatization and Corporate Governance in Transition Economies."
- Harding, April. "Markets for Non-residential Real Estate: Private Rights to Real Property: Are They Emerging in Transition Economies?"
- Ickes, Barry W., and Randi Ryterman. "The Organization of Markets and Its Role in Macroeconomic Stabilization During Transition."
- Kaminski, Bartłomiej, and Zhen Kun Wang. "External Assistance and Progress in Transition."
- Kornai János. "The Hungarian Road. A Historical Case Study of the Political Economy of the Reform and Post-Socialist Transition."
- Milancvic, Branko. "Poverty in Transition."
- Pistor, Katharina. "Law Meets the Market: Matches and Mismatches in Transition Economies."
- Siebert, Horst, Martin Raiser, and Rolf J. Langhammer. "The Transition in Central and Eastern Europe."
- Wing 'Thye Woo. "Enterprise Reform in Europe and Asia."

### Ausgewählte Literatur

- Afanasief, M., P. Kuznetzov, and P. Isaev. 1995. "Krisis plateji v Rossii: Chto proishodit na samom dele?" ("Arrears Crisis in Russia—What is Happening in Fact?"). *Voprosi Ekonomiki* 8: 52–72.
- Agency for Economic Coordination and Development (ACED). 1993. *Bulgarian Economy in 1993*, Annual Report. Sofia.
- Aghevli, Bijan, Eduardo Borensztein, and Tessa van der Willigen. 1992. *Stabilization and Structural Reform in the Czech and Slovak Republics: First Stage*. Occasional Paper No. 92. Washington, D.C.: International Monetary Fund.
- Aghion, Phillippe, and Olivier Blanchard. 1993. "On the Speed of Transition in Central Europe." Working Paper No. 6. European Bank for Reconstruction and Development (EBRD), London.
- Ahmad, Etisham, ed. 1995. *Financing Decentralized Expenditures: Intergovernmental Grants*. Aldershot, U.K.: Edward Elgar Publishing Limited.
- Alam, A. S. "A Theory of Limits on Corruption and Some Applications." *Kyklos* 48: 419–35.
- Alesina, Alberto, and Lawrence H. Summers. 1993. "Central Bank Independence and Macroeconomic Performance: Some Comparative Evidence." *Journal of Money, Credit and Banking* 25(2): 151–62.
- Alexander, William E., Tomas J. T. Balino, and Charles Enoch. 1995. *The Adoption of Indirect Instruments of Monetary Policy*. Occasional Paper No. 126. Washington, D.C.: International Monetary Fund.
- Alfandari, Gilles, and Mark Schaffer. Forthcoming. "On Arrears in Russia." In Simon Commander, Qimiao Fan, and Mark E. Schaffer, eds., *Enterprise Restructuring and Economic Policy in Russia*. EDI Development Studies. Washington, D.C.: World Bank.
- Alfandari, Gilles, Qimiao Fan, and Lev Freinkman. Forthcoming. "Government Financial Transfers to Industrial Enterprises and Restructuring." In Simon Commander, Qimiao Fan, and Mark E. Schaffer, eds., *Enterprise Restructuring and Economic Policy in Russia*. EDI Development Studies, Washington, D.C.: World Bank.
- Alford, William P. 1995. "Tasselled Loafers for Barefoot Lawyers: Transformation and Tension in the World of Chinese Legal Workers." *The China Quarterly*.
- Allan, Bill. 1994. "Toward a Framework for a Budget Law for Economies in Transition." IMF Working Paper No. 94/149. International Monetary Fund, Washington, D.C.
- Anderson, Robert E., Simeon Djankov, and Gerhard Pohl. 1995. "Restructuring of Large Industrial Firms in Central and Eastern Europe, 1992–94." World Bank, Washington, D.C.
- Aoki, Masahiko, and Hyung-Ki Kim, eds., 1995. *Corporate Governance in Transitional Economies: Insider Control and the Role of Banks*. EDI Development Studies. Washington, D.C.: World Bank.
- Artemiev, Igor, Gary Fine, Enna Karlova, and Ira Lieberman. 1996. "Russia: The Rush for State Shares in the 'Klondyke' of Wild East Capitalism." Paper presented to the Second

- Annual Institute Conference on Current Issues in International Trade at the U.S. Department of Commerce, Washington, D.C., March 28–29.
- Aschauer, David A. 1989. "Is Public Expenditure Productive?" *Journal of Monetary Economics* 23 (March): 177–200.
- Asian Development Bank. 1995. *Annual Report*. Manila.
- Åslund, Anders, ed. 1994a. *Economic Transformation in Russia*. New York: St. Martin's Press.
- \_\_\_\_\_. 1994b. "Lessons of the First Four Years of Systemic Change in Eastern Europe." *Journal of Comparative Economics* 19: 22–38.
- \_\_\_\_\_. 1995a. "Eurasia Letter: Ukraine's Turnaround." *Foreign Policy* 100: 125–43.
- \_\_\_\_\_. 1995b. *How Russia Became a Market Economy*. Washington, D.C.: The Brookings Institution.
- Asselain, Jean-Charles. 1994. "Convertibilité précoce et protection par le change: un premier bilan de la réinsertion internationale des pays de l'Est." *Revue Economique* 45 (May): 833–44.
- Atkinson, Anthony B. 1989. *Poverty and Social Security*. London: Harvester Wheatsheaf.
- \_\_\_\_\_. 1991. "Poverty, Economic Performance and Income Transfer Policy in OECD Countries." *World Bank Economic Review* 5(1): 3–21.
- \_\_\_\_\_. 1996. *Incomes and the Welfare State: Essays on Britain and Europe*. Cambridge, U.K.: Cambridge University Press.
- Atkinson, Anthony B., and John Micklewright. 1991. "Unemployment Compensation and Labor Market Transitions: A Critical Review." *Journal of Economic Literature* 29(4): 1679–727.
- \_\_\_\_\_. 1992. *Economic Transformation in Eastern Europe and the Distribution of Income*. Cambridge, U.K.: Cambridge University Press.
- Atkinson, Anthony B., Lee Rainwater, and Timothy M. Smeeding. 1995. *Income Distribution in OECD Countries*. Social Policy Studies No. 18. Paris: OECD.
- Avramov, Roumen, and Kamen Guenov. 1994. "The Rebirth of Capitalism in Bulgaria." *Bank Review* 4: 3–25, Bulgarian National Bank, Sofia.
- Baer, Herbert L., and Cheryl W. Gray. 1996. "Debt as a Control Device in Transitional Economies: The Experience of Hungary and Poland." In Roman Frydman, Cheryl W. Gray, and Andrzej Rapaczynski, eds., *Corporate Governance in Central Europe and Russia. Volume 1: Banks, Funds, and Foreign Investors*. Budapest, London, and New York: Central European University Press.
- Baer, Herbert, and Daniela Klingebiel. 1994. "Systemic Risk When Depositors Bear Losses: Five Case Studies." Policy Research Department, World Bank, Washington, D.C.
- Bakker, Marie-Renée. 1993. "Twinning as a Tool for Institutional Development of Banks: The World Bank's Experience in Poland and Lessons to Be Learned for the Former Soviet Union." Europe and Central Asia Department, World Bank, Washington, D.C.
- Balcerowicz, Leszek. 1995. *Socialism Capitalism Transformation*. Budapest: Central European University Press.
- Balcerowicz, Leszek, and Alan Gelb. 1995. "Macropolicies in Transition to a Market Economy: A Three-Year Perspective." In Michael Bruno and Boris Pleskovic, eds. *Proceedings of the World Bank Annual Conference on Development Economics 1994*, Washington, D.C.
- Balcerowicz, Leszek, Cheryl W. Gray, and Iraj Hashi, eds. 1995. "Enterprise Exit Processes in Transition Economies: Downsizing, Workouts, and Liquidation." Policy Research Department, World Bank, Washington, D.C.
- Baldwin, Richard. 1994. *Towards an Integrated Europe*. London: Centre for Economic Policy Research.
- Bandyopadhyay, Sushenjit, and Shantayanan Devarajan. 1994. "Using Project Rates of Return to Inform Sector Allocation Decisions?" World Bank, Washington, D.C.
- Banerjee, Biswajit, Vincent Koen, Thomas Krueger, Mark S. Lutz, Michael Marrese, and Tapio O. Saavalainen. 1995. *Road Maps of the Transition: The Baltics, the Czech Republic, Hungary, and Russia*. Occasional Paper No. 127. Washington, D.C.: International Monetary Fund.
- Barberis, Nicholas, Maxim Boycko, Andrei Schleifer, and Natalia Tsukanova. 1995. "How Does Privatization Work? Evidence from the Russian Shops." Working Paper No. 5136. National Bureau of Economic Research, Cambridge, Mass.
- Barbone, Luca, and Domenico Marchetti, Jr. 1995. "Transition and the Fiscal Crisis in Central Europe." *Economics of Transition* 3(1): 59–74.
- Barbone, Luca, and Hana Polackova. Forthcoming. "Public Finances and Economic Transition." Policy Research Working Paper. Central Europe Department, World Bank, Washington, D.C.
- Barr, Nicholas. 1992. "Economic Theory and the Welfare State: A Survey and Interpretation." *Journal of Economic Literature* 30(2): 741–803.
- \_\_\_\_\_. 1993a. *The Economics of the Welfare State*, 2d ed. Stanford, Calif.: Stanford University Press; Oxford: Oxford University Press.
- \_\_\_\_\_. 1993b. *Ekonomika Panstwa Opiekunczego (The Economics of the Welfare State)*. Poznan: Wydawnictwo Akademii Ekonomicznej w Poznaniu.
- \_\_\_\_\_, ed. 1994. *Labor Markets and Social Policy in Central and Eastern Europe: The Transition and Beyond*. New York and Oxford: Oxford University Press.
- \_\_\_\_\_, ed. 1995a. *Munkaerőpiac és Szociálpolitika közep-és Kelet-Európában: Az átalakulás, és ami utána jön (Labor Markets and Social Policy in Central and Eastern Europe: The Transition and Beyond)*. Budapest: Hilscher Rezső Szociálpolitikai Egyesület.
- \_\_\_\_\_, ed. 1995b. *Pietele Forței de Muncă și Politică Socială în Europa Centrală și de Est. Volumul I. (Labor Markets and Social Policy in Central and Eastern Europe: The Transition and Beyond)*. Bucharest: World Bank.
- \_\_\_\_\_, ed. Forthcoming. *Rynki Truda i Sotsial'naya Politika v Stranakh Tsentral'noi i Vostochnoi Evropy (Labor Markets and Social Policy in Central and Eastern Europe: The Transition and Beyond)*. Institut ekonomicheskogo razvitiia Vsemirnogo banka (EDI). Moskovskii gosudarstvennyi universitet im. M.V. Lomonosova. Moscow: Infra-M.
- Barro, Robert J. 1991. "Economic Growth in a Cross Section of Countries." *Quarterly Journal of Economics* 106: 407–43.

- \_\_\_\_\_. 1989. "A Cross-Country Study of Growth, Saving, and Government." NBER Working Paper No. 2855. National Bureau of Economic Research, Cambridge, Mass.
- Begg, David, and Richard Portes. 1993. "Enterprise Debt and Financial Restructuring in Central and Eastern Europe." *European Economic Review* 37: 396-407.
- Belka, Marek, Saul Estrin, Mark E. Schaffer, and Inderjit Singh. 1994. "Enterprise Adjustment in Poland: Evidence from a Survey of 200 Private, Privatized, and State-Owned Firms." Working Paper No. 658. CEP-LSE, London.
- Berg, Andrew. 1993. "Measurement and Mismeasurement of Economic Activity During Transition to the Market." In Mario I. Blejer, Guillermo A. Calvo, Fabrizio Coricelli, and Alan H. Gelb, eds. *Eastern Europe in Transition: From Recession to Growth?* World Bank Discussion Paper No. 196. Washington, D.C.
- \_\_\_\_\_. 1994. "Does Macroeconomic Reform Cause Structural Adjustment?" International Monetary Fund, Washington, D.C.
- Berg, Andrew, and Jeffrey Sachs. 1992. "Structural Adjustment and International Trade in Eastern Europe: the Case of Poland." *Economic Policy: A European Forum* 14: 117-73.
- Berliner, J. 1952. "The Informal Organization of the Soviet Firm." *The Quarterly Journal of Economics* 66: 342-65.
- Bird, Richard M., Robert D. Ebel, and Christine I. Wallich, eds. 1995. *Decentralization of the Socialist State: Intergovernmental Finance in Transition Economies*. World Bank Regional and Sectoral Studies. Washington, D.C.
- Black, Bernard, Reinier Kraakman, and Jonathan Hay. 1996. "Corporate Law from Scratch." In Roman Frydman, Cheryl W. Gray, and Andrzej Rapaczynski, eds., *Corporate Governance in Central Europe and Russia, Volume 2: Insiders and the State*. Budapest, London, and New York: Central European University Press.
- Blanchard, Olivier Jean, Kenneth A. Froot, and Jeffrey D. Sachs, eds. 1994. *The Transition in Eastern Europe—A NBER Project Report*. Chicago, Ill.: University of Chicago.
- Blasi, Joseph R. 1996. "Russian Enterprises After Privatization." Paper presented at the ASSA meeting in San Francisco, Calif., January.
- Blasi, Joseph R., and Andrei Shleifer. 1996. "Corporate Governance in Russia: An Initial Look." In Roman Frydman, Cheryl W. Gray, and Andrzej Rapaczynski, eds. *Corporate Governance in Central Europe and Russia, Volume 2: Insiders and the State*. Budapest, London, and New York: Central European University Press.
- Blejer, Mario I., Guillermo A. Calvo, Fabrizio Coricelli, and Alan H. Gelb, eds. 1993. *Eastern Europe in Transition: From Recession to Growth?* World Bank Discussion Paper No. 196. Washington, D.C.
- Bloom, Benjamin S., ed. 1956. *Taxonomy of Educational Objective—Book 1, Cognitive Domain*. New York: Longman.
- Bobak, Martin, and Richard Feachem. 1992. "Health Status in the Czech and Slovak Federal Republic." *Health Policy and Planning* 7(3): 234-42.
- \_\_\_\_\_. 1995. "Air Pollution and Mortality in Central and Eastern Europe: An Estimate of the Impact." *European Journal of Public Health* 5: 82-86.
- Boeri, Tito, and Michael C. Burda. 1995. "Active Labor Market Policies, Job Matching, and the Czech Miracle." Discussion Paper Series No. 1302. Centre for Economic Policy Research, London.
- Bofinger, Peter. 1995. "The Political Economy of the Eastern Enlargement of the EU." Discussion Paper No. 1234. Centre for Economic Policy Research, London.
- Bogetic, Zeljko, and Arye L. Hillman, eds. 1995. *Financing Government in the Transition—Bulgaria: The Political Economy of Tax Policies, Tax Bases, and Tax Evasion*. World Bank Regional and Sectoral Study. Washington, D.C.
- Bonin, John P., and Kalman Mizsei. 1995. "State Withdrawal from the Banking Sector in Central and Eastern Europe." Institute for East-West Studies Working Paper. New York.
- Bonin, John P., and István P. Székely, eds. 1994. *The Development and Reform of Financial Systems in Central and Eastern Europe*. Aldershot, U.K.: Edward Elgar Publishing Limited.
- Borensztein, Eduardo, Dimitri G. Demekas, and Jonathan D. Ostry. 1993. "An Empirical Analysis of the Output Declines in Three Eastern European Countries." *IMF Staff Papers* 40 (1): 1-31.
- Borish, Michael S., Millard F. Long, and Michel Noël. 1995. *Restructuring Banks and Enterprises: Recent Lessons from Transition Countries*. World Bank Discussion Paper No. 279. Washington, D.C.
- Borner, Silvio, Aymo Brunetti, and Beatrice Weder. 1994. *Political Credibility and Economic Development*. New York: St. Martin's Press.
- Bosworth, Barry P., and Gur Ofer. 1995. *Reforming Planned Economies in an Integrating World Economy*. Integrating National Economies Series. Washington, D.C.: The Brookings Institution.
- Boycko, Maxim, Andrei Shleifer, and Robert Vishny. 1994a. "Politicians and Firms." *Quarterly Journal of Economics*. November.
- \_\_\_\_\_. 1994b. "A Theory of Privatization." Department of Economics, Harvard University, Cambridge, Mass.
- \_\_\_\_\_. 1995. *Privatizing Russia*. Cambridge, Mass.: MIT Press.
- Brada, Joseph, I. J. Singh, and Adam Torok. 1994. *Firms Afloat and Firms Adrift: Hungarian Industry and the Economic Transition*. London: M.E. Sharpe.
- Brainerd, Elizabeth. 1995. "Winners and Losers in Russia's Economic Transition." Department of Economics, Harvard University, Cambridge, Mass.
- Bratkowski, Andrzej. 1993. "The Shock of Transformation or the Transformation of the Shock? The Big Bang in Poland and Official Statistics." *Communist Economies and Economic Transformation* 5(1).
- Brau, Eduard. 1995. "External Financial Assistance: The Record and Issues." In Daniel A. Citrin and Ashok K. Lahiri, eds., *Policy Experiences and Issues in the Baltics, Russia, and Other Countries of the Former Soviet Union*. Occasional Paper No. 133. Washington, D.C.: International Monetary Fund.
- Bredenkamp, Hugh. 1993. "Conducting Monetary and Credit Policy in Countries of the Former Soviet Union: Some Issues and Options." IMF Working Paper No. 93/23. International Monetary Fund, Washington, D.C.

- Broadman, Harry G. 1995. *Meeting the Challenge of Chinese Enterprise Reform*. World Bank Discussion Paper No. 283. Washington, D.C.
- Brown, Annette N., Barry W. Ickes, and Randi Ryterman. 1994. "The Myth of Monopoly: A New View of Industrial Structure in Russia." Policy Research Working Paper No. 1331. World Bank, Washington, D.C.
- Bruno, Michael. 1992. "Stabilization and Reform in Eastern Europe." *IMF Staff Papers* 39(4). Washington, D.C.: International Monetary Fund.
- Bruno, Michael, and William Easterly. 1995. "Inflation Crises and Long-Run Growth." Policy Research Working Paper No. 1517. World Bank, Washington, D.C.
- Brus, W., and K. Laski. 1989. *From Marx to the Market*. Oxford: Clarendon Press.
- Buck, Trevor, Igor Filatochev, Mike Wright, and Yves van Frausum. 1995. "The Process and Impact of Privatization in Russia and Ukraine." Centre for Management Buy-Out Research Occasional Paper No. 59. University of Nottingham, United Kingdom.
- Burda, Michael C., and Martina Lubyova. 1995. "The Impact of Active Labor Market Policies: A Closer Look at the Czech and Slovak Republics." Discussion Paper Series No. 1102. Centre for Economic Policy Research, London.
- Byrd, William A., and Lin Qingsong, eds. 1990. *China's Rural Industry: Structure, Development, and Reform*. New York: Oxford University Press.
- Cadot, Olivier, and Jaime De Melo. 1995. "France and the CEECs: Adjusting to Another Enlargement." In Riccardo Faini and Richard Portes, eds. *European Union Trade with Eastern Europe: Adjustment and Opportunities*. London: Centre for Economic Policy Research.
- Calari, Cesare, and Brian Pinto. 1995. "Capital Markets: Lessons From Transition Economies." International Finance Corporation, Europe Department, Washington, D.C.
- Calvo, Guillermo, and Fabrizio Coricelli. 1992. "Stabilizing a Previously Centrally Planned Economy: Poland 1990." *Economic Policy* 14: 176–226.
- Calvo, Guillermo, Manmohan S. Kumar, Eduardo Borensztein, and Paul R. Masson. 1993. "Financial Sector Reforms and Exchange Arrangements in Eastern Europe." Occasional Paper No. 102. International Monetary Fund, Washington, D.C.
- Calvo, Guillermo, Ratna Sahay, and Carlos A. Vegh. 1995. "Capital Flows in Central and Eastern Europe: Evidence and Policy Options." Working Paper No. 95/57. International Monetary Fund, Washington, D.C.
- Cao, Yuan Zheng, Gang Fan, and Wing Thyee Woo. 1995. "Chinese Economic Reforms: Past Successes and Future Challenges." In Wing Thyee Woo, Stephen Parker, and Jeffrey Sachs, eds., *Key Issues and National Experience in the Transition to the Market Economy*. Cambridge, Mass.: MIT Press.
- Caprio, Gerard, Jr. 1995. "The Role of Financial Intermediaries in Transitional Economies." *Carnegie-Rochester Conference Series on Public Policy* 42: 257–302.
- Caprio, Gerard, Jr., David Folkerts-Landau, and Timothy D. Lane, eds. 1994. *Building Sound Finance in Emerging Market Economies*. Washington, D.C.: International Monetary Fund.
- Caprio, Gerard, Jr., and Daniela Klingebiel. Forthcoming. "Bank Insolvency: Bad Luck, Bad Policy, or Bad Banking?" In Michael Bruno and Boris Pleskovic, eds., *Proceedings of the World Bank Annual Conference on Development Economics* 1996. Washington, D.C.
- Caprio, Gerard, Jr., and Ross Levine. 1994. "Reforming Finance in Transitional Socialist Economies." *World Bank Research Observer* 9(1): 1–24.
- Caprio, Gerard, Jr., and Dimitri Vittas. Forthcoming. *Reforming Finance: Lessons from History*. New York: Cambridge University Press.
- CEPR (Centre for Economic Policy Research). 1992. *Monitoring European Integration: The Impact of Eastern Europe*. London.
- Chaba, Laszlo. 1995. "Politico-economic foundations of reform: sravnenie opita Kitaia I stran Tzentralnoi I Vostochnoi Evropi" ("Political and economic foundations of reform strategies: comparison between Chinese and Eastern European experience"). *Voprosi Ekonomiki* 12: 45–75.
- Chase, Robert S. 1995. "Women's Labor Force Participation During and After Communism: A Case Study of the Czech Republic and Slovakia." Department of Economics, Yale University, New Haven, Conn.
- Chavance, Bernard. 1994. *Les réformes économiques à l'Est: de 1950 aux années 1990. (The Transformation of the Communist System: Economic Reform since the 1950s*. Boulder, Colo.: Westview Press.) Paris: Nathan.
- China Statistical Publishing House. 1995. *Statistical Yearbook of China*. Beijing.
- Christensen, Benedikte Vibe. 1994. *The Russian Federation in Transition—External Developments*. IMF Occasional Paper No. 111. International Monetary Fund, Washington, D.C.
- Chu, Ke-young, Sanjeev Gupta, Benedict Clemens, Daniel Hewitt, Sergio Lugaesi, Jerald Schiff, Ludger Schuknecht, and Gerd Schwartz. 1995. "Unproductive Public Expenditures: A Pragmatic Approach to Policy Analysis." Fiscal Affairs Department, Pamphlet Series No. 48. International Monetary Fund, Washington, D.C.
- Chunling, Li. 1995. "An Educational System Grappling with Poverty: Primary Education in the Poor Areas of China." *China Perspectives* 1 (September/October): 30–35.
- Citrin, Daniel A., and Ashok K. Lahiri, eds. 1995. *Policy Experiences and Issues in the Baltics, Russia, and Other Countries of the Former Soviet Union*. Occasional Paper No. 133. Washington, D.C.: International Monetary Fund.
- Claessens, Stijn, Julie Hunt, and Kyle Peters. 1995. "Bulgaria: State Enterprise Adjustment." Europe and Central Asia Department, World Bank, Washington, D.C.
- Coates, Richard D., and Arlene Elgart Mirsky. 1995. "Restructuring and Bankruptcy in Central and Eastern Europe." London: Deloitte Touche Tomatsu International.
- Coffee, John C., Jr. 1995. "Corporate Governance in Central Europe and Russia: Institutional Investors in Transitional Economies—Lessons from the Czech Experience." Policy Research Paper No. 14850. Policy Research Department, World Bank, Washington, D.C.

- Collins, Susan M., and Dani Rodrik. 1991. "Eastern Europe and the Soviet Union in the World Economy." *Policy Analyses in International Economics* 32. Institute for International Economics, Washington, D.C.
- Commander, Simon, and Fabrizio Coricelli, eds. 1995. *Unemployment, Restructuring, and the Labor Market in Eastern Europe and Russia*. EDI Development Studies. Washington, D.C.: World Bank.
- Commander, Simon, Qimiao Fan, and Mark E. Schaffer, eds. Forthcoming. *Enterprise Restructuring and Economic Policy in Russia*. EDI Development Studies. Washington, D.C.: World Bank.
- Commission of the European Communities. 1995a. "Interim Report from the Commission to the European Council on the Effects on the Policies of the European Union of Enlargement to the Associated Countries of Central and Eastern Europe." CSE (95) 605. Brussels.
- \_\_\_\_\_. 1995b. "Preparation of the Associated Countries of Central and Eastern Europe for Integration into the Internal Market of the Union: White Paper." Office for Official Publications of the European Communities, Luxembourg.
- \_\_\_\_\_. 1995c. "Progress Report on the Pre-Accession Strategy with the Associated Countries of Central and Eastern Europe." CSE (95) 606. Brussels.
- Conway, Patrick. 1995. "Saving in Transition Economies: The Summary Report." Policy Research Working Paper No. 1509. World Bank, Europe and Central Asia Department, Washington, D.C.
- Coricelli, Fabrizio, and Timothy D. Lane. 1993. "Wage Controls during the Transition from Central Planning to a Market Economy." *World Bank Research Observer* 8 (2, July): 195-210.
- Coricelli, Fabrizio, and Ana Revenga, eds. 1992. *Wage Policy During the Transition to a Market Economy: Poland 1990-91*. World Bank Discussion Paper No. 158. Washington, D.C.
- Cox, Donald, Zekeriya Eser, and Emmanuel Jimenez. Forthcoming. "Family Safety Nets During Economic Transition: A Study of Interhousehold Transfers in Russia." In Jeni Klugman, ed., *Poverty in Russia During the Transition*. World Bank Regional and Sectoral Studies. Washington, D.C.
- Cox, Donald, James Fetzer, and Emmanuel Jimenez. Forthcoming. "The Role and Magnitude of the Private Safety Net During Transition: Private Interhousehold Transfers in Vietnam." In David Dollar, Peter Glewwe, and Jennie Litvack, eds., *Household Welfare and Vietnam's Transition to a Market Economy*. Washington, D.C.: World Bank.
- Cox, Donald, Emmanuel Jimenez, and John Jordan. 1994. "Family Safety Nets and Economic Transition: A Study of Private Transfers in Kyrgyzstan." World Bank, Policy Research Department, Washington, D.C.
- Cox, Donald, Emmanuel Jimenez, and Wlodek Okrasa. 1995. "Family Safety Nets and Economic Transition: A Case Study of Poland." Paper presented at the Northeast Universities Development Economics Conference, Harvard University, Cambridge, Mass., November.
- Cox, Donald, and Fredric Raines. 1985. "Interfamily Transfers and Income Redistribution." In Martin David and Timothy Smeeding, eds., *Horizontal Equity, Uncertainty and Measures of Well Being*. Chicago, Ill.: University of Chicago Press.
- Crawford, Iain, and Alan Thompson. 1994. "Driving Change: Politics and Administration." In Nicholas Barr, ed., *Labor Markets and Social Policy in Central and Eastern Europe: The Transition and Beyond*. New York and Oxford: Oxford University Press. (Available in Hungarian and Romanian; Russian forthcoming.)
- Csaba, Laszlo. 1995. "Gazdasagstrategia helyett konjunkturalpolitika" ("Trade-Cycle Policy Instead of Economic Strategy"). *Kulgaszasag* 39(3): 36-46.
- Csaki, Csaba, and Zvi Lerman. Forthcoming. "Agricultural Transition Revisited: Issues of Land Reform and Farm Restructuring in Central and Eastern Europe and the Former USSR." World Bank Discussion Paper. World Bank, Washington, D.C.
- Cuadernos del Este* 14. 1995. "Reestructuración industrial." Special issue on industrial restructuring in transition economies. Madrid.
- Dabrowski, Marek. 1995a. "Different Strategies of Transition to a Market Economy: How Do They Work in Practice?" World Bank, Washington, D.C.
- \_\_\_\_\_. 1995b. "Fiscal Crisis in the Transformation Period: Trends, Stylized Facts and Some Conceptual Problems." Center for Social and Economic Research, Warsaw, Poland.
- \_\_\_\_\_. 1995c. "Why Did the Ruble Area Have to Collapse?" Center for Social and Economic Research, Warsaw, Poland.
- Dean, Judith M., Seema Desai, and James Reidel. 1994. *Trade Policy Reforms in Developing Countries Since 1985—A Review of the Evidence*. World Bank Discussion Paper No. 267, Washington, D.C.
- De Broeck, Mark, Paula De Masi, and Vincent Koen. 1995. "Inflation Dynamics in Kazakhstan." IMF Working Paper No. 95/140. European II Department. International Monetary Fund, Washington, D.C.
- Delyagin, M. 1995. "Bankovskiy crisis v svete osnovnykh tendentziy ekonomicheskogo razvitiya Rossii" ("The Banking Crisis in the Light of the General Tendencies in Russia's Economic Development"). *Voprosi Ekonomiki* 10: 4-11.
- De Masi, Paula, and Vincent Koen. 1995. "Relative Price Convergence in Russia." International Monetary Fund Working Paper No. 95/54. Washington, D.C.
- De Melo, Martha, and Gur Ofer. 1994. *Private Service Firms in a Transitional Economy: Findings of a Survey in St. Petersburg*. Studies of Economies in Transition Paper No. 11. Washington, D.C.: World Bank.
- de Menil, Georges. 1995. "Trade Policies in Transition Economies: a Comparison of European and Asian Experiences." Prepared for the Asia Foundation Project on Economies in Transition: Comparing Asia and Eastern Europe. DELTA, Paris, May 22.
- Demirgüç-Kunt, Asli, and Ross Levine. Forthcoming. "Stock Market Development and Financial Intermediaries: Stylized Facts." *World Bank Economic Review*. Washington, D.C.
- Demirgüç-Kunt, Asli, and Vojislav Maksimovic. Forthcoming. "Stock Market Development and Financing Choices for Firms." *World Bank Economic Review*. Washington, D.C.
- Dervis, Kemal, Luca Barbone, Hana Polackova, and Pedro Rodriguez. 1995. "Macroeconomic Policies and the Transition." Europe and Central Asia Country Department, World Bank, Washington, D.C.



- Devarajan, Shantayanan, Vinaya Swaroop, and Heng-Fu Zou. 1995. "The Composition of Public Expenditure and Economic Growth." Policy Research Department, World Bank, Washington, D.C.
- Devarajan, Shantayanan, Danyang Xie, and Heng-fu Zou. 1994. "Does Public Capital Promote Economic Growth?" Policy Research Department, World Bank, Washington, D.C.
- Dimelis, Sophia, and Konstantine Gatsios. 1995. "Trade with Central and Eastern Europe: The Case of Greece." In Riccardo Faini and Richard Portes, eds., *European Union Trade with Eastern Europe: Adjustment and Opportunities*. Centre for Economic Policy Research, London.
- Dittus, Peter. 1994a. "Bank Reform and Behavior in Central Europe." *Journal of Comparative Economics* 19: 335-61.
- . 1994b. "Corporate Governance in Central Europe: The Role of Banks." *BIS Economic Papers* 42: 1021-2515. Monetary and Economic Department, Bank for International Settlements, Basel, Switzerland.
- Dittus, Peter, and Stephen Prowse. 1996. "Corporate Control in Central Europe and Russia: Should Banks Own Shares?" In Roman Frydman, Cheryl Gray, and Andrzej Rapaczynski, eds., *Corporate Governance in Central Europe and Russia. Volume 1: Banks, Funds, and Foreign Investors*. Budapest, London, and New York: Central European University Press.
- Djankov, Simeon, and Bernard Hoekman. 1995. "Trade Liberalization and Enterprise Restructuring in Bulgaria, 1992-94." Europe/Middle East and North Africa Technical Department, World Bank, Washington, D.C.
- Dolgopyatova, T., and I. Yevseyeva. 1994a. *The Survival Strategy of State and Privatized Industrial Enterprises in the Transition Period*. Moscow: Vyshaya shkola.
- . 1994b. *Ekonomicheskoye povedeniye promyshlennyyh predpriyatiy v perehodnoy ekonomike. (Economic Behaviour of Industrial Enterprises in the Transitional Economy.)*
- Dollar, David, Peter Glewwe, and Jennie Litvack, eds. Forthcoming. *Household Welfare and Vietnam's Transition to a Market Economy*. Washington, D.C.: World Bank.
- Donaldson, David J., and Dileep M. Wagle. 1995. *Privatization: Principles and Practice*. IFC Lessons of Experience Series. Washington, D.C.: World Bank.
- Dornbusch, Rudiger, Wilhelm Noelling, and Richard Layard, eds. 1993. *Postwar Economic Reconstruction and Lessons for the East Today*. Cambridge, Mass.: MIT Press.
- Dornbusch, Rudiger, and Holger C. Wolf. 1994. "East German Economic Reconstruction." In Olivier Jean Blanchard, Kenneth A. Froot, and Jeffrey D. Sachs, eds., *The Transition in Eastern Europe—A NBER Project Report*. Chicago, Ill.: University of Chicago Press.
- Dubey, Ashutosh, and Milan Vodopivec. 1995. "Privatization and Efficiency During Slovenia's Transition: A Frontier Production Analysis." University of Maryland, College Park.
- Duncan, Ian, and Alan Bollard. 1992. *Corporatization and Privatization: Lessons from New Zealand*. Auckland: Oxford University Press.
- Dunlop, John B. 1993. *The Rise of Russia and the Fall of the Soviet Empire*. Princeton, N.J.: Princeton University Press.
- Earle, John E., Saul Estrin, and Larisa L. Leshchenko. Forthcoming. "Ownership Structures, Patterns of Control and Enterprise Behavior in Russia." In Simon Commancer, Qimiao Fan, and Mark E. Schaffer, eds., *Enterprise Restructuring and Economic Policy in Russia*. EDI Development Studies. Washington, D.C.: World Bank.
- Earle, John E., Roman Frydman, and Andrzej Rapaczynski. 1993. *The Privatization Process in Central Europe*. Budapest: Central European University Press.
- Earle, John E., Roman Frydman, Andrzej Rapaczynski, and Joel Turkewitz. 1994. *Small Privatization: The Transformation of Retail Trade and Consumer Services in the Czech Republic, Hungary and Poland*. Budapest: Central European University Press.
- Easterly, William. Forthcoming. "When is Stabilization Expansionary?" *Economic Policy*.
- Easterly, William, Martha De Melo, and Gur Ofer. 1994. "Services as a Major Source of Growth in Russia and Other Former Soviet States." World Bank Policy Research Working Paper No. 1292. Washington, D.C.
- Easterly, William, and Stanley D. Fischer. 1995a. "The Soviet Economic Decline." *The World Bank Economic Review* 9(3): 341-71.
- . 1995b. "The Soviet Economic Decline: Historical and Republican Data." Working Paper Series No. 4735: 1-56. National Bureau of Economic Research, Cambridge, Mass.
- Easterly, William, and Sergio Rebelo. 1993. "Fiscal Policy and Economic Growth: An Empirical Investigation." *Journal of Monetary Economics* 32: 417-58.
- Easterly, William R., and Paulo Vieira da Cunha. 1994. "Financing the Storm: Russia's Macroeconomic Crisis." *Economics of Transition* 2(4): 443-66.
- EBRD (European Bank for Reconstruction and Development). 1994. *Transition Report*. London.
- . 1995. *Transition Report 1995: Investment and Enterprise Development*. London.
- . 1996. *Transition Report Update*. London.
- Ebrill, Liam P., Ajai Chopra, Charalambos Christofides, Paul Mylonas, Inci Otter, and Gerd Schwartz. 1994. *Poland: The Path to a Market Economy*. Occasional Paper No. 113. International Monetary Fund, Washington, D.C.
- Education and Testing Service. 1992a. *Learning Mathematics*. Princeton, N.J.
- Education and Testing Service. 1992b. *Learning Science*. Princeton, N.J.
- Eichengreen, Barry, and Marc Uzan. 1992. "The Marshall Plan: Economic Effects and Implication for Eastern Europe and the Former USSR." *Economic Policy* 14 (April): 14-75.
- Einhorn, Barbara. 1993. *Cinderella Goes To Market: Citizenship, Gender and Women's Movements in East Central Europe*. London: Verso.
- Erdoas, Tibor. 1994. "A tartos novekedes realitasa es akadalyai" ("The Realities of Lasting Economic Growth and Obstacles to It"). *Kozgazdasagi Szemle* 41(6): 463-77.
- Estrin, Saul. 1994a. "The Inheritance." In Nicholas Barr, ed., *Labor Markets and Social Policy in Central and Eastern Europe: The Transition and Beyond*. New York: Oxford University Press.

- \_\_\_\_\_. ed. 1994b. *Privatization in Central and Eastern Europe*. London: Longman.
- Estrin, Saul, Alan Gelb, and Inderjit Singh. Forthcoming. "Shocks and Adjustment by Firms in Transition: A Comparative Study." In Saul Estrin, Joe Brada, and Inderjit Singh, eds., *Firms in Transition: Cases from Poland, Czechoslovakia and Hungary*. Armonk, N.Y.: M. E. Sharpe.
- European Economy. 1995. "Savings and Investment in Transition Countries: Recent Trends, Prospects, and Policy Issues." Supplement A: Economic Trends. No. 7 (July). European Commission, Directorate-General for Economic and Financial Affairs, Brussels.
- Evans, Geoffrey. 1995. "Mass Political Attitudes and the Development of Market Democracy in Eastern Europe." Discussion Paper No. 39. Centre for European Studies, Nuffield College, Oxford.
- Faini, Riccardo, and Richard Portes, eds. 1995. *European Union Trade with Eastern Europe: Adjustment and Opportunities*. London: Centre for Economic Policy Research.
- Fakin, Barbara, and Alain de Crombrughe. 1996. *Patterns of Government Expenditure and Taxation in Transition vs. OECD Economies*. Cahiers de la Faculté des Sciences Economiques et Sociales No. 162. Namur, France: Facultés Universitaires Notre-Dame de la Paix.
- Falkingham, Jane, Jeni Klugman, Sheila Marnie, and John Micklewright. Forthcoming. *Household Welfare in Central Asia*. London: Macmillan.
- Fan, Qimiao, and Une Lee. 1995. "Arrears in the Russia Economy: Basic Facts and Policy Implications." Europe and Central Asia Country Department, World Bank, Washington, D.C.
- Feachem, Richard. 1994. "Health Decline in Eastern Europe." *Nature* 367(6461): 313–14.
- Feachem, Richard G. A., Tord Kjellstrom, Christopher J. L. Murray, Mead Over, and Margaret A. Phillips, eds. 1992. *The Health of Adults in the Developing World*. New York: Oxford University Press.
- Findlay, Christopher, Andrew Watson, and Harry X. Wu. 1994. *Rural Industry in China*. London: St. Martin's Press.
- Fischer, Stanley. 1993. "The Role of Macroeconomic Factors in Growth." *Journal of Monetary Economics* 32: 458–512.
- \_\_\_\_\_. 1995. "Modern Approaches to Central Banking." Paper presented at the Tercentenary Celebration of the Bank of England, June 9, 1995. NBER Working Paper No. 5064. National Bureau of Economic Research, Cambridge, Mass.
- Fischer, Stanley, Ratna Sahay, and Carlos A. Vegh. 1995. "Stabilization and Growth in Transition Economies: Early Experiences." International Monetary Fund, Washington, D.C.
- Foley, Mark C., and Jeni Klugman. Forthcoming. "The Impact of Social Support—Errors of Leakage and Exclusion." In Jeni Klugman, ed., *Poverty in Russia during the Transition*. World Bank Regional and Sectoral Studies. Washington, D.C.
- Fong, Monica S. 1996. "Gender Barriers in the Transition to a Market Economy." World Bank, Poverty and Social Policy Department, Discussion Paper No. 87. Washington, D.C.
- Fox, Louise. 1995. "Can Eastern Europe's Old-Age Crisis Be Fixed?" *Finance and Development* 32(4): 34–37. *Freedom Review*. 1995.
- Freund, Caroline L., and Christine I. Wallich. 1995. *Raising Household Energy Prices in Poland: Who Gains? Who Loses?* World Bank Policy Research Working Paper 1495. Washington, D.C.
- Frydman, Roman, Cheryl W. Gray, and Andrzej Rapaczynski, eds. 1996. *Corporate Governance in Central Europe and Russia. Volume 1: Banks, Funds, and Foreign Investors. Volume 2: Insiders and the State*. Budapest, London, and New York: Central European University Press.
- Fung, K. C. Forthcoming. "Accounting for Chinese Trade: Some National and Regional Considerations." In R. Baldwin, J. D. Richardson, and R. Lipsey, eds., *Geography and Ownership as a Basis for Economic Accounting*. Chicago, Ill.: University of Chicago Press.
- Funk, Nanette, and Magda Mueller. 1993. *Gender Politics and Post-Communism: Reflections from Eastern Europe and the Former Soviet Union*. New York: Routledge.
- Gacs, Janos. 1993. "A kulkereskedelem liberalizalasa Kelet-Europaban: gyors reformok es ujraertekeles. Csehszlovakia, Lengyelorszag es Magyarorszag tapasztalatai" ("Foreign Trade Liberalization in Eastern Europe: Fast Reforms and Re-evaluation. The Experience of Czechoslovakia, Poland and Hungary"). *Kulgaszasag* 37(12): 12–33.
- Gaidar, Egor. 1995. "Postcomunisticiskie ekonomicheskie reformi: proshlo piat let" ("Postcommunist economic reforms—five years have passed."). *Voprosi Ekonomiki* 12: 4–11.
- Galal, Ahmed, Leroy Jones, Pankaj Tandon, and Ingo Vogel-sang. 1994. *Welfare Consequences of Selling Public Enterprises*. New York: Oxford University Press.
- Gale, William G., and John Karl Scholz. 1994. "Intergenerational Transfers and the Accumulation of Wealth." *Journal of Economic Perspectives* 8 (Fall/4): 145–60.
- Gang, Ian. 1994. "Incremental Changes and Dual-Track Transition: Understanding the Case of China." Paper presented at the conference on Societies in Transformation: Experience of Market Reform for Ukraine, Kiev, May 19–21.
- Gavrilenko, Evgeny, and Vincent Koen. 1994. "How Large Was the Output Collapse in Russia? Alternative Estimates and Welfare Implications." International Monetary Fund Working Paper No. 94/154. Washington, D.C.
- Gelb, Alan H., and Cheryl W. Gray. 1991. *The Transformation of Economies in Central and Eastern Europe: Issues, Progress, and Prospects*. Policy and Research Series No. 17. Washington, D.C.: World Bank.
- Gelb, Alan, Gary Jefferson, and Inderjit Singh. 1993. "Can Communist Economies Transform Incrementally? The Experience of China." In Olivier Jean Blanchard and Stanley Fischer, eds., *NBER Macroeconomics Annual 1993*. Cambridge, Mass.: MIT Press.
- Glaessner, Thomas, and Ignacio Mas. 1995. "Incentives and the Resolution of Bank Distress." *World Bank Research Observer* 10(1): 53–73.
- Gomulka, Stanislaw. 1995. "The IMF-Supported Programs of Poland and Russia, 1990–94: Principles, Errors, and Results." *Journal of Comparative Economics* 20:316–46.

- Gorton, Gary, and Andrew Wilton. 1996. "Banking in Transition Economies: Does Efficiency Require Instability?" Wharton School of Business Working Paper, University of Pennsylvania, Philadelphia.
- Goskomstat–World Bank. 1995. "Russian Federation: Report on the National Accounts." Government of the Russian Federation, State Statistics Committee, and World Bank ECA Country Department III. Washington, D.C.
- Gray, Cheryl W., and Associates. 1993. "Evolving Legal Frameworks for Private Sector Development in Central and Eastern Europe." World Bank Discussion Paper No. 209. Washington, D.C.: World Bank.
- Gray, Cheryl W., and Kathryn Hendley. Forthcoming. "Developing Commercial Law in Transition Economies: Examples from Hungary and Russia." In Jeffrey D. Sachs and Katharina Pistor, eds., *The Rule of Law and Economic Reform in Russia*. John M. Olin Critical Issues Series. Boulder, Colo.: Westview Press.
- Gray, Cheryl W., and Arnold Holle. Forthcoming. "Bank-led Restructuring in Poland: Living Up to its Promises?" Policy Research Working Paper. World Bank, Washington, D.C.
- Gray, Cheryl W., and W. Jarosz. 1995. "Law and the Regulation of Foreign Direct Investment: The Evidence from Central and Eastern Europe." *Columbia Journal of Transnational Law*. June.
- Gray, Cheryl W., Sabine Schlorke, and Miklós Szanyi. Forthcoming. "Hungary's Bankruptcy Experience, 1992–93." *World Bank Economic Review*.
- Gray, Dale. 1995. *Reforming the Energy Sector in Transition Economies: Selected Experience and Lessons*. World Bank Discussion Paper No. 296. Washington, D.C.
- Grigoriev, L. 1995. "Ownership and Control Distribution in the Privatization Process." In A. Astapovich, ed., *Foreign Investment in Russia—Trends and Prospects*. Moscow.
- Gros, Daniel, and Alfred Steinherr. 1995. *Winds of Change: Economic Transition in Central and Eastern Europe*. London: Longman.
- Grosfeld, Irena, and Gérard Roland. 1995. "Defensive and Strategic Restructuring in Central European Enterprises." Centre for Economic Policy Research Discussion Paper No. 1135. London.
- Grosh, Margaret. 1994. *Administering Targeted Social Programs in Latin America: From Platitudes to Practice*. World Bank Regional and Sectoral Studies. Washington, D.C.
- Halpern, László. 1995. "Comparative Advantage and Likely Trade Pattern of the CEECs." In Riccardo Faini and Richard Portes, eds., *European Union Trade with Eastern Europe: Adjustment and Opportunities*. London: Centre for Economic Policy Research.
- Handleman, Stephen. 1995. *Comrade Criminal*. New Haven, Conn.: Yale University Press.
- Hansson, Ardo H. 1995. "Reforming the Banking System in Estonia." In Jacek Rostowski, ed., *Banking Reform in Central Europe and the Former Soviet Union*. Budapest: Central European University Press.
- Hansson, Ardo H., and Jeffrey D. Sachs. 1994. "Monetary Institutions and Credible Stabilization: A Comparison of Experiences in the Baltics." Department of Economics, Harvard University, Cambridge, Mass.
- Hardy, Daniel C., and Ashok K. Lahiri. 1994. "Cash Shortage in the Former Soviet Union." IMF Working Paper No. 94/67. International Monetary Fund, Washington, D.C.
- Harrold, Peter. 1992. *China's Reform Experience to Date*. World Bank Discussion Paper No. 180. Washington, D.C.
- Harrold, Peter, E. C. Hwa, and Lou Jiwei, eds. 1993. *Macroeconomic Management in China: Proceedings of a Conference in Dalian, June 1993*. World Bank Discussion Paper No. 220. Washington, D.C.
- Hausmann, Ricardo, and Michael Gavin. 1995. "The Roots of Banking Crises: The Macroeconomic Context." Paper prepared for the Conference on Banking Crises in Latin America, Washington, D.C., October 6–7.
- Havrylyshyn, Oleh, and Lance Pritchett. 1991. "European Trade Patterns After Transition." Policy Research and External Affairs Working Paper No. 748. World Bank, Washington, D.C.
- Held, Joseph. 1992. *The Columbia History of Eastern Europe in the Twentieth Century*. New York: Columbia University Press.
- Heller, Peter S., and Jack Diamond. 1990. *International Comparisons of Government Expenditure Revisited*. Occasional Paper No. 69. International Monetary Fund, Washington, D.C.
- Hertling, James. 1996. "Critics Fear China Cannot Prepare Students for Future." *The Chronicle of Higher Education* 5 January.
- Hewitt, Daniel, and Caroline van Rijckeghem. 1995. "Wage Expenditures of Central Governments." International Monetary Fund Working Paper No. 95/11. Washington, D.C.
- Hexter, David. 1993. "Round Table in Banking: The Bad Debt Problem in Eastern Europe." *Economics of Transition* 1(1): 111–21.
- Heyneman, Stephen P., ed. 1994. "Education in the Europe and Central Asia Region: Policies of Adjustment and Excellence." Report No. IDP-145. ECA Region, World Bank, Washington, D.C.
- Hilbers, Paul. 1993. "Monetary Instruments and Their Use During the Transition from a Centrally Planned to a Market Economy." International Monetary Fund Working Paper No. 93/87. Washington, D.C.
- Hobsbawm, Eric. 1994. *The Age of Extremes: A History of the World, 1914–1991*. New York: Pantheon Books.
- Hoekman, Bernard, and Simeon Djankov. 1995. "Catching Up With Eastern Europe? The European Union's Mediterranean Free Trade Initiative." CEPR Discussion Paper No. 1300. Centre for Economic Policy Research, London.
- Hofman, Bert. 1995a. "Fiscal Decline and Quasi-fiscal Response: China's Fiscal Policy and Fiscal System 1978–1994." Paper delivered at the CEPR/CEPII/OECD conference, Different Approaches to Market Reforms: A Comparison Between China and the CEECs, Budapest, October 6.

- \_\_\_\_\_. 1995b. "Key Issues in China's Fiscal Policy." World Bank, China and Mongolia Department, Washington, D.C.
- Holzmann, Robert, Janos Gacs, and Georg Winckler, eds. 1995. *Output Decline in Eastern Europe: Unavoidable, External Influence or Homemade*. Dordrecht, Netherlands: Kluwer Academic Publishers.
- Hughes, Gordon. 1995. "Is the Environment Getting Cleaner in Central and Eastern Europe? Selected Evidence for Air Pollution and Drinking Water Contamination." Implementing the Environmental Action Program for Eastern Europe. Environment Department Work in Progress. World Bank, Washington, D.C.
- Human Rights Watch. 1995a. "Abuses Against Women Workers." *The Human Rights Watch Global Report on Women's Human Rights*. New York.
- \_\_\_\_\_. 1995b. "Russia: Neither Jobs Nor Justice: State Discrimination Against Women in Russia." *Human Rights Watch Women's Rights Project* 7(5): 1-30.
- Illarionov, A. 1995a. "Popyitki provedenia politiki finansovyi stabilizatsii v SSSR i Rossii" ("Attempts to Implement the Policy of Fiscal Stabilization in the USSR and Russia"). *Voprosi Ekonomiki* 7: 4-37.
- \_\_\_\_\_. 1995b. "Priroda rossiiskoi inflatsii" ("The Nature of Russia's Inflation"). *Voprosi Ekonomiki* 3: 4-21.
- IFC (International Finance Corporation). 1996. *Emerging Stock Markets Factbook 1996*. Washington, D.C.
- IMF (International Monetary Fund). 1994a. "Eastern Europe—Factors Underlying the Weakening Performance of Tax Revenues." IMF Working Paper No. 94/104. Washington, D.C.
- \_\_\_\_\_. 1994b. "Trade Policy Reform in the Countries of the Former Soviet Union." *IMF Economic Reviews* 2/1994. Washington, D.C.
- \_\_\_\_\_. 1994c. *World Economic Outlook* (October). Washington, D.C.
- \_\_\_\_\_. 1995a. *Direction of Trade Statistics 1995*. Washington, D.C.
- \_\_\_\_\_. 1995b. "Russian Federation." *IMF Economic Reviews* 16/1994. Washington, D.C.
- \_\_\_\_\_. 1995c. *World Economic Outlook* (May). Washington, D.C.
- \_\_\_\_\_. Various years—a. *Government Statistics Yearbook*. Washington, D.C.
- \_\_\_\_\_. Various years—b. *International Financial Statistics*. Washington, D.C.
- \_\_\_\_\_. Various years—c. *World Economic Outlook*. Washington, D.C.
- IMF, World Bank, Organisation for Economic Co-operation and Development, European Bank for Reconstruction and Development. 1991. *A Study of the Soviet Economy*. Paris: OECD.
- Interstate Statistical Committee of the Commonwealth of Independent States. 1995. *Demographic Yearbook 1993*. Moscow: Goskomstat.
- Jackman, Richard. 1994. "Economic Policy and Employment in the Transition Economies of Central and Eastern Europe: What Have We Learned?" *International Labour Review* 133(3): 327-45.
- Jackman, Richard, and Michal Rutkowski. 1994. "Labor Markets: Wages and Employment." In Nicholas Barr, ed., *Labor Markets and Social Policy in Central and Eastern Europe: The Transition and Beyond*. New York: Oxford University Press.
- Jalan, Jyotsna, and Martin Ravallion. 1996. "Transient Poverty in Rural China." Policy Research Department. World Bank, Washington, D.C.
- Jepsen, Dorte, and Assia Brandrup-Lukanow. 1995. *Family Planning and Reproductive Health in CCEE/NIS*. Copenhagen: UNFPA and WHO.
- Johnson, B. R., M. Horga, and L. Andronache. 1993. "Contraception and Abortion in Romania." *Lancet* 341: 875-80.
- Jones, Derek C. 1996. "The Nature and Effects of Employee Ownership and Control: Evidence from the Baltics, Russia, and Bulgaria." Paper presented at the ASSA meeting in San Francisco, Calif., January.
- Joskow, Paul, Richard Schmalensee, and Natalia Tsukanova. 1994. "Competition Policy in Russia During and After Privatization." *Brookings Papers on Economic Activity: Microeconomics* 301-81.
- Kaminski, Bart, Zhen Kun Wang, and L. Alan Winters. 1996. "Foreign Trade in the Transition: the International Environment and Domestic Policy." In *Studies of Economies in Transformation* 20. Washington, D.C.: World Bank.
- Karnite, Raita, and Inna Dovldebekova. 1995. *Institutions of Public Finance in Latvia*. San Francisco, Calif.: International Center for Economic Growth.
- Kaufmann, Daniel, and Aleksander Kaliberda. 1995. "Integrating the Unofficial Economy into the Dynamics of Post-Socialist Economies: A Framework of Analysis and Evidence." Paper prepared for a conference on Economic Transition in the Newly Independent States, Kiev, August 16.
- Keefer, Philip and Stephen Knack. 1995. "Why Don't Poor Countries Catch Up? A Cross-national Test of an Institutional Explanation." IRIS Working Paper. University of Maryland, College Park.
- Keh, Douglas. 1994. "Economic Reform and the Implications of Criminal Finance." *UNDP Study Series*. U.N. International Drug Control Programme, Vienna.
- Kikeri, Sunita, John Nellis, and Mary Shirley. 1992. *Privatization. The Lessons of Experience*. Washington, D.C.: World Bank.
- King, Robert G., and Ross Levine. 1993a. "Finance, Entrepreneurship, and Growth: Theory and Evidence." *Journal of Monetary Economics* 32: 513-542.
- \_\_\_\_\_. 1993b. "Finance and Growth: Schumpeter Might Be Right." *Quarterly Journal of Economics* 108: 717-38.
- Klavens, Jonathan, and Anthony Zamparutti. 1995. *Foreign Direct Investment and Environment in Central and Eastern Europe: A Survey*. Washington, D.C.: World Bank.
- Klugman, Jeni, ed. Forthcoming. *Poverty in Russia during the Transition*. World Bank Regional and Sectoral Studies. Washington, D.C.

- Knack, Stephen, and Philip Keefer. 1995. "Institutions and Economic Performance: Cross-country Tests Using Alternative Institutional Measures." *Economics and Politics* 7(3): 207-27.
- Koen, Vincent. 1995. "Price Measurement and Mismeasurement in Central Asia." IMF Working Paper No. 95/82. International Monetary Fund, Washington, D.C.
- Koen, Vincent, and Michael Marrese. 1995. "Stabilization and Structural Change in Russia, 1992-94." IMF Working Paper No. 95/13. International Monetary Fund, Washington, D.C.
- Koford, Kenneth, and Jeffrey B. Miller. 1995. "Contracts in Bulgaria: How Firms Cope when Property Rights are Incomplete." IRIS Working Paper 166. University of Maryland, College Park.
- Köllő, János. 1995. "Short-term Response of Employment to Sales in State-Owned and Private Firms in Hungary 1990-94." Paper presented at the World Bank/EDI Project on Employment, Unemployment and Restructuring in Eastern Europe and Russia, Washington, D.C., September.
- Kolodko, Grzegorz W., Danuta Gotz-Kozierkiewicz, and Elżbieta Skrzyszewska-Paczek. 1991. *Hiperinflacja in stabilizacja w gospodarce postsocjalistycznej*. Warsaw: Instytut Finansów (*Hyperinflation and Stabilization in Postsocialist Economies*. Dordrecht: Kluwer Academic Publishers).
- Koparanova, Malinka S. 1995. "Efficiency of State Firms in Bulgarian Industry: Microeconomic Evidence of an Empirical Study." Paper presented at the 70th Western Economic Association International Conference, San Diego, Calif., July.
- Kornai, János. 1986. "The Soft Budget Constraint." *Kyklos* 39(1), Budapest.
- . 1992. *The Socialist System: The Political Economy of Communism*. Princeton, N.J.: Princeton University Press.
- . 1994a. "Lasting Growth as the Top Priority. Macroeconomic Tensions and Government Economic Policy in Hungary" ("A legfontosabb: A tartós növekedés" *Nepszabadsz* Aug. 29-Sept. 2). Discussion Paper No. 1697, Harvard Institute of Economic Research, Cambridge, Mass.
- . 1994b. "Transformational Recession: The Main Causes." *Journal of Comparative Economics* 19: 39-63.
- . 1995. "A magyar gazdaságpolitika dilemmái" ("The Dilemmas of Hungarian Economic Policy"). *Közgazdasági Szemle* 42(7-8): 633-49.
- . 1996. "Paying the Bill for Goulash-Communism: Hungarian Development and Macro Stabilization in a Political-Economy Context." Harvard Institute for Economics Research, Discussion Paper No. 1748. Cambridge, Mass.
- Kosmarskii, B., and T. Maleva. 1995. "Sotzialnaya politika v Rossii v kontexte makroekonomicheskoy reformy" ("Russia's Social Policy in the Context of Macroeconomic Reforms"). *Voprosi Ekonomiki* 9: 4-16.
- Kovalyova, Galina. 1994. "Comparative Assessment of Students in Science and Math." In Stephen P. Heyneman, ed., "Education in the Europe and Central Asia Region: Policies of Adjustment and Excellence." Europe and Central Asia Region, Report No. IDP-145. World Bank, Washington, D.C.
- Kraay, Aart. 1995. "Factor Accumulation, Factor Reallocation, and Growth in China." China and Mongolia Department, World Bank, Washington, D.C.
- Krueger, Anne O. 1990. "Economists' Changing Perceptions of Government." Speech at the Kiel Institute, Germany, June 23.
- Kuczynski, Irving, Teresa Barger, and Laurence Carter. Forthcoming—a. "IFC's Experience with Promoting Emerging Market Investment Funds." In IFC, ed., *Financial Sector: Lessons from Experience*. Washington, D.C.: International Finance Corporation.
- . Forthcoming—b. "IFC's Experience with Promoting Leasing in Developing Countries." In IFC, ed., *Financial Sector: Lessons from Experience*. Washington, D.C.: International Finance Corporation.
- Laporte, Bruno, and Julian Schweitzer. 1994. "Education and Training." In Nicholas Barr, ed., *Labor Markets and Social Policy in Central and Eastern Europe: The Transition and Beyond*. New York: Oxford University Press. (Available in Hungarian and Romanian; Russian forthcoming.)
- Lardy, Nicholas. 1995. "Economic Engine? Foreign Trade and Investment in China." *The Brookings Review* 14(21): 10-15.
- Lavigne, Marie. 1995. *The Economics of Transition From Socialist Economy to Market Economy*. New York: St. Martin's Press.
- Layard, Richard, Stephen Nickell, and Richard Jackman. 1991. *Unemployment: Macroeconomic Performance and the Labour Market*. Oxford: Oxford University Press.
- Lea, Michael J., and Bertrand Renaud. 1995. "Contractual Savings for Housing: How Suitable Are They for Transitional Economies?" Policy Research Working Paper No. 1516. World Bank, Financial Sector Development Department, Washington, D.C.
- Lee, Wing On, and Zibiao Li. 1994. "Disparities in Educational Development in a Fast Developing Chinese City—Guangzhou." In Nelly P. Stromquist, ed., *Education in the Urban Areas: Cross-National Dimensions*. Westport, Conn.: Praeger.
- Le Houerou, Philippe. 1994. "Decentralization and Fiscal Disparities among Regions in the Russian Federation." Report No. IDP 138. Europe and Central Asia Region, World Bank, Washington, D.C.
- Le Houerou, Philippe, Elana Gold, and Stanislav Katash. 1994. "Budget Coverage and Government Finance in the Russian Federation." Report No. IDP 137. Europe and Central Asia Region, World Bank, Washington, D.C.
- Leung, Y. M. 1991. "Curriculum Development in the People's Republic of China." In C. Marsh and P. Morris, eds., *Curriculum Development in East Asia*. London: Falmer Press.
- Levine, Ross, and David Renelt. 1992. "A Sensitivity Analysis of Cross Country Growth Regressions." *American Economic Review* 82: 942-63.
- Levine, Ross, and David Scott. 1993. "Old Debts and New Beginnings: A Policy Choice in Transitional Socialist Economies." *World Development* 21(3): 319-30.

- Lewin, Keith M., and Wang Ying Jie. 1994. *Implementing Basic Education in China: Progress and Prospects in Rich, Poor and National Minority Areas*. Paris: International Institute for Educational Planning–UNESCO.
- Lieberman, Ira, and John Nellis. 1995. *Russia: Creating Private Enterprises and Efficient Markets*. Studies of Economies in Transition 15. Washington, D.C.: World Bank.
- Lin, Justin Yifu. 1995. "Inflation and Growth in China's Transition: An Analysis and Comparison with EE/FSO." China Center for Economic Research, Peking University, Beijing.
- Lin, Justin Yifu, Fang Cai, and Zhou Li. 1996. *The China Miracle: Development Strategy and Economic Reform*. Chinese University of Hong Kong Press and Institute for Contemporary Studies, San Francisco, Calif.
- Lipton, David, and Jeffrey Sachs. 1990a. "Creating a Market Economy in Eastern Europe: The Case of Poland." In David Lipton and Jeffrey Sachs, eds., *Brookings Papers on Economic Activity* 1: 75–147.
- \_\_\_\_\_. 1990b. "Poland's Economic Reform." *Foreign Affairs* 69(3): 47–66.
- \_\_\_\_\_. 1990c. "Privatization in Eastern Europe: The Case of Poland." In David Lipton and Jeffrey Sachs, eds., *Brookings Papers on Economic Activity* 2: 293–341.
- Loayza, Norman V. Forthcoming. *The Economies of the Informal Sector: A Simple Model and Some Evidence from Latin America*. Carnegie-Rochester Series on Public Policy.
- Lovei, Magda, and Barry S. Levy, eds. 1995. "Lead Exposure and Health in Central and Eastern Europe: The Impact on Children—Evidence from Hungary, Poland, and Bulgaria." World Bank, Washington, D.C.
- Lubin, Nancy. 1994. "Leadership in Uzbekistan and Kazakhstan: The Views of the Led." The National Council for Soviet and Eastern Research, Title VIII Program. Washington, D.C.
- Ma, Jin. 1995. "Macroeconomic Management and Intergovernmental Relations in China." Policy Research Working Paper No. 1408. World Bank, Washington, D.C.
- Mabbett, Deborah. Forthcoming. "Social Insurance in the Transition to a Market Economy: Theoretical Issues with Application to Moldova." Policy Research Department Discussion Paper No. 1146. World Bank, Washington, D.C.
- Marer, Paul, and Vincent Mabert. 1996. "GE Acquires and Restructures TUNGSRAM: The First Six Years (1990–95)." In *Performance of Privatised Enterprises: Corporate Governance, Restructuring, and Profitability*. Paris: OECD.
- Martin, Will, and L. Alan Winters. 1995. *The Uruguay Round: Widening and Deepening the World Trading System*. Directions in Development Series. Washington, D.C.: World Bank.
- Mauro, Paolo. 1995. "Corruption and Growth." *Quarterly Journal of Economics* August 110: 681–721.
- McKinnon, Ronald I. 1991. "Financial Control in the Transition from Classical Socialism to a Market Economy." *Journal of Economic Perspectives* 5(4): 107–22.
- McKinnon, Ronald I. 1994. "Gradual Versus Rapid Liberalization in Socialist Economies: The Problem of Macroeconomic Control." In Michael Bruno and Boris Pleskovic, eds., *Proceedings of the World Bank, Annual Conference on Development Economics* 1993. Washington, D.C.
- McLure, Charles E., Jr., Andras Semjen, Tadeusz Baczek, Janusz Fiszer, and Ladislav Venys. 1995. *Tax Policy in Central Europe*. San Francisco, Calif.: International Center for Economic Growth.
- Meggison, William L., Robert C. Nash, and Matthias van Randenborgh. 1994. "The Financial and Operating Performance of Newly Privatized Firms: An International Empirical Analysis." *Journal of Finance* 49(2): 403–52.
- Michalopoulos, Constantine, and David G. Tarr. 1994. *Trade in the New Independent States*. Studies of Economies in Transformation No. 13. Washington, D.C.: World Bank.
- \_\_\_\_\_. 1996. *Trade Policy in the New Independent States*. Directions in Development. Washington, D.C.: World Bank.
- Milanovic, Branko. Forthcoming. *Income, Inequality and Poverty during the Transition*. Washington, D.C.: World Bank.
- Millwood, R. 1982. "The Comparative Performance of Public and Private Ownership." In Lord E. Roll, ed., *The Mixed Economy*. New York: Macmillan.
- Mizsei, Kalman, ed. 1994. *Developing Public Finance in Emerging Market Economies*. Boulder, Colo.: Westview Press.
- Montes-Negret, Fernando. 1995. "China's Credit Plan: An Overview." *Oxford Review of Economic Policy* 11(4).
- Morgenstern, Claudia, and Jonathan Hay. 1995. "The Regulatory Framework for Russia's Securities Markets: Challenges of Institution-Building in a Transition Economy." Paper presented at the Conference on Stock Markets, Corporate Finance, and Economic Growth, World Bank, Washington, D.C., February 16–17.
- Morsink, James H. J. 1995. "Wage Controls During IMF Arrangements in Central Europe." In Susan Schadler, ed., *IMF Conditionality: Experience Under Stand-By and Extended Arrangements*. IMF Occasional Paper No. 129. Washington, D.C.: International Monetary Fund.
- Moser, Caroline. 1996. *Confronting Crisis: A Summary of Household Responses to Poverty and Vulnerability in Four Poor Urban Communities*. Environmentally Sustainable Development Studies and Monographs Series No. 7. Washington, D.C.: World Bank.
- Mozhina, Marina, ed. 1994. "Bednost: Vzglyad uchenykh na problemu" ("Poverty: Point of View of Scientists"). *Demografiya i sotsiologiya*. Vypusk 10. Moscow: Institute sotsial'no-ekonomicheskikh problem narodnonaseleniya.
- Munnell, Alicia H. 1992. "Policy Watch: Infrastructure Investment and Economic Growth." *The Journal of Economic Perspectives* 6(4): 189–98.
- Murphy, Kevin M., Andrei Shleifer, and Robert W. Vishny. 1992. "Transition to a Market Economy: Pitfalls of Partial Reform." *Quarterly Journal of Economics* 107: 889–906.



- Murray, Christopher J. L., and José-Luis Bobadilla. 1995. "Epidemiological Transitions in the Formerly Socialist Economies: Divergent Patterns of Mortality and Causes of Death." Harvard Center for Population and Development Studies, Cambridge, Mass.
- Murrell, Peter. 1991. "Can Neoclassical Economics Underpin the Reform of Centrally Planned Economies?" *Journal of Economic Perspectives* 5(4): 59–76.
- \_\_\_\_\_. 1992. "Evolution in Economics and in the Economic Reform of the Centrally Planned Economies." In Christopher Clague and Gordon C. Rauser, eds., *Emergence of Market Economies in Eastern Europe*. London: Basil Blackwell.
- \_\_\_\_\_. 1995. "The Transition According to Cambridge, Massachusetts." *Journal of Economic Literature* 33 (March): 164–78.
- Nelson, Joan M., ed. 1994. *A Precarious Balance: Democracy and Economic Reforms in Eastern Europe Vol. 1*. San Francisco, Calif.: International Center for Economic Growth.
- Neven, Damien. 1995. "Trade Liberalization with Eastern Nations: How Sensitive." In Riccardo Faini and Richard Portes, eds., *European Union Trade with Eastern Europe*. London: Centre for Economic Policy Research.
- Newbury, David M. G., ed. 1995. *Tax and Benefit Reform in Central and Eastern Europe*. London: Centre for Economic Policy Research.
- Nolan, Peter, and Fureng Dong. 1990. *Market Forces in China*. London: Zed Books.
- O'Brien, D., V. Patrorkovsky, I. Korkhova, and L. Dershem. 1993. "The Future of the Village in a Restructured Food and Agricultural Sector in the former Soviet Union." *Agriculture and Human Values* 10(1): 11–21.
- Ody, Anthony. 1992. "Rural Enterprise Development in China." World Bank Discussion Paper No. 162. World Bank, Washington, D.C.
- OECD (Organisation for Economic Co-operation and Development). 1993. "Survey of Active Labour Market Policies." *Employment Outlook*. Paris.
- \_\_\_\_\_. 1995a. *OECD Economic Outlook*. Paris.
- \_\_\_\_\_. 1995b. *The Regional Dimension of Unemployment in Transition Countries: A Challenge for Labor Market and Social Policies*. Paris.
- \_\_\_\_\_. 1995c. *Review of the Labour Market in the Czech Republic*. Paris.
- OECD (Overseas Economic Cooperation Fund). 1995. *Transition Strategies and Economic Performance: "Gradualism" Revisited*. OECD Discussion Paper No. 8. Tokyo.
- Orazem, Peter, Milan Vodopivec, and Ruth Wu. 1995. "Worker Displacement during the Transition: Experience from Slovenia." Policy Research Working Paper No. 1449. World Bank, Washington, D.C.
- Patil, Pawan G., and Kathie Krumm. 1995. "Poverty and Social Transfers in Europe & Central Asia: A Survey of the Evidence." World Bank, Europe and Central Asia Department. Washington, D.C.
- Patrorkovsky, V., A. Bonanno, J. Chinn, and D. O'Brien. 1991. "Selected Rural Issues in the USA and the USSR: A Comparative Agenda." *The Rural Sociologist* 11 (Summer) 21–31.
- Pawlowicz, Leszek, ed. 1994. *Restrukturyzacja Finansowa Przedsiębiorstw i Banków*. I raport z badań. Gdansk, Poland: Instytut Badan nad Gospodarka.
- Perotti, Roberto. 1995. "Growth, Income Distribution, and Democracy: What the Data Say." Department of Economics, Columbia University, New York.
- Persson, Torsten, and Guido Tambellini. 1994. "Is Inequality Harmful for Growth?" *American Economic Review* 84 (3/June): 600–21.
- Pham Van Thuyet. 1995. "The Emerging Legal Framework for Private Sector Development in Viet Nam's Transitional Economy." Policy Research Working Paper No. 1436. Washington, D.C.: World Bank.
- Pinto, Brian, and Sweder van Wijnbergen. 1994. "Ownership and Corporate Control in Poland. Why State Firms Defied the Odds." Policy Research Working Paper No. 1308. World Bank, Washington, D.C.
- Pinto, Brian, Marek Belka, and Stefan Krajewski. 1993. "Transforming State Enterprises in Poland. Evidence on Adjustment by Manufacturing Firms." *Brookings Papers on Economic Activity* 1. Washington, D.C.
- Pohl, Gerhard. 1995a. "Banking Reforms in Russia and Eastern Europe." *Butterworth's Journal of International Banking and Financial Law* 10(9): 432–36.
- \_\_\_\_\_. 1995b. "Russian Banking, An Unexpected Revolution." *Leaders Magazine* 18(4): 215.
- Pohl, Gerhard, and Stijn Claessens. 1994. "Banks, Capital Markets, and Corporate Governance: Lessons from Russia for Eastern Europe." Policy Research Working Paper No. 1326. World Bank, Europe and Central Asia, and Middle East and North Africa Regions Technical Department, Washington, D.C.
- Pohl, Gerhard, Gregory T. Jedrzejczak, and Robert E. Anderson. 1995. *Creating Capital Markets in Central and Eastern Europe*. World Bank Technical Paper No. 295. Washington, D.C.
- Pohl, Gerhard, Simeon Djankov, and Robert E. Anderson. Forthcoming. "Restructuring of Large Industrial Firms in Central and Eastern Europe, 1992–94." World Bank, Europe and Central Asia, and Middle East and North Africa Regions Technical Department, Washington, D.C.
- Popov, A. A. 1991. "Family Planning and Induced Abortion in the USSR: Basic Health and Demographic Characteristics." *Studies in Family Planning* 22(6): 368–77.
- Portes, Richard A., ed. 1993. *Economic Transformation in Central Europe: A Progress Report*. London: Centre for Economic Policy Research.
- \_\_\_\_\_. 1994. "Transformation Traps." *Economic Journal* 104 (September): 1178–89.
- Poznanski, Kazimierz Z. 1985. *Technology, Competition, and the Soviet Bloc in the World Market*. Berkeley: University of California Press.
- Pradhan, Sanjay. Forthcoming. *Evaluating Public Spending: A Framework for Public Expenditure*. World Bank Discussion Paper No. 323. Washington, D.C.
- Preker, Alexander. 1994. "Meeting the Challenge: Policymaking and Management During Economic Transition." *Journal of Health Administration Education* 12(4): 433–47.

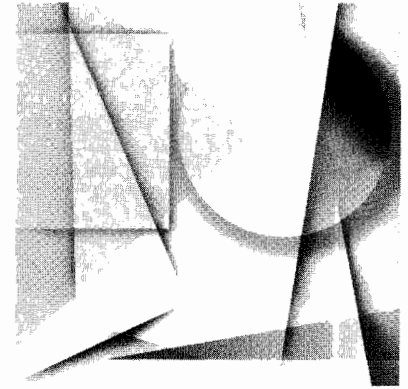
- Preker, Alexander, and Richard Feachem. 1994. "Health and Health Care." In Nicholas Barr, ed., *Labor Markets and Social Policy in Central and Eastern Europe: The Transition and Beyond*. New York: Oxford University Press. (Available in Hungarian and Romanian; Russian forthcoming.)
- Queisser, Monika. 1995. "Chile and Beyond: The Second-Generation Pension Reforms in Latin America." *International Social Security Review* 38(3-4): 23-39.
- Radke, Detlef. 1995. *The German Social Market Economy: An Option for Transforming and Developing Countries?* Published in association with the German Development Institute, Berlin. GDI Book Series 4. London: Frank Cass.
- Radygin, A. 1995a. "On the Theory of Privatization in the Transition Economy." *Voprosy ekonomiki* 12: 54-67.
- \_\_\_\_\_. 1995b. "Russian Privatization and Foreign Investment." In A. Astapovich, ed. *Foreign Investment in Russia—Trends and Prospects*. Moscow.
- Raiser, Martin. 1993. "Searching for the Hole in the Public Pocket: The Institutional Legacy of Soft Budget Constraints and the Polish Transformation Process." *Economic Systems* 17(4): 251-78.
- Rajaram, Anand. 1992. *Reforming Prices: The Experience of China, Hungary, and Poland*. World Bank Discussion Paper No. 144. Washington, D.C.
- Reidel, James, and Bruce Comer. 1995. "Transition to Market Economy in Viet Nam." Prepared for the Asia Foundation Project on Economies in Transition: Comparing Asia and Eastern Europe. DELTA, Paris, May 22.
- Renaud, Bertrand M. 1996. "Housing Finance in Transition Economies: The Early Years in Eastern Europe and the Former Soviet Union." World Bank, Policy Research Working Paper No. 1565, Financial Sector Development Department, Washington, D.C.
- Richards, Anthony, and Gunnar Tersman. 1995. "Growth, Tradables and Price Convergence in the Baltics." IMF Working Paper No. 95/45. International Monetary Fund, Washington, D.C.
- Ridley, F. F. 1995. "Civil Service and Democracy: Questions in Reforming the Civil Service in Eastern and Central Europe." *Public Administration and Development* 15: 11-20.
- Roberts, Bryan. 1993. "What Happened to Soviet Product Quality? Evidence from the Finnish Auto Market." University of Miami, Miami, Fla.
- \_\_\_\_\_. 1995. "Price Liberalization, Market Power and Social Welfare in Transition Economies." University of Miami, Miami, Fla.
- Rollo, Jim, and Alasdair Smith. 1993. "The Political Economy of Eastern European Trade with the European Community: Why So Sensitive?" *Economic Policy* 16 (April): 139-81.
- Rosati, Dariusz K. 1992. "Problems of Post-CMEA Trade and Payments." Discussion Paper No. 650. Centre for Economic Policy Research, London.
- Rose, Richard. 1995a. "Freedom as a Fundamental Value." *International Social Science Journal* 145: 457-71.
- \_\_\_\_\_. 1995b. "New Russia Barometer IV—Survey Results." Studies in Public Policy No. 250. Centre for the Study of Public Policy, Strathclyde, Scotland.
- Rose, Richard, and Christian Haerpfer. 1994. *New Democracies Barometer III*. Vienna: Paul Lazarsfeld Society.
- \_\_\_\_\_. 1996. "Support for Democracy and Market System Rising in Central and Eastern Europe." Research report. Paul Lazarsfeld Society, Vienna.
- Rose-Ackerman, Susan. 1978. *Corruption: A Study in Political Economy*. New York: Free Press.
- Rostowski, Jacek. 1994. "Interenterprise Arrears in Post-Communist Economies." WP/94/43. International Monetary Fund, Washington, D.C.
- Rostowski, Jacek, and Milan Nikolic. 1995. "Exit in the Framework of Macro-economic Shocks and Policy Responses during Transition: A Cross-Country Comparison." School of Slavonic and East European Studies, University of London.
- Rouse-Foley, Mark C. 1995. "Labor Market Dynamics in Russia." Department of Economics, Yale University, New Haven, Conn.
- The Russian Economic Barometer*. Various years.
- Russian & East European Finance and Trade: A Journal of Translations*. 1994. *Exchange-Rate Regimes in Transitional Economies*. November-December 1994.
- Rutkowski, Jan. 1996. "High Skills Pay Off: The Changing Wage Structure during Economic Transition in Poland." *Economics of Transition* 4(4): 89-111.
- Rutkowski, Michal. 1995. "Workers in Transition." Working Paper No. 1556. Policy Research Department. World Bank, Washington, D.C.
- Rutkowski, Michal, and Sarbajit Sinha. 1995. "Employment Flows and Sectoral Shifts During the Transition Shock in Post-Socialist Countries." Paper presented at the European Economic Association meeting, Prague.
- Sachs, Jeffrey D. 1990. "Eastern Europe's Economies: What Is To Be Done?" *The Economist* 21-26.
- \_\_\_\_\_. 1993. *Poland's Jump to the Market Economy*. Cambridge, Mass.: MIT Press.
- \_\_\_\_\_. 1994. "Shock Therapy in Poland: Perspectives of Five Years." Paper delivered at conference, University of Utah, April 6-7.
- \_\_\_\_\_. 1995a. "Postcommunist Parties and the Politics of Entitlements." *Transition Newsletter* 6(3). Washington, D.C.: World Bank.
- \_\_\_\_\_. 1995b. "Russia's Struggle with Stabilization: Conceptual Issues and Evidence." *Proceedings of the World Bank Annual Conference on Development Economics 1994*. Washington, D.C.
- \_\_\_\_\_. 1995c. "Why Russia Has Failed to Stabilize." In Anders Åslund, ed., *Russian Economic Reform at Risk*. London and New York: St. Martin's Press.
- \_\_\_\_\_. 1996. "Reforms in Eastern Europe and the Former Soviet Union in Light of the East Asian Experiences." NBER Working Paper Series No. 5404: 1-71. National Bureau of Economic Research, Cambridge, Mass.
- Sachs, Jeffrey D., and David Lipton. 1992. "Russia: Towards a Market-Based Monetary System." *Central Banking* III(1).
- Sachs, Jeffrey D., and Andrew M. Warner. 1995. "Economic Reform and the Process of Global Integration." *Brookings Papers on Economic Activity* 1. Washington, D.C.

- \_\_\_\_\_. 1996. "Achieving Rapid Growth in the Transition Economies of Central Europe." Harvard Institute of International Development, Cambridge, Mass.
- Sachs, Jeffrey D., and Wing Thyee Woo. 1994. "Reform in China and Russia." *Economic Policy* April: 101–45.
- Sahay, Ratna, and Carlos Vegh. 1995a. "Dollarization in Transition Economies: Evidence and Policy Implications." International Monetary Fund Working Paper No. 95/96. Washington, D.C.
- \_\_\_\_\_. 1995b. "Inflation and Stabilization in Transition Economies: A Comparison with Market Economies." Working Paper No. WP/95/8. International Monetary Fund. Washington, D.C.
- Sapir, André. 1994. "The Europe Agreements: Implications for Trade Laws and Institutions. Lessons from Hungary." Discussion Paper No. 1024. Centre for Economic Policy Research, London.
- Sapir, Jacques. 1990. *L'Economie Mobilisée: Essai sur les Economies de Type Soviétique*. Paris: La Découverte.
- Saunders, Anthony, and Ingo Walter. 1991. "The Reconfiguration of Banking and Capital Markets in Eastern Europe." *Journal of International Securities Markets* Autumn: 221–38.
- Scarpetta, S., and A. Wörgötter, eds. 1995. *The Regional Dimension of Unemployment in Transition Countries*. Paris: OECD.
- Schaffer, Mark. 1995. "Government Subsidies to Enterprises in Central and Eastern Europe—Budgetary Subsidies and Tax Arrears." In David M. G. Newbury, ed., *Tax and Benefit Reform in Central and Eastern Europe*. London: Centre for Economic Policy Research.
- Schiavo-Campo, Salvatore, ed. 1994. *Institutional Change and the Public Sector in Transitional Economies*. World Bank Discussion Paper No. 241. Washington, D.C.
- Schmidt-Hebbel, Klaus, Luis Servén, and Andres Solimano. 1995. "Saving and Investment: Paradigms, Puzzles, Policies." World Bank, Washington, D.C.
- Selowsky, Marcelo, and Matthew Vogel. 1995. "Enterprise Credit and Stabilization in Transition Economies. Present Experiences with Enterprise 'Isolation' Programs." Paper presented at the First Dubrovnik Conference on Transition Economies, June.
- Shah, Anwar. 1994. *The Reform of Intergovernmental Fiscal Relations in Developing and Emerging Market Economies*. Policy and Research Series 23. Washington, D.C.: World Bank.
- Shapiro, Judith. 1993. "The Russian Mortality Crisis and Its Causes." In Anders Åslund, ed., *Russian Economic Reform at Risk*. London and New York: Pinter.
- Shatalov, Sergei. 1991. *Privatization in the Soviet Union: The Beginnings of a Transition*. World Bank Discussion Paper No. 805. Washington, D.C.
- Sheng, Andrew, ed. 1996. *Bank Restructuring: Lessons from the 1980s*. Washington, D.C.: World Bank.
- Shome, Parthasarathi, and Julio Escolano. 1993. "The State of Tax Policy in the Central Asian and Transcaucasian Newly Independent States (NIS)." IMF Paper on Policy Analysis and Assessment PPAA/93/8. International Monetary Fund, Washington, D.C.
- Singh, Ajit. 1995. *Corporate Financial Patterns in Industrializing Economies: A Comparative International Study*. IFC Technical Paper No. 2. Washington, D.C.: World Bank.
- Sinn, G., and H.-W. Sinn. 1992. *Kaltstart: Volkswirtschaftliche Aspekte der deutschen Vereinigungspolitik*. Tübingen: J.C.B. Mohr.
- Sipos, Sándor. 1994. "Income Transfers: Family Support and Poverty Relief." In Nicholas Barr, ed., *Labor Markets and Social Policy in Central and Eastern Europe: The Transition and Beyond*. New York: Oxford University Press. (Available in Hungarian and Romanian; Russian forthcoming.)
- Slemrod, Joel. 1995. "What Can be Learned from Cross-Country Studies about Taxes, Prosperity, and Economic Growth." National Bureau of Economic Research, Cambridge, Mass.
- State Committee for Antimonopoly Policy and Support for New Economic Structures. 1995. "Razvitie konkurentzii na rinkah Rossiiskoi Federatzii, doklad podgotovlennoi Gosudarstvennim Komitetom Rossiiskoi Federatzii po antimonopol'noi politoke i podderjke novuih ekonomicheskikh struktur" ("The Evolution of Competition in the Russian Federation"). *Voprosi Ekonomiki* 11: 4–48.
- Stiglitz, Joseph E. 1986. *The Economics of the Public Sector*. New York: Norton.
- Stille, Alexander. 1995. *Excellent Cadavers*. New York: Pantheon Press.
- Stone, Andrew, and Irina Novitzky. 1993. "Ukrainian Private Enterprise: Profiting Against the Odds." Unpublished Private Sector Development Department Background Paper. Washington, D.C.: World Bank.
- Stone, Andrew, and Irina and Victor Novitzky. 1995. "Private Enterprise in Ukraine: Getting Down to Business—Results of a Private Enterprise Survey." Unpublished Private Sector Development Department Background Paper. Washington, D.C.: World Bank.
- Sylla, Richard. 1995. "The Rise of Securities Markets: What Can Government Do?" Policy Research Working Paper No. 1539. World Bank, Policy Research Department, Washington, D.C.
- Syrquin, Moshe, and Hollis B. Chenery. 1989. Patterns of Development, 1950 to 1983. World Bank Discussion Paper No. 41. Washington, D.C.
- Tait, Alan A., and S. Nuri Erbas. 1995. "Fiscal Affairs and Middle East Departments." IMF Working Paper No. 95/17. International Monetary Fund, Washington, D.C.
- Tanzi, Vito, ed. 1992. *Fiscal Policies in Economies in Transition*. Washington, D.C.: International Monetary Fund.
- \_\_\_\_\_, ed. 1993. *Transition to Market: Studies in Fiscal Reform*. Washington, D.C.: International Monetary Fund.
- Tanzi, Vito, and Anthony Pellechio. 1995. "The Reform of Tax Administration." IMF Working Paper No. 95/22. International Monetary Fund, Washington, D.C.
- Thacher, Thomas D., III. 1995. "The New York City School Construction Authority's Office of the Inspector-General: A Successful New Strategy for Reforming Public Contracting in the Construction Industry."
- Toth, Istvan Gyorgy. 1994. "A joletti rendszer az atmenet idoszakaban" ("The Welfare System During the Transition"). *Kozgazdasagi Szemle* 49(3): 313–40.

- Transition: The Newsletter of Reforming Economies*. 1988–96. Policy Research Department. Washington, D.C.: World Bank.
- Tulchinsky, T. H., and E. A. Varavikova. 1996. "Addressing the Epidemiological Transition in the Former Soviet Union: Strategies for Health System and Public Health Reform in Russia." *American Journal of Public Health* 86(3): 313–20.
- U. K. Department of Social Security. 1993. *Containing the Costs of Social Security—the International Context*. London: Her Majesty's Stationery Office.
- United Nations Economic and Social Council. 1994. "Economic and Social Consequences of Drug Abuse and Illicit Trafficking: An Interim Report." Vienna.
- USIA (United States Information Agency). 1995a. "In Ukraine, 'Mafia' Seen Active in Politics, Economics, Banking." Opinion Analysis M-1-95. Washington, D.C.
- \_\_\_\_\_. 1995b. "Russians' Disillusion Deepens: Confidence in Yeltsin Falling to New Lows." Opinion Analysis M-105-95. Washington, D.C.
- Universalia. 1993. "East/West Enterprise Exchange Program Evaluation." Bureau of Assistance for Central and Eastern Europe. Universalia, Montreal.
- Urban, Laszlo. 1996. "Hungary: Employment Trends, Wage Policies, and Macro-Implication." Europe and Central Asia Department, World Bank, Washington, D.C.
- van de Walle, Dominique, Martin Ravallion, and Madhur Gautam. 1994. *How Well Does the Social Safety Net Work? The Incidence of Cash Benefits in Hungary, 1987–89*. Living Standards Measurement Study Working Paper No. 102. Washington, D.C.: World Bank.
- van Wijnbergen, Sweder. 1992. "Enterprise Reform in Eastern Europe." In Richard O'Brian and Sarah Hewin, eds., *Finance and the International Economy: 5. The AMEX Bank Review Prize Essays*. New York: Oxford University Press.
- \_\_\_\_\_. 1994. "On the Role of Banks in Enterprise Restructuring: The Polish Example." In Andreja Böhm and Uroš Korže, eds., *Privatization Through Restructuring*. Ljubljana: Central and Eastern Europe Privatization Network.
- Varhegyi, Eva. 1995. *Bankok Versenyben (Banks in Competition)*. Budapest: Penzugykatato Rt.
- VCIOM. 1995. *Economic and Social Change: The Monitoring of Public Opinion*. Moscow: Aspect Press.
- Vella, Venanzio. Forthcoming. "Health and Nutritional Aspects of Well-Being." In Jeni Klugman, ed., *Poverty in Russia during the Transition*. World Bank Regional and Sectoral Studies. Washington, D.C.
- Vepřek, Jaromír, Zdeněk Papeš, and Pavel Vepřek. 1994. "Czech Health Care in Economic Transformation." Working Paper No. 63. Center for Economic Research and Graduate Education and Economics Institute of the Academy of Sciences of the Czech Republic, Prague, Czech Republic.
- Vickers, J., and G. Yarrow. 1988. *Privatization: An Economic Analysis*. Cambridge, Mass.: MIT Press.
- Vienna Institute for Comparative Economic Studies (Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche), ed. 1995. *Countries in Transition 1995: WIIW Handbook of Statistics*. Vienna.
- Vittas, Dimitri. 1993. "Swiss Chilandore: The Way Forward for Pension Reform." World Bank Policy Research Working Paper No. 1093. Washington, D.C.
- \_\_\_\_\_. 1995. "Thrift Deposit Institutions in Europe and the United States." Policy Research Working Paper No. 1540. World Bank, Policy Research Department, Washington, D.C.
- Vittas, Dimitri, and Joon Je Cho. 1995. "Credit Policies: Lessons from East Asia." Policy Research Working Paper No. 1458. World Bank, Financial Sector Development Department, Washington, D.C.
- Vittas, Dimitri, and Roland Michelitsch. 1996. "The Potential Role of Pension Funds: Lessons from OECD and Developing Countries." In Roman Frydman, Cheryl W. Gray, and Andrzej Rapaczynski, eds., *Corporate Governance in Central Europe and Russia. Volume 1: Banks, Funds, and Foreign Investors*. Budapest, London, and New York: Central European University Press.
- Wagner, Adolph. 1883. *Finanzwissenschaft*. Leipzig. Extracted in R. A. Musgrave and A. T. Peacock, eds. 1958. *Classics in the Theory of Public Finance*. London and New York: MacMillan.
- Wallich, Christine I., ed. 1994a. *Russia and the Challenge of Fiscal Federalism*. World Bank Regional and Sectoral Studies. Washington, D.C.
- \_\_\_\_\_. 1994b. "Russia's Dilemma of Fiscal Federalism." Paper prepared for Conference on Intergovernmental Finances, Dalian, China, September 12–17.
- Walter, Ingo. 1993. "The Battle of the Systems: Control of Enterprises and the Global Economy." *Kieler Vorträge* 122. Kiel, Germany: Institut für Weltwirtschaft an der Universität.
- Webster, Leila M. 1994. *Newly Privatized Russian Enterprises*. Studies of Economies in Transition No. 13. Washington, D.C.: World Bank.
- Wei, Shang-Jin. 1993. *Open Door Policy and China's Rapid Growth: Evidence from City-Level Data*. NBER Working Paper Series No. 4602. Cambridge, Mass.: National Bureau of Economic Research.
- Weinstein, Judith, Elizabeth Oliveras, and Noel McIntosh. 1993. "Women's Reproductive Health in the Central Asian Republics." World Bank, Population Health and Nutrition Department, Washington, D.C.
- Welfens, Paul J. J., ed. 1996. *Economic Aspects of German Unification: Expectations, Transition Dynamics and International Perspectives*. 2d ed. Hamburg: Springer-Verlag.
- West, L. A. 1995. "Regional Economic Variation and Basic Education in Rural China." Economic Development Institute, World Bank, Washington, D.C.
- White, Eugene. 1995. "Deposit Insurance." Policy Research Working Paper No. 1541. World Bank, Policy Research Department, Washington, D.C.
- Willett, Thomas D., Richard C. K. Burdekin, Richard J. Sweeney, and Clas Wihlborg. 1995. *Establishing Monetary Stability in Emerging Market Economies*. Boulder, Colo.: Westview Press.
- Winters, L. Alan, and Zhen Kun Wang. 1994. *Eastern Europe's International Trade*. Manchester, U.K.: Manchester University Press.

- Wolf, Holger. 1993. "The Lucky Miracle: Germany 1945–51." In Rudiger Dornbusch, ed., *Postwar Economic Reconstruction and Lessons for the East Today*. Cambridge, Mass.: MIT Press.
- World Bank. 1988. *World Development Report 1988: Public Finance in Development*. New York: Oxford University Press.
- \_\_\_\_\_. 1989. *World Development Report 1989: Financial Systems and Development*. New York: Oxford University Press.
- \_\_\_\_\_. 1990a. *China: Revenue Mobilization and Tax Policy*. World Bank Country Studies. Washington, D.C.
- \_\_\_\_\_. 1990b. *World Development Report 1990: Poverty*. New York: Oxford University Press.
- \_\_\_\_\_. 1991. *World Development Report 1991: The Challenge of Development*. New York: Oxford University Press.
- \_\_\_\_\_. 1992. *China: Strategies for Reducing Poverty in the 1990s*. Washington, D.C.
- \_\_\_\_\_. 1993a. *The East Asian Miracle: Economic Growth and Public Policy*. A World Bank Policy Research Report. New York: Oxford University Press.
- \_\_\_\_\_. 1993b. *China: The Achievement and Challenge of Price Reform*. World Bank Country Studies. Washington, D.C.
- \_\_\_\_\_. 1993c. *Kyrgyzstan: The Transition to a Market Economy*. World Bank Country Study. Washington, D.C.
- \_\_\_\_\_. 1993d. *Poverty Reduction Handbook*. Washington, D.C.
- \_\_\_\_\_. 1993e. *World Development Report 1993: Investing in Health*. New York: Oxford University Press.
- \_\_\_\_\_. 1994a. *Averting the Old Age Crisis*. A World Bank Policy Research Report. New York: Oxford University Press.
- \_\_\_\_\_. 1994b. *China: Foreign Trade Reform*. World Bank Country Studies. Washington, D.C.
- \_\_\_\_\_. 1994c. "Lithuania—Public Expenditure Review." Report No. 12792-LT. Washington, D.C.
- \_\_\_\_\_. 1994d. *World Debt Tables 1994-95: External Finance for Developing Countries*. Washington, D.C.
- \_\_\_\_\_. 1995a. "Bank Recapitalization: If and When." DEC Policy Review Note No. 2, April. Washington, D.C.
- \_\_\_\_\_. 1995b. *Bureaucrats in Business—The Economics and Politics of Public Ownership*. A World Bank Policy Research Report. New York: Oxford University Press.
- \_\_\_\_\_. 1995c. "China: The Emerging Capital Market." Volume I: Main Report, Strategic Issues and Options. Volume II: Detailed Technical Analysis. East Asia and Pacific Region, Report No. 14501-CHA. Washington, D.C.
- \_\_\_\_\_. 1995d. "China: Health Care Finance Study: Health Care Financing Reform 1996–2001." Human Development Department. Washington, D.C.
- \_\_\_\_\_. 1995e. *China: Macroeconomic Stability in a Decentralized Economy*. A World Bank Country Study. Washington, D.C.
- \_\_\_\_\_. 1995f. "Directed Credit." DEC Policy Review Note No. 1, April. Washington, D.C.
- \_\_\_\_\_. 1995g. *The Emerging Asian Bond Market*. Washington, D.C.
- \_\_\_\_\_. 1995h. "Fiscal Management in the Russian Federation." Report No. 14862-RU. Europe and Central Asia Department III. Washington, D.C.
- \_\_\_\_\_. 1995i. *Global Economic Prospects and the Developing Countries*. Washington, D.C.
- \_\_\_\_\_. 1995j. "Hungary: Poverty and Social Transfers in Hungary." Washington, D.C.
- \_\_\_\_\_. 1995k. "Hungary: Structural Reforms for Sustainable Growth." Report No. 13577-HU. Washington, D.C.
- \_\_\_\_\_. 1995l. *Lithuania: Private Sector Development*. Washington, D.C.
- \_\_\_\_\_. 1995m. "Poverty in Russia: An Assessment." Europe and Central Asia Regional Office. Report No. 14110-RU. Washington, D.C.
- \_\_\_\_\_. 1995n. "Russia Housing Reform and Privatization: Strategy and Transition Issues. Volume 1: Main Report." Europe and Central Asia Region, Report No. 14929-RU. Washington, D.C.
- \_\_\_\_\_. 1995o. "Russian Federation: Towards Medium-Term Viability." Report No. 14472-RU. Washington, D.C.
- \_\_\_\_\_. 1995p. *Understanding Poverty in Poland*. A World Bank Country Study. Washington, D.C.
- \_\_\_\_\_. 1995q. "Vietnam: Economic Report on Industrialization and Industrial Policy." Report No. 14645-VN. Washington, D.C.
- \_\_\_\_\_. 1995r. *World Development Report 1995: Workers in an Integrating World*. New York: Oxford University Press.
- \_\_\_\_\_. 1995s. *Statistical Handbook 1995: States of the Former USSR*. Studies of Economies in Transition 19. Washington, D.C.
- \_\_\_\_\_. 1996a. "The Chinese Economy: Fighting Inflation, Deepening Reforms." Report No. 15288-CHA. China and Mongolia Department, Washington, D.C.
- \_\_\_\_\_. 1996b. *World Debt Tables 1996*. Washington, D.C.
- World Bank and Organisation for Economic Co-Operation and Development (OECD). 1993. *Environmental Action Programme for Central and Eastern Europe—Setting Priorities*. Washington, D.C.: World Bank.
- WHO (World Health Organization). 1994. "Highlights on Women's Health in CEE and NIS, Women's Health Profile: Comparative Analysis of the Country Reports." Women's Health Counts: Conference on the Health of Women in Central and Eastern Europe, February.
- Yarrow, George. 1986. "Privatization in Theory and Practice." *Economic Policy* 2: 324–64.
- Yusuf, Shahid. 1993. "The Rise of China's Nonstate Sector." China and Mongolia Department. World Bank. Washington, D.C.
- Zippay, Allison. 1991. *From Middle Income to Poor: Downward Mobility among Displaced Steelworkers*. New York: Praeger Publishers.
- Zweig, David. 1991. "Internationalizing China's Countryside." *China Quarterly* December (128).

# Ausgewählte Kennzahlen für Transformationsländer



Dieser Anhang enthält ausgewählte statistische Kennzahlen für achtundzwanzig Transformationsländer in Mittel- und Osteuropa, in der ehemaligen Sowjetunion und in Asien. Diese Daten, vor allem die für die letzten Jahre, haben vorläufigen Charakter und unterliegen noch Revisionen. Die Angaben stammen aus der statistischen Datenbasis der Weltbank, sofern nichts an-

deres angegeben ist. Die für die Berechnung dieser Kennzahlen benutzten Quellen und Methoden sind in den Technischen Erläuterungen zu den Ausgewählten Kennzahlen der Weltentwicklung in diesem Bericht zu finden. Aktualisierungen dieser Daten werden in den jährlich publizierten *Kennzahlen der Weltentwicklung* veröffentlicht.



**Tabelle A.1** Grundlegende sozioökonomische Kennzahlen

Land	BSP pro		Säuglingssterbeziffer				Lebenserwartung bei der Geburt				Einschulung an weiterführenden Schulen		
	Bevölkerung (in Mio)	Kopf (in \$)	(je 1.000 Lebendgeburten)				(in Jahren)				(Prozentsatz der Altersgruppe)		
			1971-80	1981-90	1991-93	1994	1971-80	1981-90	1991-93	1994	1980	1990	1993
Albanien	3,2	380	52,0	35,0	32,1	31,0	68,7	71,2	72,5	72,8	67	78	..
Bulgarien	8,4	1.250	23,7	15,8	16,1	15,3	71,3	71,4	71,0	71,2	84	73	58
Kroatien	4,8	2.560	..	14,9	11,6	10,9	..	71,0	72,9	73,5	..	77	33
Mazedonien	2,1	820	54,2	42,9	27,7	23,8	..	71,3	72,1	72,7	61	53	54
Polen	38,5	2.410	24,5	18,1	14,3	15,1	70,7	70,9	70,9	71,7	77	81	34
Rumänien	22,7	1.270	34,3	26,0	23,1	23,9	69,5	69,6	69,8	69,5	71	92	..
Slowakei	5,3	2.250	22,8	15,6	12,1	11,2	70,3	70,9	71,2	72,3	..	..	39
Slowenien	2,0	7.040	18,3	12,2	7,9	6,5	70,1	71,5	73,2	73,6	..	..	39
Tschechische Republik	10,3	3.200	18,2	12,8	9,6	7,9	70,3	71,1	72,4	73,0	..	..	36
Ungarn	10,3	3.840	29,6	18,2	14,2	11,6	69,7	69,6	69,3	69,6	70	79	31
Armenien	3,7	680	26,2	23,4	17,8	15,1	71,8	70,5	70,5	71,1	..	..	35
Aserbaidshan	7,5	500	30,4	28,2	26,3	25,2	68,4	69,6	69,8	69,4	..	..	38
Estland	1,5	2.820	18,2	14,4	15,0	14,5	69,5	70,0	69,6	70,1	..	..	92
Georgien	5,4	..	29,1	22,3	14,8	18,3	70,7	71,4	72,6	73,0	..	..	..
Kasachstan	16,8	1.160	32,7	29,2	27,3	27,4	66,6	68,2	69,0	68,3	..	..	90
Kirgisistan	4,5	630	46,1	38,6	31,0	29,1	65,5	65,8	67,9	67,8	..	..	..
Lettland	2,5	2.320	21,7	15,7	16,5	15,5	69,2	69,8	68,8	68,1	..	..	87
Litauen	3,7	1.350	21,5	15,8	15,6	14,1	70,7	71,4	70,0	68,7	..	..	78
Moldau	4,4	870	36,1	27,9	19,9	22,6	66,5	66,8	67,7	68,3	..	..	69
Rußland	148,4	2.650	24,6	19,9	18,6	18,7	67,1	68,8	67,2	64,0	96	94	88
Tadschikistan	5,8	360	58,1	47,5	44,5	40,6	64,8	69,0	68,1	66,6	..	..	..
Turkmenistan	4,4	..	53,6	52,5	45,5	46,4	61,9	64,9	65,8	66,3	..	..	..
Ukraine	51,9	1.910	21,2	14,9	14,3	14,3	69,1	70,0	69,8	67,9	94	93	80
Usbekistan	22,4	960	47,0	42,7	35,0	28,2	67,3	68,1	69,3	69,8	..	..	94
Weißrußland	10,4	2.160	16,3	13,9	12,3	13,2	70,3	71,1	69,8	69,3	98	93	92
China	1.190,9	530	48,8	37,6	31,0	29,9	65,2	68,3	69,0	69,3	46	48	55
Mongolei	2,4	300	90,0	71,2	58,9	53,0	55,7	60,5	63,6	64,5	91	86	78
Vietnam	72,0	200	70,1	49,2	43,9	42,0	61,0	65,2	67,0	67,5	42	33	35

.. Nicht verfügbar.

**Tabelle A.2** Kennzahlen des Wirtschaftswachstums

Land	Wachstumsrate des BIP (in %) <sup>a</sup>								Bruttoinlands- investitionen (in % des BIP)		
	1971-80 (Jahres- durch- schnitt)	1981-89 (Jahres- durch- schnitt)	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1980	1990	1994
Albanien	..	1,7	-10,0	-27,7	-9,7	11,0	7,4	6,0	34,5	28,9	13,5
Bulgarien	..	4,9	-9,1	-11,7	-6,0	-4,2	0,0	3,0	34,0	25,6	20,8
Kroatien	..	..	..	-15,1	-12,8	-3,2	1,8	2,0	..	13,4	13,8
Mazedonien	..	..	..	-9,8	-12,4	-12,0	-5,7	-4,0	..	32,0	18,0
Polen	..	2,6	-11,6	-7,0	2,6	3,8	5,5	7,0	26,4	25,6	15,9
Rumänien	7,6	1,0	-5,6	-12,9	-13,8	1,3	2,4	7,0	39,8	30,2	26,9
Slowakei	..	2,7	-2,5	-14,6	-6,2	-4,1	4,8	7,0	37,3	33,5	17,1
Slowenien	..	..	..	-9,3	-5,7	1,0	4,0	5,0	..	16,9	20,8
Tschechische Republik	..	1,8	-1,2	-14,2	-6,4	-0,5	2,6	5,0	..	28,6	20,4
Ungarn	4,6	1,8	-2,5	-7,7	-4,3	-2,3	2,5	2,0	30,7	25,4	21,5
Armenien	14,5	3,5	-7,2	-8,8	-52,3	-14,8	3,0	7,0	28,5	47,1	10,2
Aserbaidschan	21,5	2,9	-11,7	-0,7	-35,2	-23,1	-21,9	-17,0	23,3	27,8	22,5
Estland	5,1	0,2	-7,1	22,1	-21,6	-6,6	6,0	4,0	28,5	30,2	..
Georgien	6,8	1,2	-14,8	-20,1	-40,3	-31,6	-28,2	-5,0	..	..	..
Kasachstan	4,4	2,0	-4,6	-6,8	-13,0	-15,6	-25,0	-9,0	37,6	42,6	24,0
Kirgisistan	4,4	4,0	6,9	-9,1	-15,8	-16,3	-26,5	-6,0	28,7	23,8	..
Lettland	4,7	3,7	-1,2	-8,1	-35,0	-14,9	0,0	1,0	25,7	40,1	..
Litauen	4,6	1,8	-3,3	-13,1	-39,3	-16,2	2,0	3,0	31,2	34,3	..
Moldau	..	..	-1,5	-18,6	-25,0	-8,8	-22,1	2,0	..	..	7,7
Rußland	6,5	3,0	-3,6	-5,0	-14,5	-8,7	-12,6	-4,0	22,4	30,1	27,0
Tadschikistan	4,9	3,3	-2,4	-8,7	-30,0	-27,6	-15,0	-12,0	30,0	23,4	..
Turkmenistan	4,0	4,0	0,8	-5,0	-5,4	..	..	-5,0	28,5	40,0	..
Ukraine	..	..	-3,8	-12,0	-12,5	-7,2	-24,3	-12,0	..	27,5	..
Usbekistan	6,2	3,4	2,0	-0,5	-11,1	-2,4	-4,5	-2,0	31,6	32,2	23,3
Weißrußland	6,6	5,0	-2,8	-1,5	-10,1	-9,0	-21,5	-12,0	19,5	27,4	..
China	5,5	11,1	3,9	8,0	13,6	13,4	11,8	10,2	35,2	34,8	42,1
Mongolei	..	5,7	-2,0	-9,9	-7,6	-1,3	3,3	6,3	46,2	42,3	20,9
Vietnam	..	4,4	4,5	6,0	8,6	8,1	8,6	9,5	..	13,0	24,2

.. Nicht verfügbar.

a. Die Wachstumsraten des BIP für die Jahre 1990 bis 1994 stammen vom IWF, diejenigen für 1995 von der EBRD, 1995. Die Daten können von denen abweichen, die beim Schreiben des Hauptteils dieses Berichts verfügbar waren.

**Tabelle A.3** Inflation

Land	Durchschnittliche jährliche Inflationsrate (in %) <sup>a</sup>					
	1990	1991	1992	1993	1994	1995
Albanien	0,0	35,5	225,9	85,0	28,0	8,0
Bulgarien	22,0	333,5	82,0	72,8	89,0	62,0
Kroatien	135,6	249,5	938,2	1.516,0	98,0	4,1
Mazedonien	120,5	229,7	1.925,2	248,0	65,0	50,0
Polen	586,0	70,3	43,0	35,3	32,2	27,8
Rumänien	5,1	174,5	210,9	256,0	131,0	32,3
Slowakei	10,8	61,2	10,1	23,0	14,0	9,9
Slowenien	549,7	117,7	201,0	32,0	19,8	12,6
Tschechische Republik	10,8	56,7	11,1	20,8	10,2	9,1
Ungarn	29,0	34,2	22,9	22,5	19,0	28,2
Armenien	10,3	100,0	825,0	3.732,0	5.458,0	175,0
Aserbaidshan	7,8	105,6	616,0	833,0	1.500,0	412,0
Estland	23,1	210,6	1.069,0	89,0	48,0	29,0
Georgien	3,3	78,5	913,0	3.126,0	18.000,0	160,0
Kasachstan	4,2	91,0	1.610,0	1.760,0	1.980,0	180,0
Kirgisistan	3,0	85,0	854,6	1.208,7	280,0	45,0
Lettland	10,5	124,4	951,2	109,0	36,0	25,0
Litauen	8,4	224,7	1.020,3	390,2	72,0	35,0
Moldau	4,2	98,0	1.276,0	789,0	327,0	30,0
Rußland	5,6	92,7	1.353,0	896,0	303,0	190,0
Tadschikistan	4,0	111,6	1.157,0	2.195,0	452,0	635,0
Turkmenistan	4,6	102,5	492,9	3.102,0	2.400,0	1.800,0
Ukraine	4,0	91,2	1.210,0	4.735,0	842,0	375,0
Usbekistan	3,1	82,2	645,0	534,0	746,0	315,0
Weißrußland	4,5	83,5	969,0	1.188,0	2.200,0	800,0
China	1,6	3,0	5,4	13,0	21,7	17,0
Mongolei	0,0	208,6	321,0	183,0	145,0	75,0
Vietnam	67,5	67,6	17,5	5,2	8,0	17,0

.. Nicht verfügbar.

a. Die Zahlen sind prozentuale Steigerungen des Verbraucherpreisindex. Die Zahlen für 1990 bis 1994 stammen vom IWF und diejenigen für 1995 von der EBRD, 1995, mit Ausnahme der Zahlen für Kroatien und Tadschikistan, die von der Weltbank stammen. Die Daten können von denen abweichen, die beim Schreiben des Hauptteils dieses Berichts verfügbar waren.

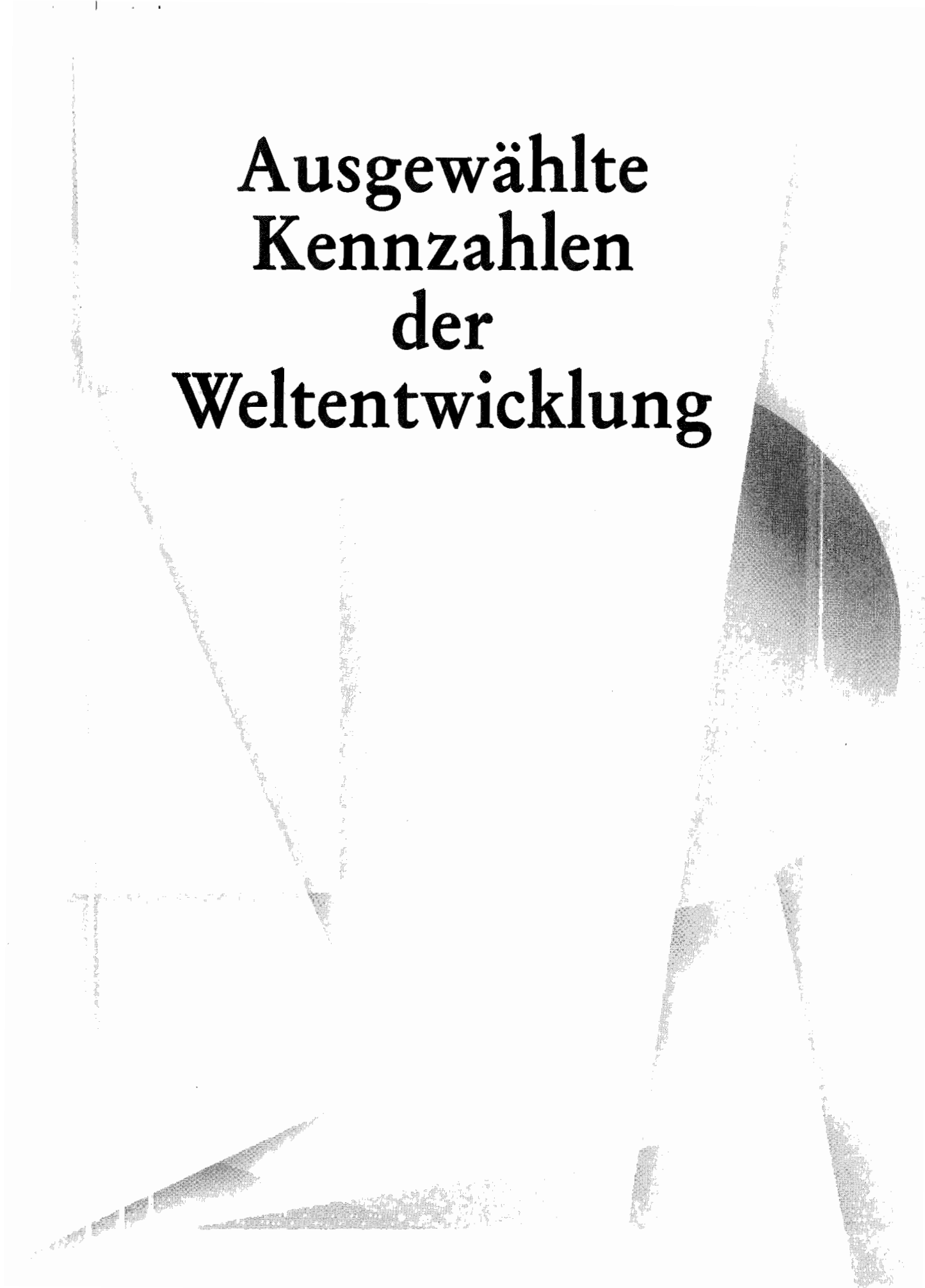
**Tabelle A.4** Ausgewählte demographische Kennzahlen

Land	Durchschnittliches jährliches Bevölkerungswachstum (in %)			Städtische Bevölkerung (in % der Gesamtbevölkerung)		
	1971-80	1981-90	1991-94	1980	1990	1994
Albanien	2,2	2,1	-0,6	33,8	36,6	37,0
Bulgarien	0,4	-0,2	-0,8	61,2	67,7	70,4
Kroatien	0,4	0,4	0,0	50,1	59,8	63,5
Mazedonien	1,5	0,7	0,9	53,5	57,8	59,0
Polen	0,9	0,7	0,3	58,2	62,5	64,2
Rumänien	0,9	0,4	-0,5	49,0	53,3	55,1
Slowakei	0,9	0,6	0,3	51,6	56,6	58,0
Slowenien	1,0	0,5	-0,1	48,1	59,0	63,0
Tschechische Republik	0,5	0,1	0,1	63,6	64,9	65,0
Ungarn	0,4	-0,3	-0,3	57,0	62,1	64,0
Armenien	2,0	1,3	1,4	65,7	67,5	68,5
Aserbaidschan	1,7	1,5	1,0	52,8	54,4	55,5
Estland	0,8	0,6	-1,2	69,7	71,8	72,8
Georgien	..	0,7	-0,2	51,7	56,0	58,0
Kasachstan	..	1,2	0,1	54,0	57,6	59,3
Kirgisistan	..	1,9	0,4	38,3	38,2	38,8
Lettland	..	0,5	-1,5	68,3	71,2	72,6
Litauen	0,8	0,9	0,0	61,2	68,8	71,4
Moldau	..	0,9	-0,1	39,9	47,8	50,9
Rußland	..	0,6	0,0	69,8	73,8	73,2
Tadschikistan	..	2,9	2,0	34,3	32,2	32,2
Turkmenistan	..	2,5	4,6	47,1	44,9	44,9
Ukraine	..	0,4	0,0	61,7	67,5	69,7
Usbekistan	..	2,5	2,2	40,8	40,6	41,2
Weißrußland	0,6	0,6	0,2	56,5	66,9	70,3
China	1,7	1,5	1,2	19,4	26,4	27,5
Mongolei	2,8	2,8	1,9	52,1	58,0	60,3
Vietnam	2,3	2,1	2,1	19,2	19,9	20,7

.. Nicht verfügbar.



# Ausgewählte Kennzahlen der Weltentwicklung







# Inhaltsverzeichnis

Einführung zu den Ausgewählten Kennzahlen der Weltentwicklung .....	214
Länderschlüssel .....	218
<b>Tabellen</b>	
<i>Zusammenfassende Kennzahlen der sozioökonomischen Entwicklung</i>	
Tabelle 1 Grundlegende Kennzahlen .....	222
Tabelle 2 Gesamtwirtschaftliche Kennzahlen .....	224
Tabelle 3 Außenwirtschaftliche Kennzahlen .....	226
<i>Menschliche Ressourcen</i>	
Tabelle 4 Bevölkerung und Erwerbstätige .....	228
Tabelle 5 Verteilung von Einkommen oder Verbrauch .....	230
Tabelle 6 Gesundheitswesen .....	232
Tabelle 7 Erziehungswesen .....	234
<i>Ökologische Tragfähigkeit</i>	
Tabelle 8 Kommerzieller Energieverbrauch .....	236
Tabelle 9 Landnutzung und Verstädterung .....	238
Tabelle 10 Wälder und Wasserressourcen .....	240
<i>Wirtschaftsentwicklung</i>	
Tabelle 11 Wirtschaftswachstum .....	242
Tabelle 12 Wirtschaftsstruktur: Produktion .....	244
Tabelle 13 Wirtschaftsstruktur: Nachfrage .....	246
Tabelle 14 Haushalt der Zentralregierung .....	248
Tabelle 15 Warenexporte und -importe .....	250
Tabelle 16 Zahlungsbilanzen .....	252
Tabelle 17 Auslandsschulden .....	254
Tabelle 1a Grundlegende Kennzahlen für Übrige Länder .....	256
Technische Erläuterungen .....	257
Datenquellen .....	273
Klassifikation der Länder .....	274

# Einführung zu den Ausgewählten Kennzahlen der Weltentwicklung

In den fast zwei Jahrzehnten seit der ersten Veröffentlichung der Kennzahlen der Weltentwicklung (KdW) sind dramatische Veränderungen eingetreten, und zwar nicht nur in der Weltwirtschaft, sondern auch in der Art und Weise, wie wir Entwicklung bewerten und messen. Diese Veränderungen werden reflektiert in einer zunehmenden Betonung von Armutsbekämpfung durch breit angelegtes Wachstum und Entwicklung der menschlichen Ressourcen sowie von ökologischer Tragfähigkeit. Die wachsende Bedeutung des privaten Sektors bei Entwicklungsstrategien spiegelt sich in einem tiefgreifenden Wandel der Rolle des Staates wider. Im Laufe der Jahre ist bei den Kennzahlen der Weltentwicklung versucht worden, mit diesen Veränderungen Schritt zu halten, aber nun ist es an der Zeit für eine größere Umgestaltung.

## Veröffentlichung neuer Daten

Neue, eigenständige und umfassendere *Kennzahlen der Weltentwicklung* werden im Herbst 1996 erscheinen. Der traditionelle Anhang zum *Weltentwicklungsbericht* wird mit dieser Ausgabe durch eine Serie Ausgewählter Kennzahlen der Weltentwicklung ersetzt, die aus den KdW-Datensammlungen abgeleitet wurde. Die neue Gliederung der *Kennzahlen der Weltentwicklung* verbessert die Untersuchung des Fortschritts in der Welt auf drei umfassenden Gebieten: der Bevölkerung, der Umwelt und der Wirtschaft. Außerdem werden sie Indikatoren enthalten, die den Fortschritt in ausgewählten Bereichen der nationalen Wirtschaftspolitik beschreiben. Dazu zählen beispielsweise die gesamtwirtschaftliche Stabilität, Strukturreformen (einschließlich der Entwicklung des Finanzsektors, Reformen

der Handelspolitik, Reformen der staatlichen Unternehmen usw.) und die sich wandelnde Rolle des Staates. Ihre Begleit-CD-ROM wird diese Änderungen widerspiegeln, und sie enthält Zeitreihendaten und eine ausführlichere Beschreibung der Datenquellen und statistischen Probleme.

## Veränderungen gegenüber früheren Ausgaben des *Weltentwicklungsberichts*

Die Tabellen mit den Kennzahlen wurden in diesem Bericht umgestaltet, um eine Reihe von Kerndaten zur Verfügung zu stellen, die die gleichen drei Entwicklungsfelder abdecken: Bevölkerung, Umwelt und Wirtschaft. Die Gestaltung der sieben Tabellen ist so, daß wie in der Vergangenheit vergleichende sozioökonomische Daten von mehr als 130 Volkswirtschaften für das letzte Jahr präsentiert werden, für das Angaben verfügbar sind, sowie für ein vorhergehendes Jahr. Eine Zusatztafel enthält grundlegende Kennzahlen für sechsundsiebzig Länder mit unzureichenden Daten oder mit einer Bevölkerung von weniger als 1 Million.

Da die Hauptaufgabe der Weltbank in der Kreditvergabe und Politikberatung gegenüber ihren Mitgliedsländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen besteht, konzentrieren sich die in dieser Publikation behandelten Probleme hauptsächlich auf diese Länder. Soweit verfügbar, werden zu Vergleichszwecken auch Informationen über Länder mit hohem Einkommen geliefert. Für weitergehende Informationen über die Länder mit hohem Einkommen sollten die Leser bei Bedarf auf nationale statistische Veröffentlichungen oder solche der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie der Europäischen Gemeinschaft zurückgreifen.

### Weitere Informationen über die Ausgewählten Kennzahlen der Weltentwicklung

Die Tabellen 1 bis 3, *Zusammenfassende Kennzahlen der sozioökonomischen Entwicklung*, bieten einen Überblick über zentrale Fragen der Entwicklung: Wie reich oder arm sind die Menschen? Wie groß ist die Lebenserwartung Neugeborener? Welcher Anteil der Erwachsenen kann nicht lesen und schreiben? Wie ist die Wirtschaftsleistung gemessen an Wachstum und Inflation? Mit welchem außenwirtschaftlichen Umfeld sind die Länder konfrontiert?

Die Tabellen 4 bis 7, *Menschliche Ressourcen*, zeigen den Fortschritt in der sozialen Entwicklung während des vergangenen Jahrzehnts. Hinzugefügt wurde ein Standardmaß für die Ungleichheit der Einkommensverteilung, der Gini-Index. Kennzahlen der Wohlfahrt, wie Unterernährung und Zugang zu Gesundheitsfürsorge, Schulbesuchsquoten und geschlechtsbedingte Unterschiede beim Analphabetentum Erwachsener, werden ebenfalls zur Verfügung gestellt.

Die Tabellen 8 bis 10, *Ökologische Tragfähigkeit*, führen die Schlüsselkennzahlen auf diesem Gebiet zusammen. Dieser Abschnitt bietet Informationen über Luft, Wasser, Städte und Energieverbrauch.

Die Tabellen 11 bis 17, *Wirtschaftsentwicklung*, präsentieren Informationen über die Wirtschaftsstruktur und das Wachstum der Länder, ebenso wie Angaben über Auslandsinvestitionen, Auslandsschulden sowie die Integration in die Weltwirtschaft, die neue Herausforderungen und Möglichkeiten für Entwicklungs- und Industrieländer bietet.

### Länderklassifikation

Wie im Bericht selbst ist das zur Ländereinteilung und zur allgemeinen Unterscheidung unterschiedlicher ökonomischer Entwicklungsstadien angewandte Hauptkriterium das BSP pro Kopf. Die Länder werden traditionellerweise nach drei Kategorien klassifiziert: niedriges, mittleres und hohes Einkommen. Nach dem BSP pro Kopf ergeben sich folgende Trennlinien: Länder mit niedrigem Einkommen: bis zu 725 Dollar im Jahr 1994 (51 Länder); mit mittlerem Einkommen: 726 bis 8.955 Dollar (57 Länder); und mit hohem Einkommen: 8.956 Dollar und mehr (25 Länder). Die Länder werden außerdem nach Region, Exporten und Verschuldung klassifiziert. Die Länderlisten für jede Gruppe finden sich in den Tabellen über die Länderklassifikation am Ende des Berichts.

### Datenquellen und Verfahren

Die hier präsentierten sozioökonomischen Daten stammen aus verschiedenen Quellen: Primärdatensammlung der Weltbank, statistische Publikationen der Mitgliedsländer, Daten von Forschungsinstituten wie des World Resources Institute, und von internationalen Organisationen, wie den Vereinten Nationen und ihren Spezialorganisationen, dem Internationalen Währungsfonds sowie der Organisation für

wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (wegen einer vollständigen Aufzählung der Quellen siehe das Verzeichnis der Datenquellen am Ende der Technischen Erläuterungen). Obwohl in den meisten der von den Ländern und Internationalen Organisationen aufgestellten Statistiken bezüglich Abgrenzung, Definition und Klassifikation internationale Standards angewandt werden, gibt es unvermeidliche Differenzen hinsichtlich des Geltungsbereichs, der Aktualität und der Tauglichkeit sowie des Mitteleinsatzes, die bei der Sammlung und Aufbereitung von Basisdaten von Belang sind. In einigen Fällen erfordern konkurrierende Datenquellen eine Überprüfung durch den Weltbankstab, um sicherzustellen, daß bei einem bestimmten Thema die zuverlässigsten Daten präsentiert werden. In einigen Fällen, in denen die verfügbaren Daten zu mangelhaft erscheinen, um verlässliche Angaben über Niveaus und Trends zu bieten, oder wo sich die Daten nicht an internationalen Standards orientieren, werden keine Angaben gemacht.

Die Abweichungen zwischen den in jeder Ausgabe präsentierten Daten beruhen nicht nur auf der Aktualisierung vorläufiger Daten durch die Länder, sondern auch auf der Revision historischer Zeitreihen und auf methodischen Änderungen. Daher können Daten unterschiedlicher Jahrgänge in verschiedenen Ausgaben von Weltbank-Veröffentlichungen publiziert werden. Die Leser werden darauf hingewiesen, Zeitreihen nicht zwischen verschiedenen Veröffentlichungen zu vergleichen. Konsistente Zeitreihen enthält die *World\* Data CD-ROM 1995*.

Alle Dollar-Angaben beziehen sich auf laufende US-Dollar, soweit nicht anders angegeben. Die verschiedenen Verfahren, die bei der Umrechnung von Angaben in nationaler Währung angewandt wurden, werden in den Technischen Erläuterungen beschrieben.

### Zusammenfassende Kennzahlen

Die zusammenfassenden Kennzahlen in den farbigen Zwischenzeilen jeder Tabelle sind für Ländergruppen errechnete Summen (angezeigt durch *s*), gewogene Durchschnitte (*w*) oder Medianwerte (*m*). Länder, für die in den zusammenfassenden Kennzahlen keine Daten in den Haupttabellen gezeigt werden, sind implizit unter der Annahme berücksichtigt worden, daß sie dem Trend der berichtenden Länder während des betreffenden Zeitabschnitts folgen. Die in den Haupttabellen nicht enthaltenen Länder (gezeigt in Tabelle 1a. Grundlegende Kennzahlen für übrige Länder) wurden in die zusammenfassenden Kennzahlen einbezogen, wenn Daten verfügbar waren. Sofern keine Daten für sie verfügbar waren, wurde angenommen, daß sie dem Trend der berichtenden Länder folgen. Dies führt zu einer konsistenteren Gesamtkennzahl, da der Kreis der erfaßten Länder für jeden gezeigten Zeitraum einheitlich ist. Wenn aufgrund fehlender Informationen jedoch ein Drittel oder mehr des Gruppenschätzwertes nicht belegt ist, wird das

Gruppenmaß als nicht verfügbar ausgewiesen. Die zur Berechnung der zusammenfassenden Kennzahlen verwendeten Gewichtungen werden in der jeweiligen technischen Erläuterung angegeben.

### Terminologie und Ländergeltungsbereich

In diesen Anmerkungen und Tabellen bedeutet der Begriff „Land“ nicht immer ein politisch unabhängiges Gebiet, sondern er kann sich auf jedes Territorium beziehen, für welches die Behörden soziale oder ökonomische Statistiken gesondert vorlegen.

Die Wirtschaftsdaten für Deutschland vor 1991 beziehen sich auf die Bundesrepublik Deutschland vor der Vereinigung, während demographische und soziale Daten sich im allgemeinen auf das vereinigte Deutschland beziehen. In den Tabellen werden Ausnahmen in den Fußnoten festgehalten, um den Geltungsbereich zu erklären. Die Angaben über China enthalten nicht Taiwan (China), aber die Fußnoten zu den Tabellen 15 und 16 enthalten Schätzungen der außenwirtschaftlichen Transaktionen von Taiwan (China). Die Angaben für Äthiopien nach 1991 sind ohne Eritrea, sofern nichts anderes angegeben ist.

### Tabellen-Gestaltung

Das Tabellenformat dieser Ausgabe entspricht im allgemeinen dem in früheren Ausgaben verwendeten Format. In jeder Gruppe werden die Volkswirtschaften nach der Höhe des Pro-Kopf-Einkommens in steigender Reihenfolge erfaßt – mit Ausnahme jener, für die solche Angaben nicht berechnet werden können und die jeweils am Ende der Gruppe, der sie vermutlich zuzurechnen sind, in alphabetischer Reihenfolge und kursiver Schreibweise aufgeführt werden. Diese Anordnung wird in allen Tabellen angewendet. Bei den Volkswirtschaften in der Gruppe mit hohem Einkommen, die durch das Zeichen † gekennzeichnet sind, handelt es sich um Länder, die von den Vereinten Nationen

als Entwicklungsländer klassifiziert oder von ihren Regierungen als in der Entwicklung begriffen betrachtet werden. Länder mit einer Bevölkerung von weniger als 1 Million und solche mit unzureichenden Daten werden in den Haupttabellen nicht gesondert gezeigt, sind aber in den Gruppensummen enthalten. Grundlegende Kennzahlen für diese Länder können der Tabelle 1a entnommen werden. Die entsprechenden Ordnungsnummern der einzelnen Volkswirtschaften sind in der alphabetischen Übersicht in Länderschlüssel ausgewiesen; auch hier sind Länder ohne aktuelle Schätzungen des BSP pro Kopf kursiv gedruckt.

### Technische Erläuterungen

Für die Interpretation der Daten sollten die Technischen Erläuterungen, der Länderschlüssel, die Tabellen zur Länderklassifikation und die Fußnoten zu den Tabellen zu Rate gezogen werden. Sie skizzieren die bei der Aufstellung der Tabellen verwendeten Verfahren, Begriffe, Definitionen und Datenquellen. Die Datenquellen am Ende der Erläuterungen führen die Quellen auf, die umfassendere Definitionen und Beschreibungen der angewandten Konzepte enthalten.

Kommentare und Fragen zu den Ausgewählten Kennzahlen der Weltentwicklung sollten an folgende Adresse gerichtet werden: Development Data Group, International Economics Department, The World Bank, 1818 H Street, N.W., Washington, D.C. 20433/USA, Fax: 202-522-14 98, e-mail: [info@worldbank.org](mailto:info@worldbank.org), Telefon: 800-590-19 06 oder 202-473-78 24.

Bestellwünsche für Weltbank-Publikationen sind per e-mail an [books@worldbank.org](mailto:books@worldbank.org), schriftlich an World Bank Publications mit obiger Adresse oder telefonisch an 202-473-11 55 zu richten.

Für weitere Informationen klinkt man sich ein bei „publications“ im World Wide Web unter [www.worldbank.org](http://www.worldbank.org).

**Länder mit niedrigem Einkommen**  
**Länder mit mittlerem Einkommen**  
**Länder mit hohem Einkommen**  
**Keine Angaben verfügbar**

Antarctique



# Länderschlüssel

Die untenstehende Länderschlüssel-Tabelle enthält einen Index für die in den Ausgewählten Kennzahlen der Weltentwicklung enthaltenen Länder und zusätzliche Informationen über die Quellen demographischer Daten für die 133 Länder, die in den Haupttabellen aufgeführt sind. In jeder statistischen Tabelle der Ausgewählten Kennzahlen der Weltentwicklung sind die Länder in steigender Rangfolge nach der Höhe ihres BSP pro Kopf aufgeführt, ausgenommen jene Länder, für die sich ein BSP pro Kopf nicht berechnen läßt; letztere sind am Ende der Einkommensgruppe, zu der sie gehören, kursiv in alphabetischer Reihenfolge aufgeführt. Die unten ausgewiesene Rangfolge nach dem BSP pro Kopf gibt daher an, an welcher Stelle sich das einzelne Land in den statistischen Tabellen befindet.

Die Zahlen in den farbigen Zwischenzeilen der Tabellen

sind zusammenfassende Kennzahlen für Ländergruppen. Der Buchstabe *w* bedeutet gewogener Durchschnitt, *m* Medianwert und *s* Summe.

Die Wachstumsraten bei ökonomischen Daten sind reale Größen, ausgenommen in den Fällen, in denen dies in den Technischen Erläuterungen angegeben ist.

Abschlußdatum ist der 30. April 1996.

Das Zeichen .. bedeutet nicht verfügbar.

Ein Leerfeld bedeutet „nicht anwendbar“.

Die Zahlen 0 und 0,0 bedeuten Null oder weniger als die Hälfte der angegebenen Einheit.

Kursive Zahlen gelten für andere als die angegebenen Jahre oder Zeiträume.

Das Zeichen † gibt Länder mit hohem Einkommen an, die von den Vereinten Nationen oder von ihren nationalen Behörden als Entwicklungsländer betrachtet werden.

Land	Rangfolge in den Tabellen nach BSP pro Kopf	Quellen der demographischen Daten für 1994			
		Volks- zählung	Bevölke- rung	Zusam- mengefaßte Geburten- ziffer	Säuglings- sterbeziffer
Ägypten, Arab. Republik	48	1986	Weltbank <sup>2</sup>	Erhebung 1992	Erhebung 1992
Albanien	32	1989	amtlich <sup>1</sup>	amtlich	amtlich
Algerien	71	1987	Weltbank <sup>3</sup>	Erhebung 1992	Erhebung 1992
Argentinien	107	1991	amtlich <sup>2</sup>	Bev. Abtlg. VN	Bev. Abtlg. VN
Armenien	46	1989	Weltbank <sup>3</sup>	amtlich	amtlich
Aserbaidshjan	36	1989	amtlich <sup>2</sup>	amtlich <sup>2</sup>	amtlich
Äthiopien <sup>a</sup>	3	1994	Weltbank <sup>3</sup>	Erhebung 1990	Bev. Abtlg. VN
Australien	114	1991	amtlich <sup>2</sup>	amtlich	amtlich
Bangladesch	13	1991	Weltbank <sup>2</sup>	Erhebung 1994	Erhebung 1994
Belgien	123	1991	amtlich <sup>2</sup>	amtlich	amtlich
Benin	30	1992	Weltbank <sup>2</sup>	Weltbank	Weltbank
Bolivien	52	1992	amtlich <sup>2</sup>	Bev. Abtlg. VN	Bev. Abtlg. VN
Botsuana	88	1991	Weltbank <sup>2</sup>	Erhebung 1988	Erhebung 1988
Brasilien	92	1991	Weltbank <sup>1</sup>	Bev. Abtlg. VN	Bev. Abtlg. VN
Bulgarien	62	1992	amtlich <sup>2</sup>	amtlich	amtlich
Burkina Faso	21	1985	Weltbank <sup>3</sup>	Erhebung 1992	Weltbank
Burundi	5	1990	Weltbank <sup>3</sup>	Bev. Abtlg. VN	Bev. Abtlg. VN
Chile	97	1992	amtlich <sup>2</sup>	amtlich	amtlich
China	39	1990	Weltbank <sup>3</sup>	amtlich	Erhebung 1991
Costa Rica	80	1984	Weltbank <sup>3</sup>	Bev. Abtlg. VN	Bev. Abtlg. VN

Land	Rangfolge in den Tabellen nach BSP pro Kopf	Quellen der demographischen Daten für 1994			
		Volks- zählung	Bevölke- rung	Zusam- mengefaßte Geburten- ziffer	Säuglings- sterbeziffer
Côte d'Ivoire	42	1988	Weltbank <sup>3</sup>	Erhebung 1994	Erhebung 1994
Dänemark	130	1991	amtlich <sup>2</sup>	amtlich	amtlich
Deutschland <sup>b</sup>	127	–	amtlich <sup>2</sup>	amtlich	amtlich
Dominikanische Republik	65	1993	Weltbank <sup>1</sup>	Bev. Abtlg. VN	Bev. Abtlg. VN
Ecuador	64	1990	Weltbank <sup>3</sup>	Erhebung 1994	Erhebung 1994
El Salvador	67	1992	Weltbank <sup>1</sup>	Bev. Abtlg. VN	Bev. Abtlg. VN
Estland	89	1989	amtlich <sup>2</sup>	amtlich	amtlich
Finnland	116	1990	amtlich <sup>2</sup>	amtlich	amtlich
Frankreich	124	1990	amtlich <sup>2</sup>	amtlich	amtlich
Gabun	100	1993	Weltbank <sup>1</sup>	Bev. Abtlg. VN	Bev. Abtlg. VN
Gambia	26	1993	Weltbank <sup>2</sup>	Weltbank	Weltbank
Georgien	50	1989	Weltbank <sup>3</sup>	amtlich	amtlich
Ghana	33	1984	Weltbank <sup>3</sup>	Erhebung 1993	Erhebung 1993
Griechenland	106	1991	amtlich <sup>2</sup>	amtlich	amtlich
Großbritannien	115	1991	amtlich <sup>1</sup>	amtlich	amtlich
Guatemala	60	1994	amtlich <sup>2</sup>	Bev. Abtlg. VN	Bev. Abtlg. VN
Guinea	38	1983	Weltbank <sup>1</sup>	Weltbank	Weltbank
Guinea-Bissau	16	1991	Weltbank <sup>2</sup>	Weltbank	Weltbank
Haiti	14	1982	Weltbank <sup>1</sup>	Bev. Abtlg. VN	Bev. Abtlg. VN
Honduras	40	1988	Weltbank <sup>3</sup>	Erhebung 1991–92	Erhebung 1991–92
† Hongkong	120	1991	amtlich <sup>1</sup>	amtlich	amtlich
Indien	23	1991	Weltbank <sup>2</sup>	Erhebung 1993	Erhebung 1993
Indonesien	55	1990	Weltbank <sup>2</sup>	Erhebung 1994	Erhebung 1994
<i>Iran, Islamische Republik</i>	90	1991	Weltbank <sup>2</sup>	Bev. Abtlg. VN	amtlich
Irland	112	1991	amtlich <sup>2</sup>	amtlich	amtlich
† Israel	113	1983	amtlich <sup>2</sup>	amtlich	amtlich
Italien	117	1991	amtlich <sup>2</sup>	amtlich	amtlich
Jamaika	69	1991	Weltbank <sup>3</sup>	Weltbank	Bev. Abtlg. VN
Japan	131	1990	amtlich <sup>2</sup>	amtlich	amtlich
Jemen, Republik	20	1994	Weltbank <sup>2</sup>	Erhebung 1991–92	Erhebung 1991–92
Jordanien	68	1994	Weltbank <sup>2</sup>	amtlich	Erhebung 1990
Kamerun	47	1987	Weltbank <sup>1</sup>	Erhebung 1991	Erhebung 1991
Kanada	119	1991	amtlich <sup>2</sup>	amtlich	amtlich
Kasachstan	59	1989	Weltbank <sup>3</sup>	amtlich	amtlich
Kenia	17	1989	Weltbank <sup>2</sup>	Erhebung 1993	Erhebung 1993
Kirgisistan	44	1989	Weltbank <sup>3</sup>	amtlich	amtlich
Kolumbien	72	1993	Weltbank <sup>2</sup>	Erhebung 1990	Erhebung 1990
Kongo	43	1984	Weltbank <sup>2</sup>	Weltbank	Weltbank
Korea, Republik	108	1990	amtlich <sup>1</sup>	amtlich	amtlich
Kroatien	84	1991	amtlich <sup>2</sup>	Weltbank	Weltbank
† Kuwait	118	1985	amtlich <sup>2</sup>	Bev. Abtlg. VN	Bev. Abtlg. VN
Laos, Demokr. Volksrepublik	24	1985	Weltbank <sup>1</sup>	Bev. Abtlg. VN	Bev. Abtlg. VN
Lesotho	49	1986	Weltbank <sup>3</sup>	Erhebung 1991	Erhebung 1991
Lettland	79	1989	amtlich <sup>2</sup>	amtlich	amtlich
Litauen	66	1989	amtlich <sup>2</sup>	amtlich	amtlich

## Quellen der demographischen Daten für 1994

<i>Land</i>	<i>Rangfolge in den Tabellen nach BSP pro Kopf</i>	<i>Volks- zählung</i>	<i>Bevölke- rung</i>	<i>Zusam- mengefaßte Geburten- ziffer</i>	<i>Säuglings- sterbeziffer</i>
Madagaskar	10	1993	Weltbank <sup>2</sup>	Erhebung 1992	Erhebung 1992
Malawi	7	1987	Weltbank <sup>2</sup>	Erhebung 1992	Erhebung 1992
Malaysia	96	1991	Weltbank <sup>1</sup>	Bev. Abtlg. VN	Bev. Abtlg. VN
Mali	18	1987	Weltbank <sup>2</sup>	Erhebung 1987	Erhebung 1987
Marokko	58	1994	Weltbank <sup>2</sup>	Erhebung 1995	Erhebung 1995
Mauretanien	35	1988	Weltbank <sup>3</sup>	Bev. Abtlg. VN	Bev. Abtlg. VN
Mauritius	94	1990	Weltbank <sup>3</sup>	Bev. Abtlg. VN	Bev. Abtlg. VN
Mazedonien	53	1991	Weltbank <sup>3</sup>	amtlich	amtlich
Mexiko	101	1990	Weltbank <sup>2</sup>	Bev. Abtlg. VN	Bev. Abtlg. VN
Moldau	54	1989	amtlich <sup>2</sup>	amtlich	amtlich
Mongolei	22	1989	Weltbank <sup>1</sup>	Bev. Abtlg. VN	Bev. Abtlg. VN
Mosambik	2	1980	Weltbank <sup>1</sup>	Bev. Abtlg. VN	Bev. Abtlg. VN
Myanmar	51	1983	Weltbank <sup>1</sup>	Bev. Abtlg. VN	Bev. Abtlg. VN
Namibia	75	1991	Weltbank <sup>2</sup>	Erhebung 1992	Erhebung 1992
Nepal	11	1991	Weltbank <sup>2</sup>	Bev. Abtlg. VN	Bev. Abtlg. VN
Neuseeland	110	1991	amtlich <sup>2</sup>	amtlich	amtlich
Nicaragua	27	1971	Weltbank <sup>1</sup>	Erhebung 1992–93	Erhebung 1992–93
Niederlande	121	1971	amtlich <sup>1</sup>	amtlich	amtlich
Niger	15	1988	Weltbank <sup>2</sup>	Erhebung 1992	Erhebung 1992
Nigeria	19	1991	Weltbank <sup>2</sup>	Erhebung 1990	Erhebung 1990
Norwegen	129	1990	amtlich <sup>2</sup>	amtlich	amtlich
Oman	103	1993	Weltbank <sup>3</sup>	Erhebung 1989	Erhebung 1989
Österreich	126	1991	amtlich <sup>2</sup>	amtlich	amtlich
Pakistan	34	1981	Weltbank <sup>2</sup>	Weltbank	Weltbank
Panama	85	1990	Weltbank <sup>3</sup>	Bev. Abtlg. VN	Bev. Abtlg. VN
Papua-Neuguinea	61	1989	Weltbank <sup>1</sup>	Bev. Abtlg. VN	Bev. Abtlg. VN
Paraguay	70	1992	Weltbank <sup>3</sup>	Erhebung 1990	Erhebung 1990
Peru	76	1993	Weltbank <sup>2</sup>	Erhebung 1991–92	Erhebung 1991–92
Philippinen	56	1990	amtlich <sup>2</sup>	Erhebung 1993	Bev. Abtlg. VN
Polen	81	1988	amtlich <sup>2</sup>	amtlich	amtlich
Portugal	109	1991	amtlich <sup>2</sup>	amtlich	amtlich
Ruanda	1	1991	Weltbank <sup>2</sup>	Erhebung 1992	Bev. Abtlg. VN
Rumänien	63	1992	amtlich <sup>2</sup>	amtlich	amtlich
Russische Föderation	86	1989	Weltbank <sup>3</sup>	amtlich	amtlich
Sambia	28	1990	Weltbank <sup>1</sup>	Bev. Abtlg. VN	Erhebung 1987
Saudi-Arabien	105	1992	Weltbank <sup>2</sup>	Erhebung 1990	Erhebung 1990
Schweden	125	1990	amtlich <sup>2</sup>	amtlich	amtlich
Schweiz	132	1990	amtlich <sup>2</sup>	amtlich	amtlich
Senegal	41	1988	Weltbank <sup>2</sup>	Erhebung 1992–93	Erhebung 1992–93
Sierra Leone	6	1985	Weltbank <sup>1</sup>	Bev. Abtlg. VN	Bev. Abtlg. VN
Simbabwe	37	1992	Weltbank <sup>2</sup>	Erhebung 1994	Erhebung 1994
† Singapur	122	1990	amtlich <sup>1</sup>	amtlich	amtlich
Slowakei	78	1991	amtlich <sup>2</sup>	amtlich	amtlich
Slowenien	104	1991	amtlich <sup>2</sup>	amtlich	amtlich
Spanien	111	1991	amtlich <sup>2</sup>	amtlich	amtlich

Land	Rangfolge in den Tabellen nach BSP pro Kopf	Quellen der demographischen Daten für 1994			
		Volks- zählung	Bevölke- rung	Zusam- mengefaßte Geburten- ziffer	Säuglings- sterbeziffer
Sri Lanka	45	1981	amtlich <sup>2</sup>	Erhebung 1987	Erhebung 1987
Südafrika	93	1991	Weltbank <sup>1</sup>	Bev. Abtlg. VN	Bev. Abtlg. VN
Tadschikistan	29	1989	amtlich <sup>2</sup>	amtlich	amtlich
Tansania	4	1988	Weltbank <sup>1</sup>	Bev. Abtlg. VN	Bev. Abtlg. VN
Thailand	82	1990	Weltbank <sup>1</sup>	Bev. Abtlg. VN	Bev. Abtlg. VN
Togo	25	1981	Weltbank <sup>1</sup>	Bev. Abtlg. VN	Bev. Abtlg. VN
Trinidad und Tobago	98	1990	Weltbank <sup>2</sup>	Erhebung 1987	Erhebung 1987
Tschad	8	1993	Weltbank <sup>2</sup>	Bev. Abtlg. VN	Bev. Abtlg. VN
Tschechische Republik	95	1991	amtlich <sup>2</sup>	amtlich	amtlich
Tunesien	73	1994	Weltbank <sup>2</sup>	Bev. Abtlg. VN	Bev. Abtlg. VN
Türkei	83	1990	Weltbank <sup>1</sup>	Bev. Abtlg. VN	Bev. Abtlg. VN
Turkmenistan	91	1989	Weltbank <sup>3</sup>	amtlich	amtlich
Uganda	9	1991	Weltbank <sup>2</sup>	Erhebung 1991	Erhebung 1991
Ukraine	74	1991	amtlich <sup>2</sup>	amtlich	amtlich
Ungarn	99	1990	amtlich <sup>2</sup>	amtlich	amtlich
Uruguay	102	1985	Weltbank <sup>3</sup>	Bev. Abtlg. VN	Bev. Abtlg. VN
Usbekistan	57	1989	Weltbank <sup>3</sup>	amtlich	amtlich
Venezuela	87	1990	amtlich <sup>2</sup>	Bev. Abtlg. VN	Bev. Abtlg. VN
† Vereinigte Arab. Emirate	133	1980	Weltbank <sup>1</sup>	Bev. Abtlg. VN	Erhebung 1987
Vereinigte Staaten	128	1990	amtlich <sup>2</sup>	amtlich	amtlich
Vietnam	12	1989	Weltbank <sup>3</sup>	Erhebung 1995	Erhebung 1995
Weißrußland	77	1989	amtlich <sup>2</sup>	amtlich	amtlich
Zentralafrikanische Republik	31	1988	Weltbank <sup>1</sup>	Bev. Abtlg. VN	Bev. Abtlg. VN

Anmerkung: Länder mit unzureichenden Daten oder mit einer Bevölkerung von mehr als 30.000 und weniger als 1 Million werden nur in Tabelle 1a separat gezeigt; sie sind jedoch in den Summen und den gewogenen Durchschnittsdaten der Ländergruppen in den Haupttabellen enthalten. Zur Vergleichbarkeit der Daten und ihrer Abgrenzung vgl. Technische Erläuterungen.

a. Die Daten für Äthiopien nach 1991 schließen in sämtlichen Tabellen Eritrea aus, sofern nichts anderes angegeben ist.

b. Die Daten beziehen sich in sämtlichen Tabellen auf das vereinigte Deutschland, sofern nichts anderes angegeben ist.

### Bevölkerung

#### Amtlich

1. Veröffentlicht durch ein Nationales Statistisches Amt oder eine andere amtliche nationale Quelle wie die Zentralbank, das Planungsministerium usw.

2. Gemeldet als eine amtliche Schätzung durch Eurostat, Europarat, Statistikamt der VN, Südpazifische Kommission oder ähnliche Internationale Organisationen.

#### Weltbank

1. Basiert auf letzten Schätzungen und Projektionen der Bevölkerungs-Abteilung der VN für 1990 und 1995.

2. Basiert auf einer Projektion anhand der letzten Volkszählung.

3. Basiert auf einer Projektion anhand der letztverfügbaren amtlichen Schätzung.

### Fruchtbarkeits- und Sterbeziffern

#### Amtlich

Schätzung basiert auf Personenstandsregister oder anderen amtlichen Datensammlungen.

#### Bev. Abtlg. VN

Die Weltbank-Schätzung basiert auf Schätzungen und Projektionen der Bevölkerungs-Abteilung der VN für 1990–94 und 1995–99.

#### Erhebung

Weltbank-Schätzung aufgrund des letztverfügbaren Demographie and Health Survey, Contraceptive Prevalence Survey oder anderer Erhebungen oder Volkszählungsmodule, die die Schätzungen der Lebenserwartung enthalten.

#### Weltbank

Geschätzt anhand anderer Quellen einschließlich Wirtschafts- und Sektor-Berichte der Weltbank, anderer Länderuntersuchungen sowie Niveau- und Trendangaben bei anderen Kennzahlen.

Tabelle 1 Grundlegende Kennzahlen

	Bevölkerung (in Mio) Mitte 1994	Fläche (in Tsd. Quadrat- kilometern)	BSP pro Kopf <sup>a</sup>		KKP-Schätzwerte des BSP pro Kopf <sup>b</sup>			Lebens- erwartung bei der Geburt (in Jahren) 1994	Analphabeten- quote der Erwachsenen (in %) 1995
			in \$ 1994	Durchschnittl. jährliche Wachstums- rate (in %) 1985-94	USA = 100		Jeweilige internat. \$ 1994		
					1987	1994			
<b>Länder mit niedrigem Einkommen</b>	<b>3.182,2s</b>	<b>40.391s</b>	<b>380w</b>	<b>3,4w</b>				<b>63w</b>	<b>34w</b>
<b>Ohne China und Indien</b>	<b>1.077,7s</b>	<b>27.543s</b>	<b>360w</b>	<b>-1,1w</b>				<b>56w</b>	<b>46w</b>
1 Ruanda	7,8	26	80	-6,6	3,8	1,3	330 <sup>c</sup>	..	40
2 Mosambik	15,5	802	90	3,8	2,7	3,3	860 <sup>d</sup>	46	60
3 Äthiopien	54,9	1.097	100	..	2,0	1,7	430 <sup>c</sup>	49	65
4 Tansania <sup>e</sup>	28,8	945	140	0,8	2,6	2,4	620 <sup>c</sup>	51	32
5 Burundi	6,2	28	160	-0,7	3,4	2,7	700 <sup>d</sup>	50	65
6 Sierra Leone	4,4	72	160	-0,4	3,1	2,7	700 <sup>c</sup>	40	69
7 Malawi	9,5	118	170	-0,7	3,1	2,5	650 <sup>c</sup>	44	44
8 Tschad	6,3	1.284	180	0,7	2,7	2,8	720 <sup>d</sup>	48	52
9 Uganda	18,6	236	190	2,3	5,0	5,4	1.410 <sup>d</sup>	42	38
10 Madagaskar	13,1	587	200	-1,7	3,1	2,5	640 <sup>c</sup>	52	..
11 Nepal	20,9	141	200	2,3	4,4	4,8	1.230 <sup>d</sup>	54	73
12 Vietnam	72,0	332	200	..	..	..	..	68	6
13 Bangladesch	117,9	144	220	2,0	4,9	5,1	1.330 <sup>c</sup>	57	62
14 Haiti	7,0	28	230	-5,0	6,2	3,6	930 <sup>d</sup>	57	55
15 Niger	8,7	1.267	230	-2,1	3,8	3,0	770 <sup>d</sup>	46	86
16 Guinea-Bissau	1,0	36	240	2,2	2,9	3,2	820 <sup>d</sup>	38	45
17 Kenia	26,0	580	250	0,0	5,7	5,1	1.310 <sup>c</sup>	59	22
18 Mali	9,5	1.240	250	1,0	2,3	2,0	520 <sup>c</sup>	49	69
19 Nigeria	108,0	924	280	1,2	4,3	4,6	1.190 <sup>c</sup>	52	43
20 Jemen, Rep.	14,8	528	280	..	..	..	..	53	..
21 Burkina Faso	10,1	274	300	-0,1	3,5	3,1	800 <sup>d</sup>	49	81
22 Mongolei	2,4	1.566	300	-3,2	..	..	..	64	..
23 Indien	913,6	3.288	320	2,9	4,4	4,9	1.280 <sup>c</sup>	62	48
24 Laos, Dem. VR	4,7	237	320	..	..	..	..	52	43
25 Togo	4,0	57	320	-2,7	6,0	4,4	1.130 <sup>d</sup>	55	48
26 Gambia	1,1	11	330	0,5	4,8	4,3	1.100 <sup>d</sup>	45	61
27 Nicaragua	4,2	130	340	-6,1	13	7	1.800 <sup>d</sup>	67	34
28 Sambia	9,2	753	350	-1,4	4,1	3,3	860 <sup>c</sup>	47	22
29 Tadschikistan <sup>f</sup>	5,8	143	360	-11,4	12,1	3,7	970 <sup>g</sup>	67	..
30 Benin	5,3	113	370	-0,8	7,0	6,3	1.630 <sup>c</sup>	50	63
31 Zentralafrik. Rep.	3,2	623	370	-2,7	5,4	4,5	1.160 <sup>d</sup>	49	40
32 Albanien	3,2	29	380	..	..	..	..	73	..
33 Ghana	16,6	239	410	1,4	7,9	7,9	2.050 <sup>d</sup>	58	36
34 Pakistan	126,3	796	430	1,3	8,5	8,2	2.130 <sup>c</sup>	60	62
35 Mauretanien	2,2	1.026	480	0,2	6,4	6,1	1.570 <sup>d</sup>	51	62
36 Aserbaidschan <sup>f</sup>	7,5	87	500	-12,2	21,7	5,8	1.510 <sup>g</sup>	69	..
37 Simbabwe	10,8	391	500	-0,5	8,7	7,9	2.040 <sup>c</sup>	58	15
38 Guinea	6,4	246	520	1,3	..	..	..	44	64
39 China	1.190,9	9.561	530 <sup>h</sup>	7,8	5,8	9,7	2.510 <sup>h</sup>	69	19
40 Honduras	5,8	112	600	0,5	8,1	7,5	1.940 <sup>i</sup>	66	27
41 Senegal	8,3	197	600	-0,7	7,3	6,1	1.580 <sup>c</sup>	50	67
42 Côte d'Ivoire	13,8	322	610	-4,6	8,3	5,3	1.370 <sup>c</sup>	56	60
43 Kongo	2,6	342	620	-2,9	11,2	7,3	1.900 <sup>c</sup>	51	25
44 Kirgisistan <sup>f</sup>	4,5	198	630	-5,0	13,5	6,7	1.730 <sup>g</sup>	68	..
45 Sri Lanka	17,9	66	640	2,9	10,7	12,2	3.160 <sup>c</sup>	72	10
46 Armenien <sup>f</sup>	3,7	30	680	-13,0	26,5	8,3	2.160 <sup>g</sup>	71	..
47 Kamerun	13,0	475	680	-6,9	15,0	7,5	1.950 <sup>c</sup>	57	37
48 Ägypten, Arab. Rep.	56,8	1.001	720	1,3	14,4	14,4	3.720 <sup>c</sup>	62	49
49 Lesotho	1,9	30	720	0,6	6,6	6,7	1.730 <sup>d</sup>	61	29
50 Georgien <sup>f</sup>	5,4	70	..	..	..	..	..	73	..
51 Myanmar	45,6	677	..	..	..	..	..	58	17
<b>Länder mit mittlerem Einkommen</b>	<b>1.569,9s</b>	<b>61.263s</b>	<b>2.520w</b>	<b>-0,1w</b>				<b>67w</b>	<b>..</b>
<b>Untere Einkommenskategorie</b>	<b>1.096,9s</b>	<b>40.594s</b>	<b>1.590w</b>	<b>-1,2w</b>				<b>67w</b>	<b>..</b>
52 Bolivien	7,2	1.099	770	1,7	8,9	9,3	2.400 <sup>i</sup>	60	17
53 Mazedonien	2,1	26	820	..	..	..	..	73	..
54 Moldau <sup>f</sup>	4,3	34	870	..	..	..	..	68	..
55 Indonesien	190,4	1.905	880	6,0	10,0	13,9	3.600 <sup>j</sup>	63	16
56 Philippinen	67,0	300	950	1,7	10,4	10,6	2.740 <sup>c</sup>	65	5
57 Usbekistan <sup>f</sup>	22,4	447	960	-2,3	12,5	9,2	2.370 <sup>g</sup>	70	..
58 Marokko	26,4	447	1.140	1,2	13,1	13,4	3.470 <sup>c</sup>	65	56
59 Kasachstan <sup>f</sup>	16,8	2.717	1.160	-6,5	24,2	10,9	2.810 <sup>g</sup>	68	..
60 Guatemala	10,3	109	1.200	0,9	13,5	13,3	3.440 <sup>i</sup>	65	44
61 Papua-Neuguinea	4,2	463	1.240	2,2	9,1	10,4	2.680 <sup>d</sup>	57	28
62 Bulgarien	8,4	111	1.250	-2,7	23,5	16,9	4.380 <sup>j</sup>	71	..
63 Rumänien	22,7	238	1.270	-4,5	22,7	15,8	4.090 <sup>j</sup>	70	..
64 Ecuador	11,2	284	1.280	0,9	15,9	16,2	4.190 <sup>i</sup>	69	10
65 Dominikanische Rep.	7,6	49	1.330	2,2	13,9	14,5	3.760 <sup>i</sup>	70	18
66 Litauen <sup>f</sup>	3,7	65	1.350	-8,0	33,8	12,7	3.290 <sup>j</sup>	69	..
67 El Salvador	5,6	21	1.360	2,2	8,4	9,3	2.410 <sup>i</sup>	67	29
68 Jordanien	4,0	89	1.440	-5,6	25,4	15,8	4.100 <sup>d</sup>	70	13
69 Jamaika	2,5	11	1.540	3,9	11,1	13,1	3.400 <sup>k</sup>	74	15
70 Paraguay	4,8	407	1.580	1,0	13,7	13,7	3.550 <sup>i</sup>	68	8
71 Algerien	27,4	2.382	1.650	-2,5	..	..	..	69	38

Anmerkung: Wegen übrige Länder vgl. Tabelle 1a. Zur Vergleichbarkeit der Daten und ihrer Abgrenzung in den Tabellen vgl. Technische Erläuterungen.

	Bevölkerung (in Mio) Mitte 1994	Fläche (in Tsd. Quadrat- kilometern)	BSP pro Kopf <sup>a</sup>		Durchschnittl. jährliche Wachstums- rate (in %)			KKP-Schätzwerte des BSP pro Kopf <sup>b</sup>		Lebens- erwartung bei der Geburt (in Jahren) 1994	Analfabeten- quote der Erwachsenen (in %) 1995
			In \$ 1994	1985-94	USA = 100		Jeweilige internat. \$ 1994				
					1987	1994					
72 Kolumbien	36,3	1.139	1.670	2,4	19,0	20,6	5.330 <sup>i</sup>	70	9		
73 Tunesien	8,8	164	1.790	2,1	18,5	19,4	5.020 <sup>c</sup>	68	33		
74 Ukraine <sup>f</sup>	51,9	604	1.910	-8,0	20,4	10,1	2.620 <sup>i</sup>	68	..		
75 Namibia	1,5	824	1.970	3,3	17,0	16,7	4.320 <sup>d</sup>	59	..		
76 Peru	23,2	1.285	2.110	-2,0	18,0	13,9	3.610 <sup>i</sup>	65	11		
77 Weißrußland <sup>f</sup>	10,4	208	2.160	-1,9	25,1	16,7	4.320 <sup>i</sup>	69	..		
78 Slowakei	5,3	49	2.250	-3,0	..	..	..	72	..		
79 Lettland <sup>f</sup>	2,5	64	2.320	-6,0	24,1	12,4	3.220 <sup>i</sup>	68	..		
80 Costa Rica	3,3	51	2.400	2,8	..	..	..	77	5		
81 Polen	38,5	313	2.410	0,8	21,4	21,2	5.480 <sup>i</sup>	72	..		
82 Thailand	58,0	513	2.410	8,6	16,4	26,9	6.970 <sup>c</sup>	69	6		
83 Türkei	60,8	779	2.500	1,4	20,9	18,2	4.710 <sup>i</sup>	67	18		
84 Kroatien	4,8	57	2.560	..	..	..	..	73	..		
85 Panama	2,6	76	2.580	-1,2	26,6	22,1	5.730 <sup>i</sup>	73	9		
86 Russische Föderation <sup>f</sup>	148,3	17.075	2.650	-4,1	30,6	17,8	4.610 <sup>i</sup>	64	..		
87 Venezuela	21,2	912	2.760	0,7	33,7	30,0	7.770 <sup>i</sup>	71	9		
88 Botsuana	1,4	582	2.800	6,6	15,4	20,1	5.210 <sup>c</sup>	68	30		
89 Estland <sup>f</sup>	1,5	45	2.820	-6,1	29,9	17,4	4.510 <sup>i</sup>	70	..		
90 Iran, Islam. Rep.	62,5	1.648	..	..	..	..	..	68	28		
91 Turkmenistan <sup>f</sup>	4,4	488	..	..	..	..	..	66	..		
Obere Einkommenskategorie	472,8s	20.669s	4.640w	1,4w				69w	13w		
92 Brasilien	159,1	8.512	2.970	-0,4	24,2	20,9	5.400 <sup>i</sup>	67	17		
93 Südafrika	40,5	1.221	3.040	-1,3	23,9	19,8	5.130 <sup>d</sup>	64	18		
94 Mauritius	1,1	2	3.150	5,8	39,4	49,1	12.720 <sup>c</sup>	70	17		
95 Tschechische Rep.	10,3	79	3.200	-2,1	44,1	34,4	8.900 <sup>i</sup>	73	..		
96 Malaysia	19,7	330	3.480	5,6	23,5	32,6	8.440 <sup>k</sup>	71	17		
97 Chile	14,0	757	3.520	6,5	24,8	34,4	8.890 <sup>i</sup>	72	5		
98 Trinidad und Tobago	1,3	5	3.740	-2,3	40,9	33,5	8.670 <sup>d</sup>	72	2		
99 Ungarn	10,3	93	3.840	-1,2	28,9	23,5	6.080 <sup>i</sup>	70	..		
100 Gabun	1,3	268	3.880	-3,7	..	..	..	54	37		
101 Mexiko	88,5	1.958	4.180	0,9	27,8	27,2	7.040 <sup>k</sup>	71	10		
102 Uruguay	3,2	177	4.660	2,9	28,1	29,8	7.710 <sup>i</sup>	73	3		
103 Oman	2,1	212	5.140	0,5	34,7	33,2	8.590 <sup>d</sup>	70	..		
104 Slowenien	2,0	20	7.040	..	33,3	24,1	6.230 <sup>i</sup>	74	..		
105 Saudi-Arabien	17,8	2.150	7.050	-1,7	45,7	36,6	9.480 <sup>d</sup>	70	37		
106 Griechenland	10,4	132	7.700	1,3	42,1	42,2	10.930 <sup>i</sup>	78	..		
107 Argentinien	34,2	2.767	8.110	2,0	32,1	33,7	8.720 <sup>i</sup>	72	4		
108 Korea, Rep.	44,5	99	8.260	7,8	27,3	39,9	10.330 <sup>c</sup>	71	m		
Länder mit niedr. u. mittl. Eink.	4.752,2s	101.655s	1.090w	0,7w				64w	29w		
Afrika südlich der Sahara	571,9s	24.274s	460w	-1,2w				52w	43w		
Ostasien u. Pazifik	1.734,7s	16.367s	860w	6,9w				68w	17w		
Südostasien	1.220,3s	5.133s	320w	2,7w				61w	50w		
Europa u. Zentralasien	487,4s	24.354s	2.090w	-3,2w				68w	..		
Naher Osten u. Nordafrika	266,7s	11.021s	1.580w	-0,4w				66w	39w		
Lateinamerika u. Karibik	470,9s	20.505s	3.340w	0,6w				68w	13w		
Länder mit hohem Einkommen	849,9s	31.824s	23.420w	1,9w				77w	..		
109 Portugal	9,9	92	9.320	4,0	41,3	46,3	11.970 <sup>i</sup>	75	..		
110 Neuseeland	3,5	271	13.350	0,7	63,2	61,3	15.870 <sup>i</sup>	76	m		
111 Spanien	39,1	505	13.440	2,8	50,2	53,1	13.740 <sup>i</sup>	77	..		
112 Irland	3,6	70	13.530	5,0	40,6	52,4	13.550 <sup>i</sup>	76	m		
113 Israel	5,4	21	14.530	2,3	56,5	59,1	15.300 <sup>i</sup>	77	..		
114 Australien	17,8	7.713	18.000	1,2	69,9	70,0	18.120 <sup>i</sup>	77	m		
115 Großbritannien	58,4	245	18.340	1,3	70,7	69,4	17.970 <sup>i</sup>	76	m		
116 Finnland	5,1	338	18.850	-0,3	72,1	62,4	16.150 <sup>i</sup>	76	m		
117 Italien	57,1	301	19.300	1,8	70,9	71,3	18.460 <sup>i</sup>	78	m		
118 Kuwait	1,6	18	19.420	1,1	84,3	95,6	24.730 <sup>d</sup>	76	21		
119 Kanada	29,2	9.976	19.510	0,3	83,2	77,1	19.960 <sup>i</sup>	78	m		
120 Hongkong	6,1	1	21.650 <sup>n</sup>	5,3 <sup>n</sup>	..	..	..	78	8		
121 Niederlande	15,4	37	22.010	1,9	70,0	72,4	18.750 <sup>i</sup>	78	m		
122 Singapur	2,9	1	22.500	6,1	60,2	84,6	21.900 <sup>d</sup>	75	9		
123 Belgien	10,1	31	22.870	2,3	74,6	78,3	20.270 <sup>i</sup>	76	m		
124 Frankreich	57,9	552	23.420	1,6	75,9	76,0	19.670 <sup>i</sup>	78	m		
125 Schweden	8,8	450	23.530	-0,1	76,1	66,2	17.130 <sup>i</sup>	78	m		
126 Österreich	8,0	84	24.630	2,0	72,8	75,6	19.560 <sup>i</sup>	77	m		
127 Deutschland	81,5	357	25.580	..	..	75,3	19.480 <sup>i</sup>	76	m		
128 Vereinigte Staaten	260,6	9.364	25.880	1,3	100,0	100,0	25.880 <sup>i</sup>	77	m		
129 Norwegen	4,3	324	26.390	1,4	77,7	78,1	20.210 <sup>i</sup>	78	m		
130 Dänemark	5,2	43	27.970	1,3	76,6	76,8	19.880 <sup>i</sup>	75	m		
131 Japan	125,0	378	34.630	3,2	74,7	81,7	21.140 <sup>i</sup>	79	m		
132 Schweiz	7,0	41	37.930	0,5	104,5	97,2	25.150 <sup>i</sup>	78	m		
133 Vereinigte Arab. Emirate	2,4	84	..	0,4	..	..	..	75	21		
Gesamte Welt	5.601,3s	133.478s	4.470w	0,9w				67w	..		

† Von den Vereinten Nationen als Entwicklungsländer eingestuft oder von den nationalen Behörden als solche betrachtete Länder. <sup>a</sup> Atlas-Verfahren; vgl. die Technischen Erläuterungen. <sup>b</sup> Kaufkraftparität; vgl. die Technischen Erläuterungen. <sup>c</sup> Extrapoliert von IVP-Schätzungen 1985. <sup>d</sup> Basiert auf Regressions-schätzungen. <sup>e</sup> In allen Tabellen beziehen sich das BIP und das BSP nur auf das Festland von Tansania. <sup>f</sup> Schätzungen für Länder der ehemaligen Sowjetunion sind vorläufig; ihre Klassifikation wird überprüft. <sup>g</sup> Extrapoliert von IVP-Schätzungen 1990. <sup>h</sup> Weltbank-Schätzungen. <sup>i</sup> Extrapoliert von IVP-Schätzungen 1993. <sup>k</sup> Extrapoliert von IVP-Schätzungen 1995. <sup>m</sup> Nach Angaben der UNESCO liegt die Analphabetenquote unter 5 Prozent. <sup>n</sup> Die Angaben beziehen sich auf das BIP.



Tabelle 2 Gesamtwirtschaftliche Kennzahlen

Länder mit niedrigem Einkommen Ohne China und Indien	Laufd. Defizit/ Überschuß der Zentral- regierung <sup>a</sup> (in % des BSP)		Durchschn. jährliche nomin. Wachst.- Rate (%)		Durchschn. Bestände (in % d. BIP)		Nominale Zinssätze d. Banken (Jahresdurchschnitt %)		Durchschn. jährliche Inflation (%) (BIP- Deflator)		Leistungs- bilanz ohne öff. Übertrag (in % d. BSP)		Brutto- Währungs- reserven (Einfuhrdeckg. in Monaten)		Netto- Gegenw.- Wert c. Auslands- schulden (in % d. BSP)
	1980	1994	1985-94	1980	1994	1980	1994	1980	1994	1984-94	1980	1994	1980	1994	1994
Länder mit niedrigem Einkommen Ohne China und Indien															32,1 60,1
1 Ruanda	3,5	-5,5	5,4	13,6	..	6,3	5,0	13,5	15,0	4,5	-13,3	-69,1	6,7	1,1	78
2 Mosambik	..	..	..	..	..	..	..	..	..	53,2	-20,7	-71,4	..	..	331
3 Äthiopien	..	..	..	..	44,4	..	11,5	..	14,3	..	-4,8 <sup>b</sup>	-6,9	4,0 <sup>b</sup>	5,9	68
4 Tansania	-1,3	..	35,0	..	30,7	4,0	..	11,5	39,0	33,3	-9,7	..	..	..	167
5 Burundi	1,9	..	8,5	13,5	..	2,5	..	12,0	..	5,4	..	-16,6	..	8,5	50
6 Sierra Leone	-5,1 <sup>c</sup>	-1,9 <sup>c</sup>	56,4	20,6	11,0	9,2	11,6	11,0	27,3	67,3	-19,9	..	..	..	138
7 Malawi	1,2 <sup>c</sup>	..	21,4	18,0	20,5	7,9	25,0	16,7	31,0	18,8	-27,4	-44,0	1,4	0,6	73
8 Tschad	..	..	-2,7	20,0	10,9	5,5	8,1	11,0	17,5	1,7	-2,1	..	1,7	2,9	43
9 Uganda	-2,2	..	..	12,7	9,8	6,8	10,0	10,8	..	75,4	..	-6,7	..	..	48
10 Madagaskar	..	-2,5	23,7	18,2	20,5	..	..	..	..	15,8	-15,5	-18,5	..	..	161
11 Nepal	7,6	..	21,2	21,9	33,7	4,0	..	14,0	..	12,1	-5,1	-6,1	8,9	6,8	27
12 Vietnam	..	..	..	..	..	..	..	..	..	102,6	..	..	..	..	135
13 Bangladesch	11,2 <sup>c</sup>	..	14,2	18,4	35,0	8,2	6,4	11,3	14,4	6,6	-11,1	-1,4	1,5	7,9	32
14 Haiti	-3,3	..	15,3	24,0	43,0	10,0	..	..	..	13,2	-9,4	-6,8	0,6	..	25
15 Niger	5,1	..	1,0	13,3	14,6	6,2	7,8	14,5	16,8	0,2	-17,3	-7,1	1,6	3,9	58
16 Guinea-Bissau	..	..	62,9	..	14,1	..	28,7	..	36,3	65,7	-48,9	-15,6	..	..	222
17 Kenia	2,6 <sup>c</sup>	-0,4	18,9	29,8	32,2	5,8	..	10,6	..	11,7	-13,7	-0,5	2,1	2,5	80
18 Mali	-1,4	..	5,3	17,9	20,0	6,2	7,8	14,5	16,8	3,4	-14,5	-10,6	0,6	3,4	84
19 Nigeria	..	..	23,3	23,8	..	5,3	13,1	8,4	20,5	29,6	5,7	-6,4	5,7	1,6	92
20 Jemen, Rep.	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	1,0	..
21 Burkina Faso	2,0	0,5	8,2	13,8	20,0	6,2	7,8	14,5	16,8	1,6	-15,5	-17,5	1,5	5,0	31
22 Mongolei	..	3,7	..	..	23,9	..	92,3	..	233,6	46,0	-24,9	-8,2	..	2,4	38
23 Indien	0,0	-1,8	16,9	34,7	45,2	..	..	16,5	16,3	9,7	-1,7	-0,9	8,0	6,7	24
24 Laos, Dem. VR	..	..	38,4	..	13,2	7,2	12,0	4,8	24,0	24,2	..	-8,5	..	2,0	40
25 Togo	1,9	..	-1,2	29,0	25,3	6,2	7,8	14,5	17,5	3,3	-16,4	-3,1	1,4	3,5	98
26 Gambia	7,1	7,5	15,2	21,1	23,8	5,0	12,6	15,0	25,0	10,1	-51,4	-5,1	..	..	59
27 Nicaragua	-1,6	-0,9	..	24,5	23,2	..	11,7	..	20,1	1,311,2	-26,0	-67,7	0,9	1,2	707
28 Sambia	-8,7	-2,9	73,3	28,4	10,8	7,0	48,5	9,5	113,3	92,0	-14,5	..	1,3	..	157
29 Tadschikistan	..	..	..	..	..	..	..	..	..	104,3	..	..	..	..	25
30 Benin	..	..	9,5	17,1	25,0	6,2	7,8	14,5	16,8	2,9	-7,9	..	0,4	6,1	56
31 Zentralafrik. Rep.	-2,0	..	4,2	18,9	18,6	5,5	8,1	10,5	17,5	2,6	-18,0	..	2,2	9,2	52
32 Albanien	..	..	..	..	..	..	19,8	..	23,7	32,7	..	-12,9	6,7	..	45
33 Ghana	-2,9 <sup>c</sup>	-0,9 <sup>c</sup>	38,4	16,2	15,8	11,5	23,1	19,0	..	28,6	-1,4	-9,0	3,1	3,9	63
34 Pakistan	1,8	-2,1	15,3	38,7	42,3	..	..	..	..	8,8	-4,9	-3,9	3,1	3,5	42
35 Mauretanien	..	..	8,7	20,5	21,7	5,5	5,0	12,0	10,0	7,2	-37,6	-14,4	3,6	0,9	162
36 Aserbaidschan	..	..	..	..	..	..	..	..	..	122,8	..	..	..	..	3
37 Simbabwe	-9,1	..	20,7	35,2	25,8	3,5	26,8	17,5	34,9	19,7	-4,8	-5,7	2,7	3,2	69
38 Guinea	..	3,1	..	..	9,4	..	18,0	..	22,0	18,6	..	..	..	..	60
39 China	..	..	23,7	33,2	85,5	5,4	11,0	5,0	11,0	8,4	-1,6	1,4	4,9	5,9	16
40 Honduras	..	..	18,2	21,1	25,3	10,6	11,6	16,5	24,7	13,0	-13,4	-9,7	1,5	1,2	97
41 Senegal	1,8	..	3,1	26,6	18,6	6,2	7,8	14,5	16,8	2,9	-18,1	-9,4	0,2	1,3	65
42 Côte d'Ivoire	4,0	..	0,2	26,7	24,6	6,2	7,8	14,5	16,8	0,2	-18,7	-13,3	0,1	0,7	282
43 Kongo	..	..	1,1	14,8	16,2	6,5	8,1	11,0	17,5	-0,3	-15,2	..	0,9	0,5	382
44 Kirgisistan	..	..	..	..	..	..	..	..	..	100,9	..	..	..	..	13
45 Sri Lanka	-4,6	-3,0	16,5	28,5	30,5	14,5	15,3	19,0	13,0	11,0	-18,7	-8,1	1,5	4,4	41
46 Armenien	..	..	..	..	..	..	..	..	..	138,6	..	..	..	..	8
47 Kamerun	5,7	0,2	-3,3	18,5	19,1	7,5	8,1	13,0	17,5	1,3	-5,8	-3,8	1,1	0,1	86
48 Ägypten, Arab. Rep.	9,6	6,5	19,9	52,2	97,2	8,3	11,8	13,3	16,5	16,4	-2,0	-1,3	3,1	10,7	52
49 Lesotho	0,7	..	14,1	..	31,4	9,6	8,4	11,0	14,3	14,0	-17,8	-26,6	..	..	26
50 Georgien	..	..	..	..	..	..	..	..	..	228,3	..	..	..	..	56
51 Myanmar	3,9	0,8	16,3	23,9	..	1,5	9,0	8,0	..	26,5	-5,3	-0,5	5,6	3,5	7
Länder mit mittlerem Einkommen Untere Einkommenskategorie															29w 36w
52 Bolivien	..	-2,7	46,7	16,2	45,1	18,0	18,4	28,0	55,6	20,0	-1,8	-7,3	6,0	5,8	66
53 Mazedonien	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	1,2	53
54 Moldau	..	..	..	..	7,2	..	..	..	..	..	..	-4,9	..	2,6	12
55 Indonesien	10,0	8,9	23,5	13,2	..	6,0	20,4	..	20,2	8,9	3,3	-1,6	4,1	3,2	50
56 Philippinen	4,1 <sup>c</sup>	1,9 <sup>c</sup>	20,3	20,7	41,2	12,3	10,5	14,0	15,1	10,0	-6,2	-4,5	4,6	3,1	53
57 Usbekistan	..	..	..	..	..	..	..	..	..	109,1	..	0,0	..	..	5
58 Marokko	0,5	5,7	13,8	38,5	58,4	4,9	..	7,0	10,0	5,0	-8,6	-2,5	1,7	5,6	64
59 Kasachstan	..	..	..	..	..	..	..	..	..	150,2	..	-4,0	..	..	14
60 Guatemala	2,1	0,8	23,3	20,5	23,4	9,0	9,7	11,0	22,9	19,5	-2,5	-6,0	4,2	3,0	19
61 Papua-Neuguinea	-6,4 <sup>c</sup>	-4,6 <sup>c</sup>	5	32,9	30,2	6,9	5,1	11,1	9,2	3,9	-22,6	8,5	3,6	0,6	46
62 Bulgarien	..	-4,7	..	..	..	..	54,5	..	64,1	42,2	5,1	1,9	..	..	100
63 Rumänien	15,9	2,2	44,7	33,4	15,2	..	..	..	..	62,0	..	-1,0	2,0	4,9	17
64 Ecuador	1,0 <sup>c</sup>	3,6 <sup>c</sup>	41,0	20,2	..	..	33,6	9,0	44,0	47,5	-5,6	-6,2	4,2	4,4	85
65 Dominikanische Rep.	3,0	8,4	33,8	17,8	23,5	..	..	..	..	28,9	-11,0	-2,5	1,5	0,9	37
66 Litauen	..	0,2	..	..	..	..	27,4	..	62,3	102,3	..	..	..	2,9	7
67 El Salvador	-0,4 <sup>c</sup>	0,8 <sup>c</sup>	21,2	28,0	36,4	..	13,6	..	19,0	15,5	0,1	-3,7	3,6	3,4	20
68 Jordanien	..	3,5 <sup>c</sup>	10,9	..	104,5	..	3,2	..	9,0	9,2	..	-12,5	6,3	5,0	87
69 Jamaika	..	..	32,3	32,8	40,0	9,5	36,4	15,6	49,5	27,6	-5,6	-0,4	0,8	1,5	94
70 Paraguay	3,2	3,0	37,8	19,8	24,7	..	23,1	..	32,5	26,2	..	..	6,7	3,1	22
71 Algerien	..	..	14,6	53,3	46,4	..	..	..	..	22,0	0,8	-4,5	5,8	4,5	61

Anmerkung: Zur Vergleichbarkeit der Daten und ihrer Abgrenzung vgl. Technische Erläuterungen. Kursive Zahlen gelten für andere als die angegebenen Jahre.

	Geldmenge in weiter Abgrenzung										Durchschn. jährh. Inflation (%) (BIP- Deflator)	Leistungs- bilanz ohne off. Übertrag. (in % d. BSP)	Brutto- Währungs- reserven (Einfuhrdeckg. in Monaten)	Netto- Gegenw.- Wert d. Auslands- schulden (in % d. BSP)	
	Laufd. Defizit/ Überschuß der Zentral- regierung <sup>a</sup> (in % des BSP)		Durchschn. jährh. Wachst- Rate (%)	Durchschn. Bestände (in % d. BIP)	Nominale Zinssätze d. Banken (Jahresdurchschnitt %)										
					Einlagenzins	Kreditzins									
							1980	1994							
	1980	1994	1985-94	1980	1994	1980	1994	1980	1994	1980	1994	1980	1994	1980	1994
72 Kolumbien	1,6	2,9	31,9	17,1	19,8	..	29,4	..	40,5	25,6	..	..	..	5,8	28
73 Tunesien	9,4	3,5	10,2	37,6	44,3	2,5	..	7,2	..	6,3	-5,0	-2,7	2,1	2,3	52
74 Ukraine	..	..	..	..	..	..	208,6	..	250,3	297,0	..	..	..	..	6
75 Namibia	..	0,7	..	..	33,0	..	9,2	..	17,1	10,6	..	-0,6	..	1,3	..
76 Peru	2,1 <sup>c</sup>	2,2 <sup>c</sup>	469,4	16,5	15,3	..	22,3	..	53,6	492,2	-1,2	-6,0	6,6	9,7	41
77 Weißrußland	..	-0,5	..	..	..	..	..	..	..	136,7	..	..	..	..	5
78 Slowakei	..	..	..	..	69,3	..	9,3	..	14,6	9,8	..	5,8	..	3,1	30
79 Lettland	..	-0,9	..	..	30,4	..	31,7	..	55,9	69,8	..	..	..	5,3	6
80 Costa Rica	-3,7	-2,3	24,8	38,8	36,5	18,3	17,7	25,0	33,0	18,2	-14,8	-6,5	1,2	2,7	42
81 Polen	..	-1,0	94,8	57,0	31,7	..	30,6	8,0	32,8	97,8	-6,9	-3,1	0,3	2,8	37
82 Thailand	-0,1	6,6	20,1	34,5	74,2	12,0	8,5	18,0	14,4	5,0	-7,0	-5,9	3,3	5,3	42
83 Türkei	3,2	-2,1	70,2	17,2	21,9	8,0	87,8	..	..	65,8	-6,2	1,7	4,3	3,4	44
84 Kroatien	..	4,6	..	..	18,3	..	6,5	..	22,9	..	..	0,0	..	2,5	15
85 Panama	0,3	6,0	10,5	32,8	64,8	..	6,1	..	10,2	1,6	-9,7	-2,6	..	..	104
86 Russische Föderation	..	-5,7	..	..	13,7	..	..	..	..	124,3	..	..	..	1,5	23
87 Venezuela	7,4	2,7	35,0	28,7	24,0	..	39,0	..	46,6	36,4	6,7	..	9,3	9,3	59
88 Botswana	11,6 <sup>c</sup>	23,3 <sup>c</sup>	20,6	28,2	26,4	5,0	10,4	8,5	13,9	11,7	-22,5	4,4	..	..	13
89 Estland	..	..	..	..	23,8	..	11,5	..	23,1	77,3	..	-1,7	..	3,8	4
90 Iran, Islam. Rep.	-6,1	8,6	23,6	54,4	37,2	..	..	..	..	23,4	-2,8	..	9,2	..	33
91 Turkmenistan	..	..	..	..	..	..	..	..	..	58,6	..	18,0	..	..	1
Obere Einkommenskategorie															..
92 Brasilien	..	..	916,8	9,6	..	115,0	5.175,0	..	..	900,3	-5,6	-0,2	2,3	8,5	26
93 Südafrika	4,6	-7,7	21,7	30,8	50,4	5,5	11,1	9,5	15,6	14,3	4,9	-0,2	3,7	1,3	..
94 Mauritius	-1,9	4,1	21,0	40,0	70,1	9,2	11,0	12,2	18,9	8,8	-11,1	-6,8	1,9	3,9	35
95 Tschechische Rep.	..	3,4	..	..	74,1	..	7,1	..	13,1	11,8	..	-0,0	..	4,2	28
96 Malaysia	7,4	8,9	14,8	46,1	83,9	6,2	..	7,8	7,6	3,1	1,0	-6,6	4,7	4,5	33
97 Chile	6,9	4,9	26,2	21,0	34,9	37,7	15,1	47,1	20,3	18,5	-7,8	-2,4	5,9	10,3	41
98 Trinidad und Tobago	25,4	..	3,8	27,1	39,3	6,6	6,9	10,0	16,0	6,5	5,9	5,6	11,3	2,3	47
99 Ungarn	4,9	..	18,2	..	43,4	3,0	20,3	..	27,4	19,4	-2,2	-9,4	..	5,1	66
100 Gabun	..	..	..	15,3	13,0	7,5	8,1	12,5	17,5	3,3	8,8	..	0,7	0,9	110
101 Mexiko	3,9	..	49,3	25,2	30,2	20,6	13,3	28,1	..	40,0	-5,4	-8,1	1,5	1,0	32
102 Uruguay	2,2	-0,3	75,5	31,2	34,0	50,3	37,0	66,6	95,1	73,8	-7,7	-2,8	..	5,0	31
103 Oman	8,9	-6,0	5,6	13,8	30,4	..	4,3	..	8,6	0,1	15,4	-10,4	3,2	2,2	28
104 Slowenien	..	..	..	..	29,2	..	27,9	..	39,4	..	..	3,9	..	2,2	15
105 Saudi-Arabien	..	..	5,3	13,8	52,4	..	..	..	..	2,8	30,2	-10,9	5,0	2,1	..
106 Griechenland	-0,4	-14,3	15,1	50,5	53,2	14,5	18,9	21,2	27,4	15,5	-5,5	-6,3	3,7	8,2	..
107 Argentinien	..	..	311,1	19,0	16,1	79,6	8,1	..	10,1	317,2	-6,3	-3,6	7,0	6,1	25
108 Korea, Rep.	2,9	4,9	18,8	29,0	40,6	19,5	8,5	18,0	8,5	6,8	-9,5	-1,1	1,3	2,6	1-
Länder mit niedr. u. mittl. Eink.															30w
Afrika südlich der Sahara															50w
Ostasien u. Pazifik															28w
Südostasien															26w
Eurosa u. Zentralasien															25w
Naher Osten u. Nordafrika															32w
Lateinamerika u. Karibik															39w
Länder mit hohem Einkommen															..
109 Portugal	-2,8	-2,1	16,5	69,9	77,1	19,0	8,4	18,8	15,0	12,0	-3,8	-1,9	..	8,8	..
110 Neuseeland	-1,7	1,5	21,0	..	75,7	11,0	6,4	12,6	9,7	4,6	-4,2	-3,1	0,6	2,4	..
111 Spanien	0,4	-1,4	11,8	75,4	79,2	13,1	6,7	16,9	8,9	6,5	-2,4	-1,5	6,0	4,7	..
112 Irland	-5,9	-2,1	11,3	43,5	49,6	12,0	0,3	16,0	6,1	2,0	-14,2	2,3	2,8	1,9	..
113 Israel	-17,4	-1,6	22,0	19,9	38,4	..	12,2	176,9	17,4	18,0	-11,3	-8,4	3,6	2,4	..
114 Australien	0,6	-2,6	12,6	36,5	58,2	8,6	..	10,6	12,0	4,1	-2,2	-3,7	2,5	2,5	..
115 Großbritannien	-1,2	-4,9	16,3	29,8	..	14,1	3,4	16,2	5,5	5,4	1,5	0,4	2,0	1,5	..
116 Finnland	2,0	-11,0	7,2	39,8	58,5	9,0	3,3	9,8	7,9	4,2	-3,1	1,0	1,6	3,9	..
117 Italien	-6,3	-8,5	7,9	70,9	..	12,7	4,8	19,0	11,2	6,2	-2,2	2,5	6,4	2,7	..
118 Kuwait	60,3	..	2,9	33,1	80,2	9,2	7,1	9,2	7,9	..	48,0	15,4	6,2	4,4	..
119 Kanada	-2,4	..	9,2	45,1	58,3	12,9	5,6	14,3	6,9	3,1	-0,7	-3,3	2,3	0,8	..
120 Hongkong	..	..	..	60,7	..	..	..	..	..	9,0	-4,4	..	..	..	..
121 Niederlande	1,2	-2,2	5,8	67,1	84,2	6,0	3,0	13,5	8,3	1,6	-0,5	3,8	4,6	3,1	..
122 Singapur	10,1	13,7	14,9	57,7	83,6	9,4	3,0	11,7	5,9	3,9	-10,2	3,5	..	..	..
123 Belgien	-3,0	-3,9	5,5	45,0	..	7,7	4,9	18,0	9,4	3,2	-2,9	7,0	3,6	1,2	..
124 Frankreich	2,2	-4,2	3,2	71,7	61,4	7,3	4,6	12,5	7,9	2,9	-0,2	1,8	5,3	1,7	..
125 Schweden	-2,6	-11,7	..	54,0	47,5	11,2	4,9	15,2	10,6	5,8	-2,8	1,2	2,0	3,8	..
126 Österreich	0,6	-1,6	7,2	72,6	89,3	5,0	2,3	..	..	3,2	-5,5	-0,8	6,4	3,4	..
127 Deutschland	..	-0,3	8,3	..	62,5	7,9	4,5	12,0	11,5	..	..	0,3	5,5	2,5	..
128 Vereinigte Staaten	-0,4	-2,2	4,4	58,7	60,5	13,1 <sup>d</sup>	4,6 <sup>d</sup>	15,3	7,1	3,3	0,3	-2,1	6,2	2,0	..
129 Norwegen	4,5	-1,4	6,3	51,6	63,6	5,0	5,2	12,6	8,4	3,0	2,2	4,2	3,0	5,1	..
130 Dänemark	-1,2	-4,7	4,7	42,6	61,5	10,8	3,8	17,2	8,3	2,9	-4,5	4,1	1,9	2,0	..
131 Japan	-3,2	..	6,4	83,4	112,1	5,5	1,7	8,3	4,1	1,3	-0,4	3,0	2,9	3,5	..
132 Schweiz	0,7	..	4,7	..	120,7	8,8	3,6	5,6	5,5	3,7	0,2	6,9	..	7,7	..
133 Vereinigte Arab. Emirate	-10,5 <sup>c</sup>	-8,9 <sup>c</sup>	4,3	19,0	..	9,5	..	12,1	..	..	..	..	..	..	..
Gesamte Welt															..

<sup>a</sup> Bezieht sich auf den laufenden Haushaltssaldo ohne Zuschüsse. <sup>b</sup> Einschließlich Eritrea. <sup>c</sup> Angaben nur für die Haushaltsrechnung. <sup>d</sup> Zinssatz für Einlagenzertifikate.

Tabelle 3 Außenwirtschaftliche Kennzahlen

	Terms of trade (1987 = 100)		Ausfuhr- Konzentrations- Index		Gesamte Netto- mittelzuflüsse (in % d. BSP)		Private Netto- Kapitalzuflüsse (in Mio \$)		Öffentliche Entwicklungs- hilfe (in % d. BSP)	
	1985	1994	1984	1992	1980	1994	1980	1994	1980	1994
Länder mit niedrigem Einkommen	90m	..							2,1w	2,7w
Ohne China und Indien	89m	..							4,3w	7,0w
1 Ruanda	136	75	0,811	0,505	9,3	106,1	14	1	13,3	123,4
2 Mosambik	113	124	0,274	..	3,8	73,8	0	32	8,4	100,1
3 Äthiopien	119 <sup>a</sup>	74	0,622 <sup>a</sup>	0,557	8,2	18,2	26	-12	4,7	22,9
4 Tansania	126	83	0,359	0,248	16,4	22,7	100	12	12,4	30,3
5 Burundi	133	52	0,776	..	8,1	28,1	-3	-1	12,8	32,2
6 Sierra Leone	109	89	0,391	0,586	5,5	21,5	-7	38	8,5	21,4
7 Malawi	99	87	0,530	0,704	15,7	24,3	30	-1	12,6	37,0
8 Tschad	99	103	0,617	..	3,4	19,4	0	7	4,9	24,1
9 Uganda	149	58	0,932	0,561	9,7	12,9	54	-11	9,0	18,3
10 Madagaskar	124	82	0,466	0,285	8,7	12,2	131	2	5,8	16,0
11 Nepal	98	85	0,237	0,519	6,5	8,0	0	-3	8,3	10,8
12 Vietnam	..	..	..	0,308	..	6,5	0	272	..	5,2
13 Bangladesch	126	94	0,326	0,246	13,5	5,9	11	47	9,9	6,9
14 Haiti	89	52	0,201	0,266	5,2	37,2	20	2	7,3	37,8
15 Niger	91	101	0,738	..	12,9	19,2	199	-22	6,8	25,5
16 Guinea-Bissau	91	92	0,557	..	98,4	29,3	18	1	56,6	74,2
17 Kenia	124	80	0,340	0,305	8,8	1,6	301	-272	5,6	10,2
18 Mali	100	103	0,578	..	12,1	16,5	10	44	16,6	22,0
19 Nigeria	167	86	0,943	0,934	0,9	5,7	694	1.885	0,0	0,6
20 Jemen, Rep.	131	84	0,663	..	..	..	97	12	..	..
21 Burkina Faso	103	103	0,541	0,623	8,4	15,9	4	1	12,5	22,3
22 Mongolei	..	..	..	..	0,0	14,4	0	-12	0,0	22,5
23 Indien	92	100	0,183	0,140	1,4	2,4	868	5.497	1,3	0,8
24 Laos, Dem. VR	..	..	0,345	..	..	13,0	0	60	..	13,4
25 Togo	139	90	0,461	0,491	12,7	11,3	83	0	8,3	12,2
26 Gambia	137	111	0,520	..	35,0	13,9	21	6	24,4	20,9
27 Nicaragua	111	95	0,454	0,289	13,8	27,4	-26	36	10,9	41,6
28 Sambia	89	85	0,844	0,787	14,6	14,8	175	-4	8,9	22,3
29 Tadschikistan	..	..	..	..	..	11,5	0	10	..	3,2
30 Benin	111	110	0,428	..	7,2	12,9	4	5	6,4	15,7
31 Zentralafrik. Rep.	109	91	0,452	..	10,7	16,0	4	4	13,9	19,9
32 Albanien	..	..	..	..	..	9,1	0	45	..	7,8
33 Ghana	93	64	0,544	0,465	4,1	24,2	-26	838	4,3	11,1
34 Pakistan	112	101	0,207	0,228	5,4	6,4	230	1.657	5,1	2,5
35 Mauretanien	110	106	0,622	0,605	29,4	20,5	27	2	26,2	25,9
36 Aserbaidschan	..	..	..	..	..	3,7	0	0	..	4,0
37 Simbabwe	100	84	0,295	0,329	4,2	6,7	22	-70	3,1	10,1
38 Guinea	120	91	0,952	..	..	9,6	80	21	..	10,8
39 China	109	105	..	0,076	1,0	9,6	1.731	46.555	0,0	0,6
40 Honduras	118	73	0,401	0,457	11,7	14,7	136	66	4,2	9,8
41 Senegal	107	107	0,311	0,258	9,0	13,8	18	-9	9,0	17,4
42 Côte d'Ivoire	109	81	0,318	0,368	11,7	28,0	936	30	2,2	26,2
43 Kongo	150	93	0,796	0,636	35,5	9,1	440	-130	6,0	31,2
44 Kirgisistan	..	..	..	..	..	5,9	0	10	..	5,8
45 Sri Lanka	106	88	0,456	0,232	10,6	5,7	129	213	9,8	4,6
46 Armenien	..	..	..	..	..	7,0	0	0	..	6,9
47 Kamerun	113	79	0,479	..	9,6	9,5	409	59	3,9	10,7
48 Ägypten, Arab. Rep.	147	95	0,475	0,361	14,2	6,2	1.131	1.006	6,5	6,4
49 Lesotho	..	..	..	..	10,5	7,3	7	14	14,9	8,3
50 Georgien	..	..	..	..	..	9,0	0	10	..	8,4
51 Myanmar	128	107	..	0,282	4,7	0,2	29	34	5,4	0,2
Länder mit mittlerem Einkommen	90m	..							0,6w	0,5w
Untere Einkommenskategorie	88m	..							1,3w	1,1w
52 Bolivien	130	69	0,540	0,318	14,1	9,0	203	-5	5,9	10,3
53 Mazedonien	..	..	..	..	..	-2,4	0	-15	..	..
54 Moldau	..	..	..	..	..	5,1	0	23	..	1,4
55 Indonesien	145	79	0,499	0,194	2,5	5,4	987	7.408	1,3	1,0
56 Philippinen	99	114	0,298	0,293	3,9	6,9	840	4.107	0,9	1,6
57 Usbekistan	..	..	..	..	..	0,2	0	52	..	0,1
58 Marokko	99	107	0,284	0,160	7,4	3,9	550	877	4,9	2,1
59 Kasachstan	..	..	..	..	..	4,4	0	394	..	0,3
60 Guatemala	114	93	0,310	0,219	2,8	1,9	91	84	0,9	1,7
61 Papua-Neuguinea	94	90	0,495	0,465	16,8	-0,5	105	-231	13,1	6,5
62 Bulgarien	..	..	..	..	1,7	0,1	0	-376	0,0	1,6
63 Rumänien	66	111	..	..	..	4,3	1.360	787	..	0,5
64 Ecuador	143	82	0,616	0,467	7,4	5,3	594	705	0,4	1,4
65 Dominikanische Rep.	115	144	0,430	0,383	7,1	1,0	132	113	1,9	0,7
66 Litauen	..	..	..	..	..	1,8	0	13	..	1,4
67 El Salvador	122	89	0,557	0,238	3,2	1,9	-17	-40	2,8	3,9
68 Jordanien	127	118	0,335	0,331	..	4,4	28	-159	..	6,4
69 Jamaika	89	105	0,462	0,406	12,3	1,9	9	123	5,1	2,9
70 Paraguay	110	101	0,468	0,362	3,6	2,3	120	135	0,7	1,3
71 Algerien	173	83	0,534	0,546	3,1	3,4	896	424	0,4	1,0

Anmerkung: Zur Vergleichbarkeit der Daten und ihrer Abgrenzung vgl. Technische Erläuterungen. Kursive Zahlen gelten für andere als die angegebenen Jahre.

	Terms of trade (1987 = 100)		Ausfuhr- Konzentrations- Index		Gesamte Netto- mittelzuflüsse (in % d. BSP)		Private Netto- Kapitalzuflüsse (in Mio \$)		Öffentliche Entwicklungshilfe (in % d. BSP)	
	1985	1994	1984	1992	1980	1994	1980	1994	1980	1994
72 Kolumbien	124	71	0,505	0,238	2,9	2,3	688	1.860	0,3	0,2
73 Tunesien	123	93	0,414	0,209	7,2	2,8	336	80	2,7	0,7
74 Ukraine	..	..	..	..	..	0,9	0	424	..	0,4
75 Namibia	..	..	..	..	..	..	..	..	0,0	5,9
76 Peru	111	86	0,247	0,260	1,8	7,7	-67	3.214	1,0	0,9
77 Weißrußland	..	..	..	..	..	1,6	0	105	..	0,6
78 Slowakei	..	..	..	..	0,0	6,6	0	577	0,0	0,6
79 Lettland	..	..	..	..	..	5,2	0	222	..	0,9
80 Costa Rica	111	92	0,352	0,303	9,2	0,3	248	29	1,4	0,9
81 Polen	95	109	..	..	5,5	3,8	10	1.244	0,0	2,0
82 Thailand	103	105	0,182	0,090	6,5	3,3	1.465	4.138	1,3	0,4
83 Türkei	82	109	0,159	0,119	3,7	1,0	660	1.530	1,7	0,1
84 Kroatien	..	..	..	0,108	..	0,3	0	96	..	..
85 Panama	104	86	0,343	0,422	4,1	8,4	65	633	1,3	0,6
86 Russische Föderation	..	..	..	..	..	0,8	0	658	..	0,5
87 Venezuela	166	82	0,652	0,555	2,6	0,9	1.825	70	0,0	0,1
88 Botswana	97	152	..	..	20,3	-0,5	114	-50	11,8	2,2
89 Estland	..	..	..	..	..	5,5	0	211	..	0,9
90 Iran, Islam. Rep.	176	90	0,965	0,880	-0,3	-2,1	-178	-1.579	0,0	0,2
91 Turkmenistan	..	..	..	..	..	1,0	0	13	..	0,1
<b>Obere Einkommenskategorie</b>	<b>93m</b>	<b>..</b>							<b>0,1w</b>	<b>0,2w</b>
92 Brasilien	101	101	0,126	0,089	2,8	1,8	5.655	11.871	0,0	0,1
93 Südafrika	101	102	0,457	0,378	..	..	..	..	..	..
94 Mauritius	77	121	0,656	0,332	8,3	3,5	49	124	2,9	0,4
95 Tschechische Rep.	..	..	..	..	0,0	7,8	0	2.642	0,0	0,4
96 Malaysia	114	92	0,276	0,156	8,7	10,2	1.913	6.661	0,6	0,1
97 Chile	91	94	0,324	0,308	8,7	8,2	2.447	4.300	0,0	0,3
98 Trinidad und Tobago	138	86	0,546	0,422	6,3	8,9	258	343	0,1	0,5
99 Ungarn	103	99	..	..	3,3	7,3	596	2.717	0,0	0,5
100 Gabun	154	90	0,790	0,743	-1,9	2,5	-93	-128	1,4	5,6
101 Mexiko	145	92	0,534	0,153	4,8	4,6	8.182	17.394	0,0	0,1
102 Uruguay	91	112	0,239	0,176	5,3	3,3	479	378	0,1	0,6
103 Oman	182	77	0,435	0,824	3,3	4,5	34	395	3,1	0,9
104 Slowenien	..	..	..	0,083	..	2,4	0	368	..	..
105 Saudi-Arabien	175	92	0,887	0,776	..	..	..	..	0,0	0,0
106 Griechenland	96	99	0,127	0,118	..	..	..	..	0,1	0,1
107 Argentinien	123	120	0,194	0,153	4,6	3,2	3.476	8.214	0,0	0,1
108 Korea, Rep.	94	102	0,193	0,109	4,0	2,1	1.782	8.132	0,2	0,0
<b>Länder mit niedr. u. mittl. Eink.</b>	<b>90m</b>	<b>..</b>							<b>1,1w</b>	<b>1,1w</b>
Afrika südlich der Sahara	92m	..							<b>3,4w</b>	<b>12,4w</b>
Ostasien u. Pazifik	87m	..							<b>0,7w</b>	<b>0,8w</b>
Südostasien	91m	..							<b>2,4w</b>	<b>1,4w</b>
Europa u. Zentralasien	97m	..							<b>1,0w</b>	<b>0,3w</b>
Naher Osten u. Nordafrika	83m	..							<b>1,1w</b>	<b>1,6w</b>
Lateinamerika u. Karibik	84m	..							<b>0,3w</b>	<b>0,3w</b>
<b>Länder mit hohem Einkommen</b>	<b>100m</b>	<b>..</b>							<b>..</b>	<b>..</b>
109 Portugal	87	104	0,144	0,106	..	..	..	..	..	..
110 Neuseeland	90	108	0,212	0,174	..	..	..	..	..	..
111 Spanien	82	112	0,120	0,142	..	..	..	..	..	..
112 Irland	96	92	0,161	0,125	..	..	..	..	..	..
113 Israel	99	113	0,208	0,256	..	..	..	..	4,1	1,9
114 Australien	110	98	0,180	0,196	..	..	..	..	..	..
115 Großbritannien	104	105	0,152	0,063	..	..	..	..	..	..
116 Finnland	88	94	0,210	0,230	..	..	..	..	..	..
117 Italien	84	104	0,100	0,056	..	..	..	..	..	..
118 Kuwait	165	88	0,570	0,742	..	..	..	..	0,0	0,0
119 Kanada	99	97	0,225	0,125	..	..	..	..	..	..
120 Hongkong	118	87	0,310	0,152	..	..	..	..	0,0	0,0
121 Niederlande	101	101	0,137	0,061	..	..	..	..	..	..
122 Singapur	108	91	0,238	0,183	..	..	..	..	0,1	0,0
123 Belgien	93	101	0,115	0,106	..	..	..	..	..	..
124 Frankreich	89	106	0,085	0,064	..	..	..	..	..	..
125 Schweden	92	105	0,151	0,110	..	..	..	..	..	..
126 Österreich	92	93	0,078	0,061	..	..	..	..	..	..
127 Deutschland <sup>a</sup>	84	97	0,136	0,084	..	..	..	..	..	..
128 Vereinigte Staaten	101	101	0,110	0,080	..	..	..	..	..	..
129 Norwegen	141	97	0,345	0,366	..	..	..	..	..	..
130 Dänemark	91	102	0,087	0,077	..	..	..	..	..	..
131 Japan	73	128	0,209	0,140	..	..	..	..	..	..
132 Schweiz	85	64	0,119	0,102	..	..	..	..	..	..
133 Vereinigte Arab. Emirate	181	93	0,801	0,691	..	..	..	..	0,0	0,0
<b>Gesamte Welt</b>	<b>93m</b>	<b>..</b>							<b>..</b>	<b>..</b>

<sup>a</sup> Einschließlich Eritrea. <sup>b</sup> Einschließlich Luxemburg. <sup>c</sup> Angaben vor 1990 beziehen sich auf die Bundesrepublik Deutschland vor der Vereinigung.

Tabelle 4 Bevölkerung und Erwerbstätige

	Bevölkerung						Erwerbstätige									
	Insgesamt (in Mio)		Durchschnittliches jährliches Wachstum (in %)		Altersgruppe 15-64 (in Mio)		Insgesamt <sup>a</sup> (in Mio)		Durchschnittliches jährliches Wachstum (in %)		Frauen (in %)		Land- wirtschaft (in %)		Industrie (in %)	
			1980-90	1990-94	1980	1994			1980-90	1990-94			1980	1990	1980	1990
	1980	1994	1980-90	1990-94	1980	1994	1980	1994	1980-90	1990-94	1980	1994	1980	1990	1980	1990
Länder mit niedrigem Einkommen Ohne China und Indien	2.412s 743s	3.182s 1.078s	2,1w 2,7w	1,8w 2,5w	1.357s 374s	1.925s 575s	1.165s 327s	1.575s 474s	2,3w 2,7w	1,9w 2,6w	41w 42w	42w 43w	73w 72w	69w 66w	13w 10w	15 v 12 v
1 Ruanda	5	8	3,0	2,6	3	4	3	4	3,2	2,9	49	49	93	92	3	3
2 Mosambik	12	15	1,6	2,2	6	9	7	8	1,2	2,7	49	50	84	83	7	8
3 Äthiopien	38	55	3,1	1,7	19	27	16	23	2,5	2,8	41	40	89	86	2	2
4 Tansania	19	29	3,2	3,0	9	15	10	15	3,3	2,8	50	49	86	84	4	5
5 Burundi	4	6	2,9	3,0	2	3	2	3	2,7	2,9	50	49	93	92	2	3
6 Sierra Leone	3	4	2,1	2,4	2	2	1	2	1,8	2,3	36	36	70	68	14	15
7 Malawi	6	10	3,3	2,8	3	5	3	5	3,9	2,4	51	54	87	87	5	5
8 Tschad	4	6	2,4	2,5	2	3	2	3	1,9	2,7	43	44	88	83	3	4
9 Uganda	13	19	2,4	3,2	7	9	7	10	2,9	2,9	49	52	87	85	4	5
10 Madagaskar	9	13	2,9	2,9	5	7	4	7	2,9	3,2	47	49	82	78	6	7
11 Nepal	15	21	2,6	2,5	8	11	7	10	2,4	2,5	39	40	94	94	1	0
12 Vietnam	54	72	2,1	2,1	28	41	26	37	2,8	2,1	48	50	73	71	13	14
13 Bangladesch	87	118	2,4	1,7	44	62	42	59	2,4	2,7	43	42	73	65	9	16
14 Haiti	5	7	1,9	1,9	3	4	3	3	1,3	1,9	45	43	71	68	8	9
15 Niger	6	9	3,3	3,2	3	4	3	4	3,0	3,0	45	45	91	90	3	4
16 Guinea-Bissau	1	1	1,8	2,0	0	1	0	1	1,5	1,9	39	41	87	85	2	2
17 Kenia	17	26	3,4	2,7	8	13	8	13	3,7	3,4	46	48	82	80	6	7
18 Mali	7	10	2,5	3,0	3	5	4	5	2,7	2,8	49	51	89	86	2	2
19 Nigeria	71	108	3,0	2,9	36	56	30	43	2,5	2,8	37	36	54	43	8	7
20 Jemen, Rep.	9	15	3,3	5,5	..	7	2	4	3,6	4,8	31	26	73	61	13	17
21 Burkina Faso	7	10	2,6	2,9	4	5	4	5	2,0	2,0	48	46	92	92	3	2
22 Mongolei	2	2	2,8	1,9	1	1	1	1	2,9	2,8	46	46	40	32	21	22
23 Indien	687	914	2,1	1,8	396	550	300	394	1,9	2,1	34	32	70	64	13	16
24 Laos, Dem. VR	3	5	2,7	3,1	2	2	2	2	2,3	2,6	45	47	80	78	6	6
25 Togo	3	4	3,0	3,2	1	2	1	2	2,6	3,0	39	40	69	66	10	10
26 Gambia	1	1	3,6	3,9	0	1	0	1	3,4	3,4	45	44	84	82	7	8
27 Nicaragua	3	4	2,7	3,1	1	2	1	2	2,7	4,5	28	36	39	28	24	26
28 Sambia	6	9	3,5	3,0	3	5	2	4	3,5	3,0	45	44	76	75	8	8
29 Tadschikistan	4	6	2,9	2,0	..	3	2	2	2,0	3,3	47	44	45	41	23	23
30 Benin	3	5	3,1	2,9	2	3	2	2	2,5	2,7	47	47	67	63	7	8
31 Zentralafrik. Rep.	2	3	2,4	2,5	1	2	1	2	1,7	2,1	48	47	85	80	3	3
32 Albanien	3	3	2,1	-0,6	2	2	1	2	2,6	1,4	39	43	57	55	23	23
33 Ghana	11	17	3,3	2,8	6	9	5	8	3,2	3,0	51	51	62	59	13	13
34 Pakistan	83	126	3,1	2,9	45	67	30	49	3,4	3,3	23	28	60	52	15	19
35 Mauretanien	2	2	2,6	2,5	1	1	1	1	2,0	2,7	45	44	72	55	7	10
36 Aserbaidschan	6	7	1,5	1,0	..	5	3	3	1,0	1,8	47	44	35	31	28	29
37 Simbabwe	7	11	3,3	2,5	4	6	3	5	3,6	2,4	45	45	72	68	12	8
38 Guinea	4	6	2,5	2,8	2	3	2	3	2,1	2,7	47	48	91	87	1	2
39 China	981	1.191	1,5	1,2	587	800	548	715	2,2	1,1	44	46	74	72	14	15
40 Honduras	4	6	3,3	3,0	2	3	1	2	3,4	3,7	25	28	57	41	15	20
41 Senegal	6	8	2,9	2,7	3	4	3	4	2,5	2,6	42	42	81	77	6	8
42 Côte d'Ivoire	8	14	3,8	3,6	4	7	3	5	3,1	2,9	32	33	65	60	8	10
43 Kongo	2	3	3,1	3,1	1	1	1	1	2,9	2,7	43	42	58	49	13	15
44 Kirgisistan	4	4	1,9	0,4	..	3	2	2	1,5	2,0	47	48	34	32	29	27
45 Sri Lanka	15	18	1,4	1,3	9	11	5	7	2,4	2,0	27	35	52	48	18	21
46 Armenien	3	4	1,4	1,4	..	2	1	2	1,1	1,4	48	45	21	18	43	43
47 Kamerun	9	13	2,8	3,0	5	7	4	5	2,5	2,9	37	37	73	70	8	9
48 Ägypten, Arab. Rep.	41	57	2,5	2,0	23	33	15	22	2,5	2,9	28	30	57	40	16	22
49 Lesotho	1	2	2,8	2,3	1	1	1	1	2,5	2,9	38	38	41	40	34	28
50 Georgien	5	5	0,7	-0,2	..	4	3	3	0,4	0,2	49	47	32	26	27	31
51 Myanmar	34	46	2,1	2,2	19	27	17	23	2,2	2,1	44	43	76	73	8	10
Länder mit mittlerem Einkommen Untere Einkommenskategorie	1.240s 874s	1.570s 1.097s	1,8w 1,7w	1,5w 1,4w	545s 340s	966s 674s	517s 377s	685s 486s	2,1w 1,8w	1,9w 1,8w	39w 42w	41w 43w	38w 41w	31w 36w	27w 27w	27v 27v
52 Bolivien	5	7	2,0	2,4	3	4	2	3	2,6	2,6	33	37	53	47	18	18
53 Mazedonien	2	2	0,7	0,9	..	1	1	1	1,8	1,4	34	41	36	21	33	40
54 Moldau	4	4	0,9	-0,1	..	3	2	2	0,1	0,5	50	49	43	33	26	30
55 Indonesien	148	190	1,8	1,6	84	117	60	89	3,0	2,5	36	40	58	55	12	14
56 Philippinen	48	67	2,4	2,2	26	38	19	27	2,6	2,6	35	36	52	46	15	15
57 Usbekistan	16	22	2,5	2,2	..	12	6	9	2,2	2,9	48	46	38	34	25	25
58 Marokko	19	26	2,3	2,0	10	16	7	10	2,7	2,6	34	35	56	45	20	25
59 Kasachstan	15	17	1,2	0,1	..	10	7	8	1,1	0,9	48	47	24	22	32	32
60 Guatemala	7	10	2,8	2,9	4	5	2	4	2,9	3,5	22	25	54	52	19	17
61 Papua-Neuguinea	3	4	2,2	2,2	2	2	2	2	2,1	2,3	42	42	82	79	6	7
62 Bulgarien	9	8	-0,2	-0,8	6	6	5	4	0,0	-0,5	45	50	20	13	45	48
63 Rumänien	22	23	0,4	-0,5	14	15	11	11	-0,2	0,1	46	45	35	24	41	47
64 Ecuador	8	11	2,5	2,2	4	7	3	4	3,5	3,1	20	26	40	33	20	19
65 Dominikanische Rep.	6	8	2,2	1,7	3	5	2	3	3,1	2,7	25	29	32	25	24	29
66 Litauen	3	4	0,9	0,0	..	2	2	2	0,6	-0,1	50	48	28	18	38	41
67 El Salvador	5	6	1,3	2,1	2	3	2	2	2,1	3,3	27	33	43	36	19	21
68 Jordanien	2	4	3,7	6,0	1	2	1	1	4,9	5,2	20	25	18	15	24	23
69 Jamaika	2	2	1,2	0,9	1	2	1	1	1,9	1,6	46	45	31	25	16	23
70 Paraguay	3	5	3,1	2,8	2	3	1	2	3,1	3,0	26	28	45	39	20	22
71 Algerien	19	27	2,9	2,3	9	16	5	8	3,7	4,2	22	23	36	26	27	31

Anmerkung: Zur Vergleichbarkeit der Daten und ihrer Abgrenzung vgl. Länderschlüssel und Technische Erläuterungen.

	Bevölkerung						Erwerbstätige									
	Durchschnittliches jährliches Wachstum				Altersgruppe 15-64 (in Mio)		Durchschnittliches jährliches Wachstum				Frauen (in %)		Landwirtschaft (in %)		Industrie (in %)	
	Insgesamt (in Mio)		Wachstum (in %)		1980 1994		Insgesamt <sup>a</sup> (in Mio)		Wachstum (in %)		1980 1994		1980 1990		1980 1990	
	1980	1994	1980-90	1990-94	1980	1994	1980	1994	1980-90	1990-94	1980	1994	1980	1990	1980	1990
72 Kolumbien	28	36	1,9	1,9	15	23	9	15	4,0	2,6	25	35	40	27	21	23
73 Tunesien	6	9	2,5	1,9	3	5	2	3	2,6	3,0	29	30	39	28	30	33
74 Ukraine	50	52	0,4	0,0	..	34	26	26	-0,2	-0,1	50	48	25	20	39	40
75 Namibia	1	2	2,7	2,8	1	1	0	1	2,3	2,6	40	40	56	49	15	15
76 Peru	17	23	2,2	1,9	9	14	5	8	3,2	3,0	24	28	40	36	18	18
77 Weißrußland	10	10	0,6	0,2	..	7	5	5	0,4	-0,1	50	48	26	20	38	40
78 Slowakei	5	5	0,6	0,3	..	4	2	3	0,9	0,9	45	48	14	12	36	32
79 Lettland	3	3	0,5	-1,2	..	2	1	1	0,2	-0,8	51	51	16	16	42	40
80 Costa Rica	2	3	2,8	2,1	1	2	1	1	3,8	2,8	21	29	35	26	23	27
81 Polen	36	39	0,7	0,3	23	25	19	19	0,1	0,5	45	46	30	27	38	36
82 Thailand	47	58	1,8	1,0	26	39	24	34	2,6	1,5	47	47	71	64	10	14
83 Türkei	44	61	2,3	2,0	25	37	19	28	2,9	2,3	35	35	60	53	16	18
84 Kroatien	5	5	0,4	0,0	..	3	2	2	0,2	-0,1	38	41	25	16	33	34
85 Panama	2	3	2,1	1,9	1	2	1	1	3,1	2,6	30	33	29	26	19	16
86 Russische Föderation	139	148	0,6	0,0	..	99	76	77	0,2	0,0	49	48	16	14	44	42
87 Venezuela	15	21	2,6	2,3	8	13	5	8	3,4	3,1	27	33	15	12	28	27
88 Botswana	1	1	3,5	3,1	0	1	0	1	3,4	3,2	50	46	63	46	10	20
89 Estland	1	1	0,6	-1,2	..	1	1	1	0,4	-0,4	51	51	15	14	43	41
90 Iran, Islam. Rep.	39	63	3,5	2,9	20	32	12	20	3,8	3,2	20	24	46	39	24	23
91 Turkmenistan	3	4	2,5	4,6	..	2	1	2	2,3	2,8	47	41	39	37	24	23
<b>Oberer Einkommenskategorie</b>	<b>366s</b>	<b>473s</b>	<b>1,9w</b>	<b>1,7w</b>	<b>206s</b>	<b>293s</b>	<b>140s</b>	<b>199s</b>	<b>2,7w</b>	<b>2,2w</b>	<b>32w</b>	<b>36</b>	<b>31w</b>	<b>21w</b>	<b>28w</b>	<b>27w</b>
92 Brasilien	121	159	2,0	1,7	71	99	48	71	3,2	1,9	28	34	37	23	24	23
93 Südafrika	29	41	2,4	2,2	17	24	11	16	2,7	2,5	35	37	17	14	35	32
94 Mauritius	1	1	0,9	1,3	1	1	0	0	2,3	1,6	26	31	27	17	28	43
95 Tschechische Rep.	10	10	0,1	-0,1	..	7	5	6	0,1	0,5	47	47	13	11	56	45
96 Malaysia	14	20	2,6	2,4	8	11	5	8	2,8	2,7	34	36	41	27	19	23
97 Chile	11	14	1,7	1,5	7	9	4	5	2,7	2,2	26	31	21	19	25	25
98 Trinidad und Tobago	1	1	1,3	1,2	1	1	0	1	1,2	2,1	32	36	11	11	39	31
99 Ungarn	11	10	-0,3	-0,3	7	7	5	5	-0,8	-0,1	43	44	18	15	43	38
100 Gabun	1	1	3,5	3,2	0	1	0	1	2,6	1,9	45	44	65	51	12	16
101 Mexiko	67	89	2,0	2,0	35	53	22	35	3,5	2,9	27	32	36	28	29	24
102 Uruguay	3	3	0,6	0,6	2	2	1	1	1,6	1,0	31	40	17	14	28	27
103 Oman	1	2	4,6	4,5	1	1	0	1	4,1	4,0	7	13	50	44	22	24
104 Slowenien	2	2	0,5	-0,1	..	1	1	1	0,3	0,3	44	45	15	6	43	46
105 Saudi-Arabien	9	18	5,2	3,2	5	10	3	6	6,5	2,5	8	12	43	19	16	20
106 Griechenland	10	10	0,5	0,6	6	7	4	4	1,2	0,7	28	36	31	23	29	27
107 Argentinien	28	34	1,5	1,2	17	21	11	13	1,3	2,0	28	30	13	12	34	32
108 Korea, Rep.	38	44	1,2	0,9	24	31	16	21	2,3	1,9	39	40	37	18	27	35
<b>Länder mit niedr. u. mittl. Eink.</b>	<b>3.652s</b>	<b>4.752s</b>	<b>2,0w</b>	<b>1,7w</b>	<b>1.902s</b>	<b>2.892s</b>	<b>1.682s</b>	<b>2.259s</b>	<b>2,2w</b>	<b>1,9w</b>	<b>41w</b>	<b>42w</b>	<b>62w</b>	<b>58w</b>	<b>17w</b>	<b>18w</b>
Afrika südlich der Sahara	380s	572s	3,0w	2,7w	197s	296s	171s	251s	2,8w	2,7w	43w	44w	72w	68w	9w	9w
Ostasien u. Pazifik	1.398s	1.735s	1,6w	1,4w	822s	1.134s	719s	967s	2,3w	1,5w	43w	45w	72w	69w	14w	16w
Südostasien	903s	1.220s	2,2w	1,9w	511s	715s	389s	525s	2,1w	2,3w	35w	33w	70w	64w	13w	16w
Europa u. Zentralasien	437s	487s	0,9w	0,4w	83s	315s	219s	238s	0,6w	0,6w	47w	46w	27w	23w	37w	37w
Nahe- Osten u. Nordafrika	175s	267s	3,1w	2,8w	87s	146s	53s	85s	3,2w	3,6w	26w	28w	49w	37w	21w	24w
Lateinamerika u. Karibik	359s	471s	2,0w	1,8w	202s	286s	130s	194s	3,0w	2,5w	28w	33w	34w	26w	25w	24w
<b>Länder mit hohem Einkommen</b>	<b>776s</b>	<b>850s</b>	<b>0,6w</b>	<b>0,7w</b>	<b>497s</b>	<b>569s</b>	<b>352s</b>	<b>408s</b>	<b>1,1w</b>	<b>0,9w</b>	<b>39w</b>	<b>43w</b>	<b>7w</b>	<b>5w</b>	<b>35w</b>	<b>31w</b>
109 Portugal	10	10	0,1	0,0	6	7	5	5	0,4	0,4	39	43	26	18	36	34
110 Neuseeland	3	3	0,8	0,9	2	2	1	2	2,0	1,5	34	44	11	10	33	25
111 Spanien	37	39	0,4	0,2	24	27	14	17	1,3	1,0	28	36	18	12	37	33
112 Irland	3	4	0,3	0,5	2	2	1	1	0,4	1,5	28	33	19	14	34	29
113 Israel	4	5	1,8	3,7	2	3	1	2	2,3	3,6	34	38	6	4	32	29
114 Australien	15	18	1,5	1,1	9	12	7	9	2,3	1,6	36	42	6	6	32	26
115 Großbritannien	56	58	0,2	0,4	36	38	27	29	0,6	0,3	39	43	3	2	38	29
116 Finnland	5	5	0,4	0,5	3	3	2	3	0,6	0,2	46	47	12	8	35	31
117 Italien	56	57	0,1	0,2	36	39	23	25	0,8	0,4	33	37	13	9	38	31
118 Kuwait	1	2	4,4	-6,8	1	1	0	1	5,9	-2,3	13	33	2	1	32	25
119 Kanada	25	29	1,2	1,3	17	20	12	15	1,9	1,1	40	44	7	3	33	25
120 Hongkong	5	6	1,2	1,5	3	4	2	3	1,6	0,8	34	36	1	1	50	37
121 Niederlande	14	15	0,6	0,7	9	11	6	7	2,0	0,7	31	39	6	5	31	26
122 Singapur	2	3	1,7	2,0	2	2	1	1	1,7	1,0	37	37	2	0	42	36
123 Belgien	10	10	0,1	0,4	6	7	4	4	0,2	0,5	34	40	3	3	35	28
124 Frankreich	54	58	0,5	0,5	34	38	24	26	0,3	0,8	40	44	8	5	35	29
125 Schweden	8	9	0,3	0,6	5	6	4	5	1,0	0,3	44	47	..	..	..	..
126 Österreich	8	8	0,2	1,0	5	5	3	4	0,5	0,5	40	40	10	8	41	38
127 Deutschland	78	82	0,1	0,6	52	56	37	40	0,6	0,2	40	41	7	4	45	38
128 Vereinigte Staaten	228	261	0,9	1,0	151	171	110	131	1,3	1,1	42	45	3	3	31	28
129 Norwegen	4	4	0,4	0,6	3	3	2	2	0,9	0,7	40	45	8	6	29	25
130 Dänemark	5	5	0,0	0,3	3	4	3	3	0,7	-0,1	44	46	7	6	31	28
131 Japan	117	125	0,6	0,3	79	87	57	66	1,1	0,6	38	40	11	7	35	34
132 Schweiz	6	7	0,6	1,0	4	5	3	4	1,7	1,0	37	40	6	6	39	35
133 Vereinigte Arab. Emirate	1	2	4,7	2,9	1	1	1	1	4,4	1,8	5	13	5	8	38	27
<b>Gesamte Welt</b>	<b>4.428s</b>	<b>5.601s</b>	<b>1,7w</b>	<b>1,5w</b>	<b>2.400s</b>	<b>3.461s</b>	<b>2.034s</b>	<b>2.667s</b>	<b>2,0w</b>	<b>1,7w</b>	<b>41w</b>	<b>42</b>	<b>53w</b>	<b>49w</b>	<b>20w</b>	<b>20w</b>

<sup>a</sup> Zur Ableitung der Erwerbstätigen-Schätzungen wurden Partizipationsraten der ILO auf die Bevölkerungs-Schätzwerte angewandt.



Tabelle 5 Verteilung von Einkommen oder Verbrauch

Länder mit niedrigem Einkommen Ohne China und Indien	Erhebungsjahr	Gini-Index	Prozentualer Anteil am Einkommen oder Verbrauch						
			Unterste 10%-Gruppe	Unterste 20%-Gruppe	Zweite 20%-Gruppe	Dritte 20%-Gruppe	Vierte 20%-Gruppe	Höchste 20%-Gruppe	Höchste 10%-Gruppe
1 Ruanda	1983/85 <sup>a,b</sup>	28,9	4,2	9,7	13,2	16,5	21,6	39,1	24,2
2 Mosambik	..	..	..	..	..	..	..	..	..
3 Äthiopien	..	..	..	..	..	..	..	..	..
4 Tansania	1993 <sup>a,b</sup>	38,1	2,9	6,9	10,9	15,3	21,5	45,4	30,2
5 Burundi	..	..	..	..	..	..	..	..	..
6 Sierra Leone	..	..	..	..	..	..	..	..	..
7 Malawi	..	..	..	..	..	..	..	..	..
8 Tschad	..	..	..	..	..	..	..	..	..
9 Uganda	1992 <sup>a,b</sup>	40,8	3,0	6,8	10,3	14,4	20,4	48,1	33,4
10 Madagaskar	1993 <sup>a,b</sup>	43,4	2,3	5,8	9,9	14,0	20,3	50,0	34,9
11 Nepal	1984/85 <sup>c,d</sup>	30,1	4,0	9,1	12,9	16,7	21,8	39,5	25,0
12 Vietnam	1993 <sup>a,b</sup>	35,7	3,5	7,8	11,4	15,4	21,4	44,0	29,0
13 Bangladesch	1992 <sup>a,b</sup>	28,3	4,1	9,4	13,5	17,2	22,0	37,9	23,7
14 Haiti	..	..	..	..	..	..	..	..	..
15 Niger	1992 <sup>a,b</sup>	36,1	3,0	7,5	11,8	15,5	21,1	44,1	29,3
16 Guinea-Bissau	1991 <sup>a,b</sup>	56,2	0,5	2,1	6,5	12,0	20,6	58,9	42,4
17 Kenia	1992 <sup>a,b</sup>	57,5	1,2	3,4	6,7	10,7	17,0	62,1	47,7
18 Mali	..	..	..	..	..	..	..	..	..
19 Nigeria	1992/93 <sup>a,b</sup>	37,5	1,3	4,0	8,9	14,4	23,4	49,3	31,3
20 Jemen, Rep.	..	..	..	..	..	..	..	..	..
21 Burkina Faso	..	..	..	..	..	..	..	..	..
22 Mongolei	..	..	..	..	..	..	..	..	..
23 Indien	1992 <sup>a,b</sup>	33,8	3,7	8,5	12,1	15,8	21,1	42,6	28,4
24 Laos, Dem. VR	1992 <sup>a,b</sup>	30,4	4,2	9,6	12,9	16,3	21,0	40,2	26,4
25 Togo	..	..	..	..	..	..	..	..	..
26 Gambia	..	..	..	..	..	..	..	..	..
27 Nicaragua	1993 <sup>a,b</sup>	50,3	1,6	4,2	8,0	12,6	20,0	55,2	39,8
28 Sambia	1993 <sup>a,b</sup>	46,2	1,5	3,9	8,0	13,8	23,8	50,4	31,3
29 Tadschikistan	..	..	..	..	..	..	..	..	..
30 Benin	..	..	..	..	..	..	..	..	..
31 Zentralafrik. Rep.	..	..	..	..	..	..	..	..	..
32 Albanien	..	..	..	..	..	..	..	..	..
33 Ghana	1992 <sup>a,b</sup>	33,9	3,4	7,9	12,0	16,1	21,8	42,2	27,3
34 Pakistan	1991 <sup>a,b</sup>	31,2	3,4	8,4	12,9	16,9	22,2	39,7	25,2
35 Mauretanien	1988 <sup>a,b</sup>	42,4	0,7	3,6	10,6	16,2	23,0	46,5	30,4
36 Aserbaidschan	..	..	..	..	..	..	..	..	..
37 Simbabwe	1990 <sup>a,b</sup>	56,8	1,8	4,0	6,3	10,0	17,4	62,3	46,9
38 Guinea	1991 <sup>a,b</sup>	46,8	0,9	3,0	8,3	14,6	23,9	50,2	31,7
39 China	1992 <sup>c,d</sup>	37,6	2,6	6,2	10,5	15,8	23,6	43,9	26,8
40 Honduras	1992 <sup>c,d</sup>	52,7	1,5	3,8	7,4	12,0	19,4	57,4	41,9
41 Senegal	1991 <sup>a,b</sup>	54,1	1,4	3,5	7,0	11,6	19,3	58,6	42,8
42 Côte d'Ivoire	1988 <sup>a,b</sup>	36,9	2,8	6,8	11,2	15,8	22,2	44,1	28,5
43 Kongo	..	..	..	..	..	..	..	..	..
44 Kirgisistan	..	..	..	..	..	..	..	..	..
45 Sri Lanka	1990 <sup>a,b</sup>	30,1	3,8	8,9	13,1	16,9	21,7	39,3	25,2
46 Armenien	..	..	..	..	..	..	..	..	..
47 Kamerun	..	..	..	..	..	..	..	..	..
48 Ägypten, Arab. Rep.	1991 <sup>a,b</sup>	32,0	3,9	8,7	12,5	16,3	21,4	41,1	26,7
49 Lesotho	1986/87 <sup>a,b</sup>	56,0	0,9	2,8	6,5	11,2	19,4	60,1	43,4
50 Georgien	..	..	..	..	..	..	..	..	..
51 Myanmar	..	..	..	..	..	..	..	..	..
Länder mit mittlerem Einkommen Untere Einkommenskategorie									
52 Bolivien	1990 <sup>c,d</sup>	42,0	2,3	5,6	9,7	14,5	22,0	48,2	31,7
53 Mazedonien	..	..	..	..	..	..	..	..	..
54 Moldau	1992 <sup>c,d</sup>	34,4	2,7	6,9	11,9	16,7	23,1	41,5	25,8
55 Indonesien	1993 <sup>a,b</sup>	31,7	3,9	8,7	12,3	16,3	22,1	40,7	25,6
56 Philippinen	1988 <sup>a,b</sup>	40,7	2,8	6,5	10,1	14,4	21,2	47,8	32,1
57 Usbekistan	..	..	..	..	..	..	..	..	..
58 Marokko	1990/91 <sup>a,b</sup>	39,2	2,8	6,6	10,5	15,0	21,7	46,3	30,5
59 Kasachstan	1993 <sup>c,d</sup>	32,7	3,1	7,5	12,3	16,9	22,9	40,4	24,9
60 Guatemala	1989 <sup>c,d</sup>	59,6	0,6	2,1	5,8	10,5	18,6	63,0	46,6
61 Papua-Neuguinea	..	..	..	..	..	..	..	..	..
62 Bulgarien	1992 <sup>c,d</sup>	30,8	3,3	8,3	13,0	17,0	22,3	39,3	24,7
63 Rumänien	1992 <sup>c,d</sup>	25,5	3,8	9,2	14,4	18,4	23,2	34,8	20,2
64 Ecuador	1994 <sup>a,b</sup>	46,6	2,3	5,4	8,9	13,2	19,9	52,6	37,6
65 Dominikanische Rep.	1989 <sup>c,d</sup>	50,5	1,6	4,2	7,9	12,5	19,7	55,7	39,6
66 Litauen	1993 <sup>c,d</sup>	33,6	3,4	8,1	12,3	16,2	21,3	42,1	28,0
67 El Salvador	..	..	..	..	..	..	..	..	..
68 Jordanien	1991 <sup>a,b</sup>	43,4	2,4	5,9	9,8	13,9	20,3	50,1	34,7
69 Jamaika	1991 <sup>a,b</sup>	41,1	2,4	5,8	10,2	14,9	21,6	47,5	31,9
70 Paraguay	..	..	..	..	..	..	..	..	..
71 Algerien	1988 <sup>a,b</sup>	38,7	2,8	6,9	11,0	15,1	20,9	46,1	31,5

Anmerkung: Zur Vergleichbarkeit der Daten und ihrer Abgrenzung vgl. Technische Erläuterungen.

	Erhebungsjahr	Gini-Index	Prozentualer Anteil am Einkommen oder Verbrauch						
			Unterste 10%-Gruppe	Unterste 20%-Gruppe	Zweite 20%-Gruppe	Dritte 20%-Gruppe	Vierte 20%-Gruppe	Höchste 20%-Gruppe	Höchste 10%-Gruppe
72 Kolumbien	1991 <sup>c,d</sup>	51,3	1,3	3,6	7,6	12,6	20,4	55,8	39,5
73 Tunesien	1990 <sup>a,b</sup>	40,2	2,3	5,9	10,4	15,3	22,1	46,3	30,7
74 Ukraine	1992 <sup>c,d</sup>	25,7	4,1	9,5	14,1	18,1	22,9	35,4	20,8
75 Namibia	..	..	..	..	..	..	..	..	..
76 Peru	1994 <sup>a,b</sup>	44,9	1,9	4,9	9,2	14,1	21,4	50,4	34,3
77 Weißrußland	1993 <sup>c,d</sup>	21,6	4,9	11,1	15,3	18,5	22,2	32,9	19,4
78 Slowakei	1992 <sup>c,d</sup>	19,5	5,1	11,9	15,8	18,8	22,2	31,4	18,2
79 Lettland	1993 <sup>c,d</sup>	27,0	4,3	9,6	13,6	17,5	22,6	36,7	22,1
80 Costa Rica	1989 <sup>c,d</sup>	46,1	1,2	4,0	9,1	14,3	21,9	50,7	34,1
81 Polen	1992 <sup>a,b</sup>	27,2	4,0	9,3	13,8	17,7	22,6	36,6	22,1
82 Thailand	1992 <sup>a,b</sup>	46,2	2,5	5,6	8,7	13,0	20,0	52,7	37,1
83 Türkei	..	..	..	..	..	..	..	..	..
84 Kroatien	..	..	..	..	..	..	..	..	..
85 Panama	1989 <sup>c,d</sup>	56,6	0,5	2,0	6,3	11,6	20,3	59,8	42,2
86 Russische Föderation	1993 <sup>a,b</sup>	49,6	1,2	3,7	8,5	13,5	20,4	53,8	38,7
87 Venezuela	1990 <sup>c,d</sup>	53,8	1,4	3,6	7,1	11,7	19,3	58,4	42,7
88 Botswana	..	..	..	..	..	..	..	..	..
89 Estland	1993 <sup>c,d</sup>	39,5	2,4	6,6	10,7	15,1	21,4	46,3	31,3
90 Iran, Islam. Rep.	..	..	..	..	..	..	..	..	..
91 Turkmenistan	1993 <sup>c,d</sup>	35,8	2,7	6,7	11,4	16,3	22,8	42,8	26,9
<b>Obere Einkommenskategorie</b>									
92 Brasilien	1989 <sup>c,d</sup>	63,4	0,7	2,1	4,9	8,9	16,8	67,5	51,3
93 Südafrika	1993 <sup>a,b</sup>	58,4	1,4	3,3	5,8	9,8	17,7	63,3	47,3
94 Mauritius	..	..	..	..	..	..	..	..	..
95 Tschechische Rep.	1993 <sup>c,d</sup>	26,6	4,6	10,5	13,9	16,9	21,3	37,4	23,5
96 Malaysia	1989 <sup>c,d</sup>	48,4	1,9	4,6	8,3	13,0	20,4	53,7	37,9
97 Chile	1994 <sup>c,d</sup>	56,5	1,4	3,5	6,6	10,9	18,1	61,0	46,1
98 Trinidad und Tobago	..	..	..	..	..	..	..	..	..
99 Ungarn	1993 <sup>a,b</sup>	27,0	4,0	9,5	14,0	17,6	22,3	36,6	22,6
100 Gabun	..	..	..	..	..	..	..	..	..
101 Mexiko	1992 <sup>a,b</sup>	50,3	1,6	4,1	7,8	12,5	20,2	55,3	39,2
102 Uruguay	..	..	..	..	..	..	..	..	..
103 Oman	..	..	..	..	..	..	..	..	..
104 Slowenien	1993 <sup>c,d</sup>	28,2	4,1	9,5	13,5	17,1	21,9	37,9	23,8
105 Saudi-Arabien	..	..	..	..	..	..	..	..	..
106 Griechenland	..	..	..	..	..	..	..	..	..
107 Argentinien	..	..	..	..	..	..	..	..	..
108 Kroatien	..	..	..	..	..	..	..	..	..
<b>Länder mit niedr. u. mittl. Eink.</b>									
<b>Afrika südlich der Sahara</b>									
<b>Ostasien u. Pazifik</b>									
<b>Südostasien</b>									
<b>Europa u. Zentralasien</b>									
<b>Naher Osten u. Nordafrika</b>									
<b>Lateinamerika u. Karibik</b>									
<b>Länder mit hohem Einkommen</b>									
109 Portugal	..	..	..	..	..	..	..	..	..
110 Neuseeland	1981/82 <sup>e,f</sup>	..	..	5,1	10,8	16,2	23,2	44,7	28,7
111 Spanien	1988 <sup>c,f</sup>	..	..	8,3	13,7	18,1	23,4	36,6	21,8
112 Irland	..	..	..	..	..	..	..	..	..
113 Israel	1979 <sup>e,f</sup>	..	..	6,0	12,1	17,8	24,5	39,6	23,5
114 Australien	1985 <sup>e,f</sup>	..	..	4,4	11,1	17,5	24,8	42,2	25,8
115 Großbritannien	1988 <sup>e,f</sup>	..	..	4,6	10,0	16,8	24,3	44,3	27,8
116 Finnland	1981 <sup>e,f</sup>	..	..	6,3	12,1	18,4	25,5	37,6	21,7
117 Italien	1986 <sup>e,f</sup>	..	..	6,8	12,0	16,7	23,5	41,0	25,3
118 Kuwait	..	..	..	..	..	..	..	..	..
119 Kanada	1987 <sup>e,f</sup>	..	..	5,7	11,8	17,7	24,6	40,2	24,1
120 Hongkong	1980 <sup>e,f</sup>	..	..	5,4	10,8	15,2	21,6	47,0	31,3
121 Niederlande	1988 <sup>e,f</sup>	..	..	8,2	13,1	18,1	23,7	36,9	21,9
122 Singapur	1982/83 <sup>e,f</sup>	..	..	5,1	9,9	14,6	21,4	48,9	33,5
123 Belgien	1978/79 <sup>e,f</sup>	..	..	7,9	13,7	18,6	23,8	36,0	21,5
124 Frankreich	1989 <sup>e,f</sup>	..	..	5,6	11,8	17,2	23,5	41,9	26,1
125 Schweden	1981 <sup>c,f</sup>	..	..	8,0	13,2	17,4	24,5	36,9	20,8
126 Österreich	..	..	..	..	..	..	..	..	..
127 Deutschland	1988 <sup>e,f</sup>	..	..	7,0	11,8	17,1	23,9	40,3	24,4
128 Vereinigte Staaten	1985 <sup>e,f</sup>	..	..	4,7	11,0	17,4	25,0	41,9	25,0
129 Norwegen	1979 <sup>e,f</sup>	..	..	6,2	12,8	18,9	25,3	36,7	21,2
130 Dänemark	1981 <sup>e,f</sup>	..	..	5,4	12,0	18,4	25,6	38,6	22,3
131 Japan	1979 <sup>e,f</sup>	..	..	8,7	13,2	17,5	23,1	37,5	22,4
132 Schweiz	1982 <sup>c,f</sup>	..	..	5,2	11,7	16,4	22,1	44,6	29,8
133 Vereinigte Arab. Emirate	..	..	..	..	..	..	..	..	..
<b>Gesamte Welt</b>									

<sup>a</sup> Die Angaben beziehen sich auf Ausgaben-Anteile, gegliedert nach Personen-Fraktile. <sup>b</sup> Die Angaben sind nach Pro-Kopf-Ausgaben geordnet. <sup>c</sup> Die Angaben beziehen sich auf Einkommens-Anteile, gegliedert nach Personen-Fraktile. <sup>d</sup> Die Angaben sind nach Pro-Kopf-Einkommen geordnet. <sup>e</sup> Die Angaben beziehen sich auf Einkommens-Anteile, gegliedert nach Haushalts-Fraktile. <sup>f</sup> Die Angaben sind nach Haushalts-Einkommen geordnet.

Tabelle 6 Gesundheitswesen

	Prozentsatz der gesamten Bevölkerung mit Zugang zu						Säuglingssterbeziffer (je 1.000 Lebendgeburten)		Auftreten von Unterernährung (unter 5 Jahren in %) 1989-95	Empfängnisverhütungsrate (in %) 1989-95	Zusammengefaßte Geburtenziffer		Müttersterblichkeit (je 100.000 Lebendgeburten) 1989-95
	Gesundheitsfürsorge		Trinkwasser		Sanitären Einrichtungen		1980	1994			1980	1994	
	1980	1993	1980	1993	1980	1993							
Länder mit niedrigem Einkommen Ohne China und Indien							87w 118w	58w 86w			4,4w 6,2w	3,3w 5,1w	
1 Ruanda	..	..	60	64	51	..	128	..	28	21	8,3	..	..
2 Mosambik	..	..	..	22	10	21	157	146	..	..	6,5	6,6	1.512 <sup>a</sup>
3 Äthiopien	..	55	..	18	..	10	155	120	47	4	6,6	7,5	1.528 <sup>a</sup>
4 Tansania	72	93	49	52	66	86	104	84	28	20	6,7	5,8	748 <sup>a</sup>
5 Burundi	..	80	25	37	58	48	121	99	..	..	6,8	6,7	1.327 <sup>a</sup>
6 Sierra Leone	26	..	20	43	12	..	190	163	23	..	6,5	6,5	800
7 Malawi	40	..	50	..	..	70	169	134	27	13	7,6	6,7	620 <sup>b</sup>
8 Tschad	..	26	29	..	..	27	147	119	..	..	5,9	5,9	1.594 <sup>a</sup>
9 Uganda	..	..	..	..	..	67	116	122	23	..	7,2	7,1	550
10 Madagaskar	..	..	21	..	..	3	138	90	32	17	6,5	6,0	660
11 Nepal	10	..	15	45	..	6	142	95	70	23	6,4	5,3	..
12 Vietnam	75	..	..	..	..	65	57	42	45	49	5,0	3,1	105
13 Bangladesch	80	74	41	78	3	35	132	81	84	40	6,1	3,6	887 <sup>a</sup>
14 Haiti	..	..	33	42	19	24	113	86	27	18	5,2	4,8	600 <sup>b</sup>
15 Niger	..	30	40	59	7	37	150	120	..	4	7,4	7,4	593 <sup>b</sup>
16 Guinea-Bissau	30	..	..	25	15	29	168	138	..	..	6,0	6,0	..
17 Kenia	..	..	28	..	30	49	72	59	22	33	7,8	4,9	646 <sup>a</sup>
18 Mali	20	..	15	49	..	..	184	125	..	..	6,6	7,1	1.249 <sup>a</sup>
19 Nigeria	40	67	36	40	..	63	99	81	43	6	6,9	5,6	1.027
20 Jemen, Rep.	16	..	..	..	..	51	141	102	30	10	7,9	7,4	1.471 <sup>a</sup>
21 Burkina Faso	..	..	..	67	5	..	154	128	..	8	6,5	6,9	939 <sup>a</sup>
22 Mongolei	90	..	..	66	..	..	82	53	10	..	5,3	3,4	240
23 Indien	50	..	55	..	7	16	116	70	63	43	5,0	3,3	437
24 Laos, Dem. VR	..	..	..	28	5	4	127	92	40	..	6,7	6,6	660
25 Togo	..	..	10	71	13	..	110	81	..	..	6,6	6,5	626 <sup>a</sup>
26 Gambia	90	..	40	55	..	73	159	128	..	12	6,5	5,4	1.050
27 Nicaragua	..	..	..	53	..	..	90	51	12	44	6,2	4,9	..
28 Sambia	..	..	46	59	..	55	90	108	27	15	7,0	6,0	229
29 Tadschikistan	..	..	..	..	..	62	58	41	..	..	5,6	4,4	39
30 Benin	..	42	..	49	16	23	122	96	36	..	6,5	6,1	2.500
31 Zentralafrik. Rep.	..	..	..	12	..	..	117	100	..	15	5,8	5,7	649 <sup>a</sup>
32 Albanien	100	..	..	..	..	..	47	31	..	..	3,6	2,7	..
33 Ghana	..	25	49	56	26	27	100	74	27	20	6,5	5,3	742 <sup>a</sup>
34 Pakistan	65	85	39	..	13	28	124	92	40	12	7,0	5,4	..
35 Mauretanien	..	..	..	66	..	64	120	98	..	4	6,3	5,2	800
36 Aserbaidschan	..	..	..	..	..	..	30	25	..	..	3,2	2,5	29
37 Simbabwe	55	..	..	..	5	58	82	54	16	48	6,8	4,0	80
38 Guinea	..	45	..	60	11	14	161	131	18	..	6,1	6,5	880
39 China	..	..	..	71	..	..	42	30	17	83	2,5	1,9	115 <sup>c</sup>
40 Honduras	..	..	..	..	35	64	70	47	19	47	6,5	4,7	221
41 Senegal	..	40	43	49	36	34	103	64	20	7	6,7	5,8	510
42 Côte d'Ivoire	..	..	17	83	17	..	110	90	..	11	7,4	6,5	822 <sup>a</sup>
43 Kongo	..	..	20	..	..	9	124	112	..	..	6,0	6,7	887 <sup>a</sup>
44 Kirgisistan	..	..	..	..	..	53	43	29	..	..	4,1	3,3	43
45 Sri Lanka	90	..	37	60	67	61	34	16	38	..	3,5	2,4	30
46 Armenien	..	..	..	..	..	..	26	15	..	..	2,3	2,0	35
47 Kamerun	20	..	26	..	..	..	94	57	14	16	6,5	5,7	511
48 Ägypten, Arab. Rep.	100	99	75	86	70	..	120	52	9	47	5,1	3,5	..
49 Lesotho	..	..	17	46	12	..	84	44	21	23	5,6	4,7	598 <sup>a</sup>
50 Georgien	..	..	..	..	..	..	25	18	..	..	2,2	2,2	55
51 Myanmar	30	..	25	33	20	40	109	80	31 <sup>d</sup>	..	5,1	4,0	518 <sup>a</sup>
Länder mit mittlerem Einkommen Untere Einkommenskategorie							63w 66w	40w 36w			3,8w 3,8w	2,8w 2,7w	
52 Bolivien	..	..	42	46	18	44	118	71	13	45	5,5	4,7	373 <sup>b</sup>
53 Mazedonien	..	..	..	..	..	..	54	24	..	..	2,5	2,2	..
54 Moldau	..	..	..	..	..	50	35	23	..	..	2,4	2,1	34
55 Indonesien	..	..	32	42	23	55	90	53	39	55	4,3	2,7	..
56 Philippinen	..	..	54	81	75	72	52	40	30	40	4,8	3,8	208 <sup>b</sup>
57 Usbekistan	..	..	..	..	..	18	47	28	..	..	4,8	3,8	43
58 Marokko	..	62	..	..	..	63	99	56	9	50	5,4	3,5	..
59 Kasachstan	..	..	..	..	..	..	33	27	..	59	2,9	2,3	53
60 Guatemala	..	..	50	60	30	71	75	44	..	31	6,5	5,2	464 <sup>a</sup>
61 Papua-Neuguinea	..	..	16	33	15	25	67	65	..	..	5,7	4,9	700
62 Bulgarien	..	..	..	100	..	..	20	15	..	..	2,0	1,5	..
63 Rumänien	..	..	..	100	50	49	29	24	..	57	2,4	1,4	..
64 Ecuador	..	..	58	58	43	54	67	37	45	57	5,0	3,3	..
65 Dominikanische Rep.	..	..	60	62	15	60	76	38	10	56	4,2	2,9	..
66 Litauen	..	..	..	..	..	..	20	14	..	..	2,0	1,5	29
67 El Salvador	..	..	..	41	35	72	81	42	22	53	5,3	3,8	..
68 Jordanien	..	90	86	99	70	70	41	32	17	35	6,8	4,8	132 <sup>a</sup>
69 Jamaika	..	..	..	72	..	74	21	13	10	67	3,7	2,5	..
70 Paraguay	..	..	25	33	..	30	50	34	4	48	4,8	4,5	180
71 Algerien	..	..	..	..	..	..	98	35	9	51	6,7	3,7	140

Anmerkung: Zur Vergleichbarkeit der Daten und ihrer Abgrenzung vgl. Länderschlüssel und Technische Erläuterungen. Kursive Zahlen gelten für andere als die angegebenen Jahre.

		Prozentsatz der gesamten Bevölkerung mit Zugang zu						Säuglingssterbeziffer (je 1.000 Lebendgeburten)		Auftreten von Unterernährung (unter 5 Jahren in %)	Empfängnisverhütungsrate (in %)	Zusammengefaßte Geburtenziffer		Müttersterblichkeit (je 100.000 Lebendgeburten) 1989-95
		Gesundheitsfürsorge		Trinkwasser		Sanitären Einrichtungen								
		1980	1993	1980	1993	1980	1993	1980	1994	1989-95	1989-95	1980	1994	1989-95
72	Kolumbien	88	..	..	..	61	56	45	20	10	72	3,8	2,6	107 <sup>a</sup>
73	Tunesien	95	90	64	..	46	72	71	40	..	..	5,2	3,0	139 <sup>a</sup>
74	Ukraine	..	..	..	..	50	49	17	14	..	..	2,0	1,5	33
75	Namibia	..	..	..	..	..	36	90	57	..	29	5,9	5,1	..
76	Peru	..	..	54	58	36	45	81	48	16	59	4,5	3,1	..
77	Weißrußland	..	..	..	..	50	..	16	13	..	..	2,0	1,6	25
78	Slowakei	..	..	..	77	..	51	21	11	..	..	2,3	1,7	..
79	Lettland	..	..	..	..	..	..	20	16	..	..	2,0	1,4	..
80	Costa Rica	..	..	90	94	91	..	20	13	2	75	3,7	2,9	..
81	Polen	100	..	..	100	50	..	21	15	..	..	2,2	1,8	..
82	Thailand	30	59	66	..	..	87	49	36	13	..	3,5	2,0	155 <sup>a</sup>
83	Türkei	..	..	..	92	10	95	109	62	..	63	4,3	3,2	183 <sup>c</sup>
84	Kroatien	..	..	..	63	..	68	19	11	..	..	1,9	1,5	..
85	Panama	..	..	..	83	71	..	28	20	7	..	3,7	2,7	..
86	Russische Föderation	..	..	..	..	..	..	22	19	..	..	1,9	1,4	52
87	Venezuela	..	..	..	89	52	55	41	32	6	..	4,1	3,2	200
88	Botsuana	..	..	56	..	..	..	63	34	..	..	6,7	4,5	220 <sup>a</sup>
89	Estland	..	..	..	..	..	..	17	14	..	..	2,0	1,5	41
90	Iran, Islam. Rep.	50	..	52	89	60	..	92	47	16	..	6,1	4,7	..
91	Turkmenistan	..	..	..	..	..	60	54	46	..	..	4,9	3,9	55
Obere Einkommenskategorie								54w	36w			3,9w	2,8w	
92	Brasilien	..	..	75	96	..	73	74	56	18	..	3,9	2,8	200
93	Südafrika	..	..	..	..	..	..	67	50	..	..	4,9	3,9	404 <sup>a</sup>
94	Mauritius	100	99	99	100	94	100	32	17	..	75	2,7	2,0	112
95	Tschechische Rep.	..	..	..	..	..	..	16	8	..	69	2,0	1,4	..
96	Malaysia	..	88	80	78	70	94	30	12	23	..	4,2	3,4	34 <sup>f</sup>
97	Chile	..	..	85	86	83	83	33	12	1	..	2,8	2,5	..
98	Trinidad und Tobago	..	..	98	96	..	56	35	14	..	..	3,3	2,5	..
99	Ungarn	..	..	..	100	..	..	23	12	..	..	1,9	1,6	..
100	Gabun	..	..	50	58	..	76	116	89	..	..	4,5	5,5	438 <sup>a</sup>
101	Mexiko	51	..	74	78	55	66	53	35	..	..	4,5	3,2	..
102	Uruguay	..	..	80	..	51	82	37	19	..	..	2,7	2,2	36
103	Oman	75	89	15	57	..	79	41	18	..	9	9,9	7,1	184
104	Slowenien	..	..	..	..	..	90	15	6	..	..	2,1	1,3	..
105	Saudi-Arabien	85	98	84	95	70	78	65	26	..	..	7,3	6,3	108 <sup>a</sup>
106	Griechenland	..	..	..	100	..	..	18	8	..	..	2,2	1,4	..
107	Argentinien	..	..	..	64	..	89	35	23	..	..	3,3	2,6	140
108	Korea, Rep.	..	100	..	78	100	100	32	12	..	79	2,6	1,8	30
Länder mit niedr. u. mittl. Eink.								87w	58w			4,2w	3,1w	
Afrika südlich der Sahara								115w	92w			6,6w	5,9w	
Ostasien u. Pazifik								51w	35w			3,1w	2,2w	
Südostasien								119w	73w			5,3w	3,6w	
Europa u. Zentralasien								34w	23w			2,5w	1,9w	
Naheer Osten u. Nordafrika								95w	49w			6,1w	4,5w	
Lateinamerika u. Karibik								60w	41w			4,1w	2,9w	
Länder mit hohem Einkommen								12w	7w			1,9w	1,7w	
109	Portugal	..	..	..	100	41	..	24	8	..	..	2,2	1,4	..
110	Neuseeland	..	100	..	97	..	..	13	7	..	..	2,1	2,1	..
111	Spanien	..	..	..	100	95	97	12	7	..	..	2,2	1,2	..
112	Irland	..	..	..	100	..	..	11	6	..	60	3,2	1,9	..
113	†Israel	..	..	..	100	..	70	15	8	..	..	3,2	2,4	..
114	Australien	99	..	..	..	99	..	11	6	..	..	1,9	1,9	..
115	Großbritannien	..	..	..	100	..	96	12	6	..	..	1,9	1,8	..
116	Finnland	..	..	..	100	..	100	8	5	..	..	1,6	1,9	..
117	Italien	..	..	..	100	99	..	15	7	..	..	1,6	1,3	..
118	†Kuwait	100	..	100	100	100	..	27	11	..	..	5,3	3,0	18
119	Kanada	..	..	..	..	60	85	10	6	..	..	1,7	1,9	..
120	†Hongkong	..	..	..	..	..	..	11	5	..	..	2,0	1,2	..
121	Niederlande	..	..	..	100	100	100	9	6	..	..	1,6	1,6	..
122	†Singapur	..	..	100	100	80	100	12	5	14	..	1,7	1,8	..
123	Belgien	..	..	..	100	99	..	12	8	..	..	1,7	1,6	..
124	Frankreich	..	..	..	100	85	..	10	6	..	..	1,9	1,6	..
125	Schweden	..	..	..	100	85	..	7	4	..	..	1,7	1,9	..
126	Österreich	..	..	..	100	85	..	14	6	..	..	1,6	1,5	..
127	Deutschland	..	..	..	..	..	..	12	6	..	..	1,6	1,2	..
128	Vereinigte Staaten	..	..	..	..	98	85	13	8	..	..	1,8	2,0	..
129	Norwegen	..	..	..	100	..	..	8	5	..	..	1,7	1,9	..
130	Dänemark	..	..	..	100	100	100	8	6	..	..	1,5	1,8	..
131	Japan	..	100	..	..	..	85	8	4	3	..	1,8	1,5	..
132	Schweiz	..	..	..	100	85	100	9	6	..	..	1,5	1,5	..
133	†Vereinigte Arab. Emirate	96	90	100	..	75	95	55	16	..	..	5,4	4,1	20 <sup>a</sup>
Gesamte Welt								81w	53w			3,8w	2,9w	

<sup>a</sup> Schätzungen der UNICEF/Weltgesundheitsorganisation. <sup>b</sup> Basiert auf indirekten Schätzungen unter Verwendung von Befragungsdaten. <sup>c</sup> Basiert auf einer Untersuchung von dreißig Provinzen. <sup>d</sup> Bezieht sich auf Kinder von drei Jahren und jünger. <sup>e</sup> Basiert auf repräsentativen Befragungen. <sup>f</sup> Basiert auf Daten von Einwohnermeldeämtern.

Tabelle 7 Erziehungswesen

	Prozentsatz der jeweiligen Altersgruppe										Persistenz des Schulbesuchs bis Klasse 4				Analphabetenquote der Erwachsenen (in %)	
	An Grundschulen				An weiterführenden Schulen				An höheren Schulen und Universitäten				Weiblich	Männlich		
	Weiblich		Männlich		Weiblich		Männlich									
	1980	1993	1980	1993	1980	1993	1980	1993	1980	1988	1980	1988				
	1980	1993	1980	1993	1980	1993	1980	1993	1980	1988	1980	1988	1995	1995		
Länder mit niedrigem Einkommen Ohne China und Indien	80w 64w	98w 67w	103w 85w	112w 82w	26w 15w	42w 21w	42w 27w	55w 30w	3w 4w	..	..	..	..	45w 55w	24w 37w	
1 Ruanda	60	50	66	50	3	9	4	11	0	..	74	75	73	73	48	31
2 Mosambik	84	51	114	69	3	6	8	9	0	0	..	60	..	67	77	42
3 Äthiopien <sup>a</sup>	23	19	44	27	6	11	11	12	0	1	48	..	42	..	75	51
4 Tansania	86	69	99	71	2	5	4	6	..	..	89	87	90	87	43	2
5 Burundi	21	63	32	76	2	5	4	9	1	1	83	76	83	78	78	5
6 Sierra Leone	43	..	61	..	8	..	20	..	1	..	..	..	..	..	82	51
7 Malawi	48	77	72	84	2	3	5	6	1	1	55	68	62	73	58	21
8 Tschad	..	38	..	80	..	..	..	..	..	1	..	66	..	74	65	31
9 Uganda	43	83	56	99	3	10	7	17	1	1	74	..	83	..	50	21
10 Madagaskar	133	72	139	75	..	14	..	14	3	4	..	64	..	63	..	..
11 Nepal	49	85	117	129	9	23	33	46	6	3	..	..	..	..	86	51
12 Vietnam	106	..	111	..	40	..	44	..	2	2	67	..	71	..	9	..
13 Bangladesch	46	105	76	128	9	12	26	26	3	..	30	46	29	44	74	5
14 Haiti	70	..	82	..	13	..	14	..	1	..	64	60	63	60	58	51
15 Niger	18	21	33	35	3	4	7	9	0	1	79	..	82	..	93	7
16 Guinea-Bissau	43	..	94	..	2	2	10	10	..	..	47	..	63	..	58	31
17 Kenia	110	91	120	92	16	23	23	28	1	..	85	..	84	..	30	11
18 Mali	19	24	34	38	5	6	12	12	1	..	77	..	73	..	77	6
19 Nigeria	104	82	135	105	14	27	27	32	2	..	..	73	..	88	53	31
20 Jemen, Rep.	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
21 Burkina Faso	14	30	23	47	2	6	4	11	0	..	79	83	79	83	91	70
22 Mongolei	107	..	107	..	97	..	85	..	..	..	..	..	..	..	..	..
23 Indien	67	91	98	113	20	38	39	59	5	..	52	..	57	..	62	31
24 Laos, Dem. VR	104	92	123	123	16	19	25	31	0	2	31	..	31	..	56	31
25 Togo	91	81	146	122	16	12	51	34	2	3	84	82	90	87	63	31
26 Gambia	35	61	67	84	7	13	16	25	..	..	..	..	..	..	75	47
27 Nicaragua	102	105	96	101	45	44	39	39	13	9	55	..	51	..	33	31
28 Sambia	83	99	97	109	11	..	22	..	2	..	..	..	..	..	29	11
29 Tadschikistan	..	88	..	91	..	101	..	98	24	25	..	..	..	..	..	..
30 Benin	41	44	87	88	9	7	24	17	2	..	73	..	77	..	74	51
31 Zentralafrik. Rep.	51	51	92	92	7	..	21	..	1	2	..	81	..	85	48	32
32 Albanien	111	97	116	95	63	..	70	..	8	10	96	..	97	..	..	..
33 Ghana	71	70	89	83	31	28	51	44	2	..	82	..	87	..	47	24
34 Pakistan	27	49	51	80	8	..	20	..	..	..	41	45	53	55	76	50
35 Mauretanien	26	62	47	76	4	11	17	19	..	4	86	83	96	82	74	50
36 Aserbaidshan	..	87	..	91	..	88	..	89	25	26	..	..	..	..	..	..
37 Simbabwe	57	114	65	123	7	40	8	51	1	6	64	80	67	81	20	10
38 Guinea	25	30	48	61	10	6	24	17	5	..	57	73	85	80	78	50
39 China	103	116	121	120	37	51	54	60	1	4	..	81	..	97	27	10
40 Honduras	99	112	98	111	31	37	29	29	8	9	40	..	35	..	27	27
41 Senegal	37	50	56	67	7	11	15	21	3	3	90	90	93	94	77	57
42 Côte d'Ivoire	63	58	95	80	12	17	27	33	3	..	91	83	94	85	70	50
43 Kongo	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	91	87	91	88	33	17
44 Kirgisistan	..	..	..	..	..	..	..	..	28	21	..	..	..	..	..	..
45 Sri Lanka	100	105	105	106	57	78	52	71	3	6	..	98	..	97	13	7
46 Armenien	..	93	..	87	..	90	..	80	30	49	..	..	..	..	..	..
47 Kamerun	89	..	107	..	13	..	24	..	2	2	81	..	81	..	48	25
48 Ägypten, Arab. Rep.	61	89	84	105	39	69	61	81	16	17	83	97	75	92	61	36
49 Lesotho	120	105	85	90	21	31	14	21	2	2	77	84	61	74	38	19
50 Georgien	..	..	..	..	..	..	..	..	30	..	..	..	..	..	..	..
51 Myanmar	89	..	93	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	22	11
Länder mit mittlerem Einkommen Untere Einkommenskategorie	101w 99w	102w 101w	107w 107w	105w 105w	48w 49w	63w 62w	53w 55w	65w 64w	20w 24w	23w 24w	..	..	..	..	..	..
52 Bolivien	81	..	92	..	32	..	42	..	16	23	50	..	52	..	24	10
53 Mazedonien	..	87	..	88	..	55	..	53	28	16	..	..	..	..	..	..
54 Moldau	..	77	..	78	..	72	..	67	29	35	..	..	..	..	..	..
55 Indonesien	100	112	115	116	23	39	35	48	..	10	65	82	88	97	22	10
56 Philippinen	112	..	113	..	69	..	61	..	24	26	..	85	..	84	6	5
57 Usbekistan	..	79	..	80	..	92	..	96	30	33	..	..	..	..	..	..
58 Marokko	63	60	102	85	20	29	32	40	6	10	89	85	90	85	69	43
59 Kasachstan	..	86	..	86	..	91	..	89	34	42	..	..	..	..	..	..
60 Guatemala	65	78	77	89	17	23	20	25	8	..	56	..	66	..	51	38
61 Papua-Neuguinea	51	67	66	80	8	10	15	15	2	..	85	67	77	68	37	19
62 Bulgarien	98	84	98	87	84	70	85	66	16	32	95	90	98	93	..	..
63 Rumänien	101	86	102	87	69	82	73	83	12	12	..	94	..	93	..	..
64 Ecuador	116	122	119	124	53	56	53	54	35	..	76	..	78	..	12	8
65 Dominikanische Rep.	..	99	..	95	..	43	..	30	..	..	..	..	..	..	18	18
66 Litauen	..	90	..	95	..	79	..	76	49	39	..	..	..	..	..	..
67 El Salvador	75	80	75	79	23	30	26	27	4	15	55	..	52	..	30	27
68 Jordanien	102	95	105	94	73	54	79	52	27	19	95	97	95	99	21	7
69 Jamaika	104	108	103	109	71	70	63	62	7	6	..	100	..	98	11	19
70 Paraguay	101	110	107	114	24	38	25	36	8	10	74	81	74	79	9	7
71 Algerien	81	96	108	111	26	55	40	66	6	11	91	96	92	97	51	26

Anmerkung: Zur Vergleichbarkeit der Daten und ihrer Abgrenzung vgl. Technische Erläuterungen. Kursive Zahlen gelten für andere als die angegebenen Jahre.

		Prozentsatz der jeweiligen Altersgruppe										Persistenz des Schulbesuchs bis Klasse 4				Analphabeten- quote der Erwachsenen (in %)	
		An Grundschulen				An weiterführenden Schulen				An höheren Schulen und Universitäten							
		Weiblich		Männlich		Weiblich		Männlich				Weiblich		Männlich		Weiblich	Männlich
		1980	1993	1980	1993	1980	1993	1980	1993	1980	1993	1980	1988	1980	1988	1995	1995
72	Kolumbien	126	120	123	118	41	68	40	57	9	16	46	74	42	72	9	9
73	Tunesien	88	113	118	123	20	49	34	55	5	11	90	93	94	93	45	21
74	Ukraine	..	87	..	87	..	95	..	65	42	46	..	..	..	..	..	..
75	Namibia	..	138	..	134	..	61	..	49	..	3	..	64	..	65	..	..
76	Peru	111	..	117	..	54	..	63	..	17	40	83	..	85	..	17	6
77	Weißrußland	..	95	..	96	..	96	..	89	39	44	..	..	..	..	..	..
78	Slowakei	..	101	..	101	..	90	..	87	..	17	..	..	..	..	..	..
79	Lettland	..	82	..	83	..	90	..	84	45	39	..	..	..	..	..	..
80	Costa Rica	104	105	106	106	51	49	44	45	21	30	84	90	80	92	5	5
81	Polen	99	97	100	98	80	87	75	82	18	26	..	97	..	98	..	..
82	Thailand	97	97	100	98	28	37	30	38	13	19	..	..	..	..	8	4
83	Türkei	90	98	102	107	24	48	44	74	5	16	..	98	..	99	28	8
84	Kroatien	..	87	..	87	..	86	..	80	..	27	..	..	..	..	..	..
85	Panama	105	..	108	..	65	..	58	..	21	23	88	86	87	84	10	9
86	Russische Föderation	102	107	102	107	97	91	95	84	46	45	..	..	..	..	..	..
87	Venezuela	104	97	104	95	25	41	18	29	21	29	83	..	84	..	10	8
88	Botsuana	100	120	83	113	20	55	17	49	1	3	98	95	91	91	40	20
89	Estland	..	83	..	84	..	96	..	87	43	38	..	..	..	..	..	..
90	<i>Iran, Islam. Rep.</i>	..	101	..	109	32	58	52	74	..	15	..	93	..	94	34	22
91	<i>Turkmenistan</i>	..	..	..	..	..	..	..	..	23	..	..	..	..	..	..	..
Obere Einkommenskategorie		103w	..	106w	..	47w	..	48w	..	13w	20w					14w	12w
92	Brasilien	97	..	101	..	36	..	31	..	11	12	..	..	..	..	17	17
93	Südafrika	..	110	..	111	..	84	..	71	..	13	..	..	..	..	18	18
94	Mauritius	91	106	94	107	49	60	51	58	1	4	97	99	97	99	21	13
95	Tschechische Rep.	..	100	..	99	..	88	..	85	18	16	..	..	..	..	..	..
96	Malaysia	92	93	93	93	46	61	50	56	4	..	..	99	..	98	22	11
97	Chile	108	98	110	99	56	70	49	65	12	27	81	95	78	94	5	5
98	Trinidad und Tobago	100	94	98	94	62	78	60	74	4	8	89	97	83	96	3	1
99	Ungarn	97	94	96	94	67	82	72	79	14	17	96	98	96	98	..	..
100	Gabun	..	136	..	132	..	..	..	..	..	3	79	..	82	..	47	26
101	Mexiko	121	110	122	114	46	58	51	57	14	14	63	74	85	95	13	8
102	Uruguay	107	108	107	109	62	..	61	..	17	30	99	99	93	99	2	3
103	Oman	36	82	69	87	6	57	19	64	..	5	77	96	99	97	..	..
104	Slowenien	..	97	..	97	..	90	..	88	..	28	..	..	..	..	..	..
105	Saudi-Arabien	49	73	74	78	23	43	36	54	7	14	90	93	90	93	50	29
106	Griechenland	103	..	103	..	77	..	85	..	17	..	98	99	98	98	..	..
107	Argentinien	106	107	106	108	60	75	52	70	22	41	76	..	73	..	4	4
108	Korea, Rep.	111	102	109	100	74	92	82	93	15	48	96	100	96	100	b	b
Länder mit niedr. u. mittl. Eink.		89w	99w	104w	110w	32w	50w	45w	59w	8w	..					..	..
Afrika südlich der Sahara		69w	64w	91w	77w	10w	23w	20w	..	1w	..					54w	35w
Ostasien u. Pazifik		103w	115w	117w	119w	38w	53w	51w	61w	3w	6w					24w	9w
Südostasien		60w	87w	91w	110w	18w	35w	36w	55w	5w	..					64w	37w
Europa u. Zentralasien		..	97w	..	97w	..	90w	..	81w	31w	..					..	..
Naher Osten u. Nordafrika		74w	91w	98w	104w	32w	51w	52w	..	11w	..					50w	28w
Lateinamerika u. Karibik		105w	..	108w	..	41w	..	40w	..	14w	15w					14w	12w
Länder mit hohem Einkommen		102w	104w	103w	104w	..	98w	..	97w	37w	53w					..	..
109	Portugal	123	118	124	122	40	..	34	..	11	23	..	..	..	..	..	..
110	Neuseeland	111	101	111	102	84	104	82	103	27	58	..	97	..	97	b	b
111	Spanien	109	105	110	104	89	120	85	107	23	41	94	93	92	91	..	..
112	Irland	100	103	100	103	95	110	85	101	18	34	100	100	97	99	b	b
113	Israel	97	96	95	95	76	91	66	84	29	35	98	97	97	98	..	..
114	Australien	110	107	112	108	72	86	70	83	25	42	97	100	94	99	b	b
115	Großbritannien	103	113	103	112	85	94	82	91	19	37	..	..	..	..	b	b
116	Finnland	96	100	97	100	105	130	94	110	32	63	99	98	99	98	b	b
117	Italien	100	99	100	98	70	82	73	81	27	37	..	..	..	..	b	b
118	Kuwait	100	65	105	65	76	60	84	60	11	16	81	..	85	..	25	18
119	Kanada	99	104	99	106	89	103	87	104	52	103	97	98	94	95	b	b
120	Hongkong	106	..	107	..	65	..	63	..	10	21	99	..	100	..	12	4
121	Niederlande	101	99	99	96	90	120	95	126	29	45	100	..	97	..	b	b
122	Singapur	106	..	109	..	59	..	56	..	8	..	100	..	99	..	14	4
123	Belgien	103	100	104	99	92	104	90	103	26	..	81	..	78	..	b	b
124	Frankreich	110	105	112	107	92	107	77	104	25	50	95	95	93	100	b	b
125	Schweden	97	100	96	100	93	100	83	99	31	38	100	..	99	..	b	b
126	Österreich	98	103	99	103	87	104	98	109	22	43	97	100	92	98	b	b
127	Deutschland	99	98	99	97	92	100	96	101	26	36	98	99	96	97	b	b
128	Vereinigte Staaten	100	106	101	107	..	97	..	98	56	81	..	..	..	..	b	b
129	Norwegen	100	99	100	99	96	114	92	118	26	54	100	..	99	..	b	b
130	Dänemark	95	98	96	97	104	115	105	112	28	41	..	98	..	98	b	b
131	Japan	101	102	101	102	94	97	92	95	31	30	100	100	100	100	b	b
132	Schweiz	..	102	..	100	..	89	..	93	18	31	94	..	92	..	b	b
133	Vereinigte Arab. Emirate	88	108	90	112	49	94	55	84	3	11	..	93	..	94	20	21
Gesamte Welt		89w	100w	104w	109w	38w	57w	49w	65w	13w	18w					..	..

a Angaben für 1980 einschließlich Eritrea.

b Nach Angaben der UNESCO liegt die Analphabetenquote unter 5 Prozent.

c Die Angaben vor 1990 beziehen sich auf die Bundesrepublik Deutschland vor der Vereinigung.

Tabelle 8 Kommerzieller Energieverbrauch

	Energieverbrauch (in Öleinheiten)						Netto- Energieeinfuhr in % des Energie- verbrauchs		CO <sub>2</sub> -Emissionen <sup>a</sup>					
	Insgesamt (1.000 metr. Tonnen)		Pro Kopf (kg)		Durchschnittliche jährliche Wachstumsrate (in %)				BIP je kg Energie (\$)		Insgesamt (Millionen metr. Tonnen)		Pro Kopf (metr. Tonnen)	
	1980	1994	1980	1994	1980-90	1990-94	1980	1994	1980	1992	1980	1992		
	1980	1994	1980	1994	1980-90	1990-94	1980	1994	1980	1994	1980	1992		
Länder mit niedrigem Einkommen Ohne China und Indien	652.586s	1.222.928s	271w	384w	5,5w	3,7w	..	1,0w	..	..	2.195,1s	4.012,9s	0,91w	1,33w
	..	230.666s	..	174w	..	..	..	1,9w	..	..	355,8s	575,5s	0,40w	0,45w
1 Ruanda	..	209	..	27	..	..	..	2,8	..	78	0,3	0,5	0,05	0,05
2 Mosambik	1.123	614	93	40	-5,8	5,8	1,8	2,4	-15	74	3,2	1,0	0,26	0,07
3 Äthiopien	624	1.156	17	21	6,4	0,9	..	4,1	91	86	1,8	2,9	0,05	0,05
4 Tansania	1.023	975	55	34	-0,7	2,9	..	3,5	92	83	1,9	2,1	0,10	0,05
5 Burundi	..	143	..	23	..	..	..	7,0	..	97	0,1	0,2	0,03	0,03
6 Sierra Leone	..	323	..	73	..	..	..	2,6	..	100	0,6	0,4	0,18	0,11
7 Malawi	..	370	..	39	..	..	..	3,5	..	59	0,7	0,7	0,12	0,07
8 Tschad	..	100	..	16	..	..	..	9,1	..	100	0,2	0,3	0,05	0,05
9 Uganda	..	425	..	23	..	..	..	9,4	..	58	0,6	1,0	0,05	0,05
10 Madagaskar	..	479	..	37	..	..	..	4,0	..	83	1,6	0,9	0,18	0,08
11 Nepal	174	486	12	23	7,2	16,4	11,2	8,3	91	84	0,5	1,3	0,04	0,07
12 Vietnam	4.024	7.549	75	105	4,0	8,3	..	2,1	32	-55	17,0	21,5	0,32	0,31
13 Bangladesch	2.809	7.700	32	65	9,0	5,8	4,6	3,4	60	31	7,6	17,2	0,09	0,15
14 Haiti	..	326	..	47	..	..	..	5,0	..	70	0,8	0,8	0,14	0,15
15 Niger	..	327	..	37	..	..	..	4,7	..	83	0,6	1,1	0,10	0,11
16 Guinea-Bissau	..	39	..	37	..	..	..	6,2	..	100	0,1	0,2	0,17	0,21
17 Kenia	1.991	2.792	120	107	4,2	3,3	3,6	2,5	95	82	6,2	5,3	0,37	0,21
18 Mali	..	205	..	22	..	..	..	9,1	..	80	0,4	0,4	0,06	0,05
19 Nigeria	9.879	17.503	139	162	2,9	4,6	9,4	2,0	-968	-484	68,1	96,5	0,96	0,95
20 Jemen, Rep.	1.364	3.165	160	214	7,8	1,9	..	..	100	-406	3,3	10,1	0,39	0,73
21 Burkina Faso	..	160	..	16	..	..	..	11,6	..	100	0,4	0,6	0,06	0,06
22 Mongolei	..	2.550	..	1.079	..	..	..	0,3	..	15	6,7	9,3	4,03	4,08
23 Indien	93.907	222.262	137	243	6,9	4,8	1,8	1,3	21	20	350,1	769,4	0,51	0,87
24 Laos, Dem. VR	..	182	..	38	..	..	..	8,4	..	-19	0,2	0,3	0,06	0,06
25 Togo	..	183	..	46	..	..	..	5,4	..	100	0,6	0,7	0,23	0,15
26 Gambia	..	60	..	56	..	..	..	6,0	..	100	0,2	0,2	0,25	0,20
27 Nicaragua	..	1.001	..	241	..	..	..	1,8	..	84	2,0	2,5	0,72	0,64
28 Sambia	1.685	1.292	294	140	-3,0	2,3	2,3	2,7	32	29	3,5	2,5	0,62	0,29
29 Tadschikistan	..	3.695	..	642	..	..	..	0,6	..	55	..	4,0	..	0,71
30 Benin	149	97	43	18	-1,4	-2,3	9,4	15,7	93	-239	0,5	0,6	0,14	0,12
31 Zentralafrik. Rep.	..	93	..	29	..	..	..	9,4	..	76	0,1	0,2	0,05	0,07
32 Albanien	3.058	1.350	1.145	422	-1,0	-12,0	0,5	1,3	0	28	7,4	4,0	2,77	1,24
33 Ghana	1.303	1.511	121	91	1,6	0,5	3,4	3,6	57	64	2,4	3,8	0,23	0,24
34 Pakistan	11.698	32.247	142	255	8,0	6,4	2,0	1,6	38	38	31,7	71,9	0,38	0,60
35 Mauretanien	..	229	..	103	..	..	..	4,5	..	100	0,6	2,9	0,39	1,36
36 Aserbaidshan	15.001	10.545	2.433	1.414	5,2	-18,8	..	0,3	1	-41	..	63,9	..	8,71
37 Simbabwe	2.797	4.654	399	432	5,5	0,7	1,9	1,2	28	26	9,7	18,7	1,39	1,82
38 Guinea	..	418	..	65	..	..	..	8,1	..	87	0,9	1,0	0,21	0,17
39 China	413.130	770.000	421	647	5,6	4,0	0,5	0,7	-4	-1	1.489,2	2.668,0	1,52	2,29
40 Honduras	..	969	..	169	..	..	..	3,4	..	71	2,1	3,1	0,56	0,56
41 Senegal	875	840	158	102	0,8	-1,5	3,4	4,6	100	100	2,8	2,8	0,50	0,36
42 Côte d'Ivoire	1.435	2.350	175	170	1,6	17,9	7,1	2,9	87	82	4,7	6,3	0,57	0,49
43 Kongo	262	379	157	147	0,6	7,3	6,5	4,2	-1.193	-2.492	0,4	4,0	0,23	1,64
44 Kirgisistan	1.938	3.197	534	715	0,9	2,9	..	0,9	-113	76	..	15,4	..	3,42
45 Sri Lanka	1.411	1.979	96	111	0,5	7,5	2,9	5,9	91	83	3,4	5,0	0,23	0,29
46 Armenien	..	2.500	..	667	..	..	..	1,0	..	87	..	4,2	..	1,14
47 Kamerun	774	1.077	89	83	3,5	-1,2	9,7	6,9	-269	-525	3,9	2,2	0,45	0,18
48 Ägypten, Arab. Rep.	15.176	34.538	371	608	7,2	3,0	1,5	1,2	-120	-67	45,2	84,0	1,11	1,54
49 Lesotho	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
50 Georgien	4.474	3.098	882	572	-1,7	-12,2	..	0,7	-5	81	..	13,8	..	2,54
51 Myanmar	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	4,8	4,4	0,14	0,10
Länder mit mittlerem Einkommen	..	2.501.145s	..	1.593w	..	..	..	1,7w	..	..	4.009,3s	5.370,8s	3,23w	3,52w
Untere Einkommenskategorie	..	1.689.117s	..	1.540w	..	..	..	1,1w	..	..	..	..	..	..
52 Bolivien	1.713	2.220	320	307	-0,6	4,4	1,8	2,5	-107	-90	4,5	6,6	0,84	0,96
53 Mazedonien	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	4,1	..	1,99
54 Moldau	..	4.185	..	962	..	..	..	0,9	..	99	..	14,2	0,00	3,26
55 Indonesien	25.028	74.794	169	393	7,4	9,3	3,1	2,3	-275	-101	94,6	184,6	0,64	1,00
56 Philippinen	13.406	24.428	277	364	2,6	8,3	2,4	2,6	79	70	36,5	49,7	0,76	0,77
57 Usbekistan	..	42.209	..	1.886	..	..	..	0,5	..	3	..	123,3	..	5,74
58 Marokko	4.927	8.107	254	307	3,6	4,3	3,8	3,8	87	95	16,0	27,3	0,82	1,08
59 Kasachstan	76.799	62.368	5.153	3.710	3,6	-10,8	..	0,3	0	-16	..	298,0	..	17,55
60 Guatemala	1.443	1.921	209	186	0,3	9,2	5,5	6,7	84	70	4,5	5,7	0,65	0,58
61 Papua-Neuguinea	..	990	..	236	..	..	..	5,5	..	-150	1,8	2,3	0,60	0,56
62 Bulgarien	28.476	23.500	3.213	2.786	0,3	-2,6	0,7	0,4	74	63	74,9	54,4	8,45	6,37
63 Rumänien	63.846	39.782	2.876	1.750	0,3	-8,8	..	0,8	19	27	191,4	122,1	8,62	5,36
64 Ecuador	4.209	5.807	529	517	2,6	0,0	2,8	2,9	-156	-223	13,4	18,9	1,69	1,76
65 Dominikanische Rep.	..	2.591	..	340	..	..	..	4,0	..	89	6,4	10,2	1,12	1,40
66 Litauen	11.353	8.164	3.326	2.194	3,0	-19,6	..	0,6	-2	80	..	22,0	..	5,88
67 El Salvador	..	1.236	..	219	..	..	..	6,6	..	58	2,1	3,6	0,47	0,66
68 Jordanien	1.710	4.024	784	997	5,8	5,0	..	1,5	100	97	4,7	11,3	2,17	3,03
69 Jamaika	2.169	2.776	1.017	1.112	-0,3	2,3	1,2	1,5	99	100	8,4	8,0	3,96	3,29
70 Paraguay	550	1.251	175	261	6,8	9,6	8,3	6,3	88	-141	1,5	2,6	0,47	0,58
71 Algerien	12.078	28.244	647	1.030	6,2	4,7	3,5	1,5	-452	-273	66,2	79,2	3,55	3,02

Anmerkung: Zur Vergleichbarkeit der Daten und ihrer Abgrenzung vgl. Technische Erläuterungen.



	Energieverbrauch (in Öleinheiten)								Netto-Energieeinfuhr in % des Energieverbrauchs		CO <sub>2</sub> -Emissionen <sup>a</sup>			
	Insgesamt (1.000 metr. Tonnen)		Pro Kopf (kg)		Durchschnittliche jährliche Wachstumsrate (in %)		BIP je kg Energie (\$)		1980	1994	Insgesamt (Millionen metr. Tonnen)		Pro Kopf (metr. Tonnen)	
	1980	1994	1980	1994	1980-90	1990-94	1980	1994			1980	1992	1980	1992
72 Kolumbien	13.972	22.271	501	613	3,7	1,3	2,4	3,0	7	-103	39,3	61,5	1,41	1,76
73 Tunesien	3.083	5.204	483	590	4,0	3,4	2,8	3,0	-99	-7	9,5	13,6	1,48	1,60
74 Ukraine	108.290	170.910	2.164	3.292	6,9	-9,8	..	0,5	-1	43	..	611,3	..	11,72
75 Namibia	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
76 Peru	8.139	8.159	471	351	-0,5	3,1	2,5	6,1	-36	1	23,5	22,3	1,36	1,00
77 Weißrußland	..	27.881	..	2.692	..	..	..	0,7	..	89	..	102,0	..	9,89
78 Slowakei	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	37,0	..	6,97
79 Lettland	..	4.469	..	1.755	..	..	..	1,3	..	88	..	14,8	..	5,62
80 Costa Rica	..	1.843	..	558	..	..	..	4,5	..	41	2,5	3,8	1,08	1,20
81 Polen	124.500	98.800	3.499	2.563	-0,4	0,2	0,5	0,9	3	5	459,6	341,9	12,92	8,91
82 Thailand	12.093	44.655	259	770	9,5	10,0	2,7	3,2	96	59	40,0	112,5	0,86	1,98
83 Türkei	31.314	58.100	705	955	5,8	2,7	1,8	2,3	45	56	76,0	145,5	1,71	2,49
84 Kroatien	..	5.051	..	1.057	..	..	..	2,8	..	28	..	16,2	..	3,39
85 Panama	1.376	1.479	703	566	-1,7	6,6	2,6	4,7	97	83	3,6	4,2	1,86	1,68
86 Russische Föderation	750.240	599.027	5.397	4.038	4,2	-8,9	..	0,6	0	-52	..	2.103,1	..	14,14
87 Venezuela	35.011	49.355	2.354	2.331	1,5	4,6	2,0	1,2	-280	-245	89,6	116,4	6,03	5,75
88 Botswana	..	549	..	380	..	..	..	7,3	..	55	1,0	2,2	1,10	1,60
89 Estland	..	5.325	..	3.552	..	..	..	0,9	..	42	0,4	20,9	0,28	13,53
90 Iran Islam. Rep.	38.347	97.891	980	1.565	7,5	8,9	2,4	0,7	-118	-127	116,1	235,5	2,97	3,97
91 Turkmenistan	7.948	14.090	2.778	3.198	25,0	-29,9	..	..	-101	-116	..	42,3	..	10,48
<b>Obere Einkommenskategorie</b>	<b>475.209\$</b>	<b>810.681\$</b>	<b>1.297w</b>	<b>1.715w</b>	<b>4,9w</b>	<b>3,5w</b>	<b>..</b>	<b>2,8w</b>			<b>1.358,3\$</b>	<b>1.907,7\$</b>	<b>3,71w</b>	<b>4,17w</b>
92 Brasilien	72.141	110.000	595	691	4,3	3,2	3,3	5,0	65	38	183,6	217,1	1,51	1,41
93 Südafrika	60.511	91.349	2.074	2.253	3,6	0,0	1,3	1,3	-14	-33	213,4	290,3	7,31	7,49
94 Mauritius	..	431	..	387	..	..	..	7,9	..	92	0,6	1,4	0,61	1,26
95 Tschech. Rep.	29.394	40.324	2.873	3.902	7,3	-4,5	1,0	0,9	-29	13	..	135,6	..	13,15
96 Malaysia	9.522	33.662	692	1.711	9,4	11,2	2,6	2,1	-58	-66	28,0	70,5	2,03	3,76
97 Chile	7.743	13.200	695	943	3,9	4,3	3,6	3,9	50	66	27,0	34,7	2,42	2,55
98 Trinidad und Tobago	3.863	5.891	3.570	4.549	3,9	-0,4	1,6	0,8	-240	-89	16,7	20,6	15,41	16,28
99 Ungarn	28.322	25.191	2.645	2.455	0,8	-3,4	0,8	1,6	49	44	82,0	59,9	7,66	5,80
100 Gabun	759	676	942	520	-3,6	5,6	5,6	5,8	-1.106	-2.268	4,8	5,6	5,93	4,50
101 Mexiko	97.434	139.600	1.453	1.577	2,3	2,0	2,0	2,7	-49	-55	260,1	332,9	3,88	3,92
102 Uruguay	2.208	1.971	758	623	-0,9	2,7	4,6	7,9	89	68	5,8	5,0	1,98	1,61
103 Oman	1.346	4.924	1.223	2.347	12,4	5,8	4,4	2,4	-1.024	-801	5,9	10,0	5,33	5,24
104 Slowenien	..	2.995	..	1.506	..	..	..	4,7	..	19	..	5,5	..	2,76
105 Saudi-Arabien	35.496	85.326	3.787	4.744	5,8	6,1	4,4	1,4	-1.361	-435	130,8	220,6	13,95	13,1
106 Griechenland	15.973	23.300	1.656	2.235	3,6	1,2	2,5	3,3	77	63	51,4	73,9	5,33	7,16
107 Argentinien	39.669	47.850	1.411	1.399	1,1	3,5	1,9	5,9	8	-21	107,5	117,0	3,82	3,50
108 Korea, Rep.	41.426	133.374	1.087	3.000	8,5	10,2	1,5	2,8	77	85	125,7	289,8	3,30	6,64
<b>Länder mit niedr. u. mittl. Eink.</b>	<b>..</b>	<b>3.716.470\$</b>	<b>..</b>	<b>782w</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>1,5w</b>			<b>6.378,8\$</b>	<b>9.849,7\$</b>	<b>1,75w</b>	<b>2,14w</b>
Afrika südlich der Sahara	104.833\$	155.832\$	276w	272w	3,2w	1,0w	..	1,9w	..	..	356,8\$	478,6\$	0,94w	0,88w
Ostasien u. Pazifik	566.538\$	1.162.092\$	405w	670w	5,9w	5,4w	..	1,3w	..	..	1.979,2\$	3.682,4\$	1,42w	2,18w
Südostasien	112.057\$	269.625\$	124w	221w	7,0w	5,1w	..	1,5w	..	..	395,2\$	866,5\$	0,44w	0,74w
Europa u. Zentralasien	..	1.329.092\$	..	2.727w	..	..	..	0,8w	..	..	..	..	..	..
Naher Osten u. Nordafrika	143.540\$	333.267\$	821w	1.250w	6,4w	6,2w	..	1,5w	..	..	500,5\$	860,2\$	2,86w	3,40w
Lateinamerika u. Karibik	322.214\$	453.021\$	898w	962w	2,5w	2,7w	..	3,7w	..	..	857,6\$	1.047,0\$	2,39w	2,31w
<b>Länder mit hohem Einkommen</b>	<b>3.743.415\$</b>	<b>4.392.058\$</b>	<b>4.822w</b>	<b>5.168w</b>	<b>1,5w</b>	<b>1,4w</b>	<b>..</b>	<b>4,7w</b>			<b>9.835,0\$</b>	<b>10.087,4\$</b>	<b>12,67w</b>	<b>12,03w</b>
109 Portugal	10.291	18.100	1.054	1.828	4,7	2,6	2,8	4,8	86	90	27,1	47,2	2,77	4,78
110 Neuseeland	9.202	15.200	2.956	4.352	4,5	2,2	2,4	3,3	39	5	17,6	26,2	5,65	7,60
111 Spanien	68.692	94.500	1.837	2.414	2,6	1,3	3,1	5,1	77	69	200,0	223,2	5,35	5,72
112 Irland	8.485	11.200	2.495	3.136	2,1	1,5	2,4	4,6	78	70	25,1	30,9	7,37	8,69
113 Israel	8.616	15.151	2.222	2.815	4,5	6,7	2,6	5,1	98	96	21,1	41,6	5,45	8,13
114 Australien	70.399	92.300	4.792	5.173	2,1	1,5	2,3	3,6	-22	-91	202,8	267,9	13,80	15,33
115 Großbritannien	201.200	219.200	3.572	3.754	1,0	0,6	2,7	4,6	2	-9	588,3	566,2	10,44	9,76
116 Finnland	24.998	30.300	5.230	5.954	2,3	1,3	2,1	3,2	72	62	55,1	41,2	11,53	8,17
117 Italien	139.190	154.800	2.466	2.710	1,4	-0,1	3,3	6,6	86	81	372,1	407,7	6,59	7,17
118 Kuwait	9.500	12.337	6.909	7.615	4,1	11,7	3,0	2,0	-739	-711	24,7	16,0	17,99	11,42
119 Kanada	193.170	228.000	7.854	7.795	1,6	2,2	1,4	2,4	-7	-46	430,2	409,9	17,49	14,36
120 Hongkong	5.628	13.822	1.117	2.280	7,0	7,7	5,1	9,5	100	100	16,4	29,1	3,26	5,01
121 Niederlande	65.106	70.100	4.601	4.558	1,0	1,2	2,6	4,7	-10	9	152,8	139,0	10,80	9,16
122 Singapur	6.049	19.210	2.651	6.556	7,2	10,5	1,9	3,6	100	100	30,1	49,8	13,19	17,67
123 Belgien	46.122	51.500	4.684	5.091	1,3	1,2	2,6	4,4	83	77	127,7	101,8	12,97	10,13
124 Frankreich	190.660	222.400	3.539	3.839	1,9	0,2	3,5	6,0	75	47	484,1	362,1	8,99	6,31
125 Schweden	40.992	49.200	4.933	5.603	2,1	0,2	3,1	4,0	61	36	71,4	56,8	8,60	6,55
126 Österreich	23.449	26.300	3.105	3.276	1,6	-0,4	3,3	7,5	67	65	52,2	56,6	6,91	7,15
127 Deutschland	359.170	334.000	4.587	4.097	0,5	-1,5	..	6,1	49	58	1.068,3	878,1	13,64	10,89
128 Vereinigte Staaten	1.801.000	2.060.400	7.908	7.905	1,3	1,8	1,5	3,2	14	19	4.623,2	4.881,3	20,30	19,11
129 Norwegen	18.865	23.100	4.611	5.326	1,9	1,5	3,1	4,7	-195	-636	40,0	60,2	9,78	14,06
130 Dänemark	19.488	20.800	3.804	3.996	0,5	2,4	3,4	7,0	97	27	63,2	53,9	12,34	10,42
131 Japan	347.120	478.000	2.972	3.825	2,4	2,3	3,1	9,6	88	82	933,9	1.093,5	8,00	8,79
132 Schweiz	20.840	25.200	3.298	3.603	2,1	0,2	4,9	10,3	66	59	40,9	43,7	6,48	6,36
133 + Vereinigte Arab. Emirate	8.558	24.017	8.205	12.795	8,8	4,4	3,5	..	-996	-470	36,3	70,6	34,77	39,74
<b>Gesamte Welt</b>	<b>6.711.356\$</b>	<b>8.035.058\$</b>	<b>1.516w</b>	<b>1.434w</b>	<b>2,7w</b>	<b>0,3w</b>	<b>..</b>	<b>3,3w</b>			<b>15.659,9\$</b>	<b>18.821,8\$</b>	<b>3,54w</b>	<b>3,46w</b>

<sup>a</sup> Herrührend von Industrieverfahren.

Tabelle 9 Landnutzung und Verstädterung

	Landnutzung (in % der gesamten Landfläche)						Stadtbevölkerung				Bevölkerung in städt. Ballungsräumen mit 1 Million oder mehr Menschen im Jahr 1990 in % der			
	Ackerland		Dauerweideland		Sonstiges		In % der Gesamt- bevölkerung		Durchschnittliche jährliche Wachstumsrate (in %)		Stadt- bevölkerung		Gesamt- bevölkerung	
	1980	1993	1980	1993	1980	1993	1980	1994	1980-90	1990-94	1980	1994	1980	1994
	11w 6w	13w 8w	28w 27w	31w 30w	62w 68w	56w 61w	22w 23w	28w 29w	4,2w 4,4w	3,8w 4,4w	32w 29w	34w 31w	7w 7w	10w 9w
<b>Länder mit niedrigem Einkommen Ohne China und Indien</b>														
1 Ruanda	54	47	29	18	17	34	5	6	4,9	4,4	0	0	0	0
2 Mosambik	4	4	62	56	33	40	13	33	9,1	7,4	48	41	6	13
3 Äthiopien	13	13	41	41	46	47	10	13	4,7	3,2	30	29	3	4
4 Tansania	1	4	10	40	89	56	15	24	6,8	6,4	30	24	5	6
5 Burundi	8	53	6	36	86	12	4	7	6,9	6,7	0	0	0	0
6 Sierra Leone	3	8	13	31	84	62	24	35	5,0	4,9	0	0	0	0
7 Malawi	25	18	35	20	40	62	9	13	6,1	5,7	0	0	0	0
8 Tschad	3	3	37	36	60	62	19	21	3,4	3,5	0	0	0	0
9 Uganda	41	34	13	9	46	57	9	12	4,9	5,6	0	0	0	0
10 Madagaskar	7	5	79	41	14	53	18	26	5,7	5,7	0	0	0	0
11 Nepal	17	17	14	15	69	68	6	13	8,0	7,4	0	0	0	0
12 Vietnam	22	20	1	1	77	79	19	21	2,5	3,0	27	32	5	7
13 Bangladesch	79	75	5	5	15	21	11	18	5,9	4,9	46	46	5	8
14 Haiti	5	33	3	18	92	49	24	31	3,9	4,0	55	56	13	17
15 Niger	3	3	8	7	90	90	13	22	7,5	6,9	0	0	0	0
16 Guinea-Bissau	10	12	38	38	51	50	17	22	3,5	4,3	0	0	0	0
17 Kenia	3	8	48	37	49	55	16	27	7,5	6,1	32	28	5	8
18 Mali	2	2	22	25	76	74	18	26	5,1	5,7	0	0	0	0
19 Nigeria	33	36	44	44	23	21	27	38	5,8	5,3	23	27	6	10
20 Jemen, Rep.	3	3	28	30	70	67	20	33	7,0	8,4	0	0	0	0
21 Burkina Faso	13	13	48	22	39	65	9	25	10,0	11,5	0	0	0	0
22 Mongolei	1	1	65	80	34	19	52	60	3,9	2,9	0	0	0	0
23 Indien	73	57	5	4	22	39	23	27	3,2	2,9	25	35	6	9
24 Laos, Dem. VR	6	3	5	3	89	93	13	21	6,2	6,4	0	0	0	0
25 Togo	17	45	48	4	36	52	23	30	5,3	4,8	0	0	0	0
26 Gambia	1	18	0	9	99	73	18	25	6,0	6,5	0	0	0	0
27 Nicaragua	10	11	41	46	48	43	53	62	3,9	4,2	42	44	23	28
28 Sambia	7	7	40	40	53	53	40	43	4,2	3,6	23	32	9	14
29 Tadschikistan	..	6	..	25	..	70	34	32	2,3	2,0	0	0	0	0
30 Benin	16	17	4	4	80	79	32	41	5,2	4,9	0	0	0	0
31 Zentralafrik. Rep.	7	3	11	5	82	92	35	39	3,0	3,5	0	0	0	0
32 Albanien	26	26	15	15	59	59	34	37	2,9	-0,4	0	0	0	0
33 Ghana	13	19	23	22	63	59	31	36	4,3	4,2	30	27	9	10
34 Pakistan	26	30	6	6	67	64	28	34	4,5	4,7	39	52	11	18
35 Mauretanien	0	0	40	38	60	62	29	52	7,6	5,5	0	0	0	0
36 Aserbaidschan	..	23	..	26	..	51	53	56	1,9	1,6	48	44	26	25
37 Simbabwe	7	7	14	13	78	80	22	31	6,0	5,0	0	0	0	0
38 Guinea	7	3	65	22	27	75	19	29	5,7	5,7	65	77	12	22
39 China	12	10	39	43	49	47	19	29	4,8	4,1	41	35	8	10
40 Honduras	7	17	10	14	82	69	36	47	5,4	4,9	0	0	0	0
41 Senegal	23	12	30	16	47	72	36	42	4,0	4,0	49	55	18	23
42 Côte d'Ivoire	14	12	59	41	27	47	35	43	5,4	5,3	44	45	15	19
43 Kongo	0	0	5	29	95	70	41	58	5,9	5,1	0	0	0	0
44 Kirgisistan	..	7	..	47	..	46	38	39	1,9	0,8	0	0	0	0
45 Sri Lanka	10	29	2	7	87	64	22	22	1,4	2,2	0	0	0	0
46 Armenien	..	20	..	24	..	55	66	69	1,6	1,8	51	50	34	34
47 Kamerun	2	15	2	4	96	81	31	44	5,4	5,3	19	36	6	16
48 Ägypten, Arab. Rep.	2	3	..	5	98	92	44	45	2,6	2,4	52	51	23	23
49 Lesotho	2	11	12	66	86	24	13	22	6,8	6,1	0	0	0	0
50 Georgien	..	14	..	29	..	57	52	58	1,6	0,7	42	43	22	25
51 Myanmar	30	15	1	1	69	84	24	26	2,5	3,3	27	32	7	8
<b>Länder mit mittlerem Einkommen Untere Einkommenskategorie</b>	8w 8w	10w 11w	25w 17w	23w 18w	74w 83w	67w 71w	52w 47w	61w 56w	3,0w 3,0w	2,4w 2,3w	32w 28w	33w 30w	16w 12w	20w 16w
52 Bolivien	3	2	43	24	54	73	46	58	4,2	3,2	30	29	14	17
53 Mazedonien	..	26	..	25	..	49	54	59	1,5	1,6	0	0	0	0
54 Moldau	..	67	..	11	..	22	40	51	2,7	1,5	0	0	0	0
55 Indonesien	31	17	19	7	50	76	22	34	5,3	3,8	33	38	7	13
56 Philippinen	26	31	3	4	70	65	38	53	5,2	4,4	33	25	12	13
57 Usbekistan	..	11	..	52	..	37	41	41	2,5	2,6	28	24	11	10
58 Marokko	15	22	40	47	44	31	41	48	3,5	3,0	26	37	11	18
59 Kasachstan	..	13	..	70	..	17	54	59	1,9	0,9	12	12	6	7
60 Guatemala	28	17	21	23	52	60	37	41	3,4	4,0	0	0	0	0
61 Papua-Neuguinea	1	1	0	0	99	99	13	16	3,6	3,7	0	0	0	0
62 Bulgarien	11	39	5	17	84	44	61	70	1,0	0,0	20	23	12	16
63 Rumänien	62	43	26	21	12	36	49	55	1,3	0,2	18	17	9	9
64 Ecuador	9	11	15	8	77	82	47	58	4,2	3,6	29	44	14	26
65 Dominikanische Rep.	29	30	43	0	27	70	50	64	4,1	3,1	49	51	25	33
66 Litauen	..	46	..	7	..	47	61	71	2,1	0,9	0	0	0	0
67 El Salvador	35	35	29	29	36	35	42	45	1,9	2,7	0	0	0	0
68 Jordanien	4	5	9	9	88	87	60	71	5,1	7,0	49	40	29	28
69 Jamaika	4	20	3	24	94	56	47	55	2,3	2,1	0	0	0	0
70 Paraguay	4	6	40	54	56	40	42	52	4,8	4,4	0	0	0	0
71 Algerien	3	3	15	13	82	84	43	55	4,8	3,9	25	24	11	13

Anmerkung: Zur Vergleichbarkeit der Daten und ihrer Abgrenzung vgl. Technische Erläuterungen.

	Landnutzung (in % der gesamten Landfläche)						Stadtbevölkerung				Bevölkerung in städt. Ballungsräumen mit 1 Million oder mehr Menschen im Jahr 1990 in % der			
							In % der Gesamt- bevölkerung		Durchschnittliche jährliche Wachstumsrate (in %)		Stadt- bevölkerung		Gesamt- bevölkerung	
	Ackerland		Dauerweideland		Sonstiges		1980	1994	1980-90	1990-94	1980	1994	1980	1994
	1980	1993	1980	1993	1980	1993								
72 Kolumbien	10	5	75	39	14	56	64	72	2,8	2,7	34	38	22	28
73 Tunesien	13	32	10	23	77	46	51	57	3,2	2,8	34	39	17	22
74 Ukraine	..	59	..	13	..	28	62	70	1,2	0,9	22	22	14	15
75 Namibia	1	1	46	46	53	53	23	36	6,2	6,2	0	0	0	0
76 Peru	3	3	21	21	76	76	65	72	3,0	2,6	40	43	26	31
77 Weißrußland	..	30	..	15	..	55	56	70	2,2	1,5	24	24	14	17
78 Slowakei	..	34	..	17	..	49	52	58	1,5	1,1	0	0	0	0
79 Lettland	..	28	..	13	..	59	68	73	1,0	-0,8	0	0	0	0
80 Costa Rica	15	10	61	46	23	44	43	49	3,8	3,3	0	0	0	0
81 Polen	49	48	13	13	38	38	58	64	1,4	1,0	31	28	18	18
82 Thailand	50	41	2	2	48	58	17	20	2,8	2,4	59	56	10	11
83 Türkei	45	36	15	16	39	48	44	67	5,8	4,6	39	34	17	23
84 Kroatien	..	25	..	22	..	52	50	64	2,2	1,5	0	0	0	0
85 Panama	7	9	18	20	75	71	50	54	2,8	2,7	0	0	0	0
86 Russische Föderation	..	8	..	5	..	88	70	73	1,2	-0,2	23	25	16	19
87 Venezuela	7	4	31	20	62	75	83	92	3,5	2,9	20	29	16	27
88 Botsuana	0	1	6	45	94	54	15	30	8,9	7,6	0	0	0	0
89 Estland	..	27	..	7	..	66	70	73	1,0	-0,9	0	0	0	0
90 Iran, Islam. Rep.	6	11	21	27	73	62	50	58	5,0	3,9	26	35	13	20
91 Turkmenistan	..	3	..	74	..	23	47	45	2,0	5,1	0	0	0	0
<b>Obere Einkommenskategorie</b>	<b>9w</b>	<b>7w</b>	<b>37w</b>	<b>32w</b>	<b>55w</b>	<b>61w</b>	<b>64w</b>	<b>74w</b>	<b>3,0w</b>	<b>2,6w</b>	<b>40w</b>	<b>40w</b>	<b>26w</b>	<b>30w</b>
92 Brasilien	15	6	52	22	33	72	66	77	3,3	2,7	42	42	27	32
93 Südafrika	10	11	59	67	31	23	48	50	2,7	2,9	23	37	11	19
94 Mauritius	2	52	0	3	98	44	42	41	0,4	1,4	0	0	0	0
95 Tschechische Rep.	..	43	..	11	..	46	64	65	0,3	0,1	18	18	12	12
96 Malaysia	17	15	0	0	83	85	42	53	4,4	4,0	16	12	7	6
97 Chile	2	6	6	18	91	76	81	86	2,1	1,8	41	41	33	35
98 Trinidad und Tobago	41	24	4	2	56	74	63	66	1,6	1,7	0	0	0	0
99 Ungarn	46	55	11	13	43	33	57	64	0,5	0,6	34	31	19	20
100 Gabun	8	2	82	18	10	80	36	49	6,0	5,1	0	0	0	0
101 Mexiko	17	13	52	39	31	48	66	75	2,9	2,8	41	38	27	28
102 Uruguay	3	7	27	77	70	15	85	90	1,0	0,9	49	46	42	42
103 Oman	0	0	3	5	97	95	8	13	8,7	8,6	0	0	0	0
104 Slowenien	..	15	..	28	..	57	48	63	2,6	1,3	0	0	0	0
105 Saudi-Arabien	1	2	40	56	59	42	67	80	6,9	4,1	28	27	19	21
106 Griechenland	38	27	51	41	11	32	58	65	1,3	1,5	54	54	31	35
107 Argentinien	10	10	52	52	38	38	83	88	1,9	1,6	42	44	35	39
108 Korea, Rep.	38	21	1	1	62	78	57	80	3,8	2,9	65	64	37	51
<b>Länder mit niedr. u. mittl. Eink.</b>	<b>10w</b>	<b>11w</b>	<b>27w</b>	<b>26w</b>	<b>68w</b>	<b>63w</b>	<b>32w</b>	<b>39w</b>	<b>3,6w</b>	<b>3,1w</b>	<b>32w</b>	<b>34w</b>	<b>10w</b>	<b>13w</b>
Afrika südlich der Sahara	4w	7w	24w	33w	72w	60w	24w	31w	4,9w	4,8w	21w	24w	5w	8w
Ostasien u. Pazifik	13w	12w	35w	34w	52w	54w	22w	32w	4,6w	3,9w	40w	36w	9w	11w
Südasien	50w	45w	12w	10w	39w	45w	22w	26w	3,5w	3,3w	27w	36w	6w	10w
Europa u. Zentralasien	39w	13w	16w	16w	92w	71w	58w	65w	2,0w	1,0w	24w	24w	14w	16w
Naher Osten u. Nordafrika	4w	6w	19w	24w	78w	70w	48w	56w	4,4w	3,7w	32w	35w	15w	18w
Lateinamerika u. Karibik	9w	7w	38w	29w	53w	64w	65w	74w	3,0w	2,6w	36w	37w	24w	28w
<b>Länder mit hohem Einkommen</b>	<b>15w</b>	<b>12w</b>	<b>32w</b>	<b>25w</b>	<b>54w</b>	<b>63w</b>	<b>76w</b>	<b>77w</b>	<b>0,8w</b>	<b>0,3w</b>	<b>40w</b>	<b>43w</b>	<b>30w</b>	<b>34w</b>
109 Portugal	34	34	9	9	57	56	29	35	1,4	1,3	46	52	13	8
110 Neuseeland	2	14	53	51	45	35	83	86	0,9	1,2	0	0	0	0
111 Spanien	25	40	13	21	62	40	73	76	0,7	0,5	27	23	20	18
112 Irland	5	13	19	68	77	18	55	57	0,6	0,7	0	0	0	0
113 Israel	11	21	3	7	86	72	89	90	..	..	41	39	37	35
114 Australien	6	6	57	54	37	39	86	85	1,4	1,0	55	68	47	58
115 Großbritannien	11	27	18	46	71	27	89	89	0,3	0,4	28	26	25	23
116 Finnland	8	8	1	0	91	91	60	63	0,7	1,1	0	0	0	0
117 Italien	53	41	22	15	25	45	67	67	0,1	0,2	39	31	26	20
118 Kuwait	0	0	1	8	99	92	90	97	5,1	-5,4	67	70	60	67
119 Kanada	8	5	5	3	87	92	76	77	1,4	1,3	38	45	29	35
120 Hongkong	5	..	1	..	94	..	92	95	1,6	1,7	100	100	91	95
121 Niederlande	24	27	35	31	41	41	88	89	0,6	0,8	8	16	7	14
122 Singapur	14	2	0	0	86	98	100	100	1,7	2,0	100	100	100	100
123 Belgien	..	31	..	21	..	48	95	97	0,2	0,5	13	11	12	11
124 Frankreich	34	35	23	20	42	45	73	73	0,4	0,6	29	28	21	21
125 Schweden	21	7	5	1	74	92	83	83	0,3	0,6	20	21	17	17
126 Österreich	20	18	25	24	56	58	55	55	0,3	1,0	49	46	27	26
127 Deutschland	..	34	..	15	..	51	83	86	0,4	1,0	46	47	38	40
128 Vereinigte Staaten	30	20	38	25	32	55	74	76	1,2	1,3	49	56	36	43
129 Norwegen	3	3	0	0	97	97	71	73	0,6	0,8	0	0	0	0
130 Dänemark	63	60	6	5	31	35	84	85	0,2	0,4	32	30	27	26
131 Japan	22	12	3	2	76	86	76	78	0,7	0,4	44	48	34	37
132 Schweiz	12	11	47	32	40	56	57	61	1,0	1,4	0	0	0	0
133 Vereinigte Arab. Emirate	0	0	2	2	97	97	72	83	6,1	3,7	0	0	0	0
<b>Gesamte Welt</b>	<b>11w</b>	<b>11w</b>	<b>28w</b>	<b>26w</b>	<b>65w</b>	<b>63w</b>	<b>39w</b>	<b>45w</b>	<b>2,7w</b>	<b>2,3w</b>	<b>34w</b>	<b>35w</b>	<b>14w</b>	<b>16w</b>

Tabelle 10 Wälder und Wasserressourcen

	Waldgebiete						Jährliche Süßwasserentnahme (1970–1994) <sup>b</sup>			
	Gesamt- fläche (in 1.000 km <sup>2</sup> ) 1990	Jährliche Waldvernichtung 1981–90		National geschützte Gebiete (1994) <sup>a</sup>			Insgesamt (1.000 m <sup>3</sup> )	In % des gesamten Wasser- aufkom- mens	Pro Kopf (m <sup>3</sup> )	
		In 1.000 km <sup>2</sup>	In % der gesamten Fläche	In 1.000 km <sup>2</sup>	Anzahl	In % der gesamten Fläche			Haushalte	Sonstige
Länder mit niedrigem Einkommen Ohne China und Indien				2.006,6s 1.282,4s	1.666s 829s	5,0w 4,7w				
1 Ruanda	2	0,0	0,2	3,3	2	12,4	0,2	2,4	6	18
2 Mosambik	173	1,4	0,8	0,0	1	0,0	0,8	0,4 <sup>c</sup>	13	42
3 Äthiopien	142	0,4	0,3	60,2	23	5,5	2,2	2,0	6	45
4 Tansania	336	4,4	1,3	138,9	30	14,7	0,5	0,5 <sup>c</sup>	7	28
5 Burundi	2	0,0	0,6	0,9	3	3,2	0,1	2,8	7	13
6 Sierra Leone	19	0,1	0,6	0,8	2	1,1	0,4	0,2	7	92
7 Malawi	35	0,5	1,5	10,6	9	8,9	0,2	0,9 <sup>c</sup>	7	13
8 Tschad	114	0,9	0,8	114,9	9	9,0	0,2	0,4 <sup>c</sup>	6	29
9 Uganda	63	0,6	1,0	19,1	31	8,1	0,2	0,3 <sup>c</sup>	7	14
10 Madagaskar	158	1,3	0,9	11,1	37	1,9	16,3	4,8	16	1.568
11 Nepal	50	0,5	1,1	11,1	12	7,9	2,7	1,6	6	144
12 Vietnam	83	1,4	1,6	13,3	59	4,0	28,9	7,7	54	361
13 Bangladesch	8	0,4	4,9	1,0	8	0,7	22,5	1,0 <sup>c</sup>	7	213
14 Haiti	0	0,0	6,5	0,1	3	0,4	0,0	0,4	2	5
15 Niger	24	0,1	0,4	84,2	5	6,6	0,3	0,9 <sup>c</sup>	9	33
16 Guinea-Bissau	20	0,2	0,8	..	..	..	0,0	0,0 <sup>c</sup>	3	8
17 Kenia	12	0,1	0,6	35,0	36	6,0	1,1	3,6 <sup>c</sup>	14	37
18 Mali	121	1,1	0,9	40,1	11	3,2	1,4	1,4 <sup>c</sup>	3	159
19 Nigeria	156	1,2	0,8	29,7	19	3,2	3,6	1,3 <sup>c</sup>	13	28
20 Jemen, Rep.	41	0,0	0,0	..	..	..	3,4	136,0	17	318
21 Burkina Faso	44	0,3	0,7	26,6	12	9,7	0,2	0,5	5	13
22 Mongolei	139	1,3	0,9	61,7	15	3,9	0,6	2,2	30	243
23 Indien	517	3,4	0,7	143,5	374	4,4	380,0	18,2 <sup>c</sup>	18	594
24 Laos, Dem. VR	132	1,3	1,0	24,4	17	10,3	1,0	0,4	21	239
25 Togo	14	0,2	1,6	6,5	11	11,4	0,1	0,8 <sup>c</sup>	17	11
26 Gambia	1	0,0	0,8	0,2	5	2,0	0,0	0,3 <sup>c</sup>	2	27
27 Nicaragua	60	1,2	2,1	9,0	59	6,9	0,9	0,5	92	275
28 Sambia	323	3,6	1,1	63,6	21	8,5	0,4	0,3 <sup>c</sup>	54	32
29 Tadschikistan	..	..	..	0,9	3	0,6	12,6	13,2 <sup>c</sup>	123	2.332
30 Benin	49	0,7	1,4	7,8	2	6,9	0,1	0,4 <sup>c</sup>	7	19
31 Zentralafrik. Rep.	306	1,3	0,4	61,1	13	9,8	0,1	0,0	5	20
32 Albanien	14	0,0	0,0	0,3	11	1,2	0,2	0,9 <sup>c</sup>	6	88
33 Ghana	96	1,4	1,4	11,0	9	4,6	0,3	0,6 <sup>c</sup>	12	23
34 Pakistan	19	0,8	4,1	37,2	55	4,7	153,4	32,8 <sup>c</sup>	21	2.032
35 Mauretanien	6	0,0	0,0	17,5	4	1,7	0,7	6,4 <sup>c</sup>	59	436
36 Aserbaidschan	..	..	..	1,9	12	2,2	15,8	56,4 <sup>c</sup>	90	2.158
37 Simbabwe	89	0,6	0,7	30,7	25	7,9	1,2	6,1 <sup>c</sup>	19	117
38 Guinea	67	0,9	1,3	1,6	3	0,7	0,7	0,3	14	126
39 China	1.246	8,8	0,7	580,7	463	6,1	460,0	16,4	28	433
40 Honduras	46	1,1	2,4	8,6	44	7,7	1,5	2,1 <sup>c</sup>	12	282
41 Senegal	75	0,5	0,7	21,8	10	11,1	1,4	3,5 <sup>c</sup>	10	191
42 Côte d'Ivoire	109	1,2	1,1	19,9	12	6,2	0,7	0,9	15	52
43 Kongo	199	0,3	0,2	11,8	10	3,4	0,0	0,0 <sup>c</sup>	12	7
44 Kirgisistan	..	..	..	2,8	5	1,4	11,7	24,0	82	2.647
45 Sri Lanka	17	0,3	1,5	8,0	56	12,1	6,3	14,6	10	493
46 Armenien	..	..	..	2,1	4	7,2	3,8	45,8 <sup>c</sup>	149	996
47 Kamerun	204	1,2	0,6	20,5	14	4,3	0,4	0,1	17	20
48 Ägypten, Arab. Rep.	0	0,0	0,0	7,9	12	0,8	56,4	97,1 <sup>c</sup>	67	889
49 Lesotho	0	..	..	0,1	1	0,2	0,1	1,0	7	24
50 Georgien	..	..	..	1,9	15	2,7	4,0	6,5 <sup>c</sup>	156	586
51 Myanmar	289	4,0	1,4	1,7	2	0,3	4,0	0,4	7	94
Länder mit mittlerem Einkommen				2.984,5s	2.675s	4,9w				
Untere Einkommenskategorie				2.161,0s	1.670s	5,4w				
52 Bolivien	493	6,3	1,3	92,3	25	8,4	1,2	0,4	20	181
53 Mazedonien	9	0,0	0,1	2,2	16	8,4	..	..	..	..
54 Moldau	..	..	..	0,1	2	0,2	3,7	29,1 <sup>c</sup>	60	793
55 Indonesien	1.095	12,1	1,1	185,6	175	9,7	16,6	0,7	12	83
56 Philippinen	78	3,2	4,0	6,1	27	2,0	29,5	9,1	123	562
57 Usbekistan	..	..	..	2,4	10	0,5	82,2	76,4 <sup>c</sup>	165	3.956
58 Marokko	90	-1,2	-1,3	3,6	10	0,8	10,9	36,2	23	404
59 Kasachstan	..	..	..	8,9	9	0,3	37,9	30,2 <sup>c</sup>	92	2.202
60 Guatemala	42	0,8	1,9	8,3	17	7,6	0,7	0,6	13	127
61 Papua-Neuguinea	360	1,1	0,3	0,8	5	0,2	0,1	0,0	8	20
62 Bulgarien	37	-0,1	-0,2	3,7	46	3,3	13,9	6,8 <sup>c</sup>	43	1.501
63 Rumänien	63	0,0	0,0	10,9	39	4,6	26,0	12,5 <sup>c</sup>	91	1.044
64 Ecuador	120	2,4	2,0	111,1	15	39,2	5,6	1,8	41	541
65 Dominikanische Rep.	11	0,4	3,3	10,5	17	21,5	3,0	14,9	22	423
66 Litauen	..	..	..	6,3	76	9,7	4,4	19,0 <sup>c</sup>	83	1.107
67 El Salvador	1	0,0	2,6	0,1	2	0,2	1,0	5,3	17	228
68 Jordanien	1	0,0	-1,0	2,9	10	3,3	0,4	32,1 <sup>c</sup>	50	123
69 Jamaika	2	0,3	11,2	0,0	1	0,2	0,3	3,9	11	148
70 Paraguay	129	4,0	3,1	14,8	19	3,6	0,4	0,1 <sup>c</sup>	16	93
71 Algerien	41	0,3	0,8	119,2	19	5,0	3,0	20,3 <sup>c</sup>	35	125

Anmerkung: Zur Vergleichbarkeit der Daten und ihrer Abgrenzung vgl. Technische Erläuterungen.

	Waldgebiete						Jährliche Süßwasserentnahme (1970–1994) <sup>b</sup>			
	Gesamtfläche (in 1.000 km <sup>2</sup> ) 1990	Jährliche Waldvernichtung 1981–90		National geschützte Gebiete (1994) <sup>a</sup>			In % des gesamten Wasser- aufkom- mens	Pro Kopf (m <sup>3</sup> ) Haushalte    Sonstige		
		In 1.000 km <sup>2</sup>	In % der gesamten Fläche	In % der gesamten Fläche						
				In 1.000 km <sup>2</sup>	Anzahl					
72 Kolumbien	541	3,7	0,7	93,6	79	8,2	5,3	0,5	71	103
73 Tunesien	7	-0,1	-1,8	0,4	7	0,3	2,3	60,5 <sup>c</sup>	41	276
74 Ukraine	92	-0,2	-0,3	5,2	20	0,9	34,7	40,0 <sup>c</sup>	108	565
75 Namibia	126	0,4	0,3	102,2	12	12,4	0,1	0,3 <sup>c</sup>	7	103
76 Peru	679	2,7	0,4	41,8	22	3,2	6,1	15,3	57	243
77 Weißrußland	63	-0,3	-0,4	2,4	10	1,2	3,0	5,4 <sup>c</sup>	94	200
78 Slowakei	18	0,0	0,1	10,2	40	20,7	1,8	5,8	..	..
79 Lettland	..	..	..	7,8	45	12,0	0,7	2,2 <sup>c</sup>	110	152
80 Costa Rica	14	0,5	3,5	6,4	29	12,5	1,4	1,4	31	749
81 Polen	87	-0,1	-0,1	30,6	111	9,8	12,3	21,9 <sup>c</sup>	42	279
82 Thailand	127	5,2	4,0	70,2	111	13,7	31,9	17,8 <sup>c</sup>	24	578
83 Türkei	202	0,0	0,0	8,2	44	1,1	33,5	17,3 <sup>c</sup>	140	445
84 Kroatien	20	0,0	0,1	3,8	29	6,8	..	..	..	..
85 Panama	31	0,6	2,1	13,3	15	17,6	1,3	0,9	91	664
86 Russische Föderation	..	..	..	655,4	199	3,8	117,0	2,7 <sup>c</sup>	134	656
87 Venezuela	457	6,0	1,3	263,2	100	28,9	4,1	0,3 <sup>c</sup>	164	218
88 Botsuana	143	0,8	0,5	106,6	9	18,3	0,1	0,6 <sup>c</sup>	5	94
89 Estland	..	..	..	4,4	39	9,8	3,3	21,2 <sup>c</sup>	105	1.992
90 Iran, Islam. Rep.	180	0,0	0,0	83,0	68	5,0	45,4	38,6	54	1.307
91 Turkmenistan	..	..	..	11,1	8	2,3	22,8	32,6 <sup>c</sup>	64	6.326
Obere Einkommenskategorie				823,5s	1.005s	4,0w				
92 Brasilien	5.611	36,7	0,7	321,9	273	3,8	36,5	0,5 <sup>c</sup>	54	191
93 Südafrika	45	-0,4	-0,8	69,3	237	5,7	14,7	29,3 <sup>c</sup>	47	348
94 Mauritius	1	0,0	0,2	0,0	3	2,0	0,4	16,4	66	344
95 Tschechische Rep.	26	0,0	0,0	10,7	34	13,5	2,7	4,7	109	157
96 Malaysia	176	4,0	2,3	14,9	54	4,5	9,4	2,1	177	592
97 Chile	88	-0,1	-0,1	137,2	66	18,1	16,8	3,6	98	1.528
98 Trinidad und Tobago	2	0,0	-1,9	0,2	6	3,1	0,2	2,9	40	108
99 Ungarn	17	-0,1	-0,5	5,7	53	6,2	6,8	5,7 <sup>c</sup>	59	601
100 Gabun	182	1,2	0,6	10,4	6	3,9	0,1	0,0	41	16
101 Mexiko	486	6,8	1,4	97,3	65	5,0	77,6	21,7	54	845
102 Uruguay	7	0,0	-0,6	0,3	8	0,2	0,6	0,5 <sup>c</sup>	14	227
103 Oman	41	0,0	0,0	37,4	29	17,6	0,5	24,0	17	547
104 Slowenien	10	0,0	0,0	1,1	10	5,3	..	..	..	..
105 Saudi-Arabien	12	0,0	0,0	62,0	10	2,9	3,6	163,6	224	27 <sup>c</sup>
106 Griechenland	60	0,0	0,0	2,2	24	1,7	5,0	8,6 <sup>c</sup>	42	481
107 Argentinien	592	0,9	0,1	43,7	86	1,6	27,6	2,8 <sup>c</sup>	94	94 <sup>c</sup>
108 Korea, Rep.	65	0,1	0,1	6,9	28	7,0	27,6	41,8	117	51 <sup>c</sup>
Länder mit niedr. u. mittl. Eink.				4.991,1s	4.341s	5,0w				
Afrika südlich der Sahara				1.361,7s	677s	5,7w				
Ostasien u. Pazifik				997,4s	993s	6,1w				
Südostasien				212,6s	520s	4,1w				
Europa u. Zentralasien				807,0s	940s	3,3w				
Naher Osten u. Nordafrika				318,2s	172s	3,2w				
Lateinamerika u. Karibik				1.294,2s	1.039s	6,3w				
Länder mit hohem Einkommen				4.324,5s	5.508s	13,6w				
109 Portugal	31	-0,1	-0,4	5,8	25	6,3	7,3	10,5 <sup>c</sup>	111	628
110 Neuseeland	75	..	..	61,5	206	22,7	2,0	0,6	271	318
111 Spanien	256	0,0	0,0	42,5	215	8,4	30,8	27,6 <sup>c</sup>	94	687
112 Irland	4	0,0	-1,1	0,5	12	0,7	0,8	1,6 <sup>c</sup>	37	196
113 Israel	1	0,0	-0,3	3,1	15	14,6	1,9	84,1 <sup>c</sup>	65	343
114 Australien	1.456	0,0	0,0	935,5	892	12,1	14,6	4,3	607	327
115 Großbritannien	24	-0,2	-1,0	51,3	191	20,9	11,8	16,6	41	164
116 Finnland	234	-0,1	0,0	27,3	82	8,1	2,2	1,9 <sup>c</sup>	53	387
117 Italien	86	..	..	22,8	172	7,6	56,2	33,7 <sup>c</sup>	138	848
118 Kuwait	0	0,0	0,0	0,3	2	1,5	0,5	..	336	189
119 Kanada	4.533	..	..	825,5	640	8,3	45,1	1,6	288	1.314
120 Hongkong	0	0,0	-0,5	..	..	..	..	..	..	..
121 Niederlande	3	0,0	-0,3	3,9	79	10,4	7,8	8,7 <sup>c</sup>	26	492
122 Singapur	0	0,0	2,5	0,0	1	4,8	0,2	31,7	38	46
123 Belgien	6	0,0	-0,3	0,8	3	2,5	9,0	72,2 <sup>c</sup>	101	816
124 Frankreich	135	-0,1	-0,1	56,0	110	10,2	37,7	19,1 <sup>c</sup>	106	559
125 Schweden	280	-0,1	0,0	29,9	214	6,6	2,9	1,6 <sup>c</sup>	123	218
126 Österreich	39	-0,1	-0,4	20,0	170	23,9	2,4	2,6 <sup>c</sup>	101	203
127 Deutschland	107	-0,5	-0,4	92,0	504	25,8	46,3	27,1 <sup>c</sup>	64	518
128 Vereinigte Staaten	2.960	3,2	0,1	1.042,4	1.494	11,1	467,3	18,9 <sup>c</sup>	244	1.626
129 Norwegen	96	..	..	55,4	114	17,1	2,0	0,5 <sup>c</sup>	98	390
130 Dänemark	5	0,0	0,0	13,9	113	32,2	1,2	9,2 <sup>c</sup>	70	163
131 Japan	238	0,0	0,0	27,6	80	7,3	90,8	16,6	125	610
132 Schweiz	12	-0,1	-0,6	7,3	109	17,7	1,2	2,4 <sup>c</sup>	40	133
133 Vereinigte Arab. Emirate	0	0,0	0,0	..	..	..	0,9	300,0	97	787
Gesamte Welt				9.315,5s	9.849s	7,1w				

<sup>a</sup> Die Daten können sich auf frühere Jahre beziehen, und sie sind die aktuellsten veröffentlichten Daten des World Conservation Monitoring Centre 1994. <sup>b</sup> Bezieht sich auf irgendein Jahr im Zeitraum 1970 bis 1994. <sup>c</sup> Das gesamte Wasseraufkommen schließt die Flußströme aus anderen Ländern ein.

Tabelle 11 Wirtschaftswachstum

	Durchschnittliche jährliche Wachstumsrate (%)													
	BIP		BIP-Deflator		Landwirtschaft		Industrie		Dienstleistungssektor <sup>a</sup>		Ausfuhren von Gütern und Nichtfaktordienstleistungen		Brutto-Inlands-investitionen	
	1980-90	1990-94	1980-90	1990-94	1980-90	1990-94	1980-90	1990-94	1980-90	1990-94	1980-90	1990-94	1980-90	1990-94
<b>Länder mit niedrigem Einkommen Ohne China und Indien</b>	5,8w 2,9w	6,2w 1,4w	13,0w 24,8w	59,0w 150,2w	3,5w 2,0w	2,8w 1,5w	7,4w 2,7w	11,0w -0,7w	6,8w 3,7w	5,2w 2,1w	5,7w 2,5w	10,4w 3,0w	6,1w -0,4w	7,9w -1,8w
1 Ruanda	2,3	-15,5	3,3	9,7	0,7	-13,8	1,7	-23,4	4,3	-14,2	4,4	1,2	3,7	-12,3
2 Mosambik	-0,2	7,3	38,4	49,3	1,6	2,4	-9,8	-2,4	2,8	12,7	-5,0	7,2	-2,5	8,6
3 Äthiopien	2,3 <sup>b</sup>	..	3,4 <sup>b</sup>	..	1,1 <sup>b</sup>	..	0,1 <sup>b</sup>	..	4,4 <sup>b</sup>	..	..	..	..	..
4 Tansania	3,8	3,1	35,7	20,4	4,9	5,8	3,4	9,7	2,8	-3,1	..	..	..	..
5 Burundi	4,4	-1,4	4,4	7,1	3,1	-3,1	4,5	-3,4	6,3	1,5	4,5	-2,5	4,5	-4,0
6 Sierra Leone	0,9	0,6	56,0	55,9	2,9	0,6	-2,0	7,4	0,7	-2,7	-7,6	5,4	-4,0	1,1
7 Malawi	2,7	-0,7	14,6	22,8	2,0	-0,6	2,9	-0,4	3,0	-1,0	2,5	0,4	-3,9	-14,5
8 Tschad <sup>c</sup>	6,3	1,3	1,1	6,6	b	6,9	8,0	-9,9	9,9	1,2	7,7	-15,8	19,0	-2,9
9 Uganda	3,1	5,6	125,6	28,8	2,3	3,3	6,0	9,3	3,5	7,7	2,3	5,3	9,3	2,6
10 Madagaskar	1,1	-0,2	17,1	16,8	2,5	1,5	0,9	-0,7	0,5	-1,1	-2,0	4,4	4,9	-7,4
11 Nepal	4,6	4,9	11,1	12,6	4,0	1,3	6,0	10,5	4,8	6,8	0,9	26,8	2,2	6,3
12 Vietnam <sup>c</sup>	..	8,0	..	29,8	..	4,5	..	..	..	..	..	..	..	..
13 Bangladesch <sup>c</sup>	4,3	4,2	9,5	4,1	2,7	1,9	4,9	7,1	5,7	5,0	6,6	11,7	1,4	4,7
14 Haiti	-0,2	-8,1	7,5	20,9	..	..	..	..	..	..	1,2	-19,0	-0,6	-45,7
15 Niger <sup>c</sup>	-1,1	-0,3	2,9	4,7	1,8	-3,5	-3,3	-1,3	-5,2	-2,2	-4,6	-6,7	-5,9	-6,9
16 Guinea-Bissau	4,5	3,6	56,1	53,4	6,7	4,7	0,4	2,3	3,3	2,3	-1,6	-6,2	5,8	0,7
17 Kenia	4,2	0,9	9,0	17,7	3,3	-1,5	3,9	0,9	4,8	2,0	4,3	0,4	0,8	-2,2
18 Mali <sup>c</sup>	1,5	2,0	5,6	8,0	4,3	1,7	2,7	5,3	-1,4	1,1	5,2	3,0	5,4	5,0
19 Nigeria	1,6	2,4	16,6	37,4	3,3	2,2	-1,0	0,3	2,8	4,5	-0,3	1,7	-10,9	-4,6
20 Jemen, Rep.	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
21 Burkina Faso	3,7	2,5	3,1	4,0	3,1	4,6	3,7	1,4	4,2	1,6	-0,6	-2,4	8,6	-15,1
22 Mongolei <sup>c</sup>	5,5	-4,4	-1,2	157,7	2,9	-4,0	4,6	-7,0	18,5	-4,0	5,2	-13,0	1,7	-20,3
23 Indien	5,8	3,8	8,0	10,1	3,1	2,9	7,1	3,2	6,9	4,6	5,9	13,6	6,5	1,2
24 Laos, Dem. VR <sup>c</sup>	..	6,2	..	8,8	..	..	..	..	..	..	..	8,3	..	..
25 Togo <sup>c</sup>	1,8	-3,4	4,7	5,7	5,6	3,3	1,1	-6,0	-0,3	-8,6	0,6	-13,6	2,1	-34,3
26 Gambia	3,4	1,4	18,7	5,6	0,4	-0,5	6,0	-0,8	4,8	2,4	0,6	-5,6	0,8	3,0
27 Nicaragua <sup>c</sup>	-2,0	0,5	422,6	148,6	-2,2	0,3	-1,7	-4,4	-2,0	2,2	-3,8	3,8	-4,7	2,8
28 Sambia <sup>c</sup>	0,8	-0,1	42,4	124,2	3,6	2,1	1,0	-1,3	0,1	0,4	-3,3	13,7	-2,7	-16,9
29 Tadschikistan	2,9	-22,5	0,5	522,3	-1,4	..	3,6	..	5,9	..	..	..	4,2	..
30 Benin <sup>c</sup>	2,6	4,1	1,6	7,9	5,1	4,9	2,1	3,5	1,2	3,5	-2,2	1,9	-6,2	12,1
31 Zentralafrik. Rep.	1,7	-0,1	5,6	6,2	2,7	1,5	3,1	-4,6	0,5	-2,9	-3,7	4,4	4,8	-8,7
32 Albanien	1,5	-4,2	-0,4	101,6	2,4	6,4	3,2	-21,8	-2,4	4,3	-2,6	-6,6	-0,3	-11,3
33 Gbana <sup>c</sup>	3,0	4,3	42,4	20,7	1,0	1,8	3,3	4,3	6,4	7,3	2,5	7,5	4,5	-3,9
34 Pakistan	6,3	4,6	6,7	10,8	4,3	2,7	7,3	6,3	6,9	4,7	8,1	11,3	5,9	4,7
35 Mauretanien	1,7	3,6	8,6	7,6	1,7	5,3	4,9	2,0	0,3	3,3	3,4	-3,8	-4,1	3,2
36 Aserbaidschan <sup>c</sup>	2,1	-22,9	..	696,6	-1,4	..	2,8	..	4,2	..	..	..	0,4	..
37 Simbabwe	3,5	1,1	11,5	27,0	2,4	1,6	3,6	-3,6	3,9	1,3	5,4	4,5	1,3	0,2
38 Guinea	..	3,5	..	11,7	..	4,3	..	1,9	..	4,3	..	0,5	..	-1,1
39 China <sup>c</sup>	10,2	12,9	5,8	10,8	5,9	4,1	11,1	18,8	13,6	9,9	11,5	16,0	11,0	15,4
40 Honduras	2,7	3,8	5,7	16,9	2,7	3,4	3,3	6,0	2,5	1,5	1,1	1,4	2,9	12,6
41 Senegal <sup>c</sup>	3,2	0,0	6,4	7,1	2,9	-4,9	3,8	1,1	3,1	1,2	2,8	1,4	3,6	-0,1
42 Côte d'Ivoire	-0,1	-0,2	3,1	6,8	-0,5	-0,9	4,4	0,2	-1,4	0,1	-1,0	-1,2	-10,8	1,4
43 Kongo <sup>c</sup>	3,6	-0,1	0,3	2,1	3,4	-2,8	5,2	3,4	2,6	-2,6	4,8	5,7	-11,9	-6,7
44 Kirgisistan	4,2	-16,9	0,1	454,9	2,2	..	..	..	..	..	..	..	2,5	16,0
45 Sri Lanka	4,2	5,4	10,9	9,5	2,2	2,0	4,6	7,5	5,0	5,8	3,7	10,7	1,7	10,8
46 Armenien	3,3	-27,8	0,3	967,0	-3,9	-1,9	5,1	-36,7	4,4	-28,7	..	..	6,2	-25,0
47 Kamerun <sup>c</sup>	1,9	-4,1	5,7	2,7	1,2	-1,2	3,7	-6,9	1,0	-3,9	9,1	-0,6	-0,8	-10,0
48 Ägypten, Arab. Rep.	5,0	1,1	11,7	14,9	1,5	1,8	2,6	0,1	7,5	1,2	6,1	-1,5	2,7	-2,7
49 Lesotho	4,3	6,1	13,6	11,9	2,6	-2,3	7,2	11,4	3,6	4,7	4,1	10,6	6,9	10,4
50 Georgien	0,5	-31,2	1,9	2.707,1	0,7	-31,5	1,8	-38,8	-1,3	-26,6	..	..	..	..
51 Myanmar	0,6	5,7	12,2	24,4	0,5	5,1	0,5	9,4	0,7	5,5	1,9	13,6	-4,1	9,4
<b>Länder mit mittlerem Einkommen Untere Einkommenskategorie</b>	2,2w 2,2w	0,2w -2,3w	57,3w 15,5w	334,6w 326,4w	.. ..	0,9w ..	.. ..	1,3w ..	.. ..	3,7w ..	.. ..	.. ..	.. ..	2,1w ..
52 Bolivien <sup>c</sup>	..	3,8	317,4	10,9	2,0	..	-2,9	..	-0,1	..	3,5	6,1	-9,9	5,8
53 Mazedonien	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
54 Moldau	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
55 Indonesien <sup>c</sup>	6,1	7,6	8,5	7,4	3,4	3,0	6,9	9,8	7,0	7,6	2,9	10,8	7,0	7,5
56 Philippinen <sup>c</sup>	1,0	1,6	14,9	9,6	1,0	1,6	-0,9	0,9	2,8	2,1	3,5	8,0	-2,1	2,3
57 Usbekistan	3,4	-5,0	-0,7	628,7	-0,1	-0,7	4,3	-6,7	5,4	-6,3	..	..	0,4	-9,1
58 Marokko <sup>c</sup>	4,2	1,7	7,2	4,4	6,7	-1,5	3,0	0,3	4,2	3,4	5,6	2,1	2,5	-2,7
59 Kasachstan	1,5	-14,3	2,8	976,5	..	..	..	..	..	..	..	..	1,9	-26,0
60 Guatemala <sup>c</sup>	0,8	4,1	14,6	15,5	2,3	2,5	2,1	4,2	2,1	4,9	-2,1	5,2	-1,8	10,7
61 Papua-Neuguinea <sup>c</sup>	1,9	11,5	5,3	3,8	1,8	5,3	1,9	24,3	0,7	..	3,3	18,3	-0,9	-4,1
62 Bulgarien	4,0	-5,9	1,2	90,0	-2,1	-2,9	5,2	-9,3	4,8	-0,6	-3,5	-5,3	2,4	-10,1
63 Rumänien	0,6	-3,7	2,5	191,9	..	-2,3	..	-5,1	..	-3,1	..	..	..	-13,1
64 Ecuador <sup>c</sup>	2,0	3,5	36,4	41,0	4,4	2,0	1,2	5,2	1,8	2,9	5,4	7,5	-3,8	5,9
65 Dominikanische Rep. <sup>c</sup>	2,7	4,2	21,5	13,6	0,4	3,0	2,2	3,7	3,7	4,6	2,8	5,2	3,7	7,0
66 Litauen <sup>c</sup>	2,3	-20,3	3,5	390,6	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
67 El Salvador <sup>c</sup>	0,2	6,2	16,4	11,4	-1,1	1,0	0,1	4,2	0,7	8,8	-3,4	12,1	2,2	16,0
68 Jordanien	-1,5	8,2	7,0	4,7	13,2	10,2	-1,3	7,9	-7,3	7,9	14,0	3,3	7,3	6,5
69 Jamaika <sup>c</sup>	2,0	3,5	18,6	42,8	0,6	8,3	2,4	-0,5	1,9	6,0	5,4	-1,0	-0,1	5,8
70 Paraguay <sup>c</sup>	2,5	2,9	24,4	19,3	3,6	1,4	-0,3	1,9	3,4	4,1	11,5	13,5	-0,8	1,2
71 Algerien	2,9	-0,6	7,8	27,1	4,5	-0,2	1,7	-0,8	3,3	-0,6	4,1	-0,4	-2,3	-6,8

Anmerkung: Zur Vergleichbarkeit der Daten und ihrer Abgrenzung vgl. Technische Erläuterungen.

Durchschnittliche jährliche Wachstumsrate (%)															
		BIP		BIP-Deflator		Landwirtschaft		Industrie		Dienstleistungssektor <sup>a</sup>		Ausfuhren von Gütern und Nichtfaktor-dienstleistungen		Brutto-Inlands-investitionen	
		1980-90	1990-94	1980-90	1990-94	1980-90	1990-94	1980-90	1990-94	1980-90	1990-94	1980-90	1990-94	1980-90	1990-94
72	Kolumbien	3,7	4,3	24,6	23,8	2,9	1,4	5,0	3,0	3,1	6,4	7,5	5,9	0,5	21,2
73	Tunesien	3,3	4,5	7,5	5,5	2,8	0,5	3,1	4,0	3,5	5,9	5,6	5,9	-1,8	2,3
74	Ukraine <sup>c</sup>	..	-14,4	..	1.169,1	..	-8,5	..	-19,4	..	-11,3	..	..	..	..
75	Namibia	1,1	4,1	13,6	9,5	1,8	6,8	-1,1	2,9	2,2	4,1	0,2	6,1	11,9	-2,8
76	Peru <sup>c</sup>	-0,2	4,2	229,6	83,0	..	..	..	..	..	..	-1,7	7,4	-4,2	10,7
77	Weißrußland	4,8	-10,5	0,6	905,5	1,8	-6,8	6,2	-5,3	4,9	-11,1	..	..	4,4	-5,3
78	Slowakei <sup>c</sup>	1,9	-5,4	1,8	17,0	0,6	-2,6	2,2	-11,8	1,7	3,4	..	..	4,4	-20,5
79	Lettland	3,5	-17,7	0,0	205,1	2,3	-19,1	4,3	-35,7	3,1	-8,0	..	..	..	..
80	Costa Rica <sup>c</sup>	3,0	5,6	23,5	18,8	3,1	3,8	2,8	6,1	3,1	6,0	6,1	10,7	5,3	10,6
81	Polen	1,7	1,6	53,9	36,9	0,7	-3,0	0,1	1,2	2,2	2,6	4,5	6,3	0,9	-3,3
82	Thailand <sup>c</sup>	7,6	8,2	3,9	4,4	4,0	3,1	9,9	10,9	7,3	7,4	14,0	14,6	9,4	9,3
83	Türkei	5,6	3,2	48,4	71,7	4,4	0,8	6,4	4,3	5,5	3,3	16,6	7,7	5,3	2,2
84	Kroatien	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
85	Panama <sup>c</sup>	0,3	7,0	2,4	1,6	..	5,1	..	18,6	..	5,5	..	4,9	..	19,6
86	Russische Föderation	1,9	-10,6	3,2	616,7	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
87	Venezuela <sup>c</sup>	1,1	3,2	19,3	34,2	3,0	2,3	0,5	4,1	1,1	2,6	2,8	5,0	-5,3	6,9
88	Botswana <sup>c</sup>	10,3	4,4	13,1	8,4	2,2	0,6	11,4	1,7	11,0	7,9	..	..	..	..
89	Estland <sup>c</sup>	0,2	-11,6	4,4	208,4	-1,9	-9,3	1,6	-19,4	-0,5	-27,1	..	..	0,5	-33,8
90	<i>Iran, Islam. Rep.</i>	1,5	5,2	14,6	30,3	4,5	5,8	3,3	4,5	-0,3	5,4	6,9	9,0	-2,5	-7,8
91	<i>Turkmenistan</i>	3,6	-5,2	0,7	545,8	1,2	..	2,7	..	7,2	..	..	..	3,6	..
Obere Einkommenskategorie		2,2w	3,4w	121,5w	347,1w	2,5w	0,9w	2,1w	2,6w	2,7w	4,4w	7,1w	7,8w	0,7w	5,7w
92	Brasilien	2,7	2,2	284,5	1.231,5	2,8	3,2	2,0	0,8	3,5	3,2	7,5	9,0	0,2	1,8
93	Südafrika	1,3	-0,1	14,8	11,9	3,0	-2,3	-1,1	-1,2	2,9	0,6	1,9	2,3	-4,8	2,4
94	Mauritius	6,5	5,3	8,7	7,2	2,6	-2,1	9,2	6,0	5,3	6,4	10,4	4,6	11,8	5,5
95	Tschechische Rep. <sup>c</sup>	1,7	-4,7	1,5	21,3	..	..	..	..	..	..	..	..	2,3	-6,6
96	Malaysia <sup>c</sup>	5,2	8,4	1,7	3,7	3,8	2,8	7,2	9,8	4,3	9,1	10,9	12,9	2,6	14,9
97	Chile <sup>c</sup>	4,1	7,5	20,9	15,3	5,6	4,0	3,7	7,5	4,2	9,7	7,0	9,0	9,6	12,9
98	Trinidad und Tobago	-2,5	0,3	4,1	6,4	-5,8	0,9	-5,5	-0,5	1,3	0,9	8,9	12,1	-10,1	-0,6
99	Ungarn <sup>c</sup>	1,6	-2,0	8,6	22,4	0,6	-9,4	-2,6	-1,1	4,8	-0,5	4,0	-5,9	-0,4	3,2
100	Gabun <sup>c</sup>	0,5	-2,1	1,9	10,5	1,7	-0,3	1,0	2,8	-0,3	-9,2	2,8	4,5	-4,6	-2,8
101	Mexiko <sup>c</sup>	1,0	2,5	70,4	13,1	0,6	1,1	1,0	2,5	1,1	2,7	6,6	4,0	-3,1	6,5
102	Uruguay <sup>c</sup>	0,4	4,4	61,3	60,0	0,1	3,3	-0,2	-2,6	0,9	8,5	4,3	8,4	-7,8	11,6
103	Oman <sup>c</sup>	8,3	6,7	-3,6	-3,4	7,9	2,1	10,3	6,2	6,0	11,4	..	..	..	..
104	Slowenien	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
105	Saudi-Arabien <sup>c</sup>	-1,2	1,9	-3,7	0,4	13,4	..	-2,3	..	-1,2	..	..	..	..	..
106	Griechenland	1,7	1,4	17,9	13,7	-0,1	3,3	1,3	-1,1	2,3	2,3	7,1	10,4	-0,9	1,2
107	Argentinien	-0,3	7,6	389,1	27,6	0,9	1,2	-0,9	8,0	0,0	8,4	3,7	2,7	-4,7	22,0
108	Korea, Rep. <sup>2</sup>	9,4	6,6	5,9	6,3	2,8	1,8	13,1	6,1	8,2	7,5	12,0	10,6	11,9	-4,3
Länder mit niedr. u. mittl. Eink.		3,1w	1,9w	45,7w	262,4w	3,1w	1,9w	3,9w	4,6w	3,8w	4,0w	7,3w	..	2,3w	..
Afrika südlich der Sahara		1,7w	0,9w	18,8w	39,2w	1,8w	0,7w	0,5w	-0,2w	2,4w	0,9w	1,8w	2,1w	-4,1w	-0,4w
Ostasien u. Pazifik		7,9w	9,4w	9,3w	9,9w	4,4w	3,6w	9,7w	13,4w	8,6w	8,0w	9,7w	12,7w	9,1w	10,6w
Südasien		5,7w	3,9w	8,0w	9,9w	3,2w	2,7w	6,9w	3,8w	6,8w	4,6w	6,1w	13,1w	6,1w	1,8w
Europa u. Zentralasien		2,3w	-7,5w	9,8w	528,9w	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
Naher Osten u. Nordafrika		0,2w	2,3w	8,2w	15,9w	4,5w	..	1,0w	..	1,3w	..	..	..	..	..
Lateinamerika u. Karibik		1,7w	3,6w	179,4w	482,8w	2,0w	2,3w	1,3w	2,9w	2,1w	4,4w	5,4w	6,3w	-1,5w	7,9w
Länder mit hohem Einkommen		3,2w	1,7w	4,7w	2,5w	2,3w	..	3,2w	..	3,2w	..	5,1w	..	4,1w	..
109	Portugal <sup>c</sup>	2,9	0,6	18,1	10,1	..	..	..	..	..	..	8,7	1,0	2,6	2,7
110	Neuseeland <sup>2</sup>	1,9	3,0	10,8	1,2	4,1	..	1,3	..	1,8	..	4,1	5,4	4,4	2,4
111	Spanien <sup>c</sup>	3,2	0,7	9,3	5,6	..	-1,0	..	..	..	..	5,7	7,8	5,7	-5,4
112	Irland	3,3	4,5	6,3	2,0	..	..	..	..	..	..	8,9	9,7	-0,4	-13,8
113	Israel	3,5	6,2	101,4	12,9	..	..	..	..	..	..	5,5	9,2	2,1	12,2
114	Australien <sup>c</sup>	3,5	3,4	7,3	1,2	3,3	-0,1	2,6	-0,2	4,0	2,8	7,0	7,6	2,6	2,9
115	Großbritannien	3,2	0,8	5,7	4,0	..	..	..	..	..	..	3,9	1,9	6,4	-2,0
116	Finnland	3,3	-2,2	6,8	1,9	-0,2	-2,6	3,3	-4,0	3,7	-4,2	2,2	6,6	3,0	-19,5
117	Italien <sup>c</sup>	2,4	0,7	9,9	4,9	0,6	2,1	2,2	-0,5	2,7	0,9	4,1	5,2	2,1	-5,9
118	Kuwait <sup>c</sup>	0,9	..	-2,4	..	14,7	..	1,0	..	0,9	..	-2,3	..	-4,5	..
119	Kanada	3,4	1,4	4,4	1,4	1,5	-1,2	2,9	-0,9	3,6	1,0	6,0	6,5	5,2	-1,3
120	Hongkong	6,9	5,7	7,7	8,9	..	..	..	..	..	..	14,4	14,3	4,0	9,1
121	Niederlande <sup>c</sup>	2,1	1,5	1,7	2,2	..	2,6	..	-0,4	..	1,9	4,6	3,0	3,3	-2,8
122	Singapur <sup>c</sup>	6,4	8,3	2,0	3,7	-6,2	-1,3	5,4	8,7	7,2	8,1	10,0	12,3	3,7	6,1
123	Belgien <sup>c</sup>	1,9	0,9	4,4	3,3	1,8	7,7	2,2	..	1,8	..	4,6	2,8	3,2	-1,7
124	Frankreich <sup>c</sup>	2,4	0,8	6,0	2,3	2,0	0,4	1,1	-1,0	3,0	1,1	3,7	3,8	2,8	-6,3
125	Schweden	2,3	-1,0	7,4	3,2	1,5	-1,9	2,8	-2,7	2,1	-1,2	4,3	2,4	4,3	-13,3
126	Österreich <sup>c</sup>	2,1	1,6	3,7	3,8	1,1	-2,8	1,9	0,9	2,3	2,2	4,6	2,6	2,5	0,9
127	Deutschland <sup>d</sup>	2,2	1,1	2,6	3,8	1,7	..	1,2	..	2,9	..	4,4	-3,0	2,0	-1,8
128	Vereinigte Staaten <sup>c</sup>	3,0	2,5	4,1	2,4	4,0	..	2,8	..	3,1	..	5,2	6,7	3,4	4,1
129	Norwegen	2,9	3,3	5,5	0,5	0,9	..	3,5	..	2,6	..	5,0	7,2	0,6	-0,4
130	Dänemark	2,4	1,8	5,5	1,7	3,1	1,3	2,9	0,4	2,1	1,5	4,4	2,7	4,0	-6,9
131	Japan <sup>c</sup>	4,1	1,2	1,5	1,1	1,1	-2,8	4,9	0,7	3,7	2,6	4,8	4,0	5,7	-0,4
132	Schweiz <sup>c</sup>	2,2	0,1	3,7	2,8	..	..	..	..	..	..	3,4	1,5	4,8	-7,3
133	Vereinigte Arab. Emirate	-2,0	..	0,7	..	9,6	9,3	-4,2	-1,8	2,0	..	..	..	-8,7	..
Gesamte Welt		3,1w	1,8w	14,8w	66,2w	2,8w	..	3,4w	..	3,3w	..	5,3w	..	3,7w	..

<sup>a</sup> Dienstleistungssektor einschließlich nicht aufgeschlüsselter Positionen. <sup>b</sup> Einschließlich Eritrea. <sup>c</sup> BIP-Komponenten zu Käuferpreisen. <sup>d</sup> Die Angaben vor 1990 beziehen sich auf die Bundesrepublik Deutschland vor der Vereinigung.



Tabelle 12 Wirtschaftsstruktur: Produktion

Länder mit niedrigem Einkommen Ohne China und Indien	Verteilung des Bruttoinlandsprodukts (%)									
	BIP (in Mio \$)		Landwirtschaft		Industrie		(Verarbeitendes Gewerbe <sup>a</sup> )		Dienstleistungs- sektor <sup>b</sup>	
	1980	1994	1980	1994	1980	1994	1980	1994	1980	1994
Länder mit niedrigem Einkommen	751.872 \$	1.208.422 \$	34 w	28 w	32 w	34 w	21 w	25 w	32 w	36 w
Ohne China und Indien	377.855 \$	392.644 \$	..	38 w	..	21 w	..	13 w	..	39 v
1 Ruanda	1.163	585	50	51	23	9	17	3	27	40
2 Mosambik	2.028	1.467	37	33	31	12	..	..	32	55
3 Äthiopien <sup>c</sup>	5.179	4.688	56	57	12	10	6	3	31	32
4 Tansania	5.702	3.378	46	57	18	17	11	8	37	26
5 Burundi	920	1.001	62	53	13	18	7	12	25	29
6 Sierra Leone	1.100	843	33	47	22	18	6	2	45	35
7 Malawi	1.238	1.302	37	31	19	21	12	14	44	47
8 Tschad <sup>d</sup>	727	910	54	44	12	22	..	16	34	35
9 Uganda	1.267	4.001	72	49	4	14	4	7	23	37
10 Madagaskar	4.042	1.918	30	35	16	13	..	..	54	52
11 Nepal	1.946	4.048	62	44	12	21	4	9	26	35
12 Vietnam <sup>d</sup>	..	15.570	..	28	..	30	..	22	..	43
13 Bangladesch <sup>d</sup>	12.950	26.164	50	30	16	18	11	10	34	52
14 Haiti	1.462	1.623	..	44	..	12	..	9	..	44
15 Niger <sup>d</sup>	2.538	1.540	43	39	23	18	4	7	35	44
16 Guinea-Bissau	105	243	44	45	20	18	..	7	36	37
17 Kenia	7.265	6.860	33	29	21	17	13	11	47	54
18 Mali <sup>d</sup>	1.629	1.871	58	42	9	15	4	9	32	42
19 Nigeria	93.082	35.200	27	43	40	32	8	7	32	25
20 Jemen, Rep.	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
21 Burkina Faso	1.709	1.856	33	34	22	27	16	21	45	39
22 Mongolei <sup>d</sup>	2.329	741	14	21	28	45	..	..	57	34
23 Indien	172.321	293.606	38	30	26	28	18	18	36	42
24 Laos, Dem. VR <sup>d</sup>	..	1.534	..	51	..	18	..	13	..	31
25 Togo <sup>d</sup>	1.136	981	27	38	25	21	8	9	48	41
26 Gambia	233	363	30	28	16	15	7	7	53	58
27 Nicaragua <sup>d</sup>	2.144	1.833	23	33	31	20	26	16	45	46
28ambia <sup>d</sup>	3.884	3.481	14	31	41	35	18	23	44	34
29 Tadschikistan	..	2.009	..	..	..	..	..	..	..	..
30 Benin <sup>d</sup>	1.405	1.522	35	34	12	12	8	7	52	53
31 Zentralafrik. Rep.	797	872	40	44	20	13	7	..	40	43
32 Albanien	1.636	1.808	28	55	37	22	..	..	35	23
33 Ghana <sup>d</sup>	4.445	5.421	58	46	12	16	8	8	30	39
34 Pakistan	23.690	52.011	30	25	25	25	16	18	46	50
35 Mauretanien	709	1.027	30	27	26	30	..	12	44	43
36 Aserbaidschan <sup>d</sup>	..	3.541	22	27	47	32	39	44	31	41
37 Simbabwe	5.355	5.432	14	15	34	36	25	30	52	48
38 Guinea	..	3.395	..	24	..	31	..	5	..	45
39 China <sup>d</sup>	201.696	522.172	30	21	49	47	41	37	21	32
40 Honduras	2.566	3.333	24	20	24	32	15	18	52	48
41 Senegal <sup>d</sup>	3.016	3.881	19	17	25	20	15	14	57	63
42 Côte d'Ivoire	10.175	6.716	31	41	24	26	15	26	45	32
43 Kongo <sup>d</sup>	1.706	1.578	12	10	47	44	7	7	42	46
44 Kirgisistan	..	2.666	..	37	..	30	..	..	..	33
45 Sri Lanka	4.024	11.712	28	24	30	25	18	16	43	51
46 Armenien	..	2.607	44	49	..	30	..	..	..	26
47 Kamerun <sup>d</sup>	7.499	7.470	28	32	26	28	8	12	46	41
48 Ägypten, Arab. Rep.	22.912	42.923	18	20	37	21	12	15	45	59
49 Lesotho	368	886	24	14	29	46	7	17	47	40
50 Georgien	..	2.063	..	61	..	23	..	17	..	16
51 Myanmar	..	..	47	63	13	9	10	7	41	28
Länder mit mittlerem Einkommen	2.477.885 \$	4.069.532 \$	..	10 w	..	36 w	..	20 w	..	52 w
Untere Einkommenskategorie	..	1.783.221 \$	..	13 w	..	36 w	..	..	..	49 w
52 Bolivien <sup>d</sup>	3.074	5.506	18	..	35	..	15	..	47	..
53 Mazedonien	..	1.678	..	..	..	..	..	..	..	..
54 Moldau	..	3.672	..	48	..	28	..	25	..	25
55 Indonesien <sup>d</sup>	78.013	174.640	24	17	42	41	13	24	34	42
56 Philippinen <sup>d</sup>	32.500	64.162	25	22	39	33	26	23	36	45
57 Usbekistan	..	21.508	28	33	37	34	27	18	35	34
58 Marokko <sup>d</sup>	18.821	30.803	18	21	31	30	17	17	51	49
59 Kasachstan	..	18.167	..	44	..	35	..	..	..	21
60 Guatemala <sup>d</sup>	7.879	12.919	..	25	..	19	..	..	..	56
61 Papua-Neuguinea <sup>d</sup>	2.548	5.403	33	28	27	38	10	8	40	33
62 Bulgarien	20.040	10.199	14	13	54	35	..	..	32	53
63 Rumänien	..	30.086	..	21	..	33	..	..	..	46
64 Ecuador <sup>d</sup>	11.733	16.556	12	12	38	38	18	21	50	50
65 Dominikanische Rep. <sup>d</sup>	6.631	10.416	20	15	28	22	15	15	52	63
66 Litauen <sup>d</sup>	..	5.224	19	21	53	41	..	..	29	38
67 El Salvador <sup>d</sup>	3.574	8.116	38	14	22	24	16	..	40	62
68 Jordanien	..	6.105	..	8	..	27	..	14	..	65
69 Jamaika <sup>d</sup>	2.679	4.241	8	8	38	37	17	17	54	54
70 Paraguay <sup>d</sup>	4.579	7.826	29	24	27	22	16	16	44	54
71 Algerien	42.347	41.941	10	12	54	44	9	11	36	44

Anmerkung: Zur Vergleichbarkeit der Daten und ihrer Abgrenzung vgl. Technische Erläuterungen. Kursive Zahlen gelten für andere als die angegebenen Jahre.

	Verteilung des Bruttoinlandsprodukts (%)									
	BIP (in Mio \$)		Landwirtschaft		Industrie		(Verarbeitendes Gewerbe <sup>a</sup> )		Dienstleistungs- sektor <sup>b</sup>	
	1980	1994	1980	1994	1980	1994	1980	1994	1980	1994
72 Kolumbien	33.399	67.266	19	14	32	32	23	18	49	54
73 Tunesien	8.743	15.770	16	15	36	32	14	20	48	53
74 Ukraine	..	91.307	..	19	..	50	..	38	..	31
75 Namibia	2.190	2.884	12	14	53	29	5	9	35	56
76 Peru <sup>c</sup>	20.661	50.077	10	7	42	37	20	23	48	56
77 Weißrussland <sup>d</sup>	..	20.287	18	17	53	54	45	44	29	29
78 Slowakei <sup>d</sup>	12.027	12.370	7	7	63	36	..	..	30	57
79 Lettland	..	5.817	..	9	..	34	..	20	..	57
80 Costa Rica <sup>d</sup>	4.831	8.281	18	15	27	24	19	19	55	61
81 Polen	57.068	92.580	..	6	..	40	..	..	..	54
82 Thailand <sup>d</sup>	32.354	143.209	23	10	29	39	22	29	48	50
83 Türkei	56.919	131.014	23	16	30	31	21	20	47	52
84 Kroatien	..	14.017	..	13	..	25	..	20	..	62
85 Panama <sup>d</sup>	3.592	6.975	..	11	..	16	..	..	..	73
86 Russische Föderation	..	376.555	9	7	54	38	..	31	37	55
87 Venezuela <sup>d</sup>	69.377	58.257	5	5	46	42	16	14	49	53
88 Botswana <sup>d</sup>	971	4.011	13	5	44	49	4	4	43	46
89 Estland <sup>d</sup>	..	4.578	14	10	49	36	42	23	37	55
90 Iran, Islam. Rep.	92.664	63.716	18	21	32	37	9	14	50	42
91 Turkmenistan <sup>c</sup>	..	5.156	..	..	..	..	..	..	..	..
<b>Obere Einkommenskategorie</b>	<b>1.054.324 \$</b>	<b>2.264.369 \$</b>	<b>8 w</b>	<b>8 w</b>	<b>47 w</b>	<b>37 w</b>	<b>22 w</b>	<b>20 w</b>	<b>43 w</b>	<b>53 w</b>
92 Brasilien	236.995	554.587	11	13	44	39	33	25	45	49
93 Südafrika	78.743	121.888	7	5	50	31	23	23	43	65
94 Mauritius	1.132	3.385	12	9	26	33	15	22	62	58
95 Tschechische Rep. <sup>d</sup>	29.123	36.024	7	6	63	39	..	..	30	55
96 Malaysia <sup>d</sup>	24.488	70.626	22	14	38	43	21	32	40	42
97 Chile <sup>d</sup>	27.572	51.957	7	..	37	..	21	..	55	..
98 Trinidad und Tobago	6.236	4.792	2	3	60	46	9	10	38	51
99 Ungarn <sup>d</sup>	22.163	41.374	..	7	..	33	..	23	..	60
100 Gabun <sup>d</sup>	4.279	3.945	7	8	60	52	5	11	33	40
101 Mexiko <sup>d</sup>	194.905	377.115	8	8	33	28	22	20	59	64
102 Uruguay <sup>d</sup>	10.133	15.539	14	8	34	23	26	17	53	69
103 Oman <sup>d</sup>	5.982	11.628	3	3	69	53	1	4	28	44
104 Slowenien	..	14.037	..	5	..	38	..	29	..	57
105 Saudi-Arabien <sup>d</sup>	156.487	117.236	1	..	81	..	5	..	18	..
106 Griechenland	40.147	77.721	20	16	35	31	22	18	44	53
107 Argentinien	76.962	281.922	6	5	41	30	29	20	52	65
108 Korea, Rep.	63.661	376.505	15	7	40	43	29	29	45	50
<b>Länder mit niedr. u. mittl. Eink.</b>	<b>3.222.247 \$</b>	<b>5.276.483 \$</b>	<b>..</b>	<b>14 w</b>	<b>..</b>	<b>36 w</b>	<b>..</b>	<b>21 w</b>	<b>..</b>	<b>48 w</b>
<b>Afrika südlich der Sahara</b>	<b>297.077 \$</b>	<b>277.021 \$</b>	<b>24 w</b>	<b>20 w</b>	<b>36 w</b>	<b>30 w</b>	<b>13 w</b>	<b>15 w</b>	<b>38 w</b>	<b>48 w</b>
<b>Ostasien u. Pazifik</b>	<b>524.972 \$</b>	<b>1.520.558 \$</b>	<b>27 w</b>	<b>18 w</b>	<b>39 w</b>	<b>42 w</b>	<b>28 w</b>	<b>30 w</b>	<b>32 w</b>	<b>41 w</b>
<b>Südasien</b>	<b>219.283 \$</b>	<b>394.958 \$</b>	<b>39 w</b>	<b>29 w</b>	<b>24 w</b>	<b>26 w</b>	<b>16 w</b>	<b>15 w</b>	<b>35 w</b>	<b>43 w</b>
<b>Europa u. Zentralasien</b>	<b>..</b>	<b>1.029.958 \$</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>
<b>Naheer Osten u. Nordafrika</b>	<b>463.036 \$</b>	<b>425.707 \$</b>	<b>9 w</b>	<b>..</b>	<b>57 w</b>	<b>..</b>	<b>7 w</b>	<b>10 w</b>	<b>32 w</b>	<b>..</b>
<b>Lateinamerika u. Karibik</b>	<b>762.475 \$</b>	<b>1.624.083 \$</b>	<b>10 w</b>	<b>10 w</b>	<b>38 w</b>	<b>33 w</b>	<b>25 w</b>	<b>21 w</b>	<b>50 w</b>	<b>55 w</b>
<b>Länder mit hohem Einkommen</b>	<b>7.685.574 \$</b>	<b>20.120.240 \$</b>	<b>3 w</b>	<b>..</b>	<b>36 w</b>	<b>..</b>	<b>23 w</b>	<b>..</b>	<b>59 w</b>	<b>..</b>
109 Portugal <sup>d</sup>	28.526	87.257	..	..	..	..	..	..	..	..
110 Neuseeland	22.469	50.777	11	..	31	..	22	..	58	..
111 Spanien <sup>d</sup>	211.542	482.841	..	3	..	..	..	17	..	..
112 Irland	20.231	52.060	..	8	..	9	..	3	..	83
113 Israel <sup>d</sup>	22.690	77.777	..	..	..	..	..	..	..	..
114 Australien <sup>d</sup>	159.728	331.990	5	3	36	30	19	15	58	67
115 Großbritannien	537.383	1.017.306	2	2	43	32	27	22	55	66
116 Finnland	51.306	97.961	10	5	40	32	28	24	51	63
117 Italien <sup>d</sup>	452.648	1.024.634	6	3	39	31	28	20	55	66
118 Kuwait <sup>d</sup>	28.639	24.289	0	0	75	53	6	11	25	47
119 Kanada	263.192	542.954	4	..	36	..	20	..	60	..
120 Hongkong	28.496	131.881	1	0	31	18	23	11	68	82
121 Niederlande <sup>d</sup>	172.280	329.768	..	3	..	27	..	18	..	70
122 Singapur <sup>d</sup>	11.718	68.949	1	0	38	36	29	27	61	64
123 Belgien <sup>d</sup>	118.021	227.550	2	2	34	..	24	..	64	..
124 Frankreich <sup>d</sup>	664.595	1.330.381	4	2	34	28	24	20	62	70
125 Schweden	125.557	196.441	4	2	34	30	23	20	62	68
126 Österreich <sup>c</sup>	76.882	196.546	4	2	40	34	28	23	56	64
127 Deutschland	..	2.045.991	..	1	..	..	..	29	..	..
128 Vereinigte Staaten <sup>d</sup>	2.708.147	6.648.013	3	..	34	..	22	..	64	..
129 Norwegen	57.711	109.568	4	..	40	..	16	..	57	..
130 Dänemark	66.322	146.076	6	4	30	27	20	19	65	69
131 Japan <sup>d</sup>	1.059.257	4.590.971	4	2	42	40	29	27	54	58
132 Schweiz <sup>d</sup>	101.646	260.352	..	..	..	..	..	..	..	..
133 Vereinigte Arab. Emirate	29.625	35.405	1	2	77	57	4	8	22	40
<b>Gesamte Welt</b>	<b>10.759.322 \$</b>	<b>25.223.462 \$</b>	<b>8 w</b>	<b>..</b>	<b>37 w</b>	<b>..</b>	<b>22 w</b>	<b>..</b>	<b>53 w</b>	<b>..</b>

<sup>a</sup> Da das Verarbeitende Gewerbe im allgemeinen der dynamischste Bereich des Industriesektors ist, wird sein Anteil am BIP gesondert ausgewiesen. <sup>b</sup> Dienstleistungssektor usw. einschließlich nicht aufgeschlüsselter Positionen. <sup>c</sup> Angaben vor 1992 einschließlich Eritrea. <sup>d</sup> BIP-Komponenten zu Käuferpreisen.

Tabelle 13 Wirtschaftsstruktur: Nachfrage

	Verteilung des Bruttoinlandsprodukts (%)											
	Allgemeiner Staatsverbrauch		Privater Verbrauch usw.		Bruttoinlands-investitionen		Bruttoinlands-ersparnis		Ausfuhr von Gütern und Nichtfaktor-dienstleistungen		Ressourcen-Saldo	
	1980	1994	1980	1994	1980	1994	1980	1994	1980	1994	1980	1994
<b>Länder mit niedrigem Einkommen Ohne China und Indien</b>	12w 11w	12w 10w	66w 71w	62w 79w	24w 20w	30w 17w	22w 18w	28w 11w	13w 20w	19w 17w	-3w -4w	-2w -6w
1 Ruanda	12	11	83	158	16	6	4	-69	14	8	-12	-75
2 Mosambik	21	20	78	75	22	60	1	5	20	23	-22	-55
3 Äthiopien	14 <sup>a</sup>	12	83 <sup>a</sup>	85	9 <sup>a</sup>	15	3 <sup>a</sup>	3	11 <sup>a</sup>	12	-6 <sup>a</sup>	-12
4 Tansania	12	8	69	88	29	31	19	3	14	24	-10	-28
5 Burundi	9	11	92	99	14	9	-1	-10	9	14	-15	-19
6 Sierra Leone	8	12	92	83	16	9	-1	4	24	17	-17	-5
7 Malawi	19	22	70	79	25	16	11	-1	25	29	-14	-16
8 Tschad	8	17	99	93	4	9	-6	-10	9	13	-10	-19
9 Uganda	11	10	89	85	6	14	0	4	19	8	-6	-10
10 Madagaskar	12	7	89	91	15	12	-1	2	13	22	-16	-10
11 Nepal	7	9	82	78	18	21	11	12	12	24	-7	-8
12 Vietnam	..	9	..	77	..	24	..	13	..	23	..	-11
13 Bangladesch	6	7	92	85	15	14	2	8	6	12	-13	-6
14 Haiti	10	6	82	101	17	2	8	-7	22	4	-9	-9
15 Niger	10	17	67	82	37	6	23	1	24	13	-14	-4
16 Guinea-Bissau	29	8	77	90	30	20	-6	2	8	19	-36	-18
17 Kenia	20	15	62	62	29	21	18	24	28	39	-11	3
18 Mali	10	12	91	82	17	26	-2	6	16	21	-19	-21
19 Nigeria	12	10	56	79	22	10	32	11	29	22	10	1
20 Jemen, Rep.	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
21 Burkina Faso	10	16	95	78	17	22	-6	6	10	14	-23	-16
22 Mongolei	b	14	73	71	46	21	27	15	19	56	-20	-6
23 Indien	10	11	73	68	21	23	17	21	7	12	-4	-2
24 Laos, Dem. VR	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
25 Togo	22	15	53	78	30	11	25	7	51	30	-5	-4
26 Gambia	20	18	79	76	26	21	1	5	47	44	-26	-16
27 Nicaragua	20	14	83	95	17	18	-2	-9	24	24	-19	-27
28 Sambia	26	13	55	84	23	7	19	4	41	34	-4	-3
29 Tadschikistan	19	..	57	..	30	..	24	..	..	..	-6	..
30 Benin	9	9	96	82	15	20	-5	9	23	27	-20	-10
31 Zentralafrik. Rep.	15	15	94	78	7	14	-10	7	26	21	-17	-6
32 Albanien	9	15	56	100	35	13	35	-15	23	12	0	-29
33 Ghana	11	12	84	84	6	16	5	4	8	25	-1	-12
34 Pakistan	10	12	83	71	18	20	7	17	12	16	-12	-3
35 Mauretanien	25	10	68	80	36	17	7	10	37	43	-29	-8
36 Aserbaidschan	19	b	40	96	23	23	41	4	..	55	18	-18
37 Simbabwe	20	19	64	64	19	22	16	17	30	39	-3	-6
38 Guinea	..	9	..	82	..	14	..	9	..	20	..	-5
39 China	15	13	51	43	35	42	35	44	6	24	-0	2
40 Honduras	13	13	70	73	25	26	17	14	36	36	-8	-12
41 Senegal	22	12	78	79	15	16	0	10	28	36	-16	-6
42 Côte d'Ivoire	17	17	63	58	27	13	20	25	35	47	-6	13
43 Kongo	18	23	47	54	36	16	36	23	60	44	0	8
44 Kirgisistan	20	11	61	74	29	30	18	14	..	..	-10	-15
45 Sri Lanka	9	9	80	76	34	27	11	15	32	34	-23	-12
46 Armenien	16	18	47	101	29	10	37	-19	..	32	9	-29
47 Kamerun	9	8	69	73	25	14	22	20	24	29	-3	5
48 Ägypten, Arab. Rep.	16	14	69	81	28	18	15	6	31	22	-12	-12
49 Lesotho	36	28	124	86	42	86	-60	-14	20	15	-102	-99
50 Georgien	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
51 Myanmar	b	b	82	89	21	12	18	11	9	2	-4	-1
<b>Länder mit mittlerem Einkommen</b>	..	14w	..	59w	..	26w	..	25w	..	23w	..	-1w
<b>Untere Einkommenskategorie</b>	..	14w	..	62w	..	26w	..	25w	..	..	..	-1w
52 Bolivien	14	13	67	79	15	15	19	8	21	20	4	-7
53 Mazedonien	..	7	..	89	..	18	..	4	..	41	..	-14
54 Moldau	..	21	..	79	..	8	..	0	..	32	..	-8
55 Indonesien	11	8	52	61	24	29	37	30	33	25	13	1
56 Philippinen	9	11	67	71	29	24	24	18	24	34	-5	-6
57 Usbekistan	19	25	54	51	32	23	27	24	..	63	-5	1
58 Marokko	18	17	68	68	24	21	14	16	17	22	-10	-5
59 Kasachstan	20	20	55	60	38	24	25	20	..	28	-12	-4
60 Guatemala	8	6	79	86	16	17	13	8	22	19	-3	-9
61 Papua-Neuguinea	24	15	61	53	25	15	15	32	43	53	-10	17
62 Bulgarien	6	15	55	64	34	21	39	21	36	53	5	0
63 Rumänien	5	13	60	62	40	27	35	25	35	25	-5	-2
64 Ecuador	15	7	60	70	26	21	26	23	25	29	0	2
65 Dominikanische Rep.	8	4	77	80	25	20	15	16	19	24	-10	-4
66 Litauen	20	13	64	76	31	18	16	11	..	71	-15	-7
67 El Salvador	14	8	72	88	13	19	14	4	34	20	1	-15
68 Jordanien	..	22	..	75	..	26	..	3	..	49	..	-23
69 Jamaika	20	12	64	69	16	22	16	19	51	60	0	-3
70 Paraguay	6	7	76	79	32	23	18	14	15	36	-13	-9
71 Algerien	14	17	43	57	39	32	43	27	34	24	4	-5

Anmerkung: Zur Vergleichbarkeit der Daten und ihrer Abgrenzung vgl. Technische Erläuterungen. Kursive Zahlen gelten für andere als die angegebenen Jahre.

	Verteilung des Bruttoinlandsprodukts (%)											
	Allgemeiner Staatsverbrauch		Privater Verbrauch usw.		Brutto-Inlands-Investitionen		Brutto-Inlands-ersparnis		Ausfuhr von Gütern und Nichtfaktor-dienstleistungen		Ressourcen-Saldo	
	1980	1994	1980	1994	1980	1994	1980	1994	1980	1994	1980	1994
72 Kolumbien	10	9	70	75	19	20	20	15	16	15	1	-4
73 Tunesien	14	16	62	62	29	24	24	22	40	45	-5	-2
74 Ukraine	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
75 Namibia	17	31	44	52	29	20	39	17	76	53	10	-3
76 Peru	11	10	57	70	29	24	32	20	22	11	3	-4
77 Weißrußland	23	22	46	51	19	35	32	27	..	46	12	-8
78 Slowakei	b	24	70	53	37	17	31	23	..	72	-6	6
79 Lettland	10	22	58	53	26	9	32	25	..	72	7	16
80 Costa Rica	18	17	66	60	27	28	16	23	26	40	-10	-5
81 Polen	9	19	67	64	26	16	23	17	28	24	-3	1
82 Thailand	12	9	65	55	29	40	23	35	24	39	-6	-5
83 Türkei	13	11	73	67	22	22	14	23	6	21	-8	1
84 Kroatien	..	28	..	60	..	14	..	12	..	47	..	-2
85 Panama	..	16	..	61	..	25	..	23	..	38	..	-2
86 Russische Föderation	15	21	62	50	22	27	22	29	..	27	0	2
87 Venezuela	12	7	55	72	26	13	33	22	29	30	7	8
88 Botsuana	19	32	53	44	38	25	28	25	53	52	-10	0
89 Estland	12	24	63	48	28	32	25	28	..	70	-4	-4
90 Iran, Islam. Rep.	21	15	53	54	30	23	26	31	13	30	-3	8
91 Turkmenistan	18	..	50	..	28	..	32	..	..	..	3	..
Obere Einkommenskategorie	12w	..	56w	..	25w	..	32w	..	28w	..	6w	..
92 Brasilien	9	17	70	61	23	21	21	22	9	8	-2	2
93 Südafrika	13	21	50	59	28	18	36	20	36	24	8	2
94 Mauritius	14	13	75	64	21	32	10	23	51	59	-10	-9
95 Tschechische Rep.	..	22	..	58	..	20	..	20	..	52	..	0
96 Malaysia	17	10	51	53	30	39	33	37	58	90	3	-2
97 Chile	12	9	67	63	25	27	20	28	23	28	-4	1
98 Trinidad und Tobago	12	12	46	63	31	14	42	24	50	40	11	10
99 Ungarn	10	13	61	72	31	21	29	15	39	29	-2	-6
100 Gabun	13	13	26	40	28	25	61	47	65	62	33	22
101 Mexiko	10	12	65	70	27	23	25	18	11	13	-2	-5
102 Uruguay	12	10	76	79	17	13	12	12	15	20	-6	-2
103 Oman	25	39	28	33	22	17	47	27	63	..	25	10
104 Slowenien	..	21	..	55	..	21	..	25	..	58	..	4
105 Saudi-Arabien	16	29	22	44	22	24	62	28	71	40	41	3
106 Griechenland	16	19	60	73	29	18	23	8	21	22	-5	-10
107 Argentinien	b	b	76	82	25	20	24	18	5	7	-1	-2
108 Korea, Rep.	12	10	64	53	32	38	25	39	34	36	-7	-1
Länder mit niedr. u. mittl. Eink.	14w	14w	57w	60w	26w	27w	28w	26w	23w	22w	2w	-1w
Afrika südlich der Sahara	14w	17w	60w	68w	23w	17w	27w	16w	30w	27w	2w	-2w
Ostasien u. Pazifik	12w	11w	58w	54w	29w	36w	28w	37w	..	28w	0w	0w
Südasien	9w	11w	75w	70w	20w	22w	15w	20w	8w	13w	-6w	-3w
Europa u. Zentralasien	..	18w	..	60w	..	24w	..	23w	..	..	..	-4w
Naher Osten u. Nordafrika	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
Lateinamerika u. Karibik	11w	12w	67w	67w	25w	21w	23w	20w	16w	15w	-3w	-2w
Länder mit hohem Einkommen	17w	..	60w	..	23w	..	23w	..	22w	..	1w	..
109 Portugal	14	17	65	66	34	26	22	17	24	26	-13	-9
110 Neuseeland	18	15	62	60	21	21	20	24	30	31	-1	5
111 Spanien	13	18	66	63	23	20	21	19	16	19	-2	-1
112 Irland	19	16	67	56	27	14	14	28	47	68	-13	14
113 Israel	38	26	51	61	22	23	11	13	40	31	-11	-10
114 Australien	18	18	59	63	25	20	24	19	16	19	-2	0
115 Großbritannien	22	22	59	64	17	15	19	14	27	25	2	-1
116 Finnland	18	23	54	57	29	14	28	20	33	33	-1	5
117 Italien	15	18	61	62	27	17	24	20	22	23	-3	4
118 Kuwait	11	37	31	41	14	11	58	22	78	55	44	12
119 Kanada	19	22	55	61	24	18	25	18	28	30	2	-1
120 Hongkong	6	8	60	59	35	31	34	33	90	139	-1	2
121 Niederlande	17	15	61	61	22	19	21	24	50	51	0	5
122 Singapur	10	8	53	40	46	32	38	51	207	177	-9	19
123 Belgien	18	15	63	62	22	18	19	23	63	69	-3	5
124 Frankreich	18	19	59	61	24	18	23	20	22	23	-1	2
125 Schweden	29	28	51	55	21	13	19	17	29	33	-2	4
126 Österreich	18	19	56	55	28	25	26	26	37	38	-2	1
127 Deutschland	..	20	..	58	..	22	..	22	..	22	..	0
128 Vereinigte Staaten	18	17	63	68	20	16	19	15	10	10	-1	-1
129 Norwegen	19	22	47	52	28	20	34	26	47	43	6	7
130 Dänemark	27	26	56	52	19	14	17	21	33	34	-1	7
131 Japan	10	10	59	58	32	30	31	32	14	9	-1	2
132 Schweiz	13	14	64	59	27	22	24	27	37	36	-4	5
133 Vereinigte Arab. Emirate	11	18	17	49	28	25	72	33	78	68	43	9
Gesamte Welt	15w	..	59w	..	24w	..	24w	..	22w	..	1w	..

<sup>a</sup> Einschließlich Eritrea. <sup>b</sup> Angaben zum allgemeinen Staatsverbrauch sind nicht separat verfügbar; sie sind im privaten Verbrauch usw. enthalten.

Tabelle 14 Haushalt der Zentralregierung

	Prozentsatz des BSP								Prozentsatz der gesamten Ausgaben <sup>b</sup>				Gesamt-Defizit/Überschuß <sup>c</sup> (in % d. BSP)	
	Gesamte Einnahmen <sup>a</sup>				Gesamte Ausgaben				Verteidigung		Soziale Leistungen <sup>d</sup>		1980	1994
	Steuern		Nichtsteuern		Laufend		Kapitaldienst							
	1980	1994	1980	1994	1980	1994	1980	1994	1980	1994	1980	1994		
Länder mit niedrigem Einkommen														
Ohne China und Indien														
1 Ruanda	11,0	11,6	1,8	1,6	9,3	18,7	5,0	6,5	..	..	..	..	-1,7	-6,7
2 Mosambik	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
3 Äthiopien	13,2 <sup>e</sup>	12,4	3,5 <sup>e</sup>	2,4	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
4 Tansania	17,2	..	0,7	..	19,2	..	10,4	..	9,2	..	21,9	..	-7,0	..
5 Burundi	13,3	..	0,8	..	11,6	..	11,0	..	..	..	..	..	-3,9	..
6 Sierra Leone <sup>f</sup>	15,2	15,2	1,7	0,6	22,6	17,6	5,8	7,8	..	..	..	..	-13,2	-6,5
7 Malawi <sup>f</sup>	18,1	..	2,7	..	19,6	..	18,0	..	11,3	..	14,2	..	-17,3	..
8 Tschad	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
9 Uganda	3,0	..	0,1	..	5,3	..	0,8	..	24,4	..	23,5	..	-3,1	..
10 Madagaskar	13,1	8,5	0,3	1,6	..	12,6	..	7,8	..	..	..	..	..	-5,7
11 Nepal	6,5	..	1,3	..	0,2	..	0,2	..	..	..	15,6	..	-3,0	..
12 Vietnam	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
13 Bangladesch <sup>f</sup>	7,7	..	3,6	..	..	..	..	..	..	..	15,8	..	2,5	..
14 Haiti	9,4	..	1,3	..	14,0	..	3,5	..	..	..	..	..	-4,7	..
15 Niger	12,4	..	2,2	..	9,6	..	9,1	..	3,6	..	24,8	..	-4,8	..
16 Guinea-Bissau	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
17 Kenia <sup>f</sup>	19,8	22,4	2,9	2,5	20,0	25,3	6,1	6,1	15,3	6,1	30,3	25,7	-4,6	-3,6
18 Mali	9,6	..	0,9	..	12,4	..	1,9	..	10,5	..	20,7	..	-4,7	..
19 Nigeria <sup>f</sup>	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
20 Jemen, Rep.	..	..	..	..	..	..	..	..	..	29,4	..	27,0	..	..
21 Burkina Faso	10,5	8,7	1,2	2,9	9,8	11,3	2,3	4,5	17,7	..	30,1	..	0,2	..
22 Mongolei	..	17,1	..	4,0	..	17,4	..	3,2	..	9,8	..	28,1	..	-1,8
23 Indien	9,7	9,6	1,9	3,2	11,7	14,6	1,6	2,0	14,1	12,8	5,5	9,3	-6,5	-6,5
24 Laos, Dem. VR	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
25 Togo	28,0	..	4,5	..	24,8	..	9,3	..	7,0	..	39,9	..	-2,0	..
26 Gambia	21,0	22,1	3,6	1,4	17,5	16,0	16,2	4,7	..	..	23,7	..	-4,7	3,6
27 Nicaragua	21,6	28,8	2,5	1,7	26,3	31,3	6,0	11,1	10,9	5,7	33,2	45,5	-7,3	-5,7
28 Sambia	25,0	10,6	2,0	0,4	35,7	13,9	4,3	7,1	..	..	17,4	29,3	-20,0	-7,5
29 Tadschikistan	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
30 Benin	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
31 Zentralafrik. Rep.	14,9	..	1,5	..	18,4	..	1,3	..	9,6	..	28,6	..	-3,5	..
32 Albanien	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
33 Ghana <sup>f</sup>	6,4	13,1	0,5	3,8	9,8	17,9	1,1	3,1	3,7	4,8	35,1	38,5	-4,2	-2,5
34 Pakistan	13,5	13,2	3,0	5,3	14,6	20,7	3,1	3,6	..	..	..	..	-5,8	-6,9
35 Mauretanien	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
36 Aserbaidschan	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
37 Simbabwe	19,5	..	4,9	..	33,5	..	1,8	..	24,9	..	28,5	..	-11,1	..
38 Guinea	..	12,6	..	1,4	..	10,9	..	11,0	..	..	..	..	..	-3,3
39 China <sup>f</sup>	..	2,6	..	0,5	..	..	..	..	..	19,0	..	3,3	..	-2,1
40 Honduras	14,4	..	1,0	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
41 Senegal	21,5	..	1,6	..	23,1	..	2,0	..	16,7	..	36,8	..	0,9	..
42 Côte d'Ivoire	22,2	..	1,8	..	20,0	..	9,5	..	..	..	..	..	-11,4	..
43 Kongo	29,9	..	9,2	..	23,6	..	19,1	..	..	..	7,0	..	-5,8	..
44 Kirgisistan	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
45 Sri Lanka	19,3	17,4	1,1	1,9	24,9	22,3	16,7	5,3	1,6	11,6	23,6	33,0	-18,4	-8,7
46 Armenien	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
47 Kamerun	14,8	10,9	1,3	4,9	10,4	16,1	5,1	1,7	9,1	9,3	25,4	25,5	0,5	-2,0
48 Ägypten, Arab. Rep.	31,1	26,4	17,9	15,0	39,4	34,9	9,7	8,1	11,6	8,2	22,2	29,7	-6,8	2,1
49 Lesotho	14,7	..	2,4	..	16,5	..	..	..	..	..	..	..	..	..
50 Georgien	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
51 Myanmar	9,7	4,9	6,4	2,6	12,1	6,7	3,8	3,5	21,9	39,1	26,5	24,6	1,2	-2,2
Länder mit mittlerem Einkommen														
Untere Einkommenskategorie														
52 Bolivien	..	12,1	..	5,7	..	20,5	..	5,6	..	8,5	..	42,0	..	-3,7
53 Mazedonien	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
54 Moldau	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
55 Indonesien	21,1	16,3	1,1	2,8	12,2	8,9	10,9	8,1	12,7	6,2	11,8	14,4	-2,3	0,6
56 Philippinen <sup>f</sup>	12,5	15,1	1,5	1,8	9,9	15,0	3,5	2,9	13,5	10,2	20,8	23,1	-1,4	-1,4
57 Usbekistan	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
58 Marokko	21,0	26,7	3,0	3,3	23,5	24,2	10,7	7,2	17,8	13,9	27,0	27,2	-10,0	-1,4
59 Kasachstan	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
60 Guatemala	8,8	6,8	0,7	0,8	7,4	6,9	5,1	2,3	10,0	15,2	29,8	29,5	-3,5	-1,2
61 Papua-Neuguinea <sup>f</sup>	21,1	20,8	2,5	3,4	29,9	28,8	5,4	3,6	4,3	3,3	27,2	30,7	-2,0	-4,5
62 Bulgarien	..	29,3	..	8,9	..	42,8	..	1,1	..	6,1	..	36,3	..	-4,5
63 Rumänien	10,3	26,5	36,0	3,5	30,5	27,8	15,3	4,3	3,8	7,3	18,8	46,9	0,5	-2,5
64 Ecuador <sup>f</sup>	12,9	14,9	0,6	2,0	12,5	13,3	2,4	3,5	12,5	..	43,9	..	-1,5	0,0
65 Dominikanische Rep. <sup>f</sup>	11,4	16,1	3,3	1,4	11,7	9,0	5,3	8,7	7,8	4,7	35,5	39,8	-2,7	0,0
66 Litauen	..	18,3	..	0,8	..	18,9	..	1,6	..	..	..	..	..	..
67 El Salvador <sup>f</sup>	11,3	10,7	0,5	1,3	12,0	11,2	2,9	3,7	8,8	8,7	34,3	39,4	-5,9	-0,8
68 Jordanien <sup>f</sup>	..	22,2	..	8,4	..	27,1	..	6,7	22,4	21,3	23,0	40,7	..	1,9
69 Jamaika	30,4	..	1,3	..	..	..	..	..	..	..	..	..	-16,9	..
70 Paraguay	9,7	9,0	0,9	5,0	7,4	11,0	2,4	1,9	11,7	10,7	33,6	46,3	0,3	1,2
71 Algerien	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..

Anmerkung: Zur Vergleichbarkeit der Daten und ihrer Abgrenzung vgl. Technische Erläuterungen. Kursive Zahlen gelten für andere als die angegebenen Jahre.

	Prozentsatz des BSP								Prozentsatz der gesamten Ausgaben <sup>b</sup>				Gesamt-Defizit/Überschuß <sup>c</sup> (in % d. BSP)	
	Gesamte Einnahmen <sup>a</sup>				Gesamte Ausgaben				Verteidigung		Soziale Leistungen <sup>d</sup>			
	Steuern		Nichtsteuern		Laufend		Kapitaldienst							
	1980	1994	1980	1994	1980	1994	1980	1994	1980	1994	1980	1994		
72 Kolumbien	10,4	14,4	1,7	2,8	10,5	12,2	4,2	2,6	6,7	8,1	44,1	31,5	-1,8	-0,6
73 Tunesien	24,6	24,3	7,1	5,4	22,8	26,2	9,7	6,9	11,1	5,4	34,2	43,0	-2,9	-2,6
74 Ukraine	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
75 Namibia	..	30,7	..	3,8	..	33,8	..	6,0	..	..	..	..	..	-4,7
76 Peru <sup>f</sup>	16,5	13,7	1,4	1,3	15,8	12,9	4,6	2,9	21,0	..	21,2	..	-2,5	3,1
77 Weißrußland	..	30,8	..	0,6	..	31,9	..	5,9	..	4,1	..	57,2	..	-5,2
78 Slowakei	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
79 Lettland	..	25,3	..	1,6	..	27,8	..	1,3	..	3,1	..	52,8	..	-4,4
80 Costa Rica	17,6	22,8	1,1	3,0	22,4	28,1	5,4	3,5	2,6	0,0	62,4	61,3	-7,8	-5,9
81 Polen	..	37,9	..	4,2	..	43,1	..	1,6	..	..	..	..	..	-2,4
82 Thailand	13,3	17,0	1,2	1,8	14,6	11,4	4,4	3,9	20,9	17,0	28,0	35,4	-4,9	1,9
83 Türkei	17,7	15,4	4,6	4,1	19,1	21,6	7,2	2,0	15,2	9,5	23,8	21,7	-3,8	-4,0
84 Kroatien	..	41,7	..	1,7	..	38,8	..	3,0	..	20,2	..	53,6	..	1,7
85 Panama	19,5	21,8	7,1	10,0	26,2	25,8	5,8	3,1	0,0	5,6	39,6	70,9	-5,4	4,6
86 Russische Föderation	..	19,1	..	1,4	..	26,2	..	1,3	..	14,5	..	54,1	..	-10,7
87 Venezuela	18,9	15,4	3,4	4,2	14,9	16,9	4,0	2,6	4,9	..	32,0	..	0,0	-4,3
88 Botswana <sup>f</sup>	26,8	30,5	9,8	25,6	24,9	32,8	11,6	7,4	8,5	10,3	30,6	36,0	-0,2	11,2
89 Estland	..	29,1	..	1,5	..	..	..	..	..	3,0	..	56,4	..	1,2
90 Iran, Islam. Rep.	6,8	8,3	14,6	16,9	27,5	16,6	7,9	8,9	16,1	6,5	36,7	37,4	-13,7	-0,1
91 Turkmenistan	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
Obere Einkommenskategorie														
92 Brasilien	18,4	17,5	5,0	7,5	19,2	33,8	1,7	1,0	3,2	2,5	32,3	36,7	-2,5	-4,0
93 Südafrika	21,4	24,7	3,1	2,0	20,0	34,4	3,2	1,6	..	..	..	..	-2,5	-9,2
94 Mauritius	18,5	20,0	2,4	3,0	22,8	18,9	4,6	4,5	0,7	1,4	40,7	48,6	-10,4	-0,3
95 Tschechische Rep.	..	38,0	..	3,0	..	37,7	..	4,9	..	6,6	..	60,6	..	0,9
96 Malaysia	24,4	22,5	2,9	7,7	19,9	21,4	10,3	5,0	13,1	12,0	26,8	39,5	-6,2	4,1
97 Chile	26,6	19,1	6,6	2,6	26,3	17,8	2,8	3,4	12,1	8,8	57,6	64,9	5,6	1,7
98 Trinidad und Tobago	37,5	..	7,2	..	19,3	..	12,6	..	..	..	..	..	7,6	..
99 Ungarn	46,5	..	8,9	..	50,6	..	7,7	..	4,3	..	26,7	..	-2,9	..
100 Gabun <sup>f</sup>	26,1	..	13,3	..	..	..	..	..	..	..	..	..	6,8	..
101 Mexiko	14,8	..	0,8	..	11,7	..	5,7	..	2,1	..	36,1	..	-3,1	..
102 Uruguay	21,8	31,7	1,3	2,3	20,9	34,3	1,8	2,8	13,1	7,3	61,1	73,1	0,0	-3,0
103 Oman	12,1	9,1	30,8	26,5	34,0	41,7	9,1	7,8	49,6	36,7	9,4	30,0	0,5	-12,6
104 Slowenien	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
105 Saudi Arabien	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
106 Griechenland	26,5	25,8	3,1	2,1	30,1	38,6	5,4	4,3	12,5	8,9	51,2	30,6	-4,8	-15,6
107 Argentinien	10,5	..	5,3	..	18,4	..	..	..	14,3	..	28,6	..	-2,6	..
108 Korea, Rep.	15,8	18,1	2,2	2,8	15,1	16,0	2,5	2,9	29,3	18,7	22,0	32,0	-2,3	0,3
Länder mit niedr. u. mittl. Eink.														
Afrika südlich der Sahara														
Ostasien u. Pazifik														
Südostasien														
Europa u. Zentralasien														
Nahe Osten u. Nordafrika														
Lateinamerika u. Karibik														
Länder mit hohem Einkommen														
109 Portugal	24,9	29,3	1,9	4,4	29,6	37,4	4,6	5,4	7,0	..	46,0	..	-8,7	-2,2
110 Neuseeland	31,3	33,5	3,6	3,1	36,6	35,1	2,5	1,0	4,8	3,5	57,0	69,1	-6,8	0,8
111 Spanien	22,4	30,1	1,9	2,5	24,0	34,0	3,0	2,5	4,1	3,4	64,8	48,6	-4,2	-4,8
112 Irland	31,8	39,2	4,0	2,8	41,7	44,0	4,8	3,0	3,2	3,2	49,3	57,3	-12,9	-2,3
113 Israel	44,6	33,5	7,3	4,8	69,3	39,8	2,9	4,4	36,8	19,2	25,7	49,1	-16,1	-3,0
114 Australien	19,9	21,2	2,2	3,2	21,5	27,0	1,6	1,2	9,1	7,8	45,5	57,5	-1,5	-2,9
115 Großbritannien	30,6	31,9	4,6	3,1	36,4	39,9	1,8	2,8	13,1	10,4	43,7	52,2	-4,6	-6,6
116 Finnland	25,5	29,6	2,1	5,3	25,6	46,0	3,0	1,8	5,3	3,7	50,3	59,3	-2,2	-14,1
117 Italien	29,1	38,8	2,5	1,1	37,5	48,5	2,1	1,9	3,3	..	48,8	..	-10,7	-10,6
118 Kuwait	2,3	1,3	74,1	..	16,1	43,6	7,6	6,3	11,0	..	24,0	..	50,2	..
119 Kanada	16,6	19,5	2,6	2,5	21,6	..	0,3	..	7,4	6,9	43,8	51,4	-3,6	-4,5
120 Hongkong	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
121 Niederlande	44,0	44,7	5,2	3,8	48,1	50,7	4,6	2,2	5,5	4,3	62,9	69,3	-4,5	-0,5
122 Singapur	18,2	17,1	8,1	10,0	16,2	13,4	4,6	4,2	20,8	21,4	24,1	35,9	2,2	15,7
123 Belgien	42,1	42,8	1,9	1,8	47,0	48,4	4,3	2,0	5,5	..	60,2	..	-8,2	-6,1
124 Frankreich	36,5	38,0	2,9	2,7	37,3	44,9	2,1	2,5	7,3	5,6	69,4	68,7	-0,1	-5,5
125 Schweden	30,2	31,7	4,9	6,9	37,7	50,3	1,8	0,7	7,0	5,3	58,2	56,8	-8,1	-13,4
126 Österreich	32,2	33,7	2,7	3,1	34,3	38,4	3,4	3,2	3,0	2,2	70,0	70,1	-3,4	-5,1
127 Deutschland	..	29,6	..	2,0	..	31,9	..	1,7	9,0	..	68,8	..	..	-2,5
128 Vereinigte Staaten	18,3	18,5	1,6	1,5	20,3	22,2	1,4	0,8	20,3	18,1	48,8	52,1	-2,8	-3,0
129 Norwegen	38,6	37,0	3,8	9,5	37,9	47,9	1,3	1,9	6,8	6,5	47,4	55,6	-2,0	-7,5
130 Dänemark	32,2	33,3	4,2	6,2	37,6	44,3	2,8	1,7	6,5	4,7	56,3	53,5	-2,7	-5,7
131 Japan	11,0	17,8	0,6	3,3	14,8	..	3,6	..	..	4,2	..	59,2	-7,0	-1,6
132 Schweiz	17,5	20,0	1,4	..	18,2	..	1,3	..	10,1	..	63,6	..	-0,2	..
133 Vereinigte Arab. Emirate	0,0	0,5	0,2	1,7	10,7	11,0	0,9	0,4	41,4	37,1	20,5	29,9	2,0	-0,2

<sup>a</sup> Bezieht sich auf laufende Einnahmen. <sup>b</sup> Enthält Kreditaufnahmen abzüglich Rückzahlungen. <sup>c</sup> Einschließlich Zuschüssen. <sup>d</sup> Bezieht sich auf Erziehungs-, Gesundheitswesen, Sozialversicherung, Wohlfahrt, Wohnungswesen und Gemeindeeinrichtungen. <sup>e</sup> Einschließlich Eritrea. <sup>f</sup> Die Daten sind nur solche der Haushaltsrechnung.

Tabelle 15 Warenexporte und -importe

	Ausfuhr				Einfuhr						Durchschnittliche jährliche Wachstumsrate (in %)			
	Insgesamt (Mio \$)		Industrie- produkte (in % von insgesamt)		Insgesamt (Mio \$)		Nahrungsmittel (in % von insgesamt)		Brennstoffe (in % von insgesamt)		Ausfuhr		Einfuhr	
	1980	1994	1980	1993	1980	1994	1980	1993	1980	1993	1980-90	1990-94	1980-90	1990-94
	1980	1994	1980	1993	1980	1994	1980	1993	1980	1993	1980-90	1990-94	1980-90	1990-94
Länder mit niedrigem Einkommen Ohne China und Indien	85.945s 60.700s	202.239s 56.192s			102.726s 69.547s	218.960s 76.433s					5,7w 1,0w	9,1w 2,6w	1,6w -4,0w	13,2w 3,9w
1 Ruanda	112	..	0	..	243	..	12	..	13	..	5,6	-19,6	1,3	-1,9
2 Mosambik	281	..	2	20	800	1.000	..	..	..	..	-10,5	-0,3	-1,0	2,9
3 Äthiopien <sup>a</sup>	425	372	0	12	717	1.033	8	16	25	23	1,2	-9,4	3,3	-3,3
4 Tansania	511	519	14	..	1.250	1.505	13	..	21	..	-1,8	10,0	-3,3	12,7
5 Burundi	65	106	3	10	168	224	13	..	19	..	7,4	-4,8	1,4	-14,6
6 Sierra Leone	224	115	40	29	427	150	24	..	2	..	-2,1	-4,3	-9,9	-1,1
7 Malawi	295	325	7	4	439	491	8	8	15	11	0,1	-1,8	1,3	-1,6
8 Tschad	71	..	8	12	74	..	23	..	2	..	5,4	-10,0	10,5	-12,1
9 Uganda	345	421	3	1	293	870	11	..	23	..	-1,4	3,9	-0,6	28,7
10 Madagaskar	401	277	6	20	600	434	9	14	15	19	-0,1	-6,8	-4,6	-5,5
11 Nepal	80	363	31	88	342	1.176	4	9	18	12	7,8	22,1	4,9	6,8
12 Vietnam	339	3.770	..	..	1.310	4.440	..	..	..	..	..	..	..	..
13 Bangladesch	793	2.661	69	83	2.600	4.701	24	16	10	10	7,5	12,7	1,8	5,3
14 Haiti	226	73	..	..	375	292	24	..	13	..	-2,9	-11,2	-4,4	-6,8
15 Niger	566	..	2	..	594	..	14	..	26	..	-6,4	-2,0	-4,5	2,5
16 Guinea-Bissau	11	32	..	..	55	63	20	..	6	..	-5,1	-18,3	1,3	-5,4
17 Kenia	1.250	1.609	12	29	2.120	2.156	8	14	34	15	2,6	16,6	1,1	-5,6
18 Mali	205	..	9	..	439	..	19	..	35	..	2,6	-3,7	1,2	-3,4
19 Nigeria	26.000	9.378	0	2	16.700	6.511	17	6	2	1	-2,4	-1,9	-17,5	7,6
20 Jemen, Rep.	802	..	51	4	2.510	..	28	..	7	..	1,5	7,2	-5,9	11,1
21 Burkina Faso	90	..	11	14	359	..	21	..	13	..	5,4	1,3	2,1	8,3
22 Mongolei	..	324	..	..	..	223	..	..	..	..	..	..	..	..
23 Indien	8.590	25.000	59	75	14.900	26.846	9	3	45	27	6,3	7,0	4,5	2,7
24 Laos, Dem. VR	31	300	8	..	29	564	..	..	..	..	..	..	..	..
25 Togo	338	..	11	9	551	..	17	22	23	10	4,9	9,0	1,1	-11,2
26 Gambia	31	35	9	36	165	209	23	..	11	..	2,3	26,9	1,0	9,0
27 Nicaragua	451	352	14	11	887	824	15	23	20	14	-4,4	-8,7	-4,1	7,3
28 Sambia	1.300	..	6	9	1.340	..	5	..	22	..	-3,5	26,9	-5,0	-6,2
29 Tadschikistan	..	531	..	..	..	619	..	..	..	..	..	..	..	..
30 Benin	63	..	8	11	331	..	26	..	8	..	7,7	-0,3	-6,3	29,4
31 Zentralafrik. Rep.	116	..	29	47	81	..	21	..	2	..	2,5	3,5	6,0	-3,3
32 Albanien	..	116	..	..	..	596	..	..	..	..	..	..	..	..
33 Ghana	1.260	..	1	24	1.130	..	10	11	27	17	3,9	9,1	1,6	12,8
34 Pakistan	2.620	7.370	49	85	5.350	8.890	13	14	27	17	9,5	8,8	2,1	10,3
35 Mauretanien	194	..	2	1	286	..	30	..	14	..	7,8	3,5	1,1	4,4
36 Aserbaidshan	..	682	..	..	..	791	..	..	..	..	..	..	..	..
37 Simbabwe	1.410	..	38	38	1.450	..	3	11	39	15	2,2	-6,6	-2,2	-5,1
38 Guinea	401	..	..	..	270	..	..	..	..	..	-3,6	-8,6	-2,9	-2,8
39 China*	18.100	121.047	48	81	19.900	115.681	..	3	..	6	11,4	14,3	10,0	24,8
40 Honduras	830	843	13	13	1.010	1.056	10	13	16	14	1,3	10,7	-1,0	7,0
41 Senegal	477	..	15	22	1.050	..	25	29	25	11	2,6	3,6	1,0	6,1
42 Côte d'Ivoire	3.130	..	..	16	2.970	2.000	13	..	16	..	3,3	-7,5	-4,0	5,4
43 Kongo	911	..	7	14	580	..	19	..	14	..	5,5	9,7	-2,0	2,5
44 Kirgisistan	..	340	..	..	..	459	..	..	..	..	..	..	..	..
45 Sri Lanka	1.070	3.210	16	74	2.040	4.780	20	14	24	8	6,3	17,0	2,0	15,0
46 Armenien	..	209	..	..	..	401	..	..	..	..	..	..	..	..
47 Kamerun	1.380	..	4	14	1.600	1.100	9	16	12	3	4,5	-1,7	-1,4	-11,2
48 Ägypten, Arab. Rep.	3.050	3.463	11	33	4.860	10.185	32	24	1	2	-0,2	-0,1	-0,7	-2,9
49 Lesotho	58	..	..	..	464	..	..	..	..	..	..	..	..	..
50 Georgien	..	381	..	..	..	744	..	..	..	..	..	..	..	..
51 Myanmar	472	771	6	10	353	886	7	..	3	..	-7,0	27,2	-7,0	38,7
Länder mit mittlerem Einkommen Untere Einkommenskategorie	606.399s ..	826.822s ..			453.101s ..	890.818s ..					3,5w ..	7,0w ..	1,0w ..	9,8w ..
52 Bolivien	942	1.032	3	19	665	1.209	19	9	1	5	1,7	-5,4	-2,8	18,9
53 Mazedonien	..	1.120	..	..	..	1.260	..	..	..	..	..	..	..	..
54 Moldau	..	618	..	..	..	672	..	..	..	..	..	..	..	..
55 Indonesien	21.900	40.054	2	53	10.800	31.985	13	7	16	8	5,3	21,3	1,2	9,1
56 Philippinen	5.740	13.304	37	76	8.300	22.546	8	8	28	12	2,9	10,2	2,4	15,2
57 Usbekistan	..	3.543	..	..	..	3.243	..	..	..	..	..	..	..	..
58 Marokko	2.490	4.013	24	57	4.160	7.188	20	17	24	14	4,2	0,8	2,9	1,7
59 Kasachstan	..	3.285	..	..	..	4.205	..	..	..	..	..	..	..	..
60 Guatemala	1.520	1.522	24	30	1.600	2.604	8	11	24	12	-1,3	8,2	-0,6	19,3
61 Papua-Neuguinea	1.030	2.640	3	12	1.180	1.521	21	..	15	..	4,5	19,3	-0,2	2,1
62 Bulgarien	10.400	4.165	..	..	9.650	4.160	..	8	..	22	..	..	..	..
63 Rumänien	11.200	6.151	..	76	12.800	7.109	..	14	..	26	-6,8	-4,7	-0,9	-5,4
64 Ecuador	2.480	3.820	3	7	2.250	3.690	8	5	1	2	3,0	8,9	-3,9	10,0
65 Dominikanische Rep.	962	633	24	52	1.640	2.630	17	..	25	..	-1,0	-10,2	2,6	8,9
66 Litauen	..	1.892	..	64	..	2.210	..	11	..	44	..	..	..	..
67 El Salvador	967	844	35	46	966	2.250	18	13	18	11	-2,8	13,0	1,3	16,2
68 Jordanien	574	1.424	34	51	2.400	3.382	18	20	17	13	7,4	7,1	-3,1	13,0
69 Jamaika	963	1.192	63	65	1.100	2.164	20	14	38	19	1,2	1,3	3,1	7,0
70 Paraguay	310	817	12	17	615	2.370	..	11	..	12	9,9	-1,9	3,2	7,3
71 Algerien	13.900	8.594	0	4	10.600	8.000	21	27	3	1	2,5	-0,8	-5,1	-5,7
* Angaben für Taiwan (China)	19.800	92.847	88	93	19.700	85.507	8	6	25	8	11,6	5,9	12,8	14,2

Anmerkung: Zur Vergleichbarkeit der Daten und ihrer Abgrenzung vgl. Technische Erläuterungen. Kursive Zahlen gelten für andere als die angegebenen Jahre.



		Ausfuhr				Einfuhr				Durchschnittliche jährliche Wachstumsrate (in %)									
		Insgesamt (Mio \$)		Industrie- produkte (in % von insgesamt)		Insgesamt (Mio \$)		Nahrungsmittel (in % von insgesamt)		Brennstoffe (in % von insgesamt)		Ausfuhr		Einfuhr					
												1980-90		1990-94		1980-90		1990-94	
												1980	1994	1980	1994	1980	1993	1980	1993
72	Kolumbien	3.920	8.399	20	40	4.740	11.883	12	8	12	4	9,7	4,8	-1,9	22,3				
73	Tunesien	2.200	4.660	36	75	3.540	6.580	14	8	21	8	6,2	7,7	1,3	6,4				
74	Ukraine	..	11.818	..	..	..	14.177	..	..	..	..	..	..	..	..				
75	Namibia	..	1.321	..	..	..	1.196	..	..	..	..	..	..	..	..				
76	Peru	3.900	4.555	18	17	2.500	6.794	20	20	2	8	-1,9	11,0	-1,0	12,1				
77	Weißrußland	..	3.134	..	..	..	3.857	..	..	..	..	..	..	..	..				
78	Slowakei	..	6.587	..	..	..	6.823	..	..	..	..	..	..	..	..				
79	Lettland	..	967	..	..	..	1.367	..	..	..	..	..	..	..	..				
80	Costa Rica	1.000	2.215	34	33	1.540	3.025	9	8	15	9	4,9	10,1	2,8	15,1				
81	Polen	14.200	17.000	71	68	16.700	21.400	14	11	18	12	4,8	3,9	1,5	26,3				
82	Thailand	6.510	45.262	28	73	9.210	54.459	5	5	30	8	14,3	21,6	12,1	12,7				
83	Türkei	2.910	18.106	27	72	7.910	23.270	4	6	48	14	12,0	8,8	11,3	11,2				
84	Kroatien	..	4.259	..	71	..	5.231	..	7	..	10	..	..	..	..				
85	Panama	358	584	9	16	1.450	2.404	10	10	31	13	2,6	23,3	-4,1	14,3				
86	Russische Föderation <sup>b</sup>	..	53.000	..	..	..	41.000	..	..	..	..	..	..	..	..				
87	Venezuela	19.900	15.480	2	14	10.700	7.710	15	11	2	1	1,6	-0,1	-6,1	19,3				
88	Botswana	502	1.845	..	..	692	1.638	..	..	..	..	11,4	-0,8	7,7	-5,6				
89	Estland	..	1.329	..	..	..	1.690	..	..	..	..	..	..	..	..				
90	Iran, Islam. Rep.	14.700	13.900	5	9	12.200	20.000	13	..	0	..	7,4	10,2	-4,0	15,7				
91	Turkmenistan	..	2.176	..	..	..	1.690	..	..	..	..	..	..	..	..				
Obere Einkommenskategorie		280.750s	404.146s			174.465s	428.837s					3,5w	7,8w	2,2w	10,4w				
92	Brasilien	20.100	43.600	39	60	25.000	36.000	10	10	43	16	6,1	6,6	-1,5	8,5				
93	Südafrika	25.500	25.000	39	94	19.600	23.400	3	6	0	1	0,9	2,8	-0,8	5,3				
94	Mauritius	431	1.347	27	90	609	1.926	26	14	14	7	8,6	2,0	11,0	2,5				
95	Tschechische Rep.	..	14.252	..	..	..	15.636	..	..	..	..	..	..	..	..				
96	Malaysia	13.000	58.756	19	70	10.800	59.581	12	6	15	4	11,5	17,8	6,0	15,7				
97	Chile	4.710	11.539	10	18	5.800	11.800	15	6	18	10	5,7	10,5	1,4	14,5				
98	Trinidad und Tobago	3.960	1.867	4	34	3.160	1.131	11	15	38	16	-4,3	4,9	-12,1	8,1				
99	Ungarn	8.670	10.733	66	68	9.220	14.438	8	6	16	13	3,0	-1,8	0,7	7,9				
100	Gabun	2.170	..	0	3	674	..	19	..	1	..	0,6	5,7	-2,0	2,0				
101	Mexiko	15.600	61.964	12	75	19.500	80.100	16	8	2	2	12,2	14,7	5,7	18,7				
102	Uruguay	1.060	1.913	38	43	1.680	2.770	8	8	29	9	2,9	-3,1	-2,0	21,7				
103	Oman	2.390	5.418	3	15	1.730	3.915	15	19	11	3	13,1	9,8	-1,6	18,5				
104	Slowenien	..	6.828	..	86	..	7.304	..	8	..	11	..	..	..	..				
105	Saudi-Arabien	109.000	38.600	1	7	30.200	22.796	14	..	1	..	-8,2	4,0	-8,4	5,9				
106	Griechenland	5.150	9.384	47	53	10.500	21.466	9	14	23	11	5,1	11,9	5,8	12,8				
107	Argentinien	8.020	15.839	23	32	10.500	21.527	6	5	10	2	3,1	-1,0	-8,6	..				
108	Korea, Rep.	17.500	96.000	90	93	22.300	102.348	10	6	30	18	3,7	7,4	11,2	7,7				
Länder mit niedr. u. mittl. Eink.		683.360s	1.033.887s			550.291s	1.098.170s					3,9w	7,5w	1,1w	10,5w				
Afrika südlich der Sahara		77.330s	59.065s			67.448s	63.330s					1,1w	0,9w	-3,7w	1,8w				
Ostasien u. Pazifik		87.323s	388.383s			88.303s	404.292s					10,7w	14,4w	8,3w	14,5w				
Südostasien		13.855s	38.922s			25.884s	47.582s					6,5w	8,5w	3,4w	5,3w				
Europa u. Zentralasien		..	..			..	..					..	..	..	..				
Naher Osten u. Nordafrika		203.874s	96.741s			104.130s	107.306s					-2,3w	1,1w	-5,9w	6,1w				
Lateinamerika u. Karibik		..	..			99.344s	212.790s					..	..	0,6w	13,7w				
Länder mit hohem Einkommen		1.375.665s	3.291.137s			1.478.865s	3.307.266s					5,0w	5,1w	6,1w	4,6w				
109	Portugal	4.640	17.540	72	84	9.310	26.680	14	14	24	9	12,2	0,5	9,8	2,4				
110	Neuseeland	5.420	12.200	20	27	5.470	11.900	6	8	23	7	3,6	5,4	4,6	5,5				
111	Spanien	20.700	73.300	72	78	34.100	92.500	13	14	39	11	6,9	11,2	10,1	5,3				
112	Irland	8.400	34.370	58	75	11.200	25.508	12	10	15	5	9,3	11,4	4,7	5,6				
113	Israel	5.540	16.881	82	91	9.780	25.237	11	7	27	7	5,9	10,0	4,6	12,3				
114	Australien	21.900	47.538	20	42	22.400	53.400	5	5	14	6	5,8	8,1	4,9	5,1				
115	Großbritannien	110.000	205.000	74	82	116.000	227.000	13	11	14	5	4,4	1,8	6,3	0,9				
116	Finnland	14.200	29.700	70	83	15.600	23.200	7	7	29	13	2,3	8,7	4,4	-1,9				
117	Italien	78.100	189.805	85	89	101.000	167.685	13	13	28	9	4,4	6,0	5,3	-1,7				
118	Kuwait	19.700	11.614	10	84	6.530	21.716	15	15	1	1	-2,0	42,3	-6,3	23,2				
119	Kanada	67.700	166.000	49	66	62.500	155.072	8	6	12	4	5,7	8,4	6,2	6,2				
120	Hongkong	19.800	151.395	92	95	22.400	162.000	12	6	6	2	15,4	15,3	11,0	15,8				
121	Niederlande	74.000	155.554	51	63	76.600	139.795	15	15	24	9	4,5	5,8	4,6	4,3				
122	Singapur	19.400	96.800	50	80	24.000	103.000	9	6	29	11	12,1	16,1	8,6	12,1				
123	Belgien	64.500	137.394	74	81	71.900	125.762	11	11	17	8	4,4	2,4	4,0	0,3				
124	Frankreich	116.000	235.905	74	78	135.000	230.203	10	11	27	9	4,1	2,3	5,0	0,8				
125	Schweden	30.900	61.292	79	85	33.400	51.800	7	7	24	9	4,6	7,4	4,9	5,0				
126	Österreich	17.500	45.200	83	89	24.400	55.300	6	5	16	5	6,4	3,9	5,8	1,9				
127	Deutschland <sup>d</sup>	193.000	427.219	86	90	188.000	381.890	12	10	23	8	4,6	2,2	4,9	2,8				
128	Vereinigte Staaten	226.000	513.000	68	82	257.000	690.000	8	5	33	10	3,6	5,6	7,2	7,4				
129	Norwegen	18.600	34.700	32	31	16.900	27.300	8	7	17	3	6,8	6,5	4,2	0,7				
130	Dänemark	16.700	41.417	56	66	19.300	34.800	12	14	22	5	4,4	5,4	3,6	3,4				
131	Japan	130.000	397.000	96	97	141.000	275.000	12	18	50	21	5,0	0,4	6,5	4,0				
132	Schweiz	29.600	66.200	91	94	36.300	64.100	8	7	11	4	6,0	3,3	4,9	-6,7				
133	Vereinigte Arab. Emirate	20.700	19.700	3	13	8.750	21.100	11	11	11	2	6,1	6,3	-1,3	21,0				
Gesamte Welt		2.003.736s	4.326.096s			2.007.961s	4.391.660s					4,8w	5,7w	5,0w	5,7w				

<sup>a</sup> Angaber vor 1992 einschließlich Eritrea. <sup>b</sup> Ohne Handel mit anderen GUS-Mitgliedsstaaten. <sup>c</sup> Einschließlich Luxemburg. <sup>d</sup> Angaben vor 1990 beziehen sich auf die Bundesrepublik Deutschland vor der Vereinigung.

Tabelle 16 Zahlungsbilanzen

	Ausfuhr von Gütern und Dienstleistungen <sup>a</sup> (Mio \$)		Einfuhr von Gütern und Dienstleistungen <sup>a</sup> (Mio \$)		Laufende Übertragungen				Leistungsbilanz- saldo ohne öffentliche Übertragungen (Mio \$)		Brutto- Währungsreserven (Mio \$)	
	1980	1994	1980	1994	Netto- Gastarbeiter- überweisungen (Mio \$)		Sonstige private Netto- Übertragungen (Mio \$)		1980	1994	1980	1994
					1980	1994	1980	1994				
<b>Länder mit niedrigem Einkommen Ohne China und Indien</b>	<b>105.529s</b> <b>74.386s</b>	<b>237.848s</b> <b>76.664s</b>	<b>136.812s</b> <b>98.041s</b>	<b>285.936s</b> <b>121.425s</b>							<b>42.943s</b> <b>20.842s</b>	<b>119.143s</b> <b>37.130s</b>
1 Ruanda	182	51	335	496	-14	0	11	45	-155	-400	187	30
2 Mosambik	452	341	875	1.403	0	55	0	138	-423	-870	..	..
3 Äthiopien <sup>b</sup>	590	563	797	1.189	22	247	58	61	-126	-317	262	58
4 Tansania	762	855	1.412	2.067	0	0	22	450	-628	-762	..	..
5 Burundi	..	106	..	307	..	0	..	29	..	-171	105	21
6 Sierra Leone	276	..	494	..	-2	..	10	..	-209	..	..	..
7 Malawi	315	390	638	639	0	0	13	18	-310	-230	76	4
8 Tschad	71	181	83	336	-4	..	0	-8	-16	-163	12	8
9 Uganda	331	333	450	901	-2	0	..	304	-121	-264	..	..
10 Madagaskar	518	630	1.121	988	-30	-2	10	33	-623	-327	..	..
11 Nepal	239	1.004	368	1.320	0	70	29	-4	-100	-250	272	75
12 Vietnam	..	4.918	..	6.218	..	..	..	170	..	-1.130	..	..
13 Bangladesch	976	3.220	2.622	4.830	197	1.090	13	154	-1.436	-366	331	3.175
14 Haiti	309	64	498	216	52	0	0	43	-137	-109	27	..
15 Niger	644	245	1.016	351	-47	10	-9	-10	-429	-106	132	115
16 Guinea-Bissau	17	55	83	102	-14	0	0	9	-80	-37	..	..
17 Kenia	2.061	2.666	3.095	2.844	0	-3	27	151	-1.006	-30	539	588
18 Mali	263	392	537	817	40	85	0	146	-234	-194	26	225
19 Nigeria	27.749	9.879	22.044	12.504	-410	546	0	0	5.295	-2.079	10.640	1.645
20 Jemen, Rep.	..	2.010	..	3.178	..	1.059	..	-15	..	-124	..	274
21 Burkina Faso	225	343	596	933	100	71	12	26	-259	-493	75	241
22 Mongolei	443	421	934	481	0	0	0	-0	-491	-59	..	94
23 Indien	12.348	35.020	18.105	43.692	2.786	4.976	74	1.224	-2.897	-2.473	12.010	24.221
24 Laos, Dem. VR	..	259	..	400	..	0	..	10	-99	-131	..	68
25 Togo	570	305	752	341	1	5	-0	-0	-181	-31	85	99
26 Gambia	66	220	181	254	0	0	4	13	-112	-20	..	..
27 Nicaragua	514	459	1.049	1.429	0	30	2	0	-534	-940	75	146
28 Sambia	1.625	1.185	1.987	1.593	-61	..	-122	-19	-545	-427	206	..
29 Tadschikistan	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
30 Benin	241	405	428	518	75	65	0	0	-112	-48	15	262
31 Zentralafrik. Rep.	205	186	329	280	-19	..	3	0	-141	-95	62	214
32 Albanien	386	276	375	775	0	265	6	-4	16	-238	209	..
33 Ghana	1.213	1.386	1.264	2.123	-4	12	0	259	-54	-466	330	689
34 Pakistan	3.010	8.401	6.042	12.812	1.748	1.446	147	945	-1.137	-2.020	1.568	3.716
35 Mauretanien	270	427	493	568	-27	24	-1	-23	-251	-140	146	44
36 Aserbaidshan	..	637	..	852	..	..	..	36	..	-179	..	..
37 Simbabwe	1.719	2.016	1.900	2.338	8	0	-129	26	-302	-295	419	585
38 Guinea	553	678	577	952	-8	9	5	-50	-26	-315	..	..
39 China <sup>c</sup>	20.901	124.665	24.752	118.344	640	395	0	441	-3.211	7.157	10.091	57.781
40 Honduras	967	1.370	1.306	1.859	0	90	8	5	-331	-394	159	179
41 Senegal	830	1.349	1.337	1.740	-15	40	-4	1	-526	-350	25	191
42 Côte d'Ivoire	3.640	3.177	4.761	3.590	-716	-312	0	0	-1.836	-726	46	221
43 Kongo	1.029	1.078	1.195	1.400	-38	..	-26	-25	-230	-346	93	55
44 Kirgisistan	..	340	..	490	..	0	..	-52	..	-202	..	..
45 Sri Lanka	1.340	4.087	2.269	5.646	152	698	-16	-72	-793	-933	283	1.686
46 Armenien	..	258	..	525	..	0	..	36	..	-232	..	..
47 Kamerun	1.828	2.210	2.226	2.485	11	52	-8	-34	-395	-257	206	14
48 Ägypten, Arab. Rep.	6.516	10.511	9.745	16.121	2.696	5.073	95	0	-438	-536	2.480	14.413
49 Lesotho	363	551	482	914	0	0	2	3	-117	-360	..	..
50 Georgien	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
51 Myanmar	556	1.125	869	1.776	0	0	7	312	-307	-339	409	518
<b>Länder mit mittlerem Einkommen Untere Einkommenskategorie</b>	<b>662.723s</b>	<b>1.047.195s</b>	<b>670.749s</b>	<b>1.214.187s</b>							<b>173.363s</b> <b>78.989s</b>	<b>316.491s</b> <b>136.901s</b>
52 Bolivien	1.046	1.226	1.112	1.670	0	-1	13	25	-53	-419	553	793
53 Mazedonien	..	1.226	..	1.733	..	..	..	137	..	-370	..	166
54 Moldau	..	618	..	823	..	0	..	22	..	-183	..	180
55 Indonesien	22.241	46.295	19.432	49.704	0	449	0	0	2.810	-2.960	6.803	13.321
56 Philippinen	7.997	24.033	10.348	27.809	202	367	97	93	-2.052	-3.316	3.978	7.126
57 Usbekistan	..	3.561	..	3.569	..	0	..	0	..	-8	..	..
58 Marokko	3.270	7.035	5.807	9.901	989	2.061	15	55	-1.533	-750	814	4.622
59 Kasachstan	..	3.114	..	3.916	..	0	..	80	..	-722	..	..
60 Guatemala	1.834	2.586	2.107	3.734	0	0	109	378	-164	-770	753	943
61 Papua-Neuguinea	1.089	2.909	1.561	2.356	0	0	-106	-150	-578	402	458	120
62 Bulgarien	9.443	5.507	8.547	5.525	0	0	58	164	954	146	..	..
63 Rumänien	12.160	7.158	14.580	7.704	0	0	0	194	-2.420	-352	2.511	3.092
64 Ecuador	2.975	4.521	3.647	5.482	0	0	0	0	-672	-962	1.257	2.003
65 Dominikanische Rep.	1.313	2.601	2.237	3.253	183	420	17	0	-725	-232	279	259
66 Litauen	..	2.153	..	2.463	..	0	..	31	..	-279	..	597
67 El Salvador	1.271	1.675	1.289	2.982	11	967	6	37	-1	-303	382	829
68 Jordanien	1.781	3.058	3.318	4.783	715	1.093	-120	-91	-942	-723	1.745	1.997
69 Jamaika	1.422	2.680	1.678	3.112	51	327	31	120	-175	15	105	..
70 Paraguay	781	2.657	1.399	3.981	0	0	0	42	-618	-1.282	783	1.030
71 Algerien	14.500	9.698	14.552	12.919	241	0	36	1.400	225	-1.821	7.064	4.813
* Angaben für Taiwan (China)	22.627	112.899	23.445	105.524	..	..	-92	-1.316	-910	6.059	4.055	97.653

Anmerkung: Zur Vergleichbarkeit der Daten und ihrer Abgrenzung vgl. Technische Erläuterungen. Kursive Zahlen gelten für andere als die angegebenen Jahre.

	Ausfuhr von Gütern und Dienstleistungen <sup>a</sup> (Mio \$)		Einfuhr von Gütern und Dienstleistungen <sup>a</sup> (Mio \$)		Laufende Übertragungen				Leistungsbilanz- saldo ohne öffentliche Übertragungen (Mio \$)		Brutto- Währungsreserven (Mio \$)	
					Netto- Gastarbeiter- überweisungen (Mio \$)		Sonstige private Netto- Übertragungen (Mio \$)					
	1980	1994	1980	1994	1980	1994	1980	1994	1980	1994	1980	1994
72 Kolumbien	5.860	12.428	6.231	16.283	68	211	96	651	-207	-2.993	6.474	7.862
73 Tunesien	3.356	6.983	4.119	8.086	304	675	-2	8	-462	-419	700	1.544
74 Ukraine	..	14.426	..	15.837	..	0	..	-566	..	-1.977	..	..
75 Namibia	..	1.758	..	1.806	..	0	..	30	..	-19	..	203
76 Peru	4.832	5.996	5.080	9.197	0	280	0	-14	-248	-2.935	2.804	7.420
77 Weißrußland	..	2.770	..	3.345	..	..	..	70	..	-505	..	..
78 Slowakei	..	9.138	..	8.496	..	0	..	63	..	706	..	2.186
79 Lettland	..	1.263	..	1.446	..	..	..	..	..	-158	..	641
80 Costa Rica	1.219	3.399	1.897	4.004	0	0	20	89	-659	-516	197	906
81 Polen	16.200	22.189	20.338	25.898	0	0	593	991	-3.545	-2.718	574	6.023
82 Thailand	8.575	59.161	10.861	68.429	0	0	75	986	-2.212	-8.282	3.026	30.280
83 Türkei	3.672	30.084	9.251	30.589	2.071	2.627	82	126	-3.426	2.248	3.298	8.633
84 Kroatien	..	6.654	..	6.872	..	340	..	-116	..	7	..	1.410
85 Panama	7.736	7.647	8.062	7.756	0	0	-52	-25	-378	-136	..	..
86 Russische Föderation <sup>c</sup>	..	59.006	..	59.208	..	..	..	0	..	-202	..	7.206
87 Venezuela	22.232	19.170	17.065	15.993	-418	-746	0	436	4.749	2.450	13.360	12.459
88 Botswana	748	2.356	954	2.096	-17	..	15	-85	-207	174	..	..
89 Estland	..	1.173	..	1.240	..	0	..	0	..	-68	..	446
90 Iran, Islam. Rep.	14.073	19.765	16.509	16.384	0	0	0	1.200	-2.436	4.581	12.783	..
91 Turkmenistan <sup>c</sup>	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
<b>Obere Einkommenskategorie</b>	<b>305.516 \$</b>	<b>488.002 \$</b>	<b>286.289 \$</b>	<b>569.204 \$</b>							<b>94.374 \$</b>	<b>179.589 \$</b>
92 Brasilien	23.275	50.674	36.250	54.474	1	0	126	2.597	-12.848	-1.203	6.875	38.492
93 Südafrika	29.258	29.580	25.989	30.215	0	0	94	-19	3.363	-654	7.888	3.295
94 Mauritius	574	2.087	712	2.385	0	0	10	68	-129	-230	113	771
95 Tschechische Rep.	..	19.602	..	19.744	..	0	..	126	..	-16	..	6.949
96 Malaysia	14.836	65.795	15.100	70.106	0	0	-43	48	-307	-4.262	5.755	26.339
97 Chile	6.276	14.881	8.360	15.978	0	0	64	52	-2.020	-1.045	4.128	13.802
98 Trinidad und Tobago	3.371	2.161	2.972	1.943	1	26	-44	-30	357	213	2.813	373
99 Ungarn	9.780	11.441	10.374	16.404	0	0	63	896	-531	-4.067	..	6.853
100 Gabun	2.434	2.418	1.926	2.275	-143	..	-14	-72	350	71	115	180
101 Mexiko	22.240	53.607	33.496	86.406	687	3.705	106	216	-10.463	-28.878	4.175	6.441
102 Uruguay	1.594	3.442	2.312	3.892	0	0	2	33	-716	-416	2.401	1.622
103 Oman	3.852	5.800	2.650	5.558	-362	-1.329	0	0	840	-1.087	704	1.090
104 Slowenien	..	8.628	..	8.185	..	56	..	33	..	532	..	1.499
105 Saudi-Arabien	114.208	54.598	62.710	52.159	-4.094	-15.717	0	0	47.404	-13.278	26.129	9.139
106 Griechenland	8.374	15.650	11.670	22.732	1.066	2.576	21	53	-2.209	-4.453	3.607	15.809
107 Argentinien	11.202	21.029	15.999	31.421	0	0	23	318	-4.774	-10.074	9.297	16.003
108 Korea, Rep.	22.577	116.228	28.347	121.364	0	0	399	832	-5.371	-4.304	3.101	25.764
<b>Länder mit niedr. u. mittl. Eink.</b>	<b>763.625 \$</b>	<b>1.290.939 \$</b>	<b>797.322 \$</b>	<b>1.484.372 \$</b>							<b>216.306 \$</b>	<b>435.631 \$</b>
<b>Afrika südlich der Sahara</b>	<b>91.798 \$</b>	<b>79.026 \$</b>	<b>96.504 \$</b>	<b>100.724 \$</b>							<b>22.249 \$</b>	<b>20.107 \$</b>
<b>Ostasien u. Pazifik</b>	<b>101.752 \$</b>	<b>451.795 \$</b>	<b>117.669 \$</b>	<b>482.575 \$</b>							<b>33.794 \$</b>	<b>161.686 \$</b>
<b>Südostasien</b>	<b>18.792 \$</b>	<b>52.585 \$</b>	<b>30.493 \$</b>	<b>69.750 \$</b>							<b>15.403 \$</b>	<b>31.901 \$</b>
<b>Europa u. Zentralasien</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>							<b>11.445 \$</b>	<b>63.580 \$</b>
<b>Nahe- Osten u. Nordafrika</b>	<b>218.507 \$</b>	<b>..</b>	<b>165.659 \$</b>	<b>..</b>							<b>76.217 \$</b>	<b>46.538 \$</b>
<b>Lateinamerika u. Karibik</b>	<b>132.434 \$</b>	<b>233.334 \$</b>	<b>178.545 \$</b>	<b>319.456 \$</b>							<b>57.197 \$</b>	<b>111.820 \$</b>
<b>Länder mit hohem Einkommen</b>	<b>1.908.362 \$</b>	<b>4.923.317 \$</b>	<b>1.916.810 \$</b>	<b>4.792.515 \$</b>							<b>730.811 \$</b>	<b>1.031.132 \$</b>
109 Portugal	6.846	24.586	10.916	30.354	2.928	3.844	71	-3	-1.072	-1.926	13.863	21.671
110 Neuseeland	6.561	16.011	7.630	18.116	143	177	-35	806	-961	-1.123	365	3.729
111 Spanien	33.863	111.791	41.089	121.337	1.647	1.780	411	99	-5.168	-7.667	20.474	47.531
112 Irland	10.418	40.446	13.754	39.483	0	0	123	-52	-3.213	911	3.071	6.253
113 Israel	9.858	24.527	13.458	33.898	0	0	1.060	3.260	-2.540	-6.111	4.055	6.796
114 Australien	26.668	58.062	30.683	68.755	0	0	295	738	-3.720	-9.955	6.366	14.313
115 Großbritannien	201.137	386.474	189.683	380.663	0	0	-473	-398	10.980	5.414	31.755	48.079
116 Finnland	17.332	36.490	18.621	34.992	0	0	-20	-96	-1.308	1.402	2.451	11.430
117 Italien	105.011	278.378	116.794	256.921	1.609	242	-155	-247	-10.329	21.453	62.428	57.817
118 Kuwait	27.344	17.927	10.463	12.261	-692	-1.445	0	0	16.190	4.221	5.425	4.474
119 Kanada	77.995	190.101	79.859	209.087	0	0	53	832	-1.811	-18.153	15.462	13.775
120 Hongkong	24.190	..	25.448	..	..	..	..	..	-1.258	..	..	..
121 Niederlande	97.922	197.115	97.610	180.466	-316	-395	-498	-1.547	-503	14.707	37.549	47.859
122 Singapur	25.239	101.929	26.695	99.194	0	0	-104	-482	-1.560	2.253	..	..
123 Belgien <sup>d</sup>	88.925	224.364	92.625	209.188	-266	-360	-104	-240	-4.070	14.576	27.974	23.474
124 Frankreich	171.817	424.737	171.856	408.318	-2.591	-1.290	137	-87	-2.494	15.043	75.592	57.627
125 Schweden	39.388	83.406	42.495	80.711	0	91	-301	-273	-3.407	2.513	6.996	25.579
126 Österreich	29.152	82.237	32.951	83.834	-67	33	9	-294	-3.857	-1.858	17.725	23.852
127 Deutschland <sup>e</sup>	233.971	565.307	235.078	554.118	-4.437	-4.634	-1.464	-4.228	-7.007	2.327	104.702	113.841
128 Vereinigte Staaten	344.440	836.415	333.830	957.209	-810	-7.680	-220	-8.010	9.580	-136.484	171.413	163.591
129 Norwegen	28.252	50.837	26.658	45.573	-23	-236	-32	-215	1.539	4.813	6.746	19.479
130 Dänemark	24.152	72.481	26.642	67.263	0	0	-89	-133	-2.578	5.086	4.347	9.680
131 Japan	158.230	600.110	167.450	463.390	0	0	-240	-2.820	-9.460	133.900	38.919	135.145
132 Schweiz	59.462	119.920	58.524	100.364	-603	-2.007	-98	-220	238	17.329	64.748	66.645
133 Vereinigte Arab. Emirate	..	..	..	..	..	..	..	..	11.800	..	2.355	6.964
<b>Gesamte Welt</b>	<b>2.639.869 \$</b>	<b>6.275.740 \$</b>	<b>2.666.779 \$</b>	<b>6.276.817 \$</b>							<b>947.117 \$</b>	<b>1.466.763 \$</b>

<sup>a</sup> Entspricht der Definition der vierten Ausgabe des *Balance of Payments Manual* des IWF. <sup>b</sup> Angaben vor 1992 einschließlich Eritrea. <sup>c</sup> Ohne Handel mit anderen GUS-Mitgliedsstaaten.  
<sup>d</sup> Einschließlich Luxemburg. <sup>e</sup> Angaben vor 1990 beziehen sich auf die Bundesrepublik Deutschland vor der Vereinigung.

Tabelle 17 Auslandsschulden

	Gesamte Auslandsschulden (Mio \$)		Auslandsschulden als Prozentsatz von				Schuldendienst in % der Ausfuhr von Gütern und Dienstleistungen		Verhältnis des Gegenwarts- wertes zum Nominalwert der Schulden (in %)	Multilaterale Schulden in % der gesamten Auslandsschulden		
	1980	1994	BSP		Ausfuhr von Gütern und Dienstleistungen		1980	1994		1994	1980	1994
			1980	1994	1980	1994						
Länder mit niedrigem Einkommen Ohne China und Indien	..	..	..	..	..	..	..	..		..	..	
1 Ruanda	190	954	16,3	164,8	113,7	2.163,9	4,6	14,7	47,3	47,8	78,5	
2 Mosambik	..	5.491	..	450,4	..	1.388,7	..	23,0	73,5	0,0	19,2	
3 Äthiopien <sup>a</sup>	824	5.058	..	109,8	139,4	630,0	7,6	11,5	62,3	41,2	42,0	
4 Tansania	2.616	7.441	..	229,5	349,7	877,5	21,5	20,5	72,9	21,6	35,5	
5 Burundi	166	1.125	18,2	113,8	..	1.144,9	..	41,7	43,7	35,7	78,5	
6 Sierra Leone	435	1.392	40,7	187,3	158,3	..	23,3	..	73,7	14,2	23,4	
7 Malawi	821	2.015	72,1	160,3	262,4	523,0	27,8	17,4	45,6	26,7	78,8	
8 Tschad	228	816	31,6	91,0	320,2	450,9	8,3	8,1	47,2	32,6	72,3	
9 Uganda	702	3.473	55,7	88,1	213,2	1.042,7	17,4	45,6	54,9	11,6	58,4	
10 Madagaskar	1.241	4.134	31,1	225,3	240,7	652,1	20,5	9,5	71,6	14,7	38,6	
11 Nepal	205	2.320	10,4	56,2	91,5	223,4	3,4	7,9	48,5	62,0	77,8	
12 Vietnam	6	25.115	..	161,3	..	514,3	..	6,1	83,7	100,0	0,9	
13 Bangladesch	4.327	16.569	33,4	63,4	399,8	400,7	25,6	15,8	50,7	29,0	55,9	
14 Haiti	303	712	20,9	44,2	73,4	1.108,9	6,3	1,2	56,5	43,8	73,3	
15 Niger	863	1.569	34,5	104,2	138,6	617,4	22,7	26,1	55,4	16,5	52,7	
16 Guinea-Bissau	135	816	128,4	340,7	..	1.801,8	..	15,2	65,3	21,6	44,6	
17 Kenia	3.383	7.273	48,1	112,4	168,6	275,0	21,6	33,6	70,9	18,6	37,9	
18 Mali	732	2.781	45,4	151,8	227,2	589,2	5,1	27,5	55,3	23,7	44,3	
19 Nigeria	8.921	33.485	10,1	102,5	33,0	322,6	4,3	18,5	89,4	6,4	14,4	
20 Jemen, Rep.	1.684	5.959	..	..	..	196,3	..	4,8	80,1	14,9	20,3	
21 Burkina Faso	330	1.125	19,5	61,1	91,8	..	6,2	..	50,0	42,9	78,1	
22 Mongolei	..	443	..	61,3	..	106,5	..	9,6	62,1	..	25,5	
23 Indien	20.582	98.990	11,9	34,2	146,5	253,7	10,0	26,9	71,4	29,5	31,8	
24 Laos, Dem. VR	350	2.080	..	135,6	..	803,1	..	7,7	29,3	5,9	25,4	
25 Togo	1.052	1.455	95,9	156,6	187,9	470,5	9,3	7,8	62,3	11,3	46,9	
26 Gambia	137	419	61,5	117,3	206,5	194,6	6,3	14,4	50,6	29,9	71,5	
27 Nicaragua	2.192	11.019	108,5	800,6	443,4	2.286,1	23,2	38,0	88,3	19,2	11,9	
28 Sambia	3.261	6.573	90,7	204,3	202,3	560,1	25,5	31,5	77,0	12,2	30,3	
29 Tadschikistan	..	594	..	28,7	..	..	..	..	88,5	..	11,4	
30 Benin	424	1.619	30,2	109,4	139,7	399,9	6,7	10,1	51,5	24,5	48,5	
31 Zentralafrik. Rep.	195	891	24,3	104,0	96,9	490,6	5,0	12,9	50,2	27,4	66,3	
32 Albanien	..	925	..	50,8	..	190,7	..	2,5	88,4	..	7,1	
33 Ghana	1.398	5.389	31,6	101,5	115,8	389,2	13,2	24,8	62,1	19,9	49,6	
34 Pakistan	9.930	29.579	42,4	56,6	211,0	303,3	18,1	35,1	74,5	15,4	38,9	
35 Mauretanien	843	2.326	125,5	240,1	326,7	518,1	18,4	23,3	67,6	14,8	35,7	
36 Aserbaidschan	..	113	..	3,1	..	17,7	..	0,0	96,6	..	7,4	
37 Simbabwe	786	4.368	14,9	85,9	48,3	..	4,0	..	80,0	0,4	34,1	
38 Guinea	1.117	3.104	..	94,7	202,0	455,7	19,8	14,2	63,2	11,6	42,0	
39 China	4.504	100.536	2,2	19,3	21,4	84,3	4,4	9,3	85,2	0,0	13,5	
40 Honduras	1.472	4.418	60,6	..	156,3	345,3	22,0	33,9	76,4	31,2	46,7	
41 Senegal	1.473	3.678	50,5	99,1	167,0	277,6	29,4	14,9	65,7	17,8	48,3	
42 Côte d'Ivoire	7.445	18.452	76,9	338,9	208,3	581,0	39,4	40,1	83,2	7,0	18,2	
43 Kongo	1.526	5.275	99,0	454,2	149,2	489,2	10,6	51,5	84,1	7,7	13,2	
44 Kirgisistan	..	441	..	16,2	..	129,8	..	4,8	79,3	..	21,9	
45 Sri Lanka	1.841	7.811	46,1	67,6	127,6	168,3	12,4	8,7	61,2	11,7	34,0	
46 Armenien	..	214	..	8,3	..	83,4	..	1,7	91,9	..	48,6	
47 Kamerun	2.513	7.275	36,8	107,0	138,2	325,1	15,4	16,7	80,7	16,8	22,3	
48 Ägypten, Arab. Rep.	19.131	33.358	89,2	78,9	213,9	231,8	13,8	15,8	65,7	13,7	12,5	
49 Lesotho	72	600	11,4	44,4	79,5	331,9	6,1	16,9	58,3	56,1	68,6	
50 Georgien	..	1.227	..	58,6	..	254,2	..	1,2	95,3	..	12,1	
51 Myanmar	1.499	6.502	26,0	8,8	278,0	580,8	26,2	15,4	74,8	18,6	22,4	
Länder mit mittlerem Einkommen	..	..	..	..	..	..	..	..		..	..	
Untere Einkommenskategorie	..	..	..	..	..	..	..	..		..	..	
52 Bolivien	2.702	4.749	93,4	89,4	262,4	390,1	35,5	28,2	74,0	16,5	47,9	
53 Mazedonien	..	924	..	56,9	..	75,4	..	12,7	93,5	..	23,6	
54 Moldau	..	492	..	13,2	..	79,7	..	2,2	88,7	..	33,1	
55 Indonesien	20.944	96.500	28,0	57,4	94,7	211,3	13,9	32,4	87,2	8,8	19,8	
56 Philippinen	17.417	39.302	53,7	59,7	233,9	189,7	29,3	21,9	89,1	7,5	21,2	
57 Usbekistan	..	1.156	..	5,4	..	33,0	..	3,2	91,2	..	0,4	
58 Marokko	9.710	22.512	53,3	76,3	227,0	257,1	33,0	33,3	84,0	7,4	27,4	
59 Kasachstan	..	2.704	..	14,9	..	88,1	..	1,9	91,0	..	8,0	
60 Guatemala	1.166	3.017	14,9	23,4	67,4	121,4	8,4	11,4	80,6	30,0	28,3	
61 Papua-Neuguinea	719	2.878	28,9	57,5	69,9	99,4	14,6	30,0	80,3	21,2	31,3	
62 Bulgarien	392	10.468	2,0	104,8	4,2	193,1	0,5	14,0	95,6	0,0	13,3	
63 Rumänien	9.762	5.492	..	18,3	80,9	78,0	12,7	8,4	92,0	8,3	25,2	
64 Ecuador	5.997	14.955	53,8	96,6	207,7	335,3	34,9	22,1	87,6	5,4	16,1	
65 Dominikanische Rep.	2.002	4.293	31,2	41,8	137,7	144,8	26,1	17,0	87,9	10,2	21,8	
66 Litauen	..	438	..	8,4	..	20,3	..	2,8	82,9	..	27,2	
67 El Salvador	911	2.188	26,1	26,9	74,0	84,0	7,8	13,1	74,6	28,3	57,2	
68 Jordanien	1.971	7.051	..	121,8	86,2	172,9	9,2	12,4	71,3	8,0	14,3	
69 Jamaika	1.913	4.318	78,0	110,1	135,7	149,8	19,9	20,6	85,4	14,9	27,4	
70 Paraguay	955	1.979	20,7	25,1	136,2	78,3	20,7	10,2	88,6	20,2	36,0	
71 Algerien	19.365	29.898	47,1	74,3	132,8	312,1	28,0	56,0	81,9	1,5	11,1	

Anmerkung: Zur Vergleichbarkeit der Daten und ihrer Abgrenzung vgl. Technische Erläuterungen.

	Gesamte Auslandsschulden (Mio \$)		Auslandsschulden als Prozentsatz von				Schuldendienst in % der Ausfuhr von Gütern und Dienstleistungen		Verhältnis des Gegenwarts- wertes zum Nominalwert der Schulden (in %)	Multilaterale Schulden in % der gesamten Auslandsschulden	
			BSP		Ausfuhr von Gütern und Dienstleistungen						
	1980	1994	1980	1994	1980	1994	1980	1994	1994	1980	1994
72 Kolumbien	6.940	19.416	20,9	29,6	128,8	159,4	17,7	30,3	93,7	19,5	27,7
73 Tunesien	3.526	9.254	41,6	60,8	98,5	122,1	15,2	18,8	85,9	12,3	37,9
74 Ukraine	..	5.430	..	6,6	..	37,7	..	2,0	92,4	..	4,1
75 Namibia	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
76 Peru	9.386	22.623	47,6	46,2	202,5	379,6	46,4	17,7	88,5	5,5	14,8
77 Weißrußland	..	1.272	..	6,3	..	45,9	..	4,3	74,4	..	13,6
78 Slowakei	670	4.067	5,6	33,2	..	45,3	..	9,3	91,9	0,0	12,5
79 Lettland	..	364	..	6,3	..	28,8	..	2,1	89,6	..	31,5
80 Costa Rica	2.744	3.843	59,7	47,8	229,3	116,4	29,6	15,0	88,1	16,4	33,6
81 Polen	8.894	42.160	16,3	46,2	55,5	195,0	18,1	14,3	79,3	0,0	4,6
82 Thailand	8.297	60.991	25,9	43,1	104,5	107,9	20,4	16,3	98,4	12,0	5,1
83 Türkei	19.131	66.332	34,3	51,4	336,2	217,1	28,2	33,4	85,8	11,2	14,0
84 Kroatien	..	2.304	..	16,4	..	33,4	..	4,2	93,8	..	22,9
85 Panama	2.975	7.107	81,8	107,2	88,0	..	14,4	..	96,6	11,0	8,2
86 Russische Föderation	4.477	94.232	..	25,4	..	161,1	..	6,3	92,2	0,0	1,7
87 Venezuela	29.345	36.850	42,1	65,6	146,6	209,7	30,2	21,0	90,2	0,7	8,5
88 Botswana	147	691	16,3	17,4	22,7	32,3	2,4	4,3	75,9	57,5	72,6
89 Estland	..	186	..	4,1	..	..	..	..	90,3	..	35,2
90 Iran, Islam. Rep.	4.500	22.712	4,8	36,6	34,5	118,6	7,4	22,5	90,9	13,8	1,3
91 Turkmenistan	..	418	..	..	..	17,2	..	4,2	90,6	..	13,2
Obere Einkommenskategorie	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
92 Brasilien	72.920	151.104	31,8	27,9	334,0	336,0	67,7	35,8	92,6	4,2	6,1
93 Südafrika	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
94 Mauritius	467	1.355	41,6	40,3	82,1	68,1	9,2	7,3	86,5	16,6	19,2
95 Tschechische Rep.	3.789	10.694	13,0	29,7	..	56,8	..	13,1	94,3	0,0	8,8
96 Malaysia	6.611	24.767	28,0	36,9	46,8	39,0	6,6	7,9	89,3	11,3	6,9
97 Chile	12.081	22.939	45,5	45,5	202,4	160,0	45,3	20,3	90,2	2,9	19,0
98 Trinidad und Tobago	829	2.218	14,0	50,3	26,4	104,1	7,3	31,6	93,9	8,6	18,4
99 Ungarn	9.764	28.016	44,8	70,1	..	260,9	..	53,0	94,2	0,0	12,4
100 Gabun	1.514	3.967	39,3	122,5	63,0	165,1	18,0	10,5	89,8	2,7	11,4
101 Mexiko	57.378	128.302	30,5	35,2	266,4	238,4	50,9	35,4	91,4	5,6	13,3
102 Uruguay	1.660	5.099	17,0	33,2	108,6	161,4	19,6	16,1	93,3	11,0	23,9
103 Oman	599	3.084	11,2	30,7	15,8	..	6,6	..	90,6	5,8	5,2
104 Slowenien	..	2.290	..	16,4	..	26,8	..	5,4	93,1	..	21,6
105 Saudi-Arabien	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
106 Griechenland	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
107 Argentinien	27.157	77.388	36,5	27,8	274,6	405,4	42,3	35,1	88,5	4,0	9,9
108 Korea, Rep.	29.480	54.542	47,9	15,3	134,5	48,1	20,3	7,0	91,2	8,0	5,7
Länder mit niedr. u. mittl. Eink.	647.308 \$	1.921.450 \$	26,5 w	37,6 w	88,3 w	162,8 w	13,2 w	16,6 w	..	7,6 w	14,6 w
Afrika südlich der Sahara	84.049 \$	212.416 \$	30,6 w	78,7 w	90,9 w	265,7 w	9,7 w	14,0 w	..	9,0 w	23,9 w
Ostasien u. Pazifik	94.307 \$	421.329 \$	21,5 w	30,9 w	93,6 w	93,3 w	13,4 w	12,0 w	..	8,3 w	12,5 w
Südostasien	38.112 \$	161.128 \$	17,4 w	42,0 w	161,1 w	271,6 w	11,6 w	25,6 w	..	24,5 w	35,4 w
Europa u. Zentralasien	87.919 \$	356.090 \$	25,7 w	32,8 w	54,6 w	153,7 w	8,6 w	14,6 w	..	5,4 w	8,6 w
Naher Osten u. Nordafrika	84.257 \$	207.669 \$	18,6 w	41,7 w	36,8 w	148,5 w	5,0 w	15,4 w	..	6,7 w	10,1 w
Lateinamerika u. Karibik	258.665 \$	562.818 \$	36,2 w	37,2 w	206,0 w	258,6 w	36,9 w	27,5 w	..	5,5 w	12,2 w
Länder mit hohem Einkommen											
109 Portugal											
110 Neuseeland											
111 Spanien											
112 Irland											
113 Israel											
114 Australien											
115 Großbritannien											
116 Finnland											
117 Italien											
118 Kuwait											
119 Kanada											
120 Hongkong											
121 Niederlande											
122 Singapur											
123 Belgien											
124 Frankreich											
125 Schweden											
126 Österreich											
127 Deutschland											
128 Vereinigte Staaten											
129 Norwegen											
130 Dänemark											
131 Japan											
132 Schweiz											
133 Vereinigte Arab. Emirate											

a Einschließlich Litauen.

Tabelle 1a Grundlegende Kennzahlen für Übrige Länder

	Bevölkerung (in Tsd.) Mitte 1994	Fläche (in Tsd. Quadrat- kilometer)	BSP pro Kopf <sup>a</sup>		KKP-Schätzwerte des BSP pro Kopf <sup>b</sup>			Lebens- erwartung bei der Geburt (in Jahren) 1994	Erwachsenen- Analphabete- quote (in %) 1995
			In \$ von 1994	Durch- schnittliche jährliche Wachs- tumsrate (in %) 1985-94	Laufende int. \$				
					USA = 100	1987	1994		
1 Äquatorialguinea	386	28,05	430	2,2	..	..	..	48	..
2 Afghanistan	22.789	652,09	c	..	..	..	..	44	69
3 Amerik.-Samoa	55	0,20	d	..	..	..	..	..	..
4 Andorra	65	0,45	e	..	..	..	..	79	..
5 Angola	10.442	1.246,70	f	-6,8	..	..	..	47	..
6 Antigua und Barbuda	67	0,44	6.770	2,5	..	..	..	75	..
7 Aruba	77	0,19	c	..	..	..	..	75	..
8 Bahamas	272	13,88	11.800	-0,8	73,1	59,8	15.470 <sup>h</sup>	73	58
9 Bahrain	557	0,68	7.460	-0,7	57,7	51,1	13.220 <sup>h</sup>	72	..
10 Barbados	260	0,43	6.560	-0,0	48,0	43,3	11.210 <sup>h</sup>	..	12
11 Belize	211	22,96	2.530	5,0	18,0	21,6	5.600 <sup>h</sup>	69	..
12 Bermuda	63	0,05	e	-1,2	..	..	..	..	..
13 Bhutan	675	47,00	400	4,4	4,8	4,9	1.270 <sup>h</sup>	..	58
14 Bosnien-Herzegowina	4.383	51,13	c	..	..	..	..	..	..
15 Brunei	280	5,77	14.240	..	..	..	..	75	12
16 Dominica	72	0,75	2.800	4,3	..	..	..	73	..
17 Dschibuti	603	23,20	c	..	..	..	..	49	54
18 Eritrea	3.482	125,00	c	..	..	..	..	48	..
19 Färöer	45	1,40	e	..	..	..	..	77	..
20 Fidschi	767	18,27	2.250	2,4	20,4	23,0	5.940 <sup>h</sup>	72	8
21 Französisch-Guayana	141	90,00	d	..	..	..	..	73	..
22 Französisch-Polynesien	219	4,00	d	..	..	..	..	69	..
23 Grenada	92	0,34	2.630	..	..	..	..	..	..
24 Grönland	55	341,70	e	..	..	..	..	66	..
25 Guadeloupe	421	1,71	d	..	..	..	..	75	..
26 Guam	146	0,55	d	..	..	..	..	73	..
27 Guayana	826	214,97	530	0,4	8,8	10,6	2.750 <sup>h</sup>	66	2
28 Insel Man	72	0,57	d	..	..	..	..	..	..
29 Irak	20.356	438,32	f	..	..	..	..	67	42
30 Island	266	103,00	24.630	0,3	86,4	74,2	19.210 <sup>h</sup>	79	..
31 Jugoslawien, Bd. Rep.	10.520	102,17	f	..	..	..	..	72	..
32 Jungfern-Inseln, Amerik.	100	0,34	e	..	..	..	..	75	..
33 Kaimaninseln	33	0,26	c	..	..	..	..	77	..
34 Kambodscha	9.951	181,04	e	..	..	..	..	52	..
35 Kanal-Inseln, Brit.	143	0,19	e	..	..	..	..	78	..
36 Kap Verde	372	4,03	930	2,0	7,1	7,4	1.920 <sup>h</sup>	65	28
37 Katar	610	11,00	12.820	-2,4	90,4	73,8	19.100 <sup>h</sup>	72	21
38 Kiribati	78	0,73	740	..	..	..	..	61	..
39 Komoren	485	2,23	510	-1,4	6,8	5,5	1.430 <sup>h</sup>	55	43
40 Korea, Dem. Rep.	23.448	120,54	f	..	..	..	..	70	..
41 Kuba	10.978	110,86	f	..	..	..	..	76	4
42 Libanon	3.930	10,40	f	..	..	..	..	69	8
43 Liberia	2.719	97,75	c	..	..	..	..	53	..
44 Libyen	5.218	1.759,54	d	..	..	..	..	64	..
45 Liechtenstein	31	0,16	e	..	..	..	..	72	..
46 Luxemburg	404	3,00	39.600	1,2	143,1	138,6	35.860 <sup>h</sup>	76	i
47 Macau	444	0,02	e	..	..	..	..	..	..
48 Malediven	246	0,30	950	7,7	..	..	..	62	7
49 Malta	368	0,32	d	5,1	..	..	..	77	..
50 Marshall-Inseln	54	0,20	f	..	..	..	..	63	..
51 Martinique	383	1,10	d	..	..	..	..	76	..
52 Mayotte	89	0,37	d	..	..	..	..	60	..
53 Mikronesien, Föd. Staat.	104	0,70	f	..	..	..	..	65	..
54 Monaco	33	..	e	..	..	..	..	78	..
55 Neukaledonien	187	18,58	d	..	..	..	..	72	..
56 Niederländ. Antillen	198	0,80	c	..	..	..	..	77	..
57 Nördl. Marianen-Insl.	47	0,48	f	..	..	..	..	..	..
58 Puerto Rico	3.651	8,90	d	1,6	..	..	..	75	..
59 Réunion	640	2,51	d	..	..	..	..	74	..
60 Salomonen	365	28,90	810	2,2	8,2	8,1	2.100 <sup>h</sup>	62	..
61 São Tomé und Príncipe	125	0,96	250	-2,1	..	..	..	68	..
62 Seychellen	72	0,45	6.680	4,8	..	..	..	72	21
63 Somalia	8.775	637,66	c	-2,3	..	..	..	49	..
64 St. Kitts und Nevis	41	0,36	4.760	4,7	30,4	36,0	9.310 <sup>h</sup>	69	..
65 St. Lucia	160	0,62	3.130	4,0	..	..	..	71	..
66 St. Vincent und Grenadinen	110	0,39	2.140	4,5	..	..	..	72	..
67 Sudan	27.364	2.505,81	c	-0,2	8,8	..	..	54	54
68 Surinam	407	163,27	860	1,8	13,8	9,5	2.470 <sup>h</sup>	69	7
69 Swasiland	906	17,36	1.100	-1,2	14,0	11,6	3.010 <sup>i</sup>	58	23
70 Syrien	13.844	185,18	f	-2,1	..	..	..	68	..
71 Tonga	101	0,75	1.590	0,3	..	..	..	69	..
72 Vanuatu	165	12,19	1.150	-0,3	9,3	9,2	2.370 <sup>h</sup>	60	..
73 Westbank und Gaza	1.951	0,38	f	..	..	..	..	..	..
74 Westsamoa	164	2,84	1.000	-0,3	9,5	8,0	2.060 <sup>h</sup>	69	..
75 Zaire	42.540	2.344,86	c	-1,0	..	..	..	..	33
76 Zypern	726	9,25	10.260	4,6	47,2	57,2	14.800 <sup>h</sup>	77	..

<sup>a</sup> Atlas-Verfahren; vgl. die Technischen Erläuterungen. <sup>b</sup> Kaufkraftparität; vgl. die Technischen Erläuterungen. <sup>c</sup> Geschätzt als Länder mit niedrigem Einkommen (725 \$ oder weniger). <sup>d</sup> Geschätzt als Länder mit mittlerem Einkommen, obere Kategorie (2.896–8.955 \$). <sup>e</sup> Geschätzt als Länder mit hohem Einkommen (8.956 \$ oder mehr). <sup>f</sup> Geschätzt als Länder mit mittlerem Einkommen, untere Kategorie (726–2.895 \$). <sup>g</sup> Basiert auf Regressionsschätzungen. <sup>h</sup> Extrapoliert von IVP-Schätzungen 1993. <sup>i</sup> Gemäß UNESCO beträgt die Analphabetenquote weniger als 5 Prozent. <sup>j</sup> Extrapoliert von IVP-Schätzungen 1985.

# Technische Erläuterungen

Diese Technischen Erläuterungen beschreiben die Quellen und Verfahren, die bei der Zusammenstellung von 120 Kennzahlen benutzt wurden, die in den Ausgewählten Kennzahlen der Weltentwicklung 1996 enthalten sind. Die Erläuterungen zu spezifischen Kennzahlen wurden entsprechend den Tabellenköpfen angeordnet und innerhalb jeder Tabelle nach der Reihenfolge des Auftretens der Kennzahlen.

Die 133 Länder, die in den Haupttabellen enthalten sind, werden in steigender Rangfolge nach der Höhe des BSP pro Kopf gezeigt. Die Sondertabelle 1a enthält grundlegende Kennzahlen für sechsundsiebzig Länder mit unzureichenden Daten oder mit einer Bevölkerung von unter 1 Million.

## *Datenquellen*

Die hier veröffentlichten Kennzahlen basieren auf Daten, die von der Weltbank aus einer Vielzahl von Quellen zusammengestellt wurden. Angaben über die Auslandsschulden werden der Weltbank direkt von den Entwicklungsländern durch das Schuldenberichtssystem gemeldet. Andere Daten stammen hauptsächlich von den Vereinten Nationen (VN) und ihren Sonderorganisationen, vom Internationalen Währungsfonds (IWF) sowie aus Länderberichten an die Weltbank. Es werden auch Schätzungen des Weltbankstabes verwendet, um die Aktualität oder Konsistenz der Daten zu verbessern. Von den meisten Ländern erhält der Stab der Weltbank im Zuge von Wirtschaftsmissionen Schätzungen über die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. In einigen Fällen sind diese Daten vom Weltbankstab angepaßt worden, um sie mit internationalen Definitionen und Konzepten in Übereinstimmung zu bringen und damit bessere Konsistenz und Aktualität zu gewährleisten. Die meisten sozialen Daten aus nationalen Quellen werden aus regelmäßigen Datensammlungen der Behörden, aus Sondererhebungen oder periodischen Volkszählungen gewonnen. Spezifische Quellen sind in der Länderschlüssel-Tabelle und in den Anmerkungen unterhalb der Kennzahlen genannt.

## *Konsistenz und Verlässlichkeit der Daten*

Trotz beträchtlicher Bemühungen zur Standardisierung der Daten kann keine volle Vergleichbarkeit sichergestellt werden, und die Kennzahlen müssen vorsichtig interpretiert werden. Viele Faktoren beeinträchtigen die Verfügbarkeit, Vergleichbarkeit und Verlässlichkeit der Daten: In vielen Entwicklungsländern ist die Statistik immer noch unzulänglich, die statistischen Verfahren, der Geltungsbereich sowie Praktiken und Definitionen weisen von Land zu Land große Unterschiede auf; darüber hinaus bringen Länder- wie Zeitvergleiche komplexe technische und konzeptionelle Probleme mit sich, die nicht eindeutig gelöst werden können. Aus diesen Gründen sollten die Daten, obwohl sie aus als höchst kompetent angesehenen Quellen stammen, nur so aufgefaßt werden, daß sie Trends anzeigen und wichtige Unterschiede zwischen Volkswirtschaften charakterisieren, statt ein genaues quantitatives Maß der Unterschiede zu bieten. Auch die nationalen statistischen Ämter tendieren zur Revision ihrer historischen Daten, insbesondere der jüngeren Zahlen. Daher können Daten verschiedener Jahrgänge in unterschiedlichen Ausgaben der Weltbank-Publikationen veröffentlicht sein. Den Lesern wird geraten, solche Angaben aus verschiedenen Ausgaben nicht zu vergleichen. Konsistente Zeitreihen sind auf *World\*Data CD-ROM 1995* verfügbar. Außerdem sind für die fünfzehn Länder der ehemaligen Sowjetunion noch die Datenprobleme zu lösen: Der Geltungsbereich ist unzureichend, und der Unsicherheitsgrad ist größer als sonst üblich.

## *Verhältniszahlen und Wachstumsraten*

Um die Vergleichbarkeit zu erleichtern, werden üblicherweise nur Verhältniszahlen und Wachstumsraten ausgewiesen. Absolute Zahlen sind im allgemeinen in anderen Veröffentlichungen der Weltbank verfügbar, namentlich in der Ausgabe 1995 der *World Tables* und auf *World\*Data CD-ROM 1995*. Die meisten Wachstumsraten wurden für zwei Zeiträume ermittelt, 1980 bis 1990 und 1990 bis 1994, und mit Hilfe der Regressionsmethode der kleinsten Quadrate berechnet, soweit nicht anders angegeben. (Vergleiche die



Erläuterungen zu den statistischen Methoden weiter unten.) Da dieses Verfahren alle beobachteten Werte innerhalb eines Zeitraums berücksichtigt, reflektieren die so ermittelten Wachstumsraten Entwicklungstrends, die nicht über Gebühr durch außergewöhnliche Werte beeinflusst werden. Um die Inflationseffekte auszuschalten, werden bei der Berechnung der Zuwachsraten Wirtschaftskennzahlen zu konstanten Preisen verwendet. Kursiv gedruckte Zahlen gelten für andere Jahre oder Zeiträume als die angegebenen, und zwar bis zu zwei Jahren früher oder später bei den Wirtschaftszahlen und bis zu drei Jahren bei den Sozialkennzahlen, da letztere weniger regelmäßig erhoben werden, sich aber auch kurzfristig weniger stark verändern.

#### *Konstante Preisreihen*

Um internationale Vergleiche zu erleichtern und die Auswirkungen von Veränderungen intersektoraler relativer Preise auf die Aggregate der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu berücksichtigen, werden für die meisten Länder die Daten zu konstanten Preisen zunächst komponentenweise auf drei aufeinanderfolgende Basisjahre umbasiert und dann miteinander „verkettet“ und in Preisen des gemeinsamen Basisjahres 1987 ausgedrückt. Das Jahr 1970 ist das Basisjahr für Daten von 1960 bis 1975, 1980 für solche von 1976 bis 1982 und 1987 für Daten von 1983 und später.

Im Zuge der Verkettung werden die Komponenten des Bruttoinlandsprodukts (BIP) nach der Entstehungsrechnung individuell umbasiert und aufaddiert, um das umbasierte BIP zu zeigen. Dabei kann zwischen dem BIP zu konstanten Preisen auf Grundlage der Entstehungsrechnung und dem BIP auf Grundlage der Ausgaben eine Umbasierungs-Abweichung auftreten. Solche Umbasierungs-Abweichungen werden vom *Privaten Verbrauch usw.* unter der Annahme absorbiert, daß das nach der Entstehungsseite ermittelte BIP eine verlässlichere Schätzung darstellt als das BIP auf Grundlage der Ausgaben. Unabhängig von der Umbasierung enthält die Wertschöpfung im Dienstleistungssektor eine statistische Diskrepanz, wenn eine solche in den Ursprungsquellen ausgewiesen ist.

#### *Zusammenfassende Kennzahlen*

Die zusammenfassenden Kennzahlen für Ländergruppen und Einkommensgruppen, die in den Tabellen in den hellgrünen Bändern gezeigt werden, werden durch einfache Addition errechnet, soweit sie Bestandsgrößen sind. Wachstumsraten und Verhältniszahlen werden üblicherweise durch ein Basisjahr mit einer Wert-Gewichtung zusammengefügt. Die zusammenfassenden Kennzahlen der sozialen Indikatoren sind mit der Bevölkerung oder Untergruppen der Bevölkerung gewichtet, ausgenommen die Säuglingssterbeziffer, die mit der Zahl der Geburten gewichtet ist. Für

weitere Informationen vergleiche die Anmerkungen zu den spezifischen Kennzahlen.

Bei den zusammenfassenden Kennzahlen, die eine Reihe von Jahren betreffen, basieren die Berechnungen auf der gleichen Länderzusammensetzung. Das Verfahren erlaubt die Zusammenstellung von Gruppenkennzahlen nur dann, wenn die für ein bestimmtes Jahr verfügbaren Länderangaben mindestens zwei Drittel der gesamten Gruppe ausmachen, und zwar bezogen auf die Referenzwerte des Jahres 1987. Solange dieses Kriterium erfüllt ist, wird angenommen, daß nicht-berichtende Länder sich so verhalten wie diejenigen, für die Schätzwerte vorliegen. Die Leser sollten beachten, daß trotz zahlloser Probleme mit Länderangaben angestrebt wird, mit Hilfe der zusammenfassenden Kennzahlen repräsentative Aggregate für jedes Gebiet zur Verfügung zu stellen, und daß aus den Gruppenkennzahlen keine sinnvollen Schlüsse über die Entwicklung auf Länderebene abgeleitet werden können. Zudem kann der Gewichtungsprozeß zu Diskrepanzen zwischen Untergruppen und den Gesamtangaben führen.

#### **Tabelle 1: Grundlegende Kennzahlen**

Grundlegende Kennzahlen für Länder mit unzureichenden Daten oder mit einer Bevölkerung von weniger als einer Million werden in Tabelle 1a gezeigt.

Die Schätzwerte für die *gesamte Bevölkerung* beziehen sich auf Mitte 1994. Wegen zusätzlicher Informationen über die Definition und Quellen der Bevölkerungsschätzungen vgl. die Länderschlüssel-Tabelle und die Anmerkungen zu Tabelle 4.

Die Angaben zur *Fläche* stammen von der Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO). Die Fläche besteht aus der gesamten Oberfläche eines Landes gemessen in Quadratkilometern und umfaßt die Landfläche sowie inländische Wasserflächen.

*BSP pro Kopf:* Das Bruttosozialprodukt (BSP) in US-Dollar wurde nach dem *Weltbank-Atlas*-Verfahren berechnet, das im Abschnitt über statistische Methoden am Ende dieser Erläuterungen beschrieben wird.

Das BSP mißt die gesamte in- und ausländische Wertschöpfung, auf die die Bewohner eines Landes Anspruch haben. Es umfaßt das BIP (vgl. Tabelle 12) zuzüglich des Netto-Faktoreinkommens aus dem Ausland; letzteres besteht aus dem Einkommen, das Inländern aus dem Ausland für Faktorleistungen (Arbeit und Kapital) zufließt abzüglich ähnlicher Zahlungen an Ausländer, die zum Inlandsprodukt beigetragen haben. Das BSP pro Kopf wird berechnet unter Heranziehung der Bevölkerung eines Landes im korrespondierenden Jahr.

Das BSP pro Kopf ist ein nützlicher Maßstab für die durchschnittliche wirtschaftliche Produktivität, mißt für sich gesehen aber weder den Wohlstand noch den Erfolg des Entwicklungsprozesses. Es unterscheidet weder zwischen

der Zweckbestimmung und der Endverwendung eines bestimmten Produkts, noch besagt es etwas darüber, ob es lediglich einige natürliche oder sonstige Nachteile ausgleicht oder die Wohlfahrt beeinträchtigt oder steigert. Allgemeiner betrachtet, werden die mit der Umwelt zusammenhängenden Kosten und Erträge vom BSP nicht adäquat erfaßt, insbesondere diejenigen, die mit der Verwendung natürlicher Ressourcen verbunden sind. Die Weltbank versucht zusammen mit anderen Stellen herauszufinden, wie Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen über diese Fragen Aufschluß geben können. „Satelliten“-Rechnungen, die sich mit praktischen und konzeptionellen Problemen auseinandersetzen (wie der Bestimmung eines sinnvollen ökonomischen Wertes von Ressourcen, die die Märkte nicht als „knapp“ empfinden, und der Zurechnung von Kosten, die innerhalb eines nationalen Rechenwerkes im wesentlichen globaler Natur sind), wurden in die Revision von 1993 der *Systematik für Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen* (SVG) einbezogen. Dies bietet den nationalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnern einen Rahmen, um Umweltfaktoren bei der Schätzung alternativer Kennziffern des Einkommens zu berücksichtigen.

Bei der Schätzung des BSP pro Kopf ist sich die Bank bewußt, daß eine volle internationale Vergleichbarkeit nicht erreichbar ist. Neben dem klassischen, streng genommen unlösbaren Indexzahlenproblem stehen zwei Probleme im Weg. Eines betrifft die BSP- und Bevölkerungsschätzwerte selbst. Zwischen den einzelnen Ländern gibt es Unterschiede bei den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und den Bevölkerungsstatistiken sowie im Umfang und der Verlässlichkeit der zugrundeliegenden statistischen Informationen. Das andere Problem ergibt sich aus der Verwendung amtlicher Wechselkurse bei der Umrechnung der in verschiedenen nationalen Währungen ausgedrückten BSP-Daten mittels eines gemeinsamen Denominators – üblicherweise des US-Dollars.

Da diese Unzulänglichkeiten die Vergleichbarkeit der Schätzwerte des BSP pro Kopf beeinträchtigen, hat die Weltbank verschiedene Verbesserungen des Schätzverfahrens vorgenommen. Im Zuge der regelmäßigen Überprüfung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ihrer Mitgliedsländer berechnet die Bank systematisch BSP-Schätzwerte, wobei sie sich besonders auf die zugrundeliegende Abgrenzung und Konzeption konzentriert und erforderlichenfalls Anpassungen vornimmt, um die Vergleichbarkeit zu verbessern. Als Teil des Überprüfungsprozesses nimmt der Weltbankstab Schätzungen des BSP (und gelegentlich der Bevölkerung) vor.

Die Weltbank überprüft auch systematisch die Angemessenheit amtlicher Wechselkurse als Umrechnungsfaktoren. Ein alternativer Umrechnungsfaktor wird dann angewendet, wenn der amtliche Wechselkurs zu stark von dem Kurs abweicht, der den Inlandstransaktionen von

Fremdwährungen und gehandelten Gütern tatsächlich zugrunde liegt. Das gilt nur für eine kleine Zahl von Ländern. Das BSP pro Kopf wird unter Verwendung des *Weltbank-Atlas*-Verfahrens berechnet, und zwar entweder mit amtlichen oder alternativen Umrechnungsfaktoren. Wegen ungelöster Probleme, die mit der Verfügbarkeit vergleichbarer Daten und der Festlegung von Konversionsfaktoren zusammenhängen, werden für einige Länder keine Informationen über das BSP pro Kopf gezeigt.

Ende der achtziger und Anfang der neunziger Jahre verzeichneten etwa sechzig Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen einen Rückgang des realen BSP pro Kopf. Außerdem haben starke Fluktuationen der Wechselkurse und der Terms of Trade sowie die Zeitverzögerung zwischen Wechselkursbewegungen und inländischen Preisanpassungen das relative Einkommensniveau beeinflusst. Daher haben sich Niveau und Reihenfolge des BSP pro Kopf, das nach dem *Atlas*-Verfahren berechnet wurde, manchmal auf eine Weise geändert, die nicht notwendigerweise mit dem relativen Inlandswachstum der Volkswirtschaften zusammenhängt.

*Schätzwerte der Kaufkraftparität (KKP) des BSP pro Kopf:* Das Internationale Vergleichsprojekt (IVP) der Vereinten Nationen hat Meßziffern des BIP auf international vergleichbarer Basis entwickelt, denen als Umrechnungsfaktoren die Kaufkraftparitäten anstelle von Wechselkursen zugrunde liegen. Der KKP-Umrechnungsfaktor ist definiert als die Zahl der Währungseinheiten eines Landes, die erforderlich sind, um die gleiche Menge an Gütern und Leistungen am Inlandsmarkt zu kaufen, die der Kaufkraft eines Dollars in den Vereinigten Staaten entspricht.

Das IVP erfaßt durchschnittliche Inlandspreise repräsentativer Güter, die in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen jedes teilnehmenden Landes enthalten sind, mittels spezieller Preiserhebungen und leitet daraus seine KKP im Verhältnis zu den durchschnittlichen internationalen Preisen ab, die implizit von den Preisen aller teilnehmenden Länder abgeleitet werden. In Tabelle 1 werden die aktuellsten IVP-Schätzwerte in BSP anstatt in BIP ausgedrückt, um Konsistenz mit den Schätzwerten anhand des *Weltbank-Atlas*-Verfahrens zu erreichen.

Informationen über das IVP sind in einer Reihe anderer Berichte veröffentlicht worden. Die jüngste Untersuchung wurde für das Jahr 1993 erstellt; sie wurde zum Teil bereits von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) veröffentlicht. Um die hier gezeigten Schätzwerte zu erhalten, wurden verschiedene Datensammlungen herangezogen. Zu den Daten gehören (a) die Ergebnisse des IVP 1993 für die OECD, Osteuropa und die Länder der ehemaligen Sowjetunion, die auf das Jahr 1987 zurückextrapoliert wurden; (b) die Ergebnisse für 1985 für die Nicht-OECD-Länder, extrapoliert auf 1987; (c) die letztverfügbaren Ergebnisse entweder für 1980 oder

für 1975 für Länder, die nur an früheren Phasen teilnahmen, extrapoliert auf 1987; (d) Schätzungen der Weltbank für China und (e) IVP-Schätzungen anhand von Regressionen für die verbleibenden Länder. Diese Schätzwerte sind als Index ausgedrückt (USA = 100 in Spalte 5). Länder, deren Schätzwerte für 1987 auf Regressionen basieren, werden in den Fußnoten aufgeführt.

Diese extrapolierten und auf Regressionen basierenden Zahlen für 1987 wurden auf das Jahr 1994 unter Verwendung von Weltbankschätzungen des realen BSP-Wachstums pro Kopf extrapoliert und durch die Inflationsraten, gemessen an den SZR-Deflatoren, maßstabsgerecht vergrößert. Die Schätzungen sind in den Spalten 5 und 6 als Index ausgedrückt (USA = 100). Auf Länder, deren Zahl für 1987 aus anderen Jahren extrapoliert oder durch Regressionen ermittelt wurde, wird in Fußnoten entsprechend hingewiesen. Die Anpassungen berücksichtigen keine Veränderungen der Terms of Trade.

Die in Spalte 8 gezeigten Schätzwerte des BSP pro Kopf werden in *internationalen Dollar* ausgedrückt, indem KKP-Umrechnungsfaktoren auf das BSP in heimischer Währung angewandt und sodann durch die Bevölkerung Mitte des Jahres dividiert werden. Der internationale Dollar, der als gemeinsame Währung verwendet wird, ist die Rechnungseinheit, die die Preisniveaus in allen beteiligten Ländern ausgleicht. Er hat im angegebenen Jahr die gleiche Kaufkraft gegenüber dem gesamten BSP wie der US-Dollar, die Kaufkraft gegenüber Teilaggregaten ist aber nicht durch die relativen Preise in den USA, sondern durch durchschnittliche internationale Preise dieser Komponenten bestimmt.

Weitere Einzelheiten des IVP-Verfahrens können Leser dem Bericht über das IVP, Phase IV, entnehmen: *World Comparisons of Purchasing Power and Real Product for 1980* (Vereinte Nationen, New York 1986). Leser, die an detaillierten IVP-Erhebungsdaten für 1975, 1980, 1985 und 1990 interessiert sind, seien verwiesen auf die Untersuchung *Purchasing Power of Currencies: Comparing National Incomes Using ICP Data* (Weltbank 1993).

Die *Lebenserwartung bei der Geburt* gibt die Anzahl der Jahre an, die ein neugeborenes Kind leben würde, wenn die zum Zeitpunkt seiner Geburt vorherrschenden Sterblichkeitsrisiken während seines Lebens gleichbleiben würden. Die Angaben stammen aus verschiedenen Quellen, wie nationalen statistischen Ämtern, demographischen und Gesundheits-Erhebungen, Volkszählungen, von der Bevölkerungsabteilung der VN sowie der Weltbank.

Wegen der *Analphabetenquote bei Erwachsenen* vgl. Tabelle 7.

Die zusammenfassenden Kennzahlen für das BSP pro Kopf, die Lebenserwartung und die Analphabetenquote bei Erwachsenen werden in Tabelle 1 mit der Bevölkerung gewichtet.

## Tabelle 2: Gesamtwirtschaftliche Kennzahlen

Die Hauptquellen der Daten in Tabelle 2 sind die Veröffentlichungen des IWF: *Government Finance Statistics* (GFS) und *International Financial Statistics* (IFS). Die Angaben über BSP, BIP und die gesamten Auslandsschulden stammen von Datensammlungen der Weltbank.

Die Position *laufendes Defizit/Überschuß der Zentralregierung* ist definiert als die laufenden Einnahmen der Zentralregierung abzüglich der laufenden Ausgaben. Dabei ist anzumerken, daß darin keine empfangenen Leistungen enthalten sind. Dies ist ein nützliches Maß für die eigene fiskalische Leistungsfähigkeit der Regierung. Die Position Gesamtdefizit/-überschuß einschließlich empfangene Leistungen und Kapitaldienst-Konto wird in Tabelle 14 gezeigt.

Die Daten über die *Geldbestände in weiter Abgrenzung* stammen vom IFS. Die Geldbestände in weiter Abgrenzung umfassen die meisten Verbindlichkeiten des Finanzsektors eines Landes gegenüber Inländern, mit Ausnahme der Zentralregierung. Bei den meisten Ländern entsprechen die Geldbestände in weiter Abgrenzung der Summe aus Geld (IFS Zeile 34) und Quasigeld (IFS Zeile 35). Zum Geld gehören die Zahlungsmittel einer Volkswirtschaft: der Bargeldumlauf außerhalb der Banken und die Sichteinlagen ohne diejenigen der Zentralregierung. Das Quasigeld umfaßt Termin- und Spareinlagen sowie ähnliche Bankguthaben, die der Inhaber mit geringer Verzögerung oder unverzüglich und ohne Strafzins in Geld umwandeln kann sowie Fremdwährungseinlagen inländischer Sektoren ohne diejenigen der Zentralregierung. Wenn Quasigeld in größerem Umfang von nichtmonetären Finanzinstituten emittiert wird, sind diese Beträge ebenfalls häufig in den Geldbeständen in weiter Abgrenzung enthalten. Die *durchschnittlichen jährlichen nominalen Wachstumsraten der Geldbestände in weiter Abgrenzung* sind aus Jahresendständen mit Hilfe der Methode der kleinsten Quadrate abgeleitet. Die *durchschnittlichen Bestände an Geld in weiter Abgrenzung in Prozent des BIP* wurden berechnet aus dem Mittelwert der Jahresendstände des angegebenen und des vorhergehenden Jahres.

Die *nominalen Zinssätze der Banken* repräsentieren die Einlagenzinsen, die von Geschäfts- oder ähnlichen Banken für Sicht-, Termin- oder Spareinlagen gezahlt werden und die Kreditzinsen, die erstklassigen Kunden von den Banken berechnet werden. Die Daten sind jedoch nur bedingt international vergleichbar, teilweise weil Geltungsbereich und Definitionen variieren. Die Zinssätze (und die Zuwachsraten der Geldbestände in weiter Abgrenzung) sind in nominalen Größen ausgedrückt, daher ist ein Großteil der Abweichungen zwischen den Ländern durch Inflationsdifferenzen bedingt.

Die *durchschnittliche jährliche Inflationsrate* wird gemessen an der Veränderung des impliziten BIP-Deflators.

Der implizite Deflator wird berechnet durch Division des jährlichen BIP zu laufenden Preisen durch den korrespondierenden Wert des BIP zu konstanten Preisen, wobei die Bewertung jeweils in nationaler Währung erfolgt. Anschließend wird die Zuwachsrates des BIP-Deflators für die einzelnen Zeiträume unter Verwendung der Methode der kleinsten Quadrate errechnet. Die Aussagefähigkeit dieser Kennzahl, wie jeder anderen Maßgröße der Inflation, ist begrenzt, sie stellt jedoch die am breitesten fundierte Kennzahl dar; die die jährlichen Preisänderungen aller in einer Volkswirtschaft produzierten Güter und Dienstleistungen zeigt.

Der *Leistungsbilanzsaldo ohne öffentliche Übertragungen* ist die Summe der Nettoexporte von Gütern, Dienstleistungen und privaten Übertragungen. Die öffentlichen Netto-Übertragungen sind nicht enthalten; vgl. auch Tabelle 16.

Die *Brutowährungsreserven* setzen sich zusammen aus Goldbeständen, Sonderziehungsrechten (SZR), Reservenpositionen von IWF-Mitgliedsländern und Beständen an Devisenreserven, über die Währungsbehörden verfügen. Währungsreserven in US-Dollar werden in Tabelle 16 gezeigt. Die Reservebestände ausgedrückt als *Einfuhrdeckung in Monaten* werden berechnet als das Verhältnis der Brutowährungsreserven zu den US-Dollarwerten der Importe an Gütern und Dienstleistungen multipliziert mit 12.

Der *Netto-Gegenwartswert der gesamten Auslandsschulden* ist die diskontierte Summe aller Schuldendienstleistungen während der Laufzeit der bestehenden Kredite zu laufenden Preisen. Um die Verhältniszahlen zum BSP zu schätzen, wurden die Angaben über die nicht auf Dollar lautenden Schulden mit amtlichen Wechselkursen vom Jahresende in Dollar umgerechnet. Das BSP wurde von nationalen Währungen in US-Dollar mit Hilfe des Verfahrens umgerechnet, das in den Technischen Erläuterungen zu Tabelle 12 beschrieben wird.

Die zusammenfassenden Kennzahlen wurden aus den Gruppenaggregaten der Brutowährungsreserven und den gesamten Importen von Gütern und Dienstleistungen in laufenden Dollar berechnet.

### Tabelle 3: Außenwirtschaftliche Kennzahlen

Die Angaben in dieser Tabelle zeigen die Offenheit eines Landes gegenüber den internationalen Märkten und die potentiellen Auswirkungen von Veränderungen der Ausfuhrpreise, der internationalen Zinssätze und der Verfügbarkeit an privatem Auslandskapital und öffentlicher Entwicklungshilfe.

Die *Terms of Trade*, oder die Nettoaustauschverhältnisse im Außenhandel, messen die relative Veränderung der Ausfuhrpreise gegenüber derjenigen der Einfuhrpreise. Diese Kennzahl wird als Verhältnis des Durchschnittspreisindex der Ausfuhr eines Landes zu seinem

Durchschnittspreisindex der Einfuhr berechnet und bringt damit Veränderungen des Exportpreisniveaus als Prozentsatz der Importpreise gegenüber einem Basisjahr zum Ausdruck. Die Terms of Trade-Indexwerte werden auf der Basis 1987 = 100 für die Jahre 1985 und 1994 ausgewiesen. Die Daten stammen von der Datensammlung der Konferenz der VN für Handel und Entwicklung (UNCTAD) und den *International Financial Statistics* des IWF; vgl. auch Tabelle 15.

Der *Export-Konzentrationsindex* wurde dem *Handbook of International Trade and Development Statistics* der UNCTAD entnommen. Der Index mißt den Grad, in dem die Exporte eines Landes konzentriert oder diversifiziert sind in bezug auf dreistellige Warenkategorien des SITC (Revision 2). Der Index wurde nach der Hirschmann- oder Herfindahl-Methode berechnet: Die Exportanteile in jeder Warengruppe wurden quadratisch aufsummiert; der Index ist die Quadratwurzel der Summe, normalisiert in einen Bereich von Null bis Eins (maximale Konzentration). Interessant ist, daß die Inverse des Index der Anzahl der von einem Land gehandelten Waren entspricht, die jeweils gleichhohe Anteile aufweisen. Im SITC Revision 2 gibt es 239 dreistellige Warenkategorien.

Die *gesamten Nettomittelzuflüsse* sind die Summe aus den Nettozugängen an langfristigen Schulden (ohne IWF-Mittel) plus öffentliche Zuschüsse (ohne technische Hilfe), den ausländischen Netto-Direktinvestitionen und den Portfoliozuflüssen in Dividendenpapieren. Die gesamten Nettozugänge an langfristigen Auslandsschulden entsprechen den Auszahlungen abzüglich den Tilgungen von öffentlichen, öffentlich garantierten und privaten nicht-garantierten langfristigen Mitteln. Öffentliche Zuschüsse sind Übertragungen durch eine öffentliche Stelle, die in Bargeld oder auf eine Weise erfolgen, bei der für den Empfänger keine rechtliche Verbindlichkeit entsteht.

*Private Nettokapitalzuflüsse* bestehen aus Zugängen an privaten Schulden und Nicht-Schuldenzuflüssen. Zu den Zugängen an privaten Schulden gehören Kredite von Geschäftsbanken, Anleihen und andere private Darlehen; zu den privaten Nicht-Schuldenzuflüssen gehören ausländische Direktinvestitionen und Portfolioinvestitionen.

Die *öffentliche Entwicklungshilfe (ÖEH)* besteht aus Krediten und Zuschüssen, die zu konzessionären Bedingungen durch sämtliche bilaterale öffentliche Stellen und multilateral gewährt werden, um die Wirtschaftsentwicklung und Wohlfahrt zu fördern. Die Netto-Auszahlungen entsprechen den um Rückzahlungen von früher gewährter Entwicklungshilfe an Geberländer verminderten Brutto-Auszahlungen. Zur Qualifizierung als ÖEH gehört, daß jede Transaktion folgenden Bedingungen entsprechen muß: sie wird mit dem Hauptziel vorgenommen, die wirtschaftliche Entwicklung und die Wohlfahrt der Entwicklungsländer zu fördern; sie hat konzessionären Charakter

und enthält ein Zuschußelement von mindestens 25 Prozent.

Die zusammenfassenden Kennzahlen für die ÖEH als Prozentsatz des BSP werden aus den Gruppensummen für die ÖEH und für das BSP in jeweiligen US-Dollar berechnet.

#### **Tabelle 4: Bevölkerung und Erwerbstätige**

Die Angaben über Bevölkerung und Erwerbstätige vermitteln ein Grundprofil der demographischen Trends eines Landes.

Die Schätzungen der *Bevölkerungszahlen* für Mitte 1994 stammen aus verschiedenen Quellen, wie der Abteilung für Bevölkerungsfragen der VN, nationalen statistischen Ämtern und den Länderabteilungen der Weltbank (vgl. auch die Angaben zur Tabelle Länderschlüssel). Die Weltbank verwendet die De-facto-Definition der Bevölkerung eines Landes, wonach sämtliche Bewohner unabhängig von Rechtsstatus und Staatsangehörigkeit gezählt werden. Man beachte jedoch, daß Flüchtlinge, die sich in dem asylgewährenden Land nicht auf Dauer niedergelassen haben, im allgemeinen als ein Teil der Bevölkerung des Herkunftslandes betrachtet werden.

Die *durchschnittliche jährliche Wachstumsrate* der Bevölkerung wurde mit Hilfe von Daten des Endes eines Zeitraums unter Verwendung eines exponentiellen Wachstumsmodells berechnet. Wegen weiterer Informationen vgl. den Abschnitt über statistische Methoden.

Die *Altersstruktur der Bevölkerung* zeigt den Anteil der Fünfzehn- bis einschließlich Vierundsechzigjährigen an der gesamten Bevölkerung.

Schätzungen der *gesamten Erwerbsbevölkerung* wurden mit Hilfe von Partizipationsraten der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und der Bevölkerungsschätzungen abgeleitet. Sie umfassen die sogenannte ökonomisch aktive Bevölkerung; dies ist ein restriktives Konzept, bei dem die Streitkräfte und die Arbeitslosen eingeschlossen sind, Hausfrauen und andere unbezahlte Pflegekräfte allerdings nicht berücksichtigt werden.

Der *Anteil der Frauen* an der gesamten Erwerbsbevölkerung stammt von ILO-Daten. Diese Kennzahl zeigt das Ausmaß, in dem Frauen im formalen Sektor „erwerbstätig“ sind. In einigen Entwicklungsländern unterzeichnet die Zahl der Erwerbstätigen die Teilnahme von Frauen am Erwerbsleben.

Die *Struktur der Erwerbsbevölkerung* zeigt den Anteil der Erwerbstätigen, die in der Agrarwirtschaft und Industrie beschäftigt sind. Zu den im Agrarsektor Beschäftigten gehören diejenigen, die in der Landwirtschaft, im Forst-, Jagd- und Fischereiwesen tätig sind. Die in der Industrie Beschäftigten umfassen die im Bergbau, Verarbeitenden Gewerbe, in der Bauwirtschaft sowie der Strom-, Wasser- und Gaswirtschaft tätigen Personen.

Alle zusammenfassenden Kennzahlen sind Länderangaben, die mit der Bevölkerung oder mit Bevölkerungsuntergruppen gewichtet sind.

#### **Tabelle 5: Verteilung von Einkommen oder Verbrauch**

Die Tabelle beschreibt die Verteilung des Einkommens oder der Verbrauchsausgaben auf Bevölkerungsuntergruppen in fünfundsechzig Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen und in zwanzig Ländern mit hohem Einkommen. Da die Untergruppen nach dem Pro-Kopf-Einkommen oder den Ausgaben oder – im Falle der Länder mit hohem Einkommen – nach dem Haushaltseinkommen geordnet sind, zeigen die sich ergebenden Anteile das Ausmaß an, in dem die Verteilung des Einkommens oder der Konsumausgaben in jedem Land von strikter Gleichverteilung abweicht.

*Erhebungsjahr* ist das Jahr, in dem die zugrundeliegenden Daten ermittelt wurden. Die Datensammlungen beziehen sich auf unterschiedliche Jahre zwischen 1985 und 1994 und wurden aus nationalen repräsentativen Haushaltserhebungen abgeleitet.

Der *Gini-Index* ist eine zusammenfassende Kennzahl für das Ausmaß, in dem die tatsächliche Verteilung des Einkommens oder Verbrauchs von der hypothetisch gleichmäßigen Verteilung abweicht, bei der jede Person oder jeder Haushalt einen identischen Anteil erhält. Der Gini-Index hat einen Maximalwert von 100 Prozent, was darauf hinweist, daß auf eine Person oder einen Haushalt alles entfällt, und einen Minimumwert von Null, was absolute Gleichheit indiziert. Der Gini-Index ist das geläufigste Maß für die Ungleichheit, aber er ist keine sehr treffsichere Kennzahl. Wenn sich beispielsweise die zugrundeliegenden Lorenzkurven der Einkommensverteilung kreuzen, können Länder mit unterschiedlichen Einkommensverteilungen den gleichen Indexwert aufweisen. Wegen weiterer Informationen vgl. den Abschnitt statistische Methoden.

Die folgenden Spalten zeigen den *Prozentanteil des Einkommens oder Verbrauchs* nach 20-Prozent- und 10-Prozent-Gruppen der Bevölkerung. Die Angaben zur Einkommensverteilung für Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen stammen aus zwei Hauptquellen: von nationalen statistischen Ämtern und der Weltbank. Sofern die Ursprungsmeßdaten von Haushaltsbefragungen verfügbar waren, wurden diese verwandt, um die Einkommens- (oder Verbrauchs-)anteile nach 20-Prozent-Gruppen direkt zu berechnen; andernfalls sind die Anteile anhand der bestverfügbaren Gruppendaten geschätzt worden. Die Verteilungskennzahlen für Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen sind um die Haushaltsgröße bereinigt worden, um so eine konsistentere Kennzahl für das Einkommen oder den Verbrauch pro Kopf zu erhalten. Für regionale Unterschiede der Lebenshaltungskosten innerhalb der Länder wurden keine Bereinigungen vorgenommen, da die für



solche Berechnungen erforderlichen Daten im allgemeinen nicht verfügbar sind. Wegen weiterer Einzelheiten zu den Daten und Schätzverfahren für Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen vgl. Martin Ravallion und Shaohua Chen (1996).

Die Angaben für Australien, Israel, Italien, Kanada, Norwegen, Schweden, Schweiz und die Vereinigten Staaten stammen von der Datensammlung der Luxemburger Einkommensuntersuchung (1990); diejenigen für Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Niederlande und Spanien vom Statistischen Amt der Europäischen Union. Die Angaben für Belgien, Dänemark, Finnland, Japan und Neuseeland stammen von den *National Accounts Statistics: Compendium of Income Distribution Statistics, 1985*, der Vereinten Nationen. Angaben für andere Länder mit hohem Einkommen stammen aus nationalen Quellen.

Bei den hier gezeigten Daten über die Einkommensverteilung gibt es bei den Ländervergleichen beträchtliche Probleme. Die zugrundeliegenden Haushaltsbefragungen sind nicht vollständig vergleichbar, obwohl sich diese Probleme im Zuge der Verbesserung und zunehmenden Standardisierung der Befragungsverfahren im Laufe der Zeit verringern, insbesondere im Zusammenhang mit den Initiativen der Vereinten Nationen (Household Survey Capability Program) und der Weltbank (Living Standard Measurement Study und Social Dimensions of Adjustment Project for Sub-Saharan Africa). Die Vergleichbarkeit wird aufgrund der folgenden drei Unterschiede beeinträchtigt. Erstens unterscheiden sich die Befragungen bei der Verwendung des Einkommens oder der Verbrauchsausgaben als Indikator für den Lebensstandard. Bei neununddreißig der fünfundsechzig Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen beziehen sich die Angaben auf die Konsumausgaben. Typischerweise ist das Einkommen ungleicher verteilt als der Verbrauch. Zweitens unterscheiden sich die Befragungen hinsichtlich der Praxis, Haushalte oder Einzelpersonen als Beobachtungseinheiten heranzuziehen. Ferner unterscheiden sich die Haushalte nach der Zahl der Haushaltsmitglieder und dem Ausmaß der Einkommensaufteilung auf die Mitglieder. Einzelpersonen differieren nach Alter und Konsumbedarf. Wo Haushalte als Beobachtungseinheiten verwendet werden, beziehen sich die 20-Prozent-Gruppen auf den prozentualen Anteil von Haushalten anstelle von Einzelpersonen. Drittens unterscheiden sich die Befragungen auch danach, ob die Beobachtungseinheiten nach dem Haushaltseinkommen (oder -verbrauch) oder nach dem Pro-Kopf-Einkommen (oder -verbrauch) geordnet werden. Die Fußnoten zu den Tabellen verdeutlichen diese Unterschiede für jedes Land.

Die internationale Vergleichbarkeit der Daten der Länder mit hohem Einkommen ist besonders begrenzt, denn die Beobachtungseinheit bildet ein Haushalt, unabhängig von seiner Größe, und die Haushalte sind nach dem

Gesamthaushaltseinkommen geordnet statt nach dem Einkommen pro Haushaltsmitglied. Solche, bessere Angaben finden sich in der demnächst erscheinenden Veröffentlichung der Luxembourg Income Study, in der die Haushaltsmitglieder nach dem durchschnittlichen verfügbaren Einkommen pro Erwachsenen geordnet sind. Die Schätzwerte in der Tabelle sollten daher mit besonderer Vorsicht behandelt werden.

#### **Tabelle 6: Gesundheitswesen**

Diese Tabelle enthält ausgewählte Kennzahlen über die vorherrschende Gesundheitsinfrastruktur und den Gesundheitszustand der Bevölkerung.

Der *Zugang zu Gesundheitsfürsorge* wird gemessen anhand des Anteils der Bevölkerung, der die örtlichen Gesundheitseinrichtungen auf üblichen Transportwegen in nicht mehr als einer Stunde erreichen kann. Es sei angemerkt, daß diese Fazilitäten tendenziell in städtischen Gebieten konzentriert sind. In einigen Fällen dürften ländliche Gebiete ein weit geringeres Zugangsniveau aufweisen.

Die *Bevölkerung mit Zugang zu Trinkwasser* ist der Anteil der Bevölkerung mit angemessenem Zugang zu sauberer Trinkwasserversorgung (wozu aufbereitetes Oberflächenwasser oder unbehandeltes, aber nicht kontaminiertes Wasser, wie das aus Quellen, hygienisch einwandfreien Brunnen und geschützten Bohrlöchern, gehört). Im städtischen Bereich können dies ein öffentlicher Springbrunnen oder ein Standrohr sein, die nicht mehr als 200 Meter entfernt sind. In ländlichen Gebieten bedeutet dies, daß Haushaltsmitglieder keinen übermäßigen Teil des Tages mit Wasserbeschaffung zuzubringen haben. Die Definition von Trinkwasser hat sich im Laufe der Zeit geändert.

Der *Zugang zu sanitären Einrichtungen* bezieht sich auf den Anteil der Bevölkerung mit einem Mindestmaß an angemessenen Beseitigungsfazilitäten für Exkrementen, die den Kontakt von Menschen, Tieren und Insekten mit Exkrementen wirksam verhindern können.

Die *Säuglingssterbeziffer* ist die Zahl der Sterbefälle von Säuglingen unter einem Jahr pro tausend Lebendgeburten in einem bestimmten Jahr. Die Daten sind eine Kombination von beobachteten Werten sowie interpolierten und projizierten Schätzungen. Einige wenige Länder, wie die Staaten der ehemaligen Sowjetunion, benutzen eine atypische Definition von Lebendgeburten, wodurch sich die ausgewiesene Säuglingssterbeziffer im Vergleich zur Standarddefinition (Weltgesundheitsorganisation) verringert.

Die *Unterernährung von Kindern* mißt den prozentualen Anteil von Kindern unter fünf Jahren, die einen Mangel oder einen Überschuß an Nährstoffen aufweisen, wodurch ihre Gesundheit und ihr genetisches Wachstumspotential beeinträchtigt werden. Die Meß-Verfahren sind verschieden, aber die am meisten angewandten sind die folgenden: weniger als 80 Prozent des altersüblichen Standardgewichts,

eine Standardabweichung von weniger als minus zwei vom fünfzigsten Percentil des Gewichtes der dem Alter entsprechenden Referenzbevölkerung, sowie die Gomez-Skala der Unterernährung. Es sei angemerkt, daß sich die Zahlen in wenigen Ländern auf Kinder im Alter von drei oder vier Jahren und jünger beziehen.

Die *Empfängnisverhütungsrates* ist der Anteil der Frauen, die – oder deren Ehemänner – irgendeine Form der Empfängnisverhütung praktizieren. Die Verhütungspraxis wird allgemein für verheiratete Frauen im Alter von 15 bis 49 Jahren erfaßt. In einigen Ländern wird die Verhütungspraxis für andere Altersgruppen registriert, insbesondere von 15 bis 44. Die Daten stammen vorwiegend aus demographischen und Gesundheitserhebungen, Erhebungen über die Verbreitung von Empfängnisverhütung sowie aus Länderangaben der Weltbank.

Die *zusammengefaßte Geburtenziffer* mißt die Zahl der Kinder, die eine Frau bekommen würde, falls sie bis zum Ende ihres gebärfähigen Alters leben und in jeder Altersstufe in Übereinstimmung mit den vorherrschenden altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern Kinder zur Welt bringen würde. Die Daten sind eine Kombination aus beobachteten, interpolierten und projizierten Schätzwerten.

Unter der *Müttersterblichkeit* versteht man die Zahl der Todesfälle von Frauen während der Schwangerschaft und der Geburt, bezogen auf 100.000 Lebendgeburten. Da in einigen Ländern eine weitere Abgrenzung der Sterbefälle bei der Geburt verwendet wird als in anderen – um Komplikationen während der Schwangerschaft oder nach der Entbindung oder bei einer Abtreibung einzubeziehen –, und da viele schwangere Frauen mangels angemessener Gesundheitsvorsorge sterben, ist es schwierig, die Müttersterblichkeit konsistent und verlässlich im Ländervergleich zu messen. Offensichtlich wird die Müttersterblichkeit in vielen Fällen untererfaßt, insbesondere in Ländern mit weit verstreut lebender ländlicher Bevölkerung. Dies erklärt einige der in der Tabelle enthaltenen niedrigen Schätzzahlen, vor allem bei mehreren afrikanischen Ländern. Die Angaben stammen aus verschiedenen nationalen Quellen. Wo die nationalen Verwaltungen unzureichend sind, wurden Schätzwerte aus demographischen oder Gesundheitserhebungen unter Anwendung indirekter Schätztechniken oder von nationalen Befragungen abgeleitet. Für eine Reihe von Entwicklungsländern wurden unter Anwendung von Modellierungstechniken Schätzwerte der Müttersterblichkeit aus Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und dem Kinderfonds der Vereinten Nationen (UNICEF) abgeleitet.

Sämtliche zusammenfassenden Kennzahlen, ausgenommen die für die Säuglingssterblichkeit, sind mit der Bevölkerung oder mit Untergruppen der Bevölkerung gewichtet. Die Säuglingssterbeziffer ist mit der Zahl der Geburten gewichtet.

## Tabelle 7: Erziehungswesen

Die in dieser Tabelle ausgewiesenen Daten beziehen sich auf mehrere Jahre, die jedoch im allgemeinen um nicht mehr als zwei Jahre von den angegebenen abweichen. Die Daten stammen von der Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur der VN (UNESCO).

Die Angaben über den *Besuch von Grundschulen* sind Schätzungen über die Anzahl der Kinder aller Altersstufen in Grundschulen im Verhältnis zur Bevölkerung eines Landes im schulfähigen Alter. Zwar sehen viele Länder das Alter von 6 bis 11 Jahren als Grundschulalter an, aber andere verwenden unterschiedliche Altersgruppen. In Ländern mit allgemeiner Grundschulbildung können die Bruto-Relationen für den Schulbesuch den Wert 100 übersteigen, weil einige Schüler jünger oder älter sind als das amtliche Grundschulalter eines Landes.

Die Angaben zum *Besuch von weiterführenden Schulen* sind entsprechend aufgebaut, aber auch hier ist die Abgrenzung der Altersjahrgänge an weiterführenden Schulen von Land zu Land verschieden. Ganz überwiegend wird ein Alter von 12 bis 17 Jahren angenommen. Der späte Eintritt von Schülern sowie die Wiederholung und die sogenannte „Bündelung“ in den letzten Klassen können diese Quoten beeinflussen.

Die Angaben zum *Besuch von höheren Schulen und Universitäten* wurden errechnet, indem die Zahl der Schüler und Studenten an jeder Art höherer Schulen und Universitäten durch die Bevölkerung im Alter von 20 bis 24 Jahre geteilt wurde. Hierin sind enthalten Berufsschüler, Teilnehmer an Programmen der Erwachsenenfortbildung, zweijährige Gemeindekollegs und Fernunterrichtszentren (hauptsächlich Korrespondenzkurse). Die Verteilung der Schüler auf die verschiedenen Arten von Institutionen variiert von Land zu Land. Die Jugend, das ist die Altersgruppe der 20- bis 24jährigen, ist von der UNESCO als Bezugsgröße verwendet worden, weil sie eine durchschnittliche Jahrgangskohorte in höheren Schulen und Universitäten repräsentiert, selbst wenn Personen oberhalb und unterhalb dieser Altersgruppe in solchen Einrichtungen eingeschrieben sein können.

Die *Persistenz des Schulbesuchs bis zur vierten Klasse in Prozent der Kohorte* ist der Anteil der Kinder, die die Grundschule im Jahr 1980 bzw. 1988 begannen und bis zur vierten Klasse im Jahr 1983 bzw. 1991 durchhielten. Kursive Zahlen repräsentieren frühere oder spätere Altersgruppen. Die Angaben beruhen auf Einschulungsunterlagen.

Die *Analphabetenquote der Erwachsenen* ist hier definiert als der Teil der 15 Jahre oder älteren Bevölkerung, der nicht in der Lage ist, eine kurze, einfache Aussage über sein tägliches Leben mit Verstand zu lesen und zu schreiben. Dies ist nur eine von drei weitgehend akzeptierten Definitionen, und sie wird in einer Reihe von Ländern in einer modifizierten Form angewendet. Die Angaben stammen aus



Schätzungen und Projektionen der Analphabetenquoten, die 1995 durch die UNESCO vorgenommen wurden.

Die zusammenfassenden Kennzahlen des Schulbesuchs in dieser Tabelle wurden berechnet anhand von nationalen Schulbesuchsquoten, gewichtet mit der Bevölkerung.

#### **Tabelle 8: Verwendung kommerzieller Energie**

Die Angaben zur *Verwendung kommerzieller Energie* stammen hauptsächlich von der Internationalen Energieagentur (IEA) und aus Quellen der Vereinten Nationen. Sie umfassen die handelsüblichen primären Energieformen Erdöl (Rohöl, verflüssigtes Erdgas sowie Öl aus nicht-konventionellen Quellen), Erdgas, feste Brennstoffe (Stein- und Braunkohle sowie andere abgeleitete Brennstoffe) sowie Primärstrom (mit Wasser- und Kernkraft sowie geothermisch erzeugte Elektrizität und andere), jeweils umgerechnet in Erdöleinheiten. Bei der Umrechnung von Primärstrom aus Kernkraft in Erdöleinheiten wurde ein fiktiver thermischer Wirkungsgrad von 33 Prozent unterstellt; die durch Wasserkraft erzeugte Energie ist mit einem Wirkungsgrad von 100 Prozent angesetzt.

Die *gesamte Energieverwendung* bezieht sich auf die inländische Primärenergie vor der Umwandlung in andere Endverbrauchs-Brennstoffe (wie Elektrizität und raffinierte Erdölzeugnisse) und wird berechnet als einheimische Erzeugung plus Importe und Lagerveränderungen minus Exporte und internationale Schiffslagerbestände. Der Energieverbrauch erhält auch Erzeugnisse für andere Nutzungen, die hauptsächlich vom Erdöl abgeleitet werden. Die Verwendung von Brennholz, getrockneten Tierexkrementen und anderen herkömmlichen Brennstoffen wurde, obwohl sie in einigen Entwicklungsländern von beträchtlicher Bedeutung ist, nicht berücksichtigt, da hierüber keine verlässlichen und umfassenden Angaben vorliegen.

Die *Energieverwendung pro Kopf* basiert auf Schätzungen der Gesamtbevölkerung in den dargestellten Jahren.

Das *BIP pro Kilogramm* verwendeter kommerzieller Energie ist der Dollarschätzwert des pro Kilogramm Öleinheit produzierten BIP.

Bei den *Netto-Energieimporten in Prozent des Verbrauchs* werden Einfuhren und Verbrauch zur Berechnung ihrer Anteile in Öleinheiten gemessen. Ein negatives Vorzeichen zeigt an, daß das Land Netto-Exporteur ist.

Die Angaben über die *Kohlendioxid-Emissionen* decken den industriellen Anteil des Kohlendioxidausstoßes durch feste Brennstoffe, flüssige Brennstoffe, Gasbrennstoffe, Gasabfackeln und durch die Zementherstellung ab. Die Daten basieren auf verschiedenen Quellen, die vom World Resources Institute angegeben werden. Diese sind hauptsächlich das Carbon Dioxide Information Analysis Center (CDIAC), die Environmental Science Division und das Oak Ridge National Laboratory.

Das CDIAC berechnet jährlich für die meisten Länder

der Welt die Kohlendioxid-Emissionen durch das Verbrennen fester Brennstoffe und die Herstellung von Zement. Diese Berechnungen basieren auf Angaben über den offensichtlichen Nettoverbrauch fossiler Brennstoffe aus der Weltenergie-Datensammlung, die gespeist wird von der Statistikabteilung der Vereinten Nationen, und durch Daten über die Welt-Zementherstellung, basierend auf der Datensammlung Cement Manufacturing, die vom Bergbau-Büro der Vereinigten Staaten geführt wird. Die Emissionen werden berechnet unter Verwendung globaler durchschnittlicher Angaben über die Brennstoff-Chemie und -Verwendung. Die Schätzungen enthalten keine gebunkerten Brennstoffe, die im internationalen Transportwesen benutzt werden, weil die Zurechnung dieser Brennstoffe unter den von dem Transport begünstigten Ländern schwierig ist. Wenn gleich die Schätzwerte der Weltemissionen wahrscheinlich nicht mehr als 10 Prozent von den tatsächlichen Emissionen abweichen, dürften die Fehlermargen der Schätzungen einzelner Länder größer sein.

Die zusammenfassenden Kennzahlen der Energieverwendung sind durch Aggregation der jeweiligen Mengen für jedes Jahr im betreffenden Zeitraum und durch Anwendung einer Trendschätzung nach der Methode der kleinsten Quadrate ermittelt worden. Für den Energieverbrauch pro Kopf wurden Bevölkerungsgewichte verwendet, um zusammenfassende Kennzahlen für die angegebenen Jahre zu errechnen.

Die zusammenfassenden Kennzahlen der CO<sub>2</sub>-Emissionen wurden aus Gruppenaggregaten errechnet. Für die Pro-Kopf-Schätzungen wurden Daten über aggregierte Emissionen und die Bevölkerung verwendet.

#### **Tabelle 9: Landnutzung und Verstädterung**

Die Angaben über *Landnutzung* werden vom World Resources Institute (WRI) zusammengestellt. Die Hauptquelle ist jedoch die Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO), die diese Daten von nationalen Ämtern über jährliche Befragungen und nationale landwirtschaftliche Erhebungen sammelt. Die einzelnen Länder verwenden jedoch manchmal unterschiedliche Definitionen von Landnutzung. Die FAO bereinigt häufig die Definitionen der Landnutzungs-Kategorien und revidiert gelegentlich ältere Daten erheblich. Da die Angaben über Landnutzung sowohl Änderungen des Berichtswesens als auch Änderungen bei der Landnutzung widerspiegeln, sollten die erkennbaren Trends mit Vorsicht interpretiert werden. Die meisten Daten über Landnutzung beziehen sich auf das Jahr 1993.

Zum *Ackerland* gehören zeitweise und dauernd bebautes Land, temporäre Wiesen, Markt- und Küchengärten sowie zeitweise brachliegendes Land. Bei permanenten Ernten bedarf es keiner Neupflanzung nach jeder Ernte; dazu rechnet aber kein Land, das zum Anpflanzen von Bäumen für Wälder oder zur Holzgewinnung genutzt wird.

*Dauerweideland* ist Land, das für fünf oder mehr Jahre zur Fütterung genutzt wird, einschließlich naturwüchsigen und kultiviertem Anbau. Nur wenige Länder berichten regelmäßig Daten über Dauerweideland, da diese Landkategorie schwer zu erfassen ist, weil dazu für Weidezwecke genutzte Wildnis gehört.

Zu *sonstigem Land* gehören Wälder und Baumland, das ist Land mit naturwüchsigem oder angepflanztem Baumbestand sowie abgeholzte Gebiete, die in naher Zukunft aufgeforstet werden. Dazu gehören auch nicht-kultiviertes Land, nicht für Weidezwecke genutztes Grasland, Feuchtgebiete, Brachland und bebaute Gebiete. Letztere beziehen sich auf Wohn-, Erholungs- und Industriezonen und -gebiete, die von Straßen und sonstiger erstellter Infrastruktur bedeckt sind.

Angaben über die *Stadtbevölkerung in Prozent der gesamten Bevölkerung* sowie Schätzwerte der Bevölkerung in *städtischen Ballungsräumen* stammen aus der VN-Publikation *World Urbanization Prospects: The 1994 Revision*. Städtische Ballungsräume sind Großstadtgebiete mit einer Bevölkerung von 1 Million oder mehr. Um die *Wachstumsrate der Stadtbevölkerung* zu berechnen, werden zunächst die Verhältnisdaten der VN von Stadt- zu Gesamtbevölkerung auf die Weltbank-Schätzwerte der Gesamtbevölkerung angewandt (vgl. Tabelle 4). Die daraus resultierenden Schätzreihen der Stadtbevölkerung werden ebenfalls dazu verwendet, die *Bevölkerung in städtischen Ballungsgebieten in Prozent der Stadtbevölkerung* zu errechnen. Da die Schätzzahlen in dieser Tabelle auf unterschiedlichen nationalen Definitionen von „städtisch“ basieren, sollten Ländervergleiche mit Vorsicht vorgenommen werden.

Die zusammenfassenden Kennzahlen für den prozentualen Anteil der Stadtbevölkerung an der Gesamtbevölkerung werden aus den Anteilen für die einzelnen Länder berechnet, die mit dem Anteil jeden Landes an der gesamten Bevölkerung gewichtet werden. Die anderen zusammenfassenden Kennzahlen in dieser Tabelle werden unter Verwendung der Zahlen über die Stadtbevölkerung auf die gleiche Weise gewichtet.

#### **Tabelle 10: Wald- und Wasserressourcen**

Diese Tabelle enthält Informationen über den Zustand von zwei wichtigen Umwelt-Ressourcen. Die Daten stammen aus Quellen, die in den „*World Resources 1994-95*“ des Weltressourceninstituts angegeben werden. Diese Daten sollten jedoch noch mehr als andere Angaben in diesem Bericht mit Vorsicht verwendet werden. Obwohl sie auf größere Diskrepanzen in der Verfügbarkeit und Nutzung von Ressourcen zwischen den Ländern hinweisen, können sie aufgrund der Unterschiede in der Datenerfassung, der statistischen Methoden, der Definitionen und des staatlichen Mitteleinsatzes nur begrenzt verglichen werden. Sie sind ausgewählt worden, weil sie für die meisten Länder verfü-

bar sind und einige allgemeine Umweltbedingungen widerspiegeln.

Das *Waldgebiet* bezieht sich auf die gesamten naturwüchsigen Bestände von Waldvegetation, in der Bäume überwiegen. Diese Schätzungen sind von Länderstatistiken abgeleitet, die von der FAO sowie der Wirtschaftskommission für Europa der Vereinten Nationen (UNECE) zusammengestellt wurden. Neue Erhebungen wurden 1993 für die tropischen Länder von der FAO sowie für die gemäßigten Zonen von UNECE/FAO veröffentlicht.

Die FAO und die UNECE/FAO verwenden in ihren Erhebungen unterschiedliche Definitionen. Die FAO definiert natürliche Wälder in tropischen Ländern entweder als geschlossenen Wald, wo Bäume einen großen Teil des Bodens bedecken und es keine zusammenhängende Grasdecke gibt, oder als offenen Wald, definiert als gemischtes Wald- und Grasland mit mindestens 10 Prozent Baumbedeckung und einer zusammenhängenden Grasdecke auf dem Waldboden. Ein tropischer Wald umfaßt sämtliche Bestände mit Ausnahme von Anpflanzungen und schließt Bestände ein, die in gewissem Ausmaß durch Landwirtschaft, Brände, Abholzung oder sauren Regen degradiert wurden. Die UNECE/FAO definieren einen Wald als Land, auf dem Baumkronen mehr als 20 Prozent der Fläche bedecken. Dazu gehören auch offene Waldformationen, Waldwege und Feuerlichtungen, kleine zeitweilig geräumte Flächen, Jungbestände, die letztlich mindestens eine zwanzigprozentige Baumkronendecke erreichen, sowie Windbrüche und Schutzgürtel. Die Flächen von Waldschonungen sind bei den Schätzungen für gemäßigte Länder in der natürlichen Waldfläche enthalten. Einige Länder in dieser Tabelle schließen auch bewaldetes Land ein, definiert als offenes Waldland, Busch- und Strauchwerk sowie Gestrüpp.

*Waldvernichtung* bezieht sich auf die dauerhafte Umwandlung von Waldflächen in anders genutzte Flächen einschließlich Wanderfeldbau, permanente Landwirtschaft, Weidewirtschaft, Ansiedlungen oder zur Entwicklung von Infrastruktur genutzte Flächen. Entwaldete Gebiete umfassen weder abgeholzte Gebiete, deren Aufforstung vorgesehen ist, noch Flächen, die durch Sammeln von Brennholz, sauren Regen oder Waldbrände degradiert wurden. Ausmaß und Prozentanteil der gesamten Fläche beziehen sich auf die durchschnittliche jährliche Vernichtung natürlicher Waldflächen.

*National geschützte Landflächen* sind Gebiete von mindestens 1.000 Hektar, die in eine der fünf folgenden Kategorien fallen: wissenschaftliche Reservate und Naturreservate, Nationalparks von nationaler oder internationaler Bedeutung (die nicht wesentlich durch menschliche Aktivitäten beeinflusst sind), Naturmonumente und Naturlandschaften mit einigen einzigartigen Erscheinungsformen, bewirtschaftete Naturparks und Wild-

schutzgebiete sowie geschützte Landschaften und Küstengebiete (die Kulturlandschaften einschließen können). In dieser Tabelle ist kein Gelände enthalten, das durch Vorschriften von örtlichen oder Provinzbehörden geschützt ist oder Gebiete, in denen eine konsumtive Nutzung der Flora und Fauna erlaubt ist. Diese Angaben werden beeinflusst von Unterschieden in den Definitionen und der Berichterstattung an Organisationen, wie das World Conservation Monitoring Centre, die solche Daten sammeln und verbreiten. Die gesamte Oberfläche wird herangezogen, um den prozentualen Anteil der gesamten geschützten Gebiete zu errechnen (vgl. Tabelle 1).

Die Angaben über die *jährliche Süßwasserentnahme* hängen von unterschiedlichen Erhebungs- und Schätzmethoden ab, sie geben aber die Größenordnung des gesamten und des Pro-Kopf-Verbrauchs an Wasser an. Diese Daten verbergen jedoch mögliche signifikante Veränderungen des gesamten Wasseraufkommens von einem Jahr zum anderen. Auch werden saisonale Schwankungen und regionale Unterschiede der Wasserverfügbarkeit innerhalb eines Landes nicht erkennbar. Da die Angaben über Süßwasserressourcen auf langfristigen Durchschnitten basieren, schließt ihre Schätzung jahrzehntelange Zyklen von trockenen und feuchten Perioden explizit aus. Das Département Hydrogéologie in Orléans, Frankreich, stellt aus veröffentlichten Dokumenten Daten über Wasseraufkommen und -entnahme zusammen; solche Dokumente sind nationale Quellen, Veröffentlichungen der Vereinten Nationen oder Fachliteratur. Auch das Institut für Geographie an der Nationalakademie der Wissenschaften in Moskau trägt globale Daten über die Wasserwirtschaft zusammen. Dies geschieht auf der Basis veröffentlichter Arbeiten und, soweit notwendig, mit Hilfe von Schätzungen über Wasserressourcen und -verbrauch anhand von Modellen, die andere Daten, wie Bewässerungsgebiete, Viehbestand und Niederschlag, heranziehen. Diese und andere Quellen wurden vom World Resources Institute für die Daten in dieser Tabelle ausgewertet. Angaben über die Wasserentnahme beziehen sich auf einzelne Jahre und sind im Zeitraum 1970 bis 1994 von Land zu Land verschieden. Die Daten für kleine Länder sowie Länder in trockenen und halbtrockenen Zonen sind weniger verlässlich als diejenigen für große Länder und solche mit größeren Niederschlägen.

Das *gesamte Wasseraufkommen* umfaßt das heimische Aufkommen und – wo es angemerkt wurde – die aus anderen Ländern zufließenden Flüsse. Die Schätzungen betreffen das Jahr 1992. Das jährliche heimische Wasseraufkommen bezieht sich auf das durchschnittliche jährliche Aufkommen von Flußwasser und auf von Niederschlägen im Land gespeiste Wasserreservoir. Zu den Entnahmen gehören solche von nicht-erneuerbaren Reservoirs und Entsalzungsanlagen, aber nicht Verdunstungsverluste. Die Entnahmen können 100 Prozent des Wasseraufkommens

übersteigen, wenn die Inanspruchnahmen nicht-erneuerbarer Reservoirs oder aus Entsalzungsanlagen beträchtlich sind oder wenn eine signifikante Wiederverwendung stattfindet.

Die *gesamte Pro-Kopf-Wasserentnahme* wird berechnet durch Division der Gesamtentnahme eines Landes durch die Bevölkerung in dem Jahr, für das Entnahmeschätzungen vorliegen. Für die meisten Länder werden Daten für die sektorale Pro-Kopf-Entnahme berechnet unter Verwendung der für 1987 bis 1992 geschätzten prozentualen sektoralen Entnahme. Der *Haushaltsverbrauch* umfaßt Trinkwasser, städtische Nutzung oder Bereitstellung und Verwendung für öffentliche Dienstleistungen, Betriebsstätten und private Haushalte. *Sonstige Entnahmen* sind solche für die direkte industrielle Verwendung, einschließlich der Entnahmen für die Kühlung von Wärmekraftwerken und Entnahmen für die Landwirtschaft (Bodenbewässerung und Viehproduktion).

### Tabellen 11, 12 und 13:

#### Wachstum und Wirtschaftsstruktur

Tabelle 11 zeigt das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und seiner Komponenten. Tabelle 12 zeigt die BIP-Struktur nach Sektoren. Tabelle 13 enthält die entsprechende BIP-Struktur nach ihren Verwendungszwecken.

Die verwendeten Definitionen sind überwiegend identisch mit den Definitionen in der *Systematik für Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen* (SVG), Reihe F, Nr. 2, Version 3 der VN. Die Version 4 der SVG wurde erst 1993 abgeschlossen, und wahrscheinlich werden viele Länder in den nächsten Jahren weiterhin die Empfehlungen der Version 3 verwenden. Die Schätzungen stammen aus nationalen Quellen und erreichen die Weltbank gelegentlich über andere internationale Organisationen, häufiger werden sie durch den Stab der Weltbank zusammengetragen.

Der Stab der Weltbank überprüft die Qualität der Angaben zur Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und trägt in einigen Fällen zur Anpassung der nationalen Reihen bei. Wegen der gelegentlich begrenzten Fähigkeiten statistischer Stellen und wegen Problemen mit Basisdaten kann eine strikte internationale Vergleichbarkeit nicht erreicht werden, insbesondere bei schwierig zu messenden wirtschaftlichen Aktivitäten, wie bei Transaktionen auf Parallelmärkten, beim informellen Sektor und der Subsistenzlandwirtschaft.

Das *BIP* mißt die gesamte zur Endverwendung bestimmte Erzeugung von Gütern und Dienstleistungen, die sowohl von Gebietsansässigen als auch von Ausländern produziert werden, ohne Rücksicht darauf, ob das Verfügungsrecht über diese Leistungen Inländern oder Ausländern zusteht. Bei der Berechnung des BIP werden keine Abzüge für den Verbrauch von „produzierten“ Aktiva oder für Substanzverluste oder Verschlechterung natürlicher

Ressourcen vorgenommen. Die internationale Vergleichbarkeit der Schätzungen wird durch die Anwendung unterschiedlicher Bewertungssysteme durch die Länder bei der Berichterstattung über die Wertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen beeinträchtigt. Zwar sieht die SVG vor, daß die Beiträge der Sektoren zum BIP entweder anhand von Grund- oder von Erzeugerpreisen geschätzt werden, doch melden viele Länder solche Details noch zu Käuferpreisen. Als praktische Lösung werden die BIP-Schätzungen in Tabelle 11 zu Käuferpreisen angegeben, wenn die Komponenten hierauf basieren; in diesen Fällen zeigt dies eine Fußnote an. In Tabelle 13 wird das BIP für sämtliche Länder in Endverbraucherpreisen gemessen.

In Tabelle 11 wurden die Wachstumsraten aus komponentenweise umbasierten, verketteten Reihen konstanter Preise von 1987 in heimischer Währung errechnet.

Die *Wachstumsrate der Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen (ohne Faktoreinkommen)* basiert auf Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in konstanten Preisen.

Die BIP-Angaben in Tabelle 12 sind US-Dollar-Werte, die aus der heimischen Währung mittels amtlicher Wechselkurse des jeweiligen Jahres umgerechnet wurden. Für einige Länder, bei denen der amtliche Wechselkurs die bei den Fremdwährungstransaktionen tatsächlich angewandten Kurse nicht widerspiegelt, wird ein alternativer Umrechnungsfaktor verwendet. Es sei angemerkt, daß in Tabelle 12 nicht die Dreijahres-Durchschnittsberechnung angewandt wird, die bei der Ermittlung des BSP pro Kopf in Tabelle 1 benutzt wurde.

Zusammenfassende Kennzahlen wurden in Tabelle 12 aus Gruppenaggregaten des sektoralen BIP in laufenden US-Dollar berechnet.

Der *Agrarsektor* umfaßt die Forstwirtschaft, Jagd, Fischerei und Landwirtschaft im engeren Sinn. In Entwicklungsländern mit ausgeprägter Subsistenzlandwirtschaft wird ein Großteil der landwirtschaftlichen Erzeugung weder getauscht noch gegen Geld gehandelt. Dies vergrößert die Schwierigkeiten, den Beitrag der Landwirtschaft zum BIP zu messen, und mindert die Verlässlichkeit und Vergleichbarkeit solcher Daten.

Zur *Industrie* gehören die Wertschöpfung des Bergbaus, des *Verarbeitenden Gewerbes* (auch als separate Untergruppe in Tabelle 12 gezeigt), der Bauwirtschaft, sowie der Strom-, Wasser- und Gasversorgung. Die Wertschöpfung aller übrigen Wirtschaftszweige, wie Groß- und Einzelhandel, Verkehr, staatliche Leistungen und persönliche Dienstleistungen einschließlich der unterstellten Bankdienstleistungen, der Einfuhrabgaben und aller von nationalen Stellen angegebenen statistischen Diskrepanzen, wird unter *Dienstleistungen* ausgewiesen.

In Tabelle 13 erfaßt der *allgemeine Staatsverbrauch* alle laufenden Ausgaben auf allen öffentlichen Verwaltungs-

ebenen für den Erwerb von Gütern und Dienstleistungen, jedoch ohne die meisten Staatsbetriebe. Die Investitionsausgaben für nationale Verteidigung und Sicherheit werden als Ausgaben für den allgemeinen Staatsverbrauch behandelt.

Der *Private Verbrauch* setzt sich zusammen aus dem Marktwert aller Güter und Dienstleistungen, einschließlich langlebiger Verbrauchsgüter (wie Autos, Waschmaschinen und Heimcomputer), die von privaten Haushalten und gemeinnützigen Institutionen gekauft oder als Sacheinkommen bezogen werden. Er schließt Wohnungskäufe aus, er hält aber die kalkulatorische Eigenmiete für Wohnraum, der vom Eigentümer genutzt wird. In der Praxis schließt er sämtliche statistischen Diskrepanzen bei der Ressourcenutzung ein.

Die *Bruttoinlandsinvestitionen* umfassen alle Ausgaben für die Aufstockung des Anlagevermögens in der Volkswirtschaft, zuzüglich des Nettowertes von Lagerbestandsveränderungen.

Die *Bruttoinlandsersparnis* wird errechnet durch Subtraktion des gesamten Verbrauchs vom BIP.

Die *Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen (ohne Faktoreinkommen)* erfaßt den Wert aller Waren- und Dienstleistungsexporte in die übrige Welt. Hierzu gehören der Warenwert, Fracht, Versicherung, Reisen und sonstige Dienstleistungen ohne Faktoreinkommen. Der Wert von Faktoreinkommen, wie Kapitalerträge, Zinsen und Arbeitseinkommen, ist in dieser Summe nicht enthalten. Laufende Übertragungen sind ebenfalls ausgeschlossen.

Der *Ressourcensaldo* ist die Differenz zwischen der Ausfuhr und der Einfuhr von Waren und Dienstleistungen ohne Faktoreinkommen.

Bei der Berechnung der zusammenfassenden Kennzahlen in Tabelle 11 werden für jedes Land komponentenweise umbasierte Beträge in US-Dollar von 1987 für jedes Jahr der angegebenen Zeiträume berechnet; die Jahreswerte werden häufig nach Regionen aggregiert, und dann wird die Methode der kleinsten Quadrate zur Berechnung der Zuwachsraten angewendet. Die durchschnittlichen sektoralen Prozentanteile in den Tabellen 12 und 13 wurden aus den gruppenweise zusammengefaßten Werten des sektoralen BIP in jeweiligen US-Dollar berechnet.

#### Tabelle 14: Haushalt der Zentralregierung

Die Angaben über Einnahmen und Ausgaben der Zentralregierung stammen aus dem *Government Finance Statistics Yearbook* (1995) des IWF sowie aus dessen Datensammlung. Die Haushaltspositionen werden für jedes Land unter Verwendung des Systems von einheitlichen Definitionen und Klassifikationen ausgewiesen, die das *Manual on Government Finance Statistics* (1986) des IWF enthält. Wegen vollständiger und maßgeblicher Erklärungen der Konzepte, Definitionen und Datenquellen vergleiche diese

IWF-Quellen. Mit den folgenden Kommentaren wird hauptsächlich beabsichtigt, diese Angaben in den Gesamtzusammenhang der in dieser Ausgabe berichteten Kennzahlen zu stellen.

Bedingt durch die unterschiedliche Abgrenzung der verfügbaren Daten, sind die einzelnen Bestandteile der Ausgaben und laufenden Einnahmen der Zentralregierungen, die in diesen Tabellen ausgewiesen werden, nicht ohne weiteres vergleichbar.

Die unzulängliche statistische Erfassung der Behörden auf Landes-, Provinz- und Gemeindeebene erfordert die Verwendung von Angaben der Zentralregierung; dies kann das statistische Bild über die Verteilung der finanziellen Mittel auf die verschiedenen Ausgabenbereiche stark verzerren. Dies gilt vor allem in Ländern, in denen die nachgeordneten Regierungsebenen erhebliche Autonomie besitzen und für eine Vielzahl wirtschaftlicher und sozialer Leistungen zuständig sind. Außerdem können die Ausgaben der „Zentralregierung“ entweder in konsolidierter Rechnung oder nach Haushaltsrechnung erfaßt sein. In den meisten Ländern sind die Finanzdaten der Zentralregierung in einem Gesamtkonto konsolidiert worden, in anderen Ländern ist dagegen nur die Haushaltsrechnung der Zentralregierung verfügbar. Da die Haushaltsrechnung nicht immer sämtliche Regierungsstellen enthält, ergibt sie üblicherweise ein unvollständiges Bild der gesamten Aktivitäten der Zentralregierung. Länder, die Haushaltsdaten melden, werden in Fußnoten erwähnt.

Info gegeben sind die angegebenen Daten, vor allem die für soziale Leistungen, zwischen den einzelnen Ländern nicht vergleichbar. Viele Länder verfügen im Gesundheits- und Erziehungswesen über ein beträchtliches Angebot an privater Leistungen. In anderen Ländern hingegen sind die öffentlichen Leistungen zwar die wichtigste Ausgabenkomponente; sie werden jedoch unter Umständen von nachgeordneten Verwaltungsebenen finanziert. Aus diesen Gründen sollten die Angaben nur mit großer Vorsicht für Länderquervergleiche verwendet werden.

Die *Gesamteinnahmen* bestehen aus Steuereinnahmen und Einnahmen aus anderen Quellen. Die *Steuereinnahmen* umfassen die Einnahmen aus obligatorischen, unentgeltlichen und nicht-rückzahlbaren Zahlungen für öffentliche Aufgaben. Sie schließen Zinseinnahmen auf rückständige Steuern sowie eingenommene Strafgebühren auf nicht oder zu spät entrichtete Steuern ein und werden abzüglich Rückerstattungen sowie bereinigt um andere korrigierende Transaktionen ausgewiesen.

Zu den *nicht-steuerlichen Einnahmen* gehören die Einnahmen, die keine obligatorischen, nicht-rückzahlbaren Zahlungen für öffentliche Zwecke sind, wie Bußgelder, Verwaltungsgebühren oder Unternehmereinkommen aus Staatseigentum. Nicht eingeschlossen sind Zahlungseingänge aus Übertragungen und Kreditaufnahmen, finanzielle

Mittel, die aus der Rückzahlung früher gewährter Regierungskredite zurückfließen, das Eingehen von Verbindlichkeiten sowie Einnahmen aus dem Verkauf von Investitionsgütern.

Die *Ausgaben der Zentralregierung* umfassen die Ausgaben aller Ministerien, Ämter, staatlichen Einrichtungen und sonstigen Stellen, die ausführende Organe oder Instrumente der zentralen Verwaltungsbehörden eines Landes sind. Sie schließen sowohl laufende als auch Investitions- (Entwicklungs-) Ausgaben ein.

*Verteidigungsausgaben* sind, unabhängig davon, ob sie durch die Verteidigungsministerien oder andere Ämter erfolgen, alle Ausgaben für die Streitkräfte, einschließlich der Ausgaben für militärische Versorgung und Ausrüstung, Bauten, Rekrutierung und Ausbildung. Hierzu zählen außerdem verwandte Positionen wie militärische Hilfsprogramme. Zu den Verteidigungsausgaben zählen nicht die Ausgaben für die öffentliche Ordnung und Sicherheit, die gesondert klassifiziert werden. Verteidigungsausgaben werden als laufende Ausgaben behandelt.

*Soziale Leistungen* umfassen die Ausgaben für Gesundheit, Erziehung, Wohnungswesen, Wohlfahrt, Sozialversicherung und Gemeindecinrichtungen. Dazu gehören auch Ausgleichszahlungen für Einkommenseinbußen an Kranke und vorübergehend Arbeitsunfähige; Zahlungen an alte, dauernd Arbeitsunfähige und Arbeitslose; Familien-, Mutterschafts- und Kindergeld sowie die Kosten von Wohlfahrtsleistungen, wie die Pflege von Alten, Invaliden und Kindern. Viele Ausgaben im Zusammenhang mit dem Umweltschutz, wie Eindämmung der Luftverschmutzung, Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallbeseitigung, sind in dieser Kategorie untrennbar enthalten.

Die Position *Gesamtüberschuß/-defizit* ist definiert als laufende Einnahmen, Vermögenserträge und empfangene unentgeltliche Leistungen abzüglich Gesamtausgaben und Nettokreditgewährung. Dies stellt ein breiteres Konzept dar als die in Tabelle 2 gezeigte Position laufendes Regierungsdefizit/-überschuß.

### Tabelle 15: Warenexporte und -importe

Die Hauptdatenquelle für die laufenden Außenhandelswerte ist die Handelsdatensammlung der Konferenz der VN für Handel und Entwicklung (UNCTAD), ergänzt um Angaben der *International Financial Statistics* (IFS) des IWF, die Datensammlungen der Commodity Trade (COMTRADE) der VN sowie Schätzungen der Weltbank. Die Anteile in diesen Tabellen werden von Außenhandelswerten in laufenden Dollar abgeleitet, die der Handelsdatensammlung der UNCTAD entstammen, ergänzt durch die Daten des COMTRADE-Systems.

Die *Warenausfuhr und -einfuhr* umfaßt mit wenigen Ausnahmen alle Warenbewegungen, die die Zollgrenzen überschreiten; der Handel in Dienstleistungen ist nicht ent-



halten. Die Exporte werden, soweit die vorgenannten Quellen nichts anderes besagen, auf fob (free on board)-Basis und die Importe auf cif (cost, insurance and freight)-Basis bewertet und in jeweiligen US-Dollar ausgedrückt.

Die Untergliederung der Ausfuhren und Einfuhren entspricht dem *Internationalen Warenverzeichnis für den Außenhandel* (SITC), Serie M, Nr. 34, Revision 1. Für einige Länder sind Angaben für bestimmte Warengruppen nicht verfügbar. Die Gruppe *Nahrungsmittel* umfaßt die SITC-Abschnitte 0, 1 und 4 sowie Teil 22 (Nahrungsmittel und lebende Tiere, Getränke und Tabak, tierische und pflanzliche Öle und Fette, Ölsaaten, Ölnüsse und Ölsamen). Die Gruppe *Brennstoffe* bezieht sich auf die Güter in Abschnitt 3 des SITC (mineralische Brennstoffe, Schmiermittel und verwandte Produkte).

Die *durchschnittlichen Wachstumsraten der Warenausfuhr und -einfuhr* werden aus Werten zu konstanten Preisen errechnet, die aus laufenden Handelswerten durch Deflationierung mit den entsprechenden Preisindizes abgeleitet werden. Die Weltbank verwendet für Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen die von der UNCTAD errechneten Preisindizes und für Länder mit hohem Einkommen die vom IWF in den *International Financial Statistics* publizierten Indizes. Diese Zuwachsraten können von den durch einzelne Länder ermittelten Raten abweichen, weil nationalen Preisindizes andere Basisjahre und Gewichtungungsverfahren zugrunde liegen können, als sie von der UNCTAD oder vom IWF verwendet werden.

Die zusammenfassenden Kennzahlen der Wachstumsraten sind ermittelt durch Aggregation der Einzelwerte auf Grundlage konstanter Dollarpreise von 1987 für jedes Jahr und durch die Anwendung einer Trendschätzung nach der Methode der kleinsten Quadrate für die angegebenen Zeiträume.

#### **Tabelle 16: Zahlungsbilanzen**

Die Angaben in dieser Tabelle basieren auf Datensammlungen des IWF. Der Weltbankstab nimmt ebenfalls Schätzungen vor und, in seltenen Fällen, einige Anpassungen hinsichtlich Geltungsbereich und Klassifikation, um die internationale Vergleichbarkeit zu verbessern. Definitionen und Konzepte basieren auf dem *Balance of Payments Manual, Fourth Edition* (1977) des IWF. Der IWF benutzt gegenwärtig die fünfte Ausgabe des Handbuchs, um Zahlungsbilanzen aufzustellen. Im Ergebnis dürften einige der hier gezeigten Kennzahlen von den in den jüngsten Publikationen des IWF veröffentlichten Daten abweichen. Die Wertangaben in dieser Tabelle lauten auf jeweilige US-Dollar, umgerechnet zu laufenden Wechselkursen.

*Exporte und Importe von Gütern und Dienstleistungen* umfassen sämtliche Transaktionen, bei denen ein Eigentumswechsel von Gütern und Dienstleistungen zwischen Gebietsansässigen eines Landes und dem Rest der

Welt stattfindet; dazu gehören der Warenhandel sowie Faktor- und Nichtfaktorleistungen.

Die *Netto-Gastarbeiterüberweisungen* beinhalten eingehende und ausgehende Einkommenstransfers von Gastarbeitern, die tatsächlich oder voraussichtlich länger als ein Jahr in ihrer neuen wirtschaftlichen Umgebung beschäftigt sind, in der sie als Gebietsansässige gelten. Diese Überweisungen werden als private unentgeltliche Übertragungen klassifiziert, während diejenigen von kürzerfristigen Aufenthalt als Arbeitseinkommen in den Dienstleistungen enthalten sind. Diese Unterscheidung stimmt mit international vereinbarten Richtlinien überein; einige Entwicklungsländer klassifizieren Gastarbeiterüberweisungen aber als Faktoreinkommen (und daher als BSP-Komponente). Die Weltbank hält sich an die internationalen Richtlinien der BSP-Definition und kann daher von nationalen Praktiken abweichen.

Die *übrigen privaten Netto-Übertragungen* umfassen andere unentgeltliche Netto-Übertragungen ohne Gastarbeiterüberweisungen.

Die *Leistungsbilanz ohne öffentliche Übertragungen* ist die Summe der Netto-Exporte von Gütern und Dienstleistungen sowie der privaten Netto-Übertragungen, aber ohne öffentliche Netto-Übertragungen.

Die *Bruttowährungsreserven* setzen sich zusammen aus Goldbeständen, Sonderziehungsrechten (SZR), Reservepositionen von IWF-Mitgliedsländern und Beständen an Devisenreserven, über die Währungsbehörden verfügen. Die Angaben zu den Beständen an Währungsreserven stammen aus der Datensammlung des IWF. Die Goldkomponente dieser Reserven ist zum Londoner Goldpreis am Jahresende (31. Dezember) bewertet; dieser belief sich 1980 auf 589,50 Dollar je Unze und 1994 auf 383,25 Dollar je Unze. Aufgrund von Unterschieden bei der Bewertung von Währungsreserven und der Goldkomponente sowie unterschiedlicher Praktiken bei der Reservenverwaltung sind die in nationalen Quellen veröffentlichten Reservebestände nicht voll vergleichbar. Die für die Jahre 1980 und 1994 angegebenen Reservebestände beziehen sich jeweils auf das Jahresende und sind in laufenden US-Dollar zu jeweiligen Wechselkursen ausgedrückt. Wegen der Reservebestände, ausgedrückt als Einfuhrdeckung in Monaten, vgl. Tabelle 2.

Die zusammenfassenden Kennzahlen sind aus gruppenweise zusammengefaßten Werten der Bruttowährungsreserven errechnet.

#### **Tabelle 17: Auslandsschulden**

Die Angaben zur Verschuldung in dieser Tabelle stammen aus dem Schuldenberichtssystem der Weltbank, ergänzt durch Schätzungen der Weltbank. Dieses Berichtssystem befaßt sich ausschließlich mit Entwicklungsländern und sammelt für andere Ländergruppen keine Angaben über die

Auslandsverschuldung, auch nicht von Ländern, die keine Mitglieder der Weltbank sind. Die Verschuldung wird in US-Dollar angegeben, umgerechnet zu amtlichen Wechselkursen. Die Angaben über die Schulden enthalten die privaten nicht-garantierten Schulden, die von dreißig Entwicklungsländern gemeldet werden, sowie vollständige oder teilweise Schätzungen für weitere zwanzig Länder, die nicht berichten, für die aber diese Schuldenart signifikant ist.

Die *gesamten Auslandsschulden* sind die Summe aus öffentlichen, öffentlich garantierten und privaten nicht-garantierten langfristigen Schulden, Inanspruchnahme von IWF-Krediten und kurzfristige Schulden. Die langfristigen Schulden bestehen aus drei Komponenten: öffentliche, öffentlich garantierte und private nicht-garantierte Kredite. Öffentliche Kredite sind Auslandsverbindlichkeiten öffentlicher Schuldner, die die Regierung, ihre Behörden und autonome öffentliche Stellen einschließen. Öffentlich garantierte Darlehen sind Auslandsverbindlichkeiten privater Schuldner, deren Rückzahlung durch eine öffentliche Stelle garantiert ist. Private nicht-garantierte Kredite sind Auslandsverbindlichkeiten privater Schuldner, deren Rückzahlung nicht durch eine öffentliche Stelle garantiert ist. Als Inanspruchnahme von IWF-Krediten werden die Rückzahlungsverpflichtungen an den IWF aus sämtlichen Inanspruchnahmen von IWF-Mitteln bezeichnet, ohne Ziehungen in der Reservetranche. Sie enthält ausstehende Käufe im Rahmen der Kredittranchen, einschließlich des Erweiterten Zugangs und aller Sonderfazilitäten (Ausgleichslager, kompensierende Finanzierung, erweiterte Fondsfazilität sowie Olafazilitäten), Treuhandfonds-Kredite sowie Kredite im Rahmen der Erweiterten Strukturanpassungsfazilitäten. Die am Jahresende ausstehende Inanspruchnahme von IWF-Krediten (eine Bestandszahl) wird mit dem am Jahresende geltenden Dollar/SZR-Wechselkurs in US-Dollar umgerechnet. Kurzfristige Auslandsschulden sind solche mit einer ursprünglichen Laufzeit von einem Jahr oder weniger. Dazu gehören die kumulativen Rückstände von Zinsen für langfristige Auslandsschulden, die fällig sind, aber nicht gezahlt wurden. Die verfügbaren Daten erlauben keine Unterscheidung zwischen öffentlichen und privaten nicht-garantierten kurzfristigen Schulden.

Die *gesamten Auslandsschulden in Prozent des BIP und der Exporte von Gütern und Dienstleistungen* (einschließlich Gastarbeiterüberweisungen) werden in US-Dollar berechnet.

Der *gesamte Schuldendienst in Prozent der Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen* ist die Summe aus Tilgungen und Zinszahlungen auf die gesamten Auslandsschulden. Diese Relation ist eine von mehreren gebräuchlichen Kennziffern zur Einschätzung der Schuldendienstfähigkeit eines Landes.

Das *Verhältnis des Gegenwartswertes zum Nominalwert* der Schulden ist der diskontierte Wert zukünftiger

Schuldendienstleistungen, dividiert durch den Nominalwert der gesamten Auslandsschulden. Der Gegenwartswert der Auslandsschulden ist die diskontierte Summe aller Schuldendienstleistungen während der Kreditlaufzeit. Der Gegenwartswert kann höher oder niedriger sein als der Nominalwert der Schulden. Es hängt von den Zinssätzen der Kredite und dem bei der Berechnung des Gegenwartswertes angewandten Diskontsatz ab, ob der Gegenwartswert ober- oder unterhalb des Nennwertes liegt. Ein Darlehen mit einem über dem Diskontsatz liegenden Zinssatz ergibt einen Gegenwartswert, der größer ist als der Nominalwert der Schulden; das Umgekehrte gilt für Darlehen mit einem Zinssatz, der niedriger als der Diskontsatz ist.

Die Diskontsätze, die zur Berechnung des Gegenwartswertes verwendet werden, sind die Zinssätze, die OECD-Länder bei öffentlichen subventionierten Exportkrediten anwenden. Die Sätze sind für die Währungen der Siebenergruppe (G7) im einzelnen festgesetzt, so für das britische Pfund, den kanadischen Dollar, den französischen Franc, die Deutsche Mark, die italienische Lira, den japanischen Yen und den US-Dollar. Die Darlehen der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD) und die Kredite der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA) werden mit den aktuellen Kreditzinsen der IBRD diskontiert, und die Darlehen des Internationalen Währungsfonds (IWF) werden mit dem Zins für Sonderziehungsrechte (SRZ) diskontiert. Für Schulden in anderen Währungen wird der Diskontsatz aus dem Durchschnitt der Exportkreditzinsen gebildet, die von anderen OECD-Ländern erhoben werden. Für Kredite mit variablen Zinsen, für die die zukünftigen Schuldendienstleistungen nicht genau festgestellt werden können, wird der Schuldendienst für den Basiszeitraum der einzelnen Kredite unter Verwendung der Zinssätze von Ende 1994 berechnet.

*Multilaterale Schulden in Prozent der gesamten Auslandsschulden* geben Informationen über den Zufluß von Entwicklungshilfegeldern der Weltbank, regionaler Entwicklungsbanken sowie anderer multilateraler und zwischenstaatlicher Stellen. Ausgenommen sind Kredite aus Fonds, die von internationalen Organisationen im Auftrag eines einzelnen Geberlandes verwaltet werden.

Die zusammenfassenden Kennzahlen stammen von den *World Debt Tables 1996*, Band 1.

## Statistische Methoden

Dieser Abschnitt beschreibt die Berechnung der Wachstumsrate nach der Methode der kleinsten Quadrate, der exponentiellen Wachstumsrate (an den Endpunkten), des Gini-Index und des Weltbank-Atlas-Verfahrens, das zur Schätzung des Umrechnungsfaktors angewendet wird, um das BSP sowie das Pro-Kopf-BSP in US-Dollar zu schätzen.



*Wachstumsrate nach der Methode der kleinsten Quadrate*  
Die Wachstumsrate nach der Methode der kleinsten Quadrate,  $r$ , wird geschätzt durch Anpassung einer Regressionsgeraden an die logarithmierten Jahreswerte der Variablen innerhalb des Untersuchungszeitraums. Genauer gesagt hat die Regressionsgleichung die Form

$$\log X_t = a + bt.$$

Sie ist das Äquivalent der logarithmischen Umformung der Gleichung für die geometrische Wachstumsrate,

$$X_t = X_0 (1 + r)^t.$$

In diesen Gleichungen bezeichnet  $X$  die Variable und  $t$  die Zeit;  $a = \log X_0$  sowie  $b = \log (1 + r)$  sind die zu schätzenden Parameter. Wenn  $b^*$  der nach der Methode der kleinsten Quadrate geschätzte Wert von  $b$  ist, dann ergibt sich die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate  $r$  als [antilog ( $b^*$ ) - 1]; um diese in Prozent auszudrücken, wird sie mit 100 multipliziert.

Die berechnete Wachstumsrate ist eine Durchschnittsrate, die für den Beobachtungszeitraum repräsentativ ist. Sie deckt sich nicht notwendigerweise mit der tatsächlichen Wachstumsrate zwischen beliebigen zwei Zeiträumen. Wird angenommen, daß das geometrische Wachstum das geeignete „Modell“ für die Daten darstellt, dann ist die Wachstumsrate nach der Methode der kleinsten Quadrate konsistent und effizient.

#### Exponentielle Wachstumsrate

Die Wachstumsrate zwischen zwei Zeitpunkten für bestimmte demographische Daten, insbesondere für Erwerbstätige und Bevölkerung, wird mit folgender Formel berechnet:

$$r = \ln (p_n / p_1) / n,$$

wobei  $p_n$  und  $p_1$  der letzte und erste Beobachtungswert in der Periode sind,  $n$  ist die Anzahl der Jahre im gleichen Zeitraum und  $\ln$  der natürliche Logarithmus.

Diese Wachstumsrate basiert auf einem Modell kontinuierlichen exponentiellen Wachstums. Um für einzelne Zeiträume eine Wachstumsrate zu erhalten, die derjenigen nach der Methode der kleinsten Quadrate vergleichbar ist, ist vom Antilogarithmus der errechneten Wachstumsrate 1 zu subtrahieren.

#### Der Gini-Index

Der Gini-Index mißt das Ausmaß, in dem die Verteilung des Einkommens (oder in einigen Fällen der Verbrauchsausgaben) zwischen Individuen oder Haushalten innerhalb ei-

nes Landes von einer vollkommen gleichmäßigen Verteilung abweicht. Eine Lorenz-Kurve stellt die kumulierten Prozentwerte des gesamten erzielten Einkommens dar im Vergleich zum kumulierten Prozentwert an Empfängern, beginnend mit dem ärmsten Individuum oder Haushalt. Der Gini-Index mißt den Bereich zwischen der Lorenz-Kurve und einer hypothetischen Linie absoluter Gleichverteilung, ausgedrückt als Prozentsatz des Maximum-Bereichs unterhalb der Linie. Ein Gini-Index von Null bedeutet somit vollkommene Gleichverteilung, während ein Index von 100 maximale Ungleichverteilung anzeigt.

Die Weltbank setzt ein numerisches Analyseprogramm, POVCAL, ein, um die Werte des Gini-Index zu schätzen; vgl. Chen, Datt und Ravallion (1992).

#### Das Weltbank-Atlas-Verfahren

Der Atlas-Umrechnungsfaktor für jedes Jahr besteht aus dem Durchschnitt der Wechselkurse (oder eines alternativen Umrechnungsfaktors) eines Landes für das jeweilige und die beiden vorhergehenden Jahre, die um die Differenzen in den Inflationsraten des betreffenden Landes und der G-5-Länder (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Japan und die Vereinigten Staaten) bereinigt worden sind. Die Inflationsrate der G-5-Länder wird durch Änderungen des SZR-Deflators dargestellt. Dieser Dreijahresdurchschnitt glättet die jährlichen Preis- und Wechselkursschwankungen für jedes Land. Der Atlas-Umrechnungsfaktor wird auf das BSP des Landes angewandt. Das so ermittelte BSP in US-Dollar wird durch die Bevölkerungszahl Mitte des letzten der drei Jahre dividiert, um das BSP pro Kopf zu erhalten.

Die folgenden Formeln beschreiben das Verfahren zur Berechnung des Umrechnungsfaktors für das Jahr  $t$ :

$$e_t^* = \frac{1}{3} [e_{t-2} \left( \frac{p_t}{p_{t-2}} / \frac{p_t^{SS}}{p_{t-2}^{SS}} \right) + e_{t-1} \left( \frac{p_t}{p_{t-1}} / \frac{p_t^{SS}}{p_{t-1}^{SS}} \right) + e_t]$$

sowie für die Berechnung des BSP pro Kopf in US-Dollar für das Jahr  $t$ :

$$Y_t^s = (Y_t / N_t) / e_t^*$$

dabei ist:

- $Y_t$  = laufendes BSP (in heimischer Währung) im Jahr  $t$ ,
- $p_t$  = BSP-Deflator für das Jahr  $t$ ,
- $e_t$  = jahresdurchschnittlicher Wechselkurs (heimische Währung/US-Dollar) im Jahr  $t$ ,
- $N_t$  = Bevölkerung zur Mitte des Jahres  $t$ ,
- $p_t^{SS}$  = SZR-Deflator, ausgedrückt in US-Dollar, im Jahr  $t$ .

# Verzeichnis der Datenquellen

Zusammenfassende Kennzahlen der sozioökonomischen Entwicklung	<p>Internationaler Währungsfonds. Verschiedene Jahre. <i>Government Finance Statistics Yearbook</i>, Bd. 11, Washington, D.C.</p> <p>—, <i>International Financial Statistics</i>, verschiedene Jahre, Washington, D.C.</p> <p>Internationales Vergleichsprogramm der VN, Berichte der Phasen IV (1980), V (1985) und VI (1990) sowie Daten von ECE, ESCAP, Eurostat, OECD und VN.</p> <p>Weltbank, <i>Purchasing Power of Currencies: Comparing National Incomes Using ICP Data</i>. 1993. Washington, D.C.</p> <p>Daten von FAO, IWF, UNIDO und Weltbank sowie nationale Quellen.</p>
Menschliche Ressourcen	<p>Atkinson, Anthony, Lee Rainwater, and Timothy Smeeding. <i>Income Distribution in Advanced Economies: The Evidence from the Luxembourg Income Study (LIS)</i>. 1995. Paris: OECD.</p> <p>Bos, Eduard, My T. Vu, Ernest Massiah, and Rodolfo A. Bulatao. <i>World Population Projections, 1994–95 Edition</i>. 1994. Baltimore, Md.: Johns Hopkins University Press.</p> <p>Chen, Shaohua, Gaurav Datt, and Martin Ravallion. <i>POVCAL, A Program for Poverty Measurement for Grouped Data</i>. 1992. World Bank, Policy Research Department, Washington, D.C.</p> <p>Council of Europe. <i>Recent Demographic Developments in Europe and North America</i>. Council of Europe Press. 1995.</p> <p>Eurostat. <i>Demographic Statistics</i>. Luxembourg: Statistical Office of the European Community, verschiedene Jahre.</p> <p>Institute for Resource Development/Westinghouse. <i>Child Survival: Risks and the Road to Health</i>. 1987. Columbia, Md.</p> <p>International Labor Office. <i>Year Book of Labour Statistics</i>. 1995. Geneva.</p> <p>—. <i>Labour Force Estimates and Projections, 1950–2010</i>. 1995. Geneva.</p> <p>—. <i>Estimates of the Economically Active Population by Sex and Age Group and by Main Sectors of Economic Activity</i>. 1995. Geneva.</p> <p>Ravallion, Martin, and Chen, Shaohua. „What can new survey data tell us about recent changes in living standards in developing and transitional economies?“ World Bank, Policy Research Department, Washington, D.C. 1996.</p> <p>Ross, John, und andere. <i>Family Planning and Population: A Compendium of International Statistics</i>. New York: The Population Council. 1993.</p> <p>U.N. Administrative Committee on Co-ordination, Subcommittee on Nutrition. <i>Update on the Nutrition Situation</i>, verschiedene Jahre, Geneva.</p> <p>U.N. Department of Economic and Social Information and Policy Analysis (früher: U.N. Department of International Economic and Social Affairs). <i>Demographic Yearbook</i>, verschiedene Jahre, New York.</p> <p>—. <i>Statistical Yearbook</i>, verschiedene Jahre, New York.</p> <p>—. <i>Levels and Trends of Contraceptive Use</i>, verschiedene Jahre, New York.</p> <p>—. <i>Mortality of Children under Age 5: Projections 1950–2025</i>. 1988. New York.</p> <p>—. <i>World Population Prospects: The 1994 Edition</i>. 1994. New York.</p> <p>—. <i>Population and Vital Statistics Report</i>, verschiedene Jahre, New York.</p> <p>U.N. Educational Scientific and Cultural Organization. <i>Statistical Yearbook</i>, verschiedene Jahre, Paris.</p> <p>UNICEF. <i>The State of the World's Children 1996</i>. 1996. Oxford: Oxford University Press.</p> <p>United States Bureau of the Census. <i>World Population—Recent Estimates for the Countries and Regions of the World</i>. Washington, D.C. verschiedene Jahre: U.S. Government Printing Office.</p> <p>World Health Organization. <i>World Health Statistics Annual</i>, verschiedene Jahre, Geneva.</p> <p>—. <i>The International Drinking Water Supply and Sanitation Decade</i>, verschiedene Jahre, Geneva.</p> <p>—. <i>Maternal Mortality Rates: A Tabulation of Available Information</i>. 1986, zweite Ausgabe, Geneva.</p> <p>—. <i>Maternal Mortality: A Global Factbook</i>. 1991. Geneva.</p> <p>—. <i>World Health Statistics Report</i>, verschiedene Jahre, Geneva.</p> <p>—. UNICEF. „Modeling maternal mortality in the developing world“. 1995. Geneva.</p> <p>FAO, ILO, U.N., and World Bank data; demographic and health surveys from national sources.</p>
Dauerhaft-umweltgerechte Entwicklung	<p>International Energy Agency. <i>IEA Statistics: Energy statistics and balances</i>. 1995. Paris: OECD.</p> <p>U.N. Department of Economic and Social Information and Policy Analysis (früher: U.N. Department of International Economic and Social Affairs). <i>World Energy Supplies</i>, verschiedene Jahre. Statistical Papers, Reihe J. New York.</p> <p>—. <i>Energy Statistics Yearbook</i>, verschiedene Jahre. Statistical Papers, Reihe J. New York.</p> <p>—. <i>World Urbanization Prospects, 1994 Revision</i>. 1994. New York.</p> <p>World Resources Institute, <i>World Resources 1994–95</i>. 1994. New York.</p> <p>—. <i>World Resources 1996–97</i>. 1996. New York.</p>
Wirtschaftsentwicklung	<p>International Monetary Fund. <i>Government Finance Statistics Yearbook</i>, verschiedene Jahre, Bd. 11. Washington, D.C.</p> <p>—. <i>International Financial Statistics</i>, verschiedene Jahre, Washington, D.C.</p> <p>Organisation for Economic Co-operation and Development, <i>Development Co-operation</i>, verschiedene Jahre, Paris.</p> <p>—. <i>Geographical Distribution of Financial Flows to Developing Countries</i>. 1988. Paris.</p> <p>U.N. Conference on Trade and Development. <i>Handbook of International Trade and Development Statistics</i>, verschiedene Jahre, Geneva.</p> <p>U.N. Department of Economic and Social Information and Policy Analysis (früher: U.N. Department of International Economics and Social Affairs). <i>Monthly Bulletin of Statistics</i>, verschiedene Jahre, New York.</p> <p>—. <i>Yearbook of International Trade Statistics</i>, verschiedene Jahre, New York.</p> <p>Daten von FAO, IMF, OECD, UNIDO und Weltbank, Schuldenberichtssystem der Weltbank, nationale Quellen.</p>

# **Teil 1 Klassifikation der Länder nach Einkommen und Regionen, 1996**

Einkommens- gruppe	Untergruppe	Afrika südlich der Sahara		Asien		Europa und Zentralasien		Naher Osten und Nordafrika		Amerikanisch- er Kontinent
		Ost- und südliches Afrika	Westafrika	Ostasien und Pazifik	Süd-asien	Osteuropa und Zentralasien	Übriges Europa	Naher Osten	Nordafrika	
Niedriges Einkommen		Äthiopien Burundi Eritrea Kenia Komoren Lesotho Madagaskar Malawi Mosambik Ruanda Sambia Simbabwe Somalia Sudan Tansania Uganda Zaire	Äquatorial- guinea Benin Burkina Faso Côte d'Ivoire Gambia Ghana Guinea Guinea-Bissau Kamerun Kongo Liberia Mali Mauretanien Niger Nigeria São Tomé und Príncipe Senegal Sierra Leone Togo Tschad Zentralafrik. Republik	China Kambodscha Laos Mongolei Myanmar Vietnam	Afghanistan Bangladesch Bhutan Indien Nepal Pakistan Sri Lanka	Albanien Armenien Aserbaidschan Bosnien- Herzegowina Georgien Kirgisistan Tadschikistan		Jemen, Rep.	Ägypten, Arab. Rep.	Guayana Haiti Honduras Nicaragua
Mittleres Einkommen	Untere Kategorie	Angola Botsuana Dschibuti Namibia Swasiland	Kap Verde	Fidschi Indonesien Kiribati Marshall-I. Mikronesien, Föd. Staat, Nördl. Marianen Nordkorea Papua- Neuguinea Philippinen Salomonen Thailand Tonga Vanuatu Westsamoa	Malediven	Bulgarien Estland Jugoslawien, Bd. Rep. Kasachstan Kroatien Lettland Litauen Mazedonien <sup>a</sup> Moldau Polen Rumänien Russische Föderation Slowakei Turkmenistan Ukraine Usbekistan Weißrußland	Türkei	Iran Irak Jordanien Libanon Syrien, Arab. Rep. Gaza und Jericho	Algerien Marokko Tunesien	Belize Bolivien Costa Rica Dominica Dominikan. Republik Ecuador El Salvador Grenada Guatemala Jamaika Kolumbien Kuba Panama Paraguay Peru St. Vincent Surinam Venezuela
	Obere Kategorie	Mauritius Mayotte Réunion Seychellen Südafrika	Gabun	Guam Malaysia Neukaledonien Samoa (Am.-Oz.) Südkorea		Slowenien Tschechische Republik Ungarn	Griechenland Malta Man.-Ins.	Bahrain Oman Saudi-Arabien	Libyen	Antigua und Barbuda Argentinien Barbados Brasilien Chile Guadeloupe Guayana, Franz. Martinique Mexiko Puerto Rico St. Kitts und Nevis St. Lucia Trinidad und Tobago Uruguay
Zahl der Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen: 165		27	23	25	8	27	4	10	5	36

## Teil 1

Einkommens- gruppe	Untergruppe	Afrika südlich der Sahara		Asien		Europa und Zentralasien		Nahe Osten und Nordafrika		Amerikanischer Kontinent
		Ost- und südliches Afrika	Westafrika	Ostasien und Pazifik	Südasien	Osteuropa und Zentralasien	Übriges Europa	Nahe Osten	Nordafrika	
Hohes Einkommen	OECD- Länder			Australien Japan Neuseeland			Belgien Dänemark Deutschland Finnland Frankreich Großbritannien Irland Island Italien Luxemburg Niederlande Norwegen Österreich Portugal Schweden Schweiz Spanien			Kanada Vereinigte Staaten
	Nicht- OECD- Länder			Brunei Hongkong Macao Polynesien, Franz. Singapur OEA <sup>b</sup>			Andorra Färöer Grönland Kanal-I., Brit. Liechtenstein Monaco Zypern	Israel Katar Kuwait Vereinigte Arab. Emirate		Antillen, Niederl. Aruba Bahamas Bermuda Jungfern-Irs., Amerik. Kaimaninseln
Gesamtzahl der Länder: 210		27	23	34	8	27	28	14	5	44

a. Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien.

b. Übrige asiatische Länder: Taiwan (China).

Für operationale und analytische Zwecke ist das Hauptkriterium der Weltbank für die Klassifizierung der Volkswirtschaften das Bruttonettoprodukt (BSP) pro Kopf. Jede Volkswirtschaft wird klassifiziert als Land mit niedrigem Einkommen, mittlerem Einkommen (unterteilt nach unterer und oberer Kategorie) oder hohem Einkommen. Andere analytische Gruppen, basierend auf geographischen Regionen, Exporten und der Verschuldungshöhe, werden ebenfalls gebildet.

Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen werden manchmal als Entwicklungsländer bezeichnet. Die Verwendung dieser Bezeichnung ist zweckdienlich; sie soll aber nicht bedeuten, daß alle Länder in der Gruppe einen ähnlichen Entwicklungsprozeß durchlaufen oder daß andere Länder ein erwünschtes oder endgültiges Entwicklungsstadium erreicht haben. Die Klassifizierung nach Einkommen spiegelt nicht notwendigerweise den Entwicklungsstatus wider.

## Definitionen der Gruppen

In diesen Tabellen werden sämtliche Mitgliedsländer der Weltbank sowie alle übrigen Länder mit einer Bevölkerung von über 30.000 Menschen klassifiziert.

**Einkommensgruppen:** Die Ländereinteilung erfolgt nach dem BSP pro Kopf von 1994, errechnet unter Anwendung des *World Bank Atlas*-Verfahrens. Die Gruppen sind: niedriges Einkommen (725 Dollar oder weniger), untere Kategorie des mittleren Einkommens (726 bis 2.895 Dollar), obere Kategorie des mittleren Einkommens (2.896 bis 8.955 Dollar), hohes Einkommen (8.956 Dollar und mehr).

Die Schätzungen für die Republiken der ehemaligen Sowjetunion sind vorläufig; ihre Klassifikation wird überprüft.

**Teil 2 Klassifikation der Länder nach Exportschwerpunkten und Verschuldung, 1996**

Export- schwerpunkt	Niedriges und mittleres Einkommen							Hohes Einkommen	
	Niedriges Einkommen			Mittleres Einkommen			Ohne Klassifikation nach der Verschuldung	OECD-Länder	Nicht-OECD-Länder
	gravierend verschuldet	mäßig verschuldet	wenig verschuldet	gravierend verschuldet	mäßig verschuldet	wenig verschuldet			
Exporteure von Industrie- produkten		Indien Pakistan	Armenien China Georgien Kirgisistan	Bulgarien	Russische Föderation	Estland Lettland Libanon Litauen Malaysia Moldau Nordkorea Rumänien Südkorea Thailand Tschechische Republik Ukraine Usbekistan Weißrußland		Deutschland Finnland Irland Italien Japan Kanada Schweden Schweiz	Hongkong Israel Macau Singapur OAE <sup>a</sup>
Exporteure von Rohstoffen (ohne Brennstoffe)	Äquatorial- guinea Burundi Côte d'Ivoire Ghana Guinea Guinea-Bissau Guayana Honduras Liberia Madagaskar Mali Mauritanien Myanmar Nicaragua Niger Ruanda São Tomé und Príncipe Sambia Somalia Sudan Tansania Togo Uganda Vietnam Zaire	Albanien Malawi Simbabwe Tschad	Mongolei	Bolivien Kuba Peru	Chile	Botsuana Namibia Salomonen Surinam Swasiland	Guadeloupe Guayana, Franz. Réunion Samoa (Am.-Oz.)	Island Neuseeland	Faröer Grönland
Exporteure von Brennstoffen (hauptsächlich Öl)	Kongo Nigeria			Algerien Angola Gabun Irak	Venezuela	Bahrain Iran Libyen Oman Saudi-Arabien Trinidad und Tobago Turkmenistan			Brunei Katar Vereinigte Arab. Emirate
Exporteure von Dienst- leistungen	Äthiopien Jemen, Rep. Kambodscha Mosambik	Ägypten, Arab. Rep. Benin Gambia Haiti Komoren Nepal	Bhutan Burkina Faso Lesotho	Jamaika Jordanien Panama	Dominik. Republik Griechenland Kap Verde Marokko Samoa (West-)	Antigua und Barbuda Barbados Belize Dschibuti El Salvador Fidschi Grenada Kiribati Malediven Paraguay St. Kitts und Nevis St. Lucia Seychellen Tonga Vanuatu	Martinique	Großbritannien	Aruba Bahamas Bermudas Kaimaninseln Kuwait Monaco Polynesien, Franz. Zypern

## Teil 2

Export- schwerpunkt	Niedriges Einkommen						Ohne Klassifikation nach der Verschuldung	Hohes Einkommen	
	Niedriges Einkommen			Mittleres Einkommen				OECD-Länder	Nicht-OECD-Länder
	gravierend verschuldet	mäßig verschuldet	wenig verschuldet	gravierend verschuldet	mäßig verschuldet	wenig verschuldet			
Exporteure verschiedener Güter <sup>b</sup>	Afghanistan Kamerun Kenia Sierra Leone Zentralafrik. Republik	Bangladesch Laos Senegal	Aserbaidschan Sri Lanka Tadschikistan	Argentinien Brasilien Ecuador Mexiko Polen Syrien	Indonesien Kolumbien Papua-Neuguinea Philippinen Tunesien Türkei Ungarn Uruguay	Costa Rica Dominica Guatemala Jugoslawien, Bd. Rep. Kasachstan Malta Mauritius St. Vincent Südafrika		Australien Belgien Dänemark Frankreich Luxemburg Niederlande Norwegen Portugal Österreich Spanien Vereinigte Staaten	Niederländische Antillen
Ohne Klassifikation nach Exporten						Kroatien Mazedonien <sup>c</sup> Neukaledonien Slowakei Slowenien	Bosnien-Herzegowina Eritrea Guam Man-Ins. Marschall-Ins. Mayotte Mikronesien, Föd. Staat. Nördl. Marianen Puerto Rico Gaza und Jericho		Andorra Jungfern-Ins., Amerik. Kanal-Ins., Brit. Liechtenstein
Zahl der Länder: 210	36	15	11	17	16	55	15	22	23

a. Übrige asiatische Länder: Taiwan (China).

b. Länder, in denen keine einzelne Export-Warengruppe 50 Prozent oder mehr der Gesamtexporte ausmacht.

c. Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien.

### Definitionen der Gruppen

In diesen Tabellen werden sämtliche Mitgliedsländer der Weltbank sowie alle übrigen Länder mit einer Bevölkerung von über 30.000 Menschen klassifiziert.

**Exportschwerpunkte:** Wichtige Exporte sind solche, auf die 50 Prozent oder mehr der gesamten Ausfuhren von Gütern und Dienstleistungen einer Warengruppe im Zeitraum 1990–93 entfallen. Die Warengruppen sind: Rohstoffe ohne Brennstoffe (SITC 0, 1, 2, 4 sowie 68), Brennstoffe (SITC 3), Industrieprodukte (SITC 5–9, ohne 68) sowie Dienstleistungen (Faktor- und Nichtfaktor-Dienstleistungseinkommen plus Gastarbeiterüberweisungen). Wenn auf eine einzelne Warengruppe nicht mindestens 50 Prozent der gesamten Exporte entfallen, wird das Land unter „Exportware verschiedener Güter“ zugeordnet.

**Verschuldung:** Zur Klassifizierung der Länder in dieser Tabelle sind Standarddefinitionen der Weltbank für gravierende und mäßige Verschuldung im Durchschnitt der drei Jahre 1992–94 verwandt worden. *Gravierend verschuldet*

bedeutet, daß sich jede der beiden Schlüsselrelationen oberhalb des kritischen Niveaus bewegt: der Gegenwartswert des Schuldendienstes im Verhältnis zum BSP (80 Prozent) und im Verhältnis zu den Exporten (220 Prozent). *Mäßig verschuldet* bedeutet, daß jede der beiden Schlüsselrelationen 60 Prozent übersteigt, aber nicht das kritische Niveau erreicht. Für Länder, die keine detaillierten Schuldendaten an das Schuldenberichtssystem (DRS) der Weltbank liefern, ist eine Berechnung des Gegenwartswertes nicht möglich. Statt dessen wird für die Klassifikation der nicht zum DRS berichtenden Länder folgendes Verfahren angewandt: *Gravierend verschuldet* bedeutet, daß drei von vier Schlüsselrelationen (im Durchschnitt von 1992–94) das kritische Niveau überschreiten: Schulden zu BSP (50 Prozent), Schulden zu Exporten (275 Prozent), Schuldendienst zu Exporten (30 Prozent) und Zinszahlungen zu Exporten (20 Prozent). *Mäßig verschuldet* bedeutet, daß drei von vier Schlüsselrelationen 60 Prozent des kritischen Niveaus überschreiten, es aber nicht erreichen. Alle übrigen klassifizierten Länder mit niedrigem oder mittlerem Einkommen werden als *wenig verschuldet* eingestuft.









## DIE WELTBANK

In den Jahren 1917 bis 1950 startete eine Anzahl von Ländern, mit etwa einem Drittel der Weltbevölkerung, ein großangelegtes Experiment, indem sie die Kontrolle über die ökonomischen Ressourcen zentralisierten und deren Verteilung nach einem festgelegten Plan vornahmen. In den letzten Jahren hat erneut eine fundamentale Transformation stattgefunden, als dieselben Länder den Kurs wechselten und versuchten, wieder Märkte zu etablieren und sich in die Weltwirtschaft zu reintegrieren. Ihre Transformation vom Plan zum Markt hat einen Punkt erreicht, an dem es sich lohnt, Bilanz zu ziehen und ihre Erfolge zu beurteilen. Wie fest sind die Marktprozesse und die Institutionen verwurzelt? Welche Lektionen halten die kurzen, aber turbulenten Reform Erfahrungen der Vorreiter für jene Staaten bereit, die ihnen folgen? Und was bedeutet die Transformation für die übrige Welt, einschließlich der vielen Länder, deren Marktwirtschaft auf schwachen Fundamenten ruht?

Dieser neunzehnte jährliche *Weltentwicklungsbericht* untersucht nicht die verwirrende Vielfalt der Ereignisse und politischen Vorgänge in den sich jetzt im Übergang befindlichen Volkswirtschaften in Mittel- und Osteuropa sowie in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion und in Ostasien, sondern bewertet vielmehr den Fortschritt und die Aussichten dieser Reformländer.

Die Bewertung erfolgt in der Form zweier komplementärer Fragenkomplexe. Erstens, wie sind die Länder mit dem Ausgangsdilemma der Transformation fertig geworden? Wie liberalisieren sie die Preise und befreien Märkte und Marktteilnehmer von staatlichen Kontrollen, ohne dabei der Inflation freien Lauf zu lassen? Wie geben sie adäquate Anreize zur Förderung effektiver Reaktionen auf die Signale des Marktes, während sie ein effizientes Netz der sozialen Sicherung schaffen, das die Verlierer im Marktgeschehen nicht ins Elend stürzt? In dem Bericht wird auch untersucht, wie die historische Entwicklung sowie die Anfangsbedingungen der Länder sich auf die Strategie der Transformation, ihr Tempo und ihren Fortschritt auswirken. Die Quintessenz – und die zentrale Schlussfolgerung des Berichts – ist die folgende: Trotz der sehr unterschiedlichen Ausgangspunkte hat eine solide Politik, wo sie entschlossen und konsistent angewandt wurde, eine reiche Ernte eingebracht.

Zweitens, wie können die Länder diese anfänglichen Reformen am besten konsolidieren und Institutionen zur Unterstützung der aufblühenden Marktwirtschaft gründen? Das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit und eine ausgefeilte Gesetzgebung bilden eine grundlegende Institution. Eine weitere besteht in einem aktiven Finanzsystem, das nicht länger nur ein passives Depot staatlich gelenkter Fonds ist, sondern als effektiver Vermittler zwischen Sparern und Investoren fungiert. Ebenfalls benötigt werden Reformen der Bildungs- und Gesundheitssysteme, um die umfangreichen Reserven an Humankapital in diesen Ländern zu erhalten und zu erneuern. Außerdem, und das ist vielleicht am wichtigsten, muß der Staatssektor eine angemessene Größe aufweisen und für ein effektives Handeln in einer Marktwirtschaft gerüstet sein.

Die Antworten auf diese Fragen können nur unvollständig sein, in großen Zügen nehmen sie jedoch bereits Gestalt an. Und die Antworten, selbst wenn sie noch vorläufig sind, haben Gewicht – nicht nur für die betroffenen Länder, sondern auch für die vielen anderen Länder, die ähnliche, wenn auch weniger umfassende, Reformen in Richtung auf erweiterte Märkte und ein vertieftes internationales Engagement durchführen.

In einem neuen, revidierten Format enthält dieser Bericht auch ausgewählte Kennzahlen der Weltentwicklung, eine aktuelle Zusammenstellung von etwa 120 Indikatoren über die soziale und wirtschaftliche Entwicklung in über 130 Ländern und Regionen sowie Basisindikatoren für etwa 70 weitere Länder. Die Kennzahlen sind auch auf Diskette erhältlich. Ein Anhang zu dem Bericht enthält weitere Statistiken über Reformländer.



9 780821 332665

ISBN 0-8213-3266-X